DER ATLAS

▶ Klicken Sie auf ein Kapitel zum öffnen der Datei

LE MONDE *diplomatique*

Ein Faden im Labyrinth der Welt

von Ignacio Ramonet

»In jenem Reich erlangte die Kunst der Kartografie eine solche Vollkommenheit, dass die Karte einer einzigen Provinz den Raum einer Stadt einnahm und die Karte des Reichs den einer Provinz. Mit der Zeit befriedigten diese maßlosen Karten nicht länger, und die Kollegs der Kartografen erstellten eine Karte des Reiches, die die Größe des Reiches besaß und sich mit ihm in jedem Punkte deckte.«

Jorge Luis Borges [1]

Kann eine ausnehmend detailgenaue kartografische Darstellung die Komplexität eines Landes oder einer Region besser verstehen helfen? Natürlich nicht, denn auch hier ist das Bessere der Feind des Guten, wie der argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges (1899–1986) mit seiner lakonischen Parabel zeigt. Auf einer Karte alles und jedes verzeichnen zu wollen liefe auf eine Absurdität hinaus: auf eine tautologische Geografie im Maßstab eins zu eins, was hieße: die vermeintliche Verkleinerung hätte exakt die Maße der wirklichen Welt. Von der praktischen Realisierbarkeit einmal abgesehen, wäre sie eine bloße Reproduktion, ein Abklatsch ohne jeden Anspruch auf wissenschaftliche Erkenntnis. Das Wesentliche würde fehlen, nämlich die Interpretation der Wirklichkeit. Wenn das beste Modell einer Sache die Sache selbst sein soll, dann hat die Wissenschaft abgedankt, hat sich als überflüssig erwiesen.

Ein chinesisches Sprichwort sagt, Gott habe die Katze erschaffen, damit der Mensch einen Tiger zum Streicheln habe. Auf die menschliche Vernunft übertragen, könnte man sagen, sie habe die geografische Karte erfunden, damit der Mensch die Welt in Händen halten kann – als eine Art zweidimensionales Bonsai-Universum. Und der Sinn der Sache besteht nicht darin, sich wie der Adolf Hitler in Charlie Chaplins genialem Film »The Great Dictator« (1940) an irgendwelchen größenwahnsinnigen Herrschafts- und Besitzfantasien zu berauschen, sondern darin, unsere Kenntnisse und unser Wissen zu bereichern – damit wir uns in den Labyrinthen dieser unbekannten Welt immer besser zurechtfinden.

Historiker nehmen an, dass die ersten skizzenhaften, der dauerhaften Wegmarkierung dienenden kartografischen Darstellungen älter sind als die frühesten Schriftzeugnisse. Im Londoner British Museum befinden sich Tontafeln aus der Zeit um 3000 v. u. Z., die belegen, dass man schon damals nach Möglichkeiten suchte, geografisches Wissen festzuhalten. Wobei dieses Wissen schon seit damals zwei Hauptzielen diente: dem Handel und dem Krieg.

Die großen Entdeckerfahrten auf den Weltmeeren und zumal die so genannte Entdeckung der Neuen Welt durch Christoph Kolumbus und die erste Erdumseglung durch Magellan und Elcano haben das damalige geografische Weltbild binnen dreißig Jahren (1492–1522) völlig umgestoßen. Damit mussten auch neue Systeme der zeichnerischen Darstellung entwickelt werden. Es begann das Goldene Zeitalter der klassischen Kartografie. An die Stelle der Kosmografie trat die Geografie, die das »Theatrum Orbis Terrarum«, den »Schauplatz des Erdenkreises« beschrieb. Im 19. Jahrhundert wurde die neue Wissenschaft überall von den Militärs in Beschlag genommen, das galt für Frankreich, England und Deutschland ebenso wie für Russland. Ingenieur-Geografen-Korps erstellten »Generalstabskarten« und spezielle Kartenwerke für militärische Operationen und Kriegsschauplätze. Die wesentlich politische Funktion der Karte wird damit offenbar: Sie soll »dem Monarchen eine Darstellung des von ihm regierten Landes bieten, um dessen Verteidigung und Verwaltung zu gewährleisten«.[2]

Allerdings dient die Kartografie – so wenig wie die Geografie – ausschließlich dem Krieg. Auch sie hat heute den Anspruch, Aspekte unserer Welt aufzuzeigen, die sonst nicht wahrgenommen werden. Und davon gibt es mehr, als man glauben möchte. Trotz der rasant gewachsenen Möglichkeiten der Kommunikation und Information leben wir in einer weithin unbekannten Welt. Unbekannt nicht in dem Sinn, wie sie es für die einstigen Entdeckungsreisenden war. Sondern in dem Sinne, dass wir bei Phänomenen, die verschiedenen Bereichen zugehören, häufig deren Zusammenhänge und Wechselwirkungen nicht sehen. Zum Beispiel die Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Handelsbeziehungen und militärischen Aktionen, zwischen Umweltbedingungen und sozialen Bewegungen, zwischen der Geschichte einer Region und den Konflikten ihrer Bewohner.

Das Ende des Kalten Krieges (1947–1991) hat in uns das Gefühl verstärkt, dass wir es mit einer neuen Welt zu tun haben. Diese Welt kommt uns bedrohlicher vor, weil sie uns weniger vertraut ist und wir uns an die Konstellationen und Kräfteverhältnisse der bipolaren Welt gewöhnt hatten (die freilich, unter anderem wegen der Gefahr eines Atomkriegs, keineswegs weniger gefährlich war).

Deshalb brauchen wir ein kartografisches Werk, das die unentbehrlichen Informationen aus allen Gebieten zusammenbringt: aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur, Ideologie, Militär und Umwelt, damit wir die – oft unsichtbare – Lebenswirklichkeit der Völker und der Staaten besser einschätzen können. Angesichts der ungeheuren Vielfalt und Komplexität der Daten müsste sich sonst jeder Student und jeder Lehrer, jeder Journalist und jeder Politiker oder Verbandsfunktionär eine Synthese dieser Wissensgebiete erarbeiten, die so seriös wie irgend möglich die Arbeit der Spezialisten auswertet, und das auch noch in einer Form, die für eine möglichst breite Öffentlichkeit verständlich ist.

Dazu sind aber weder die Tagespresse noch Radio oder Fernsehen in der Lage, selbst wenn diese Medien das ernsthaft anstreben würden und keinerlei Manipulationen ausgesetzt wären.

Genau dies ist auch der Grund, warum »Le Monde diplomatique« eine so originelle und unentbehrliche Informationsquelle ist. Die deshalb auch allergrößten Wert auf die kartografische Darstellung legt, die im Journalismus zunehmend in Vergessenheit gerät. Gerade deshalb haben wir für unsere Leser diesen neuen Atlas[3] zusammengestellt. Auf den folgenden Seiten wird so konsequent wie möglich ein bestimmtes Konzept umgesetzt: Anerkannte Experten aus allen Fachgebieten haben sorgfältige Gesamtdarstellungen erarbeitet, Synthesen aus Texten und vielfältigen Karten und Grafiken, die auf gemeinsamem und gründlichem Nachdenken unserer Redaktionsmitglieder und Mitarbeiter beruhen. Diese Darstellung der einzelnen Themenkomplexe soll dazu beitragen, dass jede und jeder seine Aufgabe in einem weniger labyrinthischen »Welttheater« voll und ganz wahrnehmen kann.

► **Ignacio Ramonet** ist Herausgeber von »Le Monde diplomatique« und Autor von u. a. »Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen«, Zürich (Rotpunkt) 2002, sowie »Irak. Histoire d'un désastre«, Paris (Galilée) 2005.

1 »Von der Strenge der Wissenschaft«, in: »Borges und ich«; nach der Übersetzung von Karl A. Horst bearbeitet von Gisbert Haefs, Hanser 1982, S. 121.
2 Siehe S. 190/191.
3 Der erste Atlas der Globalisierung erschien 2003 in acht Sprachen und wurde über 400.000-mal verkauft.

Für die Globalisierung der Nachhaltigkeit

von Klaus Töpfer

Blicken wir zurück auf 1992 – das Jahr des »Erdgipfels« in Rio de Janeiro. Es war die erste globale Konferenz nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Getragen von der Euphorie der historischen Entwicklung wollte man gemeinsam eine neue Zukunftsdimension der Welt denken und ein Programm erarbeiten, das die Vision umsetzt: Frieden und gerechte Entwicklungschancen für alle Menschen, Respektierung der Menschenrechte, eine globale soziale Verantwortung, der Erhalt einer vielfältigen Natur und damit einer stabilen und leistungsfähigen Umwelt.

Die Euphorie von Rio rührte von der fast undiskutierten Gewissheit, dass man diese Visionen dank einer »Friedensdividende« realisieren könne. Die hunderte von Milliarden Dollar und Rubel, die zuvor für die Vernichtungspotenziale in Ost und West verpulvert wurden, sollten künftig helfen, die Armut abzubauen oder gar zu beseitigen und vor allem die Lebenschancen zwischen Nord und Süd sukzessive anzugleichen.

Ein ähnlicher Traum war knapp 50 Jahre zuvor unter den Sequoia-Baumriesen in den Wäldern bei San Francisco erörtert worden. Die Gründung der Vereinten Nationen am 25. Juni 1945 erfolgte auch in der Überzeugung, den entscheidenden Schritt zu einer globalen Institution der Friedenssicherung getan zu haben. Nie wieder sollten Probleme mit Waffengewalt oder bilateral gelöst werden. Deshalb wurde die Verpflichtung zu Verhandlungslösungen global, multilateral festgeschrieben. Militärische Interventionen waren nur als allerletztes Mittel zur Friedenssicherung völkerrechtlich legitimiert. Deshalb erfordern sie explizit eine multilaterale Entscheidung des UN-Sicherheitsrats.

Um ihre Friedensaufgaben erfüllen zu können, müssen die UN die Ursachen möglicher Konflikte früh erkennen. Auch dieser Kern einer präventiven Friedenspolitik wurde 1945 in die UN-Charta aufgenommen. Art. 1.3 formuliert das Ziel, »eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen«.

Das ganze Programm stand unter dem Motto: »Make poverty history, make conflicts and wars history, make environment distruction history, make human abuse history.« Die historische Überwindung all dieser Übel sollte in der gemeinsamen Verantwortung aller Menschen liegen und damit bei einer UNO, die auch über die erforderlichen Ressourcen verfügt.

Diese Ziele waren auch die wichtigste Motivation für die Vorbereitung des Gipfels in Rio und für die dort gefassten Beschlüsse:

• die »Agenda 21«, die zu Recht als »Pflichtenheft« für die entwickelten Länder gilt;
• die »Rio-Prinzipien«, die hinsichtlich der Umwelt das Verursacherprinzip und das Vorsorgeprinzip festschreiben und den Zugang zu Informationen über Umweltbelastungen garantieren.

Die Rio-Prinzipien beinhalten darüber hinaus das Entwicklungsversprechen für alle und das Bekenntnis zu einer gemeinsamen, zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern allerdings unterschiedlich verteilten Verantwortung. Der Rio-Gipfel hat damit Grundprinzipien für ein gemeinsames, globales Handeln im Rahmen der Vereinten Nationen geliefert.

Die Begeisterung von Rio hatte allerdings die Kehrseite, dass über die Umsetzung der Ziele, über verbindliche Fristen und finanzielle Festlegungen nicht intensiv genug verhandelt wurde. Auf die Euphorie folgte also schnell Ernüchterung. Wichtige Zusagen wurden nicht eingehalten, vor allem der Beschluss der Industrieländer, »sobald als möglich« 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Dieser Anteil ging im Gegensatz weiter deutlich zurück.

Auch die anderen Zielsetzungen von Rio wurden weit verfehlt: Die Ausbeutung von Natur und Umwelt ging und geht nahezu ungehindert weiter. Die Belastung der Atmosphäre mit klimaschädlichen Gasen wurde in den hoch entwickelten Ländern nicht verringert – im Gegenteil: Die Emission steigt weiter, sogar mit beschleunigtem Tempo. Die Folgen des dadurch verursachten Klimawandels werden immer drastischer sichtbar. Selbst die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius erscheint gegenwärtig kaum noch erreichbar. Dieses »2 Grad Celsius«-Ziel haben die Klimaforscher zur »Leitplanke« erklärt, weil die Folgen eines solchen Anstiegs gerade noch beherrschbar erscheinen.

Die Anzeichen des Klimawandels sind erschreckend: Das Polareis schmilzt, die Meere versauern, werden wärmer und steigen an, die Permafrostböden weichen auf (was zusätzliche Mengen von Klimagasen freisetzt), extreme Wetterphänomene nehmen zu. All das sind keine Horrorszenarien nervöser Umweltschützer, sondern allseits zu beobachtende Fakten.

Ebenso klar zeichnet sich ab, dass diese Klimaentwicklung die globalen Verteilungskonflikte verschärfen wird. Die kommenden Generationen werden die Kosten begleichen müssen, die wir bei den Kalkulationen für unseren Wohlstand unberücksichtigt lassen. Aber diese Kosten werden nicht nur auf die Zukunft abgewälzt, sondern auch auf Menschen in entfernten Regionen, auf Natur und Umwelt insgesamt. Das »Millennium Eco System Assessement« belegt den rapiden Schwund des Naturkapitals mit konkreten Zahlen.

Ebenso klar ist auch, dass gerade die Ärmsten der Armen von diesen Veränderungen zuerst und mit der größten Wucht überrollt werden. Die Menschen in den Armuts- und Entwicklungsgürteln Afrikas, Asiens und Lateinamerikas,

die nicht oder nur sehr begrenzt für den Klimawandel verantwortlich sind, sind von dessen Folgen massiv betroffen: durch extreme Wetterlagen, Wüstenbildung, veränderte Niederschlagsmuster, sinkende Agrarproduktion, zunehmenden Wassermangel.

Diese Länder zahlen die doppelte Zeche dafür, dass die hoch entwickelten Länder ihren Wohlstand massiv ökologisch subventionieren. Eine Änderung der Konsum- und Produktionsmuster, die erstmals 2002 in Johannesburg im dort beschlossenen Aktionsprogramm genannt wurden, ist noch kaum in Gang gekommen. Nach wie vor wird in den Industrieländern der Konsum als erste Bürgerpflicht angemahnt, schließlich muss die Wirtschaft wachsen, und zwar um jeden Preis.

Dieser Teufelskreis muss aufgebrochen werden. Die häufig auf geradezu perverse Art zur Schau gestellten Konsum- und Wohlstandsunterschiede zwischen den reichen und armen Ländern und Menschen dieser Welt, müssen abgetragen werden. Diese Unterschiede sind es vor allem, die Konflikte und Spannungen und häufig Hass und blinden Terror hervorrufen. Eine Allianz gegen den Terror wird nur erfolgreich sein, wenn sie aufbaut auf einer überzeugenden Allianz gegen Armut und Hunger, gegen Arbeitslosigkeit und Diskriminierung, gegen Intoleranz und ideologische Radikalisierung. Vor allem den Jugendlichen in den Städten muss man glaubwürdige Perspektiven für ihre Zukunft geben, und das gilt für die Slums in den ungebremst wachsenden Stadtmaschinen der Entwicklungsländer wie für die städtischen Ghettos der entwickelten Länder.

Dafür müssen die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, also wirtschaftliches Wachstum, sozialer Ausgleich und ökologische Stabilität, tragfähig gemacht werden. Das setzt voraus, dass die auf dem UN-Millenniumsgipfel im Jahr 2000 beschlossenen Entwicklungsziele erreicht werden:

• Neue Perspektiven für die 1,5 Milliarden Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen;
• Wasser für die 1,2 Milliarden Menschen ohne gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser;
• Nahrung für die 800 Millionen Menschen, die hungern, obwohl die Wohlhabenden mehr Nahrungsmittel wegwerfen, als zur Ernährung dieser 800 Millionen erforderlich wären;
• Schulbildung für alle Kinder;
• Entwicklung der Rechte und Möglichkeiten der Frauen dieser Welt;
• die Gestaltung der Globalisierung als ein entscheidendes Mittel für die Beseitigung von Armut und Unterentwicklung, vor allem durch den Abbau von ökologisch und sozial perversen Subventionen.

Diese Ziele können bis 2015 erreicht werden. Ja sie müssen erreicht werden, denn sie sind die Grundlage jeder Friedenspolitik. Entscheidend ist der politische Wille, die vorhandenen menschlichen, finanziellen, sozialen und ökologischen Ressourcen für eine globale Friedenspolitik einzusetzen. Dafür gibt es durchaus positive Beispiele: Drohende »Wasserkriege« können durch Investitionen in die Abwasserreinigung, in die Kreislaufführung des Wassers, durch bessere Wasserverteilsysteme und Wasser-Spartechnologien und durch bessere Bewässerung in der Landwirtschaft präventiv unwahrscheinlich gemacht werden. Wir brauchen außerdem ein »Frühwarnsystem« für sich anbahnende Konflikte um Wasser. Gleiches gilt für die Böden, für die Artenvielfalt, für die Erdatmosphäre. Darüber hinaus können Energie-Technologien, die nicht auf Kohle, Erdöl und Erdgas setzen, Spannungen abbauen.

Entwicklungszusammenarbeit darf für die hoch entwickelten Länder kein Almosen sein, das nur das schlechte Gewissen beruhigt. Und es geht dabei auch nicht nur um moralische Verantwortung. Entscheidend ist, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die dafür eingesetzten Ressourcen rentable Investitionen in eine friedliche, zukunftsfähige Welt sind.

Aber eine solche Zusammenarbeit wird nur dann Erfolg haben, wenn sie die Menschenrechte aller Bürger dieser Welt durchsetzen will, auf dem Respekt vor der kulturellen Vielfalt und den tradierten Strukturen aufbaut und die Identität der Menschen akzeptiert und fördert.

Für eine breit angelegte Friedenspolitik in einer globalisierten Welt ist jedoch auch eine umfassende Reform der Vereinten Nationen unerlässlich. Nicht die Globalisierung ist zu bekämpfen, sondern alle Bestrebungen und Mechanismen, die im Prozess der Globalisierung die Gräben zwischen Arm und Reich weiter vertiefen. Und eben deshalb ist die Neustrukturierung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen von so entscheidender Bedeutung.

► **Klaus Töpfer,** ehemaliger Bundesumweltminister, war von 1998 bis 2006 Direktor des UN-Umweltprogramms (Unep) in Nairobi.

Silberstreif am Horizont

von Mark Hertsgaard

Wer in diesem Atlas liest, läuft Gefahr, von lähmender Verzweiflung erfasst zu werden. Die Probleme, die hier dokumentiert sind, wirken so ernst und allgegenwärtig, dass man sich fragt, was man gegen den übermächtigen Status quo noch ausrichten kann. Und doch wäre es kontraproduktiv, sich dieser Verzweiflung zu überlassen. Wir müssen ihr vielmehr widerstehen, wenn wir unser gemeinsames Ziel erreichen wollen, nämlich für die Menschen und für das ganze Ökosystem eine bessere Zukunft zu sichern.

Als Journalist, der seit mehr als zwanzig Jahren über Politik und Ökologie schreibt, nehme ich mich von diesem Defätismus-Vorwurf nicht aus. Meine Zunft ist Teil des Problems. Wer von uns würde nicht verzagen, wenn er tagtäglich Meldungen von Kriegen, Epidemien und anderem Unheil liest? Mitschuld tragen aber auch Umweltschützer und Verfechter des sozialen Wandels. Mit ihrem Lamento scheinen sie den Menschen alle Hoffnungen und Visionen rauben zu wollen, ohne die der Kampf für eine bessere Zukunft von vornherein verloren ist.

Sie wissen schon, wovon ich rede: dieser todernste bis tragische Ton von Verlautbarungen, in denen gnadenlos alles heruntergebetet wird, was in der Welt schief läuft, ohne ein Wort davon, was man besser machen könnte. In diese Falle tappen auch so kluge und wohlmeinende Leute wie Al Gore. Vor kurzem kam »An Inconvenient Truth« heraus, ein Dokumentarfilm, in dem Clintons einstiger Vize den Klimawandel wirklich gut erklärt, mitsamt wissenschaftlichen Fakten und möglichen Folgen, aber er sagt fast nichts zu der Frage, was die Menschen dagegen tun können.

»Ein brillanter Diavortrag«, meinte Rocky Anderson, der Bürgermeister von Salt Lake City nach der Premiere, »aber danach willst du dir einen Strick nehmen. Es fehlten einfach die Lösungen.« Nachdem er den Film gesehen hatte, verfasste Anderson einen Vortrag, in dem er davon erzählt, wie seine Stadt die Emission von Treibhausgasen drastisch reduziert hat – und wie dabei auch noch Geld in die Kasse floss. »Eine positive Botschaft ist wichtig«, meint Anderson, »die Leute reagieren ganz wunderbar auf die Aussage: Ja, es gibt schwer wiegende Probleme, aber wir packen sie an, und wenn wir es richtig machen, können wir es schaffen.«

Anderson ist gottlob nicht der einzige Umweltpolitiker, der das begriffen hat. Immer mehr grüne Aktivisten in den USA reden heute weniger über mögliche Katastrophen und mehr über praktische und sogar ökonomisch lohnende Lösungen. Wie zum Beispiel Betsy Taylor, die Gründerin des Center for a New American Dream: »Wir haben beschlossen, in Zukunft die Hälfte unserer Zeit dafür zu verwenden, den Leuten zu zeigen, wie man die Probleme lösen und damit auch noch ein besseres Leben haben kann.«

Woher kommt dieser Wandel? Die Aktivisten haben sich auf einen Grundzug der menschlichen Natur besonnen: Wenn man die Menschen mit zu vielen schlechten Nachrichten und unlösbaren Problemen konfrontiert, langweilt man sie, und sie schalten buchstäblich ab. Das ist wie bei einer Fußballmannschaft, die überzeugt ist, dass der Gegner überlegen und der Schiedsrichter sowieso gekauft ist. Wer wie ein Verlierer denkt, wird auch verlieren.

Nicht dass mich jemand falsch versteht: Ich plädiere nicht dafür, die harten Fakten zu schönen oder auf kleine Schritte zu setzen, wo radikale Lösungen vonnöten sind, sondern empfinde es als meine journalistische Pflicht, kompromisslos die Wahrheit zu sagen. Aber ich möchte, dass wir die ganze Wahrheit sagen. Ich habe es satt, mir ständig anzuhören, dass »die Guten« verlieren, ich will wissen, wie wir gewinnen können.

Was in diesem Atlas zu kurz kommt, sind Informationen über die »positiven Aktivitäten«. Dabei gibt es viele Menschen und Organisationen – im öffentlichen wie im privaten Bereich, im Norden wie im Süden der Welt –, die mit langem Atem und erfolgreich an Problemlösungen arbeiten. Über diese Menschen sollten wir genauso viel erfahren wie über das, wogegen sie kämpfen.

So haben sich zum Beispiel in den USA, obwohl die Bush-Regierung die Umweltbewegung anfeindet, 275 Städte verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen weit stärker zu reduzieren, als vom Kiotoprotokoll verlangt. Und es kommen ständig neue Städte dazu. Gouverneur Arnold Schwarzenegger setzt im größten und politisch wichtigsten US-Bundesstaat, Kalifornien, ernsthaft auf Ökologie – nicht zuletzt weil die kalifornischen Wähler das wollen.

In Sachen Klimawandel ist Schwarzenegger mit Bush über Kreuz, seit er 2005 versprochen hat, dass Kalifornien seinen Ausstoß an Klimagasen bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent reduzieren wird. Aber der Gouverneur redet nicht nur, er tut auch was. Zum Beispiel unterstützt er ein Programm, das eine Million Solardächer schaffen soll und damit die größte Solarenergiekampagne der Welt darstellen dürfte. Er hat in Kalifornien ein Gesetz durchgebracht, das 30 Prozent weniger Ausstoß von Treibhausgasen für Autos vorschreibt, und hält trotz einer Klage der Autoindustrie und der US-Regierung daran fest. Und er redet mit den anderen Westküstenstaaten, Oregon und Washington, darüber, handelbare Emissionsrechte nach EU-Vorbild einzuführen.

Das Ganze macht auch deshalb Mut, weil Kalifornien die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ist. Seine Entscheidungen könnten also nicht nur auf andere Regierungen, sondern auch auf multinationale Konzerne abfärben. Inzwischen steht der Emissionshandel auch in New York und in sieben anderen Staaten im Nordosten der USA zur Debatte. Das macht dann, zusammen mit Kalifornien, die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Ihre künftige Politik (Verbesserung der Energieeffizienz, Förderung von Windrädern und Solaranlagen) könnte einen Schub für die alternative Energietechnologie

bedeuten und die Kosten so weit senken, dass sie für jedermann erschwinglich wird.

Inzwischen erhöhen Investoren den Druck auf die großen Unternehmen und auf Wall Street, das Problem endlich ernst zu nehmen. Das »Investor Network on Climate Risk«, zu dem sich Pensionsfonds und institutionelle Anleger zusammengeschlossen haben, droht der Industrie, dass ihre Anleger ihr Geld aus Firmen abziehen könnten, die den Klimawandel ignorieren. Und mittlerweile haben sich erstaunlich viele Großkonzerne zu der Zusage durchgerungen, ihre beanstandeten Praktiken zu verändern.

US-Umweltschützer erzielen ihre Siege allerdings zumeist nicht auf bundesstaatlicher Ebene, sondern in Einzelstaaten und in Städten und Kommunen. So hat das Parlament von Idaho beschlossen, seine Kohlekraftwerke für zwei Jahre stillzulegen. Und Maryland – mit einem Republikaner als Gouverneur – hat das Kiotoprotokoll unterzeichnet.

Außerdem sei an den Erfolg von Wangari Mathai erinnert: Die Wissenschaftlerin und Umweltaktivistin aus Kenia erhielt 2004 den Friedensnobelpreis, und zwar ausdrücklich für ihr Engagement in Sachen Umwelt. Eine der ermutigendsten Geschichten, die ich kenne, ist die der brasilianischen Stadt Curitiba, die Bill McKibben in seinem Buch »Hope, Human and Wild« beschrieben hat. Curitiba hat sich aus einer höllischen Dritt-Welt-Stadt, die in Verkehr und Müll schier erstickte, in ein Modell für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit verwandelt – obwohl die Stadt sehr arm ist. Das wurde möglich, weil die Menschen einen Bürgermeister gewählt haben, der hochfliegende Ideen entwickelt und dennoch unbeirrbar praktisch denkt. Jaime Lerner entwarf die Vision von einem weniger verschmutzten, sozial gerechteren Curitiba, begann dann aber, den Bürgern klar zu machen, dass diese Vision nur Wirklichkeit wird, wenn sie selbst dazu beitragen. Und das taten sie dann auch.

Menschen wie Jaime Lerner können nicht nur eine Stadt, sondern ein ganzes Land und vielleicht sogar die Welt verändern. Es stimmt, unsere Erde ist in Gefahr, leider. Aber das muss nicht so bleiben. Wenn wir – durch diesen Atlas – Bescheid wissen über die Lage der Welt und dieses Wissen nutzen, um nicht auf die Hindernisse zu starren, sondern unserer Fantasie freien Lauf zu lassen – dann werden wir eine Welt schaffen, die es wert ist, gefeiert zu werden.

▶ **Mark Hertsgaard,** www.markhertsgaard.com, amerikanischer Journalist, ist Autor von u. a. »Im Schatten des Sternenbanners«, München (Hanser) 2003, sowie »Expedition ans Ende der Welt. Auf der Suche nach unserer Zukunft«, Frankfurt/Main (Fischer) 2001.

Kapitel 1

Bedrohte Umwelt

Wenn die Polkappen schmelzen

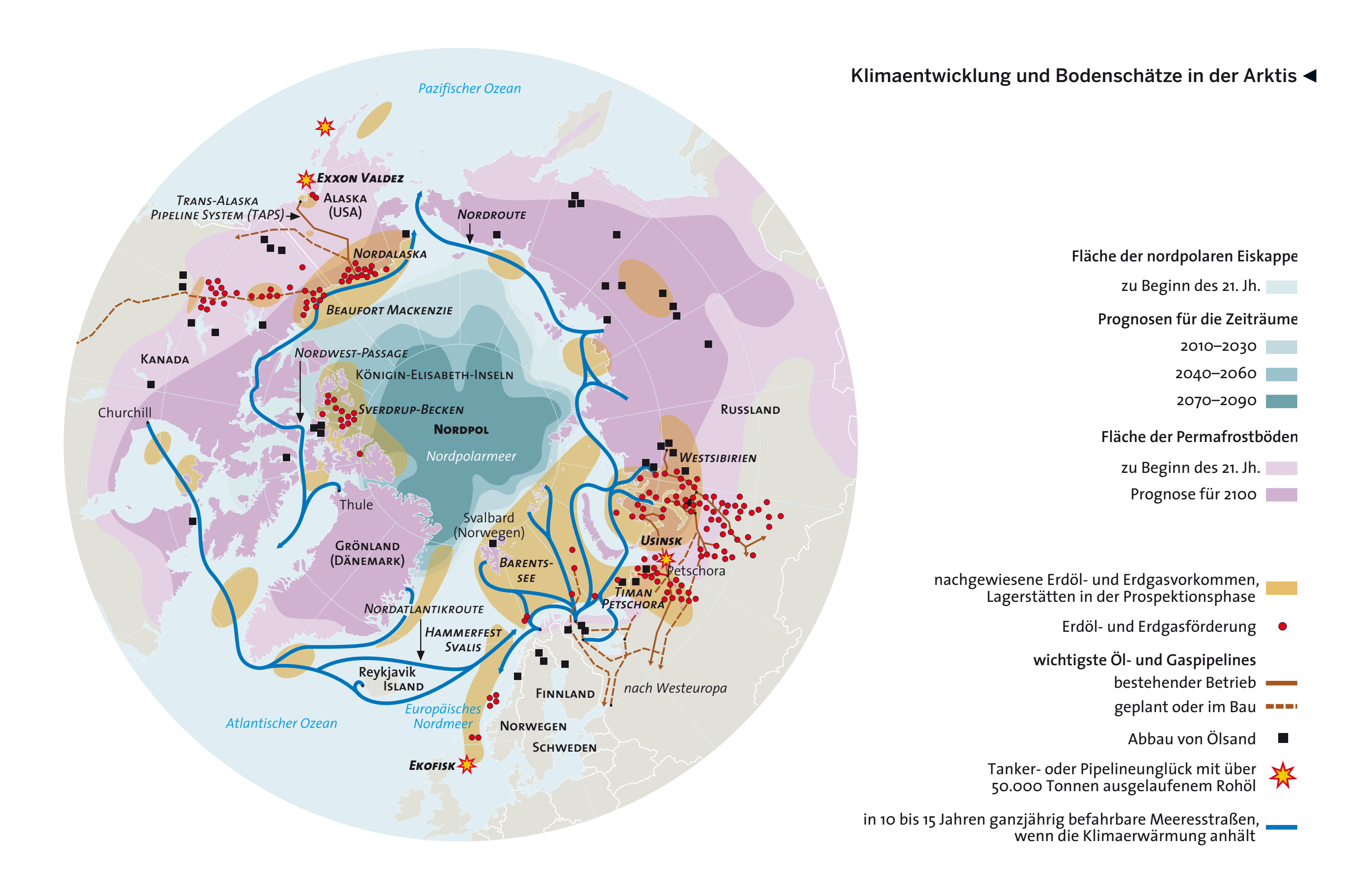
Sollte das arktische Eis tatsächlich schwinden, ließen sich große Erdöl- und Erdgasvorkommen leichter erschließen. Allerdings wären die globalen Auswirkungen der Polkappenschmelze katastrophal: Der Meeresspiegel würde steigen, der Golfstrom umgelenkt und das ökologische Gleichgewicht im Meer nachhaltig gestört.

Die Region um den Nordpol zeigt bereits deutliche Anzeichen einer Veränderung. Unabhängig von den starken jahreszeitlichen und jährlichen Schwankungen soll die Fläche des Packeises innerhalb der letzten dreißig Jahre um 10 Prozent abgenommen haben, ihre Dicke sogar um 40 Prozent. Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts könnte sich die Oberfläche der Eiskappe halbieren.

Manche sehen darin auch Vorteile. Sie versprechen sich die Öffnung der Nordpassagen für die Schifffahrt und einen leichteren Zugang zu den Gas- und Ölvorkommen in Alaska und Sibirien, die 40 Prozent der Weltreserven ausmachen. Doch diese positiven Aspekte wiegen wenig im Vergleich zu den negativen. Deren gravierendster wäre kurzfristig wohl die Störung des Golfstroms. Erste Untersuchungen haben ergeben, dass sich seine Umwälzgeschwindigkeit zwischen 1950 und 2000 um 20 Prozent verringert hat, was in absehbarer Zukunft unter anderem zu einem vorübergehenden Temperaturabfall in Europa führen könnte.

Auf globaler Ebene wird das Abschmelzen der Polkappen wahrscheinlich die Erderwärmung beschleunigen, weil die Brechung der Sonnenstrahlung abnimmt. Denn Eis reflektiert 80 Prozent der Sonnenstrahlung, vegetationsloser Boden 30 Prozent und Meerwasser nur 7 Prozent. Schon jetzt beginnen stellenweise die Permafrostböden aufzutauen, auf denen Häuser und Straßen gebaut wurden. Die Erwärmung setzt zudem das in den Böden durch die Kälte gebundene Methan frei, das als wichtiges Treibhausgas seinerseits wiederum zur Erwärmung führt.

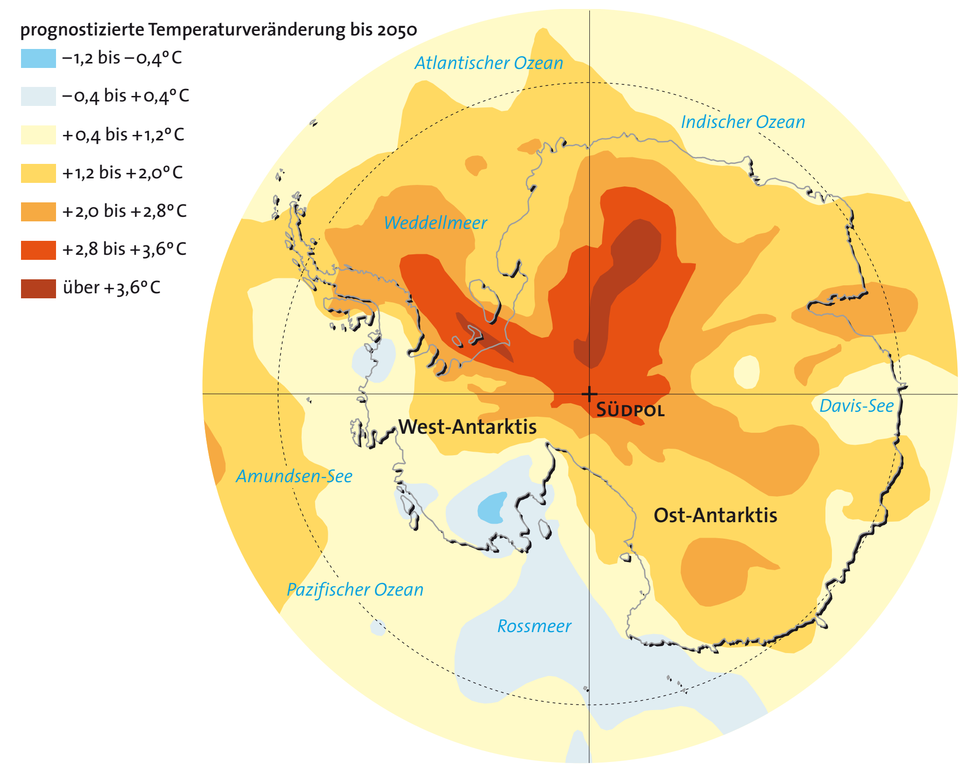
Trotz dieser Gefahren hat sich der 1996 gegründete Arktische Rat, dem unter anderen die USA, Kanada und Russland angehören, auf keine einzige Gegenmaßnahme einigen können. Dabei führt nicht das Abschmelzen der Nordpolkappe an sich zum Ansteigen der Weltmeere, da das Eis ja bereits auf dem Wasser schwimmt. Mit dem Schwinden der Eisdecke Grönlands und der terrestrischen



Klimaentwicklung und Bodenschätze in der Arktis ◀

Gletscher könnte der Meeresspiegel jedoch erheblich steigen. Die Daten des Forschungssatelliten »Topex-Poseidon« ergeben einen jährlichen Anstieg des Meeresspiegels um 2,4 Millimeter, was hochgerechnet bis zur nächsten Jahrhundertwende 25 Zentimeter bedeuten würde. Doch immer mehr Rechenmodelle prognostizieren einen Anstieg von einem oder gar mehreren Metern, falls sich der Abschmelzprozess in bestimmten Regionen der Antarktis fortsetzt. Trotz verbleibender Unsicherheiten nimmt man an, dass das Phänomen zu einem Drittel allein von der Ausdehnung des durch den Treibhauseffekt erwärmten Meerwassers verursacht wird. Ein zweites Drittel käme vom Abschmelzen der Gletscher. Zum restlichen Drittel trägt nach neueren Forschungen auch der Südpol um die 15 Prozent bei.

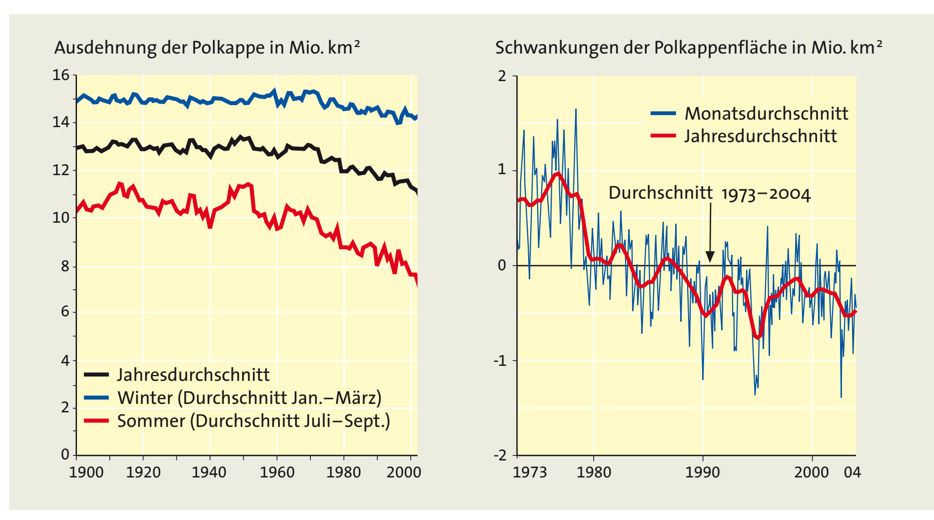
Noch vor kurzem waren die Wissenschaftler überzeugt, dass nur die antarktische Halbinsel betroffen sei. Hier ist die Temperatur zwischen 1974 und 2000 um durchschnittlich 3 Grad gestiegen, und hier löste sich im März 2002 eine 3.250 Quadratkilometer große Eisplatte vom so genannten Larsen-Schelf. Würde das gesamte Eis der Halbinsel schmelzen, würde der Meeresspiegel zusätzlich um 45 Zentimeter ansteigen. Allerdings ist dieses Eis nicht direkt mit der Polkappe des Kontinents verbunden, von der man bisher annahm, dass sie stabil und für mindestens ein weiteres Jahrhundert von der globalen Erwärmung nicht beeinflussbar sei. Doch im Oktober 2004 teilte die US-Raumfahrtbehörde Nasa mit, sie rechne bis 2050 mit einem Temperaturanstieg um 3,6 Grad Celsius in einigen Teilen der Antarktis, während eine Forschergruppe des British Antarctic Survey zum Ergebnis kam, dass der westliche Teil jährlich ein Volumen von 250.000 Kubikmeter Eis verliert. Wenn sich der Prozess beschleunigt, könnte das Wasser aus dieser Region in absehbarer Zeit ein Ansteigen der Meere um 8 Meter bewirken. Im Moment scheint die östliche Antarktis noch nicht betroffen zu sein. Sie ist der mit Abstand massivste Teil – ihr Eisvolumen entspräche, wenn es schmelzen würde, einem Anstieg der Meere um 64 Meter.



Klimaentwicklung in der Antarktis ◀

Das Schmelzen des Antarktis-Eises könnte die Meeresfauna stark beeinträchtigen. So sollen die Krillschwärme in den vergangenen dreißig Jahren schon um 80 Prozent abgenommen haben. Der Krill ist ein garnelerartiger Kleinkrebs, der sich von unter dem Eis lebenden Algen ernährt. Für die Nahrungskette der Ozeane ist er äußert wichtig, weil er vielen Fischen, Tintenfischen und Walen als Lebensgrundlage dient – die bereits durch Überfischung und Korallenbleiche gefährdet ist.

▶ Die Arktis wird wärmer – Messdaten vom Nordpol



WWW

Einführend
Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung
• www.awi-bremerhaven.de
Klimaschutz in der Arktis
• www.arctic-council.org
Auswirkungen der Klimaveränderung auf die Arktis (Arctic Climate Impact Assessment)
• www.acia.uaf.edu
Center for International Climate and Environmental Research – Oslo
• www.cicero.uio.no
International Arctic Science Committee
• www.iasc.no
World Meteorological Organization
• www.wmo.ch
International Conference on Arctic Research Planning
• www.icarp.dk
zu den Permafrostböden
• de.wikipedia.org/wiki/Permafrost

Leben mit dem Klimawandel

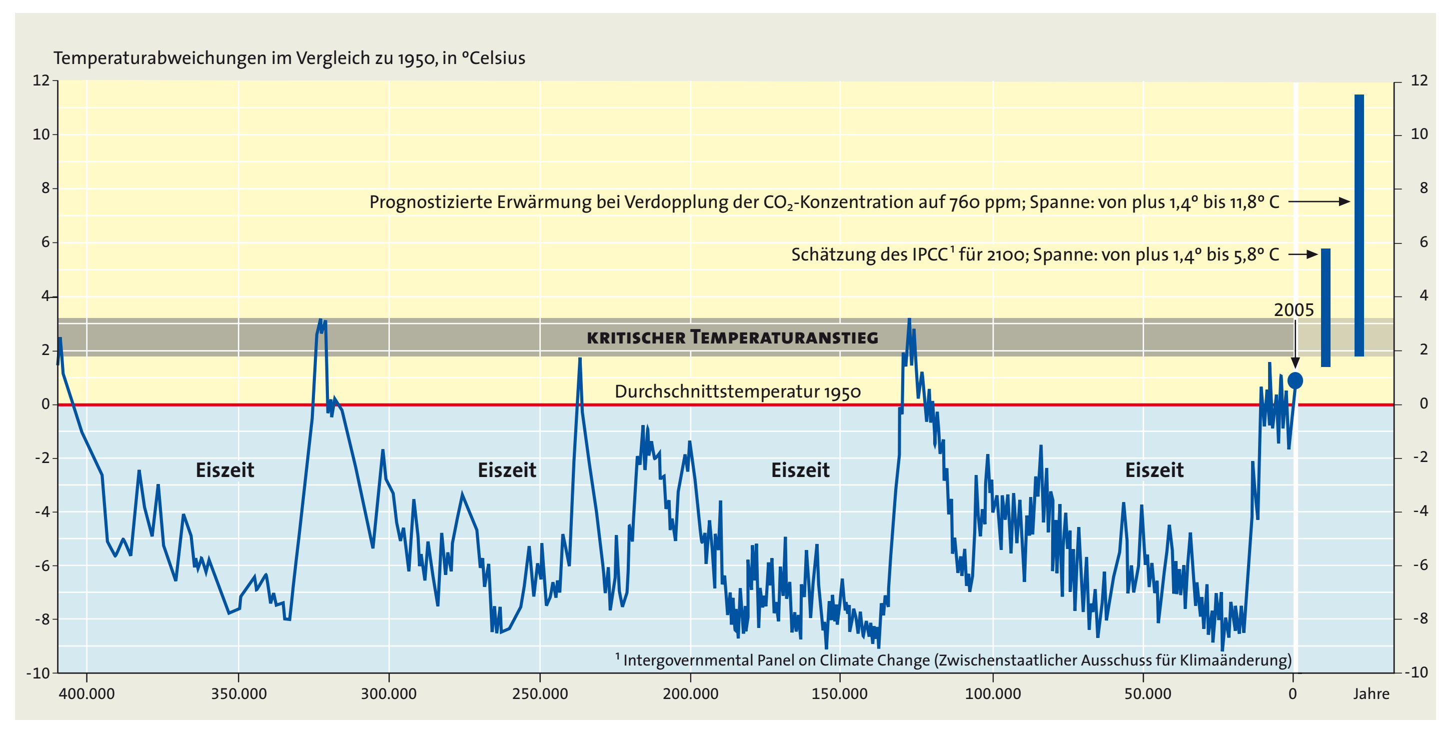
Die meteorologischen Messungen belegen, dass sich die Erde erwärmt. Dazu trägt nicht zuletzt der hohe Ausstoß von Kohlendioxid bei. Die bisher ergriffenen Gegenmaßnahmen kommen zu spät und reichen nicht aus.

Die Prognosen zur globalen Erwärmung sind im Lauf der letzten Jahre immer erschreckender geworden. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderung (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) bestätigte in seinem 2001 veröffentlichten Bericht, dass der Treibhauseffekt seit dem 19. Jahrhundert erheblich zugenommen hat. So hat der Kohlendioxidausstoß zu einem globalen Temperaturanstieg von 0,8 Grad zwischen 1860 und 2000 beigetragen. Nach demselben Bericht wird die Erwärmung vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2100 zwischen 1,4 und 5,8 Grad liegen – eine gewaltige Veränderung, wenn man bedenkt, dass es auf der Erde während der letzten Eiszeit vor 15.000 Jahren um durchschnittlich gerade einmal 5 Grad kälter war als heute.

Eine auf 2.578 Simulationen beruhende Studie, die 2005 von der Universität Oxford veröffentlicht wurde, prognostiziert eine noch stärkere Erwärmung: Die Voraussagen reichen von 1,9 bis zu 11,5 Grad, wobei die meisten Einzelergebnisse zwischen 2 und 8 Grad liegen. Am beunruhigendsten ist die Vorstellung, dass es zu einem »point of no return« kommen könnte. Selbst wenn heute drastische Gegenmaßnahmen ergriffen würden, könnten nämlich wegen der Langsamkeit der klimatischen Reaktionen die schädlichen Auswirkungen noch viele Jahre zu spüren oder sogar überhaupt irreversibel sein. Der kritische Punkt scheint, so der sich abzeichnende Konsens, bei einem Plus von 2 Grad zu liegen. Um darunter zu bleiben, dürfte die CO_2- Konzentration in der Luft 550 ppm (parts per million) nicht übersteigen. Manche Wissenschaftler setzen diesen Höchstwert sogar nur bei 400 ppm an. Die CO_2-Konzentration ist aber von 270 ppm im Jahr 1850 auf 380 ppm im Jahr 2005 gestiegen, ein einzigartiger Anstieg in den 420.000 Jahren, für die sich die Klimageschichte rekonstruieren lässt und in denen die CO_2-Konzentration zwischen 180 und 280 ppm schwankte. Bei der derzeitigen Steigerung von 2 ppm pro Jahr könnte ein kritischer Punkt in zehn bis dreißig Jahren erreicht sein. Damit die kritischen 2 Grad Zunahme gar nicht erst erreicht werden, müssten außerdem die Industrieländer ihren CO_2-Ausstoß bis zum Jahr 2050 auf ein Viertel der heutigen Emissionen reduzieren.

Zwar sind alle diese Prognosen mit Unsicherheiten behaftet. Aber angesichts der immensen Risiken und des zunehmenden Konsenses unter den Experten sollte das Vorsorgeprinzip gelten und ebenso schnell wie wirksam gegengesteuert werden. Wenn das Kiotoprotokoll in vollem Umfang umgesetzt wird, also auch die USA es ratifizieren und die Europäer halten, was sie versprochen haben, dann wird die für 2100 berechnete Klimaerwärmung gerade um 0,06 Grad niedriger ausfallen, also um 2 oder 3 Prozent. Überdies legt das Kiotoprotokoll keine Obergrenzen für den CO_2-Ausstoß in den Ländern des Südens fest, die den legitimen Wunsch haben, den Westen »einzuholen«. Das Scheitern der Verhandlungen

▶ **Langfristige Temperaturentwicklung**



[1] Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderung)



▶ Langfristige Entwicklung der CO_2-Konzentration

bei der Kiotofolgekonferenz in Montreal 2005 hat gezeigt, wie groß die Widerstände sind.

Die Anzeichen für einen Klimawandel häufen sich. So war das zurückliegende Jahrzehnt das wärmste seit Beginn der regelmäßigen Messungen im 19. Jahrhundert. Und es war gekennzeichnet von einer Zunahme extremer Klimaphänomene: Im Pazifik trat El Niño öfter und stärker auf, der europäische Hitzesommer 2003 könnte sich zyklisch wiederholen, und in den USA und in Asien gab es 2004 und 2005 so viele tropische Wirbelstürme wie nie zuvor. Die zunehmend übereinstimmenden Simulationsrechnungen legen nahe, dass es sich hier nicht um eine zufällige Häufung handelte.

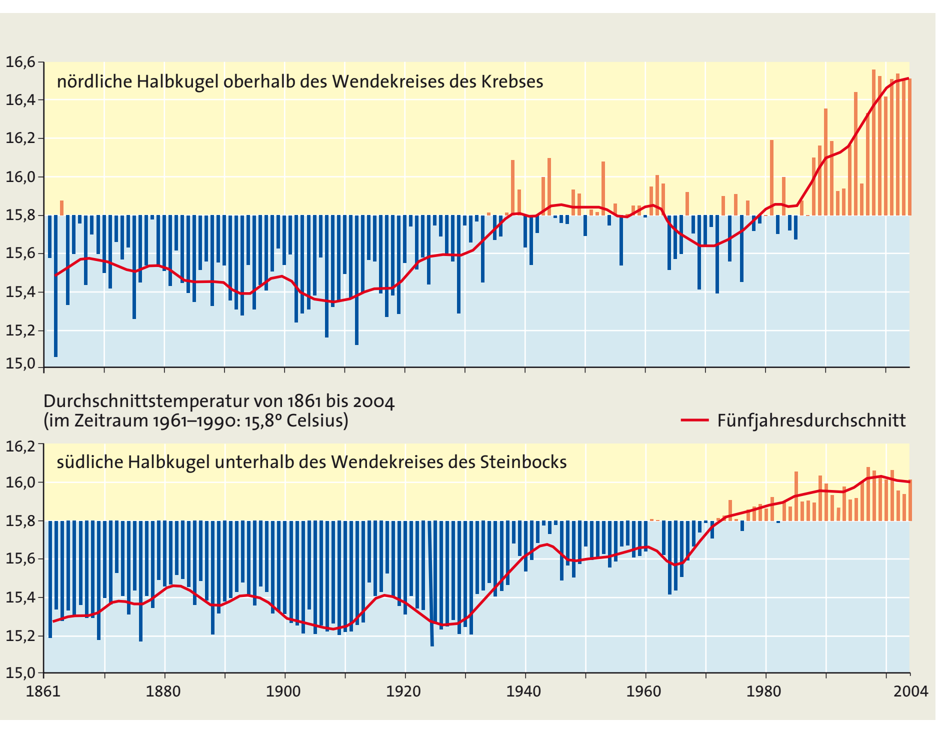
Im Übrigen erweisen sich einige Phänomene als dauerhaft, wenn auch in ihren Folgen nicht genau abschätzbar. Der Temperaturanstieg wirkt sich wahrscheinlich verheerend auf die Korallen und den von ihnen abhängigen marinen Lebensraum aus, der durch die Erwärmung der Polarregionen *(siehe Seite 10)* bereits stark gefährdet ist. Die größere Ausdehnung des Meerwassers könnte außerdem zu einem Anstieg des Meeresspiegels um 25 Zentimeter bis zu einem Meter führen. Bis zum Jahr 2050 könnten dadurch, wie Berechnungen ergaben, 80 bis 400 Millionen so genannte Klimaflüchtlinge zu erwarten sein. Die Störungen der Niederschläge dürften sich auf die Landwirtschaft ebenso auswirken wie auf die Verbreitungsgebiete von Krankheiten.

Auch in puncto Artenvielfalt wird die Klimaerwärmung dramatische Folgen haben, da sich viele Lebewesen nicht schnell genug werden anpassen können. Dabei steht der Mensch schon heute – mit der Zerstörung von Lebensräumen und der »gewöhnlichen« Umweltverschmutzung – als der Verursacher der sechsten großen Lebensvernichtungsphase der Erdgeschichte da.

WWW

Einführend
atmosphere.mpg.de/enid/660
zum Treibhauseffekt
• de.wikipedia.org/wiki/Treibhauseffekt
UN-Klimarat
• www.ipcc.ch
UN-Klimarahmenkonvention
• www.unfccc.int
World Data Center for Climate
• www.mad.zmaw.de/wdc-for-climate
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
• www.pik-potsdam.de/index_html_d

Unsere Welt wird wärmer ◀



Sauberes Wasser – knappes Gut

Fast die Hälfte des weltweit verbrauchten Wassers geht ungenutzt verloren – es versickert und verdunstet. Dabei ist sauberes Trinkwasser ein ebenso kostbares wie kostspieliges Gut. Es muss weltweit besser geschützt und gerechter verteilt werden.

Mehr als 1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,4 Milliarden keine akzeptablen sanitären Einrichtungen. Das kostbare Nass ist scheinbar im Überfluss vorhanden, doch die Vorräte sind ungleich verteilt. Während ein paar Länder über 60 Prozent der Süßwasserreserven verfügen, muss Asien, wo knapp 60 Prozent der Weltbevölkerung leben, mit 30 Prozent des Wassers auskommen. In einem Dreieck, das sich von Tunesien bis nach Pakistan und in den Sudan erstreckt, ist der Wassermangel strukturell. Pro Kopf und Jahr stehen hier einschließlich des agrarischen Verbrauchs durchschnittlich weniger als 1.000 Kubikmeter Süßwasser zur Verfügung, weshalb man auch von »chronischem Wassermangel« spricht. Ein weiteres Problem ist die Wasserqualität. Je mehr verbraucht wird, desto mehr Abwasser entsteht. In den Entwicklungsländern gelangen 90 Prozent des verunreinigten Wassers und 70 Prozent der Industrieabfälle ungeklärt ins Oberflächenwasser.

Als Folge davon sterben jedes Jahr über 5 Millionen Menschen an Krankheiten, die mit dem Wasser in Verbindung stehen. Wenn die Weltbevölkerung tatsächlich von den derzeit 6,5 Milliarden auf die prognostizierten 8,5 Milliarden im Jahr 2025 anwächst, stünde dann pro Kopf knapp ein Drittel weniger Süßwasser zur Verfügung. Laut UN werden bei gleich bleibend steigendem Verbrauch in zwanzig Jahren 1,8 Milliarden Menschen in Gegenden leben, in denen absoluter Wassermangel herrscht. Für 5 weitere Milliarden Menschen wird sich der Bedarf nicht in Gänze decken lassen.

Die Situation wird sich nicht zuletzt durch die anhaltende Landflucht und die Konzentration der Bevölkerung in Megastädten verschärfen. Im Jahre 2020 werden von den 33 Städten mit über 8 Millionen Einwohnern 27 in Ländern des Südens liegen, was einen um 40 Prozent erhöhten Wasserverbrauch der privaten Haushalte nach sich ziehen wird.

Je höher der Lebensstandard, desto größer die Verschwendung: Die vielen Haushaltsgeräte der Wohlhabenden treiben den Wasserverbrauch in die Höhe, kein Umweltbewusstsein, kein Kostendenken vermag ihn zu bremsen. Die ärmere Bevölkerung dagegen spart Wasser, sobald die Versorger die Preise erhöhen. Die Europäer konsumieren heute achtmal soviel Süßwasser wie ihre Großeltern, nämlich zwischen 100 und 200 Liter täglich. Ein Australier verbraucht durchschnittlich mehr als 1.000 Liter am Tag, ein Amerikaner zwischen 300 und 400 Liter. In einigen Entwicklungsländern dagegen liegt der durchschnittliche Tagesverbrauch bei wenigen Litern.

Nur 55 Prozent des entnommenen Wassers werden wirklich verbraucht. Die übrigen 45 Prozent sind Verluste, sei es durch undichte Leitungen, sei es durch Versickern oder Verdunsten bei der landwirtschaftlichen Bewässerung, die immerhin 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs ausmacht. Um aber die Weltbevölkerung zu ernähren, müsste die landwirtschaftliche Produktivität gesteigert und die Bewässerung um weitere 17 Prozent erhöht werden.

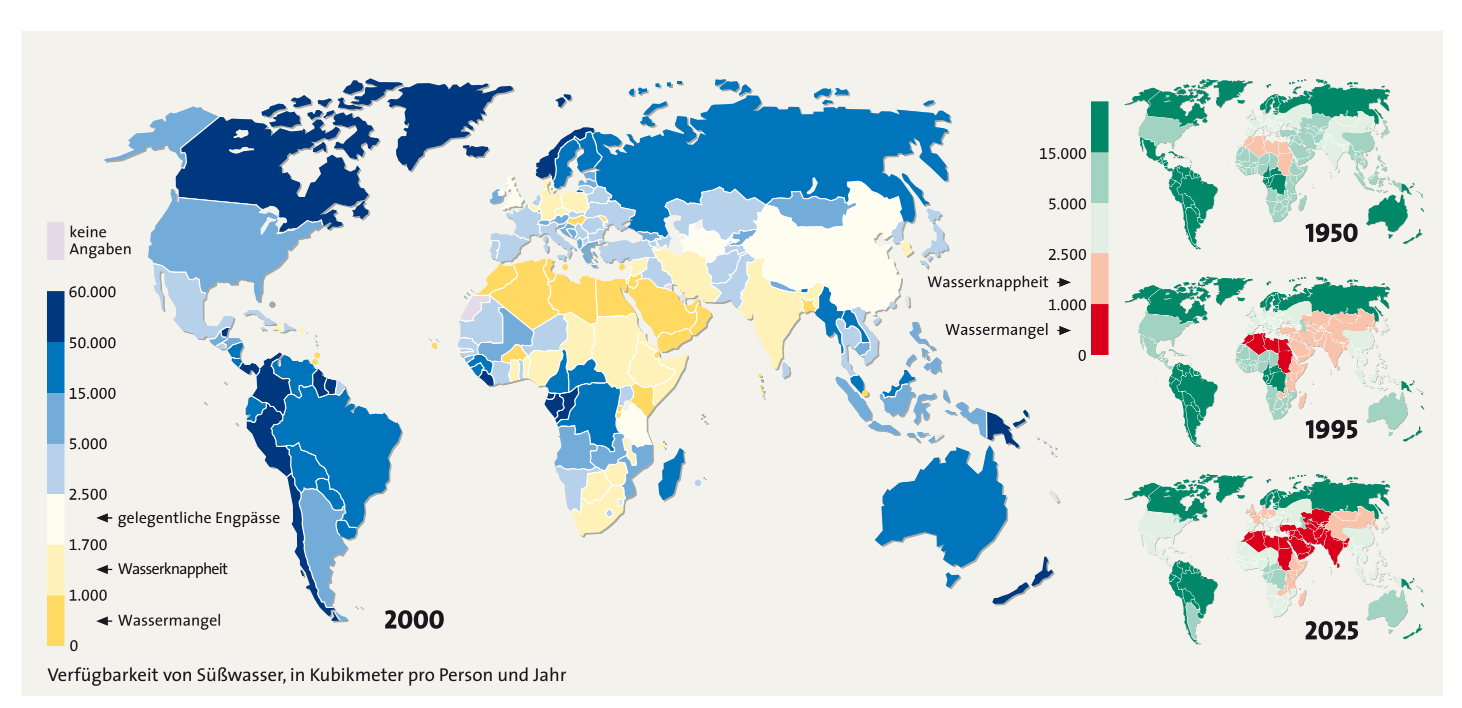
Rein technische Maßnahmen wie die Meerwasserentsalzung sind zu teuer und energieaufwändig, um in größerem Rahmen Abhilfe zu schaffen. Viel sinnvoller wäre es, für eine effizientere Nutzung der knappen Ressource zu sorgen. Insbeson-

▶ Die Stadt und ihr Grundwasser





- Das Trinkwasser wird der obersten Grundwasserschicht entnommen (blaue Pfeile)
- In den Boden eingedrungenes Regenwasser bewegt sich horizontal und füllt die Grundwasserschicht auf (grüne Pfeile)
- Das Schmutzwasser wird teils aufbereitet, teils versickert es (braune Pfeile)
- Der Grundwasserspiegel sinkt, immer tiefere Förderbrunnen werden nötig
- Große Abwassermengen gelangen ungeklärt in den Boden und verschmutzen das Oberflächengrundwasser (braune Flächen)
- Weil der Grundwasserspiegel fällt, können Bodensenkungen und Hohlräume entstehen



Wer Zugang zu sauberem Trinkwasser hat ◀

dere bei der Bewässerung und beim Trinkwasser müssen Anlagen und Leitungen überholt bzw. neue gebaut werden. Die Vorräte müssen geschont und die Verschmutzung muss bekämpft werden. Nach Schätzungen von Finanzinstituten müssten dafür in den kommenden fünfundzwanzig Jahren 180 Milliarden Dollar jährlich investiert werden – derzeit belaufen sich die Investitionen in die Wasserinfrastruktur auf jährlich 75 Milliarden Dollar. Vor allem die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie manche Regierungen halten die Privatisierung des Wassers für das Mittel der Wahl. Bislang sind erst 5 Prozent der Weltwasservorräte privatisiert. Viele zivilgesellschaftliche Bewegungen verurteilen eine solche Vermarktung des Wassers und wollen den Zugang zu sauberem Wasser als »menschliches Grundrecht« verankern: Wasser müsse kostenlos sein, so lautet die Forderung, oder zum Selbstkostenpreis abgegeben werden – die Ärmsten der Armen werden freilich nicht einmal den bezahlen können.

WWW

Einführend
- www.menschen-recht-wasser.de

Unesco Wasser-Portal
- www.unesco.org/water

Weltwasserforum
- www.worldwaterforum.org

Privatisierung des Wassers
- www.icij.org/water

NGO zu Flüssen und Staudämmen
- www.irn.org

bei der Weltnaturschutzunion
- www.iucn.org/themes/wani/

Wasserforschung im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik
- www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/FSdfor?OpenFrameset



- Mit dem Verschwinden des unter der Stadt liegenden Grundwassers wird auch dessen Förderung eingestellt.
- Der Grundwasserspiegel steigt wieder an, doch die Verschmutzung durch private und industrielle Abwässer macht das Grundwasser unbrauchbar.
- Die Stadt wird aus Brunnen im Umland mit Wasser versorgt, wo der Wasserspiegel nun ebenfalls sinkt. Der Weg von der Förderstelle zum Verbraucher wird länger.



- Das Grundwasser im Umland reicht zur Versorgung der Stadt nicht mehr aus.
- Das Grundwasser unter der Stadt bleibt unbrauchbar, solange die Abwassersysteme nicht modernisiert sind und die natürliche Selbstreinigung nicht stattfinden kann.
- Die Stadt muss ihr Wasser aus größeren Entfernungen heranschaffen, was mit erhöhten Kosten verbunden ist.

Nahrung und Energie aus den Weltmeeren

71 Prozent der Erdoberfläche sind von Ozeanen bedeckt. Sie sind eine wesentliche Quelle des Lebens auf dem Planeten. Ihre Fischbestände, unentbehrlich für die Ernährung der Welt, hat die Fangindustrie längst dezimiert.

Der Ozean liefert etwa 80 Prozent – in absoluten Mengen: jährlich 110 Millionen Tonnen (Mt) – der aus dem Wasser gewonnenen Nahrungsmittel. Die restlichen 28 Mt kommen aus Binnengewässern. Die Produktion aus dem Meer beruht zu wiederum 80 Prozent auf dem Fischfang und somit auf der bloßen Entnahme von Ressourcen und zu 20 Prozent auf Aquakultur – genauer: Marikultur –, das heißt auf Verfahren der kontrollierten Aufzucht.

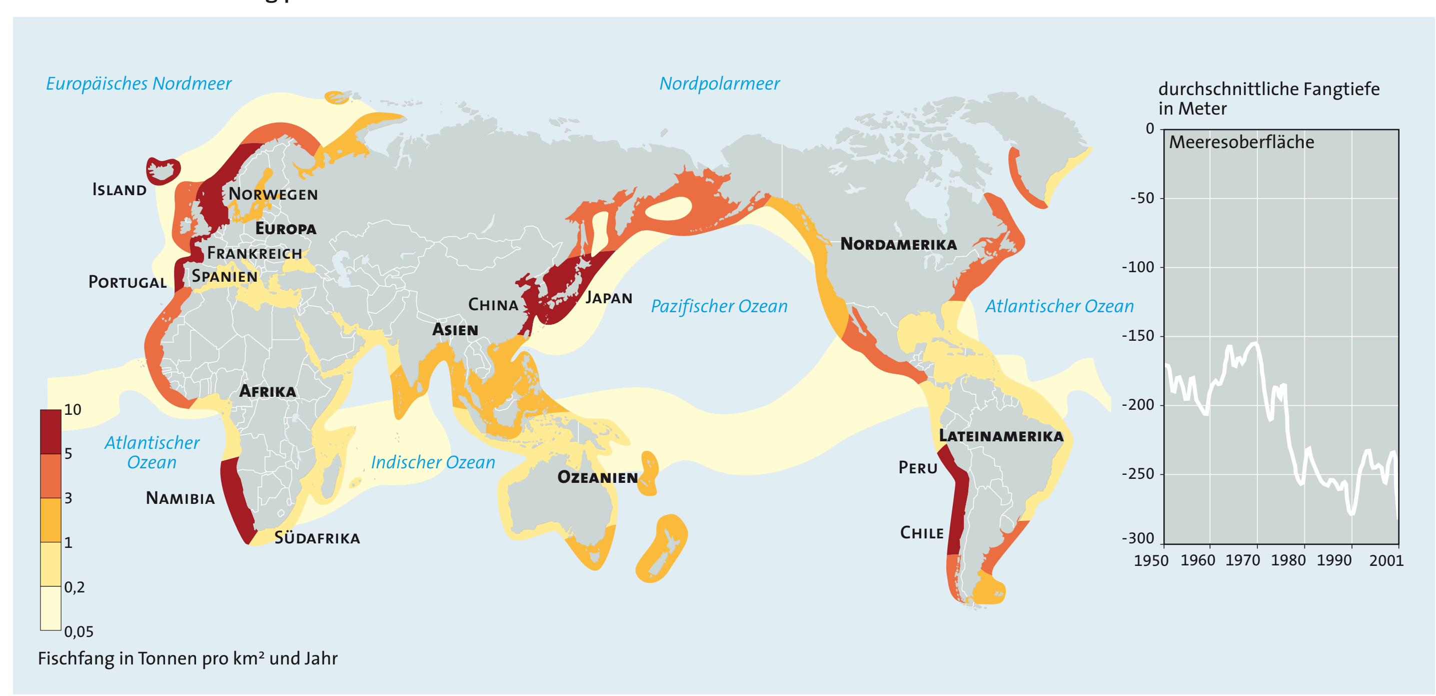
Die Fischerei war über Jahrtausende nicht besonders effektiv. Das hat sich jedoch im Lauf der letzten hundert Jahre radikal geändert, nachdem Fangtechniken und Fangkonservierung verbessert wurden. 1950 belief sich der Fischfang auf insgesamt 20 Mt, bis 1970 schnellte er auf 70 Mt hoch, seither hat er sich bei 80 bis 90 Mt jährlich eingependelt. Die dramatische Zunahme in den 1950er- und 1960er-Jahren verdankt sich größtenteils der industriellen Nahrungsverwertung: Der Fang wird zu Produkten wie Fischmehl und Fischöl verarbeitet, die dann bei der Herstellung von Tierfutter Verwendung finden.

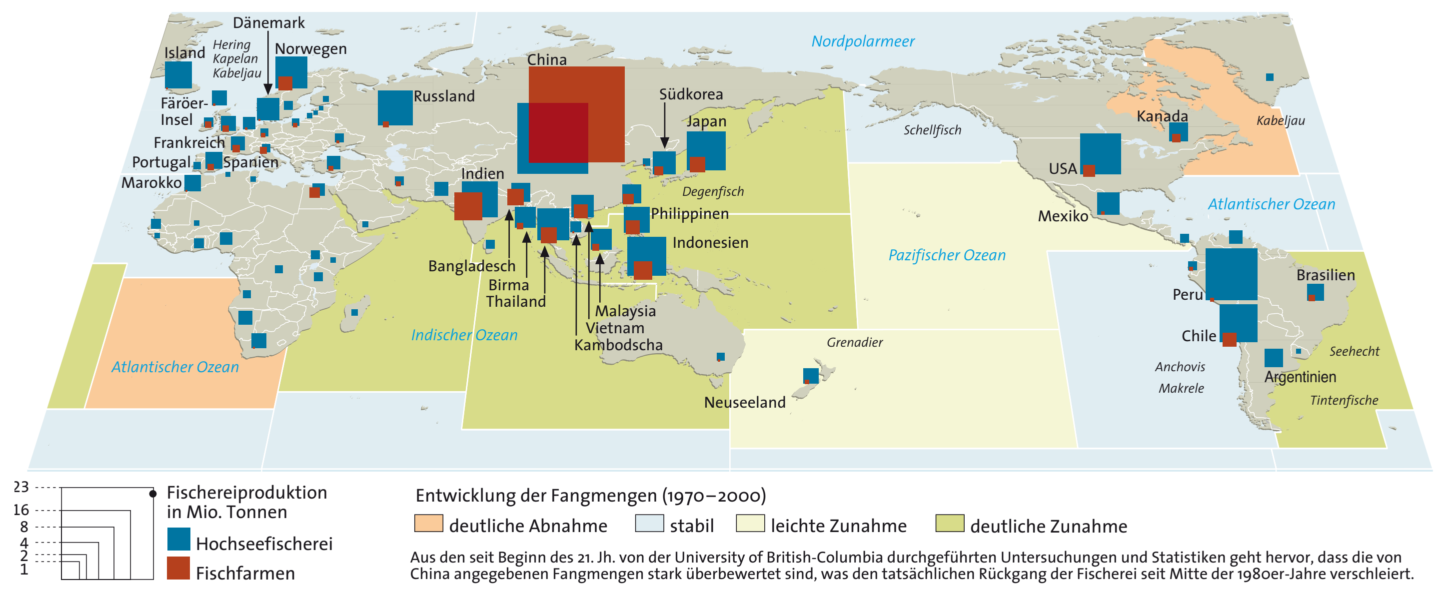
Die industrielle Verwertung und die dabei verbrauchten enormen Mengen (zeitweise fast 40 Prozent des gesamten Fangs) führten zur Überfischung einiger Fangplätze und zu Krisen, die Schlagzeilen machten. So brach schon 1968 die Heringfischerei im östlichen Nordatlantik zusammen, ab 1972 auch der Sardellenfang vor Peru. Die Krisen führten zur Einrichtung von 200 Seemeilen breiten »ausschließlichen Wirtschaftszonen« (AWZ, Art. 55 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen), in denen die Küstenanrainerstaaten das alleinige Verfügungsrecht über die Ressourcen haben, sowie zu politischen Übereinkommen zugunsten eines Ressourcen-Managements. Dadurch wurden die lebenden Reichtümer, die hauptsächlich an den Rändern der Ozeane vorkommen, faktisch zwischen den Anrainerstaaten aufgeteilt. Auch das ging jedoch nicht ohne Streitigkeiten und Konflikte ab, wie der »Kabeljaukrieg« zwischen Island und Großbritannien 1975 zeigte. Um die Festlegung der Fischereigrenzen streiten sich heute noch Russland und Norwegen. Die Überfischung führte namentlich in Asien zu einem raschen Aufschwung der Marikultur. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts stieg ihre Produktion von 6 auf 25 Mt.

Im Weltdurchschnitt stehen pro Person jährlich etwa 16 Kilogramm Speisefisch zur Verfügung. Dieser Wert ist stabil, dahinter verbergen sich aber gravierende Ungleichheiten. Während China (mit stark ansteigendem Fischverzehr) und die Länder des Nordens gut versorgt sind, haben die ohnehin chronisch unterernährten Menschen in Afrika oder Mittelamerika auch nur einen geringen Fischkonsum.

Andere Nutzungsarten des Meeres

▶ Der industrielle Fischfang plündert die Ozeane





Die globale Fischereiproduktion ◄

befinden sich noch im Entwicklungsstadium. Zum Beispiel ließen sich aus der Bewegung des Wassers – Wellen, Seegang, Strömungen – oder auch aus dem Temperaturunterschied zwischen dem warmen Wasser an der Oberfläche und dem kälteren in der Tiefe gigantische Energiemengen gewinnen. Die praktischen Ansätze dazu stecken jedoch, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, immer noch in der Versuchsphase. Gezeitenkraftwerke gibt es etwa in Frankreich (La Rance, seit 1966) und im Norden Russlands (seit 1968).

Die so genannten fossilen Energieträger gehören einer anderen Kategorie an, da sie nicht erneuerbar sind: Kohleflöze erstrecken sich manchmal vom Festland aus bis unter den Meeresboden. Außerdem gibt es dort Öl- und Gasvorkommen, nach denen heute intensiv gesucht wird, aber auch Minerale und Erze.

Der größte Teil der Öl- und Gasvorkommen unter dem Meeresboden wird von Plattformen aus gefördert, die auf Festlandsockeln stehen, wo das Meer weniger als 200 Meter tief ist. Die steigenden Rohölpreise lassen es jedoch als denkbar erscheinen, dass man auch in Tiefen von 1.500 oder 3.000 Metern bohrt, allerdings auch dies in Küstennähe.

Der Meeresboden birgt aber auch noch andere, bislang kaum genutzte Bodenschätze: eisen- und schwefelhaltige Minerale, metallhaltige Anschwemmungen, sedimentäre Baustoffe wie Sand, Kies oder Schotter, Phosphorite als Ausgangsmaterial zur Herstellung von Dünger. In den 1970er-Jahren weckten die Tiefseeknollen aus Mangan, Nickel, Kobalt oder Kupfer große Hoffnungen – die aus Kostengründen jedoch bald wieder begraben wurden. Das Gleiche galt für die metallhaltigen Schlämme in den Tiefen des Roten Meeres.

Das Meerwasser selbst liefert in Salzgärten gewonnenes Natriumchlorid (Kochsalz) sowie Magnesium und Brom; von Letzterem werden 80 Prozent des Weltbedarfs durch Extraktion aus dem Meer gedeckt. Entsalzt dient Meerwasser außerdem als Trinkwasser.

www

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Kabeljaukrieg

nachhaltige Fischerei und Aquakultur
- www.onefish.org

bei der Welternährungsorganisation
- www.fao.org/fi

International Maritime Organization
- www.imo.org

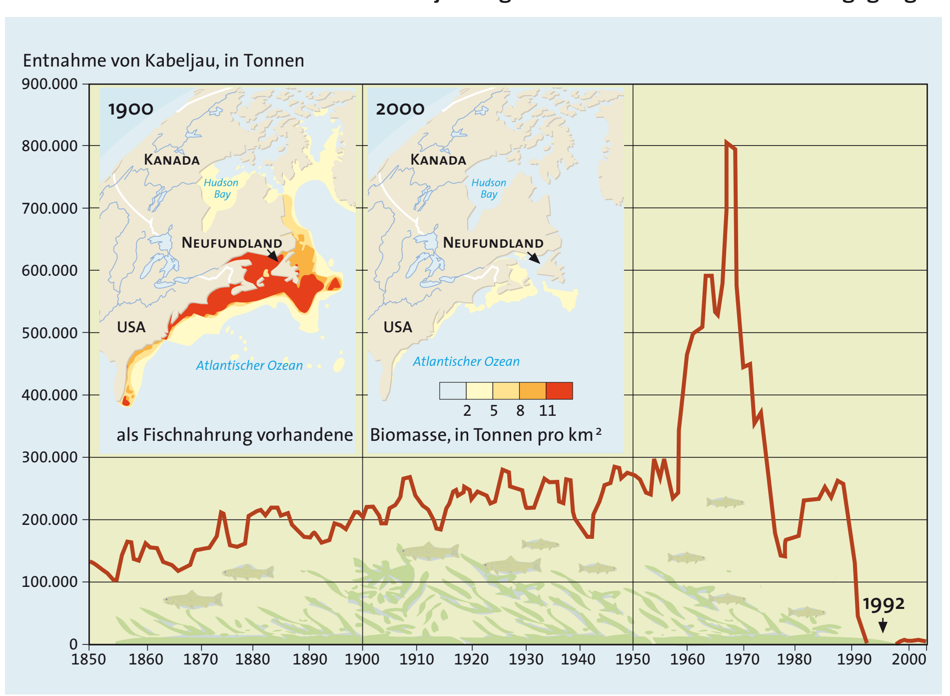
zwischenstaatliche Ozeanografiekommission
- www.ioc.unesco.org

Internationaler Rat für Meeresforschung
- www.ices.dk

Daten und Messungen zur Ozeanographie
- www.iode.org/oceanportal/

NGO zum Schutz der Meeresökosysteme
- www.orf.org/home.htm

Der Kabeljaufang ist seit 1968 dramatisch zurückgegangen ◄



Die Atomkraft und ihre zivile und militärische Nutzung

Nur ein geringer Anteil des Weltenergieverbrauchs wird heute durch die Atomkraft abgedeckt. Die meisten Reaktoren sind über zwanzig Jahre alt, und kaum ein neues Kraftwerk nutzt die Kernenergie. Überdies zeigt sich an den Konflikten mit Iran und Nordkorea, wie schwer die scharfe Abgrenzung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie ist.

Am 26. April 1986 bläst die Explosion im Reaktorblock 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl eine radioaktive Wolke in die Luft, die um den halben Globus zieht. Mehr als 400.000 Personen werden schließlich evakuiert. Zahlreiche Länder erlassen strikte Vorschriften für ihre Landwirtschaft, lassen Nutztiere töten und Ernten vernichten. Noch 2006 sind in Großbritannien, mehr als 2.500 Kilometer vom Unglücksort entfernt, 374 Bauernhöfe und gut 75.000 Hektar Weideland von Einschränkungen betroffen.

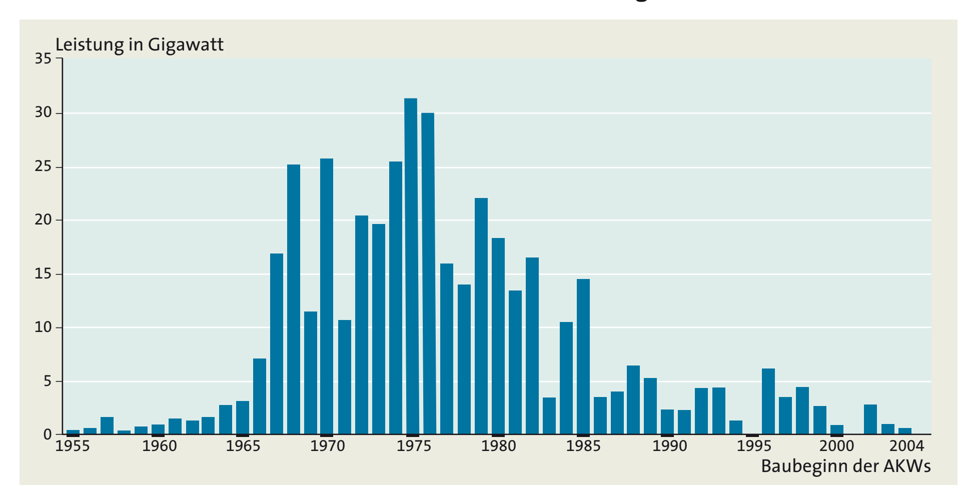
Man ist bei der Atomkraft immer wieder erstaunt, eine wie gewaltige Energie und Zerstörungskraft schon sehr kleine Mengen an spaltbarem Material haben. In Tschernobyl haben weniger als 27 Kilogramm freigesetztes Cäsium-137 eine weltweite Kontamination verursacht und waren für drei Viertel der gesundheitlichen Schäden verantwortlich. Dreihundertmal so viel lagert in Form von abgebrannten Brennelementen in den Kühlbecken des französischen La Hague. Die Spaltung von einem Milligramm Uran beim Unfall im japanischen Tokaimura im Jahre 1999 ließ zwei Menschen auf grausame Weise sterben und verstrahlte mehrere hundert Anwohner. Am 9. August 1945 tötete die Spaltung von etwa einem Kilogramm Plutonium in 500 Meter Höhe über der Stadt Nagasaki auf einen Schlag 74.000 Menschen und verletzte mindestens ebenso viele, von den Langzeitfolgen ganz zu schweigen.

Zwar hat die Atomtechnologie von Anfang an militärischen Zwecken gedient, doch die größten Mengen an radioaktivem und waffenfähigem Material fallen heute bei der so genannten zivilen Nutzung an. Jede zivile Atomanlage kann ein militärisches Angriffsziel werden, zumal das technische Know-how weit verbreitet ist. Dies hat dazu geführt, dass die Nuklearprogramme von Ländern wie Iran und Nordkorea die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf sich ziehen.

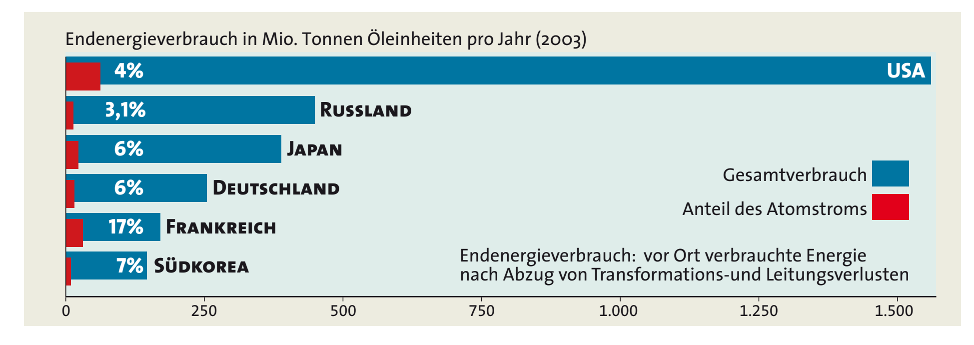
Als Energieträger spielt die Kernkraft im Weltmaßstab eine eher bescheidene und tendenziell schwindende Rolle. Wenn man die Transformations- und Leitungsverluste beim Strom einrechnet, deckt die Atomkraft keine 2 Prozent des Energiebedarfs. Anfang 2006 lieferten die in einunddreißig Ländern betriebenen 443 Reaktoren weltweit 16 Prozent der verkauften Elektrizität und 6 Prozent der Primärenergie. Drei Viertel des Atomstroms stammen aus den sechs wichtigsten Erzeugerländern USA, Frankreich, Japan, Deutschland, Russland und Südkorea. Innerhalb der Europäischen Union entfallen davon allein 45 Prozent auf Frankreich, wo 75 Prozent der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken stammen.

Sofern nicht erhebliche technische Fortschritte gemacht werden, wird die Situation so bleiben. Selbst wenn die Laufzeit der Reaktoren auf vierzig Jahre verlängert würde, müssten, bloß um Ersatz für die abzuschaltenden Reaktoren zu schaffen und ihre Leistung zu erhalten, in den

▶ **Atomstrom verliert seit Ende der 1970er-Jahre an Bedeutung**



▶ **Atomstrom deckt nur einen Bruchteil des Endenergieverbrauchs**



kommenden zehn Jahren etwa 80 Reaktorblöcke ans Netz gehen (ein Block alle eineinhalb Monate) und weitere 200 in den zehn Jahren darauf (ein Block alle achtzehn Tage).

Laut Internationaler Atomenergiebehörde (IAEA) waren im Mai 2006 weltweit 27 Atomreaktoren im Bau. Gleichzeitig haben sich Deutschland (17 Reaktoren), Belgien (7 Reaktoren) und Schweden (10 Reaktoren) für den völligen Ausstieg aus der Atomenergie entschieden.

Einige radioaktive Stoffe, namentlich Plutonium und hochangereichertes Uran, werden sowohl zivil genutzt als auch zum Bau von Sprengköpfen verwendet. Zwischen zivil und militärisch einen Unterschied zu machen ist technisch gesehen wenig sinnvoll. Oft ist es nur ein Vorwand, um das Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen zu umgehen. In allen Ländern, die Atombomben besitzen, hat die Entwicklung der Waffen vom zivilen Sektor profitiert und umgekehrt. Wenn einerseits die Kernkraft als Energiequelle nur eine untergeordnete Rolle spielt, so wird sie andererseits zur wachsenden Bedrohung durch das strategische Potenzial des eingesetzten Materials und das mit ihm verbundene Risiko eines militärischen oder terroristischen Angriffs. Heute sind weltweit mehr als 230 Tonnen so genanntes ziviles Plutonium eingelagert, Tendenz steigend. Das ist mindestens die doppelte Menge dessen, was in den rund 30.000 gemeldeten Atomsprengköpfen enthalten ist.

Im Atomwaffensperrvertrag, den mittlerweile insgesamt 189 Staaten unterzeichnet haben, verpflichten sich die fünf offiziellen Atommächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA, einen Vertrag über die allgemeine und vollständige atomare Abrüstung auszuhandeln. Doch alle diese Staaten entwickeln fortwährend neue Waffen. Wohl haben die Vereinigten Staaten und Russland die Zahl ihrer Sprengköpfe verringert, doch abgerüstet wurden praktisch in erster Linie solche Waffen, die als veraltet gelten. Zu einer wirklichen Abrüstungsinitiative kann es erst kommen, wenn wieder über ein Verbot der Herstellung von hochangereichertem Plutonium und hochangereichertem Uran verhandelt wird.



Unfälle in sowjetischen AKWs ◄

WWW

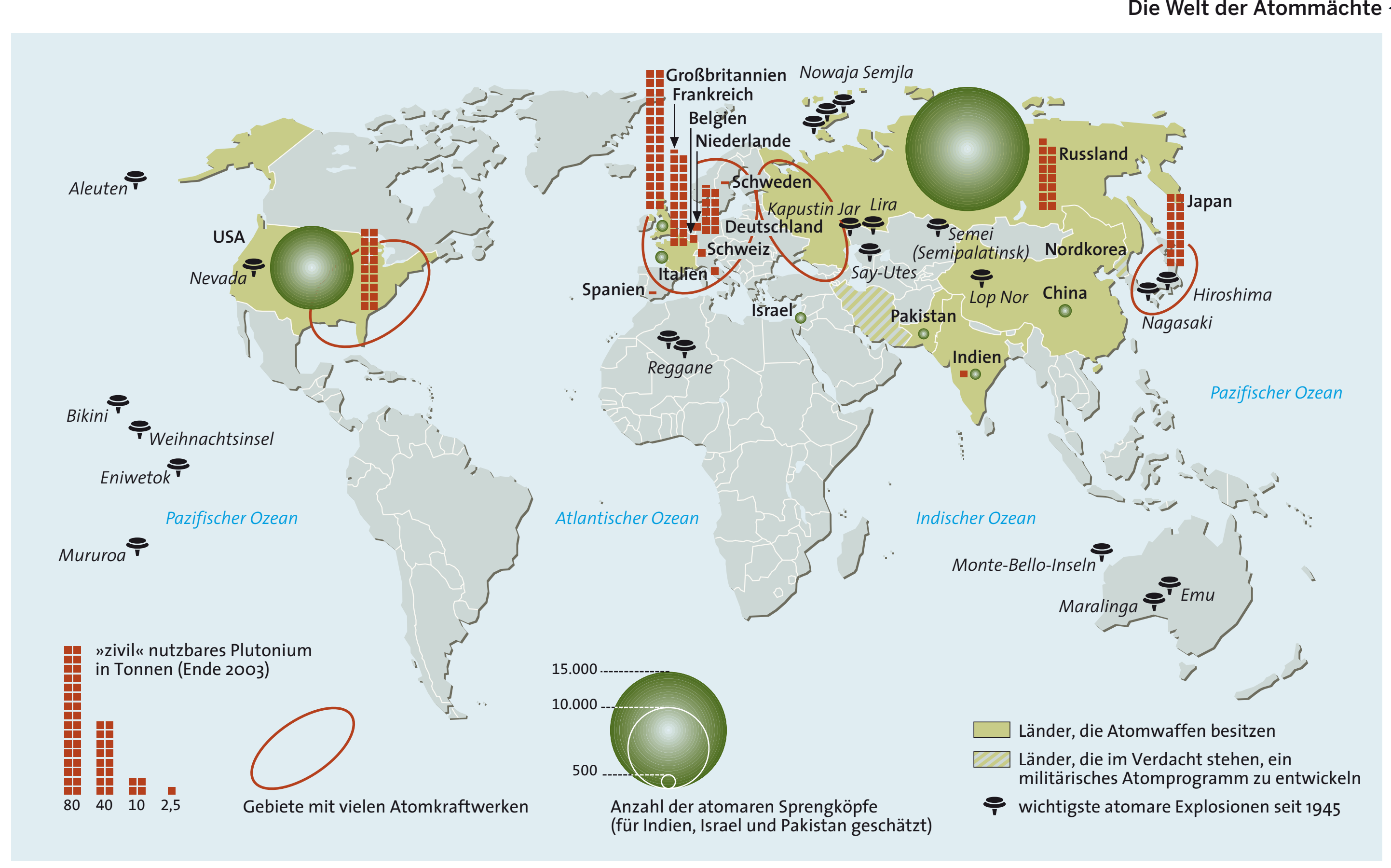
Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Atomstrom
- www.planet-wissen.de (Stichwort: Atomkraft)

Internationale Atomenergiebehörde
- www.iaea.org/programmes/a2/index.html
- www.energienetz.de
- www.ag-energiebilanzen.de/

kritische US-Wissenschaftler
- www.fas.org/nuke/

NGOs
- www.nrdc.org/nuclear/default.asp
- www.wise-paris.org
- www.armscontrol.org
- www.obsarm.org

Die Welt der Atommächte ◄



Potenziale und Grenzen erneuerbarer Energien

Fossile Energieträger sind eine endliche Ressource, während Sonne, Wind- und Wasserkraft, Erdwärme und das nachwachsende Holz unbegrenzt nutzbar sind. Eine globale Energiewende müsste auf weltweitem striktem Energiesparen bestehen und den reichen Ländern die Nutzung ihres Potenzials an erneuerbaren Energien abverlangen.

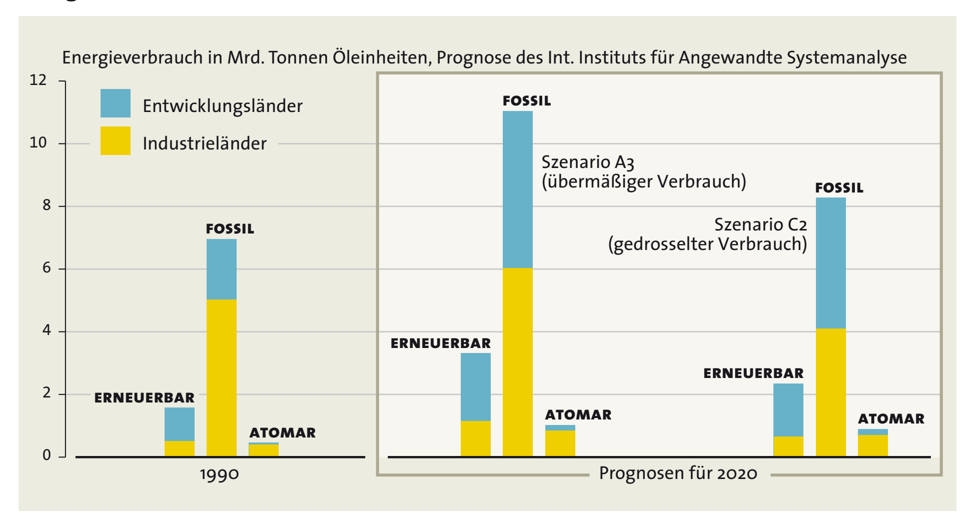
Fast alle Szenarien der Energieexperten münden in globalen Hochrechnungen, bei denen die regenerativen Energien sehr gut wegkommen. Im Jahr 2020 könnten sie mit bis zu 3.300 Mtoe (Million Tons of Oil Equivalent, Millionen Tonnen Öleinheiten) mehr Energie liefern, als gegenwärtig durch die Verbrennung von Erdöl gewonnen wird, prognostiziert das in Wien ansässige Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA). Freilich ist der Einsatz regenerativer Energien, den die dortigen Systemanalytiker für die Entwicklungsländer vorsehen – 760 Mtoe im Jahr 2020 –, dreimal so hoch wie der für die Länder des Nordens (175 Mtoe, knapp 20 Prozent dessen, was hier möglich wäre). Das Missverhältnis ist um so krasser, als der Umstieg auf regenerative Energien im Norden wesentlich leichter zu bewerkstelligen wäre als im Süden. Denn im Norden braucht man lediglich die bisher eingesetzte fossile Energie zu ersetzen. Außerdem kann man auf einen vorhandenen Bedarf bei zahlenden Kunden aufbauen. Im Süden hingegen setzt die Einführung regenerativer Energien eine zusätzliche Nachfrage von solventen Abnehmern voraus.

Das Beispiel der Sonnenenergie oder auch Photovoltaik spricht Bände. Neuerdings werden so genannte netzunabhängige photovoltaische Inselanlagen gern als Wundermittel gegen den unhaltbaren Zustand angepriesen, dass zwei Milliarden Menschen ohne Strom auskommen müssen. Doch innerhalb von zwanzig Jahren hat die Photovoltaik trotz aller Subventionen gerade einmal 500.000 Menschen in den Entwicklungsländern elektrisches Licht und Radioempfang beschert.

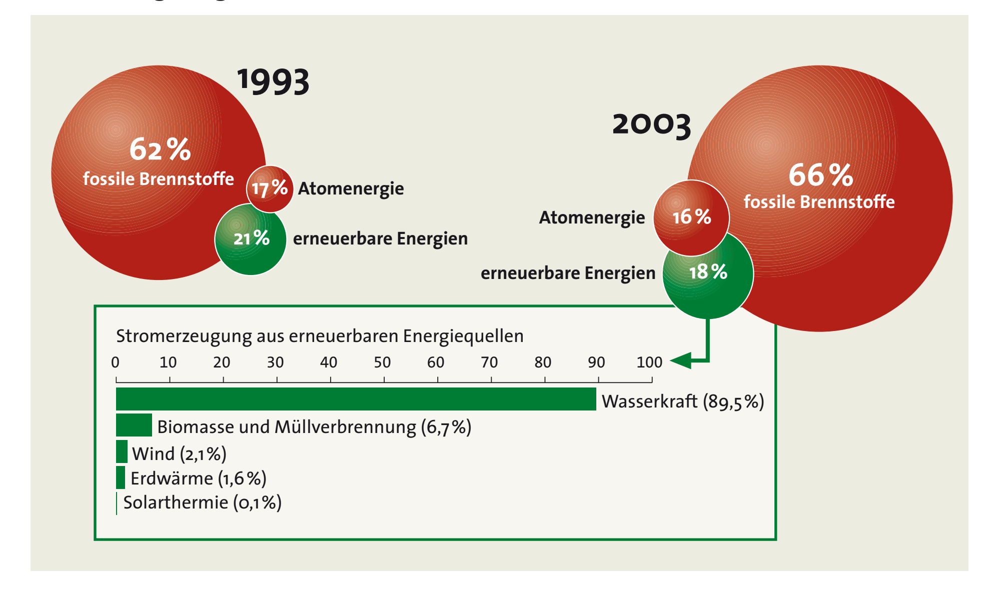
Die übrigen 1,9 Milliarden haben nach wie vor keinen Strom. Selbst wenn es mit der Photovoltaik hundertmal so schnell voranginge wie bisher, würde es mindestens 400 Jahre dauern, um auch ihnen zu helfen. Der Strom aus photovoltaischen Inselanlagen ist drei- bis fünfmal so teuer wie sein Konkurrent aus dem Dieselgenerator. Damit kann die Photovoltaik auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig werden. Es sei denn, der Ölpreis klettert auf 150 oder 200 Dollar pro Barrel – womit allerdings in den Ländern des Südens jegliche Hoffnung auf Entwicklung zunichte gemacht würde.

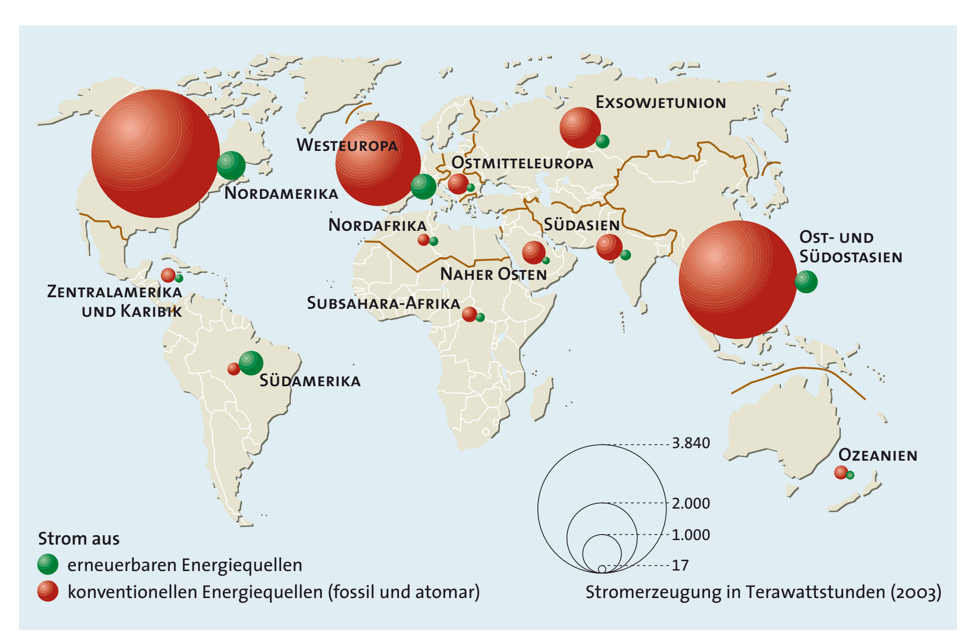
Einen Markt für photovoltaische Inselanlagen gibt es nur bei hoher Subventionierung. Auch der Handel mit Emissionszertifikaten für reduzierten Treibhausgasausstoß könnte bestenfalls 20 Prozent der fünfmal so teuren Investition finanzieren.

▶ Energiemix der Zukunft

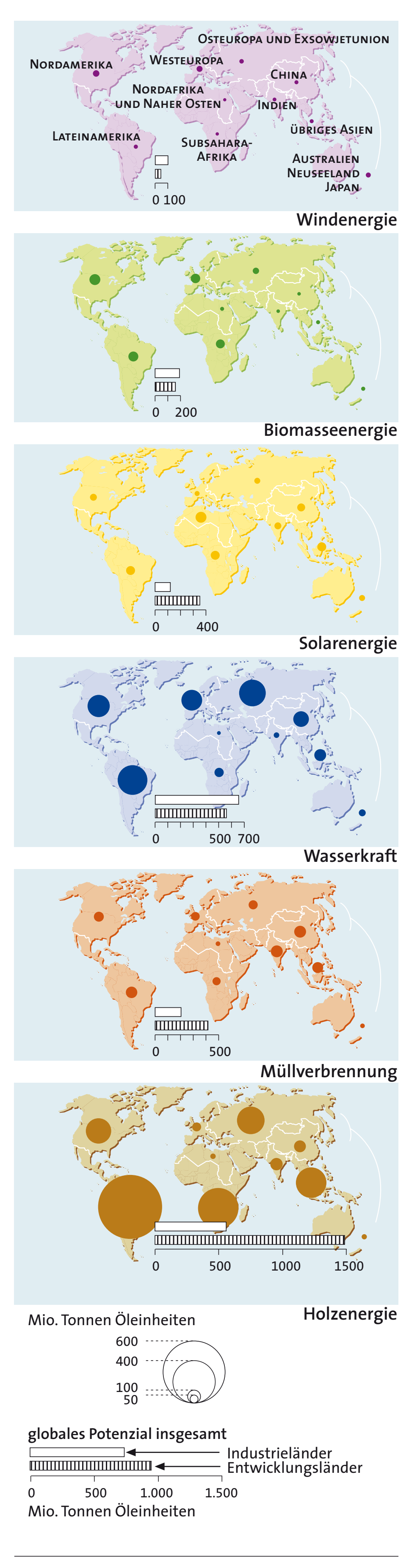


▶ Fossile Energieträger liefern zwei Drittel des Stroms in der Welt





▶ **Stromgewinnung im Vergleich**



Erneuerbare Energien im Jahr 2020 ◀

Es ist also nicht seriös, wenn der Eindruck erweckt wird, photovoltaische Inselanlagen könnten die Völker aus der Unterentwicklung herausführen. Schon heute ist es möglich, die erforderliche Energie mit konventionellen, billigeren Methoden direkt vor Ort bereitzustellen. Aber Unternehmer und Regierungen der industrialisierten Länder haben natürlich ein Interesse daran, ihre Forschung auf dem Gebiet der Sonnenenergie von der Entwicklungshilfe finanzieren zu lassen, zumal sie sich dabei auf den Zuspruch der Öffentlichkeit verlassen können.

Es wird der Anschein erweckt, als wären die Länder des Nordens wegen der Treibhausgase besorgt und würden deshalb die Umstellung auf regenerative Energien vorantreiben wollen – außer bei sich selbst, obwohl es da die größten Märkte gibt und auch die finanziellen, technischen und industriellen Voraussetzungen gegeben sind. Um das Potenzial der regenerativen Energien nutzen und einen möglichst großen Anteil des Weltenergiebedarfs durch sie decken zu können, müssten mehrere Dinge gewährleistet sein:

• Sparsamkeit im Umgang mit Energie müsste zu einer allgemeinen und ernsthaften Priorität erhoben werden. Denn wenn der Energieverbrauch weiter unkontrolliert ansteigt, wird keine Energieerzeugung, ob regenerativ oder nicht, wirkungsvoll und schnell genug die Veränderung herbeiführen, die uns die Klimakatastrophe erspart.

• Die reichen Länder müssten sich endlich dazu durchringen, das bei ihnen bestehende erhebliche Potenzial der regenerativen Energiegewinnung zu nutzen und das Erdöl zu einem erschwinglichen Preis den Entwicklungsländern zu überlassen, statt ihnen immer wieder Projekte aufzudrängen, die keine Rücksicht auf ihre kurzfristigen Bedürfnisse nehmen. Einige Länder, wie etwa Deutschland, setzen in ihren Energieversorgungskonzepten bereits auf Windkraft und Photovoltaik, während sich andere Länder, namentlich Frankreich, nach Kräften dagegen sperren.

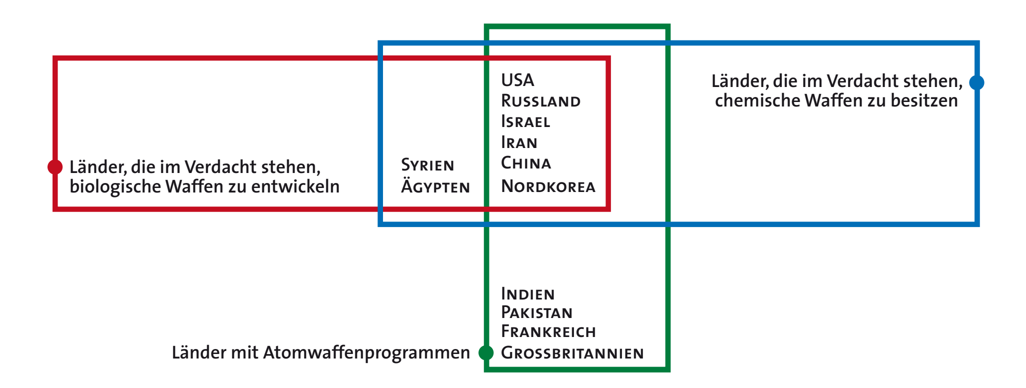
• Die Länder des Südens, die über größere Ressourcen an Biomasse, Wasserkraft und Solarthermie verfügen, brauchen die Unterstützung des Nordens, um eigene Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten aufzubauen und um Projekte auf die Beine zu stellen, die eine optimale Nutzung dieser Ressourcen versprechen und den Menschen direkt zugute kommen.

WWW

Weltenergierat
• www.worldenergy.org
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
• www.wupperinst.org
Bundesverband Erneuerbare Energie
• www.bee-ev.de
Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien
• www.eurosolar.org
• www.bine.info
• www.holzenergie.ch
interdisziplinäres Forschungszentrum zu Umwelt, Wirtschaft, Technologie
• www.iiasa.ac.at
World Climate & Energy Event, LAREF 2006
• www.rio6.com

Massenvernichtungswaffen – die neuen Gefahren

Atomare, biologische und chemische Kampfmittel (ABC-Waffen) übertreffen in ihrer Wirkung herkömmliche Waffen um ein Vielfaches. Vor allem biologische und chemische Waffen – die »Atombomben des armen Mannes« – sind leicht herzustellen, ihre Weiterverbreitung lässt sich schwer unterbinden.



Im US-Präsidentschaftswahlkampf von 1996 trat der Begriff »Massenvernichtungswaffen« an die Stelle des Kürzels NBC *(nuclear, biological and chemical),* mit dem solche Waffen bis dahin bezeichnet worden waren. All diese Waffen töten Menschen, aber in der Herstellung und Anwendung unterscheiden sie sich erheblich. Der Bau von Atomwaffen ist bislang beispielsweise Staaten vorbehalten, während chemische und biologische Massenvernichtungswaffen auch von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen hergestellt werden können.

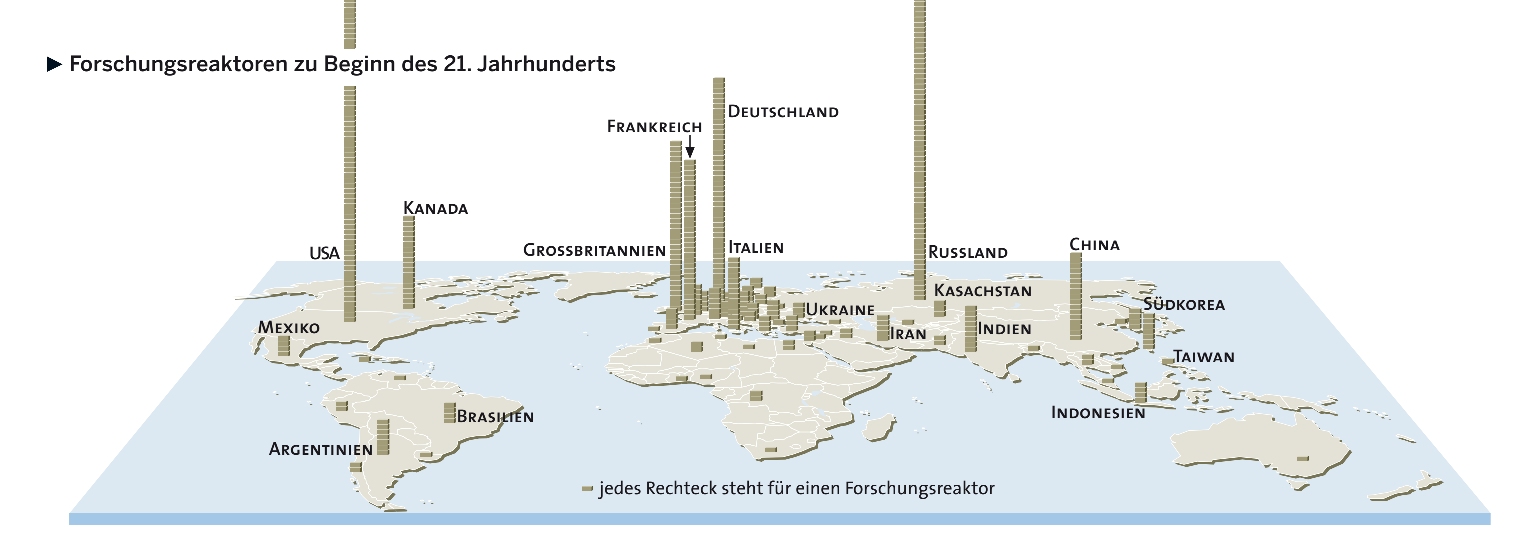
Gegenwärtig verfügen mehrere Gruppen von Staaten über Atomwaffen. Da sind zunächst die erklärten Atommächte: USA, Frankreich, China, Russland und Großbritannien. Mit Ausnahme der beiden Abwürfe über Nagasaki und Hiroshima im Jahr 1945 haben diese Staaten ihre Arsenale immer nur zu Versuchszwecken verwendet (über 2.000 Atombombentests seit 1945, davon 530 in der Luft und unter Wasser, etwa 1.500 unterirdisch).

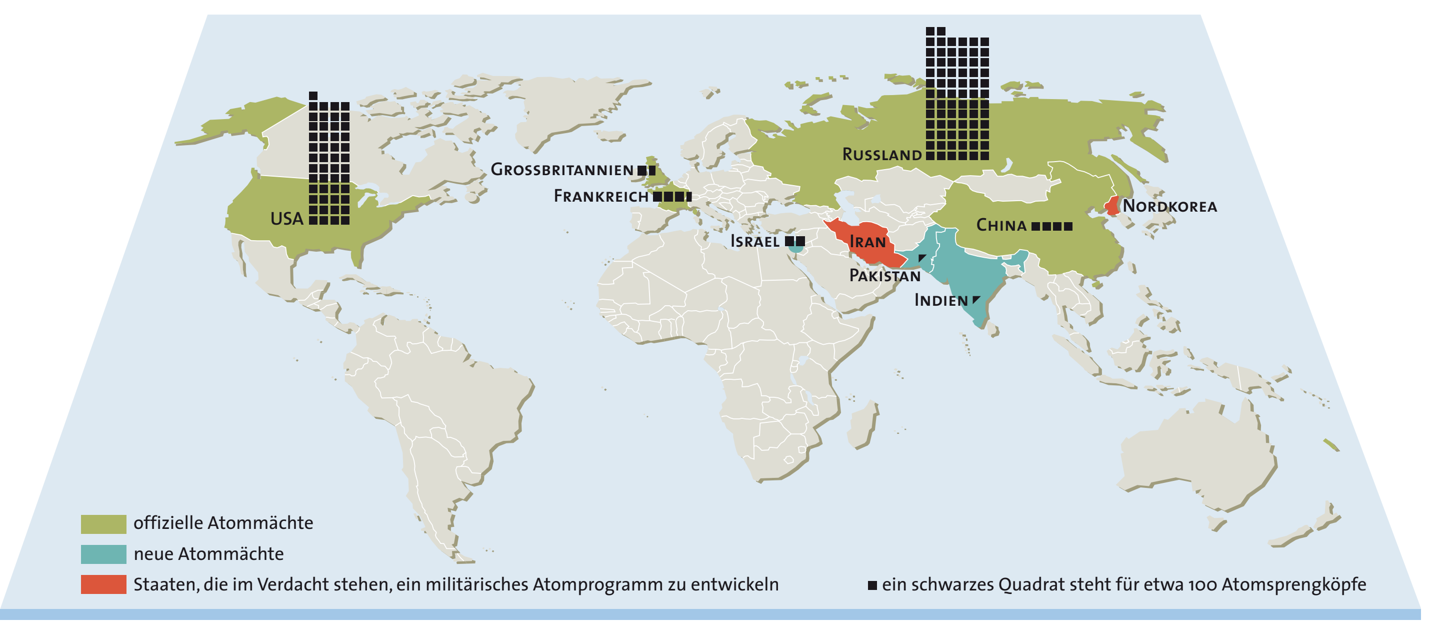
In der Gruppe der fünf offiziellen Atomstaaten weist der Trend in Richtung Teilabrüstung: Anfang 2005 gab es rund um den Erdball 16.500 atomare Sprengköpfe. 1985, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, waren es noch fast 70.000 gewesen. Durch die Wiederaufnahme der amerikanischen und russischen Rüstungsprogramme kann sich diese Tendenz freilich umkehren.

Mit dem 1970 in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrag (Treaty on the Non-proliferation of Nuclear Weapons, NPT) haben die Unterzeichnerländer versucht, der Weiterverbreitung einen Riegel vorzuschieben, ohne Erfolg *(siehe Seite 19).* Seit 1998 sind Indien und Pakistan offiziell Atommächte, ohne den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet zu haben. Andere, zu den so genannten Schwellenländern zählende Staaten sollen heimlich Atomwaffen gebaut haben. Am weitesten fortgeschritten ist offenbar Israel, das nach der Suezkrise 1957 mit seinem militärischen Atomprogramm anfing.

Nordkorea hat den Atomwaffensperrvertrag gekündigt, nach eigenen Angaben ist es im Besitz nuklearer Sprengköpfe. Der Iran wird möglicherweise in einigen Jahren soweit sein, Atomwaffen bauen zu können, und da das Land sich von feindlichen Mächten eingekreist fühlt, will es trotz des Drucks der USA und der EU nicht auf Atomwaffen verzichten. Der Irak zählt nicht mehr zu den »atomaren Schwellen-

▶ **Forschungsreaktoren zu Beginn des 21. Jahrhunderts**





Atomwaffen im Jahr 2005 ◀

ländern«, nachdem eine unabhängige US-Kommission festgestellt hat, dass das Land über keine biologischen und chemischen Waffen mehr verfügt und sein Atomprogramm untauglich ist. Damit waren zwei der Argumente entkräftet, die den amerikanischen »Präventivkrieg« im März 2003 rechtfertigen sollten.

Als »Atombombe des armen Mannes« gelten die chemischen und biologischen Waffen. Da einige von ihnen billig und leicht zu beschaffen sind, können auch kleine Länder sie sich leisten. Es gibt zwei Typen: zum militärischen Einsatz konzipierte Waffen, die entsprechende industrielle Fertigungskapazitäten voraussetzen, sowie hochgiftige Stoffe, die sich in kleinen Mengen in relativ einfachen Labors herstellen lassen.

Mit Ausnahme der USA reduzieren die westlichen Länder seit etwa fünfzehn Jahren ihre chemischen und biologischen Arsenale. In derselben Zeit haben einige Entwicklungsländer diese Waffen für sich entdeckt und ihnen damit einen neuen strategischen Stellenwert verliehen. Ägypten und Jemen setzten in den Sechzigerjahren chemische Waffen ein. Der irakische Chemiewaffeneinsatz gegen die Kurden im Jahr 1988 veranlasste andere Staaten in der Region, insbesondere Iran, Syrien und Israel, sich ebenfalls solche Waffen zu beschaffen.

Anlass zur Beunruhigung gibt die Politik Moskaus. Russland hatte nach 1991 noch ungefähr 40.000 Tonnen chemische Kampfstoffe gelagert, zwei Drittel des weltweiten Bestandes. Durch Schmuggel und offizielle Verkäufe ist das Land möglicherweise zu einem Zentrum der Weiterverbreitung geworden.

Die Chemiewaffenkonvention von 1993 verbietet die Entwicklung, Herstellung und Lagerung militärischer Gaskampfstoffe. Die 1972 ausgehandelte, 1977 in Kraft getretene Biowaffenkonvention (Biological and Toxin Weapons Convention, BTWC) verbietet die Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen und toxischen Kampfstoffen – außer für friedliche Zwecke. Doch 2001 widersetzten sich die USA Bestrebungen, die Umsetzung dieser Konvention schärfer zu kontrollieren.

Bei der »schmutzigen Bombe« zerfetzt ein konventioneller Sprengsatz deren radioaktiven Bestandteile in winzige Partikel, die sich dann in einer Wolke ausbreiten und ein ganzes Gebiet verstrahlen. Sollten je Terroristen eine atomare Verseuchung herbeiführen wollen, so wird diese Bombe wahrscheinlich ihre Tatwaffe sein. Sie ist noch nie zum Einsatz gekommen, sie zählt auch nicht zu den Massenvernichtungswaffen, gehört aber zu den bedrohlichsten Komponenten der terroristischen Gefahr.

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/ABC-Waffen

Internationale Atomenergiebehörde
- www.iaea.org

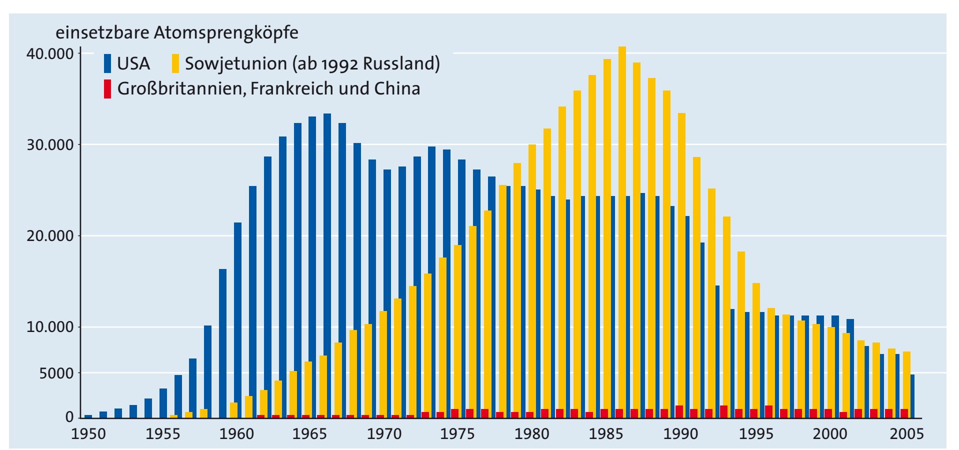
UN-Organisation
- www.unidir.org

zum Atomwaffensperrvertrag
- www.un.org/Depts/dda/WMD/treaty

Organisation für das Verbot von Chemiewaffen
- www.opcw.org

Carnegie Stiftung für den Internationalen Frieden
- www.carnegieendowment.org/npp

Chronologie der atomaren Arsenale ◀



Industrieunfälle und ihre Verursacher

Ob Bhopal, Seveso oder die Ölpest nach dem »Exxon Valdez«-Unglück – viele Umweltkatastrophen, deren Auswirkungen noch Jahrzehnte später spürbar sind, wären vermeidbar gewesen. Doch die großen, industriellen Umweltverschmutzer drücken sich nach Kräften vor ihrer Verantwortung.

Wie dramatisch sich der Tsunami, der Ende Dezember 2004 Südostasien heimsuchte, für die Menschen auswirkte, ist bekannt. Unter Umweltaspekten hat er vor allem die Gefahren vor Augen geführt, die von küstennahen Atomanlagen ausgehen: Im indischen Bundesstaat Tamil Nadu wurde das Kernkraftwerk Kalpakkam (440 Megawatt) überschwemmt. Es musste per Notabschaltung heruntergefahren werden.

Aber auch anderswo drohten in den letzten Jahren nukleare Gefahren. Am 9. August 2004, dem Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, gab es im japanischen Kernkraftwerk Mihama, 320 Kilometer westlich von Tokio, einen Unfall mit vier Toten und sieben Verletzten. Auch wenn dabei offenbar keine Radioaktivität ausgetreten ist, wirft dieser Störfall einmal mehr die Frage auf, wie es um die Sicherheit dieser Industrie insgesamt und um die Information der Öffentlichkeit bestellt ist.

In Japan steht seit einigen Jahren das Thema Reaktorsicherheit im Zentrum der Atomdebatte. In der japanischen Presse war von Nachlässigkeiten bei der Inspektion von Kernkraftwerken und von gefälschten Berichten die Rede. Im April 2003 wurden 17 Reaktoren der Tokyo Electric Power sicherheitshalber abgeschaltet, nachdem zuvor versucht worden war, die Entdeckung von Lecks und Rissen zu vertuschen.

Auch Russland gibt wenig über den tatsächlichen Zustand seiner veralteten Atomanlagen preis. In Frankreich sickern die Informationen tröpfchenweise durch, so etwa über das 1977 ans Netz gegangene elsässische Kernkraftwerk Fessenheim. Es ist das älteste Kernkraftwerk Frankreichs und liegt tiefer als der Wasserspiegel eines in seiner Nähe verlaufenden Kanals, kann also überschwemmt werden. Außerdem ist es nicht erdbebensicher. Anfang 2004 gab es dort sieben Zwischenfälle, bei denen zwölf Menschen radioaktiv verstrahlt wurden.

Bei Unglücken mit Chemikalien sind die Gefahren nicht kleiner. Über zwanzig Jahre nach der Katastrophe im indischen Bhopal – am 3. Dezember 1984 entwichen aus einem Lagertank der Pestizidfabrik von Union Carbide über 40 Tonnen eines tödlichen Gasgemischs und töteten über 3.000 Menschen, 100.000 wurden verletzt – ist der Boden immer noch kontaminiert, das Grundwasser verseucht.

Haben die westlichen Firmen aus diesem Unglück irgendwelche Lehren gezogen? Nach wie vor verlagern viele Firmen der entwickelten Länder ihre Produktion in Staaten des Südens, frei nach dem Motto: Umweltstandards für den Norden, laxer Umgang mit den Vorschriften im Süden. Indem sie Informationen zurückhalten, Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern und Schutzbestimmungen umgehen, drücken sich die Umweltverschmutzer vor ihrer Verantwortung.

Zu den in Bhopal hergestellten Chemikalien gehörte das Phosgen, ein Synthesebaustein für die Herstellung von bestimmten Kunststoffen, den so genannten Polyurethan-Schäumen. Im französischen Toulouse wurden zwar die Phosgen verarbeitenden Anlagen stillgelegt, doch in der Gegend von Grenoble werden damit immer noch Kunststoffe synthetisiert. Dabei gibt es etliche Alternativen zu Phosgen. Und durch weitere innovative Bemühungen könnte die Kunststoffproduktion eines Tages ganz ohne dieses hochgiftige Gas auskommen.

Zu schweren Umweltschäden kommt es auch im Bergbau und bei der Ölförderung. In Französisch-Guyana werden

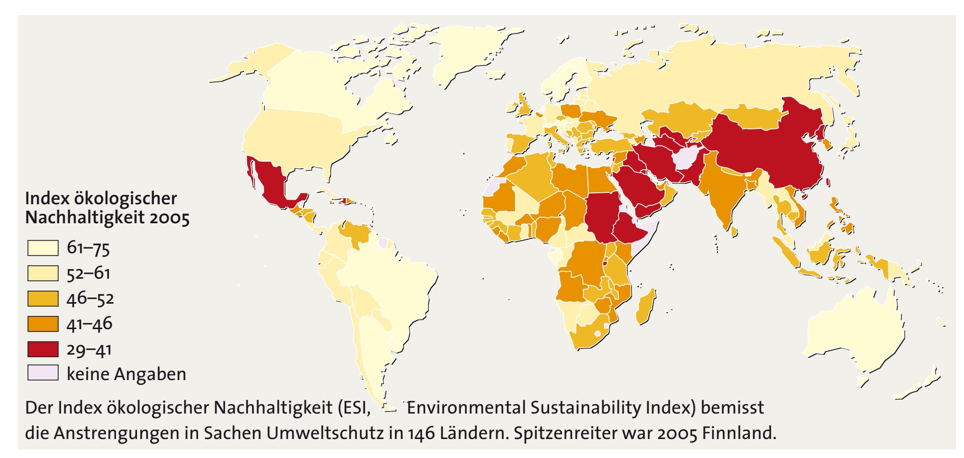
► **Atomare, biologische und chemische Altlasten in Zentralasien**



durch das Goldwaschen Luft, Böden und Flüsse des Amazonasbeckens mit Quecksilber verseucht. Ölbohrfelder sind eine ständige Quelle von Umweltverschmutzung, auch wenn kein Unfall passiert. Sie schädigen ganze Mündungsgebiete von Flüssen, so das Nigerdelta in Nigeria oder das Mahakam-Feuchtgebiet auf Kalimantan (früher Borneo). Weltweit fließen jedes Jahr schätzungsweise 600.000 Tonnen Erdöl ins Meer: 30 Prozent stammen aus Ölförderanlagen, 60 Prozent aus Verklappungen und lecken Schiffen, nur 10 Prozent aus verunglückten Öltankern.

Im Dezember 2004 brach vor Alaska ein malaysischer Tanker mit 1,8 Millionen Liter Erdöl auseinander. Fünfzehn Jahre davor hatten sich bei der Havarie des Tankers »Exxon Valdez« 40 Millionen Liter Öl über dieselben Küsten ergossen. Positiv ist immerhin zu vermerken, dass die internationale Schifffahrtsorganisation IMO sich darauf geeinigt hat, von 2005 an einwandige Tankschiffe nach und nach aus dem Verkehr zu ziehen. EU-weit haben sie seit April 2005 Hafenverbot.

Zu den am meisten verseuchten Orten gehören die Verschrottungswerften für ausgemusterte Tankschiffe, darunter der weltgrößte Schiffsfriedhof bei Alang in Indien. Arbeiter dort wissen nichts über die Stoffe (Asbest, Schwermetalle, Öle), mit denen sie hantieren. Frankreich wollte in Alang einen ausrangierten Flugzeugträger, die 45 Jahre alte »Clemenceau«, abwracken lassen – nach Protesten von Umweltschützern und einer langen Irrfahrt musste der asbestbelastete 266-Meter-Kahn im Mai 2006 in seinen Heimathafen Brest zurückgeschleppt werden.



Wo Umweltschutz klein geschrieben wird ◀

WWW

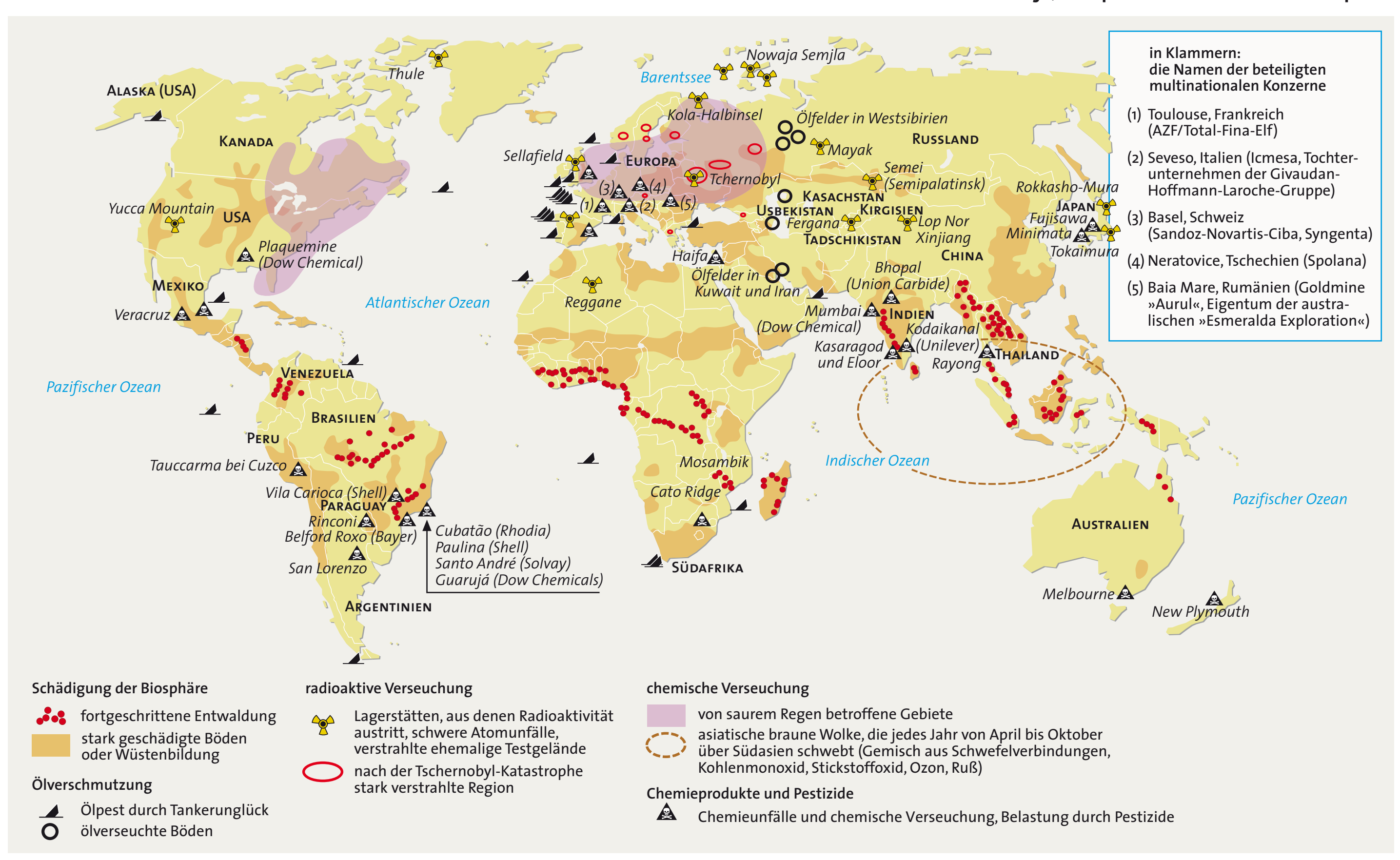
zum Bhopalunglück
- de.wikipedia.org/wiki/Bhopalungl%C3%BCck

zur Ölpest nach dem Exxon-Valdez-Unglück
- www.greenpeace.de/themen/oel/oeltanker/artikel/exxon_valdez_katastrophe_16_jahre_spaeter

Umwelt- und Sicherheitsinitiative von UNDP, Unep und OSZE
- www.envsec.org/

Forschungsinstitut (internationaler Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung)
- www.adelphi-research.de/

Tschernobyl, Bhopal und andere Katastrophen ◀



Der Müll und seine Verwertung

Die reichen Industrieländer lassen gefährliche Abfälle seit Jahren nach Osteuropa, Afrika und insbesondere nach Asien schaffen. Dort haben sich ganze Regionen auf das Abwracken von Schrottschiffen oder das Recyceln von Elektronikschrott spezialisiert. Sinnvoller wäre es, die Produzenten von Konsumgütern zur Müllvermeidung zu verpflichten.

Die Berge von Müll aus Haushalten und Gewerbebetrieben wachsen den Städten und Gemeinden täglich mehr über den Kopf. Einerseits nehmen Einwohnerzahl und Konsum zu, andererseits verkürzt sich die Lebensdauer der oft voluminös verpackten Industrieprodukte. Diese Produkte bestehen heute außerdem aus einer ständig größer werdenden Anzahl von Materialien, etwa bestimmter Kunststoffe, die schwer abbaubar sind. Da die Kapazitäten des Abfallmanagements weit unter den Produktionskapazitäten für Konsumgüter liegen, wird die Zunahme beim Müllaufkommen schwer zu bremsen sein, vor allem bei anhaltendem Wirtschaftswachstum einiger bevölkerungsreicher Länder Asiens.

Wer sich näher für den Import und Export von Abfällen interessiert, wird zunächst überrascht feststellen, dass die entsprechenden Daten und Informationen nur schwer zu bekommen sind. Die 1989 unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen verabschiedete Basler Konvention soll das Aufkommen und den grenzüberschreitenden Verkehr von Abfällen regeln. Der Vereinbarung sind inzwischen 165 Länder beigetreten. Die von der Basler Konvention bereitgestellten Zahlen auszuwerten ist jedoch eine knifflige Aufgabe.

Etwa dreißig Länder haben das Abkommen bislang nicht ratifiziert und stellen keine Statistiken zur Verfügung. Noch verwunderlicher ist, dass zwei Drittel der Unterzeichnerstaaten, unter anderem auch das umweltpolitische Musterland Norwegen, keine Daten übermitteln, und zwar wegen der komplizierten Deklarationsverfahren und der von Land zu Land unterschiedlichen Rechenmodelle.

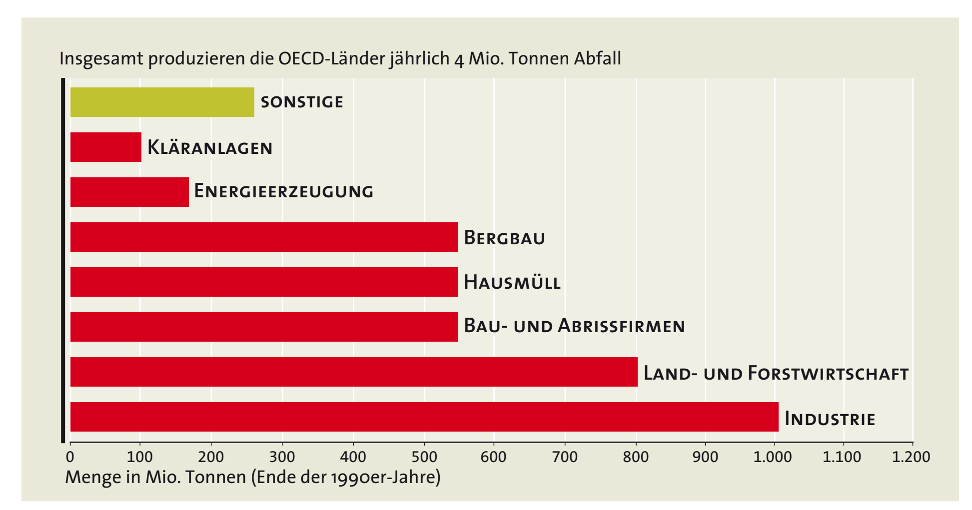
Die existierenden Teilstatistiken erlauben dennoch interessante Rückschlüsse. So gibt es unter anderem eine deutliche Zunahme der Mülltransporte: Bei den 50 Ländern, von denen Angaben vorliegen, ist der Mülltransfer von insgesamt zwei Millionen Tonnen im Jahr 1993 auf 8,5 Millionen Tonnen im Jahr 2001 gestiegen. Drei Viertel des Müllvolumens bewegten sich zwischen den Industrieländern. Fast alle diese Abfälle waren offiziell als »gefährlich« eingestuft. Allerdings ist diese Klassifikation eine fragwürdige Angelegenheit, weil auch ungefährliche Abfälle bei unsachgemäßer Behandlung zu Schadstoffen werden können.

In den 1980er-Jahren sind in den westlichen Ländern die Umweltbestimmungen erheblich verschärft worden. Eine Folge davon war die Expansion des mehr oder weniger illegalen Müllexports, vor allem nach Afrika. Nach mehreren Skandalen – erinnert sei an den syrischen Frachter »Zanoobia«, der 1988 mit 2.100 Tonnen giftigen Abfällen aus Italien beladen zehn Wochen über die Meere irrte – wurden mehrere internationale Abkommen unterzeichnet, die den Mülltransport in südliche Länder Beschränkungen unterwarfen oder ihn ganz verboten.

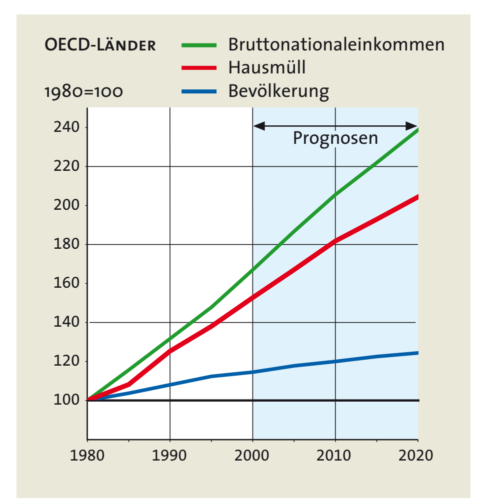
Daraufhin verlagerte sich der Export in osteuropäische Länder und in die ehemalige Sowjetunion, doch wenig später konzentrierte er sich auf die großen Ab-

► Asien nimmt den Schrott aus aller Welt





▶ Die Industrieländer als Abfallproduzenten



Mit der Wirtschaft wächst der Müll ◀

fall produzierenden Länder selbst. Aus doppeltem Grund: Einerseits war der Markt für die Behandlung gefährlicher Abfälle für einschlägige Unternehmen überaus verlockend geworden, andererseits erforderte diese Behandlung eine Technik und eine Infrastruktur, die arme Länder finanziell überfordert hätten. So wurde der gefährliche Müll vom Problemfall zur Einnahmequelle.

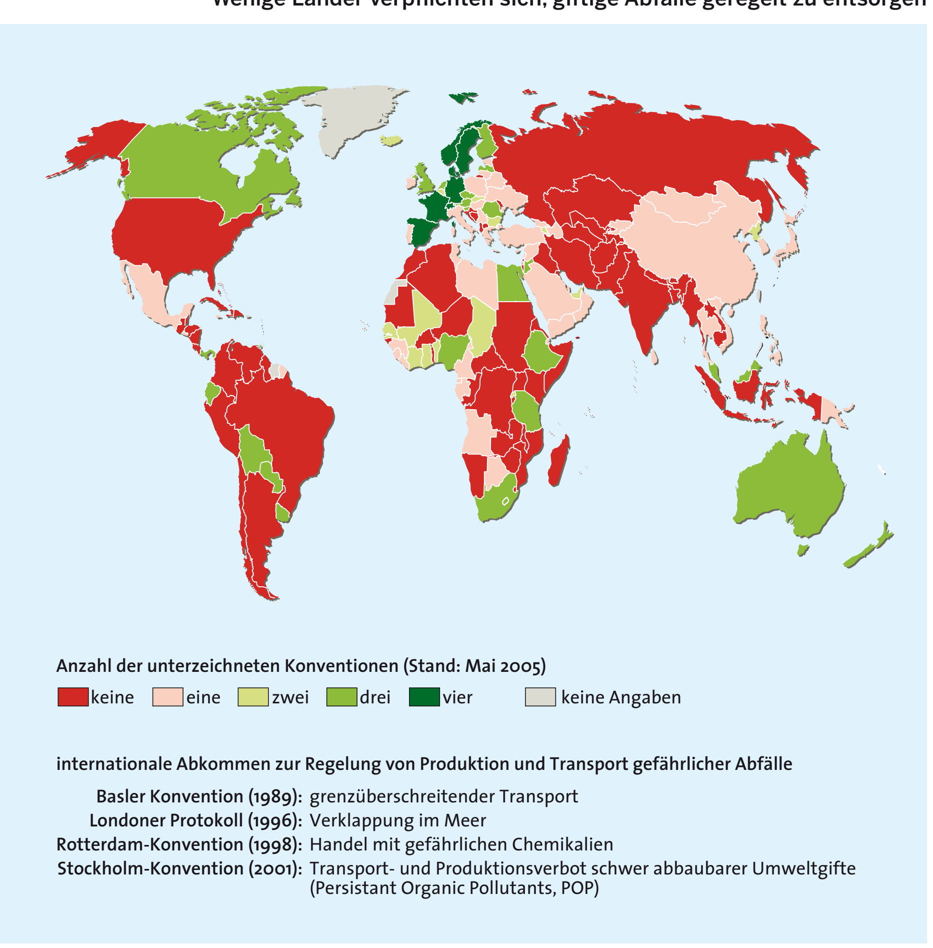
Weit problematischer ist heute, dass die westlichen Länder Abfälle, deren Behandlung als zu umweltschädigend oder zu unrentabel gilt, zur »Wiederverwertung« nach Asien oder Afrika schicken. Der Elektronikschrott (Computer, Mobiltelefone usw.) ist ein bezeichnendes Beispiel: Die Zahl der Geräte steigt exponentiell, ihre Nutzungsdauer sinkt, und mehrere zur Herstellung verwendete Materialien sind giftig (Cadmium, Blei, Quecksilber). Doch die Altgeräte gehen nach China, Indien oder Südafrika, um dort demontiert und recycelt zu werden. Diese Tätigkeit ist nicht nur gesundheitsgefährdend für die Beschäftigten, die unter unzumutbaren Bedingungen mit giftigen Substanzen hantieren müssen, sie verseucht auch Luft, Boden und Grundwasser. Ähnliches gilt für das Abwracken ausgedienter Frachtschiffe, auf das sich China, Indien und Bangladesch spezialisiert haben *(siehe Seite 25)*.

Viele Umweltschützer kritisieren diese Recyclingpraktiken und fordern vehement ein anderes Herangehen an das Problem: Die Umweltverträglichkeit der verwendeten Materialien sei schon bei der Herstellung zu berücksichtigen, lange Transportwege müssten vermieden und die Abfälle möglichst vor Ort behandelt werden, die Materialien seien wieder als Rohstoffe oder Energiequelle zu nutzen, vor allem anderen müsse aber der Konsum gebändigt werden. Dieses Ziel, das in allen aktuellen Umweltdebatten präsent ist, scheint die einzige vernünftige Alternative für den Planeten zu sein, auf dem im Jahr 2050 vermutlich über 9 Milliarden Menschen leben werden.

www

ökologischer Nachhaltigkeitsindex
• www.yale.edu/esi
Secretariat of the Basel Convention, Unep
• www.basel.int
Internationale Clearing- und Informationsanlaufstelle für den Handel mit Giftmüll
• www.ban.org
beim Bundesumweltministerium
• www.bmu.de/abfallwirtschaft

Wenige Länder verpflichten sich, giftige Abfälle geregelt zu entsorgen ◀



Rohstoffe für die Welt

Die Entwicklungsländer haben keine Wahl: Sie müssen einen Großteil ihrer Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufbringen. Sie exportieren traditionell Rohstoffe, außer Erdöl vor allem agrarische Rohstoffe wie Kaffee, Kakao und Baumwolle. Weil die reichen Länder ihre Baumwolle und ihren Zucker subventionieren, bleibt den Ländern des Südens keine Chance.

Nach Angaben der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad, United Nations Conference on Trade and Development) hat sich die Exporttätigkeit der Entwicklungsländer insgesamt in den vergangenen zwei Jahrzehnten strukturell stark verändert. Heute sind etwa 70 Prozent der Exporte aus diesen Ländern Industrieerzeugnisse – vor allem aus Fernost –, während sie vor zwanzig Jahren noch zu drei Vierteln aus Grundstoffen bestanden. Diese Zahlen kaschieren allerdings die beträchtlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Weltgegenden. So hat Afrika vom rasanten Anstieg der Industriegüterexporte fast gar nicht profitiert, hier machen sie durchschnittlich nur 30 Prozent der gesamten Exporte gegenüber 20 Prozent im Jahr 1980 aus.

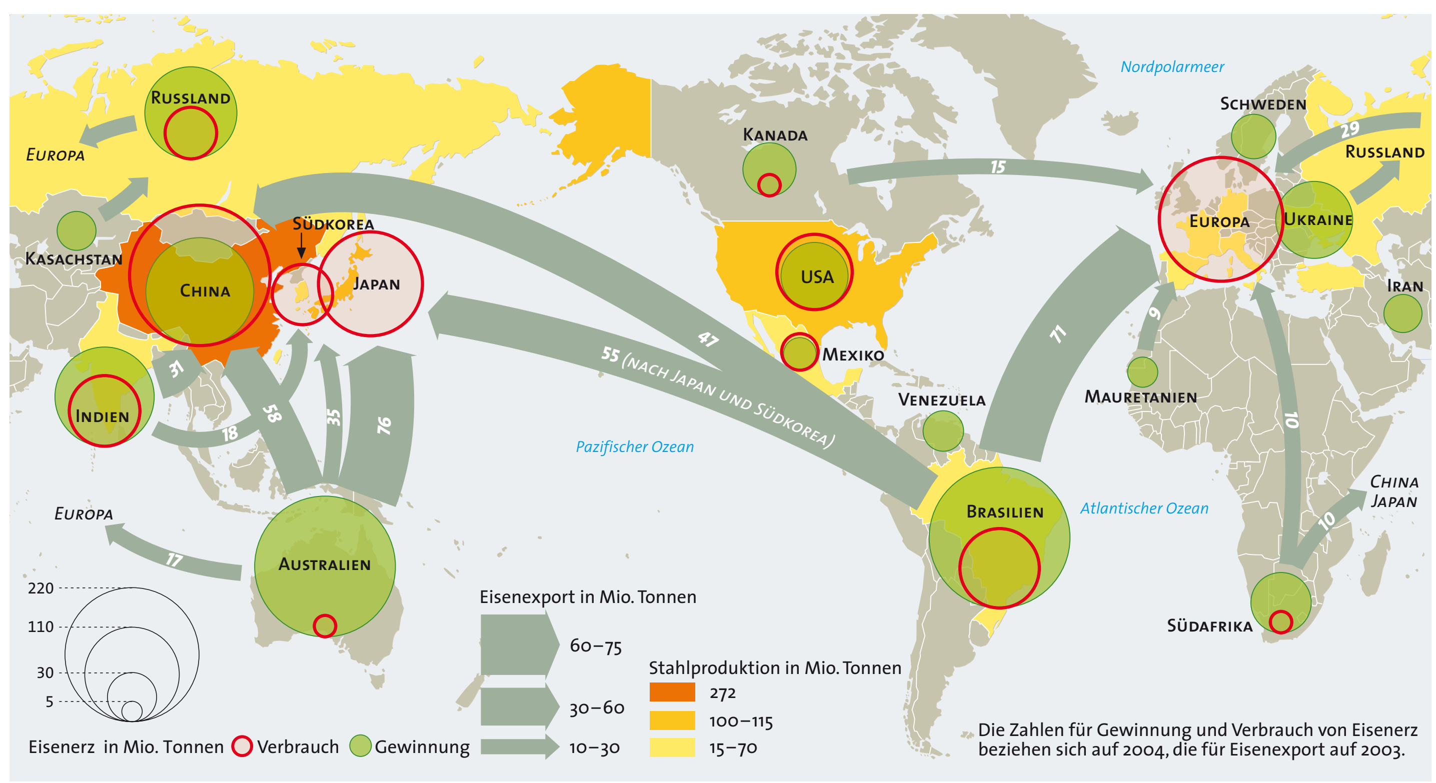
Seit 1960 sind die realen Rohstoffpreise tendenziell gestiegen, bis 1974 eine stark schwankende Abwärtsbewegung begann, mit zeitweiligen Einbrüchen und kürzeren Spitzen. Im Gefolge der Asienkrise sanken die Preise in den Jahren 1997 bis 2001 um fast 53 Prozent. Sie gingen so stark zurück, dass für importierte Industriegüter de facto die doppelte Menge an Rohstoffen exportiert werden musste.

Hauptursache für diesen Preisverfall war die Sättigung der Märkte. Angesichts ihrer exponentiell steigenden Verschuldung in den 1960er- und 1970er-Jahren mussten die Länder des Südens immer mehr exportieren, um an die für den Schuldendienst erforderlichen Devisen heranzukommen. Sie spezialisierten sich auf zwei oder drei Grundstoffe, von denen sie in hohem Maße abhängig wurden. Dabei machten sie sich gegenseitig Konkurrenz, was die Kurse einbrechen ließ.

Dieser fatale Sachverhalt spielte eine entscheidende Rolle bei der Schuldenkrise, die den Kapitaleignern und den multinationalen Unternehmen half, die Hegemonie über die Weltwirtschaft zu übernehmen. Die so genannten Strukturanpassungsprogramme (Structural Adjustment Programmes, SAP), die man den überschuldeten Ländern seit über fünfundzwanzig Jahren aufzwingt, haben deren Abhängigkeit von den Grundstoffen und ihre wirtschaftliche Verwundbarkeit weiter erhöht. Die Zerschlagung der internationalen Abkommen zur Preisregulierung von Rohstoffen wie Kaffee, Zinn oder Kautschuk tat ein Übriges.

Für die beträchtlichen Kursschwankungen bei den Agrarprodukten sind neben klimatischen und anderen natürlichen Faktoren zum Teil auch politische Unru-

▶ **Eisenexporte und Stahlproduktion**



Die Zahlen für Gewinnung und Verbrauch von Eisenerz beziehen sich auf 2004, die für Eisenexport auf 2003.

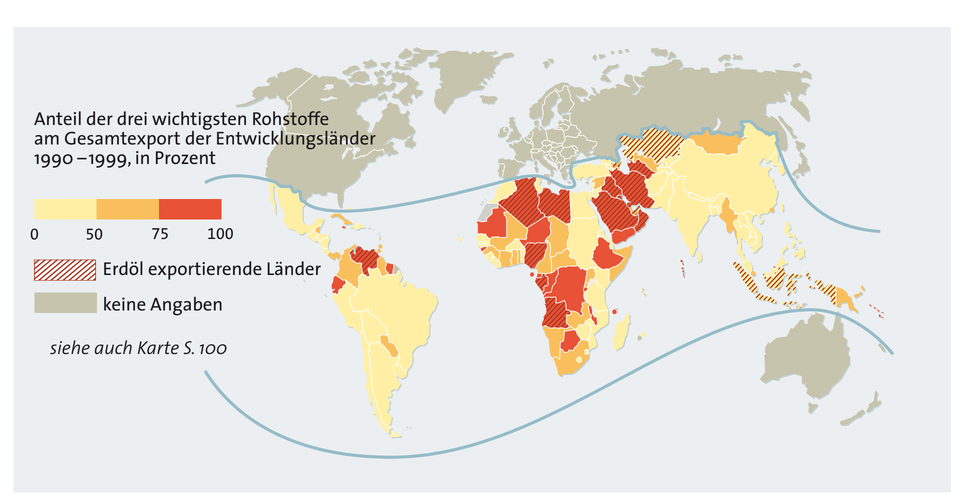
hen verantwortlich. So ließ Ende 2002 der gescheiterte Putsch in der Elfenbeinküste gegen Präsident Gbagbo und der darauf folgende Bürgerkrieg die ohnehin empfindlichen Kakaopreise steigen. Und natürlich verändern auch neu hinzukommende Erzeugerländer wie beispielsweise Vietnam als Kaffeeproduzent die Marktsituation.

Dass die Konferenz der Welthandelsorganisation WTO im September 2003 im mexikanischen Cancún scheiterte, lag jedoch an den überhöhten Agrarsubventionen der USA und der EU, namentlich für Baumwolle, Zucker und Fleisch. Aufgrund der enormen Summen, mit denen die USA ihren heimischen Baumwollanbau subventionieren (knapp 4 Milliarden Dollar im Jahr 2004), sind sie der größte Baumwollexporteur der Welt. Und dies obwohl die Herstellung pro Pfund in Burkina Faso nach Angaben des International Cotton Advisory Committee 0,21 Dollar kostet, gegenüber 0,73 Dollar in den USA. Die Menschen bekommen die Folgen unmittelbar zu spüren: Im westafrikanischen Benin zum Beispiel führte der Verfall der Baumwollpreise (2001 sanken sie um 35 Prozent) dazu, dass weitere 4 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze rutschten.

Im Übrigen liegen die von den reichen Ländern auf Rohstoffe erhobenen Zölle praktisch bei Null, was die Länder des Südens zusätzlich davon abhält, ihre Wirtschaft zu diversifizieren und weiterverarbeitete Erzeugnisse zu entwickeln – denn deren Export ist zollpflichtig.

Der seit 2004 stetig anhaltende Aufwärtstrend bei den Kursen der wichtigsten Rohstoffe resultiert einerseits aus der erheblich gestiegenen chinesischen Nachfrage und andererseits aus den großen Gewinnchancen kurzfristiger Finanzspekulationen. Für den rasanten Ölpreisanstieg spielt freilich auch die politische Instabilität im Irak nach der Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten eine wichtige Rolle. Sollte die Weltkonjunktur nachlassen und die Rohstoffnachfrage der USA oder Chinas sinken, könnte sich das Blatt jedoch wieder wenden. Dann käme es ähnlich wie in den 1980er-Jahren erneut zu einem Überangebot bei den Exporteuren und zu dem damit verbundenen Preisverfall.

Während die reichen Länder weiterhin davon profitieren, dass sie die Finanz- und Transportkreisläufe beherrschen, stehen die Agrarrohstoffe als nach wie vor ungelöstes Problem im Zentrum der Nord-Süd-Verhandlungen. In Cancún brachte der Auftritt einer Gruppe von Schwellen- und Entwicklungsländern (die so genannten G 20 um die Schlüsselländer Indien, China und Brasilien, *siehe Seite 100*) die USA und Europa in Bedrängnis. Die Haltung der G 20 birgt allerdings die Gefahr, dass die allerärmsten, vor allem afrikanischen Länder ganz außen vor bleiben. Deren Hauptsorge gilt allemal der Frage, wie sie es schaffen können, Nahrungsmittelsouveränität zu erlangen.



Viele Länder Afrikas bestreiten ihre Exporte mit wenigen Rohstoffen ◀

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Fonds_f%C3%BCr_landwirtschaftliche_Entwicklung

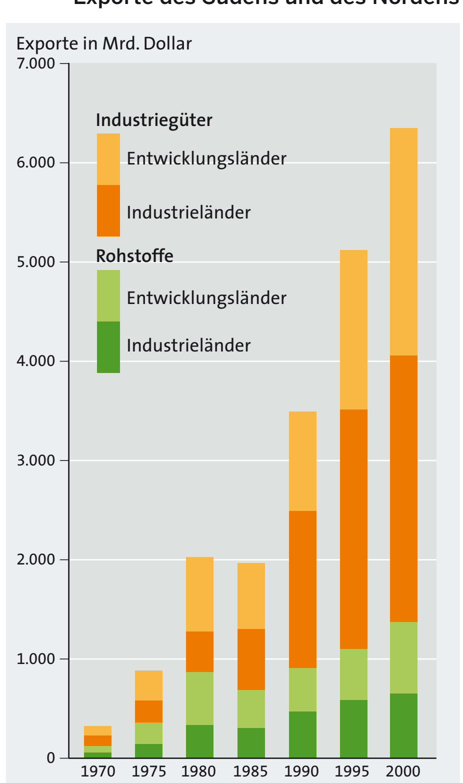
bei der Welthandels und Entwicklungskonferenz
- r0.unctad.org/commodities/activities.htm

über Rohstoffe und Menschenrechte
- www.globalwitness.org

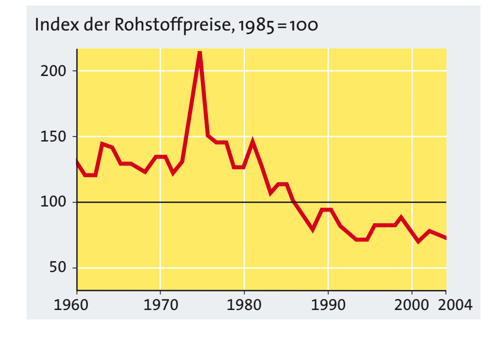
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
- www.ifad.org

zum Verfall der Kaffeepreise
- www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/thema/kaffee.htm
- www.oxfam.org
- www.transfair.org

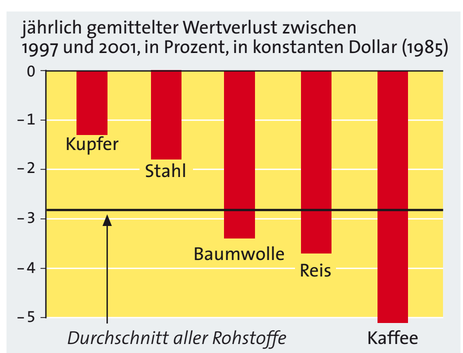
Exporte des Südens und des Nordens ◀



Die Rohstoffe verlieren ihren Wert ◀



Am härtesten traf es die Kaffeeproduzenten ◀



Wie der Kampf gegen den Hunger scheitert

Im September 2000 haben alle UNO-Mitgliedstaaten im Rahmen der Millenniumsziele beschlossen, extreme Armut und Hunger zu bekämpfen. Bis zum Jahr 2015 soll der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, halbiert sein. Inzwischen ist absehbar, dass dieses Ziel vor allem in Afrika nicht erreicht wird – obwohl heute mehr und viel billigere Nahrungsmittel produziert werden denn je.

In den Entwicklungsländern kommen jedes Jahr mehr als 20 Millionen Kinder mit Untergewicht auf die Welt. Und jedes dritte Kind hat infolge von chronischer Unterernährung als irreversibel eingestufte Wachstumsstörungen. Die Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization, FAO) stellt fest: »Die Hungersnöte haben in den beiden letzten Jahrzehnten zugenommen, und zwar von durchschnittlich fünfzehn pro Jahr in den 1980er-Jahren auf mehr als dreißig um die Jahrtausendwende. Von dieser Zunahme sind vor allem die Länder Afrikas betroffen, wo sich die durchschnittliche Anzahl der Hungersnöte pro Jahr fast verdreifacht hat.«

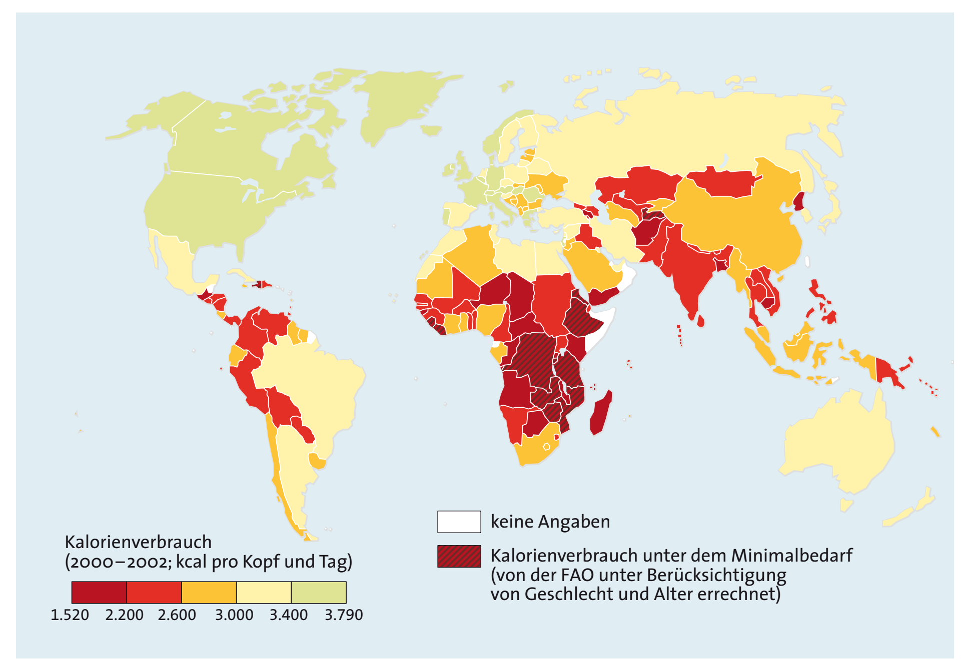
Die häufigste natürliche Ursache für Hunger ist die Dürre. Wo ausreichend Wasser vorhanden ist, bringt die Landwirtschaft in aller Regel auch bessere Erträge, was die Chancen der Menschen erhöht, sich satt essen zu können: Die 17 Prozent der weltweiten Agrarfläche, die künstlich bewässert werden, liefern 40 Prozent der globalen Nahrungsmittelproduktion.

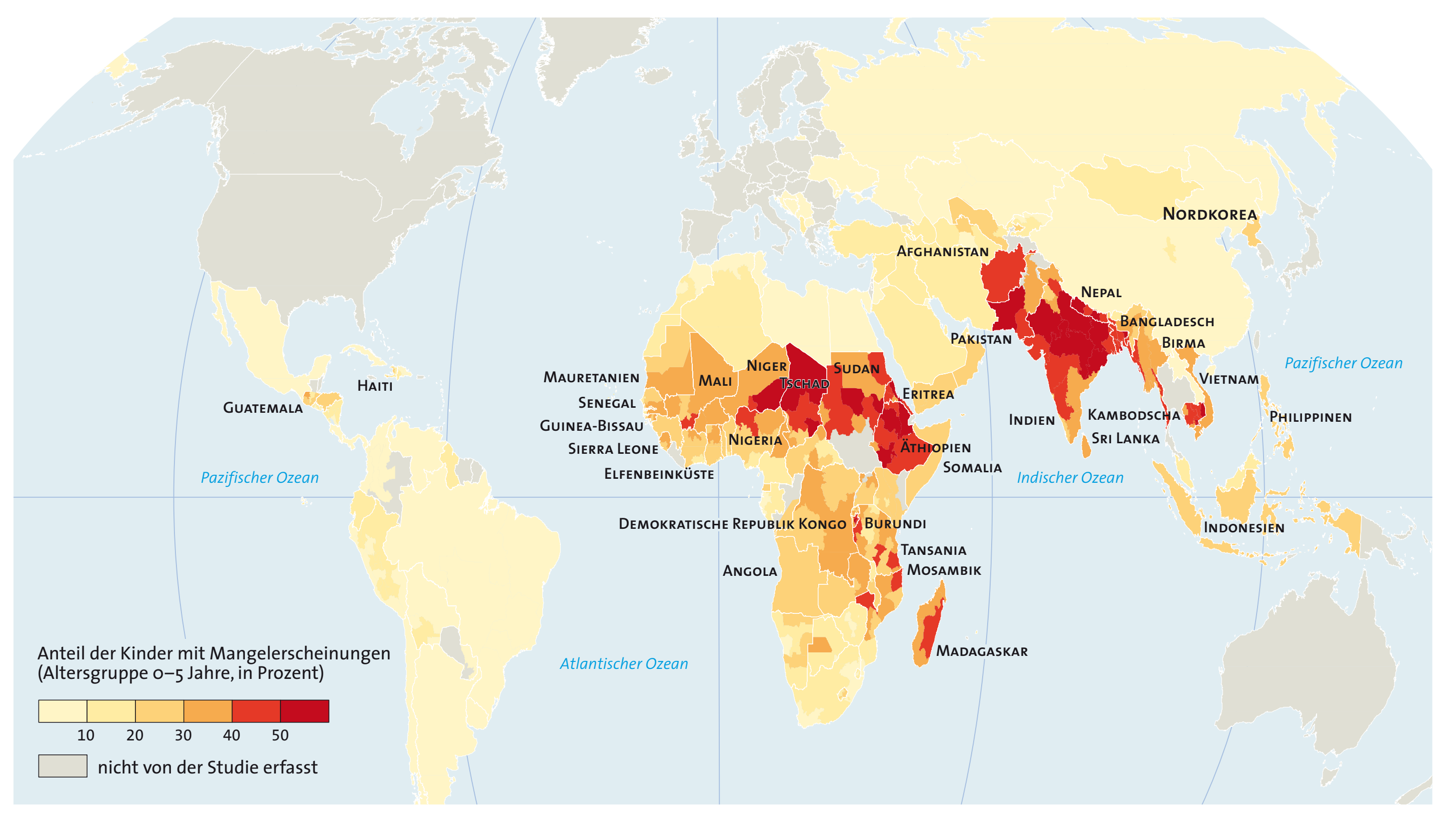
Neben Dürren tragen auch andere Ursachen wie Überschwemmungen, Fröste oder Heuschreckenschwärme zu Nahrungsknappheit und Nahrungsmangel bei. Immer öfter ist deren Ursache jedoch der Mensch. Bewaffnete Konflikte, Vertreibung ganzer Bevölkerungen und bestimmte wirtschaftspolitische Entscheidungen waren 2004 zu mehr als 35 Prozent für Hungersnöte verantwortlich. 1992 lag dieser Anteil noch bei 15 Prozent. Im Bericht der FAO heißt es weiter: »In vielen Fällen verstärken sich natürliche und menschliche Ursachen gegenseitig, was zu überaus schweren und lang dauernden, komplexen Krisen führt. In den Jahren 1986 bis 2004 herrschte in 18 Ländern über mehr als die Hälfte der Zeit eine Krisensituation. In allen diesen Ländern haben Krieg, wirtschaftliche oder soziale Umwälzungen die Krise ausgelöst oder verschärft.«

Die Ausrichtung an neoliberalen Wirtschaftskonzepten, wie sie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank mit Zustimmung der jeweiligen Regierungen der Länder durchgedrückt werden, ist in hohem Maße mitverantwortlich für den Rückgang der Nahrungsmittelsicherheit. Denn die Weltfinanzinstitutionen verlangen von den Entwicklungsländern, dass sie lebensnotwendige Güter nicht länger subventionieren, und lenken die erzielten Erträge vorrangig in den Schuldendienst. Die zum Dogma erhobene radikale Liberalisierung der Wirtschaft, die der IWF den Entwicklungsländern mit den so genannten Strukturanpassungsprogrammen aufnötigt, beschleunigt den Niedergang der Agrarproduktion des Südens. Die Agrarsubventionen in den Ländern des Nordens und die ungleichen Regeln des Welthandels verschärfen die Situation zusätzlich. Zudem ist die Entwicklungshilfe im Agrarbereich seit 1980 dramatisch gesunken: Sie beträgt heute pro in der Landwirtschaft Afrikas beschäftigter Person nur noch ein Viertel dessen, was 1982 an Unterstützung gewährt wurde. Hinzu kommt, dass die Geberländer ihre Hilfsleistungen nach geostrategischen Gesichtspunkten zuteilen, statt danach, welche Länder sie am dringendsten brauchen.

Ein entscheidender Faktor für chronischen Nahrungsmangel ist die Ausbreitung von Aids. Im südlichen Afrika wird von fünf in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen mindestens einer vor dem Jahr 2020 an Aids sterben, was die Ernährungssicherheit der dortigen Bevölkerung stark gefährdet. Als Folge von Aids

▶ Ernährungsnotstand in der Dritten Welt





Kinder sind die ersten Opfer ◄

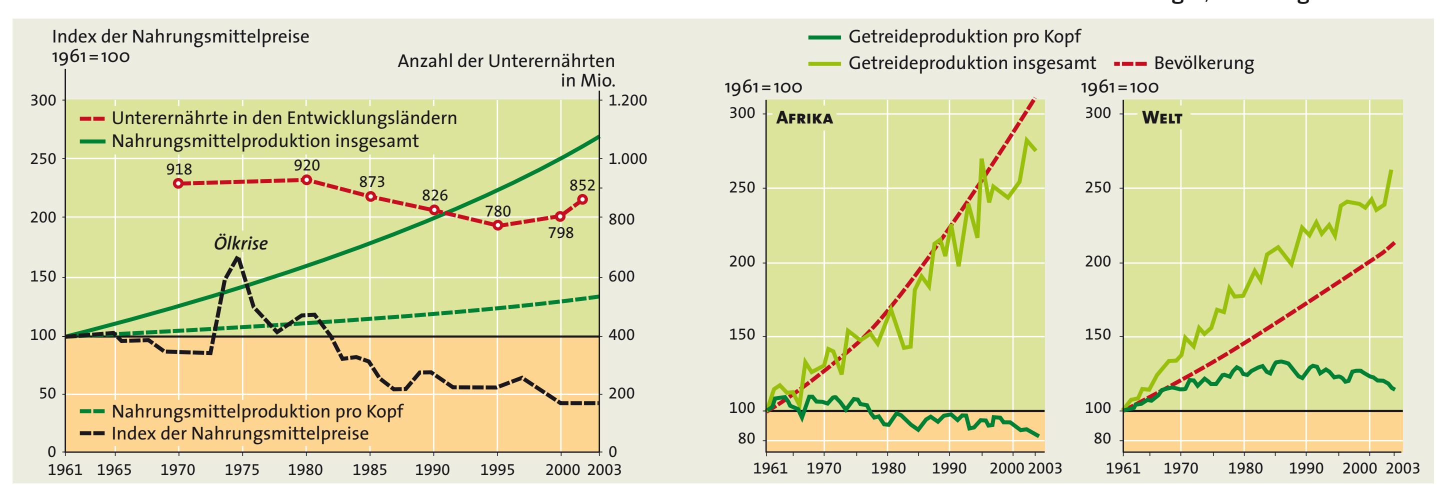
verlangsamt sich das weltweite Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion einschließlich Viehzucht seit mehreren Jahren. Nach Einschätzung der FAO »bedeutet diese geringe Wachstumsrate – 2002 lag sie im weltweiten Durchschnitt bei unter einem Prozent – einen Rückgang der Produktion pro Kopf«. In Subsahara-Afrika ist die Lage kritisch, denn das ist »die einzige Region, wo die Lebensmittelproduktion pro Kopf in den vergangenen dreißig Jahren nicht gestiegen ist. Nach einem deutlichen Rückgang in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren stagnierte sie und bewegt sich heute noch auf demselben Niveau wie vor zwanzig Jahren.«

Ein groteskes Beispiel ist die Demokratische Republik Kongo. In diesem rohstoffreichen Land hungern 71 Prozent der Bevölkerung. Von den 35 Ländern, die von schwerer Lebensmittelknappheit betroffen sind, liegen 24 in Afrika – womit wohl der Beweis erbracht ist, dass das gegenwärtig praktizierte Entwicklungsmodell nicht viel taugt.

www

Entwicklungspolitik online
• www.epo.de
Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt
• www. cadtm.org
Welternährungsorganisation
• www.fao.org
Statistiken
• faostat.fao.org/default.aspx
Welternährungsprogramm
• www.wfp.org/german/
Center for International Earth Science Information Network
• www.ciesin.columbia.edu
Eldis Gateway to Development Information
• www.eldis.org

Das Essen wird billiger, der Hunger nimmt zu ◄



Falsche Versprechen – Gentechnik in der Landwirtschaft

Auch wer gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ablehnt, muss damit rechnen, dass sie in geringen Mengen, durch Kontamination oder über den Umweg von Futtermitteln, ins Essen gelangen. Jedes neue Medikament wird auf Verträglichkeit und »Nebenwirkungen« getestet, über die Risiken transgener Pflanzen jedoch soll nicht lange nachgedacht werden – wünschen sich ihre Befürworter.

Immer mehr Menschen konsumieren immer mehr genveränderte Lebensmittel. Wenn Umweltaktivisten Gentech-Versuchsfelder abmähen, mag das durchaus medienwirksam sein, an den Tatsachen ändert es jedoch wenig: Ende 2004 zählte man in der Welt 8,25 Millionen Landwirte, die 81 Millionen Hektar solcher Experimentierflächen bewirtschafteten. Allein im Jahr 2003/2004 wuchsen sie um 20 Prozent. Mittlerweile machen sie 5,4 Prozent der Anbauflächen der Erde aus. Nachdem sie lange Zeit auf die industrialisierten Länder, vor allem Nordamerika, beschränkt waren, erobern sie jetzt auch arme Länder wie China und Indien, wo große Summen in ihre Entwicklung investiert werden.

Die so gewonnenen Agrarerzeugnisse – derzeit sind es fast ausschließlich Soja, Mais, Baumwolle und Raps – finden sich unweigerlich in den Nahrungsmitteln wieder. Die Globalisierung des Handels, natürliche oder versehentlich verursachte Kontamination und die Komplexität der Agrar- und Lebensmittelkreisläufe lassen alle Versuche der Abschottung als illusorisch erscheinen. Wer sich nicht strikt an Produkte hält, die – aus ethischen oder ökonomischen Motiven – garantiert ohne Genmanipulation hergestellt werden und entsprechend teuer sind, der nimmt über kurz oder lang unweigerlich gentechnisch veränderte Bestandteile zu sich.

Die EU hat aus dieser Tatsache Konsequenzen gezogen und Bedingungen formuliert, unter denen genetisch veränderte Bestandteile in Lebensmitteln zugelassen sind: Ihr Anteil darf undeklariert maximal 0,9 Prozent ausmachen, andernfalls muss Art und Menge der gentechnischen Inhaltsstoffe auf dem Etikett stehen – was die Amerikaner erbost, die dahinter eine »protektionistische Maßnahme« wittern. Die kritischen Verbraucher sollen gewissermaßen selbst die Verantwortung übernehmen.

Abgesehen davon, dass den Verbrauchern die erste Generation der genveränderten Pflanzen kaum etwas bringt – das mag in einiger Zeit anders sein, wenn die mit Nährstoffen angereicherten, Schadstoff absorbierenden oder dürreresistenten Pflanzen kommen –, haben sie es schwer, sich eine eigene Meinung zu bilden. Zu kontrovers sind die Argumente und Einschätzungen der Experten, ob sie nun etwaige Folgen für Umwelt und Gesundheit oder wirtschaftliche Gesichtspunkte betreffen. Wie immer, wenn es um lebende Organismen geht, sind gefühlsmäßige und Vernunftargumente schwer auseinander zu halten.

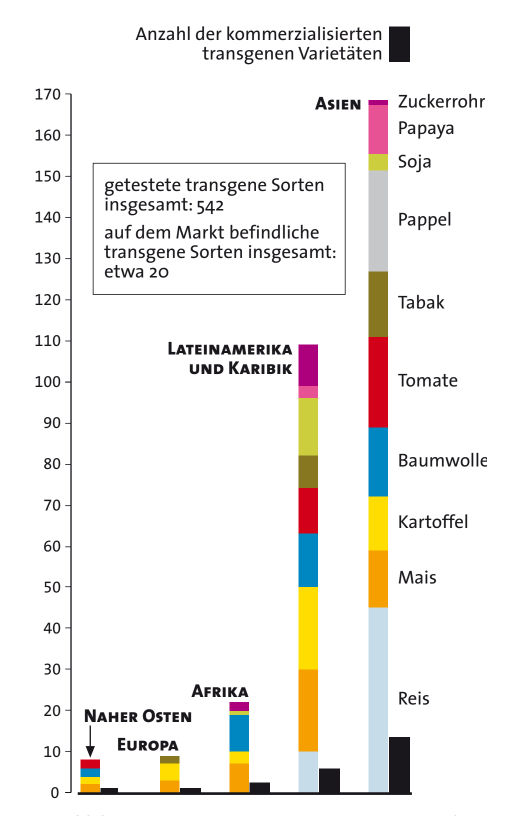
Strittig zwischen Umweltschützern und Saatgutherstellern, aber auch unter den Wissenschaftlern ist in der Hauptsache die Frage der Folgenabschätzung. Die unbeabsichtigte Freisetzung durch Pollenflug, beispielsweise von insektenresistenten Varietäten, bedeutet eine Gefahr für die Biodiversität. Beobachtungen in Deutschland und England haben das Risiko einer »Bioinvasion« bestätigt, der extrem starken Vermehrung von Lebewesen in einem Ökosystem, in dem sie ursprünglich nicht heimisch waren.

In Mexiko, dem Ursprungsland des Maises, gab es eine Welle der Empörung, als auf traditionellen Pflanzen fremde, durch US-Importe eingeschleppte Gene nachgewiesen wurden. Statt eine Erklärung dafür zu liefern, verwiesen die Anhänger der Gentechnologie darauf, dass transgene Kulturen weniger Pflanzenschutzmittel brauchten, die Bodenerosion verminderten und helfen würden, die Agrartechnik zu vereinfachen.

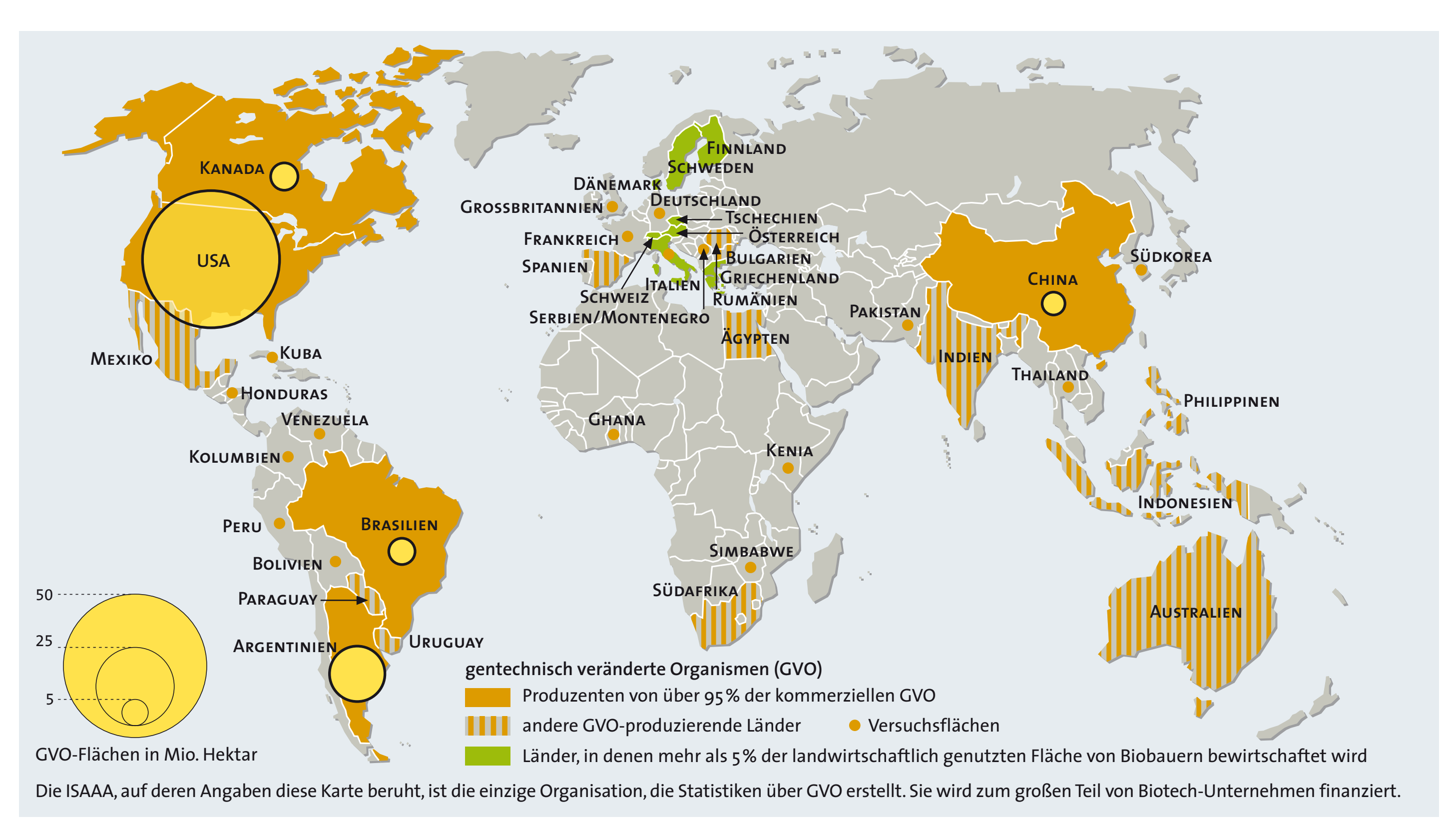
Ungewissheit besteht nach wie vor über die langfristigen gesundheitlichen Folgen von Gentech-Produkten. Systematische Untersuchungen gibt es auch in den USA nicht, wo transgene Lebensmittel seit Jahren verzehrt werden. In – freilich umstrittenen – Experimenten will man Veränderungen in Blut und Nieren von Ratten nachgewiesen haben. Die Verteidiger der Gentechnologie wiederum behaupten, transgene Pflanzen verringerten das Krebsrisiko, weil sie weniger von schädlichen Insekten befallen und dadurch auch weniger mit Schimmelpilzgiften belastet seien.

Unumstritten sind auch die wirtschaftlichen Vorteile nicht. In Südafrika hat massenweiser Insektenbefall (unter an-

▶ Freilandversuche in Entwicklungsländern



Anzahl der getesteten transgenen Varietäten von zehn wichtigen Nutzpflanzen in den Entwicklungsländern der angegebenen Regionen



Die ISAAA, auf deren Angaben diese Karte beruht, ist die einzige Organisation, die Statistiken über GVO erstellt. Sie wird zum großen Teil von Biotech-Unternehmen finanziert.

Labor oder Natur? ◀

derem durch die Baumwolllaus) wiederholt die Hoffnungen zunichte gemacht, dass mit dem für kleine Bauern sehr teuren patentierten Saatgut höhere Erträge zu erzielen seien. In anderen Fällen (bei Anfälligkeit gegen Fruchtfäule und zu langsam wachsenden Weinreben) ist mit transgenen Pflanzen offenbar ein deutlicher Ertragszuwachs zu verzeichnen.

Ob Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen etwas gegen die unausgeglichene Ernährungslage der Welt ausrichten können, wird sich zeigen. Zunächst werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach die Abhängigkeit der armen Länder von wenigen großen Firmen wie Monsanto oder Bayer erhöhen.

In den Ländern Europas wiederum behindern die Schutzmaßnahmen – Deklarationspflicht, Verweigerung von Genehmigungen für Gentech-Anbauflächen in etwa fünfzig Regionen – und die Aktionen der Gentech-Gegner höchstens die angewandte Forschung, doch die Importe von genmanipulierten Samen und Lebensmitteln können sie nicht verhindern. Die Hauptgefahr besteht darin, dass aus transgenen Pflanzen hergestellte Produkte sich als gängige Lebensmittel etablieren und es irgendwann kein Zurück mehr gibt. Dann ist es zu spät, um Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, wie sie beispielsweise bei neuen Medikamenten selbstverständlich sind.

www

Einführend
- www.umweltinstitut.org/frames/all/m422.htm

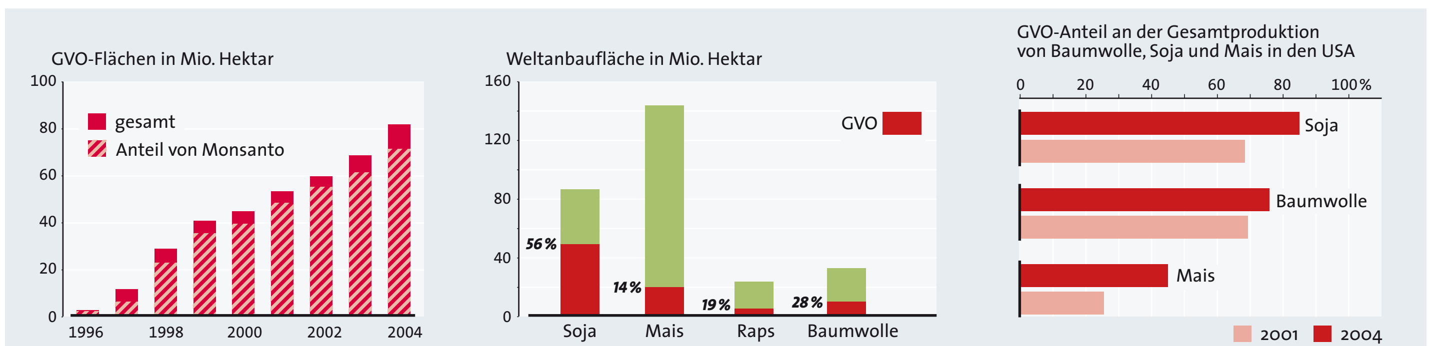
Transparenz für Gentechnik bei Lebensmitteln
- www.transgen.de

NGOs gegen genetisch veränderte Pflanzen
- www.genewatch.org
- www.genfood.at
- www.organicconsumers.org
- www.infogm.org

International Federation of Organic Agriculture Movements
- www.ifoam.org

Gensoja, Amazonas
- info.greenpeace.ch/de/arten/attachments/soja_report.pdf

Gentechnisch veränderte Pflanzen auf dem Vormarsch ◀



Demographische Entwicklung im internationalen Vergleich

Nach einem beispiellosen Anwachsen der Weltbevölkerung – auf das Vierfache in knapp hundert Jahren – wird die demographische Entwicklung im 21. Jahrhundert durch niedrigere Zuwachsraten und einen ausgeprägten Alterungsprozess gekennzeichnet sein. In den reichen Ländern wird die Geburtenrate weiter sinken, während die Bevölkerung in den am wenigsten entwickelten Ländern rasant anwächst, weil vor allem die Lebenserwartung steigen wird.

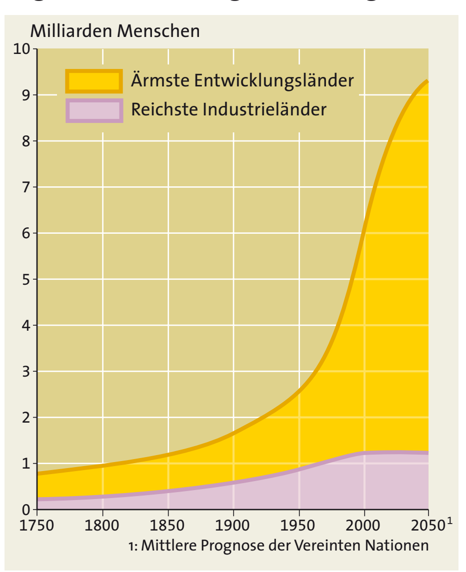
Die oft angekündigte »Bevölkerungsexplosion« wird es nicht geben – jedenfalls nicht in dem katastrophalen Ausmaß, das Experten noch vor wenigen Jahren prophezeit haben. Immerhin wird der demographische Zuwachs so stark ausfallen, dass er die Zukunftsperspektiven der am wenigsten entwickelten Länder nachhaltig beeinträchtigt.

Offiziell erreichte die Weltbevölkerung die 6-Milliarden-Grenze im Oktober 1999, am Ende eines Jahrhunderts, zu dessen Beginn gerade einmal 1,5 Milliarden Menschen den Globus bevölkerten. Zu diesem spektakulären Zuwachs kam es trotz ungeheurer Verluste an Menschenleben durch Kriege, Massaker und Epidemien. Angesichts dieses Tempos gingen alarmierende Hochrechnungen davon aus, dass die Weltbevölkerung bis 2050 auf 12 Milliarden ansteigen und Ende des 21. Jahrhunderts die 24-Milliarden-Marke erreichen würde. Inzwischen haben die Demographen ihre Prognosen auf 9,2 Milliarden nach unten revidiert. Nach Angaben des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA wird die Menschheit im 21. Jahrhundert zwar weiter anwachsen, aber lange nicht mehr so schnell. Nur in Subsahara-Afrika wird sich die Bevölkerung trotz des zu erwartenden Massensterbens aufgrund von Aids in den kommenden 50 Jahren von derzeit 600 Millionen auf 1,2 Milliarden verdoppeln. Wie groß die Weltbevölkerung im Jahr 2050 tatsächlich sein wird, hängt laut UN-Weltbevölkerungsbericht davon ab, ob es gelingt, in den verschiedenen Ländern den Bevölkerungszuwachs zu stabilisieren.

Die Verlangsamung des demographischen Wachstums rührt daher, dass wichtige Länder in die Phase des »demographischen Übergangs« eintreten, den die reichen Länder Westeuropas bereits vor über hundert Jahren vollzogen haben. Diese Phase ist gekennzeichnet durch sinkende Geburtenraten (bedingt durch Frauenemanzipation, Industrialisierung, Urbanisierung und bevölkerungspolitische Maßnahmen), sinkende Sterberaten und eine dank des sozialen und medizinischen Fortschritts steigende Lebenserwartung. Nach UN-Angaben ist die Geburtenrate bereits in jedem zweiten Land der Erde auf das so genannte Ersatzniveau (2,1 Kinder pro Frau) gesunken. Dieser »westliche« Trend setzt sich in Afrika langsamer durch als in Asien oder Lateinamerika. Insgesamt geht man jedoch davon aus, dass sich die Tendenz stabilisieren und bis 2050 allgemein durchgesetzt haben wird.

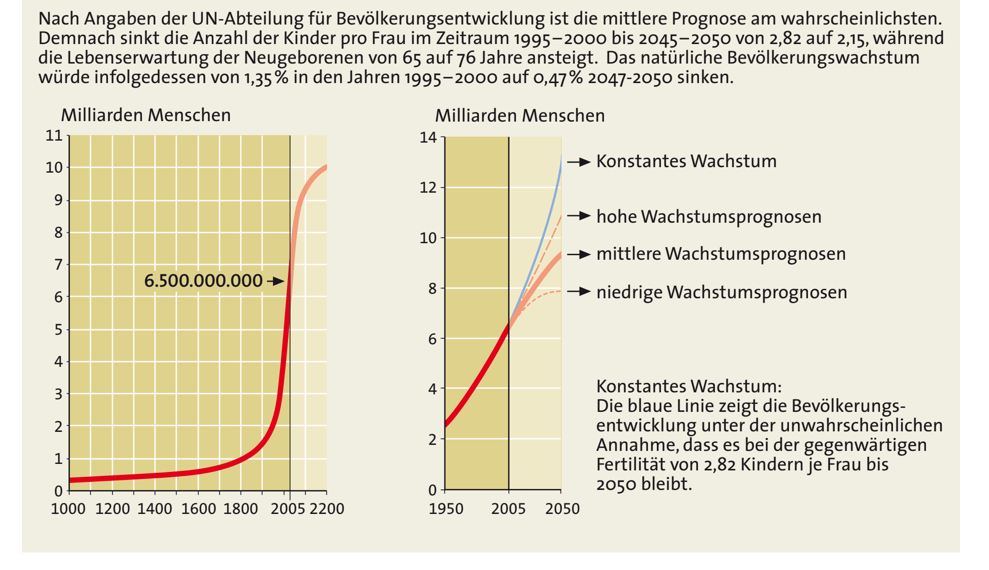
Im Gegensatz zu den Voraussagen der 1980er-Jahre wird es in Zukunft also weniger junge und mehr alte Menschen auf der Erde geben. Auf den »Baby-Boom« folgt der »Oma-Boom«, die Alterspyramide kehrt sich tendenziell um, es wird zu weltweiten demographischen Umschichtungen kommen. Der Anteil der über 60-

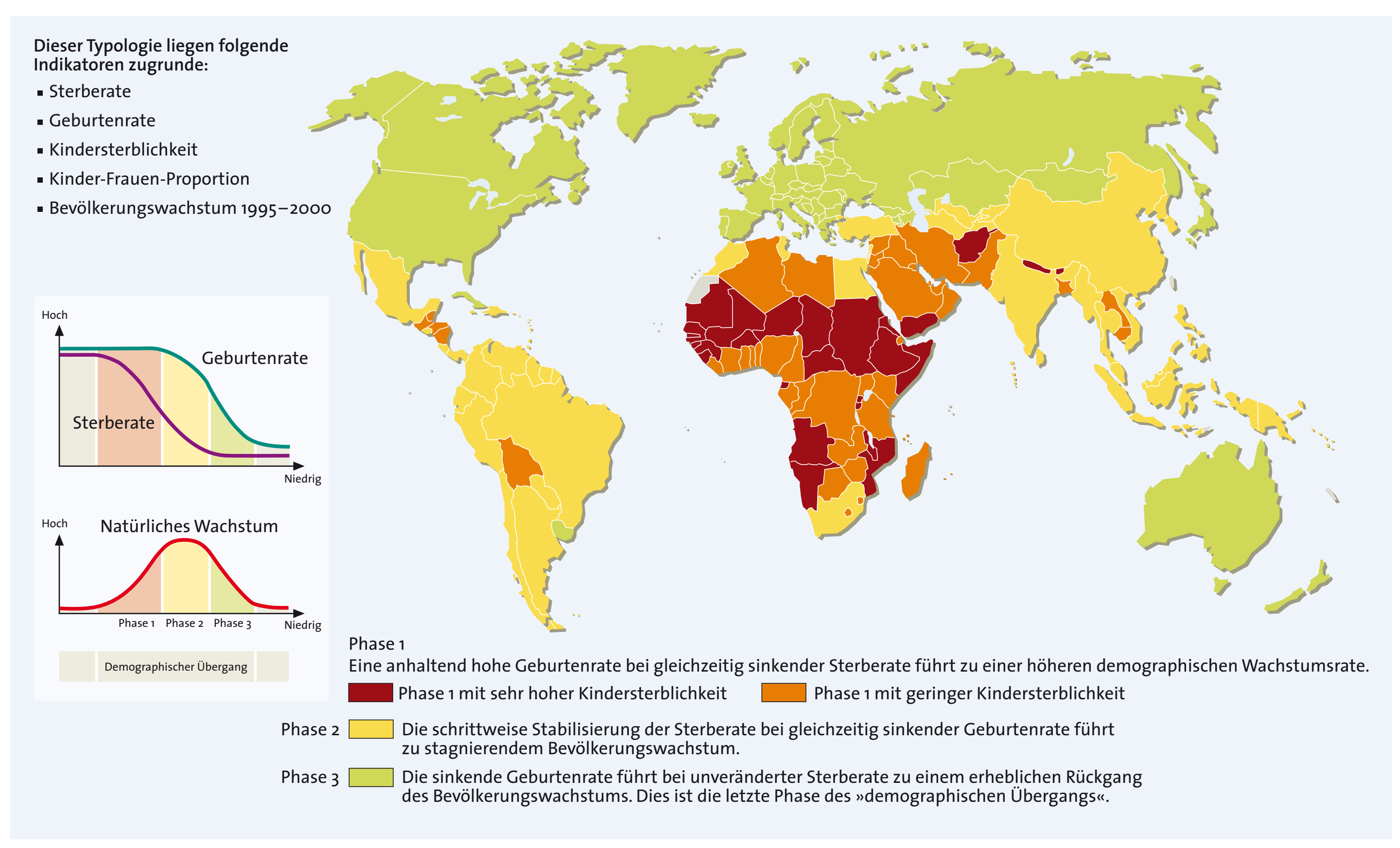
▶ Ungleiche Bevölkerungsentwicklung



Drei Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung ◀

Nach Angaben der UN-Abteilung für Bevölkerungsentwicklung ist die mittlere Prognose am wahrscheinlichsten. Demnach sinkt die Anzahl der Kinder pro Frau im Zeitraum 1995–2000 bis 2045–2050 von 2,82 auf 2,15, während die Lebenserwartung der Neugeborenen von 65 auf 76 Jahre ansteigt. Das natürliche Bevölkerungswachstum würde infolgedessen von 1,35 % in den Jahren 1995–2000 auf 0,47 % 2047-2050 sinken.



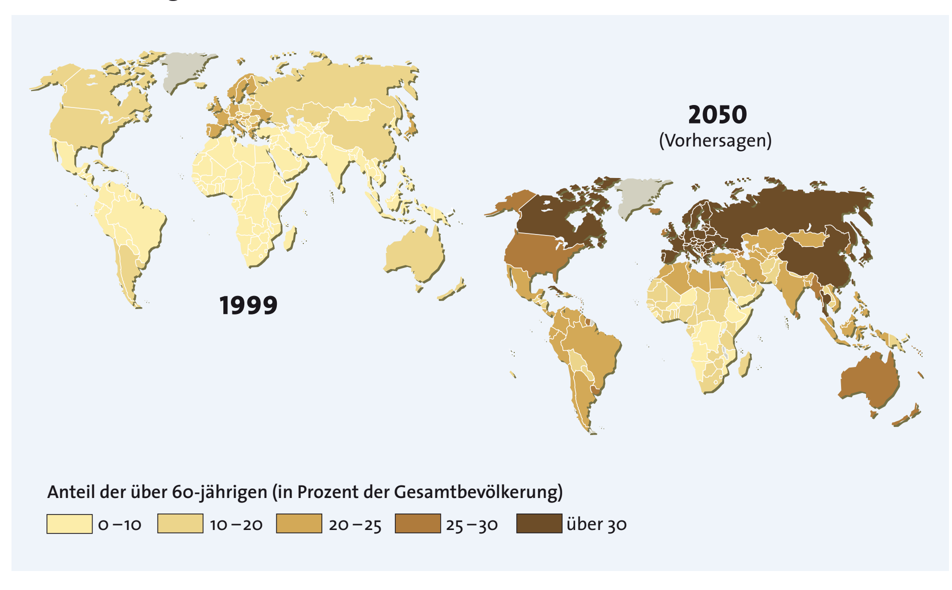


Der demographische Übergang ◀

Jährigen wird sich bis 2050 von 10 Prozent auf 22 Prozent mehr als verdoppeln. 1950 lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei 46, 2002 schon bei 66 Jahren. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung wird von 13 Prozent im Jahr 2000 auf 20 Prozent im Jahr 2050 steigen. Das demographische Gewicht Asiens (60 Prozent) und Lateinamerikas (9 Prozent) wird konstant bleiben, der Anteil Europas dagegen auf 7 Prozent sinken. In Deutschland, Italien, Japan und Russland beginnt die Bevölkerungszahl bereits zu schrumpfen. Angesichts dieser ungleichmäßigen Entwicklung ist zu erwarten, dass sich die sozialen Probleme noch verschärfen und dass die globale Wanderungsbewegung von Süden nach Norden weiter zunehmen wird.

Insgesamt geben diese Trends Anlass zur Hoffnung, obgleich für die reichen Länder aller Voraussicht nach politische, wirtschaftliche und soziale Umwälzungen zu erwarten sind. Die demographische Entwicklung wird unaufhaltsam zu Lasten des Südens gehen. Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs um drei Milliarden Menschen für 2050 wird zum größten Teil in den armen und schon jetzt stark bevölkerten Ländern eintreten, und dort vor allem in den Städten. Damit wird sich erstmals die Mehrheit der Menschen in Städten konzentrieren. Die entscheidende Frage ist, was diese Entwicklung für die verfügbaren Ressourcen, das ökologische Gleichgewicht und die Lebensqualität bedeutet.

▶ Die Bevölkerung altert



WWW

UN-Bevölkerungsfonds
www.unfpa.org/swp/2001/english/?gures
United Nations Population Information Network
www.un.org/popin/data.html
Institute of Development Studies
www.ids.ac.uk
The Center for Research and Population Security
www.population-security.org

Das unaufhaltsame Wachstum der Städte

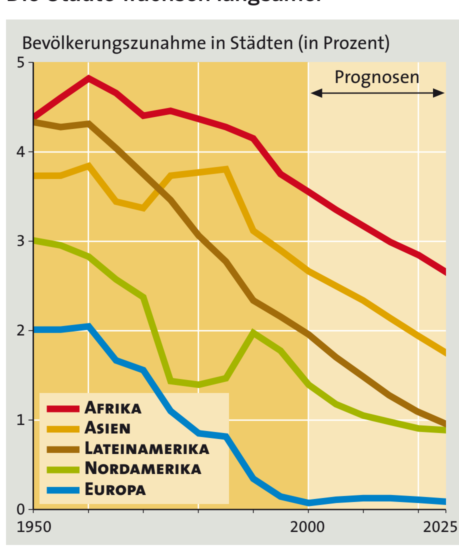
Stadtluft macht frei, hieß es schon im Mittelalter, weil leibeigene Bauern sich in den Städten dem Zugriff ihrer Dienstherren entziehen konnten. Viele Millionen Menschen, die heute vor allem in Asien und Afrika in eine Metropole ziehen, landen allerdings in Slums und Armutsvierteln.



Autostadt Los Angeles ◀

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es auf der Welt 11 Städte mit mehr als einer Million Einwohnern. 1950 waren es 80, 1990 schon 276, 2000 fast 400, und 2015 werden es wahrscheinlich 550 sein. Die Verstädterung der Welt bedeutet nicht nur eine statistisch erfassbare Bevölkerungskonzentration, sondern sie verändert auch Landschaften, Menschen und Institutionen, die sich allesamt zunehmend einem »städtischen Geist« unterzuordnen haben. Die Sitten und Gebräuche werden »urbanisiert«, das stadttypische Leben wird zur Norm: Es ist das einer Gesellschaft von Individuen, deren Kennzeichen Mobilität, eine damit einhergehende relative Autonomie und ein gleichförmiger, sich jeden Tag wiederholender Lebensrhythmus ist.

▶ Die Städte wachsen langsamer



Der französische Historiker Fernand Braudel sprach von der Stadt einmal als einem »glücklichen Zufall der Geschichte«. Entstanden ist sie um dieselbe Zeit wie der Ackerbau, also vor acht bis zehn Jahrtausenden. Und jetzt, zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts, erleben wir den – in der Menschheitsgeschichte nie da gewesenen – unaufhaltsamen Niedergang des bäuerlichen Lebens und das Verschwinden der ländlichen Kulturen.

Der Verstädterungsprozess verläuft von Kontinent zu Kontinent unterschiedlich. In Europa lebt die Bevölkerung mehrheitlich in einem diffus urbanen Raum, wo die Städte ins zersiedelte Umland ausgreifen und sich vernetzen. In Europa gibt es nur wenige Ballungsräume, in denen sich wie in Greater London, Moskau oder im Großraum Paris mehrere Millionen Menschen zusammendrängen.

Auf den beiden amerikanischen Subkontinenten hingegen finden sich zahlreiche »Megacitys«: São Paulo, Buenos Aires, Mexiko-Stadt, New York, Los Angeles haben alle mehr als 15 Millionen Einwohner. In Asien beschleunigt sich derzeit das Tempo der Verstädterung. Im Jahr 2020 werden dort etwa zehn Megalopolen an die Zwanzig-Millionen-Grenze stoßen – unter anderem Mumbai (Bombay), Karatschi, Shanghai, Dhaka, Djakarta und Tokio. In Ozeanien leben bereits 75 Prozent der Menschen in Städten. In Afrika ist die Entwicklung der Städte regional unterschiedlich, doch gibt es auch hier riesige Ballungszentren wie Kinshasa, Kairo oder Lagos, wo im Jahr 1950 300.000 Menschen lebten, während es heute fast 10 Millionen sind.

Innerhalb ein und derselben Stadt bestehen zwischen den Stadtvierteln häufig krasse soziale Unterschiede. In den Elendsvierteln – ob sie nun als squats, *slums* oder *favelas, bidonvilles, kampong* oder *gecekondu* bezeichnet werden – haust eine Mehrheit der städtischen Bevölkerung. Würde man diese Menschen auf ihrem Fleckchen Erde legalisieren, könnte man ihre Lebensumstände erträglicher machen und zugleich die Macht mafioser Organisationen zurückdrängen.

Die »besseren« Wohngegenden werden hingegen mehr und mehr zu abgeschotteten Enklaven, zu *gated communities,* die sich bei der oberen Mittelklasse und den Neureichen wachsender Beliebtheit erfreuen, in Los Angeles nicht anders als in Rio, Istanbul, Neu-Delhi, Moskau, Rom oder Toulouse. Hier bildet sich eine diskriminierende Urbanität aus, in der sich der Gemeinsinn auf eine Interessenge-

meinschaft von Gleichgestellten reduziert.

Bei den ausfransenden Siedlungen in den »grünen Speckgürteln« kann man nicht eigentlich von Urbanisierung sprechen, hier wird lediglich eine zusammenhängende, mehr oder weniger dichte Bebauung ohne architektonische oder städtebauliche Einheit betrieben. Anders die so genannten Weltstädte: Sie haben eine Börse, sind Firmensitz großer Konzerne, beherbergen die besten Rechtsanwaltskanzleien, Werbeagenturen, Steuerberatungsfirmen, außerdem sind sie mächtige Kommunikations- und Verkehrszentren mit großen Flughäfen und üben mit alledem Einfluss und Kontrolle über die Weltwirtschaft aus.

Von den zunehmenden sozialen Spannungen abgesehen stehen die Städte heute vor neuen Umweltproblemen. Die Wasserversorgung wird zunehmend zum Konfliktfall selbst zwischen einzelnen Wohnvierteln. Jeder vierte Erdenbürger hat derzeit keinen Zugang zu diesem knapper werdenden Gut, während die industrielle Landwirtschaft verschwenderisch damit umgeht und die privaten Haushalte unnötig viel verbrauchen *(siehe Seite 15)*. Nicht zuletzt belasten die modernen Städte die Gesamtbilanz der nicht erneuerbaren Energieressourcen, weil hier riesige Mengen an Strom und Gas für Heizung und Klimaanlagen verbraucht werden.

Nachdem sich der motorisierte Individualverkehr allgemein durchgesetzt hat, steigen in Städten und Ballungsräumen außerdem die Luftverschmutzung und die Lärmbelastung stark an. Hinzu kommt, dass offenbar immer weniger Menschen den öffentlichen Raum tatsächlich nutzen. Dabei schaffen städtische Gebäude und Plätze als öffentliche Orte doch die Voraussetzung dafür, dass sich eine Gesellschaft als Ganzes überhaupt formieren kann. Die Stadt wird sich eines Tages vielleicht als eine traurige Scheinwelt entpuppen, in der vom »glücklichen Zufall der Geschichte« nicht mehr viel übrig ist.

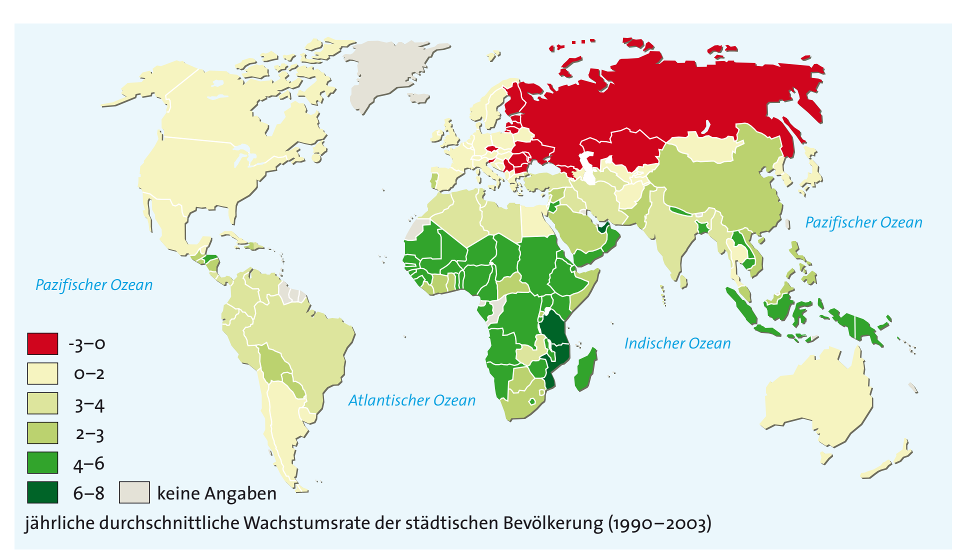
WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Verst%C3%A4dterung

World Urbanization Prospects (bei der UN)
- esa.un.org/unup/

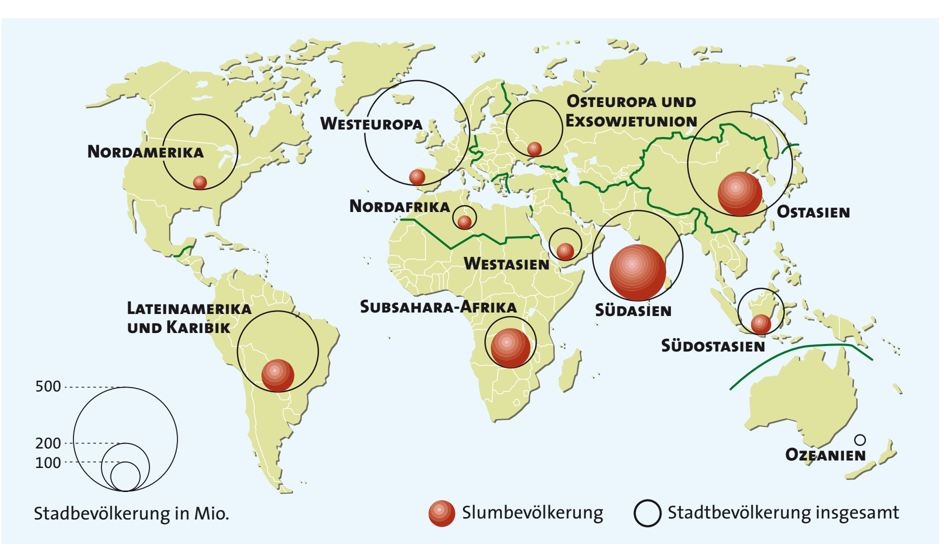
Bevölkerungsdichte in Stadt und Land
- sedac.ciesin.columbia.edu/gpw/

Städte, aus dem Weltraum beobachtet
- www.grid.unep.ch/activities/global_change/cities_from_space.php

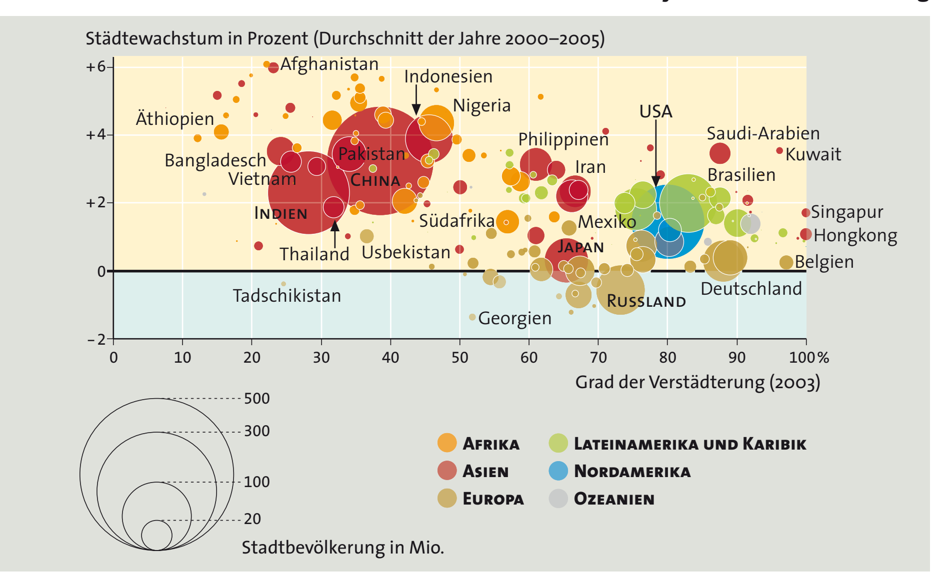


In Afrika wachsen die Städte am schnellsten ◀

In den Städten des Südens leben die meisten in Slums ◀



Dynamik der Urbanisierung ◀



Internationaler Luft- und Seeverkehr im 21. Jahrhundert

Weltweit nimmt der Güter- und Personenverkehr zu, wobei das wachsende Verkehrsaufkommen geographisch ungleich verteilt ist. Die Liberalisierung der Transportbranche führte zu einem erhöhten Rentabilitätsdruck und zu Marktkonzentration. Die damit ausgelösten Veränderungen verstärken die ungleiche Entwicklung: Einige Regionen werden privilegiert, andere marginalisiert.

Der Seefrachtverkehr, über den der interkontinentale Warentransport überwiegend abgewickelt wird, hat sich seit 1975 mehr als verdoppelt und erreichte 2004 ein Volumen von 6,7 Mrd. Tonnen. Die Versorgungsrouten sind weitgehend unverändert geblieben. Im Jahr 2004 entfielen auf Rohöl und Mineralölerzeugnisse 34 % der Tonnenkilometer, auf Erze 10 %, auf Kohle 9,7 %, auf Getreide 3,7 %, auf sonstiges Schüttgut 13 % und auf andere, überwiegend in Containern transportierte Waren 28,3 %.

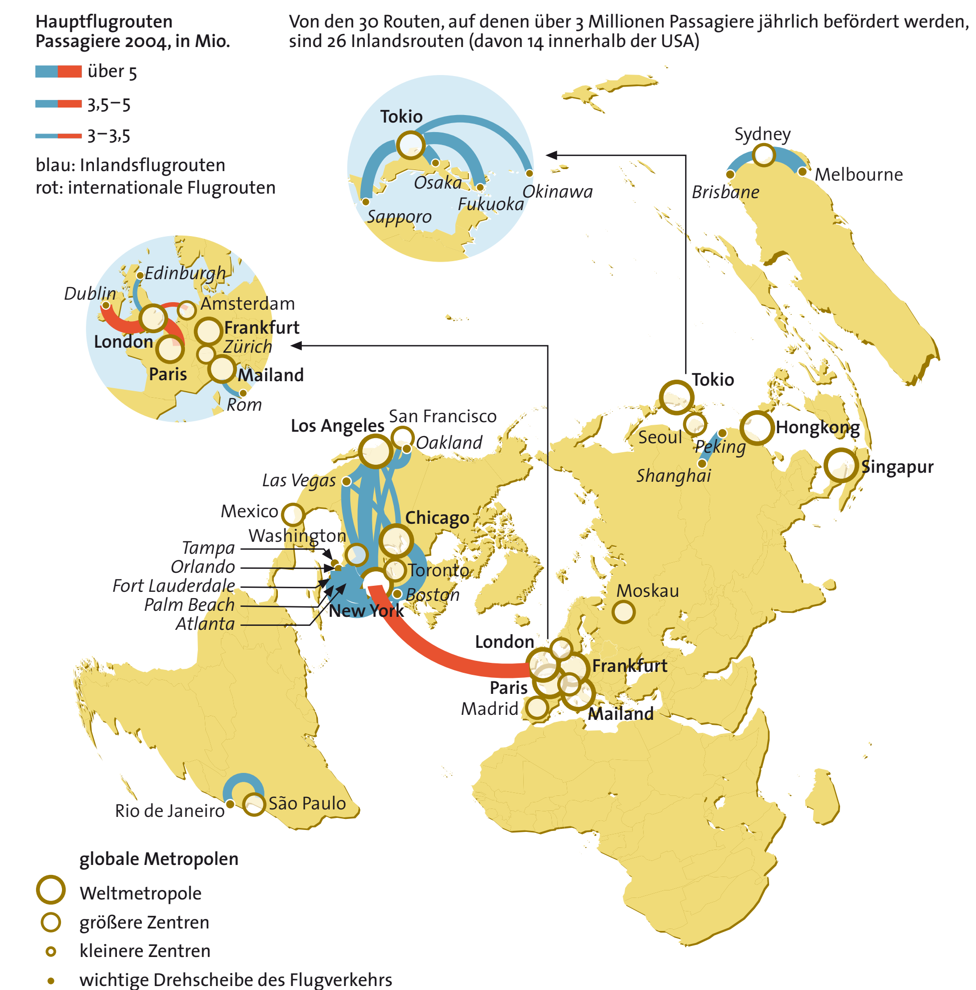
Die Häfen und Umschlagplätze konzentrieren sich auf Nordamerika, Europa und die asiatischen Länder mit Zugang zum Pazifik. Zwischen diesen drei Großregionen spielt sich das Gros des Seehandels ab. Auf dem Pazifik sowie zwischen Asien und Europa nimmt der Containerlinienverkehr zu, auf den Atlantikrouten stagniert er, Afrika ist nach wie vor von marginaler Bedeutung. Weltweit wurden 2005 über 300 Millionen TEU-Container (20-Fuß-Einheiten) oder 9 Milliarden Kubikmeter umgeschlagen.

Internationale Reedereien bieten ihre Dienstleistungen über gemeinsame Agenturen an, die mehr als die Hälfte des weltweiten Containerhandels abwickeln. Um eine lückenlos funktionierende Transportkette zu gewährleisten, haben die großen Häfen riesige privatwirtschaftlich arbeitende Terminals gebaut. Doch haben öffentliche Hafengesellschaften wie die von Singapur auch private Hafenanlagen in anderen Ländern gekauft. Gerade die Zukunft mittelgroßer Häfen hängt davon ab, ob sie ihren Anteil am Containerverkehr ausbauen können. Da die Frachtraten sinken, werden große Anstrengungen unternommen, um die Produktivität zu steigern und die Löhne zu drücken. Die vermehrte Registrierung in den offenen Schiffsregistern der so genannten Billigflaggen-Länder geht deshalb zu Lasten der Sicherheit und der Schiffsbesatzungen.

Im Luftverkehr stieg die Anzahl der Passagiere 2005 auf über 2,22 Milliarden, davon entfielen 783 Millionen allein auf Flüge innerhalb der USA. Über ein Drittel des internationalen Warenverkehrs wird per Luftfracht abgewickelt. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben gezeigt, dass der Flugverkehr besonders verwundbar ist, was auch ökonomische Folgen hat. Die von den USA ausgehende Deregulierungspolitik setzt Fluggesellschaften, Flughäfen, Flugzeugbauer, Flugpersonal und Passagiere zusätzlich unter Druck.

In der verschärften Wettbewerbssituation gingen einige, auch größere Fluggesellschaften Bankrott (Eastern Airlines oder Braniff). Mehrere führende Luftfahrtgesellschaften bildeten internationale Allianzen, um ihr ökonomisches Potenzial zusammenzulegen – sei es durch die Koordination ihrer Flugpläne oder

► **Ziviler Flugverkehr**



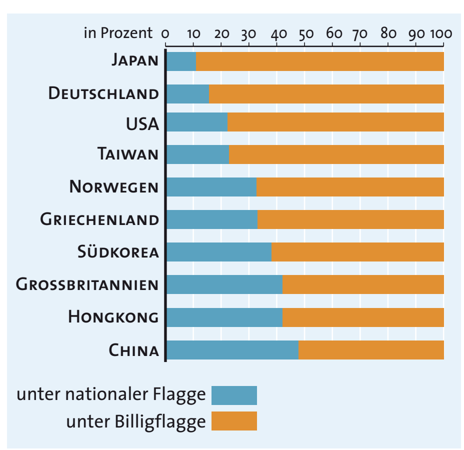
durch gemeinsame Liniendienste. Von den ursprünglich fünf strategischen Partnerschaften haben sich bis 2005 nur drei gehalten: Star Alliance (United Airlines, Lufthansa, SAS, ANA, Thai u.a.), Oneworld (American Airlines, British Airlines, Cathay Pacific u.a.) und Skyteam (Delta, Air France, Korean, Aeromexico u.a.). Sie beförderten 2005 insgesamt 41 Prozent der Fluggäste und machten über die Hälfte des globalen Branchenumsatzes. Billigfluglinien, die vor allem kurze und mittlere Strecken bedienen und in den deregulierten Märkten nach Nischen suchen, wickeln inzwischen 10 Prozent des weltweiten Flugverkehrs ab.

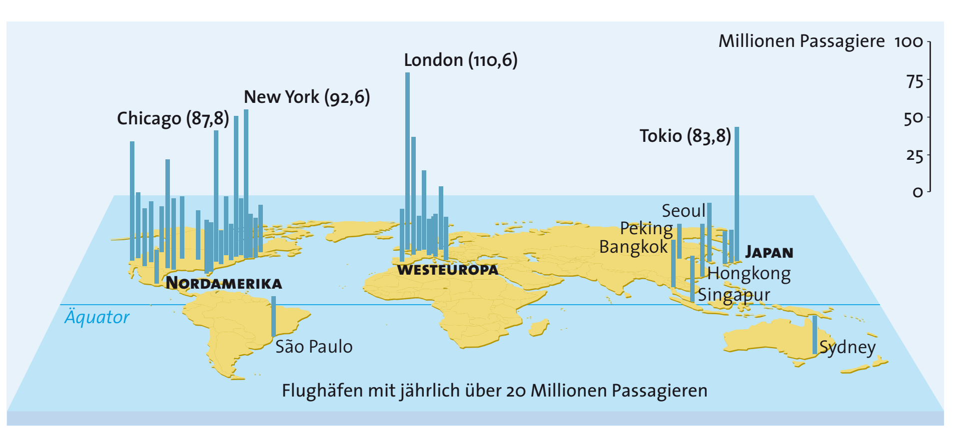
Die geographische Lage der Großflughäfen verstärkt die weltweite Tendenz zur Metropolisierung, was durch die »Hub«-Strategie der kooperierenden Luftfahrtgesellschaften zusätzliche Dynamik gewinnt: Die Kurz- und Mittelstreckenflüge steuern die Zentralflughäfen der Allianzen an, wo die Langstrecken- und Anschlussflüge ihre Passagiere aufnehmen. Um international zu bestehen, bieten die großen Gesellschaften zudem häufigere Flugverbindungen an, sodass die Zahl der Flüge schneller steigt als das Passagieraufkommen. Dies verstärkt nachweislich den Klimawandel, führt zu mehr Umweltverschmutzung, zur Überlastung von Flughäfen und Flugrouten und zu erhöhter Lärmbelästigung für die Anwohner.

www

International Maritime Organization
www.imo.org/
Air Transport Association
www.airlines.org/
Internationale Transportarbeiter Föderation
www.itfglobal.org/index.cfm
Informationen zu Klima und Verkehr
www.bund.net/verkehr/

▶ **Handelsflotte: Schiffseigner und Flaggen**

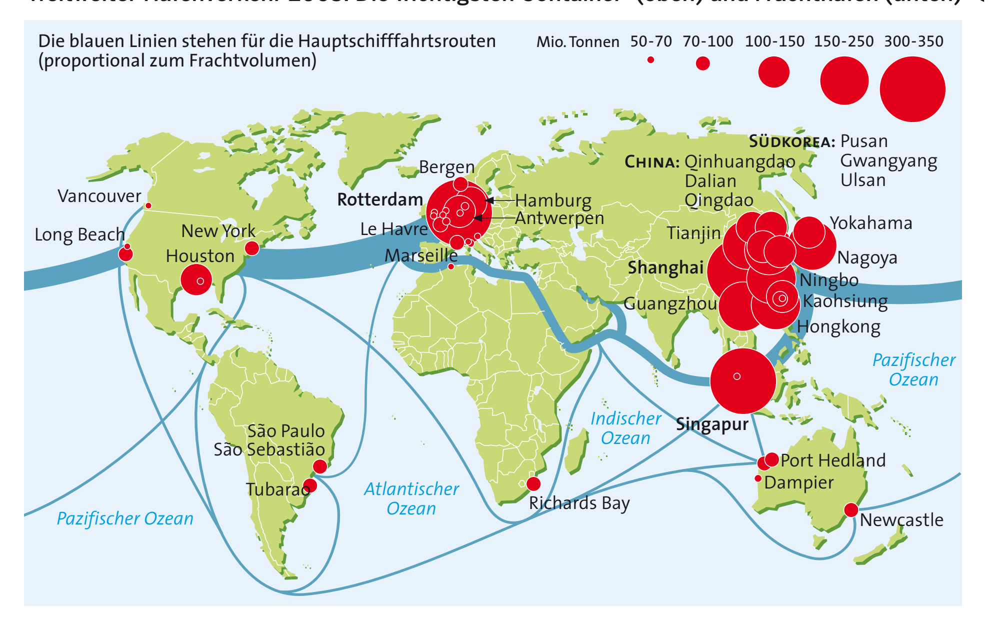




Weltweiter Flugverkehr 2000: Passagiere (oben) und Luftfracht (unten) ◀







Weltweiter Hafenverkehr 2003: Die wichtigsten Container- (oben) und Frachthäfen (unten) ◀

Gesundheit, Privileg der Reichen

Vor allem in Afrika sterben viele Menschen an vermeidbaren und behandelbaren Krankheiten. Doch die Pharmalobby pocht auf Einhaltung der Patente für Medikamente, und die internationalen Finanzinstitute zwingen den Entwicklungsländern einen unerbittlichen Sparkurs auf. Unter solchen Umständen kann Gesundheit kein öffentliches Gut werden.

In der medizinischen Versorgung der Menschen bestehen extreme Unterschiede. Sie lassen sich zum größten Teil aus den Unterschieden zwischen reichen und armen Weltgegenden ableiten. Eine im Jahr 2003 geborene Japanerin hat eine Lebenserwartung von durchschnittlich 85 Jahren, das ist mehr als Doppelte der 36 Jahre, die sich ein Mädchen erhoffen kann, das im selben Jahr in Simbabwe zur Welt gekommen ist.

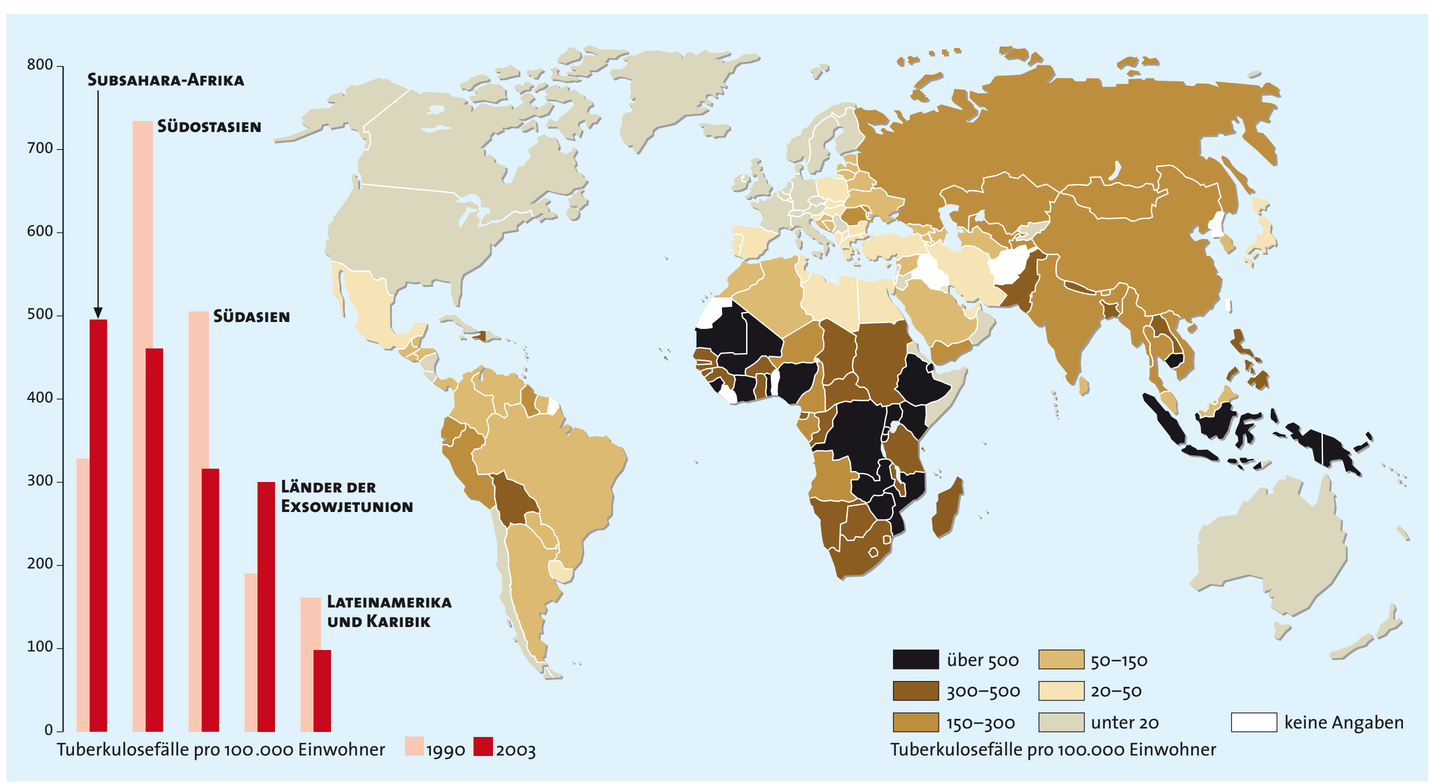
Die Gründe für diese skandalöse Tatsache sind bekannt: Armut, keine oder keine ausreichende medizinische Infrastruktur, der verlorene Kampf gegen Epidemien, die Finanzierung der Medikamenten-Entwicklung über den Kapitalmarkt. Viele verbreitete Krankheiten (Röteln, Asthma, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, psychiatrische Erkrankungen, Krebs) werden im Süden schlechter behandelt als im Norden und führen in den armen Ländern öfter zum Tod oder zu Behinderung.

Aids tötet jeden Tag 8.000 Menschen. Die meisten von ihnen sind junge Erwachsene. 3.000 Kinder sterben täglich an Malaria, 6.000 an Tuberkulose. Diese drei schlimmsten Pandemien fordern zusammen jedes Jahr 6 Millionen Todesopfer, die meisten in den armen Ländern, insbesondere im subsaharischen Afrika. Und diese Krankheiten befinden sich weiter auf dem Vormarsch.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der Nationale Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten haben bereits darauf hingewiesen, dass die prekäre Gesundheitslage in einer Reihe von Ländern die politische Stabilität gefährden und somit den Interessen der USA zuwiderlaufen könnte. Dabei wäre das Geld für eine massive Hilfskampagne durchaus vorhanden. Die 250 Milliarden Dollar, die der Krieg im Irak von 2002 bis 2005 verschlungen hat, hätten genügt, um die medizinische Versorgung der gesamten Weltbevölkerung für sechs Jahre sicherzustellen.

Doch fehlt es nicht nur am Willen zum humanitären Engagement und an den entsprechenden strategischen Visionen. Hinzu kommen andere, verhängnisvollere Mechanismen, die vielen Ländern den

▶ Verbreitung der Tuberkulose

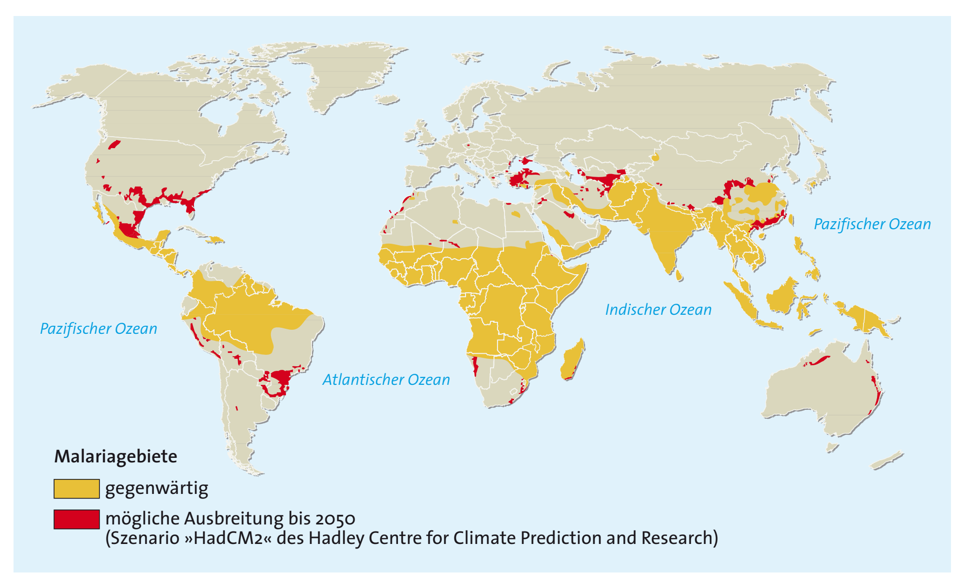


Aufbau eines leistungsfähigen Gesundheitswesen sehr schwer machen. So bürden die großen Pharmakonzerne die Entwicklungskosten für neue Medikamente der ganzen Welt auf. Aus ihrer Warte ist ein strenger Patentschutz die Voraussetzung dafür, dass auch weiterhin in die medizinische Forschung investiert wird. Dabei konzentriert sich die boomende medizinische und pharmakologische Forschung in erster Linie auf die »rentablen« Krankheiten.

Die rührige Lobby von Big Pharma hat dafür gesorgt, dass die USA und die EU erheblichen Druck auf die Länder ausüben, die wie Indien, Brasilien oder Südafrika auf die erheblich billigeren, wirkstoffgleichen Nachahmerpräparate (Generika) setzen wollen. »Kostenlose« Arzneimittellieferungen wurden an die Zusicherung geknüpft, die »Marktregeln« einzuhalten. Indiens Verzicht auf die Herstellung von Generika wurde durch Handelsvorteile in anderen Bereichen buchstäblich erkauft. Außerdem wird die medizinische Unterstützung nicht selten für die politisch-religiösen Ziele der Lebensschützer instrumentalisiert. So verbinden sich die vergleichsweise hohen Summen, die die USA für die Aidsbekämpfung ausgeben, mit der abtreibungsfeindlichen Politik der Bush-Administration.

Angesichts des enormen Drucks, den Weltbank und Internationaler Währungsfonds mit ihren Strukturanpassungsprogrammen ausüben, ist es für die davon betroffenen Länder besonders schwer, Ärzte und Krankenschwestern zu bezahlen, die für ein öffentliches Gesundheitssystem erforderlich sind. Auf der einen Seite werden die verschuldeten Länder dazu gedrängt, die staatlichen Sozialbudgets und Gehälter zu reduzieren, andererseits zieht es das anderswo billig ausgebildete, medizinische Personal in die wohlhabenden Länder. Fast jeder vierte der in den USA praktizierenden Ärzte hat sein Studium im Ausland absolviert, 86 Prozent von ihnen in Ländern mit mittlerem oder geringem Einkommen.

Wenn in Simbabwe im Alter von durchschnittlich 36 Jahren der Tod droht, hat das seinen Grund auch darin, dass drei Viertel der im Land ausgebildeten Ärzte nach bestandenem Examen auswandern, weil HIV, Hungerlöhne und politische Unterdrückung sie vertreiben. Es ist ein tragisches Paradox: Dieser *brain drain* entspricht einer jährlichen Subvention von etwa 500 Millionen Dollar – von Habenichtsen den Wohlstandsländern gewährt! Gleichzeitig verschärft diese Abwanderung in den armen Ländern die Ungleichheit zwischen den Menschen in den Städten und denen auf dem Land, die keinen einzigen Arzt in ihrer Nähe haben, aber auch zwischen den Armen, die auf ein heruntergekommenes öffentliches Gesundheitswesen angewiesen sind, und den Reichen, die sich eine privatärztliche Behandlung leisten können.



Malariarisiko durch Klimawandel ◄

WWW

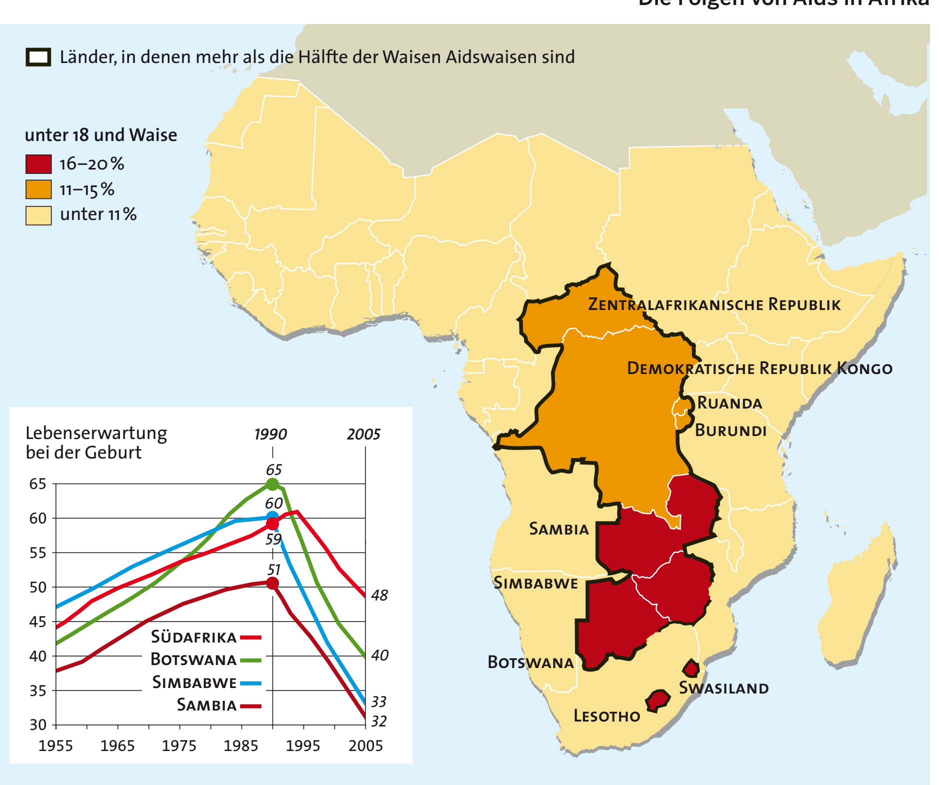
Alternativer Weltgesundheitsbericht
- www.ghwatch.org

Weltgesundheitsorganisation
- www.who.org

Gesundheit und Pharmaindustrie
- www.cptech.org/ip/health/

NGOs
- www.medico-international.de/kampagne/gesundheit/
- www.avert.org/aidsinafrica.htm
- www.tac.org.za
- www.cptech.org/ip/health

Die Folgen von Aids in Afrika ◄



Wo Elefanten kämpfen

von **Susan George**

Welche Schreckensmeldung aus dieser Welt ist dem Leser noch verborgen geblieben? Welche Form versteckter oder sichtbarer Gewalt muss man ihm noch genauer vor Augen führen? Gibt es überhaupt noch Wissenslücken über die Risiken, die den Alltag der allermeisten Menschen bedrohen, und über die Fehlentwicklungen, die das Überleben der Menschheit gefährden? Dieser Atlas hat für solche und andere Fragen eine schlüssige Antwort, die in der Regel deprimierend ausfällt. Falls es noch nicht alle gemerkt haben: Unsere Welt ist kein besonders angenehmer, sondern ein unheimlicher Ort – nichts für zart besaitete Gemüter.

Die Mitglieder der politischen Klasse haben fast alle einen unsentimentalen und rücksichtslosen Charakter entwickelt. Vor 475 Jahren hat Niccolò Machiavelli seinem »Principe« beigebracht, dass er alles daransetzen müsse, seine fürstliche Macht zu erhalten, andernfalls müsse er abtreten. In ähnlicher Weise geht es auf dem Feld der Geopolitik vornehmlich darum, dass der eigene Staat mächtiger, reicher und gefürchteter ist als andere Staaten. Carl von Clausewitz hat diesen Grundsatz so ausgedrückt: »Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.« Clausewitz bemerkte aber auch, der Krieg dürfe stets nur das letzte Mittel sein, da es viele andere Mittel gebe, um dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen. Die meisten dieser Mittel werden dem Leser auf den folgenden Seiten begegnen.

Was ihm auch begegnen wird, sind die gewollten wie die ungewollten Folgen des rücksichtslosen Drangs nach Reichtümern, nach Macht und nach der Fähigkeit, Angst und Schrecken zu verbreiten. General de Gaulle hat einmal gesagt: »Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen.« Und eine andere Figur aus der Galerie der einschlägigen Autoritäten, Friedrich Nietzsche nämlich, hat einmal gesagt: »Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ›Ich, der Staat, bin das Volk.‹«

Die klassische Strategie in der Konkurrenz um die Macht ist dennoch die, von der Clausewitz unbedingt abgeraten hat: der Krieg. Auf vielen Seiten dieses Atlas wird er mit all seinen unvermeidbaren Begleiterscheinungen dokumentiert, einschließlich des militärischen Herrschaftsinstrumentariums, das ihn nach wie vor begleitet und vorbereitet: Militärstützpunkte und Kriegsflotten sowie die Druckmittel, die von der politischen Einkreisung bis zur Bildung militärischer Blöcke reichen.

Gewaltige Profite wirft auch der Handel mit Drogen und jungen Frauen ab. Der blühende Drogenmarkt zeigt, dass die USA mit ihren Programmen zur Eliminierung des Anbaus von Drogenpflanzen praktisch gescheitert sind – es gelangen heute mehr Drogen auf den Markt als je zuvor. Da das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht auf die legale Ökonomie beschränkt ist, bewirken die vielen Anbieter auf dem Drogenmarkt einen rapiden Preisverfall. Was den Handel mit Sexsklaven- und -sklavinnen betrifft, so fällt hier auf, dass als Lieferländer auch Staaten verzeichnet sind, die zu den Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft zählen.

Die größte Veränderung der letzten 25 Jahre, die sich in den Karten und Diagrammen des folgenden Abschnitts niederschlägt, ist die Erschütterung des Ostblocks und der Zusammenbruch des Sowjetimperiums. Bildlich erfassbar zu machen, wie die Welt heute aus der Perspektive Moskaus und Osteuropas aussieht, ist ein überaus sinnvolles Unterfangen. Überhaupt bietet der Atlas auf vielen Gebieten einen neuen Blick auf politische Prozesse; das gilt etwa für die »farbigen« Revolutionen in Ländern der ehemaligen Sowjetunion wie Georgien und der Ukraine.

Problematisiert wird auch die Behauptung, dass den Übeln dieser Welt durch das Wundermittel der Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) abgeholfen werden könne. Die These scheint sich zu bestätigen, wenn man sieht, wie wenig ADI nach Afrika fließen. Aber wenn man dann andere Karten betrachtet, erscheinen solche Investitionen weniger als Segen denn als Fluch. Das gilt etwa für die Darstellung der tentakelhaften Ausbreitung des US-Kaufhauskonzerns Wal-Mart, der zugleich der größte und womöglich übelste Arbeitgeber der Welt ist, oder angesichts der zunehmenden Konzentration im Bereich der Medien und IT-Konzerne.

Wo Elefanten kämpfen, wird das Gras zertrampelt, so ein afrikanisches Sprichwort. Heute müssen sich immer mehr Einwohner dieser Erde wie Grashalme vorkommen, die zur falschen Zeit am falschen Platz wachsen. Gleichzeitig wird die expandierende Europäische Union immer attraktiver für die vielen Menschen, die den so genannten *failed states* etwa in Afrika entkommen wollen. Eine ähnliche Magnetwirkung hat nach wie vor der *American Dream* für die weiter wachsende Anzahl der Armen.

Dabei machen die reichen Länder diesen Armen das Leben noch schwerer. Sie haben zum Anwachsen der Schuldenberge beigetragen und zugleich die Entwicklungshilfe auf ein Minimum beschränkt, wobei sie ihre Leistungen zumeist noch an wirtschaftspolitische Bedingungen knüpfen. Sie haben für die Exportgüter der gefesselten Länder des Südens zu wenig gezahlt, sie haben Finanzkrisen zugelassen, die viele dieser Länder in den Ruin trieben. Sie haben immer wieder korrupte Regime unterstützt. Und angesichts dieser Bilanz gibt sich der Westen überrascht, wenn zehntausende verzweifelter Boat people an seinen Küsten landen und die Flüchtlingsmassen derart zunehmen, dass die Mittel der Hilfsorganisationen nicht mehr ausreichen.

Und wie steht es mit den Organisationen, die dieses Chaos beaufsichtigen sollen und denen es manchmal sogar gelingt,

für Linderung zu sorgen? Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR bemüht sich redlich, einigen der Menschen zu helfen, die durch unkontrollierbare geopolitische Kräfte und Prozesse aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Die Vereinten Nationen hingegen schaffen es gerade noch, den Kopf über Wasser zu halten, wobei sie sich vor allem der Bemühungen der USA zu erwehren haben, die nicht nur ihre Mitgliedsbeiträge zurückhalten, sondern auch die Macht und die Legitimation der Weltorganisation zu beschneiden versuchen.

Der geopolitische Teil dieses Atlas bietet jedoch auch einige sehr ermutigende Informationen. Lateinamerika war früher ein hoffnungsloser Subkontinent, der vornehmlich Militärdiktaturen auszubrüten schien, die in aller Regel vom großen Nachbarn im Norden unterstützt wurden. Heute bietet die politische Landkarte Lateinamerikas ein ganz anderes Bild: Es dominieren die hoffnungsvollen Rottöne als Symbol für die Wahlsiege linker Parteien oder gemäßigt linker Kräfte, die sich innerhalb von nur fünf oder sechs Jahren durchgesetzt haben. Eine weitere Karte zeigt die rasche Verbreitung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), von denen manche eine sehr ambivalente Rolle spielen, viele jedoch für große Hoffnungen und Versprechen stehen. Eine solche Hoffnung sind vor allem auch die Aktivitäten der Sozialforen, deren Erfolg vor zehn Jahren noch völlig unvorstellbar war.

Womöglich werden wir, je mehr wir über die geopolitischen Entwicklungen wissen, nur noch pessimistischer gestimmt. Aber wenn wir die hier aufgeführten Daten genauer betrachten, können wir auch entdecken, dass Geld und Macht nicht immer das letzte Wort behalten. Und dass die Menschen, wenn sie sich zusammentun, die Landkarte ihrer Region, ja ihres Kontinents – und damit ihr Leben – auch von unten verändern können.

► **Susan George** ist stellvertretende Direktorin des Transnational Institute in Amsterdam und Vizepräsidentin von Attac Frankreich. Sie publizierte zahlreiche Bücher, zuletzt »Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam«, München (Droemer) 2006.

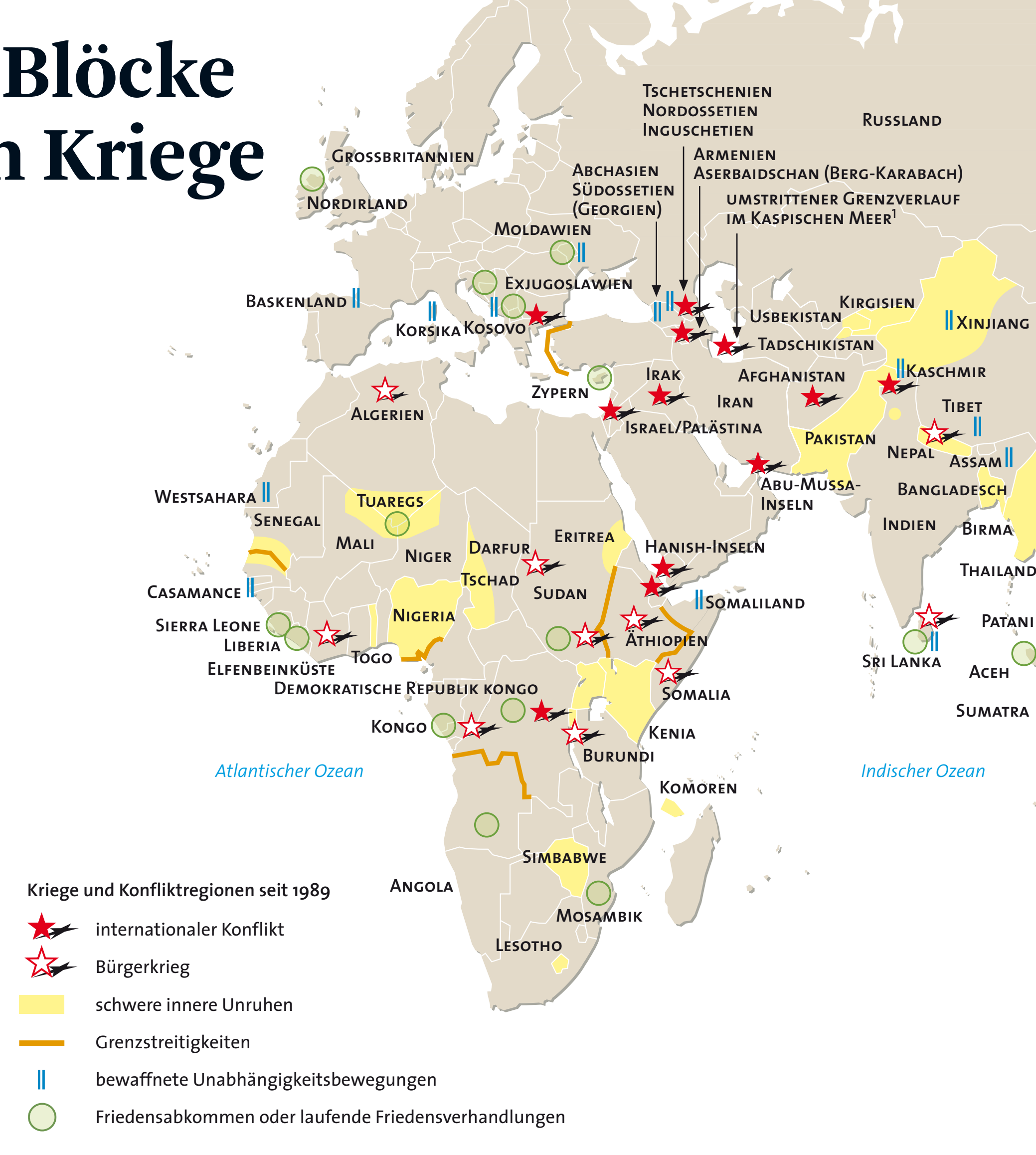


Kapitel

Die neue Geopolitik

Das Ende der Blöcke und die neuen Kriege

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Welt deutlich zurückgegangen. Doch viele Konflikte, die in der Ost-West-Konfrontation eingefroren waren, eskalierten in den 1990er-Jahren zu ethnisch motivierten Kämpfen und Bürgerkriegen.



▶ **Die Hoffnung auf Frieden hat sich nicht erfüllt**

In der Zeit zwischen 1948 und 1991 hat sich die Anzahl der bewaffneten Konflikte auf der Welt verdreifacht. Die meisten waren von der Blockkonfrontation geprägt. Revolutionen sowie nationale und soziale Befreiungsbewegungen konnten sich ausbreiten, indem sie die Machtverhältnisse und Spielräume nutzten, die der Kalte Krieg schuf. Wie die Vereinigten Staaten instrumentalisierten auch die Sowjets diese Bewegungen. Beide Seiten achteten streng darauf, dass sich ihre »Satelliten« an die Spielregeln hielten, die das atomare Gleichgewicht des Schreckens vorgab. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde alles anders. Die unterschiedlichsten Konflikte – plötzlich »befreit« aus dem Schraubstock der Ost-West-Konfrontation – ließen vor allem die großen Staatsgebilde, wie die UdSSR oder Jugoslawien, auseinander brechen.

In einigen internationalen Konflikten standen und stehen sich Völker und Besatzer gegenüber, z. B. in Palästina seit 1967, in Tschetschenien 1994, im Irak 2003. Deutlich seltener kommt es mittlerweile zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Staaten. So führten beispielsweise Indien und Pakistan seit ihrer Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft 1947 drei Kriege gegeneinander und bemühen sich in der letzten Zeit um eine Annäherung.

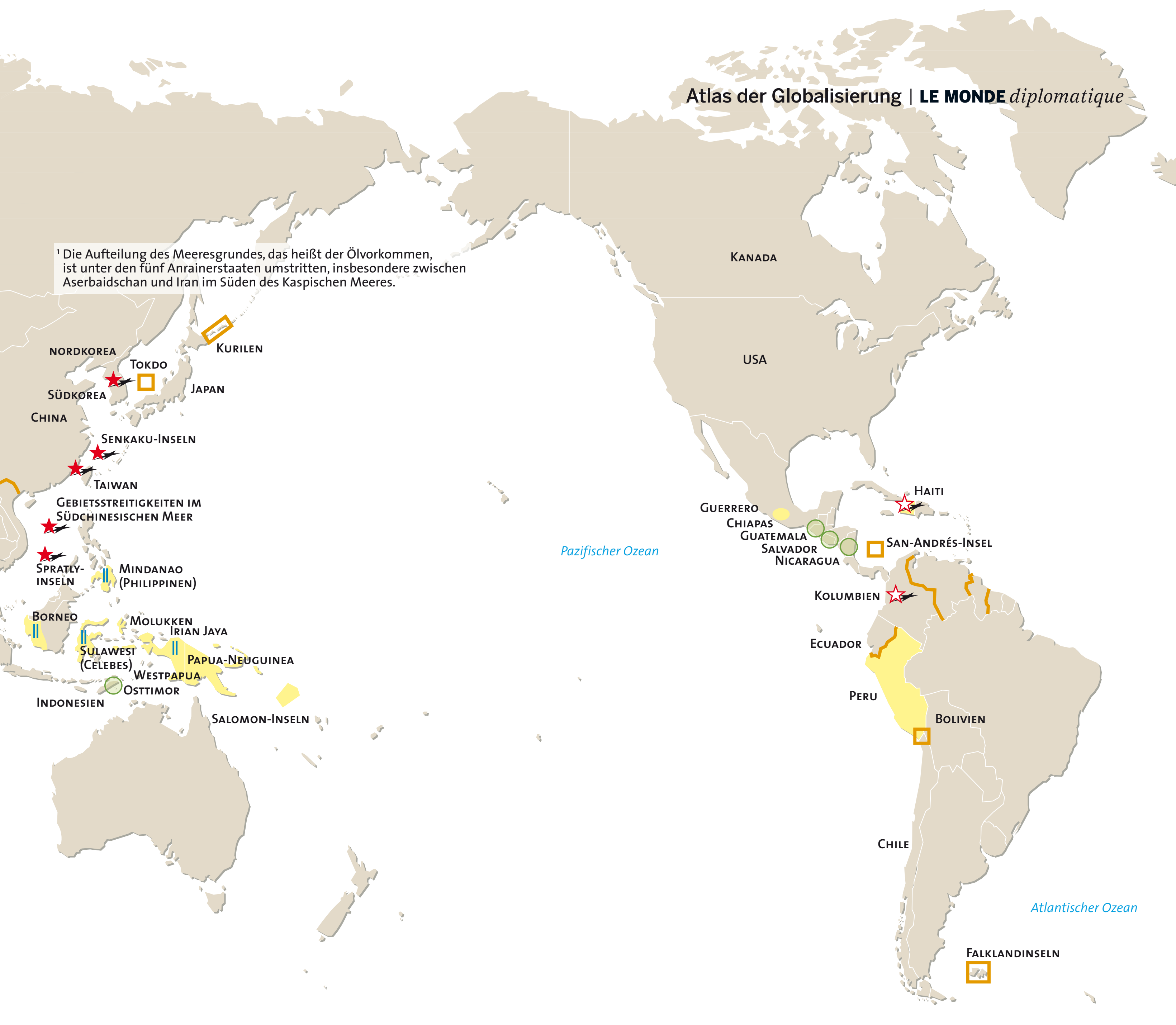
Bei den meisten Konflikten handelt es sich jedoch um ethnisch und/oder religiös motivierte Bürgerkriege. Von ihnen ist vor allem Afrika betroffen, wo sich staatlicher Machtzerfall, der Streit um die Kontrolle von Gebieten mit exportierbaren Bodenschätzen und eine den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstörende Politik auf fatale Weise ergänzen.

Die Statistiken des Friedensforschungsinstituts Sipri in Stockholm belegen diese Entwicklung. Das Jahrbuch 2005 führt für den Zeitraum von 1990 bis 2004 weltweit 57 größere bewaffnete Konflikte auf, 4 waren zwischenstaatliche Konflikte, und von den 53 internen Konflikten einzelner Länder ging es bei 29 um die Regierungsmacht und bei 24 um die Kontrolle über Regionen.

Allein in Afrika kam es zu 19 Konflikten, wobei nur der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien (1998–2000) ein zwischenstaatlicher war. Von den 18 Bürgerkriegen griffen beispielsweise der in Zentralafrika (Burundi, Demokratische Republik Kongo, Ruanda) und der in Westafrika (Elfenbeinküste, Liberia, Sierra Leone) auf Nachbarländer über. In Asien gab es 15 Konflikte, davon ein zwischenstaatlicher (zwischen Indien und Pakistan), 6 Bürgerkriege um die Regierungsmacht und 8 um Regionen. Im Nahen Osten zählte Sipri 10 Konflikte, und zwar 2 zwischenstaatliche (die beiden Golfkriege) und 8 Bürgerkriege. Auch Europa blieb nicht verschont. Hier kam es zu 7 größeren bewaffneten Konflikten, die alle interne Auseinandersetzungen waren (unter anderem in Tschetschenien und im ehemaligen Jugoslawien). Auf dem amerikanischen Kontinent wurden 6 Binnenkonflikte gezählt.

2004 war (zusammen mit 1997) ein Rekordjahr: Es gab die wenigsten Konflikte seit 1991, nämlich 19, die – mit Ausnahme des Irakkriegs, der in den Statistiken nicht auftaucht – alle interne waren.

Insgesamt ist die Anzahl der bewaffneten Konflikte in fünfzehn Jahren um 40



Prozent zurückgegangen. Der Terrorismus hingegen nahm ein neues Ausmaß an: In den sechzehn Jahren zwischen 1968 und 1984 starben 3.000 Menschen durch Terroranschläge – so viele wie allein am 11. September 2001. Eine dramatische Veränderung der geopolitischen Lage ergibt sich jedoch durch die Ausrichtung der Strategie der USA auf den Kampf gegen den Terror. Eine Definition dieses neuen Feindes steht freilich noch aus. Auch das internationale Recht hat sie bislang noch nicht geliefert.

Sicher ist hingegen, dass die Verfolgung der als terroristisch bezeichneten Straftaten die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken droht. Dies zeigt der umstrittene Patriot Act in den USA, den die Bush-Regierung nach den Anschlägen vom 11. September erlassen und im März 2006 auf unbefristete Zeit verlängert hat.

Im Übrigen würden selbst unter eine einfache Terrorismusdefinition wie »gegen unschuldige Zivilisten gerichtete Gewalttat, die die Bevölkerung terrorisieren soll, um so ein politisches Ziel zu erreichen« ganz unterschiedliche Akte fallen: die Al-Qaida-Anschläge seit 1998 ebenso wie das Attentat der Irgun Menachem Begins gegen das King-David-Hotel 1946, die Geiselnahme israelischer Athleten durch palästinensische Terroristen bei den Olympischen Spielen in München 1972 ebenso wie der Giftgasanschlag der Aum-Sekte auf die Tokioter U-Bahn 1995, die französische Entführung einer DC-3 mit den Führern der Nationalen Befreiungsfront Algeriens an Bord (1956) ebenso wie die Attentate der Roten Armee Fraktion in den 1970er-Jahren in Deutschland, die Selbstmordattentate der Hamas in Israel und die Massaker der GIA (Groupe Islamique Armée) in Algerien …

Der Kreuzzug von US-Präsident Bush ignoriert die »objektiven Ursachen« des Terrorismus. Womöglich würden, auch wenn diese Ursachen beseitigt wären, einzelne fundamentalistische Fanatiker weiterhin Anschläge verüben. Aber der Boden, auf dem sich solche Einstellungen entwickeln und Unterstützung und Mittäter finden, wäre dann wenigstens ausgetrocknet.

WWW

Jahrbücher des Stockholmer Friedensforschungsinstituts
• www.sipri.org/contents/publications/yearbooks.html
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg
• www.ifsh.de
Internationales Netzwerk für Frieden und Entwicklung
• transcend.org

Der erfundene Kampf der Kulturen

Der Fall des Eisernen Vorhangs markiert einen Wendepunkt in der Geschichte. Unter den seither entwickelten Theorien zur Zukunft der Welt erregte die vom »Zusammenprall der Kulturen« die meiste Aufmerksamkeit. Sie lieferte die Rechtfertigung für die Wiederkehr einer offen imperialistischen Rhetorik.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion endete auch die Bipolarität des Kalten Krieges. Die Blockkonfrontation hatte alle internationalen Beziehungen in das Korsett der sozioökonomischen wie politisch-ideologischen Konkurrenz der opponierenden Systeme gezwängt.

Noch vor dem Mauerfall veröffentlichte der amerikanische Politologe Francis Fukuyama in der Vierteljahreszeitschrift *The National Interest* einen Artikel unter dem provokativ fragenden Titel »Das Ende der Geschichte?«. Unter Rückgriff auf einen dem Zeitgeist angepassten, vulgarisierten Hegel interpretierte er den Zusammenbruch des Ostblocks als den endgültigen Triumph des politischen und ökonomischen Liberalismus. Von jetzt an seien die internationalen Beziehungen nicht länger von ideologischen Interessen geleitet. Die Welt werde sich langweilen.

Fukuyamas These schlug weltweit – und angesichts ihrer tatsächlichen Bedeutung unverhältnismäßig – hohe Wellen. Sie war Ausdruck des Zeitgeists und spiegelte auf geradezu groteske Weise die ideologische Siegesgewissheit der USA wider. Gleichzeitig diente sie als Rechtfertigung der Abrüstungspolitik. »The End of History« erschien 1992 als Buch und wurde sofort zum Bestseller. Unzählige Kommentatoren versuchten, Fukuyamas naiven Optimismus zu widerlegen.

1993 formulierte dann Samuel Huntington, Professor für Politikwissenschaft in Harvard und Berater des US-Außenministeriums, in der Zeitschrift *Foreign Affairs* eine Art Gegenthese: Auf die Konfrontation der gesellschaftspolitischen Ideologien des Kalten Krieges folge der »clash of civilizations«, der Zusammenprall der Kulturen.

In seinem 1996 erschienenen und ebenfalls sofort zum Weltbestseller gewordenen Buch unterscheidet Huntington mehrere große, global konkurrierende Kulturen, die sich je nach Neigung und Konstellation annähern können, um so ihr eigenes Hegemoniestreben strategisch voranzubringen oder das der anderen zu behindern. Denkbar sei, so Huntington, ein Bündnis zwischen dem orthodoxen Christentum (im russischen Raum) und der chinesischen »konfuzianischen« Kultur gegen die von den USA angeführte westliche Zivilisation und ihre Verbündeten. Seine größte Befürchtung ist, dass sich die »antiwestliche Hauptachse«, das heißt die »konfuzianisch-islamische« mit der »orthodoxen-hinduistischen« Achse verbünden und damit das Gleichgewicht in »Eurasien« gegen den Westen kippen könnte.

Huntingtons Thesen wurden von allen Seiten heftig kritisiert. Methodisch ist seine Vorstellung von »Kulturen« als geschichtlichen Akteuren leicht zu widerlegen, weil sie Staaten mit den unterschiedlichsten politischen Ansätzen und Loyalitäten willkürlich zu neuen Gruppen zusammenschnürt. Ebenso leidenschaftlich fiel die Kritik an seinem schwammigen Begriff von »Kulturen« aus, den er nach Belieben mal religiös, mal geografisch oder politisch verwendet.

Ein Aspekt seiner These hat jedoch überlebt: der »Zusammenprall« der westlichen, christlichen Welt auf der einen mit der muslimischen Welt auf der anderen Seite. Paradoxerweise vertreten islamistische Fundamentalisten selbst diese These. Ihre Hasstiraden gegen »Kreuzritter und Juden« schüren wiederum eine Islamophobie, deren rassistische Klischees und Projektionen aus Zeiten des Kolonialismus stammen oder noch ältere Wurzeln haben.

Der Einsturz der Zwillingstürme des World Trade Center am 11. September

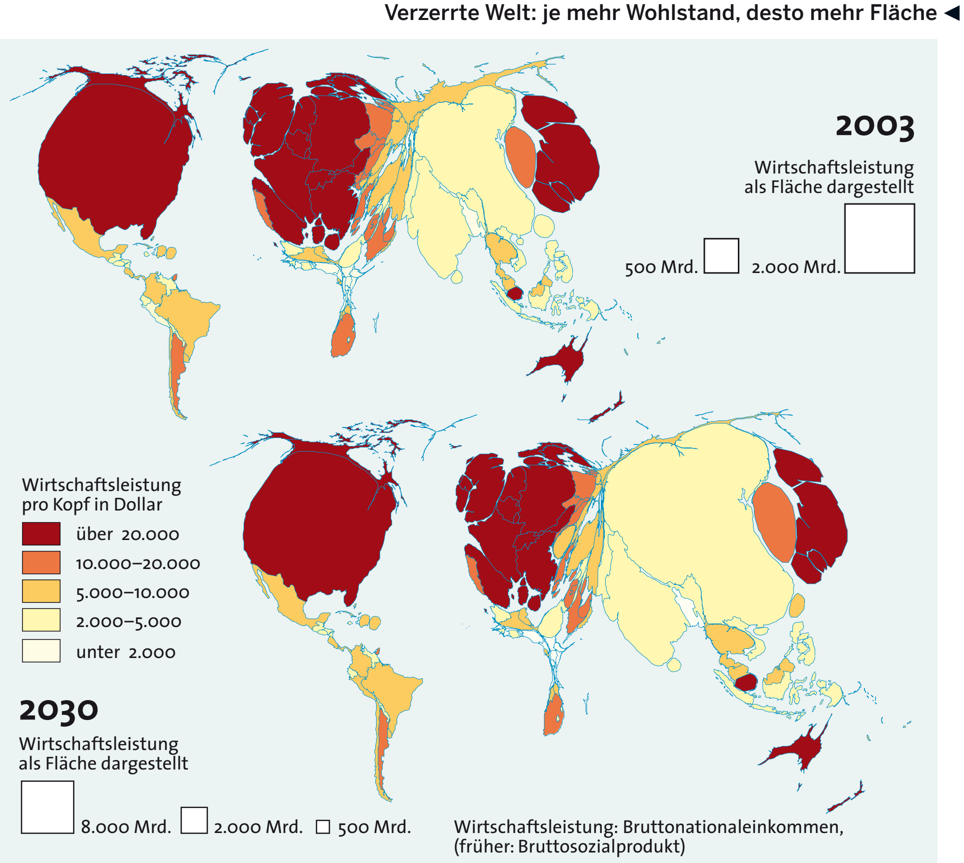
▶ Die Welt aus der Sicht Samuel Huntingtons



5.000 Mrd. Dollar
Japan und Korea
Nordamerika
Mexiko
16.000 Mrd. Dollar
Westeuropa
10.000 Mrd. Dollar
Hongkong
Bangkok
Singapur
Djakarta
300 Mrd. Dollar
Sydney und Melbourne
Kairo
Abu Dhabi
Dakar
Abidjan
Buenos Aires
São Paulo
150 Mrd. Dollar
100 Mrd. Dollar
Johannesburg
80 % des Welt-Bruttonationaleinkommens
Börsenwert zu Anfang des 21. Jh.: 98 % im Norden
wichtigste Finanz- und Wirtschaftsströme: Luftverkehr, Passagiere, Waren, Geld: über 80 % im Norden
Reiseziele von über 82 % der weltweiten Touristen
Flughäfen mit über 20 Mio. Passagieren pro Jahr

Der Süden – abgeschnitten von Geld-, Waren- und Touristenströmen ◄

Verzerrte Welt: je mehr Wohlstand, desto mehr Fläche ◄



2001 schien die These vom »clash of civilizations« zu erhärten – auch wenn Samuel Huntington das anders sah. Er hielt die Anschläge in New York und Washington für das Zeichen einer internen Auseinandersetzung innerhalb der »muslimischen Kultur«. Der offizielle Diskurs der USA dagegen war bedacht darauf, die eigene muslimische Bevölkerung nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen – und spielte ansonsten lieber die alte imperialistische Leier von der »zivilisatorischen Mission« des Westens. Die Menschen im Nahen Osten werden vor allem die brutalen Aspekte dieser Mission in Erinnerung behalten: das Internierungslager Guantánamo, das Foltergefängnis Abu Ghraib und den Angriff der US-Truppen auf die Stadt Faludscha.

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Kampf_der_Kulturen
- de.wikipedia.org/wiki/Ende_der_Geschichte

vollständiger Artikel Huntingtons in Foreign Affairs
- www.alamut.com/subj/economics/misc/clash.html

dazu Edward W. Said: The Clash of Ignorance
- www.zmag.org/saidclash.htm
- www.edwardsaid.org

Wachstum und Ungleichheit in der Welt

Global angelegte Statistiken haben ihre Schwächen. Eines jedoch können sie zweifelsfrei belegen: Seit den 1980er-Jahren nimmt die Ungleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im Ländervergleich dramatisch zu.

Errechnete Einkommensunterschiede zwischen den Ländern ergeben ein unvollständiges Bild von der Ungleichheit in der Welt. So garantierte etwa in den relativ armen Ländern Vietnam und China das System der gesellschaftlichen Umverteilung über Jahrzehnte jedem den direkten Zugang zu Gesundheit und Bildung. Inzwischen setzt sich auch hier zunehmend die direkte Bezahlung von Bildungs- und Gesundheitsleistungen durch, während die allgemeine soziale Sicherung weiter abgebaut wird – das verändert die Situation dramatisch.

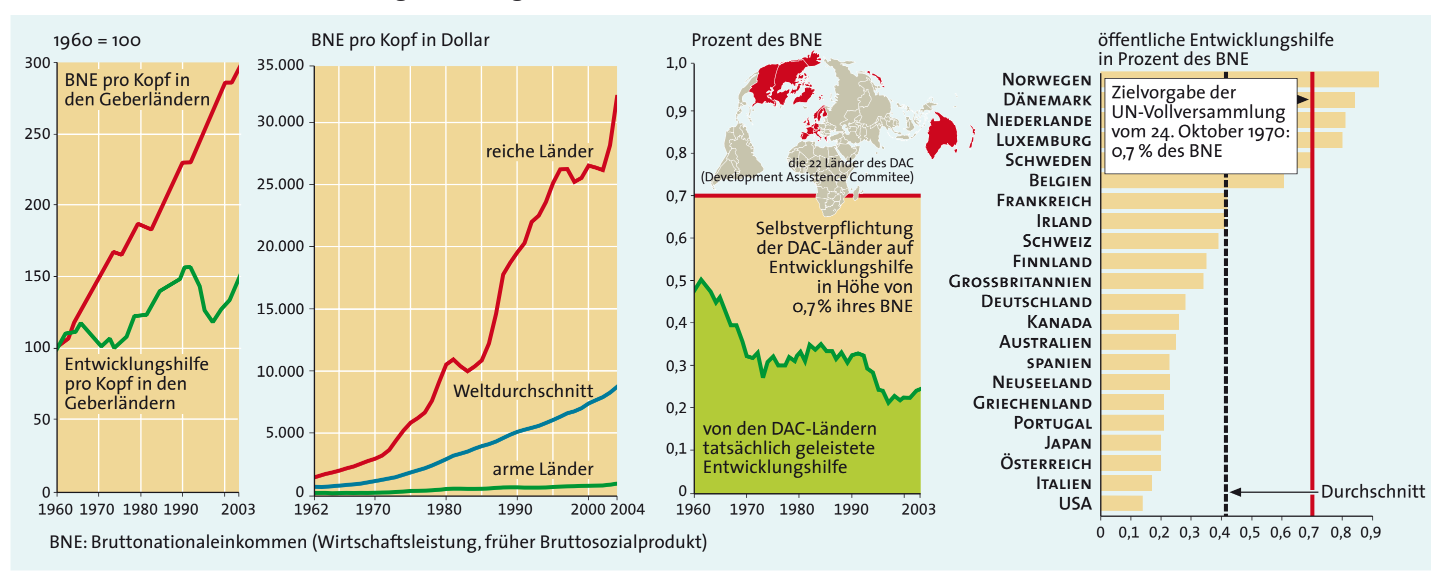
In den meisten Subsahara-Staaten und in vielen Ländern Lateinamerikas ist der Zugang zu Wasser und fruchtbaren Böden der entscheidende Faktor für die Ungleichheit. Ein niedriges Einkommen ist dort gleichbedeutend mit Elend. Das gilt immer häufiger auch in den ehemals sozialistischen Ländern. Die Weltbank-Statistiken zur Armutsentwicklung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion bringen kaum Licht ins Dunkel der Systemveränderungen seit dem Ende der Planwirtschaft und den Privatisierungen Anfang der 1990er-Jahre. In diesen Ländern gewährleistet häufig die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln das Überleben, was aber die statistisch erfasste Zahl der Erwerbstätigen sinken lässt und natürlich kein Ersatz für echte soziale Sicherheit sein kann. Auch sagen die Statistiken wenig darüber, wie sich Strompreiserhöhungen, gestiegene Transportkosten und höhere Mieten auf die Ungleichheit auswirken, und sie geben keine Auskunft, ob die breite Bevölkerung nach der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen weiterhin Zugang zu diesen Dienstleistungen hat oder nicht.

Der von den Vereinten Nationen ermittelte Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) und ähnliche von unabhängigen Institutionen entwickelte Indikatoren geben genaueren Aufschluss über die reale Ungleichheit, weil sie diese am Zugang zu Gütern wie Gesundheit und Bildung bemessen und auch nach Frauen und Männern differenzieren. Zwischen 1990 und 2000 sank der HDI in 21 Entwicklungsländern. Im Jahrzehnt zuvor hatten nur vier Länder im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum einen niedrigeren HDI aufgewiesen.

Die Ungleichheit zwischen den Ländern der Welt wird durch den Vergleich der Durchschnittsindikatoren berechnet, z. B. an Hand des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf nach Kaufkraftparität. Studien aus den 1970er- und 1980er-Jahren kommen zu dem eindeutigen Schluss, dass die Ungleichheit zwischen den Ländern zugenommen hat, und zwar dank der günstigen Handelsbedingungen für die reichsten Nationen. Man kann die Daten auch nach der Bevölkerungszahl gewichten – wodurch China »schwerer wiegt« – und kommt dadurch zu einem »Indikator der internationalen Ungleichheit«.

Bis in die 1980er-Jahre hinein entwickelten sich die beiden Ungleichheits-Indikatoren (Ländervergleich und internationaler Vergleich) weitgehend parallel, da die Zahl der Armen in den bevölkerungsreichen Ländern China und Indien einigermaßen stabil blieb. Im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte ist die Zahl der Armen insbesondere in China jedoch stark zurückgegangen. Damit weichen die Indikatoren mittlerweile deutlich voneinander ab: Während die Kluft zwischen den Ländern tiefer wird, ist die internationale Ungleichheit weniger stark ausgeprägt. Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit zu – außer eben in China.

► Die reichen Länder halten Entwicklungshilfezusagen nicht ein



BNE: Bruttonationaleinkommen (Wirtschaftsleistung, früher Bruttosozialprodukt)

Index der menschlichen Entwicklung (HDI) 2003

- 0,9–1
- 0,8–0,9
- 0,7–0,8
- 0,5–0,7
- 0,2–0,5

stark entwickelt ↕ wenig entwickelt

Länder, für die der HDI für 2003 unter dem für 2000 liegt

keine Angaben

Der HDI ermittelt den Entwicklungsstand eines Landes aus drei Faktoren: Lebenserwartung bei der Geburt, Bildungsniveau, Pro-Kopf-Einkommen.

Gini-Koeffizient

- 0,24–0,31
- 0,31–0,38
- 0,38–0,45
- 0,45–0,55
- 0,55–0,71

mehr Gleichheit ↕ mehr Ungleichheit

keine Angaben

Der Gini-Koeffizient vergleicht die Reichsten eines Landes mit den Ärmsten. Sein Wert variiert zwischen 0 und 1. Je näher er an 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

Arme und Reiche im Vergleich ◄

Die Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder konnte nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre hinein abgebaut werden. Danach kehrte sich der Trend um, und zwar sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern einschließlich Chinas, wo der in absoluten Zahlen gemessene Rückgang der Armut mit einem sehr ungleich verteilten Wachstum einhergeht.

Die Wirtschaftspolitik Chinas ist die Ursache für diese ungleiche Entwicklung, die ähnlich auch in den Industrieländern zu beobachten ist, die sich in der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zusammengeschlossen haben. Die neoliberale Wende haben diese Länder als Erste vollzogen. Zwischen 1979 und 2001 stiegen die Einkommen bei den ärmsten 20 Prozent ihrer Bevölkerung um 8 Prozent, bei den mittleren Einkommensschichten um 17 Prozent, beim reichsten Zehntel der Bevölkerung um 69 Prozent und bei dem einen Prozent der Superreichen um 139 Prozent. Zwischen 1980 und 2000 nahm die Armut in neunzehn von zwanzig Ländern zu: In Großbritannien leben 60 Prozent mehr Familien unterhalb der Armutsgrenze, in den Niederlanden sind es 40 Prozent. Und je näher man den Rändern der Welt kommt, umso schwindelerregender wird die Kluft zwischen Arm und Reich.

Dies ist sowohl Ausdruck der ungleichen internationalen Beziehungen als auch nationaler Wirtschaftspolitik. Die Großmächte reden vom Freihandel und setzen ihre Arbeiter und Angestellten einem enormen Konkurrenzdruck aus. Gleichzeitig behalten sie sich vor, ihre eigenen Unternehmen diskret zu unterstützen, und zwingen die Volkswirtschaften an der Peripherie, sich den Märkten zu öffnen.

China kann international auf spektakuläre Weise »aufholen«, weil es wirkungsvolle staatliche Mechanismen aufrechterhalten hat, um sich zu schützen. Gleichzeitig hat das Land den Wettbewerb mit den wirtschaftlichen Großmächten aufgenommen – es handelt sich damit nicht zuletzt mehr soziale Ungleichheit ein. *(siehe Seite 160 und 162)*

www

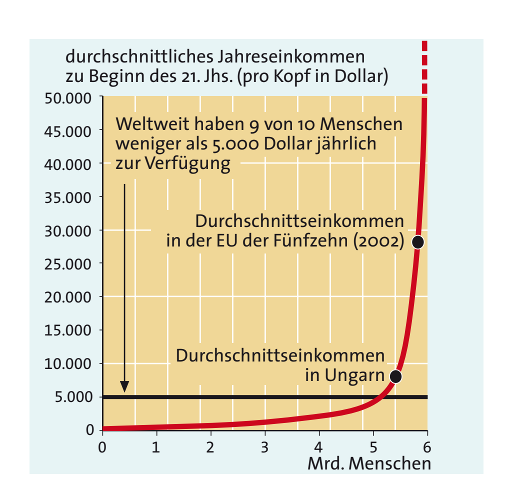
Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient
- de.wikipedia.org/wiki/Tobin-Steuer

UC Atlas of Global Inequality
- ucatlas.ucsc.edu

World Income Inequality Database
- www.wider.unu.edu/wiid/wiid.htm
- www.worldbank.org/poverty

Weltentwicklungsberichte
- hdr.undp.org

Milliarden unter dem Durchschnitt ◄



Die unpopuläre Supermacht

Aus dem Kalten Krieg sind die Vereinigten Staaten als großer Sieger hervorgegangen. Der neue Hegemon versucht nun eine eigene Weltordnung durchzusetzen. Doch mit seinem Unilateralismus stößt er auf zunehmenden Widerstand.

Im August 2005 verzichtete der chinesische Petrokonzern CNOOC Ltd. angesichts des heftigen Widerstands im amerikanischen Kongress auf den Kauf des US-Erdölkonzerns Unocal – der freie Kapitalfluss ordnete sich dem »Gebot der Sicherheit« unter. Im Oktober 2005 verabschiedete die in Paris tagende Unesco-Vollversammlung mit 148 Stimmen bei zwei Gegenstimmen (USA und Israel) und vier Enthaltungen das »Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. Im Dezember 2005 ging der linke, indigene Evo Morales als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen in Bolivien hervor und brachte den USA damit eine weitere Niederlage auf dem südamerikanischen Kontinent bei.

Für Globalisierungseuphoriker waren dies drei von vielen ernüchternden Ereignissen des Jahres 2005. So können die US-Truppen weiterhin den Irak nicht befrieden; immer mehr führende Vertreter aus China reisen nach Afrika und Lateinamerika und betreiben dort Interessenpolitik; entgegen der Haltung Washingtons erkennt Südkorea das Recht Pjönjangs auf zivile Nutzung der Kernenergie an; Terroranschläge werden in Madrid, London, Riad, Djidda und an anderen Orten verübt. All diese Fakten zeichnen die Umrisse einer überaus komplexen globalen Geopolitik, die sich weder auf die Begeisterung für eine neoliberale Globalisierung noch auf einen neuen »Weltkrieg gegen den Terror« reduzieren lässt.

Überall auf der Welt halten sich Nationalismen, wird auf kultureller Identität beharrt, gibt es politische Bestrebungen, die ihre Legitimation aus der Geschichte beziehen. Immer zahlreicher werden diejenigen, die sich einer unipolaren Weltordnung verweigern und die dafür unterschiedliche und manchmal umstrittene Ausdrucksformen finden. Angesichts der USA, die ihre eigenen Interessen ohne Zögern schützen, formuliert sich von Peking bis São Paulo, von Seoul bis Neu-Delhi ein ökonomischer und politischer Patriotismus, der entschlossen ist, die eigene Unabhängigkeit zu verteidigen und kollektiv Widerstand zu leisten.

Das »Ende der Geschichte«, von dem der amerikanische Politologe Francis Fukuyama sprach, verkündete den Triumph nicht nur der Globalisierung, sondern auch des liberalen Modells der USA *(siehe Seite 42)*. Trotzdem ist es weder den Vereinigten Staaten noch der Globalisierung im zurückliegenden Jahrzehnt gelungen, »die Köpfe und Herzen zu gewinnen«. Nach 1789 verbreiteten sich die Ideen der Französischen Revolution überall in Europa und anderswo, und die Russische Revolution stellte für den Westen lange Zeit eine ideologische wie militärische Herausforderung dar. Doch die USA erleben den Höhepunkt ihrer militärischen Stärke just in dem Augenblick, in dem sie in der Welt unpopulärer sind als je zuvor. Das Bild Washingtons im Ausland war nie so negativ wie heute. »Selbst China steht besser da«, titelte die *International Herald Tribune* am 24. Juni 2005.

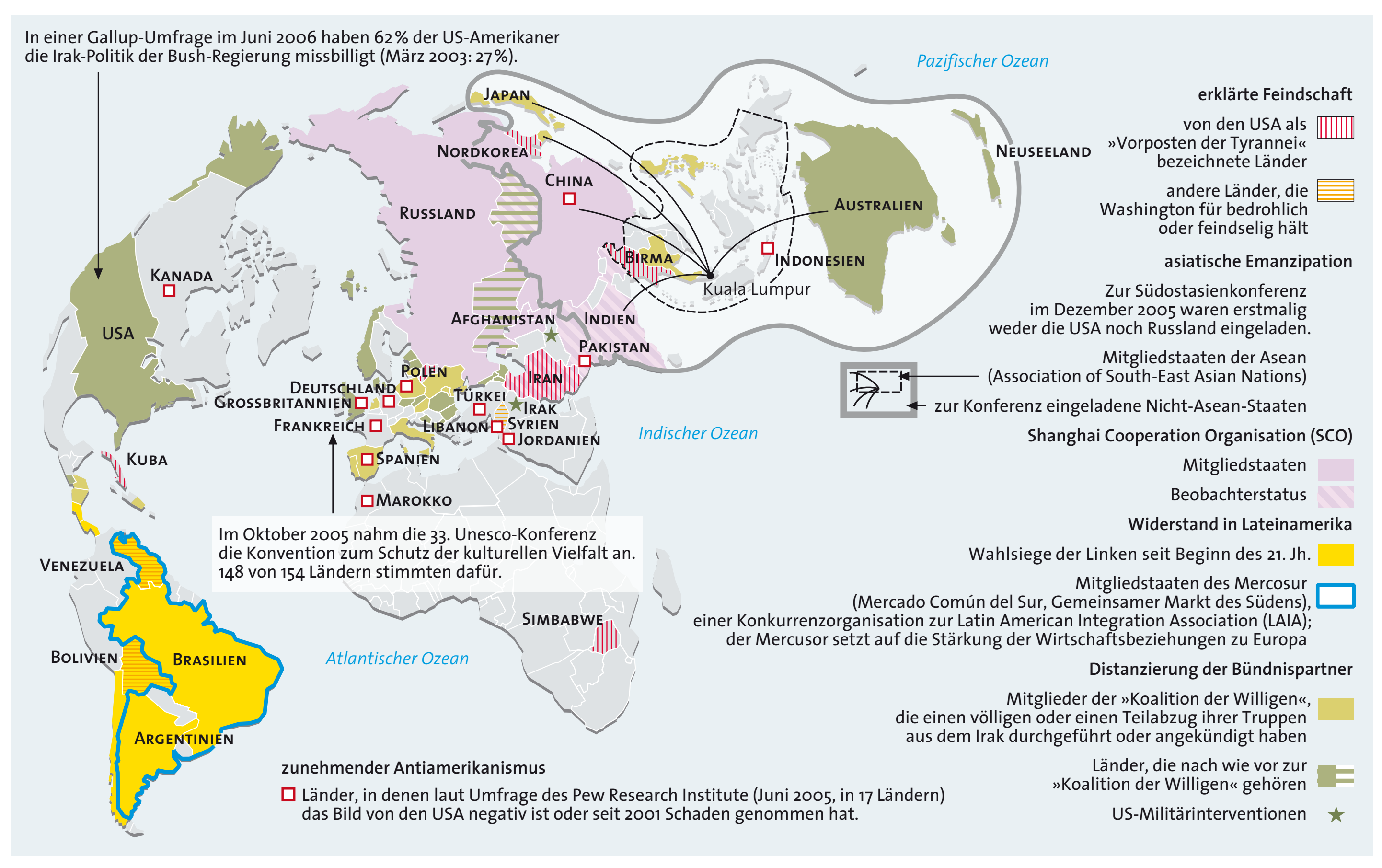
Gewiss, keine der sich am Horizont abzeichnenden Großmächte, nicht einmal China, darf darauf hoffen, mit den USA konkurrieren und ein alternatives Gesellschaftssystem realisieren zu können, wie es – zumindest scheinbar und auch nur teilweise – der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelang. Washington verfügt über gigantische militärische, wirtschaftliche und menschliche Ressourcen und kann sich somit unilaterale Interventionen erlauben. Allerdings stößt das Hegemoniestreben auf vielerlei Widerstände und auf die Weigerung, dem Westen die alleinige Definitionsmacht in Sachen universelle Werte – Menschenrechte, Demokratie, Freiheiten – zuzusprechen, seine Vorstellungen von Gut und Böse zu übernehmen und ihm damit die Unterscheidung zwischen akzeptablen und inakzeptablen Regimen zu überlassen.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts herrschten die europäischen Hegemonialmächte über den Rest der Welt. Ihre Vormachtstellung war, wie die moderne Geschichtsschreibung gezeigt hat, Folge einer spezifischen Konjunktur, die u. a. auf den Vorteilen basierte, die die Agrarrevolution und die Industrielle Revolution, die Eroberung Amerikas und der Sklavenhandel mit sich gebracht hatten. Daraus ergab sich eine militärische Dominanz, die den rivalisierenden Großmächten der Alten Welt erlaubten, den Planeten unter das Joch der Kolonialherrschaft zu bringen.

Europa suchte diese Herrschaft zu legitimieren, indem es auf der traditionellen Überlegenheit seiner eigenen Werte und Ideen pochte. Alle anderen Kulturen wurden missachtet und galten als »barbarisch«. Heute greifen die USA und auch manche »Europäer« diese ausgedienten Vorurteile wieder auf. Die Wirklichkeit freilich wird sie immer wieder mit der Tatsache konfrontieren, dass das 20. Jahrhundert nicht nur die Auflösung des »sozialistischen Lagers«, sondern auch das Ende der Kolonialreiche besiegelt hat.

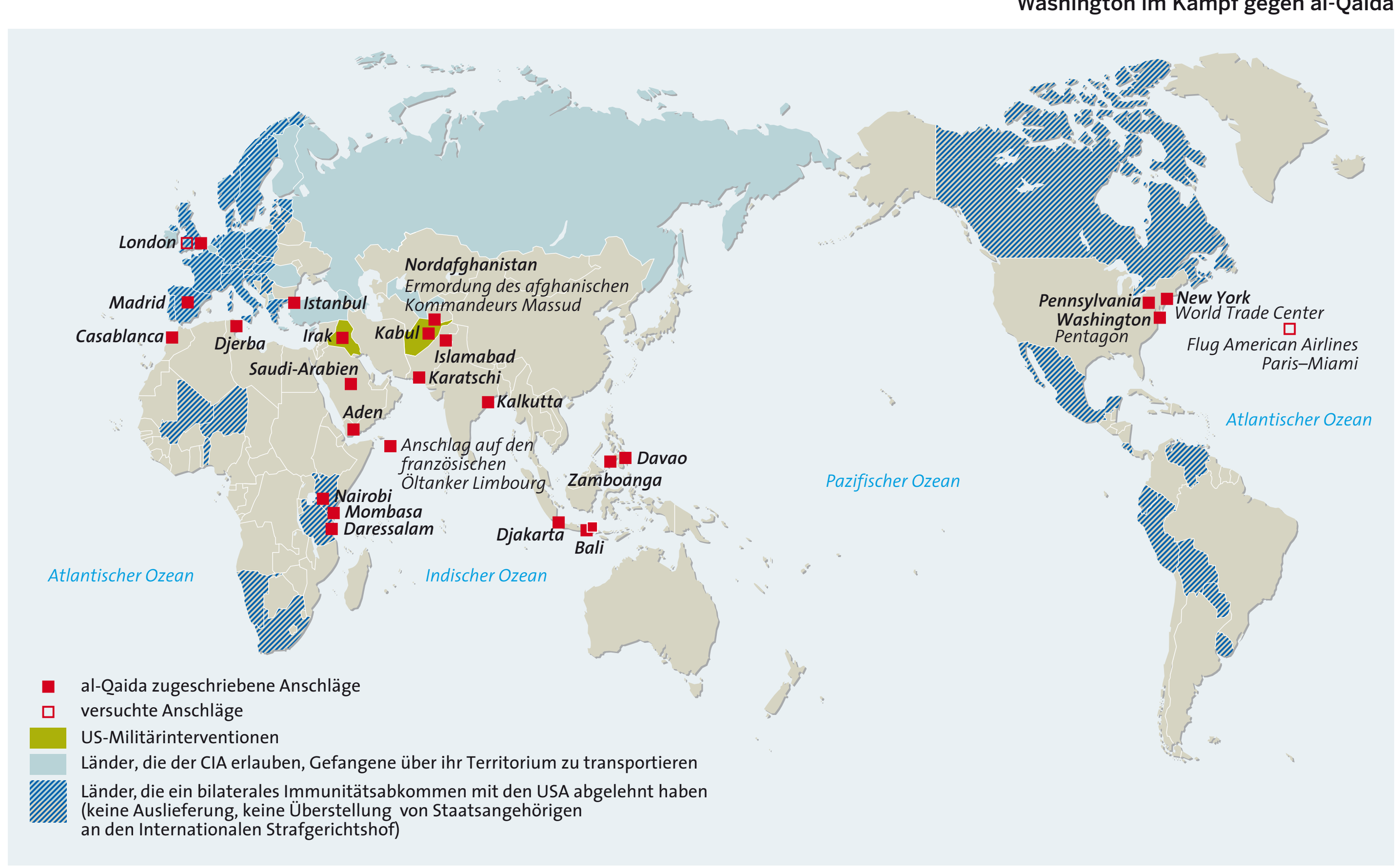
WWW

Unabhängige Expertenkommission, Foreign Policy in Focus
• www.fpif.org
website von Noam Chomsky (amerikakritische Artikel, Interviews, Buchauszüge)
• www.chomsky.info
Offizielle US-Darstellung: Council on Foreign Relations
• www.cfr.org
Znet (a community of people committed to social change), Netzauftritt des unabhängigen kritischen Monatsmagazins »Z«Magazine:
• www.zmag.org/weluser.htm
Verfechter der Supermacht Amerika: Project for the New American Century
• www.newamericancentury.org
Projekt für alternative Sicherheitspolitik
• www.comw.org/pda/



Vielfältiger Widerstand gegen die US-Hegemonie ◀

Washington im Kampf gegen al-Qaida ◀



Globalisierte Kriminalität

Die illegalen Netze weiten sich aus – organisiertes Verbrechen, Wirtschaftskriminalität und Korruption. Solche Aktivitäten lassen sich auch deshalb so schwer bekämpfen, weil sie auf den gleichen Mechanismen beruhen wie die Globalisierung.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt den Jahresumsatz, den kriminelle Organisationen weltweit machen, auf insgesamt 1.500 Milliarden US-Dollar. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem gesamten illegalen Handel – einschließlich Steuerbetrugs – sowie aus dem Ertrag ihrer Vermögen, die häufig in die legale Wirtschaft gelenkt werden. Jährlich werden zwischen 600 und 1.000 Milliarden Dollar gewaschen, zwischen 2 und 5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts.

Der weltweite Drogenhandel wirft 400 Milliarden Dollar pro Jahr ab. Das ist die Hälfte des Gesamtertrags der organisierten Kriminalität und entspricht dem Bruttoinlandsprodukt Spaniens. Etwa 3 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich 185 Millionen Menschen, sind an ihm beteiligt; jedes Jahr werden 200.000 Fälle von tödlicher Überdosis gezählt. Europa ist zum größten und wichtigsten Produzenten und Exporteur synthetischer Drogen geworden. Die Niederlande und Belgien liefern 80 Prozent des im Umlauf befindlichen Ecstasy, das von der holländischen und der israelischen Mafia über die Niederländischen Antillen weiter in die USA geschleust wird.

Der Waffenhandel bezieht seine Ware vor allem aus den Lagern der ehemaligen kommunistischen Länder. Nur 3 Prozent der weltweit insgesamt 550 Millionen leichten Waffen befinden sich in den Händen staatlicher Streitkräfte. Etwa 20 Prozent des Handels mit diesen Waffen laufen angeblich über alle möglichen dunklen Kanäle und bringen mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr ein.

Der Handel mit Menschen in seinen unterschiedlichsten Formen (Organhandel, Frauen- und Kinderhandel, Sextourismus, Entführungen, Schleuserei usw.) ist die kriminelle Aktivität, die derzeit am schnellsten zunimmt. Das globalisierte und industrialisierte Geschäft mit dem Sex ist mehr oder weniger offen Teil der Entwicklungsstrategie einiger Länder geworden. Das betrifft vor allem Asien: In Thailand kommen auf jährlich über

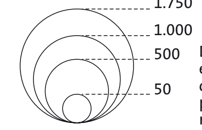
▶ **Europa als Umschlagplatz des Menschenhandels**



Menschenhandel bedeutet Frauenhandel
Verschleppt und verkauft werden fast ausschließlich Frauen, die meisten zwischen 18 und 25 Jahren. Über 80 % von ihnen werden Opfer von Zwangsprostitution.

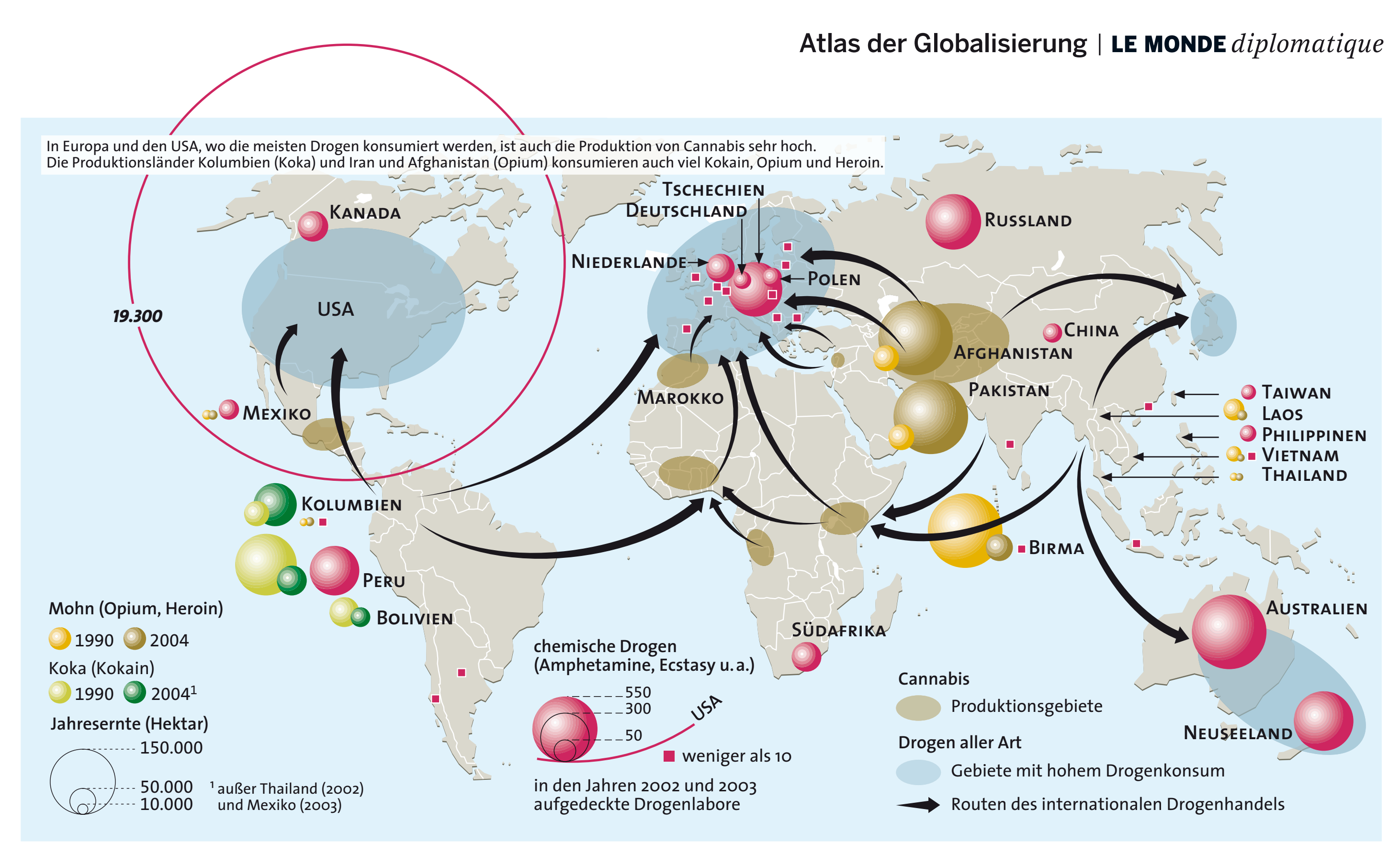
- Zielländer
- Haupthandelsrouten
- Herkunfts- und Transitländer, selten auch Zielländer
- Herkunftsländer, in denen traditionell viel Menschenhandel betrieben wird
- Herkunftsländer, in denen Menschenhandel erst neuerdings und in geringerem Umfang betrieben wird
- eher unbedeutende Herkunftsländer

Anzahl der Opfer, die zwischen 2000 und 2004 bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) um Hilfe gebeten haben



Die absoluten Zahlen der IOM erfassen nur einen Bruchteil der Opfer des Menschenhandels, geben jedoch proportionale Größenordnungen nach Herkunftsländern wieder.

siehe auch Karte Seite 115



Drogen: wo sie produziert und wo sie konsumiert werden ◄

800.000 Besucher 2 Millionen Prostituierte, davon etwa 300.000 minderjährige. Auf den Philippinen, in Malaysia und Indonesien entspricht das Geschäft mit dem Sex zwischen 2 und 14 Prozent des BIP.

Die IOM (International Organization for Migration) schätzt die Anzahl illegaler Migranten auf zwischen 20 und 40 Millionen. Mafios organisierte Schleuserbanden verdienen an ihnen zwischen 3 und 10 Milliarden US-Dollar.

Produktpiraterie kostete die US-Wirtschaft im Jahr 2001 9,4 Milliarden Dollar. In manchen Ländern, wie etwa Nigeria und Thailand, wird annähernd die Hälfte der Medikamente illegal hergestellt.

Auch im Bereich der politischen Korruption gibt es eine Menge Beispiele für organisierte Kriminalität: Chiles Exdiktator Augusto Pinochet muss sich zu den 16 Millionen Dollar äußern, die auf seinen Bankkonten in den USA entdeckt wurden. IWF-Gelder in Höhe von knapp 200 Millionen Dollar wurden über Russland umgeleitet und von US-amerikanischen Banken gewaschen. Seit 1993 flossen 140 Milliarden Dollar über Tarnfirmen aus Russland ab. Involviert waren angeblich auch Leute aus der Umgebung von Expräsident Boris Jelzin sowie – als Inhaberinnen von Schweizer Bankkonten – dessen Töchter.

Der für Wirtschaftsdelikte zuständige französische Untersuchungsrichter Philippe Courroye vermutet Schwarzgeldkonten in der Schweiz, über die die Firmen Vivendi, Alcatel und Total in Russland, Irak und Tansania Bestechungen finanziert haben. Was es mit den hohen Bestechungssummen auf sich hat, die 1991 beim Verkauf von sechs französischen Fregatten an Taiwan über die in Luxemburg ansässige Finanztransaktionszentrale Clearstream geflossen sein sollen, müssen die Ermittler noch herausfinden. Die Fälle von auf Betrug zurückgehendem Bankrott in den USA (von Enron über Tyco und Sunbeam Global Crossing bis hin zum Konkurs von WorldCom, der aufsehenerregendsten Pleite in der amerikanischen Geschichte) finden ihr europäisches Pendant im Konkurs des italienischen Lebensmittelkonzerns Parmalat im Dezember 2003.

Worin besteht die Gemeinsamkeit dieser Aktivitäten? Die Globalisierung der illegalen Wirtschaft folgt der gleichen Logik wie die offizielle Wirtschaft: Optimierung der Wirtschaftstätigkeit durch Dezentralisierung und Aufteilung in kleine Einheiten, wobei die Tatsache genutzt wird, dass jedes Land andere Regeln und Bestimmungen hat; extrem gut bezahlte Spitzenkräfte; Geldwäsche in den großen Finanzinstituten oder Steuerparadiesen.

WWW

Zahlen und Akteure in multinationalen Konzernen
- www.transnationale.org

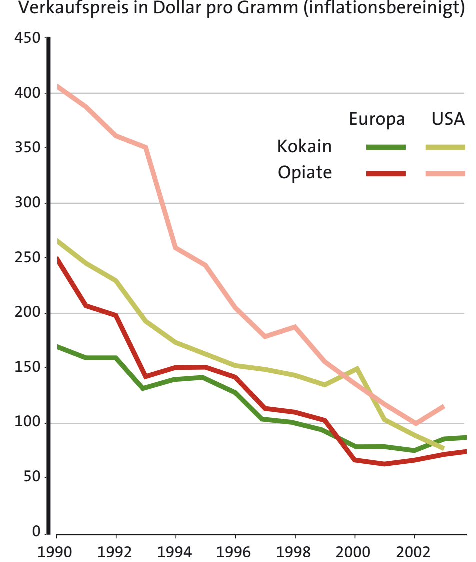
globales Netzwerk gegen Korruption
- www.transparency.org

UN-Drogenbehörde
- www.unodc.org Internationale Organisation für Migration
- www.iom.int

zu Frauenhandel bei Human Rights Watch
- www.hrw.org/women/trafficking.html

wöchentlich aktualisierte Informationen zu Menschenhandel weltweit
- www.humantrafficking.org

Preissturz bei Kokain und Opiaten ◄



Die reichen Länder schotten sich ab

Die wohlhabenden Länder, in denen die Angst vor den Fremden und das Misstrauen gegen die Armen wachsen, kontrollieren ihre Grenzen immer schärfer. Künftig soll außerhalb ihrer Territorien darüber befunden werden, wer Zutritt erhält.

Das Ende des Kalten Krieges und das zurückgehende Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern haben die Ausgangssituation der Migrationsbewegungen verändert. Millionen Menschen sehen aus den unterschiedlichsten Notlagen keinen anderen Ausweg als das Exil. Die Gründe, die sie die Flucht ergreifen lassen, machen viele von ihnen noch nicht zu Flüchtlingen im strikten Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention des Jahres 1951.

Gleichzeitig wächst in den reichsten Nationen die Ausländerfeindlichkeit, und man ist weniger denn je bereit, das »Elend dieser Welt« bei sich aufzunehmen. Angesichts dieser Situation haben die USA und die Europäische Union Maßnahmen ergriffen, die sie vor der angeblichen Gefährdung durch die zu ihnen strebenden Menschen schützen sollen. Diese Abwehrhaltung breitet sich wie im Dominoeffekt über eine Reihe von Zwischenzonen aus, in denen sich die betreffenden Länder an das so genannte Nimby-Prinzip halten: »Not in my backyard« (nicht bei mir!). An die Stelle bestimmter Grundsätze, insbesondere der Menschenrechte, tritt die territorial geprägte Vorstellung einer »Migrationsgefahr« – eine Vorstellung, die in wesentlichen Punkten Züge einer Kriegsstrategie hat.

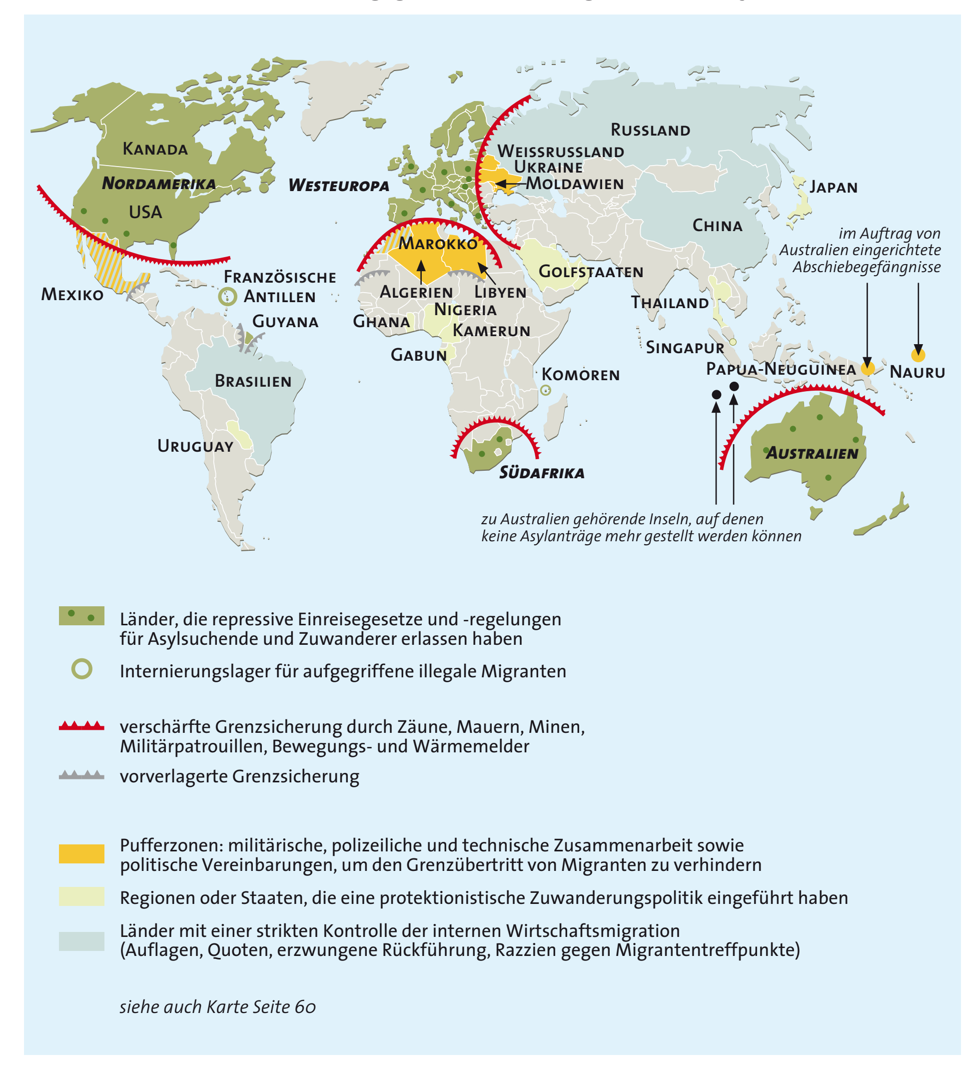
Zuwanderung wird, wie immer häufiger auch die Wortwahl zeigt, kriminalisiert: Zunehmend ist die Rede von »illegalen Einwanderern«, selbst wenn es sich um Asylbewerber handelt. Oft werden die ihnen gegenüber ergriffenen Maßnahmen in öffentlichen Erklärungen mit der »Verfolgung von Terroristen« gerechtfertigt, wenn nicht gar mit dem Schutz christlicher Werte gegenüber einer gemutmaßten muslimischen Gefahr.

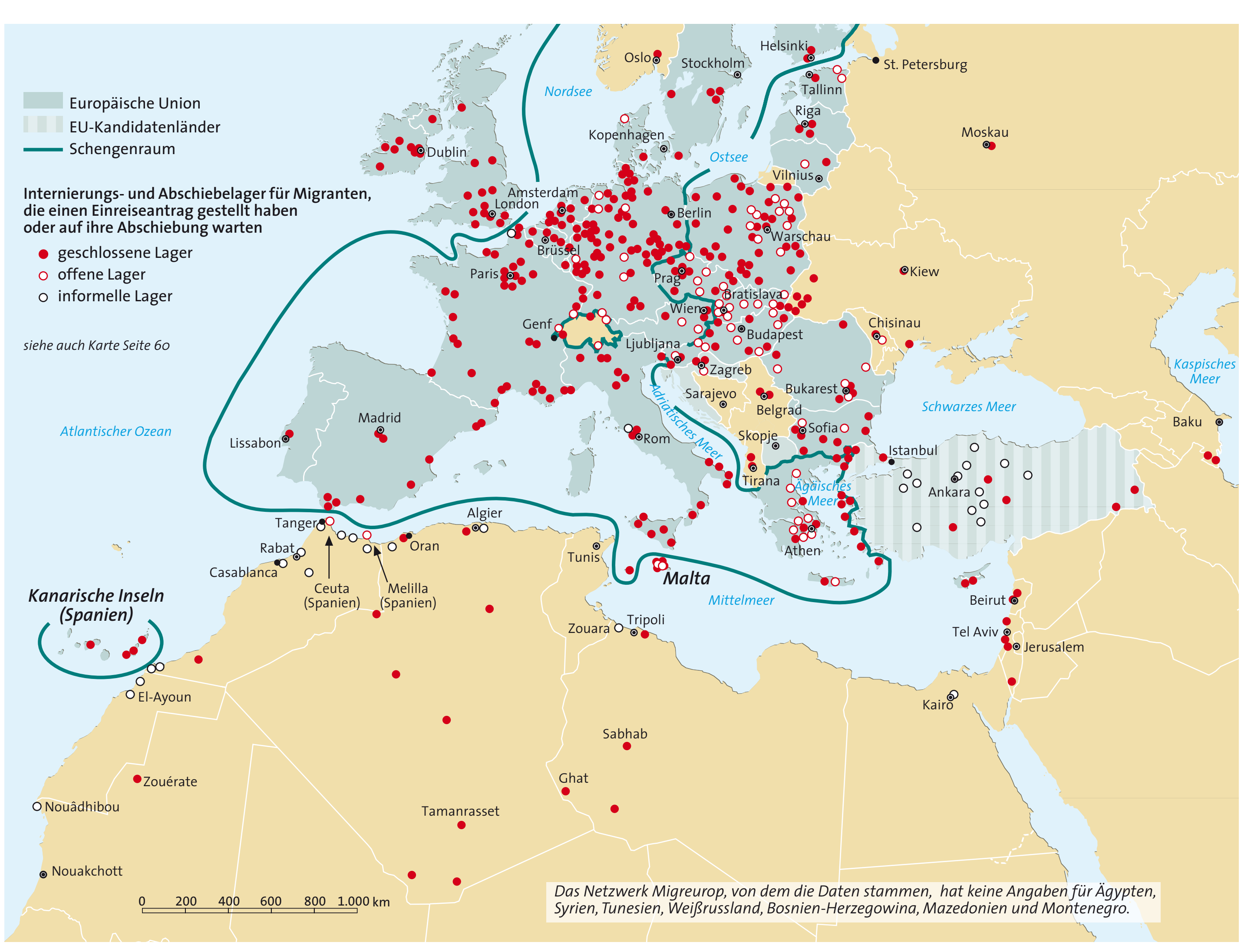
Die Grenzen werden als Frontgebiete betrachtet und militarisiert. Das an der Meerenge von Gibraltar installierte 140 Millionen Euro teure Radarüberwachungssystem Sive (Sistema Integral de Vigilancia Exterior) soll mit Hilfe von High-Tech-Seeüberwachung die spanische Grenze gegen Migranten aus Afrika abschotten. Ein ähnliches Überwachungssystem hat Australien auf Duan Island in der Torres Strait installiert, um illegale Migranten aus Papua-Neuguinea fern zu halten.

Es kommt zu neuen Formen der militärischen »Kooperation« zwischen Transit- und Zielländern, wie beispielsweise zwischen Marokko und Spanien oder zwischen Libyen und Italien. Die USA betreiben mit einer für Friedenszeiten außergewöhnlichen Infrastruktur die Operation »Gatekeepers«. Sie wurde 1994 beschlossen und hat dazu geführt, dass inzwischen 11.000 Mann entlang der mexikanischen Grenze patrouillieren. Angola beschloss 2005, ein elektronisches Überwachungssystem an den Landesgrenzen zu installieren.

All diese Maßnahmen, die das Leben der Migranten gefährden und den Mittlern und Arbeitgebern illegal Beschäftigter Einnahmen verschaffen, sind jedoch

► **Bewehrte und bewachte Grenzen gegen Wirtschaftsmigranten und Asylsuchende**





Der Schengenraum sperrt unliebsame Zuwanderer weg ◄

nur begrenzt wirksam. Mehrere hundert Menschen ertrinken jedes Jahr beim Versuch, von der nordafrikanischen Küste aus übers Meer nach Europa zu kommen *(siehe Seite 60)*. In der Wüste von Arizona in den USA wurden allein 2004 mehr als 200 Menschen tot aufgefunden. Gleichzeitig beschäftigt die kalifornische Landwirtschaft tausende von illegalen Arbeitskräften – ebenso wie die andalusische.

Für solche Migranten, die sich nicht durch illegale Beschäftigung unsichtbar machen können, haben die reichen Nationen eine Logik der rechtlosen Internierung entwickelt. Während die USA die aus Haiti geflohenen Boat People in ihrer Militärbasis in Guantánamo festsetzten, haben viele EU-Länder die Praxis der französischen Abschiebegefängnisse übernommen – und heftige Reaktionen provoziert: Im Jahr 2000 gründete sich das Migreurop-Netzwerk, das sich gegen ein »Europa der Lager« stark macht.

In den letzten Jahren konzentrierten sich die Regierungen der Zielländer von Zuwanderung angesichts des »hohen Migrationsdrucks« zunehmend auf eine Politik der Auslagerung. 2001 präsentierte Australien die »Pazifiklösung« und erwarb vom Staat Nauru das Recht, dort Durchgangslager unter der Verwaltung der IOM einzurichten. 2003 kam aus Großbritannien der Vorschlag, »Transit Processing Centers« in Drittländern einzurichten, in denen Asylanträge außerhalb der EU geprüft werden sollen.

Die Idee fiel zwar durch, doch die Regierung schickte »Verbindungsbeamte«, die Leuten vor Ort beibringen sollen, die Zuwanderung in die EU zu bekämpfen. Es ist nun die Rede davon, an allen möglichen Stellen »Pufferzonen« oder »Sicherheitsgürtel« einzurichten. Die Transit- oder Herkunftsländer der Migranten werden aufgefordert, die Migrationsströme gleich an der Quelle aufzuhalten, und bekommen dafür im Gegenzug mehr Handelsfreiheit oder andere Unterstützung, selbst wenn es sich um dubiose Regime handelt. Die Wahrung der Menschenrechte spielt bei alledem offenbar nur eine zweitrangige Rolle.

WWW

Einführend
Dossier »Migration« der Bundeszentrale für politische Bildung
• www.bpb.de/themen/8T2L6Z,0,Migration.html
ausführliche Länderinformationen bei der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
• www.ffm-berlin.de/index.html
NGOs
Förderverein, Hilfe in Einzelfällen
• www.proasyl.de
Internationales Netzwerk für »illegale« Migranten
• www.picum.org
Terminkalender
• www.noborder.org
ausführlich zu Rechtsfragen
• www.statewatch.org
zu Binnenflüchtlingen
• www.internal-displacement.org
Internetdienst für Rechtsanwälte
• www.asylumlaw.org

Die neue Weltordnung – Machtmonopol auf Zeit

Mit dem Ende der Sowjetunion ging die bipolare Welt unter. Übrig geblieben ist eine einzige Supermacht, die langfristig jedoch auf Bündnispartner angewiesen ist. Sonst bringt der Hegemon zu viele schwächere Mächte gegen sich auf – und riskiert, dass sie sich gegen ihn verbünden.

Nach 1945 kam es zu einer nie da gewesenen Neugestaltung der weltweiten internationalen Beziehungen. Aus einer Reihe von Imperien und Großmächten entstand zum ersten Mal eine Konstellation, die mit einem Begriff aus dem Magnetismus als »bipolar« beschrieben wurde. Die USA und die Sowjetunion wurden zu den beiden allgemein anerkannten »Supermächten«. Freilich war die Bipolarität nie absolut, und in beiden Lagern gab es Abtrünnige. Die USA waren mit dem Frankreich de Gaulles konfrontiert, während sich die Sowjetunion mit dem maoistischen China auseinander setzen musste. Das Gleichgewicht der Supermächte eröffnete Drittstaaten einen Spielraum, in dem sie Autonomie wahren und sich zu den so genannten Blockfreien zusammenschließen konnten.

Mit dem Mauerfall 1989 zerfiel auch diese Konstellation. Das Ende des Kalten Krieges manifestierte sich im Verschwinden der UdSSR. Ihr Erbe hat ein inzwischen vergleichsweise schwaches Russland angetreten, das 2004 bei der Gesamthöhe des Bruttoinlandsprodukts nach Kaufkraftparität auf Rang zehn und damit hinter Brasilien lag (CIA-Zahlen). Die russischen Militärausgaben machen einen Bruchteil, genauer: ein Dreiundzwanzigstel, der US-Militärausgaben aus, wie aus Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri hervorgeht. Währenddessen wurden die USA, beginnend mit der Amtszeit Ronald Reagans, immer stärker. Das Ende der Bipolarität führte somit, zumindest in den Augen Washingtons, zu einer historisch neuen Konstellation: Es entstand eine »Unipolarität«, aus deren Ausübung sich für die USA ihre Bestimmung zur einzigen »Hypermacht« ergab.

Angesichts dieser Ausgangslage werden zwei Alternativen propagiert. Die utopischere sieht eine Welt vor, die von den Regeln des Rechts und von kollektiven Institutionen gelenkt wird. An ihrer Spitze stünde eine reformierte UNO, die sich auf ihre ursprüngliche Berufung besinnt. Paradoxerweise kündigte Bush senior, der erste US-Präsident nach dem Kalten Krieg, dies 1991 unter dem Namen einer »neuen Weltordnung« genau in dem Moment an, als er zu einer ersten Demonstration der Stärke in der Ära der Unipolarität gegen den Irak ausholte. Die andere Option ist die Multipolarität. Ihre energischsten Anhänger sind – wie sollte es anders sein – diejenigen, die Gegengewichte gegen die Macht der USA schaffen wollen: Frankreich, Russland und China.

Anders Tony Blair: Der britische Premier und treueste Vasall Washingtons beschwor das Gespenst der zwei Weltkriege, zu denen die Multipolarität der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführt habe, und plädiert für eine unipolare Welt unter Führung der USA.

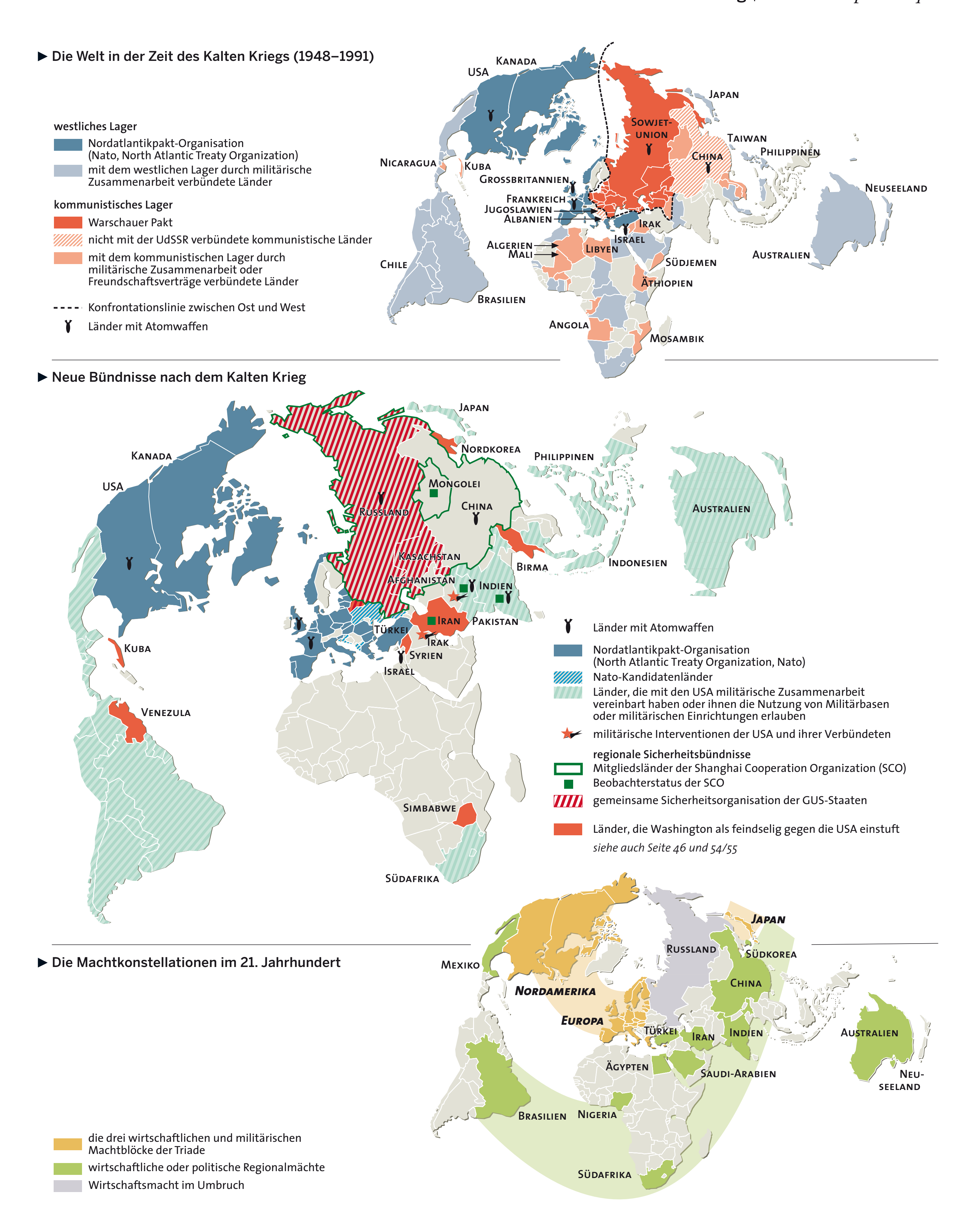
Unter den Verfechtern der Multipolarität ist kein Land für sich allein genommen imstande, ein globales Machtzentrum zu sein. China und Russland werden, wenn überhaupt, noch einige Jahrzehnte brauchen, bis sie soweit sind. Und Frankreich ist zu klein, um diesen Ehrgeiz überhaupt zu verfolgen. Paris setzt deshalb auf die Errichtung einer »europäischen Macht«, sei es ausgehend von der Europäischen Union, sei es, jedenfalls für den Anfang, durch die Stärkung der französisch-deutschen Achse. In ihrer gemeinsamen Opposition gegen den Irakkrieg 2003 suchten Paris und Berlin den Schulterschluss mit Moskau.

Russland verfolgt faktisch zwei Wege, die sich gegenseitig ergänzen sollen: Nach Westen treibt es die Zusammenarbeit mit Europa voran, und in seiner Asienpolitik konzentriert es sich auf die Kooperation mit China und baut außerdem seine Beziehungen zum Iran aus. Indien wird sowohl von dieser asiatischen Allianz als auch von Washington umworben. Seit dem Ende der UdSSR ist Peking der wichtigste Abnehmer für russische Waffen geworden. 2005 führten die beiden Länder ihre ersten gemeinsamen Großmanöver durch.

Als die USA sich für den Weg der Unipolarität entschieden, erregte dies auch in den USA selbst Widerspruch, und die Prognose dieser Kritiker aus der »realistischen Schule« sollte sich als richtig erweisen. Mit seiner unipolaren Strategie ruft Washington eine Neigung schwächerer Mächte hervor, sich in Bündnissen zusammenzuschließen, um ein Gegengewicht zur Hegemonie der Hypermacht zu bilden. Verhindern ließe sich das nur durch eine genau durchdachte Politik, dank deren sich das Imperium die Gewissheit verschaffen würde, dass die Abhängigkeit jeder einzelnen dieser Mächte größer ist als ihre Versuchung, Bündnisse gegen das Imperium einzugehen. Doch der außenpolitische Kurs der gegenwärtigen Bush-Regierung steht im krassesten Widerspruch zu den Erfordernissen solchen politischen Raffinements.

WWW

zum Kalten Krieg
• de.wikipedia.org/wiki/Kalter_Krieg
unabhängiger Think Tank zu Internationalen Beziehungen
• www.cfr.org
Wissenschaftliche Analyse internationaler Beziehungen
• www.riia.org
Online-Ausgabe der Informationen zur politischen Bildung (Heft 245) – Internationale Beziehungen I
• www.bpb.de/publikationen/90DR2J,0,Internationale_Beziehungen_I.html
Onlineportal für internationale Beziehungen des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
• www.weltpolitik.net
Artikel zum Thema »Neue Weltordnung« zusammengestellt von Prof. em. Hans-Jürgen Krysmanski
• www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/globalws0203.htm



▶ Die Welt in der Zeit des Kalten Kriegs (1948–1991)
westliches Lager
Nordatlantikpakt-Organisation (Nato, North Atlantic Treaty Organization)
mit dem westlichen Lager durch militärische Zusammenarbeit verbündete Länder
kommunistisches Lager
Warschauer Pakt
nicht mit der UdSSR verbündete kommunistische Länder
mit dem kommunistischen Lager durch militärische Zusammenarbeit oder Freundschaftsverträge verbündete Länder
Konfrontationslinie zwischen Ost und West
Länder mit Atomwaffen
Kanada
USA
Nicaragua
Kuba
Grossbritannien
Frankreich
Jugoslawien
Albanien
Algerien
Mali
Libyen
Israel
Irak
Sowjet-union
Japan
Taiwan
China
Philippinen
Neuseeland
Australien
Südjemen
Äthiopien
Chile
Brasilien
Angola
Mosambik
▶ Neue Bündnisse nach dem Kalten Krieg
Kanada
USA
Kuba
Venezuela
Russland
Japan
Nordkorea
Mongolei
China
Philippinen
Kasachstan
Afghanistan
Indien
Birma
Indonesien
Australien
Iran
Pakistan
Türkei
Irak
Syrien
Israel
Simbabwe
Südafrika
Länder mit Atomwaffen
Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, Nato)
Nato-Kandidatenländer
Länder, die mit den USA militärische Zusammenarbeit vereinbart haben oder ihnen die Nutzung von Militärbasen oder militärischen Einrichtungen erlauben
militärische Interventionen der USA und ihrer Verbündeten
regionale Sicherheitsbündnisse
Mitgliedsländer der Shanghai Cooperation Organization (SCO)
Beobachterstatus der SCO
gemeinsame Sicherheitsorganisation der GUS-Staaten
Länder, die Washington als feindselig gegen die USA einstuft
siehe auch Seite 46 und 54/55
▶ Die Machtkonstellationen im 21. Jahrhundert
Mexiko
Nordamerika
Europa
Russland
Japan
Südkorea
China
Türkei
Iran
Indien
Australien
Ägypten
Saudi-Arabien
Neu-seeland
Brasilien
Nigeria
Südafrika
die drei wirtschaftlichen und militärischen Machtblöcke der Triade
wirtschaftliche oder politische Regionalmächte
Wirtschaftsmacht im Umbruch

Die neuen Grenzen des Imperiums

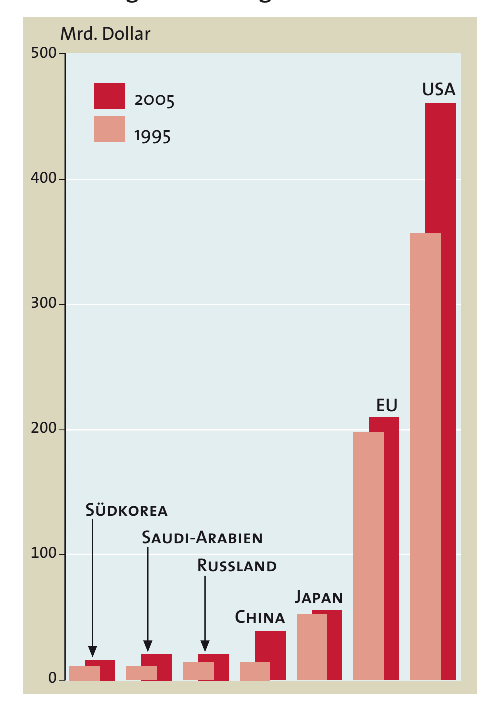
Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA ihre Macht bis in vormals sowjetische Territorien ausgedehnt. Das ist ihnen gelungen, weil sie permanent weiter aufgerüstet und ihren rüstungstechnologischen Vorsprung gewaltig ausgebaut haben.

Anfang der 1990er-Jahre gingen die US-Militärausgaben – verglichen mit den unter Ronald Reagan erreichten Rekordsummen – deutlich zurück. Aus der Festlegung auf die »Unipolarität« *(siehe Seite 52)* ergab sich vor allem, dass sich ihr Rüstungsetat zunächst auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre des Kalten Krieges hielt. Ab 1998 setzte die Regierung Clinton jedoch ihr neues Programm zur langfristigen Erhöhung des Verteidigungshaushalts um.

Seit dem 11. September 2001 hat sich diese Entwicklung durch die von der Bush-Regierung geführten Kriege in Afghanistan und im Irak rasant beschleunigt. Die US-Militärausgaben, die bereits 1995 ein Drittel der weltweiten Militärausgaben betragen hatten, stiegen 2005 ungefähr auf die Hälfte – und haben den diesbezüglichen Graben zum Rest der Welt vertieft.

Die irakische Invasion in Kuwait vom August 1990 bot Washington die Gelegenheit zu beweisen, dass das Ende des Kalten Krieges keineswegs das Ende der von den USA gern gespielten Rolle des Weltpolizisten bedeutete. Der Einmarsch gestattete ihnen auch, ihre Macht in einer strategisch äußerst wichtigen Region neuerlich zu festigen *(siehe Seite 120, 124 und 126).* Indem die USA den Persischen Golf, wo sich zwei Drittel der Welterdölreserven befinden, unter ihre direkte Kontrolle brachten, sicherten sie sich einen wichtigen Trumpf, und zwar sowohl im Verhältnis zu den europäischen und japa-

▶ **Militärausgaben im Vergleich**



Nordpolarmeer
Russland
Mongolei
Kirgisien
Nordkorea
Südkorea
Japan
Afghanistan
China
Pakistan
Indien
Birma
Thailand
Taiwan
Philippinen
Okinawa
Guam
Midway
Hawaii
3. Flotte: Pazifik
7. Flotte: Westpazifik
Pazifischer Ozean
Singapur
Indonesien
5. Flotte: Indischer Ozean, Golfstaaten, Rotes Meer
Diego Garcia
Indischer Ozean
Australien
Neuseeland

Natoländer
Nato-Kandidatenländer
Nicht-Natoländer, die mit den USA verbündet sind oder durch sie militärisch unterstützt werden
Länder unter US-Besatzung
potenzielle Rivalen der USA
»unfreundliche« oder »feindselige« Länder; »Vorposten der Tyrannei«

169.000
70.000
40.000
11.000
Truppenstärke der US-Streitkräfte (in Ländern mit über 10.000 Mann)

nischen Verbündeten als auch gegenüber China, denn von diesen Energieressourcen sind sie alle abhängig. Während sich der Warschauer Pakt auflöste, wurde 1991 beschlossen, die Nato nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie aus einem Verteidigungsbündnis in eine »Sicherheitsorganisation« umzugestalten. 1994 entschied sich die Clinton-Regierung dann zum großen Missfallen Moskaus für eine Osterweiterung der Nato. 1999 wurden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik aufgenommen. Es folgten die drei baltischen Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien (2004). Die Erweiterung der Nato soll fortgesetzt werden – einer der nächsten Kandidaten ist die Ukraine. Sie wird voraussichtlich 2008 der Nato beitreten und nimmt seit neuestem an der Operation »Active Endeavour« im Mittelmeer teil, wo russische Schiffe und Schiffe der Nato mögliche Terrorangriffe auf See verhindern sollen.

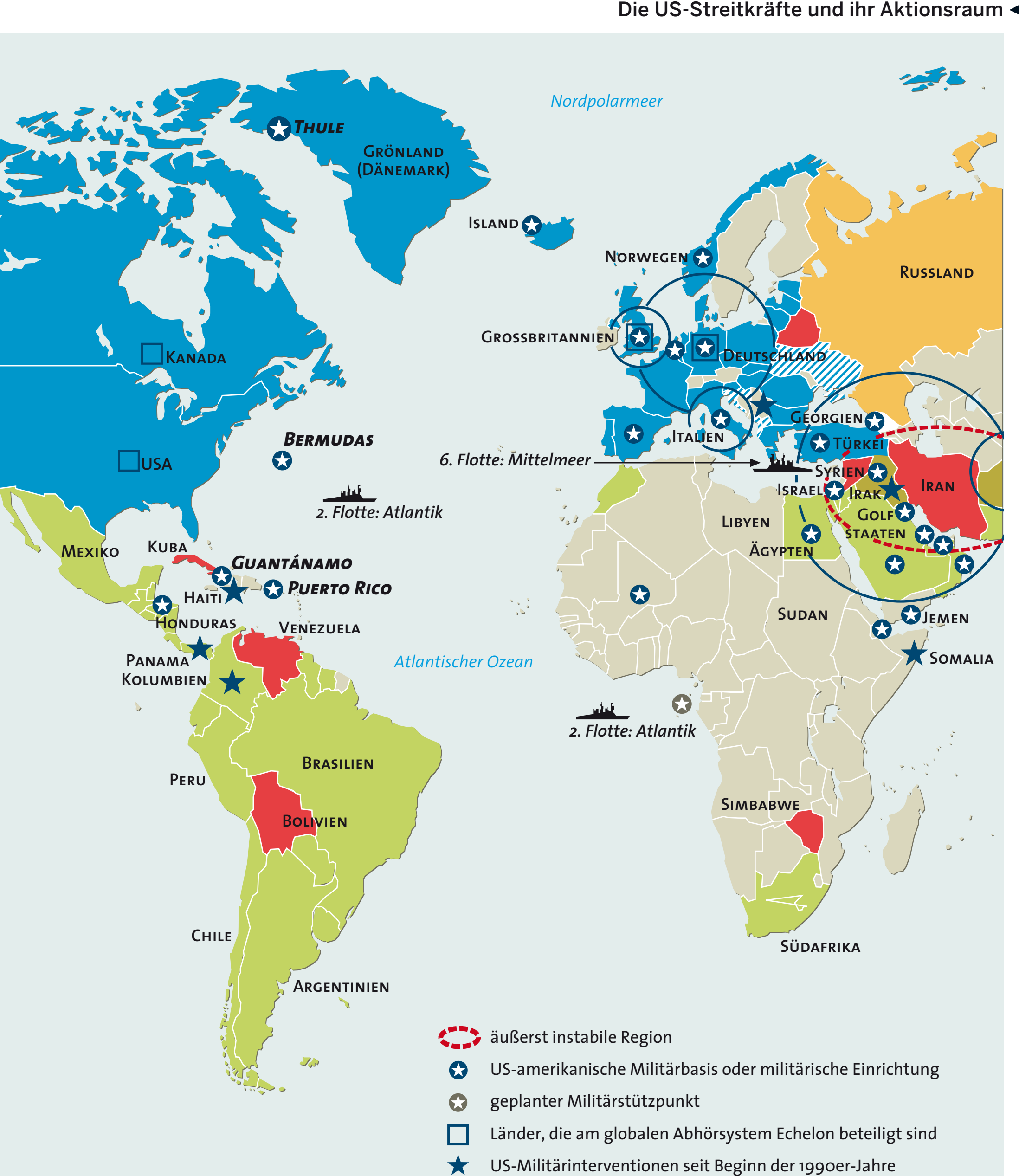
In den Kontext dieser Entwicklung gehörte ein neuerlicher Einsatz von Nato-Luftstreitkräften als bewaffneter Arm der Vereinten Nationen in Bosnien 1994/1995. Darauf folgte der Kriegseintritt der UNO im Kosovo (März–Juni 1999), erstmalig in ihrer Geschichte. Zudem übertrug man der Nato, zurückgestutzt auf die Rolle einer Hilfstruppe der USA bei bestimmten militärischen Expeditionen, auch die Verwaltung der Gebiete, um die Washington sich nicht selbst kümmern will, wie zum Beispiel des Kosovos. Auch in Afghanistan findet die Nato einen erweiterten militärischen Aufgabenkatalog.

Am anderen Ende Eurasiens erneuerte Washington sein Militärbündnis mit Japan und verwies Pekings Ansprüche auf Taiwan in die Schranken. Die Spannungen wegen der Taiwanfrage erreichten 1996 einen Höhepunkt, mit militärischen Drohgebärden auf beiden Seiten. Gleichzeitig erhöhte Washington zunehmend den Druck auf Nordkorea.

Die Anschläge vom 11. September 2001 boten den USA Gelegenheit, ihre imperiale Expansion voranzutreiben. Der Afghanistankrieg gestattete ihnen, sich nicht nur in Afghanistan selbst, sondern auch in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien (insbesondere in Usbekistan und Kirgisien) sowie im Kaukasus (Georgien) militärisch festzusetzen. So stellte Washington seine Bauern im Herzen der eurasischen Landmasse auf, zwischen Moskau und Peking, den beiden – militärisch durchaus kooperierenden – potenziellen Rivalen.

Die Invasion des Irak im März 2003 konsolidierte diese Machtpolitik auch in der Golfregion. So jedenfalls sah es das Kalkül Washingtons vor. Allerdings will es den USA nicht gelingen, den Irak zu beherrschen, während sich gleichzeitig auch Teile Afghanistans ihrer Kontrolle entziehen. So mächtig die US-Militärtechnologie sein mag – ihre Stärke reicht nicht aus, um Völker zu beherrschen. In dem Augenblick, wo das Pentagon seine Schlagkraft nicht mehr aufrechtzuerhalten und zu erneuern vermag, könnte sich das Imperium in einer Situation der »Überdehnung« wiederfinden.

Die US-Streitkräfte und ihr Aktionsraum ◀



WWW

kritisches Online-Magazin zur US-Politik
• www.alternet.org
kritisches Diskussionsforum zur US-Politik
• www.parapundit.com
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Forschungsgruppe Sicherheitspoltik
• www.swp-berlin.org
U.S.Department of Defense
• www.defenselink.mil
Analysen und Daten zur US-Sicherheitspolitik
• www.cdi.org
ständig aktualisierte Artikelsammlung zu militärischen Konflikten
• www.globalsecurity.org/military

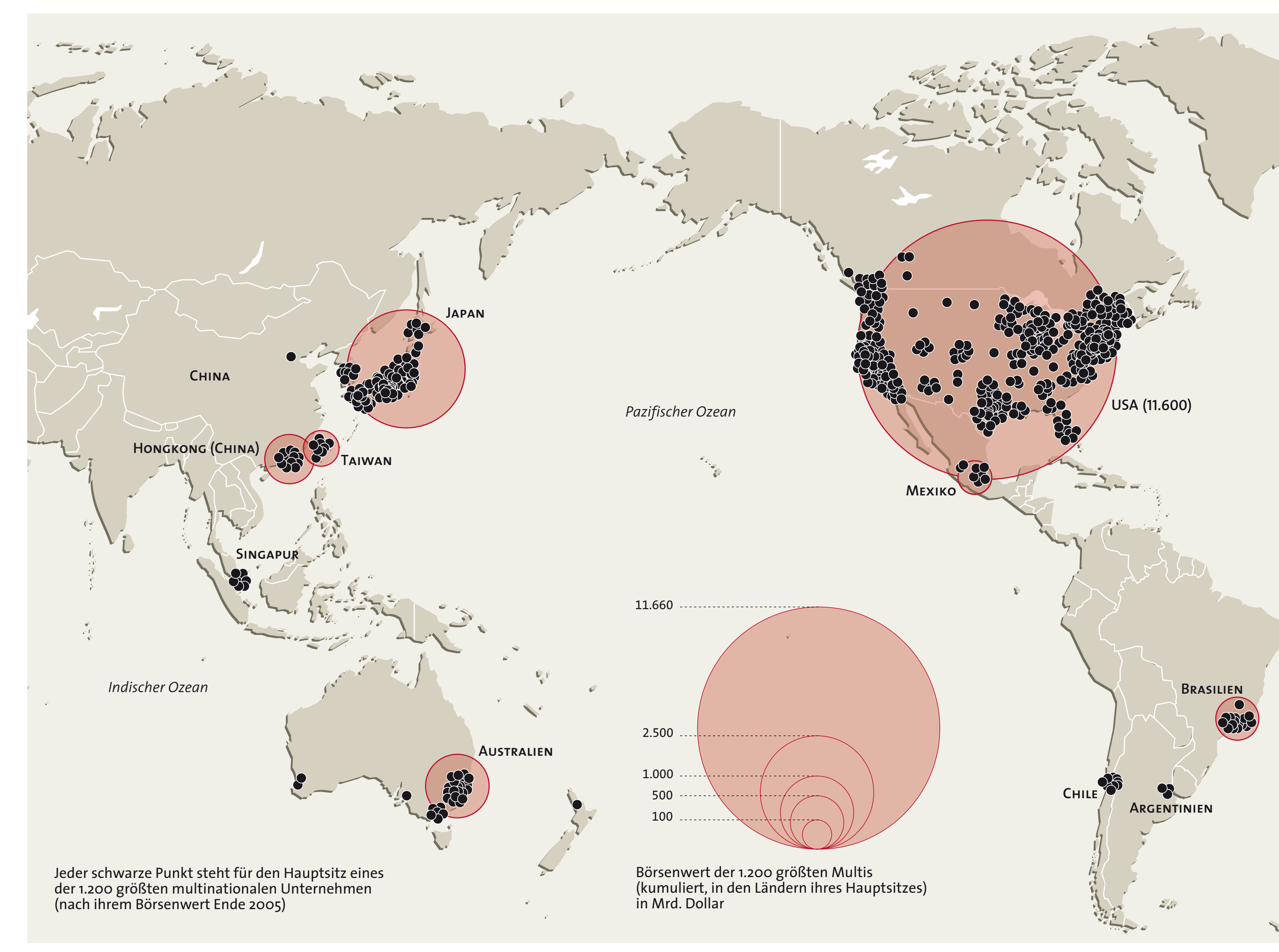
Wal-Mart: mit schlechtem Beispiel voran

Vom Laden um die Ecke zum größten Einzelhändler der Welt – Wal-Mart ist mit seinen heute mehr als 1,6 Millionen Angestellten und einem Umsatz, der 2,5 Prozent der US-Wirtschaftsleistung entspricht, zum Inbegriff der Macht der Multis geworden.

Den Grundstein des Einzelhandelsriesen Wal-Mart, der allein in den USA jede Woche mehr als 130 Millionen Kunden bedient, legte Sam Walton 1962 mit einem kleinen Lebensmittelladen in Bentonville im armen US-Bundesstaat Arkansas. Heute sind die Walton-Erben mit einem Vermögen von 90,7 Milliarden Dollar doppelt so reich wie der 46,5 Milliarden Dollar schwere Bill Gates. Wie konnte das gelingen?

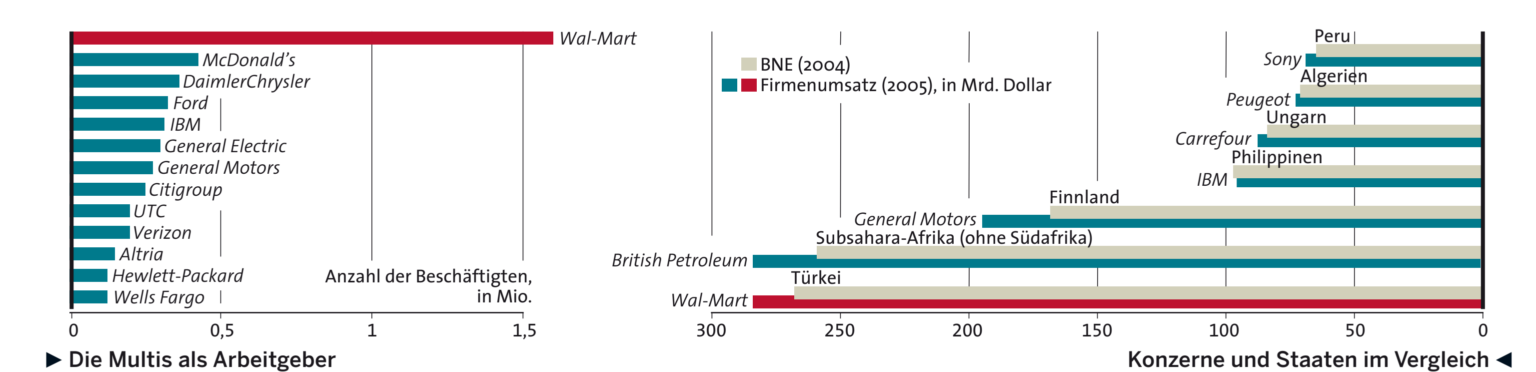
Mittlerweile versuchen die meisten Unternehmen, durch »Just in time«-Lieferung ihre Lagerkosten gering zu halten, doch angefangen hat damit Wal-Mart. Das größte Unternehmen der Welt revolutionierte zunächst die Methoden der Lagerhaltung. Die 7.100 firmeneigenen Laster sorgen u. a. dafür, dass nicht in einer Filiale Ware liegen bleibt, die in einer anderen fehlt und verkauft werden könnte. Die Logistik des Konzerns sertzt auch auf Einzelheiten: Wenn jeder Wal-Mart-Laster einen Kilometer mehr pro verbrauchtem Liter Benzin fährt, dann spart das dem Unternehmen 50 Millionen Dollar pro Jahr – und bringt ihm obendrein das Image der Umweltfreundlichkeit ein.

► Multis: Jeder zweite hat seinen Sitz in den USA



Jeder schwarze Punkt steht für den Hauptsitz eines der 1.200 größten multinationalen Unternehmen (nach ihrem Börsenwert Ende 2005)

Börsenwert der 1.200 größten Multis (kumuliert, in den Ländern ihres Hauptsitzes) in Mrd. Dollar



▶ Die Multis als Arbeitgeber

Konzerne und Staaten im Vergleich ◀

Nach und nach breitete sich die Firma aus Bentonville über die Grenzen von Arkansas hinaus aus, zunächst in die von der Konkurrenz schmählich vernachlässigten ländlichen Regionen im Süden der USA. Sie reinvestierte ihre Gewinne (2005 waren es mehr als 10 Milliarden Dollar) in die geografische Expansion. Dank der Nordamerikanischen Freihandelszone Nafta eröffnet Wal-Mart 1991 erste Geschäfte in Mexiko, seit 1994 sind die Supermärkte auch in Kanada zu finden. 1995 folgen Brasilien und Argentinien, 1996 China, 1998 Deutschland und 1999 Großbritannien. Auf 5.000 Supermärkten weltweit prangt heute das Logo des Multis. Die nächste Hürde, die sich Wal-Mart vorgenommen hat, ist Indien mit seinen derzeit 12 Millionen kleinen Einzelhändlern, von denen die wenigsten rentabel arbeiten. Denn schließlich schwächelt der US-Markt, auf dem das Unternehmen noch 80 Prozent seiner Umsätze macht.

Da Wal-Mart seine Zulieferer immer dort sucht, wo die Arbeitskraft am billigsten ist und am meisten ausgebeutet wird, profitierte das Unternehmen von der Öffnung der Märkte, zu der Washington von seinen befreundeten Partnerländern, aber auch durch das Gatt-Abkommen und später die WTO gedrängt wurde.

Doch das ist nur einer von vielen Punkten, an denen der eminent politische – und durch die Politik erzeugte – Charakter der Wal-Mart-Erfolgsgeschichte zutage tritt. Präsident George Bush senior verlieh Sam Walton 1992 die höchste Auszeichnung, die ein Zivilist in Amerika bekommen kann. Auch sein Nachfolger Clinton war diesem anderen Spross aus seiner Heimat Arkansas gegenüber immer äußerst zuvorkommend. Und George W. Bush schließlich kann sich stets darauf verlassen, dass der Multi Wal-Mart den Großteil seiner Parteispenden den Republikanern zukommen lässt.

1947 hatte Friedrich Hayek, der berühmte Theoretiker des Liberalismus, erklärt: »Wenn wir die leiseste Hoffnung auf eine Rückkehr zur freien Wirtschaft hegen wollen, ist eine der wichtigsten Fragen die nach der Beschränkung der Macht der Gewerkschaften.« Bei Wal-Mart ist diese Frage längst geklärt: Sobald sich die Beschäftigten einer Filiale in den USA nach einer harten betrieblichen Auseinandersetzung dazu durchringen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, wird die Filiale geschlossen. Das Unternehmen, bei dem mehr als ein Prozent aller amerikanischen Erwerbstätigen arbeiten, trägt damit das Seine zum Rückgang der gewerkschaftlichen Organisation bei. Dieser Rückgang ist jedoch häufig die Voraussetzung für eine Politik des Lohnabbaus. Und obwohl im US-Gesetz das Recht, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, verbrieft ist, ergreifen weder die regierenden Republikaner noch die Demokraten irgendwelche rechtlichen Schritte gegen diese Methoden.

Auch der Wandel der Wirtschaft im Westen – Rückgang der industriellen Produktion und Aufschwung des Dienstleistungssektors – stärkt das Modell Wal-Mart. Jedes Mal, wenn eine Automobilfabrik geschlossen und ein Supermarkt eröffnet wird, geht ein Stück Arbeitertradition verloren, an die Stelle von angemessenen Löhnen tritt Lohndumping, und der Trend zur prekären Beschäftigung verschärft sich. Der Einzelhandelsmulti Wal-Mart ist inzwischen nicht zuletzt dafür bekannt, dass er Gehälter zahlt, die knapp über dem Existenzminimum liegen, den Schutz seiner Angestellten vor Krankheit und anderen Lebensrisiken aber nach Möglichkeit auf die Sozialämter abwälzt.

www

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Wal-Mart

kritisch zu Wal-Mart (mit weiteren Links)
- www.againstthewal.com

Weblog
- www.walmartwatch.com

Informationen über Multis verschiedener Branchen
- www.corporatewatch.org.uk

kritisch zu McDonald's
- www.mcspotlight.org

Attac-Positionspapier Alternative Weltwirtschaftsordnung
- opentheory.org/attac-awwo2/v0001.phtml

Sponsoren der Demokratisierung

Vor allem in den ehemaligen Ostblockländern sind viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) des Westens aktiv. Sie unterstützen eine Entwicklung hin zur liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratie – und festigen damit, ob sie wollen oder nicht, auch die Macht der USA. Zu den einflussreichsten gehört das Open Society Institute des Milliardärs George Soros.

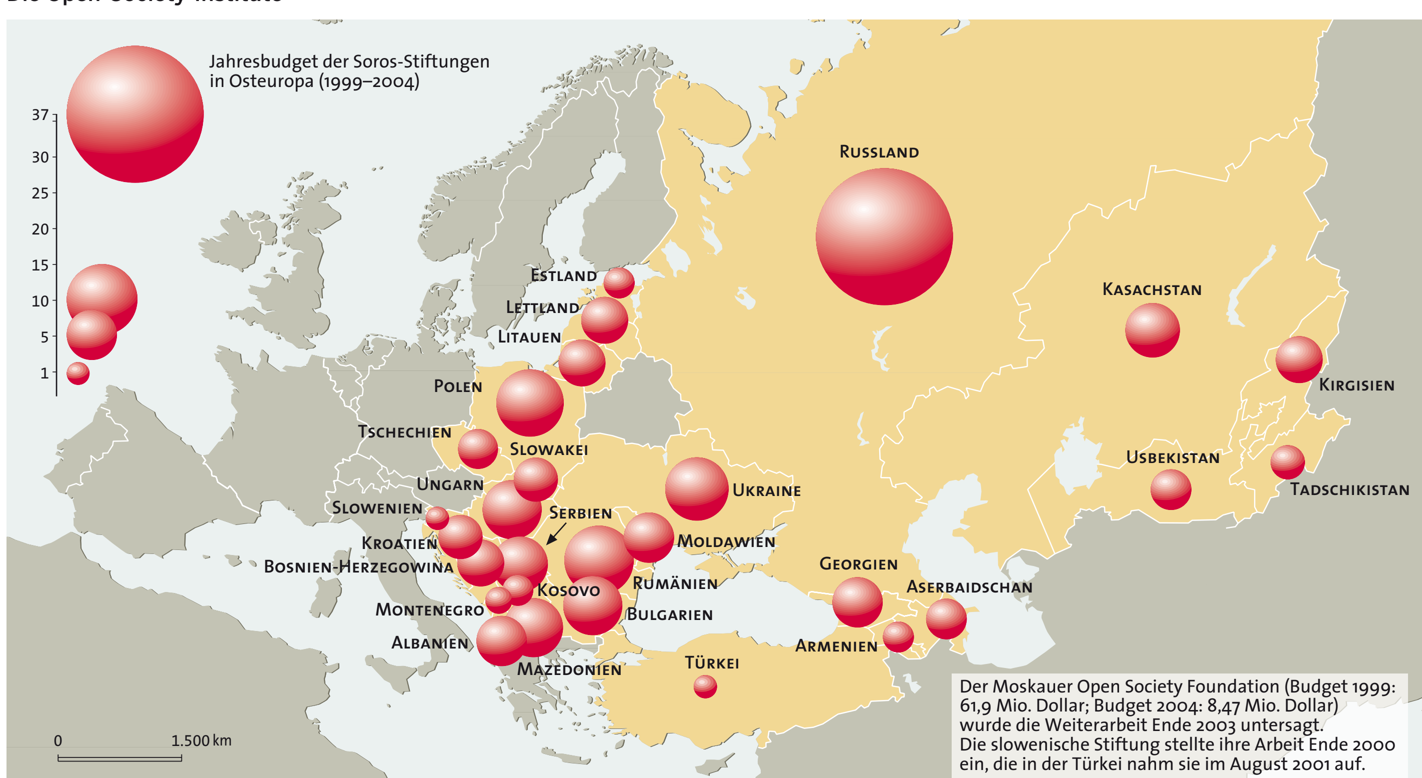
Seit dem Ende der Blockkonfrontation setzt sich das westliche, vor allem das US-amerikanische Gesellschaftsmodell auf dem Planeten immer weiter durch. Länder, die dieses Modell nicht übernommen haben, werden als »Übergangsstaaten« dargestellt, als Staaten im Übergang zur Demokratie. Hier entstehen und engagieren sich hunderte von NGOs (Non-Gouvernmental Organisations, Nichtregierungsorganisationen), und man spricht bereits von einer »NGOsierung«. In Georgien, einem für Washington strategisch wichtigen Land, entstanden fast 1.000 lokale NGOs, finanziert und unterstützt von etwa 50 internationalen NGOs .

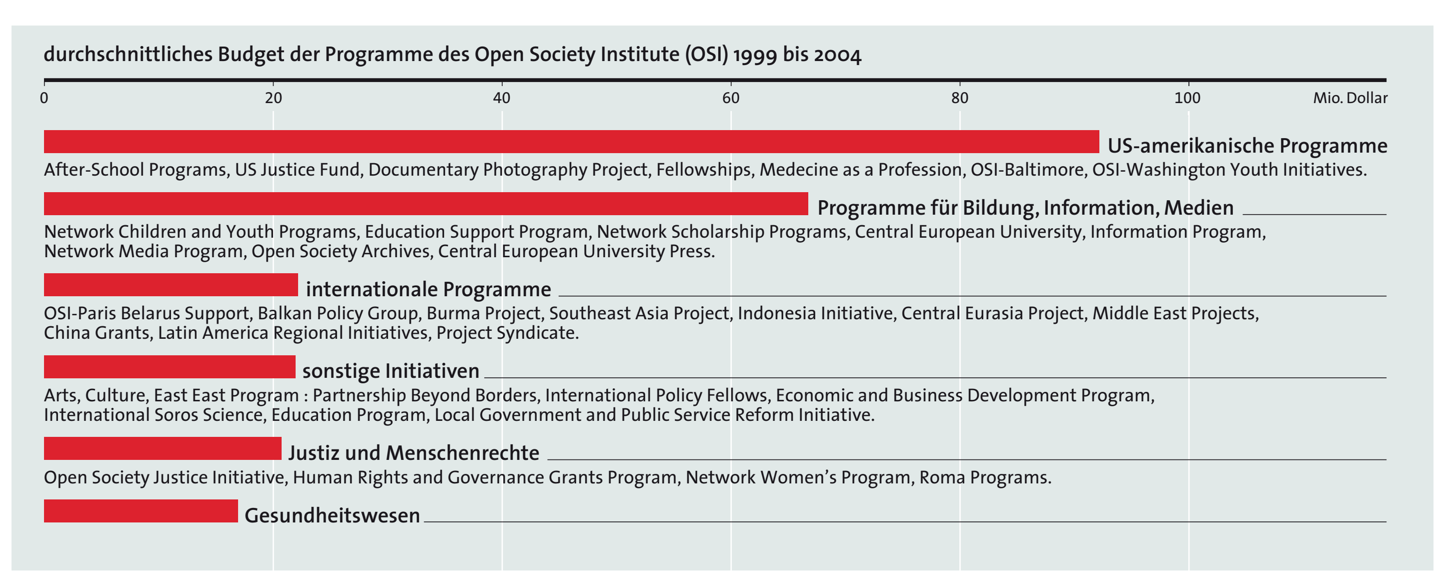
Die in der ehemaligen Sowjetrepublik aktiven ausländischen NGOs unterscheiden sich stark in ihrer Größe, ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer finanziellen Ausstattung und auch hinsichtlich ihrer Verbindungen zur georgischen Regierung. Manche sind rein private Initiativen, wie das Open Society Institute (OSI) des amerikanischen Milliardärs George Soros. Andere sind zwar ebenfalls nichtstaatlich, erhalten aber öffentliche Gelder, etwa die Hilfsorganisationen Care oder World Vision. Zwei sind direkte Ableger US-amerikanischer Parteien, nämlich das National Democratic Institute (NDI) und das International Republican Institute (IRI). Andere sind mit deutschen Institutionen oder Parteien verbunden, etwa der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Heinrich-Böll-Stiftung, die den Grünen nahe steht. Hinzu kommen von anderen Staaten finanzierte staatliche Organisationen, zum Beispiel die United States Agency for International Development (USAid) oder die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza).

In ihren Zielländern finanzieren die NGOs zwar Programme, die unterschiedliche Ziele verfolgen: Schutz der Frauenrechte, Förderung des Kleinhandels, Stärkung der Zivilgesellschaft, Aidsprävention, Umweltschutz, Ausbildung von Journalisten oder Richtern, Reform der schulischen Bildung – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie das demokratische Leitmodell übernehmen. So genannte demokratische Prinzipien bestimmen, ob und wie viel finanzielle Hilfe ein Land bekommt. Die Frage ist jedoch: Geht es tatsächlich immer nur um die Demokratie?

Nicht alle Organisationen arbeiten daran, ein ihrem Staat zuträgliches ideologisches Modell zu entwickeln. Die vielen

► Die Open-Society-Institute





Wofür George Soros sein Geld gibt ◀

im ehemaligen Ostblock aktiven NGOs propagieren unterschiedliche Varianten eines mehr oder weniger neoliberalen Demokratiemodells. Schließlich heißt es Rücksicht nehmen auf die Empfindlichkeiten der Geberländer und die Gepflogenheiten der Entwicklungshilfe. Dass die USA dabei eine Hauptrolle spielen, ist unbestreitbar – womit sie sich jedoch immer auch die Kritik einhandeln, dass sie die Hilfsleistungen instrumentalisieren.

Einige der amerikanischen NGOs verwahren sich aufrichtig gegen diesen Vorwurf. Aber ob sie wollen oder nicht, es stellt sich die Frage, inwieweit sie zur Festigung der Machtposition der USA beitragen. Wie verhält es sich beispielsweise mit den überall im exsowjetischen Raum aktiven evangelischen Sekten? Wo genau verläuft die Grenze zwischen der »politischen Strategie« und der messianischen Weltanschauung, dem Glauben daran, dass die Amerikaner berufen sind, für »das Gute« in der Welt zu kämpfen?

Die Strategie der USA ist erklärtermaßen die Verbreitung ihres liberalen Demokratiemodells. Irak, Kosovo oder Afghanistan gelten als Beispiele für eine »aufgezwungene Demokratisierung« – ein Widerspruch in sich. Aber es geht offenbar gar nicht so sehr um Demokratisierung als vielmehr um Herrschaft, denn Washington lässt nach wie vor auch Diktaturen direkte Unterstützung zukommen.

Immerhin haben US-Nichtregierungsorganisationen in einigen Ländern den Regimewechsel befördert: in Serbin (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005) haben sie gewaltfreie Revolutionen zum Sturz der korrupten Herrscher unterstützt. Die konservativen Menschenrechtsorganisationen Freedom House, das NDI und die Soros Foundation halfen der Opposition, den amtierenden Regierungen die Stirn zu bieten, Wahlen unter internationaler Beobachtung zu organisieren und den oppositionellen Medien Mut zu machen. Doch eine solche Förderung der Demokratie bleibt zumindest ambivalent.

www

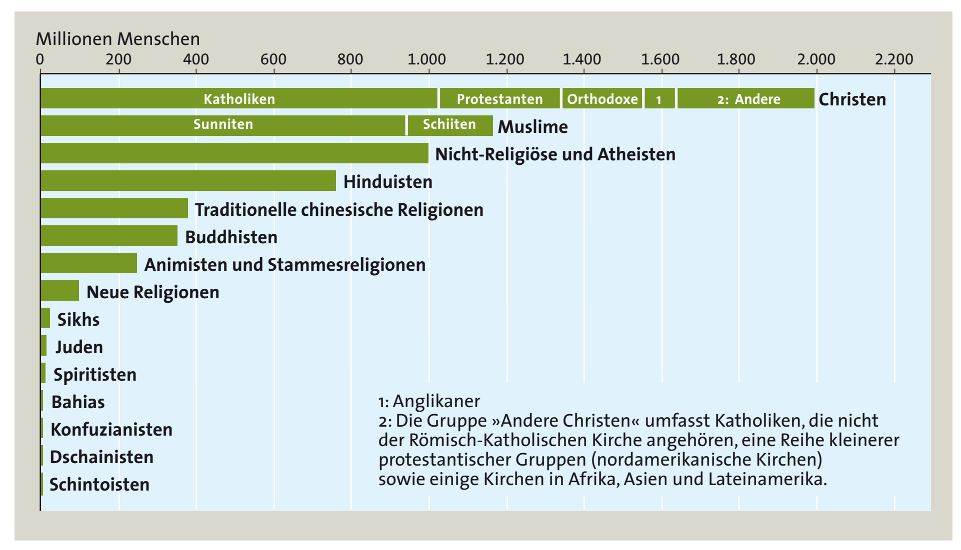
Einführend zu Soros
• de.wikipedia.org/wiki/George_Soros
United States Agency for International Development
• www.usaid.gov
Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Medien
• www.cimera.org
NGO zu global policy
• www.globalpolicy.org/ngos/index.htm
CARE International Deutschland
• www.care.de

George Soros

1930	geboren in Budapest, überlebte trotz jüdischer Herkunft die deutsche Besetzung Ungarns
1946	Flucht vor der sowjetischen Okkupation aus Ungarn
1947	beginnt mit dem Studium der Wirtschaftwissenschaften an der London School of Economics (LSE), u. a. bei Karl Popper
1956	Börsenhändler an der Wall Street
1969	gründet den Hedge-Fonds Quantum Fund im Steuerparadies Curacao
1990	rettet den damaligen Präsidentensohn George W. Bush vor der Pleite, indem er dessen Schulden über die Firmen Harken Energy und Spectrum 7 abfängt. Erklärtes Ziel: die Sicherung von politischem Einfluss
1992	steigt bei Risikokapital-Gesellschaft Carlyle ein, bei der sowohl die Familie Bin Laden als auch die Familie Bush Gelder investiert haben. Am 16. September, dem »Black Wednesday«, spekuliert er gegen das englische Pfund, das daraufhin aus dem Europäischen Währungssystem ausscheiden muss. Soros verdient in einer Nacht über 1,1 Milliarden Dollar
1997	spekuliert während der Asienkrise auf die malayische Währung Ringgit. Thailand braucht zwei Jahre, um die Verluste durch das Erstarken der Nachbarwährung wieder aufzuholen
1998	sein Buch »The Crisis of Global Capitalism« erscheint
2004	sein Buch »Die Vorherrschaft der USA – eine Seifenblase« erscheint. Er spricht sich zudem gegen die Wiederwahl von US-Präsident Bush aus
2005	wird von einem französischen Gericht zu einer Geldstrafe von 2,2 Mio. Euro verurteilt, weil er 1988 aufgrund von Insider-Informationen mit Aktienpaketen der französischen Großbank Société Générale rund 2,8 Mio. US-Dollar Spekulationsgewinn gemacht hatte. Nach Auskunft von Forbes steht Soros mit einem geschätzten Vermögen von 7,2 Milliarden Dollar auf Platz 24 der reichsten US-Amerikaner

Der Glaube und seine Instrumentalisierung

Dass politische Zwecke religiöse Gefühle für sich vereinnahmen ist nichts Neues. Aber die Krise des Politischen angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt hat dieses Phänomen sichtbarer und beunruhigender gemacht.



Religionszugehörigkeit weltweit ◀

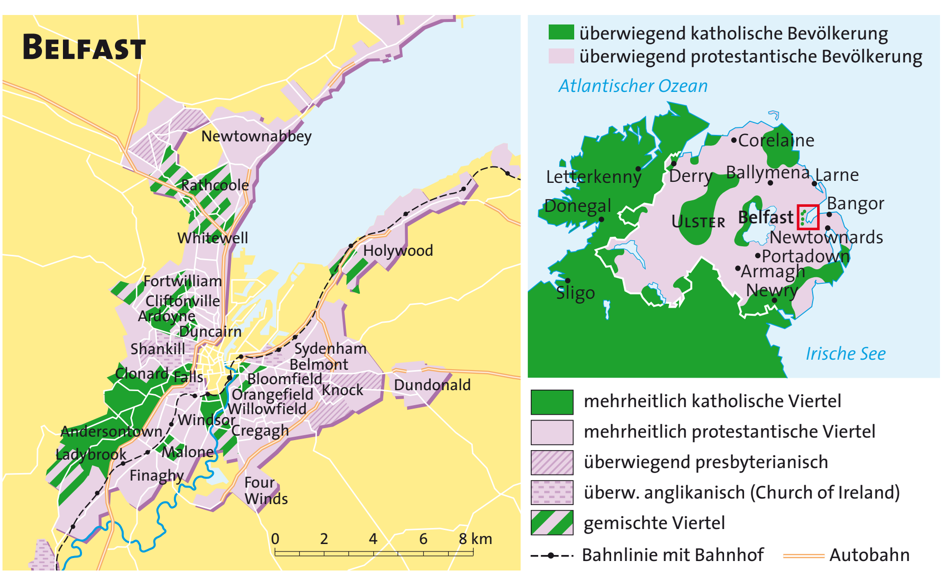
Schon mehrfach in der Geschichte mussten die drei großen monotheistischen Weltreligionen – um nur sie zu nennen – als Rechtfertigung für kriegerische, fremde Völker unterjochende Ziele herhalten. Mit einer ursprünglichen, spirituellen Botschaft freilich hatten die Kreuzzüge der abendländischen Christen ebenso wenig zu tun wie die Unterwerfung der Neuen Welt oder der kriegerische Expansionismus der Muslime in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends.

In der jüngeren Vergangenheit haben die USA Juden, Christen und Muslime im Kalten Krieg instrumentalisiert, um die kommunistische Ideologie zu bekämpfen und die Sowjetunion zu destabilisieren. Die Amerikaner unterstützten bekanntlich die Dschihadisten, darunter den späteren Al-Qaida-Führer Ussama bin Laden, damit sie gegen die Rote Armee in Afghanistan besser gerüstet waren. Unvergessen ist auch die wichtige Rolle, die während der Reagan-Ära (1980–1988) Papst Johannes Paul II. bei den Ereignissen spielte, die zum Zusammenbruch des Kommunismus in Polen und schließlich im gesamten Ostblock führten.

Seit dem Ende der ideologischen Ost-West-Konfrontation wird gern von einer »Rückkehr der Religionen« auf die Bühne der internationalen Politik geredet. Gestützt wird diese These mit der Behauptung, dass die vielerorts bestehenden Spannungen als politisch-religiöse Unruheherde zu betrachten seien, so etwa der Iran mit seinem sittenstrengen Mullah-Regime oder Indien und Pakistan, wo es zu Ausschreitungen gegenüber Andersgläubigen kommt. Im Nahen Osten wären der israelisch-palästinensische Konflikt oder die Situationen im Libanon und im Irak als Beispiele dafür zu nennen, dass religiöser Radikalismus die Emotionen verstärkt. Ein weiterer Beleg wären die Vereinigten Staaten, wo christliche Fundamentalisten Einfluss auf Präsident George W. Bush nehmen, für eine wörtliche Deutung der Bibel kämpfen und der These vom Kampf der Kulturen anhängen. Der Wirtschaftswissenschaftler und Nahost-Experte Georges Corm hält Huntingtons Darstellung übrigens für eine Apologie der gewaltsamen Auseinandersetzung zweier »Mega-Identitäten«: der jüdisch-christlichen auf der einen und der arabisch-muslimischen auf der anderen Seite.

In der massiven Rückkehr der Religionen die Wurzel vieler Konflikte und gewaltsamen Auseinandersetzungen zu sehen, geht am wirklichen Geschehen je-

Katholiken und Protestanten in Nordirland ◀



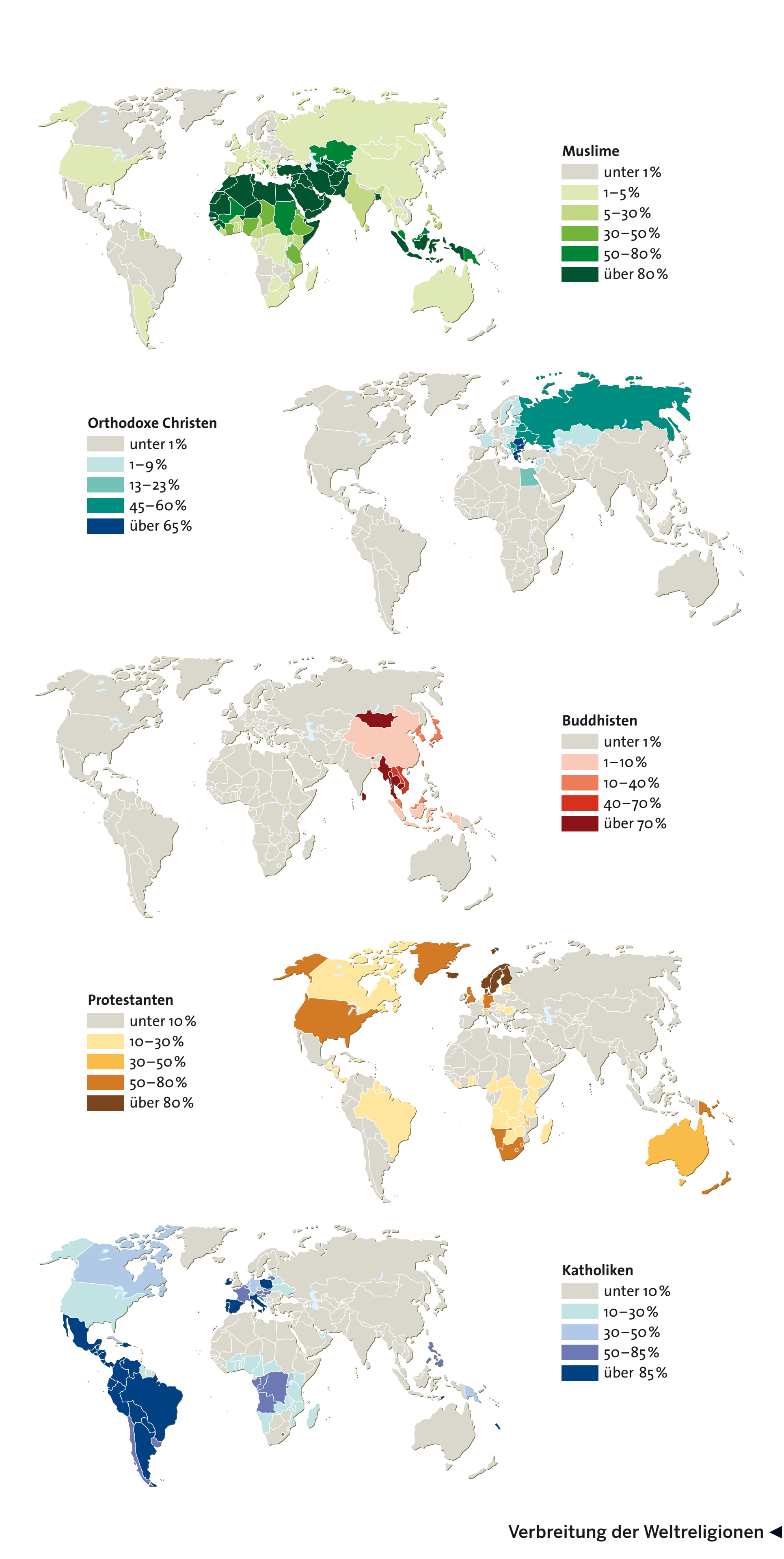
doch völlig vorbei. Der Islamismus entstand auf den Trümmern des arabischen Nationalismus und nährt sich aus den aufgeputschten Gefühlen in den Straßen von Algier und Kairo. Die Werte der christlichen Rechten in den USA nähren den Patriotismus und die imperialen Bestrebungen einer republikanischen Regierung, die die Emotionen einer durch die Anschläge vom 11. September 2001 traumatisierten Gesellschaft bedienen will.

Beispiele für gewaltsame, religiös aufgeladene Konflikte gibt es zu hauf: Der Krieg in Nordirland, der 3600 Opfer forderte und über dreißig Jahre lang Katholiken und Protestanten aufeinander schießen ließ, war in erster Linie ein gesellschaftlicher und politischer Konflikt zwischen zwei Bevölkerungen, von denen die eine darunter litt, durch die andere beherrscht zu werden. Hier haben sich – ebenso wie im früheren Jugoslawien, wo Katholiken, Orthodoxe und Muslime bis zur Implosion friedlich in einem gemeinsamen Staat zusammengelebt hatten – die Religionen in militante Ideologien verwandelt, hinter deren Rhetorik es oftmals um ganz andere Dinge ging. Die destruktiven Kräfte, die solche Ideologien freisetzen, reichen bis zu ethnischen Säuberungen, wie sie auf dem Balkan tatsächlich verübt wurden.

Statt von einer »Rückkehr der Religionen« sollte man besser von einem Rückgriff auf das Religiöse sprechen. Manche Gruppierungen oder Politiker greifen auf religiöse Gefühle zurück, weil sie keine politischen Zielvorstellungen haben oder womöglich solche, die den demokratischen Prinzipien zuwider laufen. Der Bedeutungsgewinn des Religiösen verdankt sich nicht etwa einer Rückkehr an die Macht, sondern seiner stärkeren globalen Sichtbarkeit, die wiederum aus dem Bedeutungswandel des Politischen resultiert.

WWW

The Religious Movements Homepage, University of Virginia
www.religiousmovements.org
Ökumenischer Rat der Kirchen
www.wcc-coe.org
Judentum + Islam
www.erziehung.uni-giessen.de/studis/Robert/Kirche.html
Jüdisch-christliche Beziehungen
www.jcrelations.net
Islam in Deutschland
www.islam.de
Sekten
www.info-sectes.org



Verbreitung der Weltreligionen ◄

Der Ausbau Europas

Der Fall der Berliner Mauer öffnete den Blick nach Osten. Und der Zusammenbruch des Ostblocks setzte die Erweiterung der EU auf die Tagesordnung. In diesem Prozess wurde die Vertiefung der Union aus den Augen verloren. Heute konzentriert sich die EU ganz auf die Liberalisierung des Binnenmarktes.

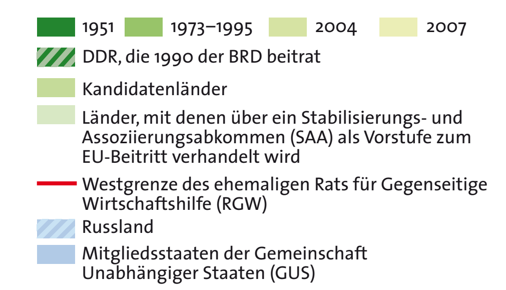
Nach dem Zweiten Weltkrieg traten die meisten Staaten Westeuropas internationalen Organisationen bei, die als Resultat des Kalten Krieges nicht auf Europa beschränkt waren: der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die seit 1947 den Marshallplan verwaltete, und dem 1949 gegründeten Nordatlantikpakt, der Nato. Das »andere Europa« reagierte darauf mit der Gründung des RGW, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (1949), und des Warschauer Pakts (1955). Nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 wurden im Westen die Projekte einer politischen Europäischen Gemeinschaft und einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beerdigt.

Westeuropa im engeren Sinne blieb politisch schwach. Das embryonale Gebilde der Europäischen Gemeinschaft, das mit den Römischen Verträgen von 1957 und den sechs Gründungsländern entstand, basierte vor allem auf wirtschaftlichen Organisationen: der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS), Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zwar strebten die Initiatoren dieser Gemeinschaft ein politisches Europa an, das aus der wirtschaftlichen Integration erwachsen sollte. Doch dieser Prozess wurde verzögert, einerseits durch zwischenstaatliche Konflikte und andererseits durch eine auf die »atlantische« Achse orientierte Denkschule, die vor allem in Großbritannien vorherrschte. Die Briten betrieben das Projekt der Europäischen Freihandelszone (Efta), die 1960 als Gegenpol gegen die EWG gegründet wurde, ehe sie sich 1973 auf die europäische Integration einließen, der sie allerdings eine andere Richtung geben wollten.

Mit dem 1992 unterzeichneten Maastrichtvertrag, der 1993 in Kraft trat, wurde die EWG zur Europäischen Union (EU) mit gemeinschaftlichen Institutionen wie Ministerrat, Europäischer Kommission, Europäischem Parlament (EP) und Europäischem Gerichtshof (EGH). Die meisten Mitglieder traten dem 1979 entstandenen Europäischen Währungssystem (EWS) bei, das auf der gemeinsamen Rechnungseinheit Ecu basierte. Im Zuge der Erweiterungen *(siehe Karte rechts)* bemühte sich die EWG/EU, die inneren Ungleich-

▶ Der Schengenraum und seine Opfer







Die EU auf dem Weg nach Osten ◀

heiten abzubauen und ihr Image des »Europas der Kaufleute« zu korrigieren. Das äußerte sich v. a. in der Zunahme der Finanzmittel für die Strukturfonds zugunsten ärmerer Regionen und in der Direktwahl des Europaparlaments seit 1979.

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986 markiert die Wende zur Liberalisierung der Kapital- und Warenströme im europäischen Binnenmarkt. Der nach dem Fall der Berliner Mauer ausgehandelte Vertrag von Maastricht über die Einführung einer Gemeinschaftswährung legte scharfe geld- und haushaltspolitische Kriterien fest, um auch die Deutsche Bundesbank ins Boot zu bringen, die mit den Kosten der deutschen Wiedervereinigung belastet war. Als dann die europäische Diplomatie keinen Ausweg aus der Krise in Jugoslawien fand, nutzten die USA die Situation, um die Nato nach Osten auszuweiten und das »neue Europa« in den atlantischen Rahmen einzubinden. Nach dem Ende des Kriegs im Kosovo beschloss auch die EU 1999, ihre Osterweiterung beschleunigt voranzutreiben.

Seit »Maastricht« unterliegen die öffentlichen Finanzen der EU-Mitgliedsländer, auch die staatlichen Sozialausgaben, den strengen Regeln von vier Stabilitätskriterien; zugleich wurde der EU-Haushalt auf 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedsländer begrenzt. Obwohl die neuen Beitrittsländer im Durchschnitt wesentlich ärmer und viel stärker landwirtschaftlich geprägt sind, beziehen sie nicht dieselben Transferleistungen, die noch die Länder Südeuropas, Irland und auch Ostdeutschland einstreichen konnten. Das Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags diente schließlich dazu, dieser undurchsichtigen und sozial rückschrittlichen Ausrichtung der EU politische Legitimität zu verleihen. Deshalb wurde die Verfassung als einzig mögliche Grundlage für die Entwicklung eines vorgeblich solidarischen Europas dargestellt, während in Wirklichkeit die EU zu einem Projekt schrumpft, das nur noch die allgemeine Marktkonkurrenz organisiert.

An dieses brüchige Modell, das die sozialen Sicherungssysteme zerstört und faktisch keine politische Einheit mehr anstrebt, knüpft sich heute nur noch eine positive Erwartung: dass es besser ist als lauter Nationalstaaten, in denen Angst voreinander herrscht. Eine Vorstellung, gegen die herrschende, unter US-Hegemonie stehende Weltordnung europäischen Widerstand zu organisieren, ist hingegen mit den Verträgen und den haushaltspolitischen Weichenstellungen der heutigen Union unvereinbar.

Die Aufnahme weiterer Kandidaten ist beschlossen oder ins Auge gefasst. Mit der Türkei, Kroatien und Mazedonien laufen Beitrittsverhandlungen, mit weiteren Staaten Exjugoslawiens Assoziierungsgespräche. Folgt die Integration dieser Staaten derselben Logik, werden sich die innereuropäischen Widersprüche, von der Sozialpolitik bis zu den Handelsinteressen, von der Migration bis zur Haltung gegenüber der neuen Weltordnung, weiter verschärfen.

▶ Ein Kontinent und seine Institutionen

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
Europarat
Nordatlantikpakt-Organisation (Nato)
Europäische Union
Grossbritannien
Eurozone
Schengenraum
Irland
Österreich, Finnland
Belgien, Luxemburg, Niederlande, Deutschland, Frankreich
Portugal, Spanien, Italien, Griechenland
Schweden
Dänemark
Island, Norwegen
Zypern, Malta
Lettland, Litauen, Estland, Polen, Bulgarien
Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Rumänien
Türkei
Serbien, Montenegro, Andorra, San Marino, Kroatien, Liechtenstein, Bosnien-Herzegowina
Mazedonien, Moldawien, Albanien, Schweiz
Georgien, Aserbaidschan, Armenien, Russland, Ukraine
Tadschikistan, Turkmenistan, Kirgisien
Weissrussland, Kasachstan, Usbekistan
USA, Kanada
Monaco, Vatikan

WWW

Geschichte
- de.wikepedia.org/wiki/EU-Erweiterung

offizielle EU-Position
- www.europa.eu/pol/enlarg/index_de.htm

Kartografieprojekt zur europäischen Migrationspolitik
- www.transitmigration.org/migmap/index.html

Das Europa der Regionen

Der Machtzuwachs der Europäischen Union (EU) trägt zur Schwächung der Nationalstaaten bei, begünstigt die Forderungen nach regionaler Autonomie und fördert unter Umständen regionale Konflikte, die freilich nicht unbedingt gewalttätig verlaufen müssen. Dabei gilt es zwischen zwei Konflikttypen zu unterscheiden: dem »pränationalen« Konflikt, der in die Vergangenheit zurückreicht und auf eine unvollendete Nationenbildung zurückgeht, und dem »postnationalen« Konflikt, der Europas Zukunft vorwegnimmt.

Während die Einigung Europas weiter vorankommt, geraten einige Nationalstaaten unter einen gefährlichen Druck: Ein regionales Identitätsbewusstsein – wie etwa in Norditalien, Schottland und im Baskenland – erwacht und wird zum Vorreiter einer stärkeren Dezentralisierung und Regionalisierung. Im Extremfall fordern solche Strömungen etablierte Staaten mit Sezessionsforderungen heraus. Der Begriff Nation definiert eine gewachsene Solidargemeinschaft, deren Mitglieder ohne Ansehen ihrer ethnischen Abstammung oder gesellschaftlichen Position zusammenleben. Nationen mögen unter Zwang entstanden sein, doch sind sie bis heute der einzige Rahmen, der auch bei heterogenen Bevölkerungsgruppen das Prinzip der Risikoteilung und der Solidarität (insbesondere über die Umverteilung der Einkommen) zu gewährleisten vermag. Der Machtzuwachs der EU, und mehr noch die den Einigungsprozess begleitenden hochfliegenden Reden erzeugen die Erwartung, Europa könne als neue Solidargemeinschaft an die Stelle der – als zu eng empfundenen – Nation treten. Dabei dürfte allerdings, wenn die Logik des Geldes alles bestimmt, das Solidarprinzip auf der Strecke bleiben.

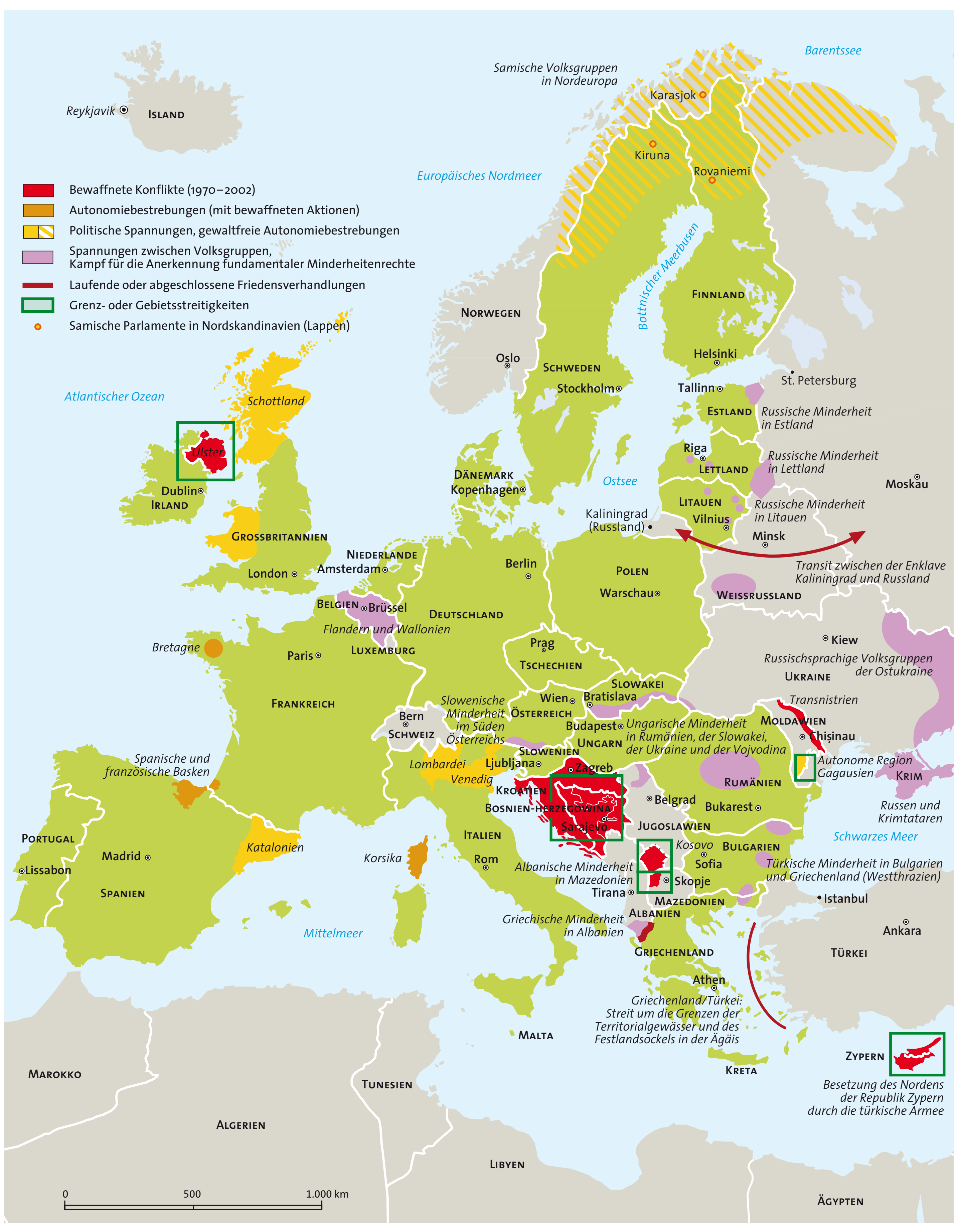
Nehmen wir als Beispiel die öffentlichen Sozialabgaben. Im Durchschnitt verschlingen die öffentlichen Haushalte der europäischen Länder mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während für den Haushalt der Europäischen Kommission lediglich 1,4 Prozent des europäischen BIP aufgewendet werden – und dennoch drückt dieser schwächliche europäische Überbau die starken Nationalstaaten an die Wand. Warum sollte in einem integrierten Europa ein Katalane weiterhin einen Andalusier subventionieren, wo dieser Katalane doch ärmer ist als sein Nachbar und Konkurrent aus Languedoc-Roussillon, der seinerseits von Paris subventioniert wird Die Schaffung von Euregionen trägt somit dazu bei, nationale Solidarstrukturen in Frage zu stellen.

Die mehr oder minder authentische Neubelebung regionaler Identitäten, ermöglicht durch die Schwächung des Nationenbegriffs, fördert zwei einander verstärkende, regionale Konflikttypen: erstens den »pränationalen« Konflikt, der in Regionen entsteht, wo alte Vorbehalte gegen den Anschluss an eine Nation existieren – etwa in Korsika, Nordirland oder Schottland. Diese Regionen haben sich, ob reich oder arm, dagegen zur Wehr gesetzt, dass ihre spezifische Identität in einer Nation aufgehen sollte. Der »postnationale« Konflikt hingegen entsteht in der Regel in wohlhabenden Regionen, die Nettozahler im nationalen Steueraufkommen sind, und die – unter Berufung auf eine mehr oder weniger ausgeprägte regionale Identität – ihre Verbindung zur Gesamtnation auflösen bzw. einschränken und sich von der »Solidarfessel« befreien wollen. Beispiele für einen solchen Wohlstands-Separatismus sind das belgische Flandern, das norditalienische »Padanien«, das Baskenland und Katalonien. Regionaler Konflikt ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Bürgerkrieg oder Sezession. Häufig dominiert der Wunsch, die interregionale Solidarität durch Föderalisierung (Belgien) oder stärkere Regionalisierung (Italien, Spanien) einzuschränken und sich insbesondere den Zugriff auf die Steuern zu sichern.

Die nächsten Jahre werden vermutlich im Zeichen solcher regionalen Egoismen stehen, die sich vor allem in reicheren Regionen von Ländern regen, die sehr arme Regionen durchfüttern müssen. Dabei sind die reicheren Regionen dreifach gefordert: Erstens müssen sie konkurrenzfähig gegenüber den in vielen Fällen reicheren europäischen Nachbarregionen bleiben; zweitens müssen sie als Wachstumsmotoren ihrer Länder funktionieren und die Konvergenz zwischen den Volkswirtschaften der Europäischen Union gewährleisten; drittens müssen sie für umfangreiche Transferleistungen in die ärmeren Regionen ihrer Länder aufkommen. Womöglich zeichnet sich hier die strukturelle Ursache für eine künftige Fragmentierung Europas ab. Das wäre womöglich ein Europa ohne die Merkmale und Vorzüge der nationalen Solidargemeinschaft – was wiederum weitere regionalistische Abkapselungstendenzen begünstigen würde.

www

Versammlung der Regionen Europas
www.a-e-r.org
Europäische Minderheiten
www.eurominority.org
Centre de documentation et de recherche sur la paix et les conflits
www.obsarm.org/dossiers/actu_conflits/europe.htm
The Northern Ireland Office
www.nio.gov.uk
Website der baskischen Regierung
www.euskadi.net
Europa-Union Deutschland
www.europa-web.de/7.tm



▶ **Konflikte und Spannungsherde in Europa**

Die baltischen Staaten und die EU

Rund um die Ostsee gewinnt seit dem Ende des Kalten Krieges ein neues geopolitisches Gefüge Gestalt. Alte und neue Mitgliedstaaten von Nato und EU bilden eine starke Koalition, häufig zu Lasten des geschwächten Russland. Doch Moskau hofft, durch den Ausbau seiner Häfen und die Stärkung der Sonderwirtschaftszone Kaliningrad in dieser europäischen Region auch weiterhin eine Rolle zu spielen.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 stellte sich westlichen Politikern das Problem, ein neues Sicherheits- und Verteidigungskonzept für den Ostseeraum und letztlich für ganz Mitteleuropa – von der Ostsee bis zum Mittelmeer – zu entwerfen. Schon 1997 waren Ungarn, Polen und die Tschechische Republik dem Nordatlantischen Verteidigungsbündnis beigetreten. Auf dem Nato-Gipfel in Prag, im November 2002, wurde die Aufnahme der drei baltischen (Estland, Lettland, Litauen) und vier weiterer ehemals sozialistischer Staaten Ostmitteleuropas (Slowenien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien) zum Jahr 2004 beschlossen.

In Russland beunruhigt diese Entwicklung nicht nur Militärkreise, sondern auch die breitere Öffentlichkeit. Seit das Baltikum als strategischer Korridor ausfällt, ist die russische Enklave Kaliningrad, Hauptquartier der russischen Ostseeflotte, von zwei Staaten eingeschlossen (Polen und Litauen), die der Nato und der EU angehören. Überdies ist die alte Neutralität der nördlichen Anrainerstaaten ins Wanken geraten: In Finnland wie in Schweden debattiert man, ob die skandinavischen Länder ins strategische Abseits geraten – obwohl noch immer die *backdoor guarantee* der Nato gilt, die im Falle eines militärischen Angriffs zu intervenieren verspricht.

Moskau hat diese Entwicklung als eine Serie von Demütigungen erlebt und wird nicht müde zu betonen, dass es die Macht Russlands wiederherstellen wolle. Zugleich wird versucht, die drei baltischen Staaten zu schwächen, etwa durch ständigen Verweis auf das Problem der russischen Minderheiten in Estland und Lettland – die dort noch etwa 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Nach einer Phase der Beruhigung wurden die baltisch-russischen Beziehungen mit dem Beitritt der drei baltischen Länder zur EU am 1. Mai 2004 wieder deutlich angespannter. Die baltischen Länder verlangen von Moskau nach wie vor die Annulierung des Molotow-Ribbentrop-Pakts, mit dem Hitler 1939 das Baltikum Stalin überlassen hatte, was Moskau aus Furcht vor Reparationsforderungen verwehrt.

Die baltischen Länder haben sich mit dem Beitritt zur EU relativ reibungslos und inzwischen vollständig in deren ökonomische Strukturen eingefügt. Mit ihren durchschnittlichen Wachstumsraten von über 5 Prozent knüpfen die Balten an ihre historische Rolle als Geschäftsleute und Händler an. Die Ostsee ist damit zu einem EU-Binnenmeer geworden, mit 9 EU-Mitgliedsstaaten als Anrainerländern, die sämtlich auch Mitglieder des 1992 gegründeten Ostseerats sind.

Rund um die Ostsee leben etwa 70 Millionen Menschen, an ihren Küsten liegen fünfzig Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Über achtzig Häfen wird ein potenzieller Binnenmarkt von über 230 Millionen Endverbrauchern erschlossen. Alle Unternehmer in der Region setzen auf einen Wirtschaftsaufschwung – und manche träumen sogar von einer neuen Hanse.

Durch Infrastrukturmaßnahmen sollen vor allem die Häfen ausgebaut werden, die als Umschlagplätze für den Ostseehandel und Verladestationen für Erz und Erdöl aus Russland dienen und sich mit aufwendigen Modernisierungsprojekten heftig gegenseitig Konkurrenz machen. Das Umschlagsvolumen zwischen den baltischen Häfen ist von 96,3 Millionen Tonnen im Jahr 1989 auf 172,2 Millionen Tonnen im Jahr 2002 gestiegen. Die neun größten Häfen im Osten der baltischen Länder konkurrieren um die Transporte aus dem russischen Hinterland, während Russland den russischen Ostseehafen Primorsk ausbaut, um einen möglichst großen Teil seiner Exportgüter selbst transportieren zu können.

Den Warenverkehr von Russland nach Kaliningrad regelt der Vertrag vom 27. April 2004, mit dem diese Waren von Zöllen befreit bleiben. Zugleich fliegen baltische Fluggesellschaften über die neuen Routen die wichtigsten Hauptstädte Europas an und bieten tägliche Verbindungen nach Moskau an.

Die baltischen Länder haben in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine rasante wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen, auch wenn Litauen und Lettland über ihr Bruttosozialprodukt von 1989 noch kaum hinauskommen. Alle drei Länder erleben darüber hinaus erhebliche soziale und regionale Spannungen. Die im europäischen Vergleich weiteste Kluft zwischen arm und reich tut sich in Estland auf, wo mehr Haushalte Internetzugang haben als in Frankreich oder Italien. Die Zukunft des »Mittelmeers des Nordens« wird stark von der Normalisierung der baltisch-russischen Beziehungen abhängen sowie von der Fähigkeit der neuen EU-Länder, mit ihren sozialen und regionalen Ungleichheiten fertig zu werden.

WWW

»Norddimension« der EU-Außen- und Sicherheitspolitik (Das Projekt ist beendet)
www.iep-berlin.de/forschung/northern-dimension
Das Projekt »Norddimensionen«
http://ec.europa.eu/comm/external_relations/north_dim/index.htm
Baltic Times
www.baltictimes.com
The Baltics Worlwide
www.balticsww.com
Rat der Ostseestaaten
www.cbss-commissioner.org
Umweltfragen
http://beids.tec-hh.net/
Baltikum-Informationen im Hellenic Ressources Network
www.hri.org/nodes/baltics.html



▶ Der Ostseeraum als dynamische Handelsregion

Die Welt aus der Sicht Moskaus

Die wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Russland seit 1991 durchgemacht hat, haben die frühere Vormacht der Sowjetunion deutlich geschwächt. Heute sieht der Kreml seine Rolle selbst in Regionen angezweifelt, die er bis vor kurzem noch zu seinem unbestrittenen Herrschaftsbereich zählte. Die politische Elite in Moskau scheint das Ausmaß der Veränderungen noch nicht erkannt zu haben.

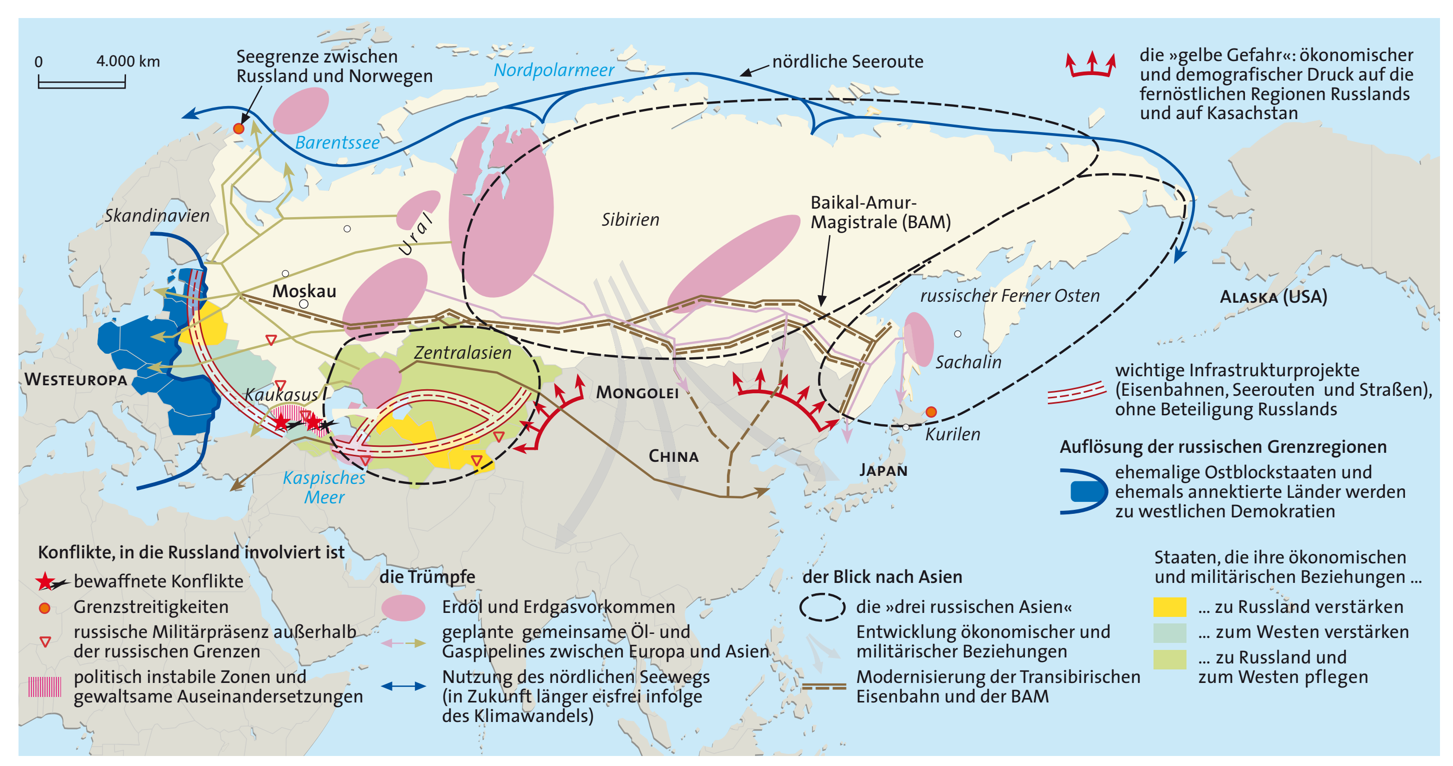
Die Dominanz, die Moskau noch zu Beginn der 1990er-Jahre in seinem bereits geschrumpften geostrategischen Raum innehatte, existiert heute nicht mehr. Beleg dafür sind Ereignisse wie die Rosenrevolution in Georgien im November 2003, die Revolution in Orange in der Ukraine Ende 2004 und der politische Wandel in Moldawien und Kirgisien im Lauf des Jahres 2005. Dabei hatten viele Beobachter diesen Raum bis zum Ende der 1980er-Jahre als »exklusiv russisches Revier« betrachtet. Doch die Entwicklungen der letzten Zeit lassen ein neues Engagement der USA, der EU und der Nato erkennen. Dabei haben sich die USA und die EU, ähnlich wie der Kreml, offen in die Wahlprozesse der Länder in diesem geografischen Raum eingemischt.

Tatsächlich haben die führenden Leute in Moskau das Ausmaß des geopolitischen Wandels nach dem Kalten Krieg erst spät begriffen. Und das gilt erst recht für die Entschlossenheit Washingtons, das Schwinden des russischen Einflusses zu nutzen, um sich strategische Schlüsselpositionen zu sichern – sowohl im Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer als auch an der Südflanke Russlands, vom Kaukasus bis Zentralasien. Diese Schwächung wurde vollends deutlich, als nach der Integration der baltischen Staaten in die EU und die Nato in mehreren der neuen unabhängigen Staaten Präsidenten bzw. Regierungskoalitionen an die Macht kamen, die sich offen gegen die Abhängigkeit von Russland wandten.

Im März 2005 hat Präsident Wladimir Putin in einer Rede in Eriwan selbst ausgesprochen, dass man die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) nur geschaffen hatte, um den Sowjetrepubliken »eine gütliche Trennung« zu ermöglichen. Diese These hatte bei der Gründung der Staatengemeinschaft im Dezember 1991 bereits der damalige Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, vertreten. Doch in der Folge zeigte sich, dass diese »gütliche« Trennung eine wirtschaftliche Begünstigung Russlands darstellte. Die neuen Republiken sahen sich nach ihrer Unabhängigkeit gezwungen, russische Güter mit Devisen zu bezahlen, während sie zuvor diese Produkte mit eigenen Lieferungen beglichen hatten. Die Devisenpflicht traf sie besonders hart bei den Rohstoffen, deren wichtigste Vorkommen in der Russischen Föderation liegen.

Da die unabhängigen Staaten sich neu in die weltweiten Handelsbeziehungen einfädeln wollten, während sie zugleich die wirtschaftlichen Vorteile ihrer früheren Bindung an Moskau einbüßten, hatten sie es eilig, nach Ersatzlösungen jen-

▶ **Russland und seine Nachbarn**

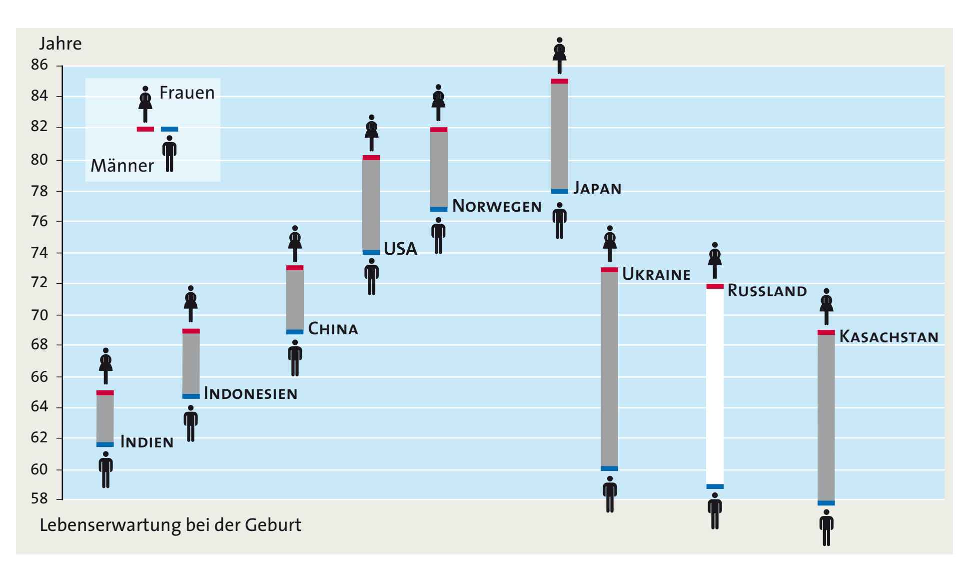


seits der ehemaligen UdSSR zu suchen. Moskau hingegen entwickelte eine ambivalente Strategie: Man bot die Lieferung von fossilen Brennstoffen zu Preisen weit unterhalb des Weltmarktniveaus, wollte sich damit aber die Kontrolle der strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren der Nachbarstaaten erkaufen. Das aber schürte berechtigte Ängste innerhalb der GUS, die immer eine schwache und willenlose Organisation geblieben und im Übrigen nie über das Stadium frommer Wünsche hinausgekommen ist.

Die Entschlossenheit der anderen Staaten, sich dem russischen Einfluss möglichst schnell zu entziehen, hängt auch mit einer weiteren Entwicklung zusammen. Moskau hatte begonnen, lokale Konflikte zu instrumentalisieren, die seit Beginn der 1990er-Jahre in der gesamten Region aufzutreten begannen, von Transnistrien, einer Abspaltung von Moldawien, über Karabach und Abchasien bis Ossetien, allesamt im Kaukasus. Zweifellos ist das neue Russland nicht die Ursache für diese Konflikte. Deren Wurzeln reichen häufig in die sowjetische oder gar vorsowjetische Zeit zurück, und auch der ungesicherte Status der Minderheiten in den neuen unabhängigen Staaten spielt dabei eine wichtige Rolle. Doch seit der Kreml in Tschetschenien den Karren in den Dreck gefahren hat, ist er offenbar weniger darauf aus, andere Sezessionskonflikte beilegen zu helfen, als solche Konflikte für seine eigenen Ziele auszunutzen. Dies wiederum lieferte den USA ein zentrales Argument, als sie 1997 die Gründung des Guam-Bündnisses betrieben, das die aufsässigen GUS-Mitgliedstaaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien (von 1999 bis 2005 auch Usbekistan).

Paradoxerweise trug die Finanzkrise von 1998 dazu bei, dass die russische Volkswirtschaft wieder zu wachsen begann. Sie profitierte dabei nicht nur von einem die nationale Industrie begünstigenden und Importe aus dem Westen verteuernden Wechselkurs, sondern auch vom selbstbewussten Auftreten des Zentralstaats gegenüber den Regionen wie gegenüber den Oligarchen und in der Folge von den steigenden Mineralölpreisen. Russische Investoren sind in allen Nachbarländern sehr aktiv und könnten hier eine dynamische Rolle spielen, wenn sie nicht das alte Misstrauen wecken würden, indem sie eine ganze Reihe von strategisch wichtigen Unternehmen kaufen.

Allerdings sieht sich Moskau angesichts des schwierigen Umfelds gezwungen, seine Strategie für die Region zu revidieren. Die meisten Nachbarstaaten befürchten, dass ein Wiedererstarken des autoritären Staates in Russland negative Folgen für sie hätte. Zudem sind die Bündnispartner, die dem Kreml innerhalb der GUS verblieben sind, allesamt Diktaturen wie etwa Weißrussland, Turkmenistan und Usbekistan. Unter diesen Bedingungen dürfte der Aufbau eines »gemeinsamen Wirtschaftsraums«, den Präsident Putin als Grundlage für eine Reform der GUS vorgeschlagen hat und der zum wechselseitigen Vorteil dienen sollte, ein schwieriges Unterfangen sein.

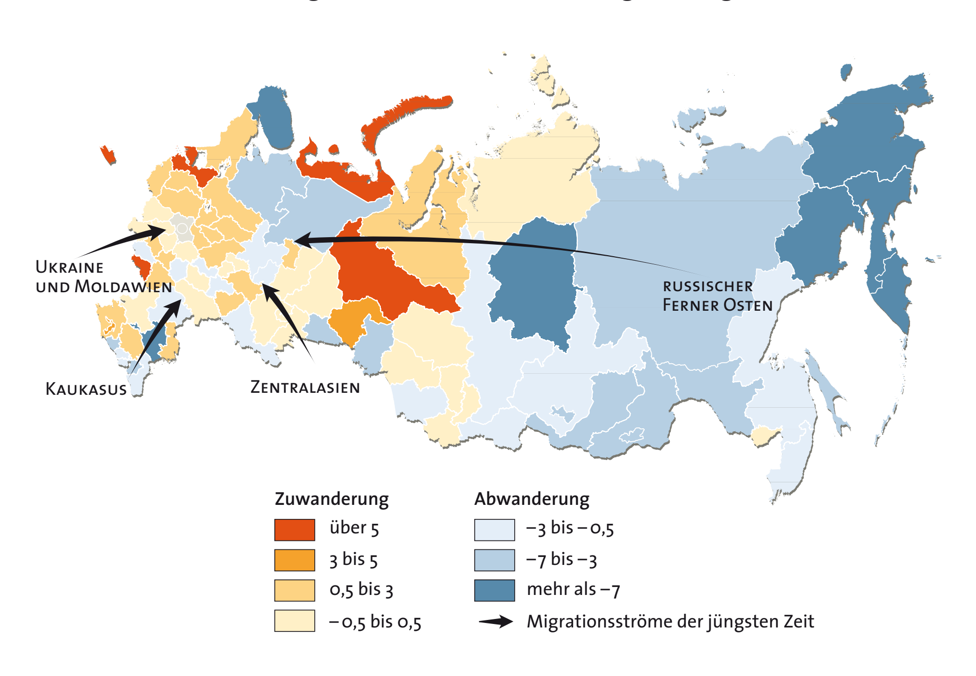


Russische Männer werden nicht alt und sterben lange vor den Frauen ◀

WWW

RIA Novosti (russ. Nachrichtenagentur)
• www.de.rian.ru
Russian Observer
• observer.strana.ru
Artikel zu Tschetschenien
• www.bessereweltlinks.de/book33i.htm
Internet-Zeitung auf deutsch
• www.russland.ru/rupol0010/
Institute of Globalization Studies IGS (Moskau)
• www.iprog.ru/en/

Binnenwanderung: vom Fernen Osten in die Erdgasfördergebiete Westsibiriens ◀



Erosion der Macht – die umkämpften Peripherien

Als Hypermacht mischen sich die USA immer offener in den Einflusszonen anderer Länder ein. Oft verdecken die hehren Worte über freiheitliche Prinzipien, die es zu fördern gelte, nur handfeste wirtschaftliche Interessen. Beispiele dafür sind die Länder an der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion und das frankophone Afrika.

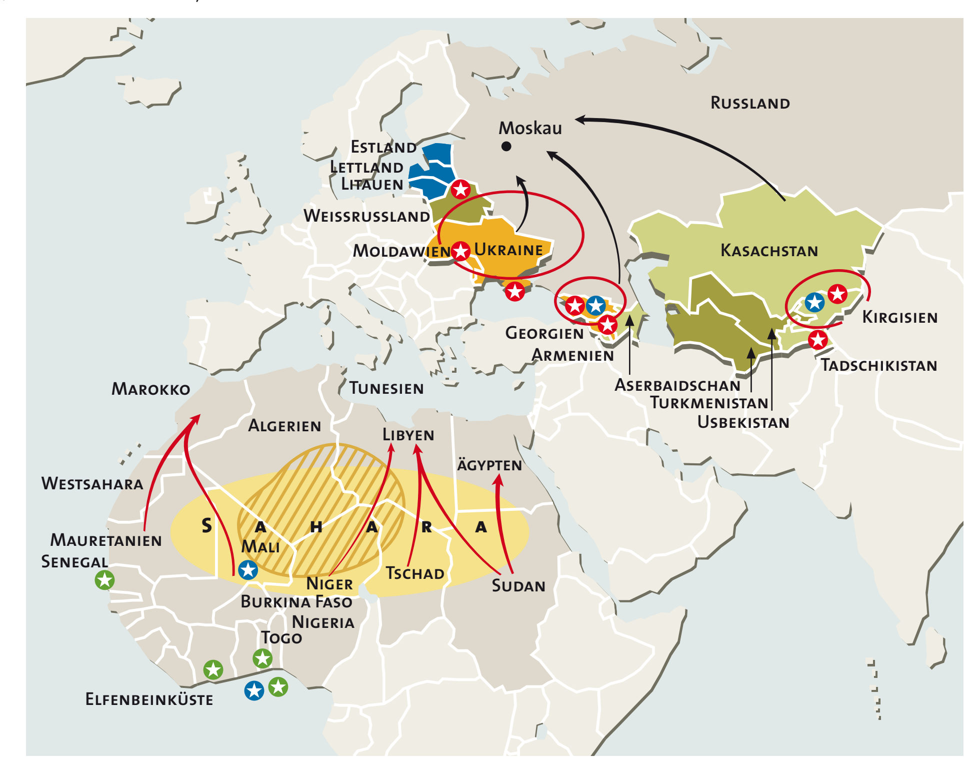
Zum Auftakt seiner zweiten Amtszeit verkündete US-Präsident George W. Bush erneut, dass er seine Präsidentschaft als messianische Aufgabe begreift. In seiner Ansprache zum Amtsantritt, die den bezeichnenden Titel »Freiheitsrede« trug, schrieb er seinem Land den Auftrag zu, die Tyrannei »noch in den entferntesten Ecken des Planeten« zu bekämpfen. Doch hinter diesem Aufruf zur »Befreiung der Welt« gibt es andere und deutlich profanere Faktoren, die für die Prioritäten der USA bestimmend zu sein scheinen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die großen Akteure auf der internationalen Bühne die Aufteilung der Welt in Einflussgebiete – auch jenseits des in Jalta abgesteckten europäischen Rahmens – mehr oder weniger respektiert. Es gab also erstens die UdSSR und ihre Satellitenstaaten, zweitens eine französische Einflusssphäre, die den Maghreb und das frankophone Schwarzafrika umfasste, und drittens die quasimonopolistische Herrschaft der USA über den amerikanischen Doppelkontinent. Dieses stillschweigende Übereinkommen galt jedoch nur begrenzt. Dies wurde bei einer Reihe von Ereignissen deutlich: etwa bei der militärischen Aufrüstung Kubas durch die Sowjetunion, die 1962 zur Kubakrise führte, oder bei der Unterstützung der sozialen und politischen Protestbewegungen in Osteuropa durch den Westen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und des bipolaren Weltsystems war das alte Gleichgewicht in Frage gestellt, und zwar weit über das Territorium der ehemaligen Sowjetunion hinaus.

Die Schwächung und der anschließende Zusammenbruch der UdSSR brachten in Europa eine veritable politische Umwälzung mit sich, die zur Osterweiterung von Nato und Europäischer Union führte. Neben diesen beiden Organisationen beeilten sich mehrere Länder, die neue Lage zu nutzen, zum Beispiel Deutschland, das für seine Ostpolitik, die auf Annäherung setzte, ein neues Betätigungsfeld fand. Doch die aktivste Kraft, die sich die Neugestaltung des postsowjetischen Raumes zunutze machte, waren zweifellos die USA, wobei Washington auf ein ganzes Spektrum von Interventionsmethoden setzte.

Diese Methoden reichten von bilateralen Abkommen über wirtschaftliche oder militärische Zusammenarbeit, bei denen häufig auch eine gewisse politische Abhängigkeit im Spiel war, bis zu multilateralen Vereinbarungen, wofür die Gründung der »Guam« ein gutes Beispiel ist. Dieses Bündnis, das nach den Anfangs-

▶ Instabile Ränder, eine Chance für die USA



Nordafrika

- nicht voll kontrollierbar, unter islamistischem Einfluss, häufige Unruhen und Zusammenstöße, französische und US-amerikanische Militärpräsenz
- Tuareg-Gebiet
- Hauptmigrationsströme

An den Rändern Russlands

- Mitglied der EU und der Nato
- verbreitete Korruption
- autoritäres System
- Diktatur ohne demokratischen Rechte und politischen Freiheiten, keine Meinungs- und Pressefreiheit
- demokratische »Revolutionen« (seit 2003)
- Migration russischer Minderheiten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken

Militärische Präsenz

Russland USA Frankreich

buchstaben der beteiligten Länder Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien benannt ist, zu denen zeitweilig noch Usbekistan stieß, umfasst die GUS-Staaten, die intern gegen Moskau opponieren.

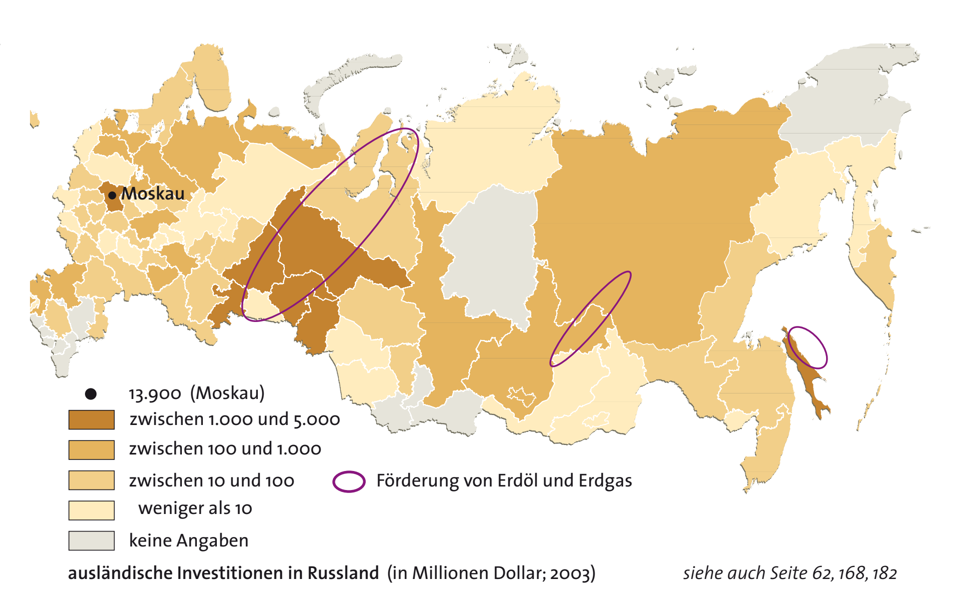
Die USA erhöhten den Druck auf Russland, indem sie Militärstützpunkte in Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan errichteten und zuverlässige Verbündete in Georgien und Aserbaidschan fanden. Dabei agierten sie zunächst unter dem Vorwand, den Zugang zu den Ölvorkommen im Kaspischen Meer sichern zu wollen, und später dann im Zuge der »Antiterror«-Operationen in Afghanistan und im Irak. Ergänzt wurde diese Strategie, die Russland innerhalb seiner traditionellen Einflusssphäre dauerhaft schwächen soll, durch die Unterstützung der politischen »Revolutionen« in Georgien Ende 2003 und in der Ukraine Ende 2004, in geringerem Umfang auch in Moldawien und Kirgisien *(siehe Seite 62)*.

Dieses Bemühen der USA ist nicht auf den eurasischen Raum beschränkt. Auch auf anderen Kontinenten, wie zum Beispiel in Afrika, bauen sie ihre Positionen aus. Ausschlaggebend für das Wo und Wann der Interventionen sind häufig, wie im Fall der ehemaligen Sowjetunion, größere Erdölvorkommen oder der Zugang zu allgemeinen strategischen Rohstoffen wie Diamanten und Edelmetallen und die Kontrolle über die Wege zu solchen Ressourcen, seien es wichtige Häfen, Eisenbahnstrecken oder Pipelines.

Die Vorgehensweisen sind dagegen weitgehend dieselben. Sie reichen von der Tätigkeit US-amerikanischer NGOs und protestantischer Kirchen – die das amerikanische Modell verbreiten oder die neuen Eliten zu gewinnen versuchen – bis zu offiziellen politischen Vereinbarungen und Wirtschaftsabkommen. Dabei wird die angebotene Entwicklungshilfe oder der Beitrag zum Aufbau von Sicherheitsstrukturen häufig davon abhängig gemacht, dass für US-Unternehmen die profitabelsten Aufträge abfallen.

Auch in Afrika äußert sich das Engagement Washingtons am deutlichsten in der militärischen Präsenz der USA, vom Maghreb bis nach Somalia, von Ägypten bis zum Golf von Guinea. Der erste Schritt ist oft ein Beistandsvertrag oder eine Trainingsprogramm für die lokalen Streitkräfte, auf den dann manchmal die Einrichtung von Militärbasen folgt.

Auf diese Aktivitäten reagiert man in Moskau wie in Paris und selbst in gewissen britischen und deutschen Kreisen mit wachsenden Irritationen. Auch die Kritik an den inneren Widersprüchen dieser Politik wird immer lauter, auch in den USA. Denn um ihre angeblich demokratischen Ziele zu erreichen, stützt sich die Regierung in Washington sowohl in Zentralasien als auch in einigen afrikanischen Ländern bedenkenlos auf autoritäre und korrupte Regime.



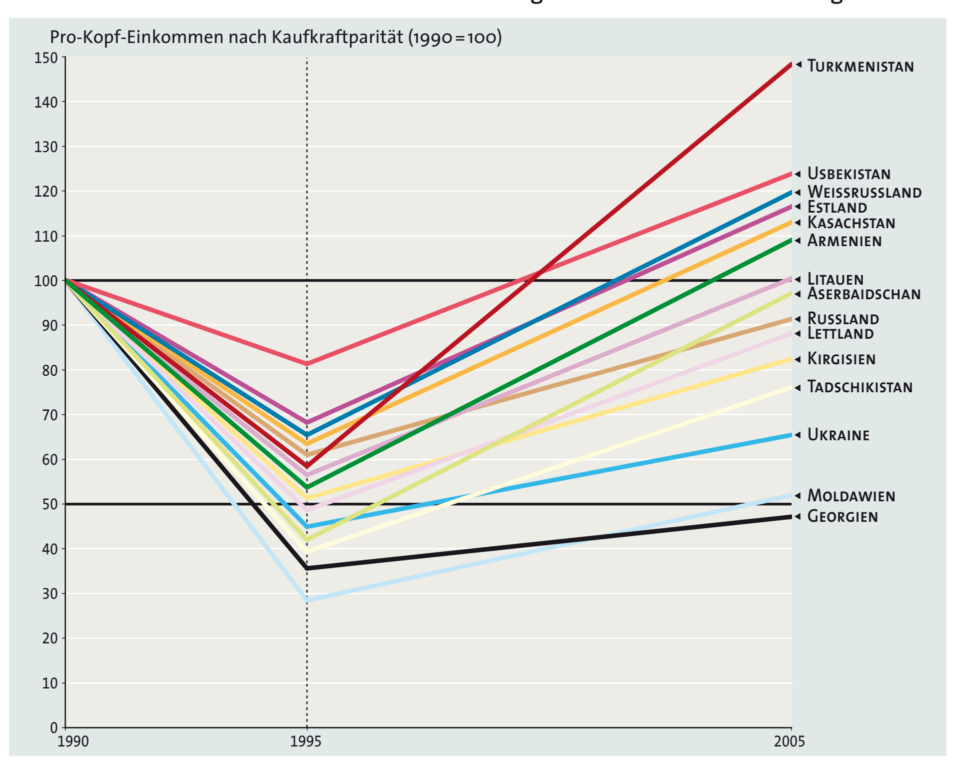
siehe auch Seite 62, 168, 182

Erdöl und Erdgas ziehen Investoren an ◀

WWW

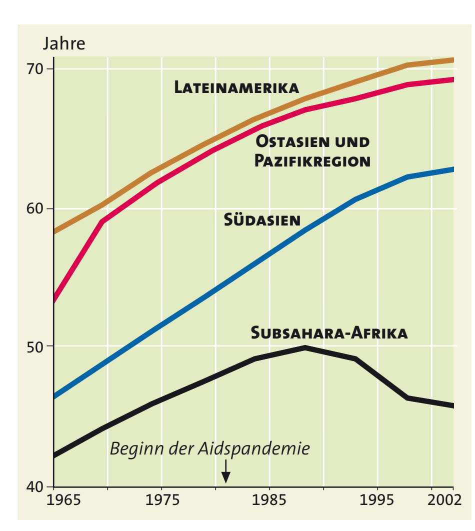
Offizielle Website der GUAM-Staaten
• www.guuam.org
Reports über rohstoffreiche Länder
• www.revenuewatch.org
Rohstoffe und Menschenrechte
• www.globalwitness.org
Foreign Policy in Focus, kritischer Thinktank
• www.fpif.org
Analysen über den »Eurasischen Raum«
• www.eurasianet.org

Armut und Aufschwung in den Ländern der ehemaligen UdSSR ◀



Afrika – ein Drama und seine Akteure

Die sozialen Folgen der Globalisierung zeigen sich am krassesten in Afrika. Vor allem südlich der Sahara blieb die koloniale Abhängigkeit in veränderter Form erhalten. Heute sind es multilaterale Institutionen wie die Weltbank, die den afrikanischen Gesellschaften ihre Entwicklung vorschreiben. Teil des Problems sind auch einheimische Eliten, die sich die nationalen Ressourcen aneignen.



Wie Aids die Lebenserwartung senkt

Afrika ist der einzige Kontinent, bei dem die Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung wie für die Gesundheits- und Sozialversorgung ständig nach unten zeigen. Die Welt schaut offenbar ohnmächtig zu, wie sich ganze Gesellschaften auflösen, weil sie durch Kriege – um Rohstoffe und um politische Macht – oder durch Konflikte zwischen religiösen Gruppen und konkurrierenden Clans untergraben und ausgehöhlt werden.

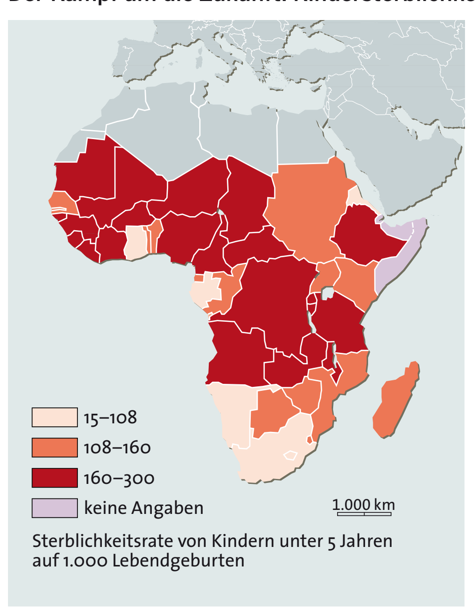
Der Schwarze Kontinent ist zwar ein Opfer der Globalisierung, zugleich aber ist er für diese unentbehrlich, weil er über wichtige Rohstoffvorkommen verfügt. Das Prinzip des Freihandels, das den Volkswirtschaften Afrikas im Zuge einer Politik der »Öffnung« aufgezwungen wird, ist im Grunde eine Lizenz für die Ausplünderung der afrikanischen Rohstoffe. Der Ökonom Samir Amin hat berechnet, dass der Anteil der Exporte an der afrikanischen Wirtschaftsleistung bei 45 Prozent liegt, bei den anderen Kontinenten dagegen nur zwischen 15 und 25 Prozent. Damit ist Afrika lediglich passiv an der globalen Ökonomie beteiligt, wovon die kapitalistischen und insbesondere die westlichen Mächte profitieren. Die Logik der Ausrichtung ganzer Volkswirtschaften und Gesellschaften auf ausländische Nutznießer – früher die Kolonisatoren, heute die Kapitalanleger – ist im Prinzip dieselbe geblieben, während sich nur ihre Form gewandelt hat.

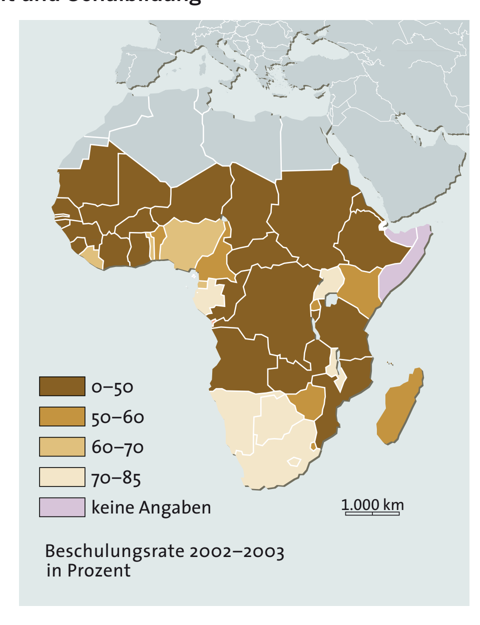
Das zeigt sich an den Empfehlungen der »Kommission für Afrika«. Diese vom britischen Premierminister Tony Blair geleitete Expertengruppe hat – unter dem Etikett »Armutsbekämpfung« und garniert mit ein paar larmoyanten Floskeln – dem Patienten eine tödliche Medizin verschrieben: die Liberalisierung des Handels und der Wirtschaft. Dasselbe tut die G 8 mit ihrem Beschluss vom Juli 2005, den Schuldenerlass für 18 der ärmsten Länder an die Bedingung zu knüpfen, dass diese den Prozess der Liberalisierung und Privatisierung beschleunigen. Dieses Angebot richtet sich im Übrigen an weniger als ein Drittel der 62 Staaten, die laut UN für einen Schuldenerlass in Frage kommen, und bleibt damit weit hinter den ohnehin minimalistischen Millenniumszielen zurück, die von den Vereinten Nationen für den Zeitraum bis 2015 definiert wurden.

Eine aktive Rolle spielen in diesem historischen Drama allerdings auch die afrikanischen Eliten, die sich in vielen Ländern die nationalen Ressourcen angeeignet haben. Doch diese Eliten können nur innerhalb eines Rahmens agieren, der von außen vorgegeben ist, und zwar durch eine Reihe von Institutionen, die nur dem Namen nach multilateral sind. Diese globalen Agenturen des Neoliberalismus verfügen über zwei Zwangsinstrumente: Geld und Recht. Damit können sie nach Belieben diktieren, verwalten und bestrafen, entweder mittels der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF oder mittels Auflagen für Entwicklungsprogramme, WTO-Regeln und anderem mehr.

Somit sind es vor allem die Anteilseigner der öffentlichen und privaten Kapitalfonds, die seit den 1970er-Jahren die afrikanischen Staaten der neoliberalen Globalisierung unterwerfen. Damals hat die so genannte Schuldenkrise, die zum großen

Der Kampf um die Zukunft: Kindersterblichkeit und Schulbildung

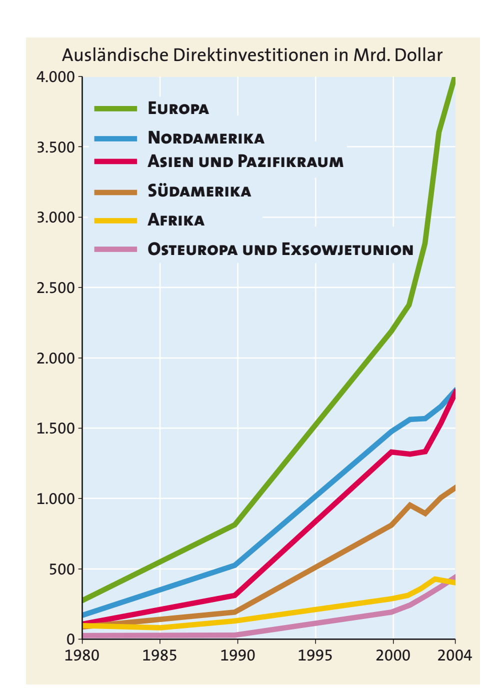




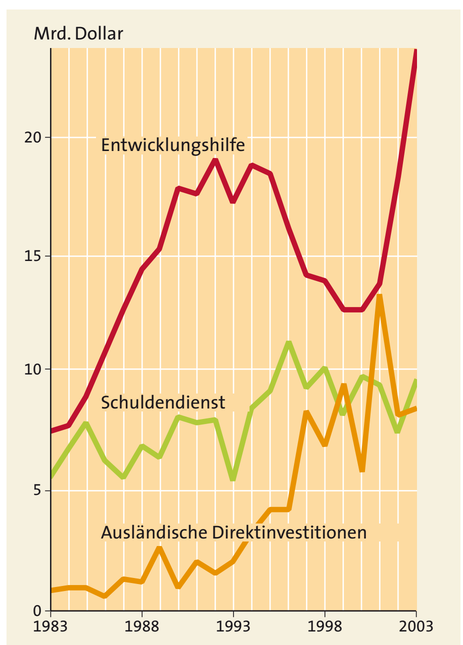
Teil auf Entscheidungen der großen Wirtschaftsgroßmächte zurückgeht, den jungen unabhängigen Staaten die Luft abgeschnürt. Das Scheitern dieser Politik liegt heute offen zutage: 33 der 49 am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries oder LLDC) befinden sich in Subsahara-Afrika. Und die 27 Länder am Ende der LLDC-Tabelle liegen ausnahmslos südlich der Sahara.

Die Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, die auf dem Primat von Geld und Konkurrenz basiert, wird auf diesem Kontinent besonders deutlich, weil die verheerenden Folgen hier an der Zahl der Toten – und der Überlebenden – abzulesen sind. Aus afrikanischer Perspektive erscheint das Versprechen einer »segensreichen Globalisierung« jedenfalls als böser und verhängnisvoller Schwindel. Und dennoch regt sich auf diesem Kontinent allenthalben gesellschaftlicher Widerstand und auch Zuversicht. Vor allem im sozialen Bereich haben sich vielfältige Vereinigungen und Initiativen gegründet. Ein Beispiel sind die Sozialforen, die an vielen Orten Afrikas entstanden sind.

Die viel beschworene Vielfalt unterschiedlicher Kulturen könnte einen konkreten Ausdruck finden, wenn die Großen dieser Welt endlich akzeptieren würden, dass sich wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung innerhalb unterschiedlicher Entwicklungsstrategien vollziehen kann. Im Fall Afrika könnten sich die Gesellschaften auf ihr eigenes kulturelles Vermächtnis besinnen, in dem die Werte der Solidarität und des Teilens eine zentrale Rolle spielen. Soziologen und Ökonomen haben aufgezeigt, dass die informelle Ökonomie dazu beitragen kann, ein solidarisches Wirtschaftssystem zu entwickeln. Jenseits aller Beschwörungsformeln geht es daher um die Frage, ob Afrika endlich Subjekt seiner eigenen Geschichte wird, statt immer nur das Objekt der Geschichte der anderen zu bleiben.



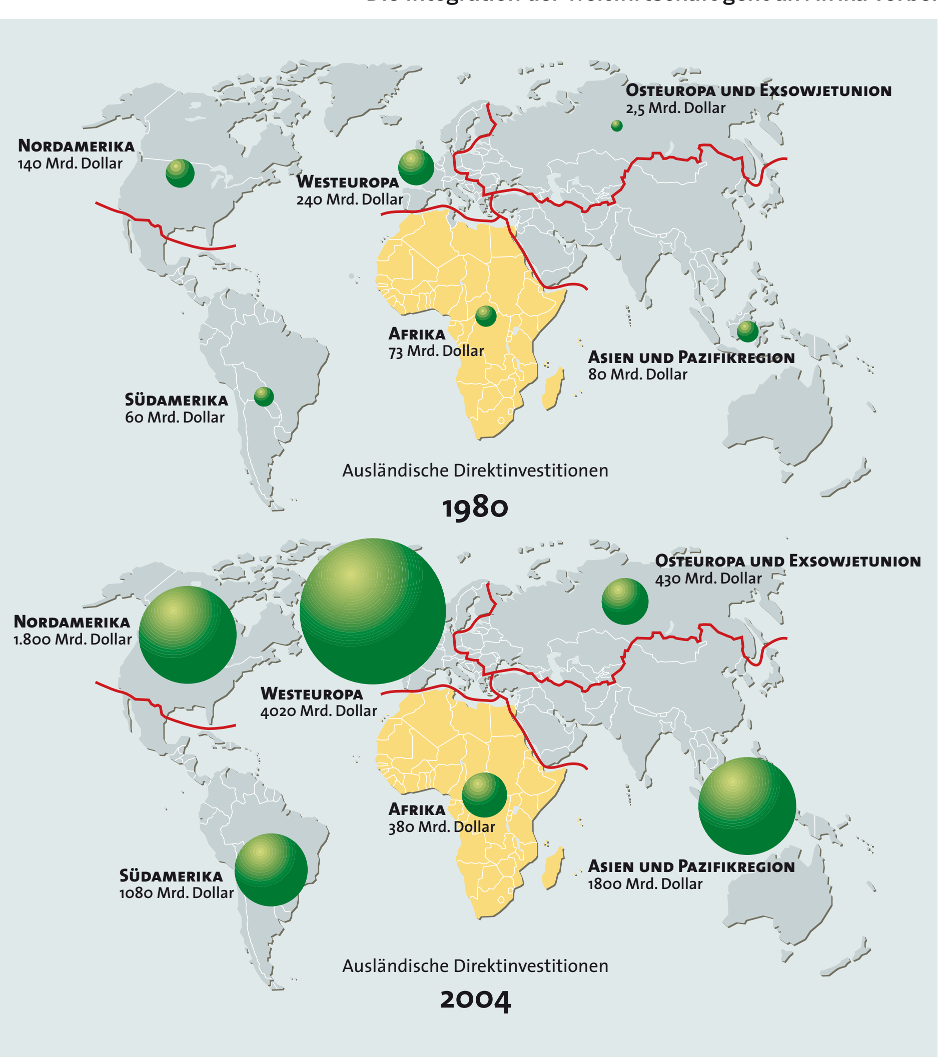
► Afrika: zu wenig Investoren



Subsahara-Afrika: Schulden und Hilfsgelder ◄



Die Integration der Weltwirtschaft geht an Afrika vorbei ◄



www

Panafrikanischer Forschungsverbund: Council for the Development of Social Science Research in Africa (Codesria)
• www.codesria.org
Institut Panos Afrique de l'Ouest (in Senegal ansässig)
• www.panos.sn
Afrika-Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung
• www.bpb.de/themen/2MDWSY,0,Afrika.html
Aktuelle Nachrichten auf deutsch
• www.africa-live.de

Segregation in der multikulturellen Gesellschaft

Im Laufe ihrer Geschichte haben die Vereinigten Staaten zahlreiche Einwanderungswellen erlebt. Viele Menschen kamen aus freien Stücken, manche wurden ins Exil gezwungen. Heute ist jeder zehnte US-Amerikaner im Ausland geboren. Von harmonischem Miteinander kann jedoch keine Rede sein. Vor allem Schwarze werden weiterhin diskriminiert.

Nach der jüngsten Volkszählung wuchs die Bevölkerungsgruppe der Hispanos in den Vereinigten Staaten zwischen 1990 und 2000 um 60 Prozent und ist inzwischen größer als die der Afroamerikaner. 1990 lebten in den USA 22,4 Millionen Hispanos, 2000 waren es 35,4 Millionen. Die Zahl der Schwarzen stieg im gleichen Zeitraum um 16 Prozent von 30 auf 34,7 Millionen, während die Gesamtbevölkerung um 13,4 Prozent auf 281 Millionen Menschen (bis 2006 auf insgesamt 298 Millionen) anwuchs.

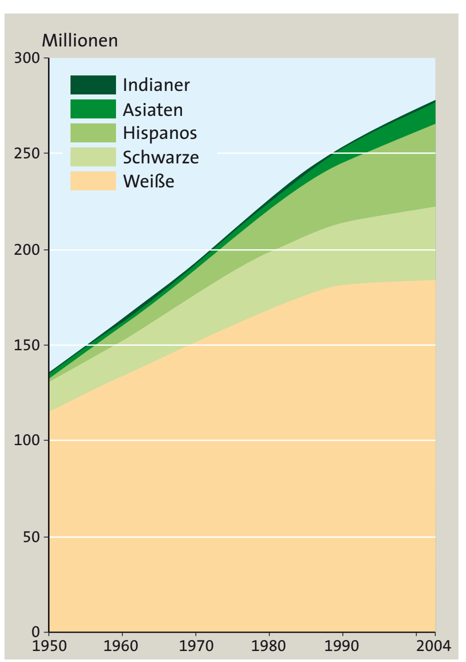
Die US-Bürger asiatischer Abstammung liegen mit einem Anteil von 4 Prozent weit hinter den Hispanos mit 12,6 Prozent und den Schwarzen mit 12,3 Prozent. Diese Zahlen sind auch insofern von Belang, als sie den Zuschnitt der Wahlkreise beeinflussen und damit die Machtverteilung im Repräsentantenhaus mitbestimmen (im Senat dagegen ist jeder Staat unabhängig von seiner Einwohnerzahl mit je zwei Senatoren vertreten). Dass Kalifornien und Texas heute die bevölkerungsreichsten Bundesstaaten sind und damit die meisten Abgeordneten in den Kongress entsenden, liegt auch daran, dass sie den größten Zuwachs an Hispanos verzeichnen. 2006 kamen schätzungsweise 81 Prozent der 12 Millionen illegalen Einwanderer aus Lateinamerika – um diesen Zustrom einzudämmen, beschloss der republikanisch dominierte US-Kongress im Herbst 2006 den Bau einer 1100 Kilometer langen Sperranlage.

Die Immigranten haben die demographische Entwicklung in den Vereinigten Staaten maßgeblich mitbestimmt. Inzwischen ist jeder zehnte Amerikaner im Ausland geboren, ein Prozentsatz, der zuletzt in den 1930er-Jahren erreicht wurde. In früheren Zeiten setzten die Republikaner noch auf die Angst vor Zuwanderern, um sich die Stimmen der weißen Kleinbürger zu sichern. Wie sehr ihnen diese Propaganda geschadet hat, merkten sie, als die immer zahlreicher werdenden Hispanos demokratische Kandidaten bevorzugten, wie es auch bereits 90 Prozent der Schwarzen tun.

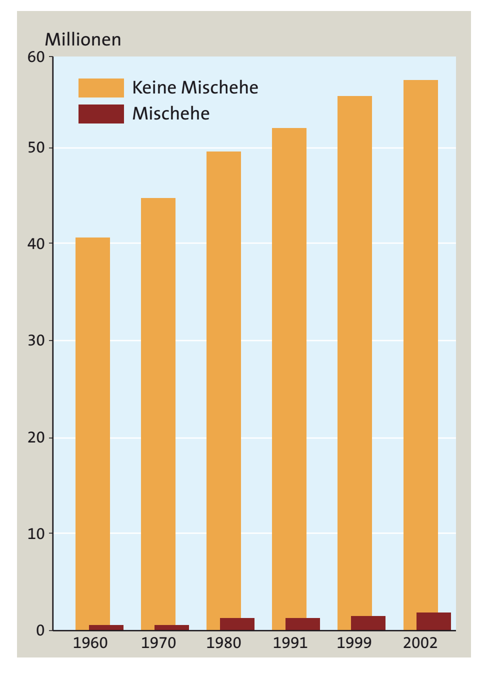
Als ehemaliger Gouverneur von Texas war sich George W. Bush dieser politischen Dynamik bewusst. Also ging er auf Abstand zum »nativistischen« Flügel seiner Partei und steigerte bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 seinen Anteil an den Hispano-Stimmen auf 44 Prozent (1996 waren nur 26 Prozent auf den republikanischen Kandidaten entfallen).

Bei der Volkszählung von 1990 wurden 8 Millionen Amerikaner, vor allem Angehörige von Minderheiten, nicht erfasst, während 4 Millionen doppelt registriert wurden, die großenteils Weiße waren. Leidtragende der Ungerechtigkeiten und sozialen Defizite in den USA sind fraglos die Schwarzen. Das gilt für die Bereiche Bildung und Gesundheit wie für die Rechtsprechung, für die Wohnungssituation wie für die Repräsentanz im Fernsehen. Keine schönen Worte über die multikulturelle Gesellschaft können darüber hinwegtäuschen, dass sich im Alltagsleben der Vereinigten Staaten eine neue soziale Segregation entwickelt.
Beispiel Bildungswesen: Schwarze Schüler gehen häufiger auf schlecht ausgestattete Schulen und haben bei Ordnungsverstößen härtere Strafen zu erwarten als ihre weißen Mitschüler.

▶ Bevölkerungsentwicklung in den USA



▶ Mischehen in den USA



Beispiel Gesundheitswesen: Die Lebenserwartung von schwarzen US-Amerikanern liegt sechs Jahre niedriger als die von weißen. Bei gleichen Symptomen wird schwarzen Patienten seltener eine Behandlung verordnet als weißen. Das betrifft besonders die Aids-Patienten, von denen über die Hälfte Schwarze sind.

Beispiel Justiz: Schwarze werden in der Öffentlichkeit öfter von der Polizei kontrolliert als Weiße und für das gleiche Verbrechen viermal so oft mit dem Tod bestraft. In Maryland zeigt sich diese Ungleichbehandlung noch bei den kleinsten Vergehen: Zwar stellen die Schwarzen nur 17 Prozent der Autobesitzer, aber 70 Prozent der Polizeikontrollen entfallen auf schwarze Fahrer. Bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung haben Schwarze häufiger mit einem Verfahren zu rechnen als Weiße.

Beispiel Wohnungssituation: In Wohnvierteln, die in der Nähe von umweltverschmutzenden Anlagen liegen, leben meist überwiegend Schwarze.

Beispiel Fernsehen: Bei einer Serie mit schwarzen Hauptdarstellern schaltet das weiße (zahlreichere und zahlungskräftigere) Publikum möglicherweise nicht ein, sodass die Werbeindustrie dezent den Rat erteilt, die »Zielgruppe« zu erweitern.

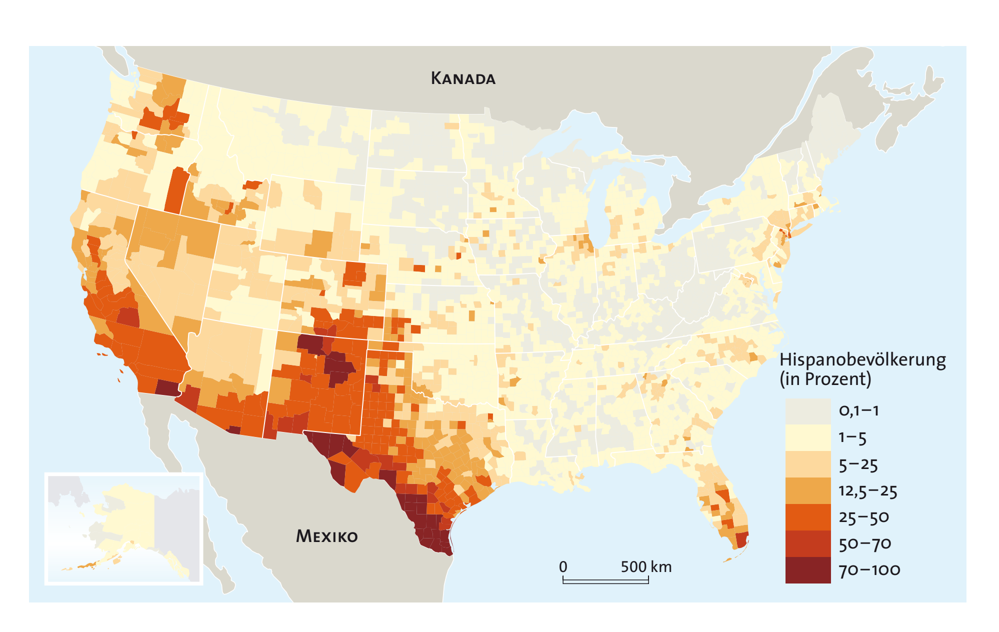
Während Eheschließungen zwischen Weißen und Hispanos ziemlich häufig sind, bleiben sie zwischen Schwarzen und Weißen eher die Ausnahme (0,6 Prozent).

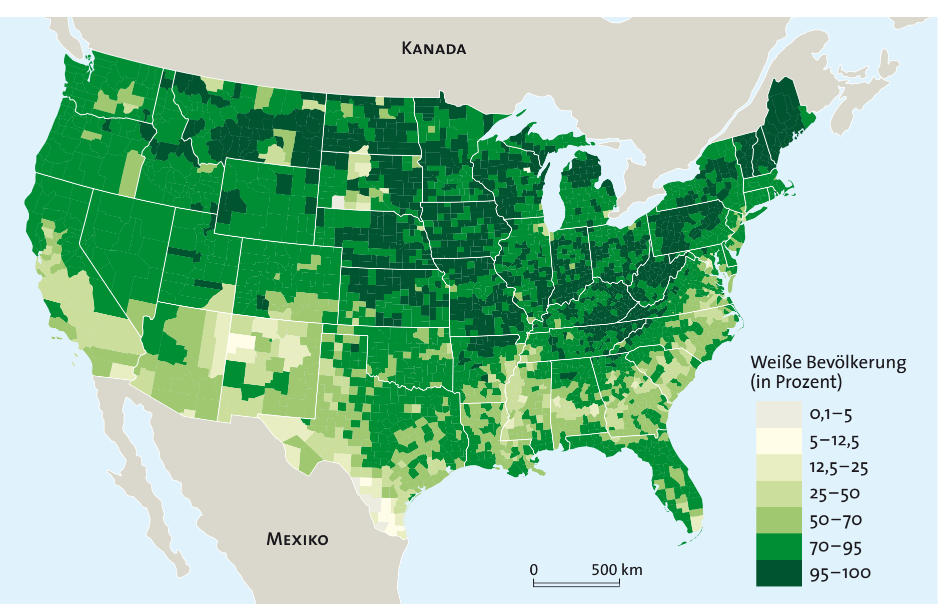
Die naive Begeisterung über den »Schmelztiegel« Amerika täuscht heute wie schon vor hundert Jahren über eines hinweg: Obwohl immer mehr Ethnien in den Tiegel gewandert sind, findet eine Verschmelzung heute so wenig statt wie früher.

www

US Census Bureau
www.census.gov
Inequality.org (NGO von Wissenschaftlern und Journalisten, die über wirtschaftliche und soziale Ungleichheit informieren)
www.inequality.org
Transnational Institute
www.tni.org
Mexican American Legal Defense and Education Fund (NGO zur Verteidigung der Rechte hispanischer Einwanderer)
www.maldef.org/

Kanada
Mexiko
0 500 km
Schwarze Bevölkerung (in Prozent)
0,1–1
1–5
5–12
12–25
25–50
50–70
70–95





Drei ethnische Profile der USA ◀

Autochthone in Kanada

Kanada ist ein großes, dünn besiedeltes Land: Seine 31 Millionen Einwohner verteilen sich auf eine Fläche von fast 10 Millionen Quadratkilometern. Sie leben überwiegend am Sankt-Lorenz-Strom und entlang der Grenze zu den USA. Das Verhältnis zum mächtigen Nachbarn ist von Ungleichheit geprägt. In der Innenpolitik dominiert die Forderung nach erweiterter Autonomie, die sowohl die Frankokanadier als auch die autochthone Bevölkerung artikulieren.

Bei den Verhandlungen über das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) übten die USA erheblichen Druck auf die Partnerländer aus. Nur pro forma hat Kanada den Versuchen, seine Souveränität einzuschränken, widersprochen und in Sachen Fernverkehr und kommerzieller Nutzung von Wäldern und Süßwasserressourcen seine autonome Entscheidungsgewalt verteidigt. Doch in den entscheidenden Bereichen – Energiepolitik, Ablehnung des Kioto-Protokolls, Kontrolle des Luftraums und der Einwanderung – fügte man sich bereitwillig dem Diktat Washingtons, zumal sich seit dem Sieg der Konservativen bei den Wahlen Anfang 2006 die beiden Regierungen noch näher stehen.

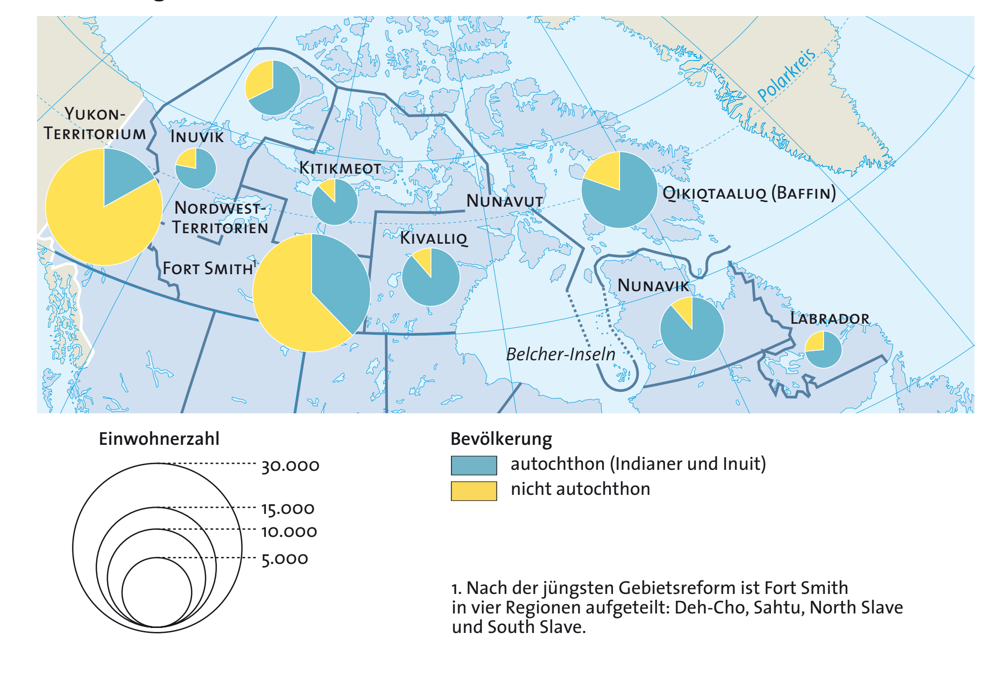
In puncto Lebensqualität liegt Kanada international auf Platz eins. 80 Prozent der Bevölkerung leben in Städten, der Dienstleistungssektor ist die wichtigste Wirtschaftsbranche. Charakteristisch für Kanada sind aber nach wie vor seine riesigen, dünn besiedelten Flächen, die mit ihrer Forstwirtschaft und ihren Erz- und Energievorkommen auch ökonomisch wichtig sind. Letztere Branche ist durch volatile Ölpreise gekennzeichnet, hat aber in den letzten zehn Jahren vor allem den westlichen Provinzen Alberta und British-Columbia große Gewinne beschert. Denn die seit 2004 dramatisch gestiegenen Rohölpreise haben die Ölgewinnung aus Ölsand, von dem große Vorkommen in Alberta lagern, sehr viel lukrativer gemacht.

Deshalb ist auch die Bevölkerung des im Nordosten von Alberta gelegenen Städtchens Fort McMurray, wo inzwischen sowohl Zuwanderer als auch Leute aus der kanadischen Provinz Arbeit finden, von 36 500 1999 auf knapp 65 000 im Jahr 2006 gestiegen. Allerdings hinken die Stadtentwicklung, die medizinische und die soziale Versorgung diesem Anstieg hinterher. Hinzu kommt, dass die Ausbeutung der Bodenschätze im hohen Norden teure Infrastrukturmaßnahmen und Eingriffe in überaus empfindliche Ökosysteme erforderlich macht.

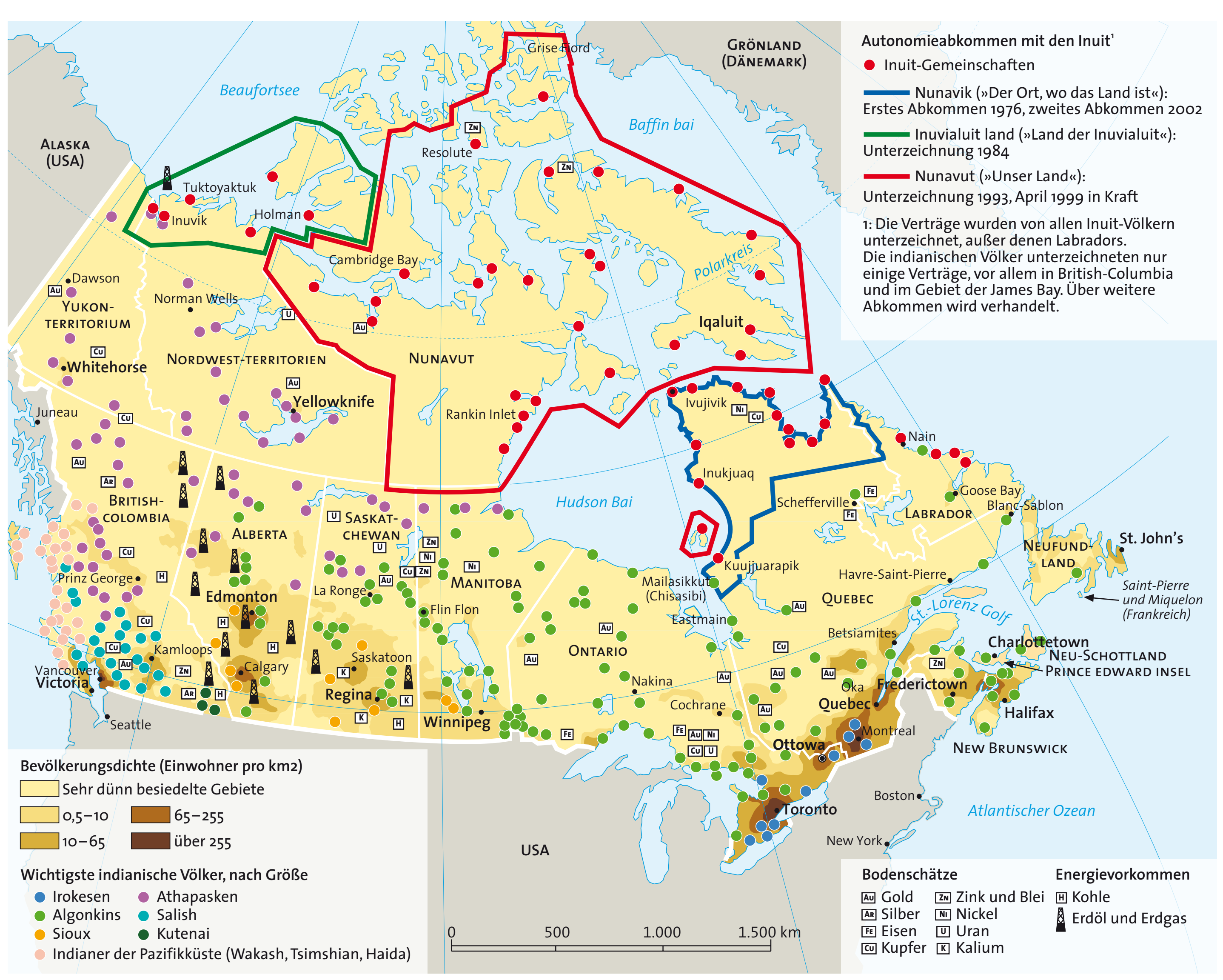
Die Vielzahl der Kulturen des Landes ist lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen worden. Politisch beruhte die Stabilität auf einem Pakt zwischen zwei ungleichen Partnern: »Gründungsvölker« bei der Proklamation der kanadischen Konföderation waren die »Anglokanadier« und die »Frankokanadier« – die in der Provinz Quebec die Mehrheit bilden, aber auch mit kleinen, kulturell eng vernetzten und aktiven Gemeinden im Landesinneren vertreten sind. In den 1960er-Jahren begannen die Frankokanadier gegen die wirtschaftliche und soziale Dominanz der anglophonen Mehrheit aufzubegehren. Sie bezeichneten sich selbst als »Québecois« und initiierten politische Programme zur Beendigung ihrer ökonomischen und sozialen Benachteiligung. Das 1968 auf Bundesebene durchgesetzte Prinzip der Zweisprachigkeit stärkte die Stellung der französischen Sprache.

Gleichzeitig entwickelte die kanadische Bundesregierung auch gegenüber den anderen Landeskulturen eine multikulturell ausgerichtete Politik und schwächte somit die Position der frankophonen Kanadier. Dass der politisch-kulturelle Raum komplexer wurde, förderte die weitere Ausdifferenzierung der kanadischen Identität. Denn jetzt erhielten auch verschiedene andere Einwanderergruppen, die sich zuvor zwangsläufig in die anglophone Mehrheit eingefügt hatten, Raum zur kulturellen Entfaltung. Das gilt unter anderem für die aus

► Bevölkerung in den arktischen Gebieten Kanadas



1. Nach der jüngsten Gebietsreform ist Fort Smith in vier Regionen aufgeteilt: Deh-Cho, Sahtu, North Slave und South Slave.



Autochthone Völker in Kanada ◀

Deutschland und Skandinavien Stammenden in den ländlichen Gebieten des Westens, für die aus Italien oder der Levante Eingewanderten, die in den großen Städten im Osten leben, sowie für die in Vancouver lebenden Chinesen.

Auch die autochthonen Völker – Indianer und Inuit – fühlten sich ermutigt, die Anerkennung angestammter Rechte in ihren traditionellen Siedlungsgebieten zu fordern. In zähen Verhandlungen mit der Bundesregierung und nach gewaltsamen Protestaktionen fordern sie seit Mitte der 1970er-Jahre die Respektierung ihrer Identität, das Eingeständnis früherer Fehler und finanzielle Entschädigungen.

Die bislang wichtigste Vereinbarung war das 1993 ratifizierte Abkommen mit der Mehrheit der Inuit (24 000 von insgesamt 32 000 Menschen). Es gewährte der kanadischen Inuit-Bevölkerung gemeinschaftliche Besitzrechte an 355 981 Quadratkilometern (18 Prozent ihres traditionellen Siedlungsgebiets) und Schürfrechte auf 37 992 Quadratkilometern. Seit 1. April 1999 gibt es auch ein neues Territorium unter eigener Verwaltung, das zu 85 Prozent von Inuit bewohnt ist: Nunavut (»Unser Land« in der Inuit-Sprache Inuktitut) hat den gleichen Status wie die anderen Inuit-Territorien Yukon und Nordwest-Territorium. Seine kanadisch und somit letztlich europäisch geprägte Verwaltung soll an Bedürfnisse und Denkweise der Inuit angepasst werden. Mit diesem vorbildlichen Abkommen war auf internationaler Ebene ein Beispiel für den Umgang mit den Rechten autochthoner Völker gesetzt, das inzwischen Minderheiten in Australien, Neuseeland und Russland aufgegriffen haben.

WWW

Amt für Statistik der kanadischen Bundesregierung
www.statcan.ca
Internetportal der Provinzregierung von Quebec
www.gouv.qc.ca
Indianische Bevölkerung in Nordkanada
www.ainc.gc.ca
Department of Canadian Heritage
www.pch.gc.ca
Internetportal der Nunavut
www.nunavut.com
Interkulturelles Institut (Montreal)
www.iim.qc.ca

Mexiko, Hinterhof der USA

Mexiko steht vor neuen Aufgaben: Seit dem Ende der Einparteienherrschaft versucht das Land, sich aus der Abhängigkeit von den USA zu befreien und neue regionale und internationale Märkte zu erschließen. Diese Entwicklung könnte jedoch die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit weiter verschärfen und vor allem die indianische und die Landbevölkerung hart treffen.

Zwei einschneidende Ereignisse kennzeichneten Mexiko am Ende des 20. Jahrhunderts: die Entstehung der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) 1994 und das Ende der 71-jährigen Alleinherrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) durch die Wahlen im Juli 2000. Nach dieser historischen Niederlage konnten erstmals düstere Kapitel der jüngeren Geschichte zur Sprache kommen: das Massaker von 1968 an demonstrierenden Studenten in Mexiko-Stadt, das Verschwinden von mehr als 500 Regimegegnern zwischen 1970 und 1990 sowie die Tatsache, dass die politische Klasse darüber nie Rechenschaft ablegen musste.

Nach den Präsidentschaftswahlen vom 3. Juli 2000 erklärte der Wahlsieger Vicente Fox, er habe die Demokratie nach Mexiko gebracht. Er versprach, durch liberale Reformen »das Land aus der Unterentwicklung herauszuführen und Millionen von Armen eine Chance zu geben«, gleichwohl werde seine Regierung eine »Regierung von Unternehmern für Unternehmer« sein. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, die Landvergabe an die Bauern zu stoppen.

Zentrale Bestandteile seines politischen Programms waren die Privatisierung der Staatsunternehmen (vor allem der Elektrizitätswerke und der Erdölgesellschaft Pemex) und das Großprojekt »Plan Puebla-Panama« (PPP), das Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar und gewaltige Veränderungen im Südwesten Mexikos und in ganz Mittelamerika vorsieht. Dieser Plan, dem alle mittelamerikanischen Staaten von Mexiko bis Panama zugestimmt haben, soll mit Hilfe der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) die Lösung zur Überwindung der Armut bieten. Neben dem Bau von Autobahnen und der Erschließung von Erdöl- und Wasserressourcen sollen Firmen gefördert werden, die auf die Produktion genetisch veränderter Organismen (GVO) spezialisiert sind. Laut Vorstellung der Weltbank ist die Provinz Chiapas »ein besonders interessantes Gebiet für biotechnologische Versuche und die Nutzung der Artenvielfalt«.

Im Zentrum des Interesses liegt das teils von den Zapatisten kontrollierte Regenwaldgebiet entlang des Lacantun-Flusses. Diese Region verfügt über 25 Prozent des mexikanischen Oberflächenwassers, reiche Erdölvorkommen und mehr als 50 Prozent der Tropenhölzer des Landes. Doch die Großprojekte sind durch die Forderungen der Indiovölker (10 Millionen Menschen) nach Autonomie und kultureller Entfaltung gefährdet. Trotz der Forderungen der Zapatisten und deren »Marsch auf Mexiko-Stadt« billigt das neue Indianer-Gesetz vom 28. April 2001 den Indigenen keine Rechte an ihrem Land und den natürlichen Ressourcen zu.

Mexiko versucht, vielfältige Beziehungen zu knüpfen, um nicht vollständig vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) abhängig zu sein, innerhalb dessen Geltungsbereich 2004 bereits 73 Prozent seines Außenhandels abgewickelt wurden. 55 Prozent der mexikanischen Importe und 87 Prozent der Exporte entfielen 2004 allein auf die USA. Um seinen Außenhandel zu diversifizieren, schloss das Land Freihandelsabkommen auch mit der Europäischen Union, Japan und den Ländern Lateinamerikas. Doch trotz des Ausbaus der Handelsbeziehungen konnte die soziale Ungleichheit nicht gemildert werden.

Die ökonomische Integration auf Nafta-Ebene zeigt sich am klarsten in den rund 3000 *maquiladoras.* Das sind Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie, die hauptsächlich von US-Firmen im Norden Mexikos gegründet wurden. Hier sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, doch die Beschäftigten haben praktisch keine Arbeitnehmerrechte. Die *maquiladoras* sind als Zulieferer innerhalb ihrer Mutterkonzerne völlig von der Konjunktur in den USA abhängig.

Mexiko ist ohnehin ein Land mit extremer sozialer Ungleichheit, doch das geographische Wohlstandsgefälle zwischen dem armen Süden und dem relativ wohlhabenden Norden nimmt noch ständig zu. Mehr als ein Viertel der 105 Millionen Mexikaner leben von weniger als einem Dollar pro Tag, über 50 Prozent verdienen ihren Lebensunterhalt in der Schatten-

► Nord-Süd-Gefälle der sozialen Ungleichheiten





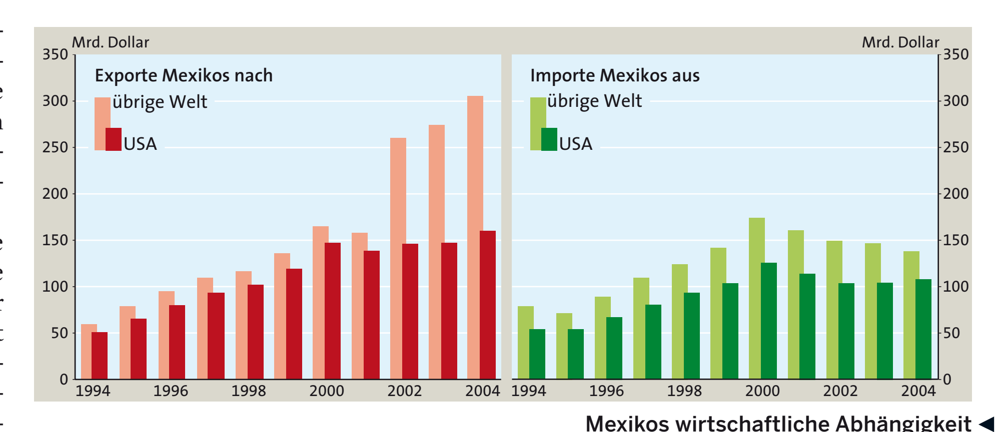
Natürliche Ressourcen, Minderheiten, bewaffneter Widerstand ◀

wirtschaft. Die regelmäßigen Überweisungen (Remesas) von in den USA lebenden mexikanischen Migranten an ihre Verwandten in Mexiko sind inzwischen nach den Erdöldevisen die zweitwichtigste Devisenquelle, noch vor den Einnahmen aus dem Tourismus.

Jahr für Jahr versuchen mehr als eine Million Mexikaner – meist illegal – in die USA zu gelangen. Die Einnahmen der Schleuserbanden, die das Geschäft mit der Migration über die mehr als 3000 Kilometer lange Grenze kontrollieren, liegen jährlich bei über 40 Milliarden Dollar. Damit gehört diese Branche – neben Drogenhandel und Waffenschmuggel – zu den wichtigsten kriminellen Potenzialen des Landes.

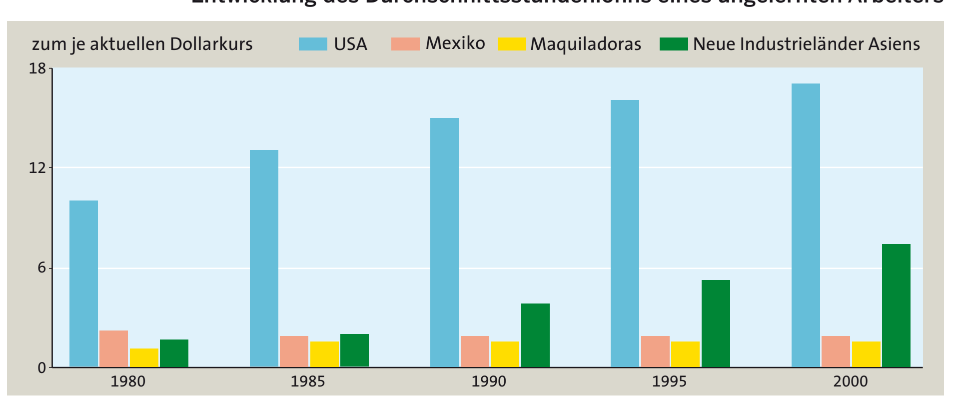
www

Amt des mexikanischen Staatspräsidenten
www.presidencia.gob.mx
Nationales Institut für Statistik und Geogra?e
www.inegi.gob.mx
Zapatistische Nationale Befreiungsarmee
www.ezln.org.mx
Nationaler Kongress der indigenen Völker
www.laneta.apc.org/cni
Tageszeitung La Jornada
www.jornada.unam.mx/
NGO-Netzwerk La Neta
www.laneta.apc.org/



Mexikos wirtschaftliche Abhängigkeit ◀

Entwicklung des Durchschnittsstundenlohns eines ungelernten Arbeiters ◀



Lateinamerika auf dem Weg in die Unabhängigkeit

Lateinamerika galt lange Zeit als Laboratorium für neoliberale Strategien und zugleich als deren Opfer. Nach einer Serie linker und sozialdemokratischer Wahlerfolge und dem Erstarken der sozialen Bewegungen ist der Halbkontinent jedoch zum Symbol des Widerstands gegen die Globalisierung à la USA geworden.

Dass in Lateinamerika das neoliberale Modell auf breiter Front abgelehnt wird, hat viele Gründe: die Armut (225 Millionen Menschen oder 43,9 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze), die riesigen Defizite im Gesundheits- und Bildungswesen, die ungleiche Einkommensverteilung, die allen Wohlstand bei einer schwerreichen Oberschicht konzentriert. Solche Verhältnisse provozieren aber auch Widerstand an der Basis, sei es in Form von Massendemonstrationen, sei es als aufständische Aktionen. In letzter Zeit haben die sozialen Bewegungen in fünf Ländern dazu beigetragen, dass Präsidenten abgewählt wurden, die für den volkswirtschaftlichen Bankrott (Argentinien 2000), für eine gegen das Volk gerichtete Politik (Ecuador 1997 und 2005) oder für die Privatisierung von Wasser und Gas (Bolivien 2003 und 2005) verantwortlich waren. Dieser Widerstand entwickelte sich zumeist außerhalb der diskreditierten traditionellen Parteien, die weder eine akzeptierte politische Ideologie noch Rückhalt in der Bevölkerung haben. In Washington und in den konservativen Kreisen Lateinamerikas wird diese Entwicklung als Aufstieg eines »radikalen Populismus« denunziert. Unter dieser Bezeichnung fasst man alle politischen Strömungen zusammen, die sich der neoliberalen Strategie widersetzen, wie auch alle Verfechter eines lateinamerikanischen Modells partizipatorischer Demokratie und das Auftreten politischer Führer, die dieses Modell propagieren – allen voran der venezolanische Präsident Hugo Chávez.

Obwohl die Regime Kubas und Venezuelas keinerlei Gemeinsamkeiten aufweisen, repräsentieren Hugo Chávez und Fidel Castro innerhalb dieser Konfliktkonstellation den radikalen Pol. Im Zentrum der »bolivarischen« Konzeption, die in Venezuela entwickelt wird, steht die Vision eines demokratischen Lateinamerika. Die einzelnen Staaten sollen sich zu einem unabhängigen Block fügen, der als sein politisches Hauptziel definiert, die sozialen Ungleichheiten auf dem Subkontinent abzubauen. Dieses Projekt, das Chávez als »neuen Sozialismus« bezeichnet, will er mittels der »Bolivarischen Alternative für Amerika« (Alba, für: Alternativa Bolivariana para la America) realisieren.

Sollte diese Initiative Erfolg haben, wäre dies ein schwerer Schlag gegen das von Washington geförderte Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA), das eine vollständige »Öffnung« nicht nur aller Wirtschaftsbereiche, sondern auch des Gesundheits- und Bildungswesens vorsieht. Obwohl Washington für diesen Plan die Unterstützung seiner Bündnispartner hat (Mexiko, die Staaten Zentralamerikas, Chile, Kolumbien, Peru und bis vor kurzem auch Ecuador

▶ Die Last der Schulden



und Bolivien), ist es den USA bislang nicht gelungen, diesen »großen kontinentalen Markt« praktisch durchzusetzen.

Mehrere Länder Lateinamerikas haben inzwischen Mitte-links- oder auch linke Regierungen: Argentinien mit der Wahl des Präsidenten Nestor Kirchner, Brasilien mit der Wahl von Luiz Inácio »Lula« da Silva, Uruguay mit Präsident Tabaré Vasquez, Panama mit Martín Torrijos und Bolivien mit Präsident Evo Morales. Dass die neu gewählten Präsidenten die Nähe zu Hugo Chávez suchen und sich dem Wunsch des US-Außenministeriums verweigern, den venezolanischen Präsidenten zu isolieren, hat weniger mit ihrer rechten oder linken Orientierung zu tun als damit, dass sie auf das Konzept eines Wirtschaftsnationalismus setzen. Die neue Konstellation hat dazu geführt, dass sich die USA im Mai 2005 in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zum ersten Mal seit deren Gründung nicht durchsetzen konnten, als der Chilene Miguel Insulza gegen den Willen Washingtons zum Generalsekretär gewählt wurde.

Die USA haben nach ihrem Scheitern in Kolumbien, wo die letzten Guerillagruppen ihren Kampf weiter fortsetzen *(siehe Seite 152)*, den venezolanischen Präsidenten Chávez zum »Sündenbock« erklärt. Das ist verständlich, denn die in Caracas umgesetzten Sozialreformen sind eine große Inspiration für die Rebellenbewegungen der gesamten Region. Zugleich aber ist Venezuela als zweitgrößter Erdöllieferant der USA (und fünftgrößter der Welt) für Washington von großer strategischer Bedeutung. Dasselbe gilt für Länder mit bedeutenden Erdöl- und Erdgasvorkommen wie Mexiko, Kolumbien, Ecuador und Bolivien.

Das Pentagon unterhält deshalb weiterhin eine starke Militärpräsenz in der Andenregion und in Mittelamerika. Unter dem Vorwand der »Terrorismusbekämpfung« beschwört es die Gefahr, die von bewaffneten nichtstaatlichen Akteuren ausgeht (Guerilla, Mafia, Drogenhändler, kriminelle Banden, internationale Terrorgruppen). Beunruhigt zeigt sich Washington auch über das Erstarken von Bewegungen der indigenen Bevölkerung in Mexiko, Ecuador, Bolivien und Chile, die sich mit radikalisierten Gruppen der Gesellschaft verbünden könnte, etwa mit der Bewegung der Landlosen in Brasilien, Paraguay und Ecuador, mit den argentinischen Piqueteros – organisierten Gruppen von demonstrierenden Arbeitslosen –, mit den Globalisierungsgegnern usw.



Ein Kontinent löst sich von Washington ◄

Dennoch ist es den USA nicht gelungen, den Lateinamerikanern ein neues Konzept präventiver Sicherheit aufzudrücken oder die Gründung einer multinationalen Eingreiftruppe unter dem Kommando des Pentagon durchzusetzen. Einen solchen Vorschlag haben Venezuela, Brasilien und Argentinien zurückgewiesen, und zwar unter Berufung auf ihre nationale Souveränität wie auch mit dem Hinweis auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

WWW

Informationen auf deutsch vom Nachrichtenpool Lateinamerika
- www.npla.de/poonal/index.html

Aktuelles auf englisch: Latin American Information Agency (ALAI)
- www.alainet.org

Ausführliche Analysen und Artikel bei der Informationsstelle Lateinamerika
- www.ila-bonn.de/lateinamerika/home.htm

Monatszeitschrift mit umfassendem Archiv
- www.Lateinamerikanachrichten.de

Bolivarianische Alternative für Amerika, die Stimme von Hugo Chávez
- www.alternativabolivariana.org

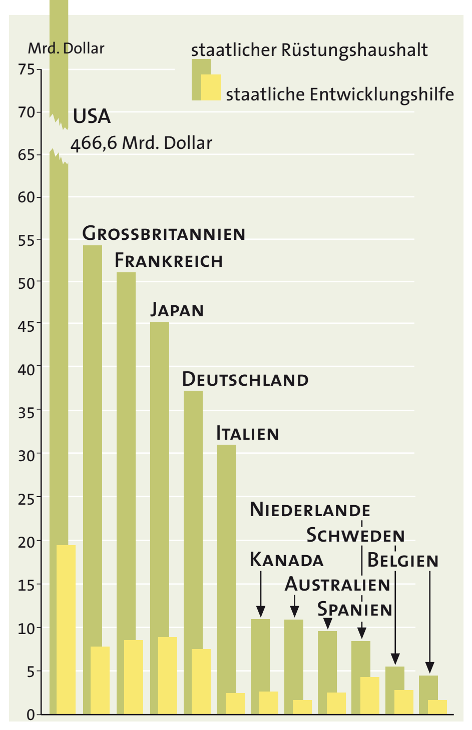
Gute Zeiten für Waffenhändler

Im Namen des »Kriegs gegen den Terrorismus« haben die Vereinigten Staaten ihre Militärausgaben enorm gesteigert. Washington bestreitet heute die Hälfte der weltweiten Rüstungsaufwendungen. Die Ausgaben aller Nato-Staaten zusammen machen sogar mehr als zwei Drittel aus. Und alle großen Waffenexporteure schauen begierig auf den Markt der Zukunft – auf China.

Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2004 auf 1,035 Billionen Dollar, wenn man zu den Beschaffungs- und den laufenden Kosten die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F&E) dazurechnet. Diese Zahl bedeutet einen Anstieg von mehr als 30 Prozent seit 1998. In diesem Jahr waren die Militärausgaben auf ihrem niedrigsten Stand seit dem Ende des Kalten Kriegs. Und die Rüstungsdiskussion drehte sich vor allem um die »Friedensdividende«, die sich freilich in Luft auflöste, bevor sie sich materialisieren konnte.

Heute hingegen steht an die Spitze der politischen Prioritätenliste wieder die Forderung nach »mehr Sicherheit«. Das gilt sowohl für die neue Sicherheitsdoktrin der Bush-Administration als auch für das »Solana-Papier«, das auf dem EU-Gipfel vom Dezember 2003 verabschiedet wurde. Das in den USA nach dem 11. September 2001 geschaffene Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security) hat Zugriff auf beträchtliche Budgetmittel unabhängig vom Verteidigungsetat, mit denen die Forschungsprojekte großer Rüstungskonzerne finanziert werden können. Die Hälfte der globalen Militärausgaben wird von den USA getätigt, die auf dem Feld der Militärtechnologie und der Produktion moderner Waffensysteme einen besonders großen Vorsprung haben.

Auf der Ebene der Europäischen Union gilt das Augenmerk der EU-Kommission insbesondere der Koordination und Finanzierung von Programmen, die eine sicherheitspolitische Bedeutung haben. Das im April 2005 aufgelegte 7. Europäische Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung (FP7) sieht 3,5 Mrd. Euro für die Bereiche Sicherheit und Raumfahrt vor, die als eng verflochten angesehen werden. Diese Summe kommt also noch zu den Mitteln für militärische Forschung und Entwicklung hinzu.

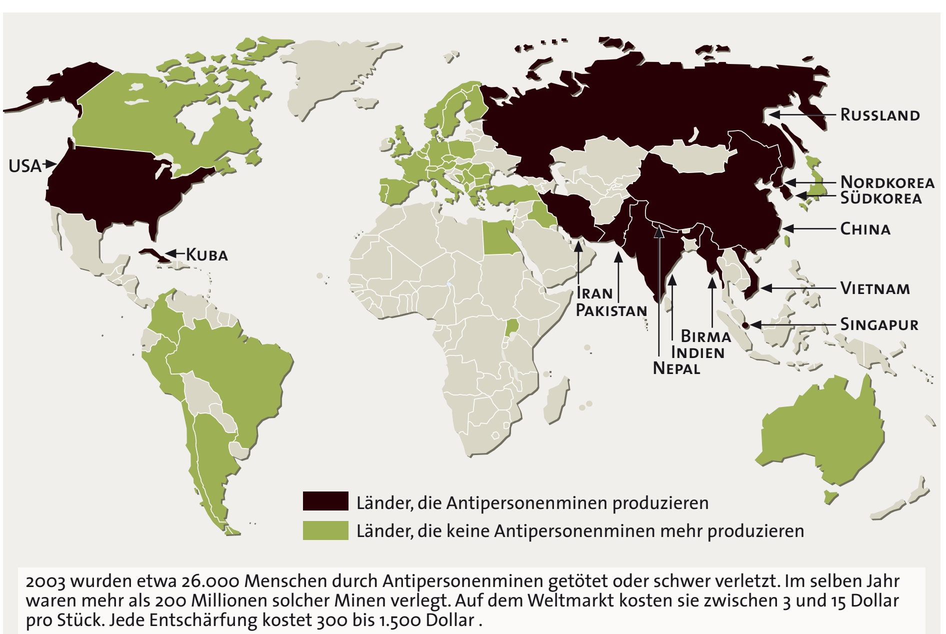


Rüstung und Entwicklungshilfe ◀

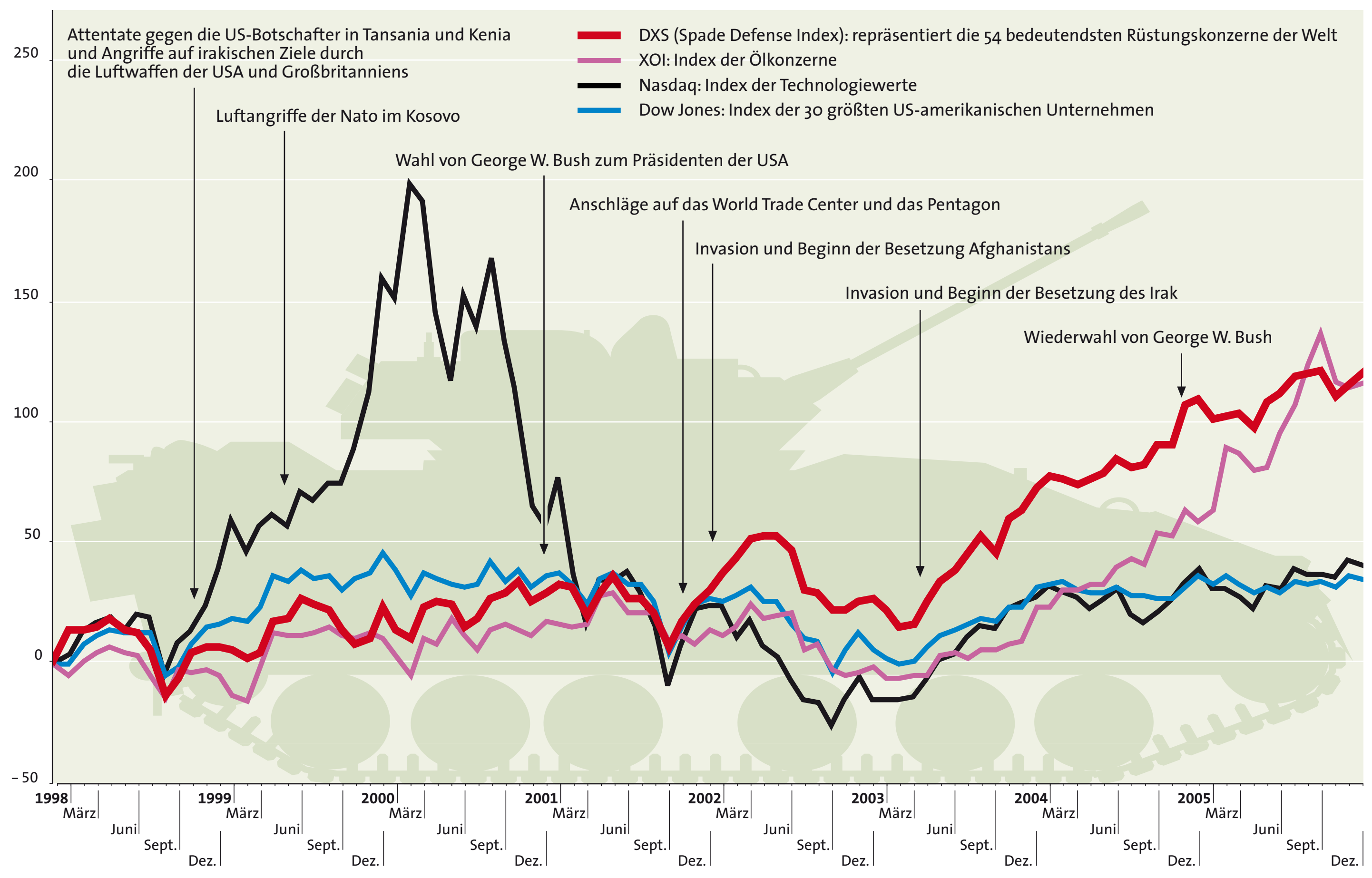
Viel versprechende Märkte tun sich auch bei der Modernisierung der Waffen und Geräte auf, die der Abwehr einer militärischen und zivilen Bedrohung dienen. Auf diese Weise stabilisiert die Sicherheitsagenda, die von den USA und der EU für die »Zeit nach dem Kalten Krieg« entworfen wurde, auch die Strukturen im Bereich Rüstungs- und Sicherheitsindustrie. Dabei verstärkt sich die »transatlantische Achse« im Bereich der Rüstungsindustrie. Die Produktion von Waffen wird zunehmend zu einer europäisch-amerikanischen Angelegenheit. Denn die gewaltigen Kosten für die Entwicklung neuer Generationen von Waffensystemen liegen so hoch, dass sie zu verstärkter Zusammenarbeit zwingen. Die Aktionäre der Rüstungskonzerne können sich freuen.

Im Lauf der 1990er-Jahre haben auch institutionelle Anleger wie Rentenfonds

▶ Wo die Antipersonenminen herkommen



2003 wurden etwa 26.000 Menschen durch Antipersonenminen getötet oder schwer verletzt. Im selben Jahr waren mehr als 200 Millionen solcher Minen verlegt. Auf dem Weltmarkt kosten sie zwischen 3 und 15 Dollar pro Stück. Jede Entschärfung kostet 300 bis 1.500 Dollar .



Rüstungspolitisch relevante Ereignisse und die Entwicklung der wichtigsten Aktienmärkte ◀

und Versicherungen ihr Kapital zunehmend in der US-amerikanische Rüstungsbranche angelegt. Der Druck, den dieses Bündnis von Finanz- und Rüstungssektor ausüben konnte, war einer der Faktoren, der zur Aufstockung des US-Militärhaushalts nach 1999 beigetragen hat, und erst recht nach 2000, nach dem Zusammenbruch des Nasdaq (des Aktienindex der Hightech-Unternehmen), dem Kursverfall an der Wall Street und den Attentaten vom 11. September 2001. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem die Anleger: Die Kursentwicklung der US-Rüstungsunternehmen beschert ihnen seit einigen Jahren bemerkenswerte Gewinne.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts haben sich US-amerikanische Konzerne in den meisten großen europäischen Ländern – mit Ausnahme Frankreichs – in Rüstungsunternehmen eingekauft. Und auch die großen europäischen Unternehmensgruppen wie die European Aeronautic Defence and Space Co. (EADS), die vormals britische BAE Systems, die vorwiegend französische Thales Group, die italienische Finmeccanica und andere mussten auf den Zwang reagieren, ihren Aktionären einen »Wertzuwachs« zu präsentieren. Die logische Folge ist, dass sie ihre Präsenz auf dem US-amerikanischen Markt verstärken müssen.

Die Umsätze der fünf größten Exportnationen machten 2004 volle 81 Prozent der globalen Rüstungsverkäufe aus. Dabei lag Russland als Exporteur an der Spitze, gefolgt von den Vereinigten Staaten und zwölf europäischen Ländern, deren akkumulierte Exporte wertmäßig fast an die der USA heranreichen. Der wichtigste Abnehmer von Rüstungsgütern (im Zeitraum 2000 bis 2004) war China, das seine Importe zu 95 Prozent aus Russland bezieht. Die westlichen Lieferanten sind jedoch zu großen Zugeständnissen bereit, um sich Zugang zu diesem wichtigen Zukunftsmarkt zu verschaffen.

Der Rückgang der Waffenexporte in den letzten zehn Jahren erklärt sich durch das Ende des Kalten Krieges und die finanziellen Probleme der wichtigsten Kunden, also der Schwellenländer und der Staaten des Südens. Das hat zu einer verstärkten Konkurrenz unter den Anbietern geführt. Sie spielen auch bei den Differenzen eine Rolle, die es zwischen der USA und der EU, aber auch innerhalb der Union hinsichtlich des 1989 verhängten Waffenembargos gegen China gibt. Dabei geht es in Wirklichkeit gar nicht um die Menschenrechte, sondern um die Rolle, die die europäische Rüstungsindustrie bei der Erschließung eines Marktes mit großen Wachstumschancen spielen kann. Und auf der geopolitischen Ebene geht es um die Frage, wie der Militärmacht China zu begegnen ist. Die USA jedenfalls sind dabei, Taiwan massiv aufzurüsten: 2005 wurden Taipeh von Washington Rüstungsgüter im Wert von 18 Mrd. Dollar zugesagt.

WWW

Rüstungsausgaben nach Ländern
• www.globalsecurity.org/military/world/spending.htm

Daten und Grafiken beim Stockholmer Friedensforschungsinstitut
• www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_data_index.html

Observatoire des transferts d'armements
• www.obsarm.org/main/obsarm_cdrp.htm

Analysen der Informationsstelle Militarisierung
• www.imi-online.de

Materialien zu Rüstungsindustrie von der AG Friedensforschung der Uni Kassel
• www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/export/Welcome.html

Kampagne gegen Waffenhandel
• www.controlarms.org

Die Vereinten Nationen und die Vereinigten Staaten

1909 gab es 37 große internationale Organisationen und Vereinigungen auf der Welt, knapp hundert Jahre später sind es 350. Die Vereinten Nationen waren ursprünglich als Dachorganisation über diesem Netzwerk von Institutionen gedacht. Doch nach dem Scheitern des New Yorker Reformgipfels im September 2005 ist die UNO noch immer auf der Suche nach einer neuen Legitimation. Ein großes Hindernis für das Bemühen der UNO, sich zu erneuern und ihre internationale Rolle aufzuwerten, ist dabei der hegemoniale Anspruch der Vereinigten Staaten.

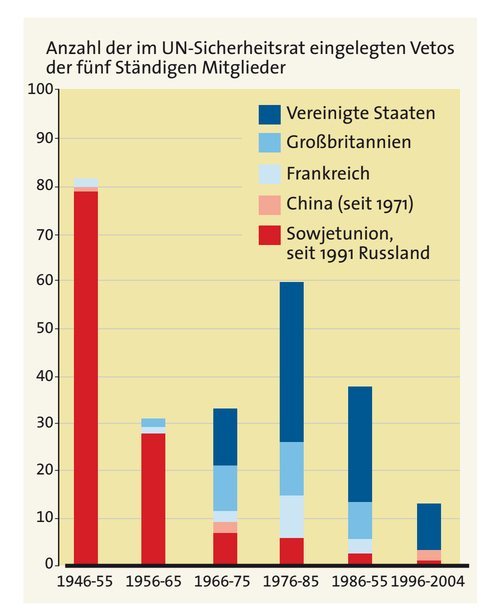
Am Ende des Ersten Weltkriegs erklärte der damalige US-Präsident Woodrow Wilson die Idee eines »organisierten gemeinsamen Friedens« zum zentralen Ziel des neu zu gründenden Völkerbunds. Eine ähnliche Idee inspirierte die Gründung der Vereinten Nationen, die 1942 von US-Präsident Franklin D. Roosevelt angeregt wurde.

Die UNO, die 1945 in San Francisco beschlossen wurde und ihren Sitz in New York fand, war zugleich eine Art Resonanzboden für die Spannungen des Kalten Krieges, aber auch eine Tribüne für die antikolonialen Bewegungen in aller Welt. Die Weltorganisation wurde immer wieder kritisiert; sei es, weil viele Resolutionen, die sie verabschiedete, nie umgesetzt wurden (insbesondere im Nahostkonflikt), sei es, weil sie unfähig war, den Zerfall Somalias, den Völkermord in Ruanda oder die Massaker in Bosnien zu verhindern. Doch als dann das alte »Gleichgewicht des Schreckens« durch eine Entwicklung abgelöst wurde, die eine ganze Serie explosiver innerer Konflikte hervorbrachte, hatte die UNO den Ehrgeiz, zum »Bollwerk gegen das Chaos in den internationalen Beziehungen« zu werden, wie es UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar 1990 ausdrückte.

Die UNO sieht sich freilich mit der Arroganz der USA konfrontiert, die das Schicksal der dominierenden Nation für wichtiger hält als die Geschicke des gesamten Planeten. Zur Jahrtausendwende ermahnte die US-Führung den damaligen UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, er solle künftig »mehr Sekretär und weniger General« sein. Und auch seinem Nachfolger Kofi Annan ließen sie eine bedeutsame Botschaft zukommen: Weil der UN-Sicherheitsrat den Angriff auf den Irak nicht legitimiert hatte, bezeichnete Richard Perle, ein Chefideologe der US-Sicherheitspolitik, die UNO, nach dem Fluss, an dem ihr Gebäude in New York liegt, als »Schwatzbude am Hudson« und frohlockte, dass nunmehr »die Fantasievorstellung von der UNO als der Grundlage einer neuen Weltordnung« am Ende sei. Im März 2005 ernannte George W. Bush einen bewährten »Falken« des Irakkriegs, John Bolton, zum UN-Botschafter der USA, also einen ausgewiesenen Verfechter des Unilateralismus.

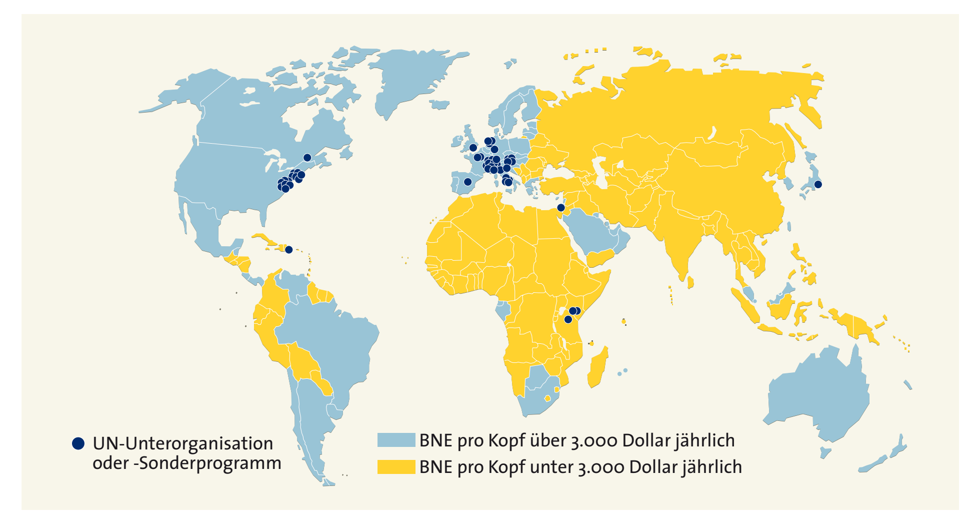
Nachdem der UN-Sicherheitsrat lange Zeit durch die Ost-West-Rivalität blockiert war, bringt er nur noch in Ausnahmefällen sein Vetorecht zur Geltung, das jedem einzelnen der privilegierten fünf Ständigen Mitglieder (China, USA, Frankreich, Großbritannien und Russland) zusteht. Der Sicherheitsrat tagt mittlerweile fast ununterbrochen und verabschiedet pro Jahr etwa 50 Resolutionen. Zwischen 1990 und 2001 verhängte er in 26 Fällen Sanktionen.

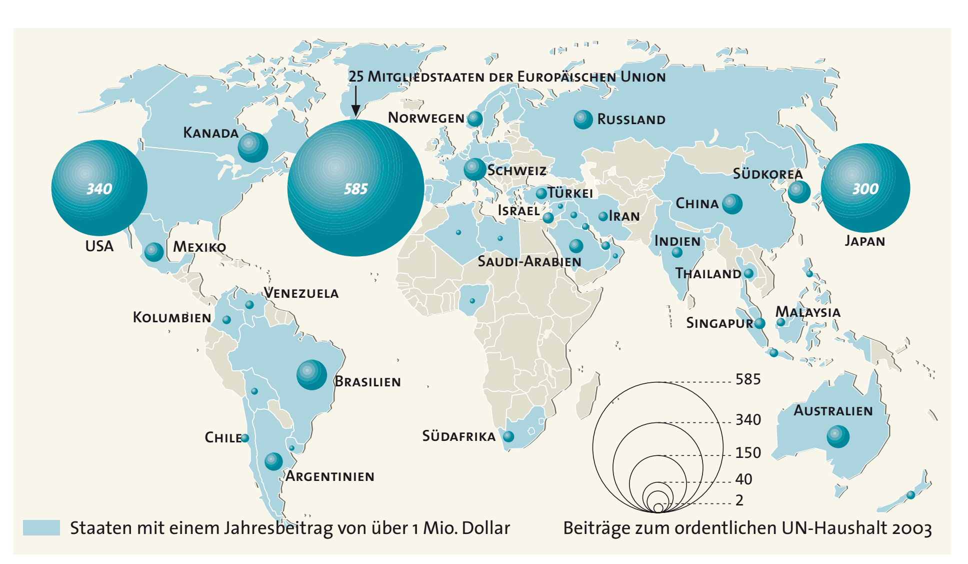
Beim UN-Gipfel vom September 2005 war als zentrales Thema die Vergrößerung des Sicherheitsrats vorgesehen, die seit langem von Staaten der Dritten Welt und



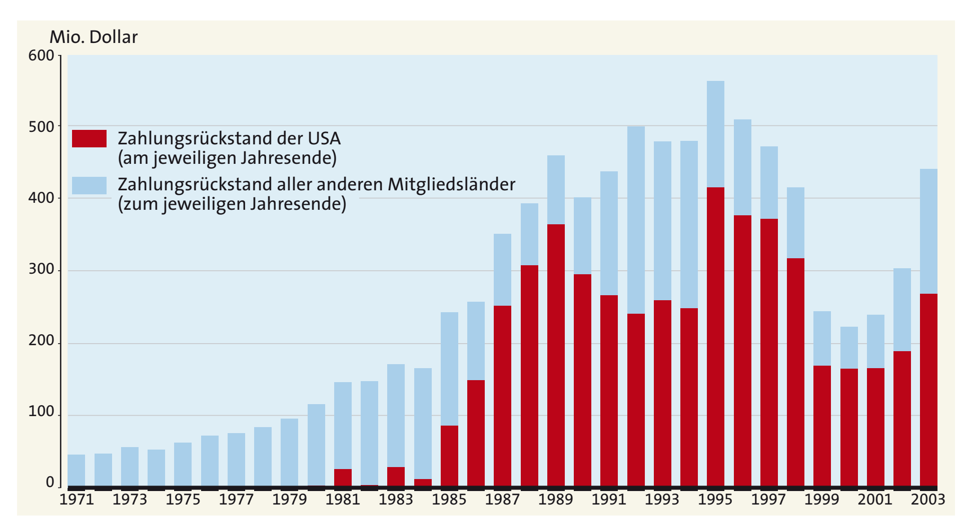
Wie die großen Fünf ihr Vetorecht nutzen ◀

▶ Wo die UNO und ihre Unterorganisationen ihren Sitz haben





Wer die Vereinten Nationen finanziert ◄



Was die USA der UNO schulden ◄

einigen weltpolitischen »Schwergewichten« (Deutschland, Japan, Indien, Brasilien) gefordert wird. Doch die Ständigen SR-Mitglieder konnten sich erneut nicht auf eine solche Erweiterung einigen. Wenig später wurde auch die Reform der Menschenrechtskommission verschoben, weil einige Länder sich gegen eine »humanitäre Einmischung« wehrten.

Nachdem die UNO von 51 Mitgliedstaaten im Gründungsjahr 1945 auf heute 191 angewachsen ist, versucht die Weltorganisation einen neuen Anlauf. Sie hat sich – nach einigen Kontroversen – gegenüber dem Privatsektor geöffnet und will mit der »Zivilgesellschaft« kooperieren. Zudem organisierte sie immer mehr große Konferenzen: zum Thema Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994, zu globalen Umweltfragen in Rio 1992, Berlin 1995 und Kioto 1997, den Weltfrauengipfel in Peking 1995, den Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995, die Weltkonferenz über Rassismus in Durban 2001, den Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg 2002.

Die Anzahl der Friedensoperationen hat im Lauf der Zeit erheblich zugenommen: Während es im Zeitraum 1945 bis 1987 noch 13 waren, so wurden im Zeitraum 1989 bis 2000 bereits 42 Blauhelmeinsätze durchgeführt. Im Jahr 2005 hatten die Vereinten Nationen mehr als 70.000 Blauhelme und Polizisten sowie 12.000 Zivilisten im Einsatz, drei Viertel von ihnen in Afrika. Dabei stützen sie sich militärisch immer mehr auf regionale Organisationen.

Die mangelnde Effizienz der UNO hängt ersichtlich auch mit ihrer schlechten finanziellen und militärischen Ausstattung zusammen: Die Aufwendungen für Friedensmissionen und internationale Tribunale entsprechen nur 1 bis 2 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Doch die Organisation geriet auch durch administrative Unregelmäßigkeiten in Misskredit – etwa bei der Abwicklung des Programms »Öl für Nahrung« im Irak –, was für die Rechte in den USA ein gefundenes Fressen war.

Die UN waren aber auch dem Vorwurf ausgesetzt, sich zum Schutzschild und Legitimierungsinstrument für das Handeln der Großmächte herzugeben. Überdies wird kritisiert, dass Kofi Annan, dessen zweite Amtszeit im Dezember 2006 endet, Washington zu sehr entgegenkam, als er die amerikanische Definition von Terrorismus absegnete – die einschlägige Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 14. September 2005 ging auf die Ursachen des Terrorismus gar nicht ein.

Eine neue Diskussion gibt es auch über die Struktur und Weiterentwicklung des Völkerrechts. Angesichts der Macht, die den großen Finanz- und Handelsorganisationen im Rahmen der Globalisierung zugewachsen ist, geht es dabei um die Rolle und die Handlungsinstrumente der etwa dreißig UN-Unterorganisationen und -Sonderprogramme (in den Bereichen Gesundheit, Flüchtlinge, Kindheit, Entwicklung u. a. m.). In den letzten zehn Jahren sind außerdem internationale Strafverfolgungsorgane entstanden, die entweder als Ad-hoc-Gericht gegründet wurden, wie der Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien, oder als universelles Berufungsgericht konzipiert sind, so der Internationale Strafgerichtshof (IStGH). Diese neuen Organe sind nicht unumstritten – der IStGH wird von den USA heftig bekämpft –, aber sie lassen auch hoffen, dass sich eine wirksame internationale Rechtsprechung herausbildet.

WWW

Offizielle Seite der Vereinten Nationen
- www.un.org

Regionales Informationszentrum der UN für Westeuropa
- www.unric.org

Aktuelles der UNO
- www.un.org/News

UN über UN-Reform
- www.un.org/reform

Unabhängige Gruppe Reform Watch
- www.reformwatch.net

Center for UN Reform Education
- www.centerforunreform.org

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- www.dgvn.de

Von Nürnberg zum Internationalen Strafgerichtshof

Die internationale Rechtsprechung hat sich seit 1945 ständig weiter entwickelt. Seit dem Ende des Kalten Kriegs beschleunigte sich dieser Prozess insbesondere im Bereich des internationalen Strafrechts zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Juli 2002 nahm der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag seine Tätigkeit auf.

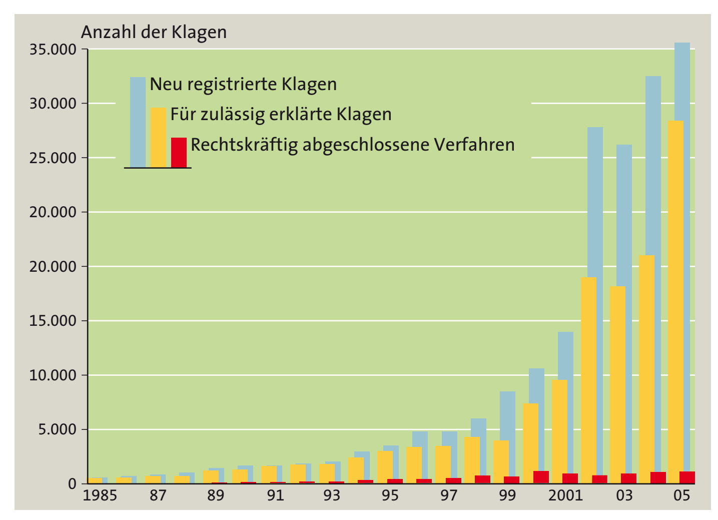


Die internationalen Gerichtshöfe ◀

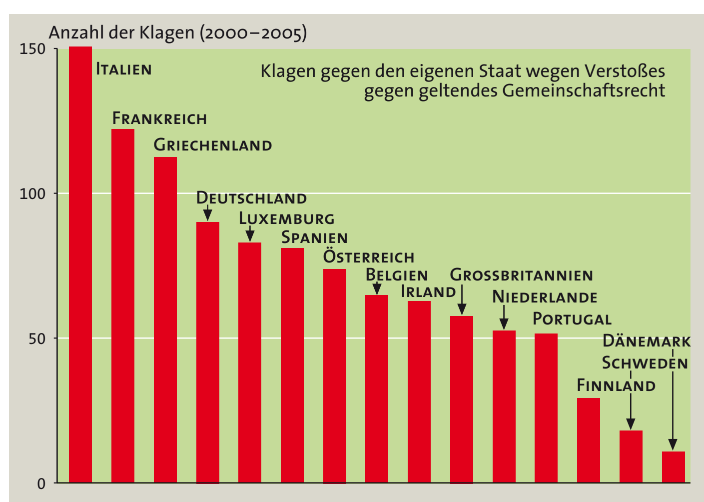
Das erste internationale Gericht wurde 1899 in Den Haag gegründet. Der damals beschlossene Ständige Schiedsgerichtshof war zuständig für »die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Staaten durch Richter ihrer Wahl und nach Rechtsgrundsätzen« (Art. 15). An seine Stelle trat 1922 der Ständige Internationale Gerichtshof des Völkerbunds und nach 1945 der ebenfalls in Den Haag ansässige Internationale Gerichtshof (IGH), der im Rahmen der Vereinten Nationen gegründet wurde. Der IGH urteilt über Streitigkeiten zwischen Staaten, die seine Zuständigkeit anerkennen. Die unterliegende Partei muss das Urteil akzeptieren – tut sie es nicht, kann sich die andere Partei an den UN-Sicherheitsrat wenden. Da hier die fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht haben, genießen sie auch im internationalen Recht eine Sonderstellung. So konnten sich die USA 1984 dem Vollzug eines IGH-Entscheids widersetzen, der ihre Aktionen gegen Nicaragua verurteilte. In den letzten Jahren regelte der IGH unter anderem Gebietsstreitigkeiten zwischen Rumänien und der Ukraine sowie zwischen Benin und dem Niger.

Der 1952 ins Leben gerufene Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH, mit Sitz in Luxemburg) wacht als Rechtsprechungsorgan der EU über die Einhaltung der die Mitgliedstaaten bindenden Verträge und über die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts. Er kann von allen EU-Instanzen wie auch von den Mitgliedstaaten und deren Gerichtsbarkeit angerufen werden. Seit 1989 kann er auch

▶ Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte



Klagen beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ◀



als erste Instanz von natürlichen und juristischen Personen angerufen werden. 1994 wurde mit Sitz in Luxemburg der Gerichtshof der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) gegründet. 2005 nahm das mit Beschluss des Europäischen Rates vom November 2004 geschaffene Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union seine Tätigkeit auf.

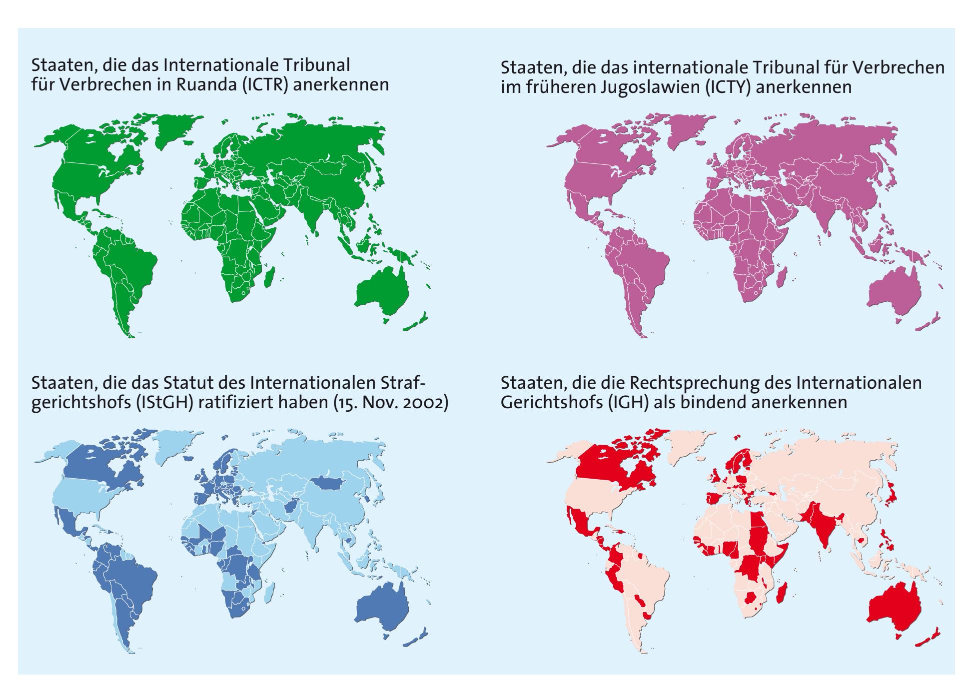
Führend ist Europa auch im Bereich der Rechtsgarantien mit Blick auf die Personenrechte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg wurde 1959 gegründet, um die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtserklärung zu gewährleisten, die bis Dezember 2002 von 46 Staaten unterzeichnet wurde. Der Gerichtshof kann von allen Signatarstaaten sowie von natürlichen und juristischen Personen angerufen werden, sofern der nationale Rechtsweg erschöpft ist.

1979 schuf die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) in San José den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, der die Achtung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention zu überwachen hat. Dessen Rechtsprechung ist nicht bindend. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) beschloss 1998 die Schaffung eines Afrikanischen Gerichtshofs für die Rechte der Menschen und Völker, der seit Januar 2004, nunmehr für die Afrikanische Union (AU), amtiert.

Im Bereich des internationalen Strafrechts blieb die Erfahrung der Militärgerichte von Nürnberg (1945–1946) und Tokio (1946–1948) zunächst ohne Folgen. Erst nach dem Ende des Kalten Kriegs erfolgte mit Ad-hoc-Tribunalen ein neuer Anlauf. 1993 trat erstmals das Internationale Tribunal für Verbrechen im früheren Jugoslawien (ICTY) zusammen, 1994 das International Tribunal für Verbrechen in Ruanda (ICTR). Vier Jahre später, am 17. Juli 1998, wurde im Rahmen der Vereinten Nationen der Vertrag von Rom über die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshof (IstGH) unterzeichnet, der am 1. Juli 2002 in Kraft trat. Das erste beim IstGH in Den Haag anhängige Verfahren läuft seit dem 29. Januar 2007 gegen den Kongolesen Thomas Lubanga.

Der IStGH ist für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen zuständig. Er kann nur Personen verfolgen, deren Herkunftsland seine Zuständigkeit anerkennt oder die Verbrechen in einem der Signatarstaaten begangen haben. Die Gründungsurkunde sieht folgende Bestimmungen vor: 1. Die Signatarstaaten können die Zuständigkeit des IStGH für Kriegsverbrechen für die ersten sieben Jahre aussetzen. 2. Der IStGH kann nur nach Erschöpfung des nationalen Rechtswegs angerufen werden. 3. Der Sicherheitsrat kann die Strafverfolgung verhindern.

Im Mai 2006 hatten 139 Staaten das IStGH-Statut unterzeichnet, von diesen hatten es 100 schon ratifiziert. Nicht unterzeichnet haben u.a. China, Nord- und Südkorea, Kuba, Israel, der Irak, Libyen und die Türkei. US-Präsident Clinton hatte das Statut im Namen der USA an seinem letzten Amtstag unterzeichnet, doch sein Nachfolger George W. Bush zog die Zustimmung zurück. Washington fordert unter anderem eine Ausnahmeregelung für das Personal von friedenserhaltenden Operationen mit UN-Mandat.

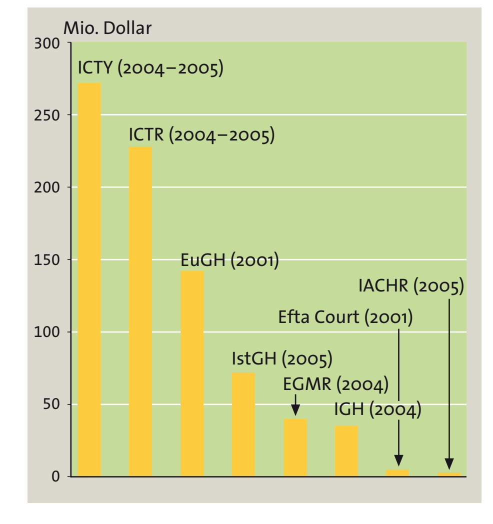


Die internationalen Gerichtshöfe und ihre Anerkennung ◀

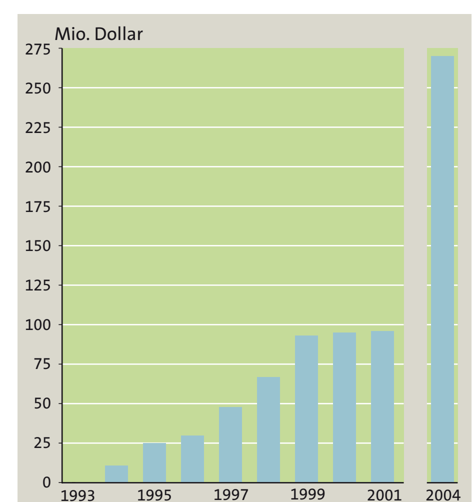
WWW

Internationaler Gerichtshof
www.icj-cij.org
Internationaler Strafgerichtshof
www.un.org/law/icc/index.html
Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
www.curia.europa.eu/de/transitpage.htm
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
www.echr.coe.int
Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
www.corteidh.or.cr
Trial Watch – Organisation gegen Straffreiheit
www.trial-ch.org

▶ Budgets der internationalen Gerichtshöfe



Int. Tribunal für Verbrechen in Exjugoslawien ◀



Aktivisten einer globalen Zivilgesellschaft

Die Zahl der Nichtregierungsorganisationen oder NGOs und ihrer Mitglieder steigt beständig und rapide an. Und das nicht nur in der entwickelten Welt, sondern auch in Regionen des Südens wie in Süd- und Mittelasien. Manche NGOs werden von Regierungen gefördert oder ausgehalten. Aber viele spielen eine wichtige Rolle für die Entwicklung und innerhalb der neuen sozialen Bewegungen, die auf eine »andere Globalisierung« setzen.

Die NGOs gelten seit ihrem entschiedenen Auftreten beim Rio-Gipfel, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992, als die Bausteine einer globalen Zivilgesellschaft. Die Bezeichnung NGO (Nongovernmental Organization; Nichtregierungsorganisation) stammt aus dem Vokabular der UNO und bezeichnet die Differenz zu Staaten und »regierungsamtlichen« Organisationen, auf denen das UN-System aufbaut *(siehe Seite 72)*. Seit den 1970er-Jahren sind viele Gruppen und Organisationen entstanden, die als unabhängig von staatlichen Stellen und zumeist auch als nicht parteigebunden gelten.

In der Regel sind NGOs mehr oder weniger spezialisierte Verbände mit bestimmten Themen und Arbeitsfeldern wie humanitäre Soforthilfe, Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Umwelt und Frieden. Dabei kann es sich um Gruppen von nur wenigen Experten handeln oder auch um Massenbewegungen und manchmal um eine Mischung von beidem. Viele NGOs haben sich in einem bestimmten Land entwickelt, weiten ihre Aktivitäten dann aber über Partnerbeziehungen auf die internationale Ebene aus. Zum Beispiel ist Greenpeace, eine der prominentesten NGOs, zunächst als lokale Initiative im kanadischen Vancouver entstanden. Dagegen organisieren sich die so genannten Ingos, also Internationale NGOs, von Anfang an oder schrittweise auf globaler Ebene. Das beste Beispiel ist amnesty international. NGO kann also vieles heißen. In den Ländern, in denen das Recht auf Zusammenschlüsse erst vor kurzem erkämpft wurde oder beschränkt bleibt, sind NGOs oft »Vereine« oder »Verbände« im weitesten Sinn (und nicht im engen Sinn der UN-Definition).

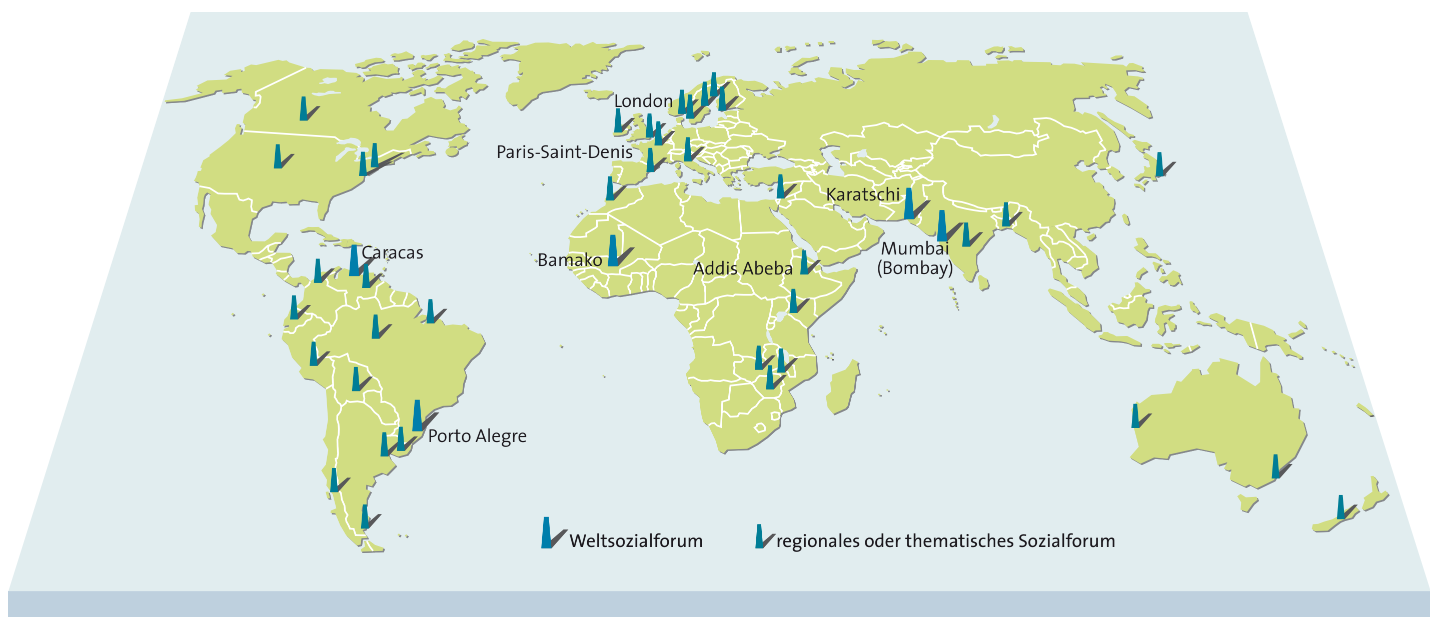
Die Entwicklung hin zu einem globalen Aktionsraum und zur Finanzierung von entsprechenden Projekten hatte allerdings auch zur Folge, dass immer mehr Pseudo-NGOs auftreten. Von ihnen gibt es drei Kategorien: die Gongos (G für »government«), also staatlich organisierte NGOs; die Mongos (M für »Mafia«), also zu betrügerischen Zwecken organisierte NGOs; und schließlich die Fongos (F für »foreign«), die von ausländischen Geldgebern organisiert werden. Bei einigen Fongos treten als Geldgeber auch Non-profit-Organisationen auf. Solche gemeinnützige Stiftungen reklamieren zuweilen die Ethik von NGOs für sich. Das gilt etwa für die US-amerikanische Ford-Stiftung oder die Open Society Foundation des Milliardärs George Soros *(siehe Seite 58)*.

Seit dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre (2000) spricht man auch von einem »neuen Internationalismus«. Die sozialen Bewegungen, auf denen er beruht, stehen in vielfachen und komplexen Beziehungen zu den NGOs. Dabei bezieht sich der Begriff »soziale Bewegung« auf massenhafte Aktivitäten, die jeweils für eine Gesellschaft spezifisch sind. Ihre Träger sind Gruppen, die durch ein oder mehrere Ziele zusammengehalten werden und sich zu einer aktiven politischen Kraft auf nationaler oder internationaler Ebene entwickeln. NGOs sind zuweilen unmittelbar an solchen Bewegungen beteiligt (Massen-NGOs), in anderen Fällen können sie die Rolle von sympathisierenden Experten oder auch von Trittbrettfahrern spielen (Gongos, Mongos). Manche NGOs bleiben jedoch bewusst auf ihr besonderes Interessengebiet beschränkt und wollen keinerlei Interaktion mit den sozialen Bewegungen. Die internationalen Aktivitäten von NGOs können also sowohl einer wirklich grenzüberschreitenden Solidarität nahe kommen, sie können aber auch zu einer Art von laizistischen Weltbeglückungsmission werden oder schlicht auf traditionellen politischen Lobbyismus hinauslaufen.

Eine der wichtigsten Quellen für NGOs ist das Jahrbuch, das vom Centre for Civil Society an der London School of Economics publiziert wird. Nach der Ausgabe 2003/04 ist die Zahl der Mitarbeiter der wichtigsten Ingos weltweit zwischen

Probleme und Skandale bei Sachspendenaktionen von NGOs

- **Erdbeben in Armenien 1988**
  Von den gelieferten 5.000 Tonnen Arzneimitteln und medizinischen Geräten im Wert von 55 Millionen Dollar hatten 8 Prozent das Verfallsdatum überschritten und 4 Prozent waren unbrauchbar. Von den übrigen 88 Prozent erwiesen sich 58 Prozent als ungeeignet.
- **Frankreich 1991**
  Von 4.000 Tonnen Arzneimitteln, die karitative Organisationen gesammelt haben, wurden nur 20 Prozent im Rahmen des angegebenen Hilfsprogramms genutzt.
- **Bosnien-Herzegowina 1992–1996**
  Während des vierjährigen Kriegs bezog das Land 17.000 Tonnen ungeeigneter Medikamente, die zu vernichten 34 Millionen Dollar kostete.
- **Tsunami in Indonesien, Provinz Aceh 2004**
  Von den 4.000 Tonnen erhaltener Arzneimittel mussten 622 entsorgt werden; von ihnen waren 60 Prozent ungeeignet und bei 25 Prozent war das Verfallsdatum überschritten.



Die globale Bewegung der Sozialforen seit dem Jahr 2000 ◀

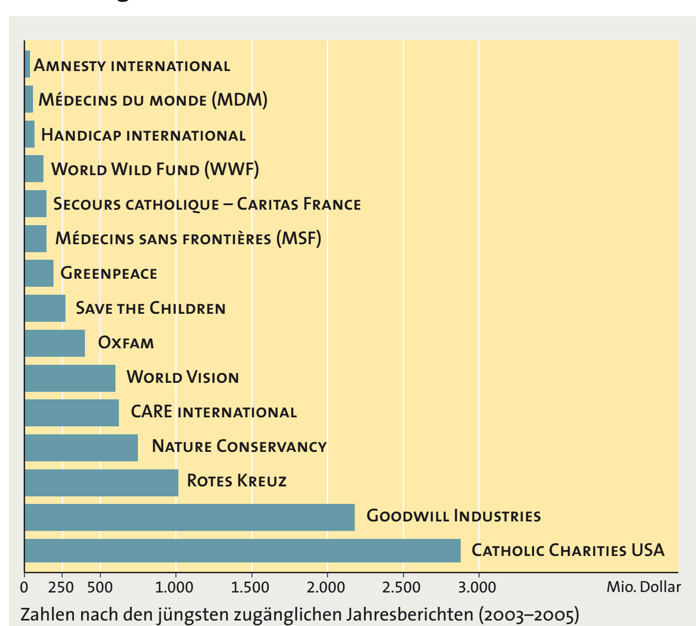
1993 und 2003 um 50 Prozent und die Zahl ihrer regionalen Büros um 43 Prozent (von 12.500 auf 18.000) gestiegen.

Auch auf diesem Gebiet springt die Dominanz der reichen Länder ins Auge: Sie beherbergen 83 Prozent der Büros und stellen 38 Prozent der Mitarbeiter. Kein Wunder: NGOs übernehmen in steigendem Maße Programme der staatlichen Entwicklungshilfe, weil sie als effizienter und oftmals mit der Lage vor Ort vertrauter gelten. Die stärkste Zunahme von NGOs ist heute in Osteuropa, Zentralasien und Südasien zu verzeichnen, am schwächsten sind sie immer noch im Nahen Osten und Nordafrika vertreten. Die NGOs des »Südens« (und dabei insbesondere in Asien und Lateinamerika, seltener in Afrika) konnten die internationalen Sozialforen und bestimmte Kampagnen (etwa zum Schuldenerlass für die ärmsten Länder) dazu nutzen, vom Rest der Welt stärker wahrgenommen zu werden. So war zum Beispiel die massive Präsenz der Dalit (Unberührbaren) in Indien eines der auffälligsten Merkmale des Weltsozialforums von Mumbai (Bombay) im Januar 2004.

www

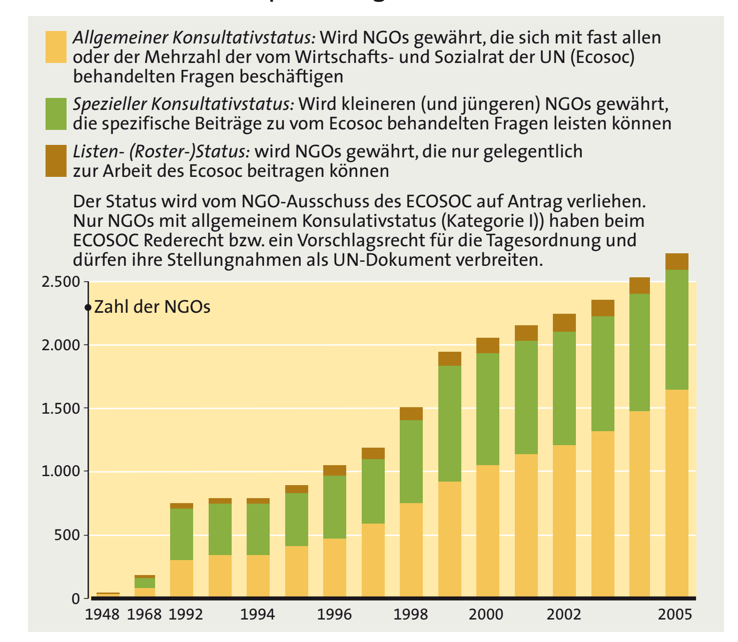
Übersicht der NGOs beim Directory of Social Movements
• www.social-movements.org/en/
Attac Deutschland
• www.attac.de
Deutsche Website des Weltsozialformums
• www.weltsozialforum.org deutsch,
Greenpeace
• www.greenpeace.de
Internationales Komitee des Roten Kreuzes
• www.icrc.org/eng/
Centre for Civil Society an der London School of Economics
• www.lse.ac.uk/collections/ccs/

► Jahresbudget bekannter internationaler NGOs



Zahlen nach den jüngsten zugänglichen Jahresberichten (2003–2005)

Mitsprachemöglichkeiten der NGOs bei der UNO ◀



Die unkontrollierte Macht der Mediengiganten

Auch auf dem Informations- und Kommunikationsmarkt wächst die Macht der Multis. Mit zunehmender Konzentration im Mediensektor steigt der Druck der Konzerne auf die politischen Kräfte, die ihre wirtschaftlichen Interessen fördern sollen. Dies beschleunigt die Banalisierung der Medieninhalte. Bürger und Wähler, die über die Geschicke ihrer Gesellschaften entscheiden sollen, werden immer schlechter informiert.

Mit dem Tod des Australiers Kerry Packer im Dezember 2005 endete eine bemerkenswerte zwanzigjährige Wirtschaftskarriere: Der reichste Mann Australiens hatte sein Vermögen von 5 Milliarden US-Dollar in der Medienbranche gemacht. Der Eigentümer der wichtigsten TV-Kette und eines Printmedienkonzerns besaß am Ende Ländereien, größer als Belgien. Packer war in der Lage, Druck auf jede australische Regierung auszuüben, wenn er seine Interessen durchsetzen wollte. Nach seinem Tod werden die Geschäfte von seinen Sohn fortgeführt.

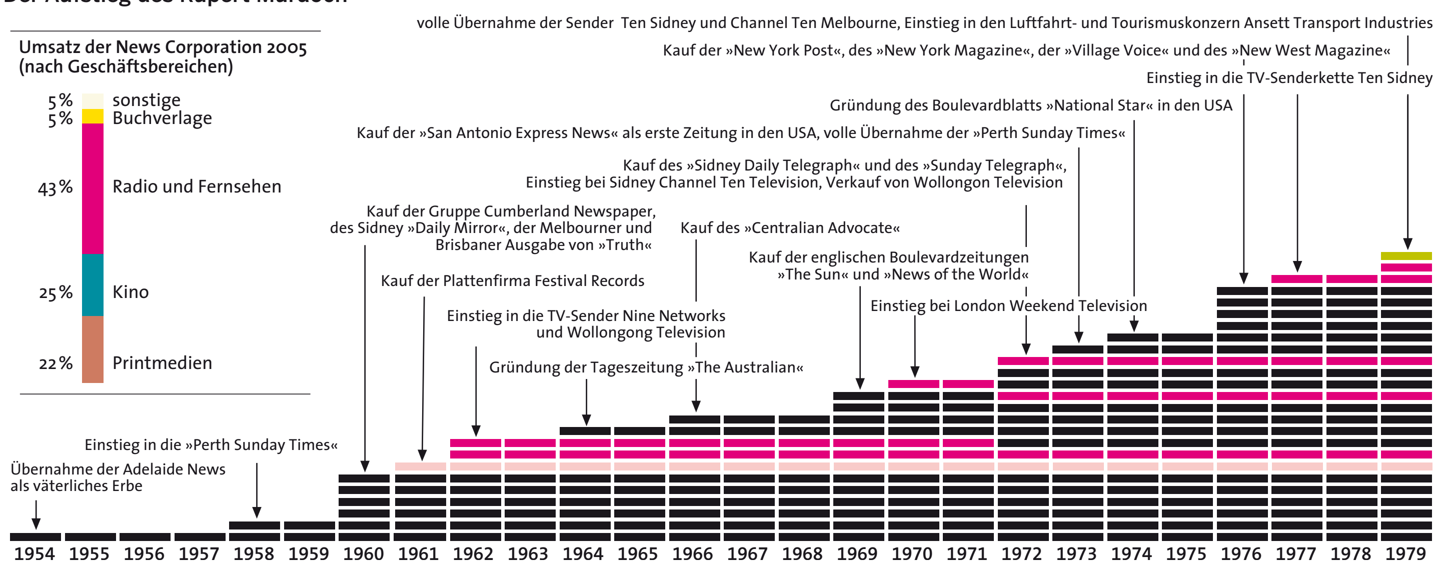
Als klassisches Modell eines Zusammenspiels von Großvermögen, Medienbesitz und politischer Macht wird immer wieder Italien genannt. Hier kontrolliert Silvio Berlusconi, der reichste Mann des Landes, sämtliche Privatfernsehsender und war zugleich Regierungschef, das zweite Mal bis Mai 2006. Mit Gesetzen, die seine Regierung einbrachte, konnte er seine Geschäftsinteressen fördern und absichern.

Italien ist kein Einzelfall: Die Situation in anderen Ländern stellt sich oft ähnlich dar. Von den 500 größten Privatvermögen der Welt gehören zehn französischen Euromilliardären. Jeder zweite von ihnen macht sein Geld in der Informations-, Kommunikations- und Werbebranche: Bernard Arnault, Serge Dassault, Jean-Claude Decaux, Martin Bouygues und Vincent Bolloré. Sie sind fast ausnahmslos Männer der Rechten, die nur zu bereit sind, über die von ihnen kontrollierten Medien die Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen. Damit erinnern sie an Rupert Murdoch, der seine Geschäfte vor allem in den USA, Australien und Großbritannien betreibt, und an dessen Unterstützung für George W. Bush, John Howard und Tony Blair – und deren Entscheidung für den Irakkrieg.

Auf globaler Ebene gewinnt das Problem des Einflusses der Medien immer mehr an politischer Brisanz. In Venezuela verhielten sich die Privatsender parteiisch, als im April 2002 der (gescheiterte) Putsch gegen Präsident Hugo Chávez unternommen wurde. In Brasilien nutzte die mächtige Globo-Gruppe, die einen Teil der Printmedien, die meisten Kabel-TV-Kanäle und damit einen Teil des Werbemarkts kontrolliert, ihren Einfluss dafür, dass bestimmte progressive Vorhaben von Präsident Lula da Silva noch weniger Durchsetzungschancen hatten.

In Deutschland stammen 27 Prozent der Tageszeitungsauflage aus dem konservativen Springer-Konzern, der 2,4 Milliarden Euro Jahresumsatz macht. Und auch der gemäßigt konservative Bertelsmann-Konzern (17 Milliarden Euro Umsatz) kontrolliert ein ganzes Presse- und Verlagsimperium. Besonders die Springer-Zeitungen machen aus ihrer Unterstützung für die politische Rechte in Deutschland keinen Hehl. In Südkorea sind die wichtigsten Tageszeitungen so konservativ orientiert, dass Präsident Roh Moo Hyun, der von ihnen massiv angefeindet

▶ **Der Aufstieg des Rupert Murdoch**



wird, eine Mediengruppe im Internet gründen wollte, um die »Tyrannei der Medien« zu brechen.

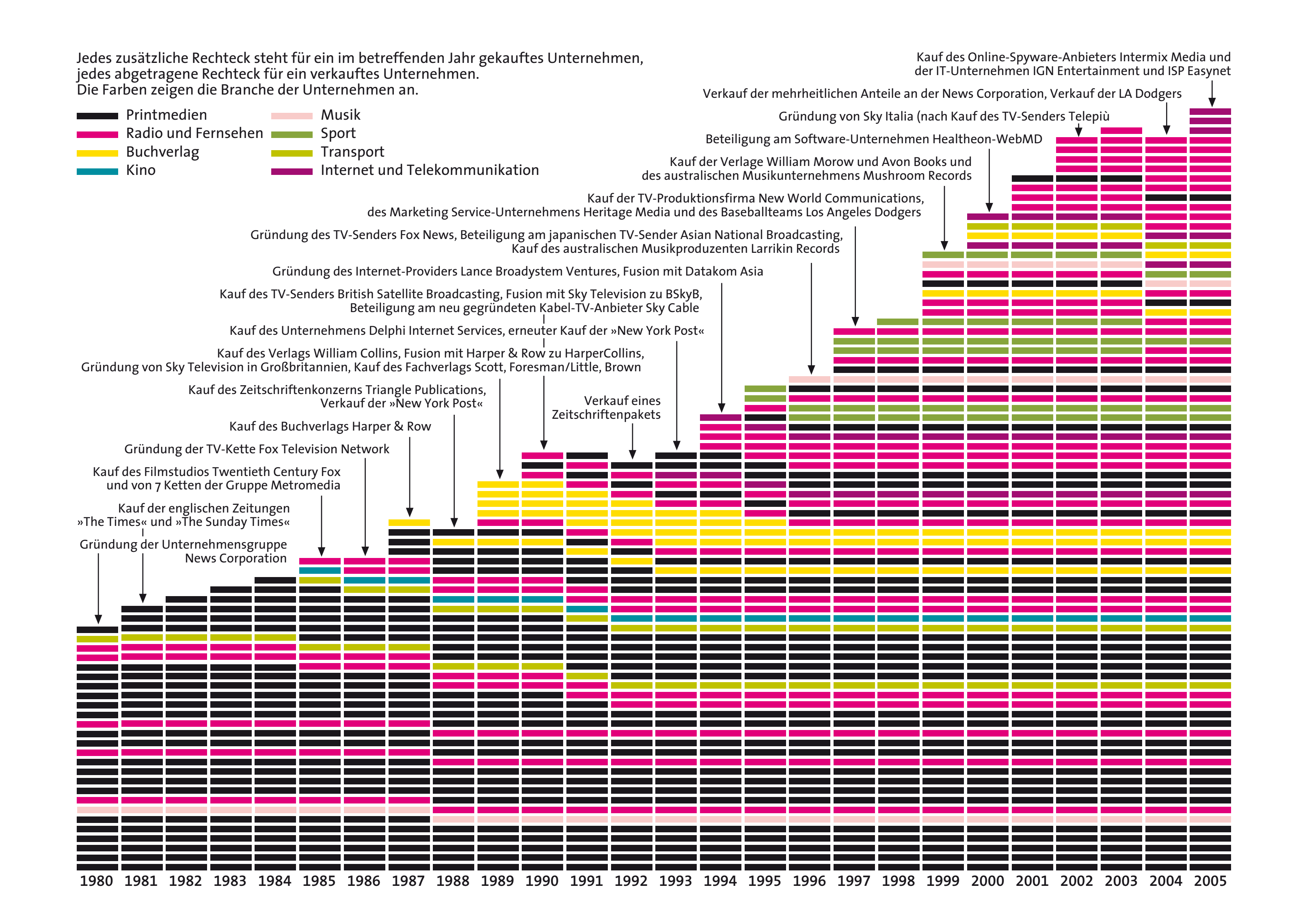
Umgekehrt zeigen sich die politischen Protegés der Medienbarone gegenüber ihren publizistischen Fürsprechern erkenntlich. So löste der australische Premierminister John Howard kurz nach seinem Wahlsieg im Oktober 2004 sein Versprechen ein, das Kartellrecht zu lockern, damit der konservative Rupert Murdoch sein Unternehmen auch auf australische Medien ausdehnen konnte. Und US-Präsident Bush musste es nie bereuen, dass er stets die Interessen der Informations- und Kommunikationsoligopole gefördert hat. Die Dynamik der »Konvergenz« oder »Konsolidierung« wird zu Verhältnissen führen, die heute das Globo-Imperium in Brasilien vorführt: In ein und demselben Konzern werden die Szenarios für die Fernsehserien konzipiert, diese Serien werden in den eigenen Studios produziert, von den eigenen Kanälen ausgestrahlt und über die eigenen Ladenketten verkauft.

Bei solchen Geschäftsstrategien bleibt für Wettbewerb und Pluralismus auf dem Informationssektor nur wenig Raum; die Qualität bleibt ohnehin auf der Strecke. Die Orientierung an Auflage und Einschaltquote geht fast immer auf Kosten internationaler Nachrichten, die kostspielig sind und kein festes Publikum haben. Als attraktiv gelten hingegen Themen, die einen direkten Konsumbezug haben, den die Werbeabteilung fördert, oder die von Straftaten und Verbrechen handeln und die garantiert ein Publikum finden.

Das erste Programm des französischen Fernsehens, TF 1, hat nur noch fünf ständige Auslandsreporter. Ganz ähnlich sieht es in den USA aus: 2005 gab es nur zwei US-Tageszeitungen, die einen ständigen Korrespondenten in Afghanistan hatten. Noch üblere Auswirkungen hat das Diktat der Quote: In den USA nahm die Zahl der Berichte über Kriminalität und Pädophilie zwischen 1993 und 1996 um 700 Prozent zu, während die Zahl der entsprechenden Delikte in der gleichen Zeit um 20 Prozent zurückging. Fast überall hat die Ausbeutung solcher Nachrichten dazu geführt, dass die Strafen verschärft und mehr Leute ins Gefängnis gesteckt wurden.

www

Murdochs News Corporation
• www.newscorp.com
Medienmacht in aller Welt (mit Karten)
• www.ketupa.net
Medienkritik, Schwerpunkt Frankreich bei Action critique médias
• www.acrimed.org
Globales Netzwerk für demokatische Medien
• www.mediachannel.org
Medienkritik
• www.nachdenkseiten.de
Europäisches Zeitschriftennetzwerk
• www.eurozine.com



Migration und das Geschäft mit der Armut

Armut und Perspektivlosigkeit sind die wichtigsten, wenn auch nicht die einzigen Gründe für die Migration aus den Ländern des Südens in den Norden. Mehr oder weniger legale Netzwerke von Vermittlern und Schlepperbanden schöpfen dabei erhebliche Gewinne ab. Das Geschäft mit billigen Arbeitskräften und vor allem mit Prostituierten blüht weltweit.

In den Migrationsströmen spiegeln sich noch immer die alten kolonialen Verbindungen wider. Die Emigranten aus Algerien drängen nach Frankreich, die vom indischen Subkontinent wollen sich in Großbritannien niederlassen. Aber nicht nur das koloniale Erbe, auch die Globalisierung hat zur Entstehung neuer – legaler und illegaler – Migrationsrouten beigetragen. Im Fall der Vereinigten Staaten haben sowohl die Sonderwirtschaftszonen, in denen US-Unternehmen ansässig sind, als auch die US-Militärpräsenz dazu geführt, dass Menschen beispielsweise aus Vietnam, den Philippinen und El Salvador in die USA auswandern. Im Laufe dieser Entwicklung sind einige klassische Auswandererländer zu Einwanderungs- oder zu Transitländern geworden. Das gilt insbesondere für die südeuropäischen Staaten Spanien, Portugal, Italien und Griechenland.

Die internationalen Wanderungsbewegungen haben im Lauf der letzten Jahre sowohl innerhalb von Regionen als auch zwischen den Kontinenten deutlich zugenommen. Die Entwicklung der – mehr oder weniger legalen – technischen und organisatorischen Infrastruktur der Weltwirtschaft hat diese Migration begünstigt und manchmal sogar auch ausgelöst. Zwischen den globalen Dienstleistungs- und Gütermärkten, dem Anwachsen der internationalen Geldflüsse und der Arbeitsmigration besteht heute eine intensive Wechselbeziehung.

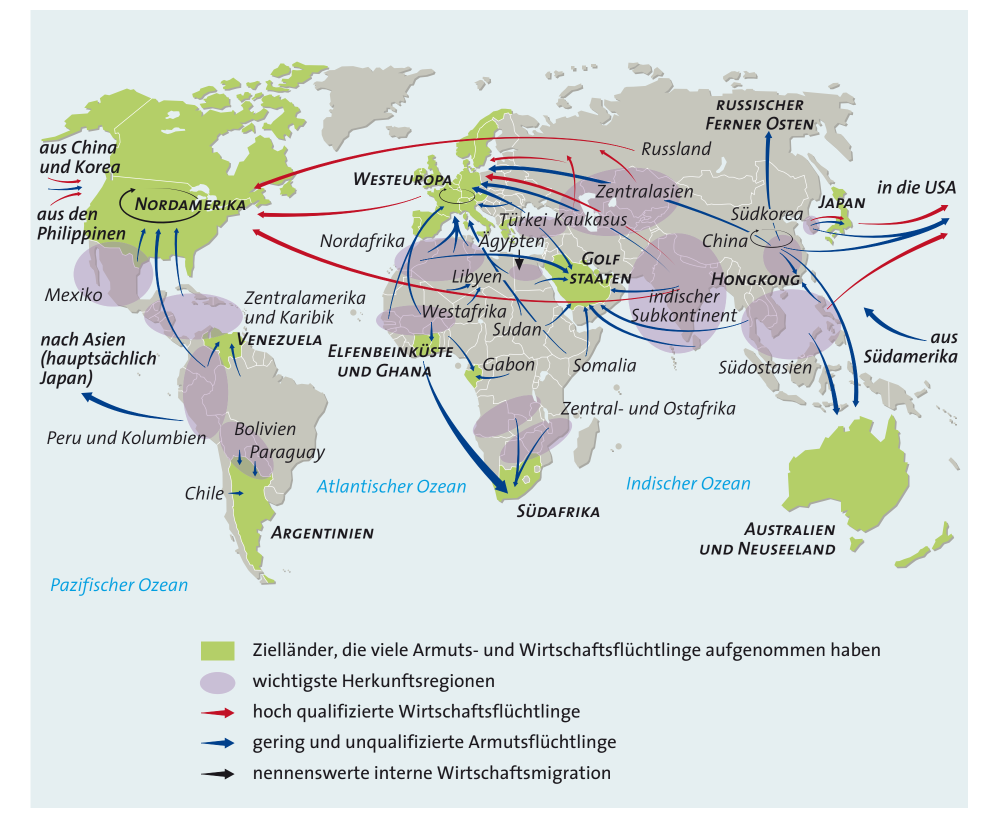
Die internationalen Finanzinstitutionen nehmen unmittelbar Einfluss auf die Mechanismen, die diese Ströme steuern, zum Beispiel indem sie über die so genannten Strukturanpassungsprogramme Druck auf die Entwicklungsländer ausüben, ihre Volkswirtschaften für ausländische Unternehmen zu öffnen oder die staatlichen Subventionsprogramme herunterzufahren.

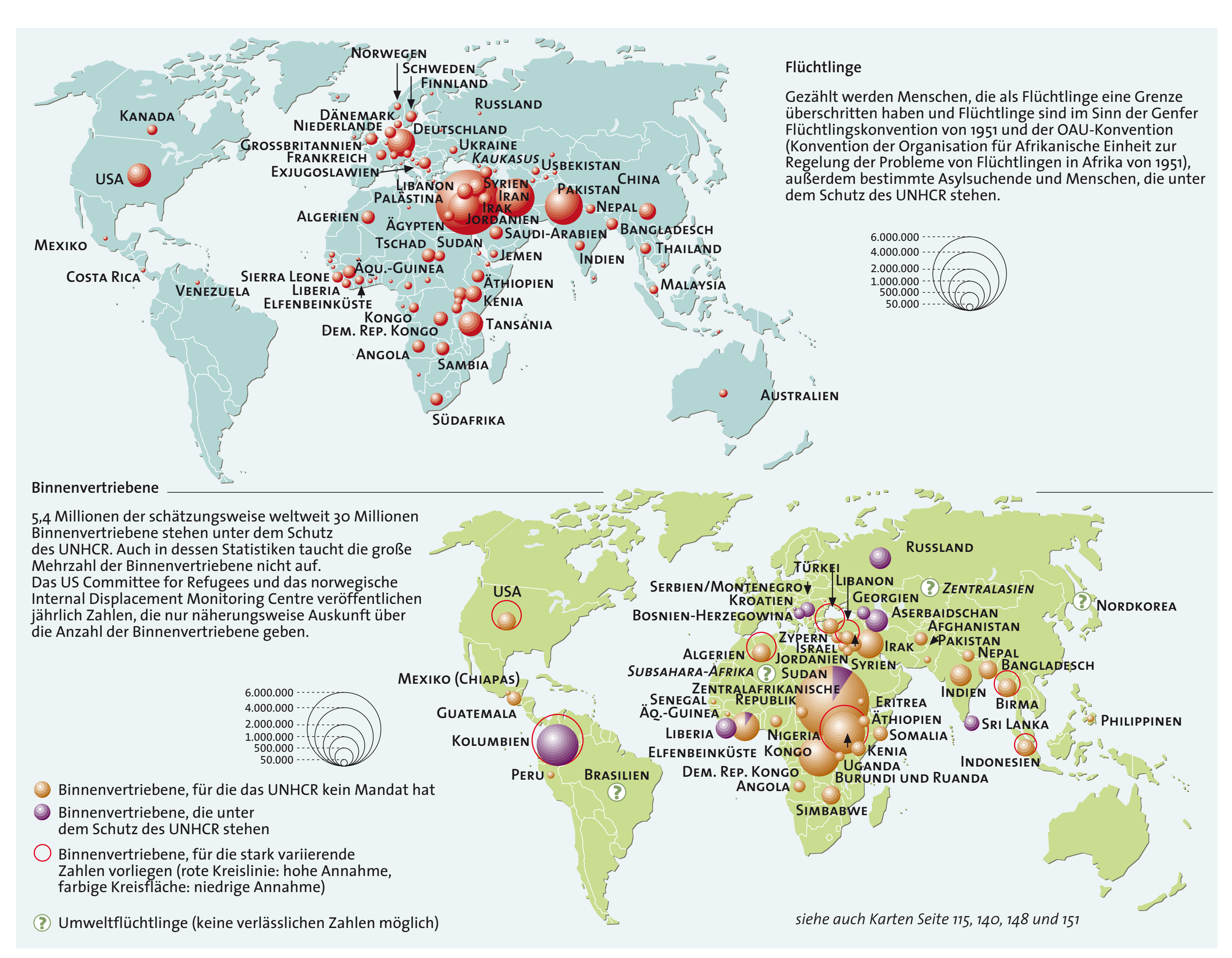
Auch früher schon haben bei der Rekrutierung von Immigranten – ob akademisch ausgebildete, ungelernte Arbeitskräfte oder »Sexarbeiterinnen« – die offiziellen Akteure, also Regierungsbeamte oder Unternehmer der Aufnahmeländer, mit den Menschenhändlern (früher Sklavenhändler, heute Schleuserbanden) eng zusammengearbeitet. Doch seit in den 1990er-Jahren der illegale Handel mit Arbeitskräften erheblich zugenommen hat, können die traditionellen regionalen Schleuser ihre Geschäfte in immer größeren Dimensionen abwickeln. Zugleich sind auch, zum Beispiel in der Exsowjetunion, neue Netzwerke entstanden.

Parallel zum rasanten Wachstum der für viele Länder wichtigen Tourismusbranche nimmt im Rahmen dieser »Vergnügungsindustrie« auch der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung immer weiter zu. Dabei bilden sich ganz neue Handelskreisläufe heraus. So hat etwa der Aufschwung des Ferntourismus in einem Emigrationsland wie der Dominikanischen Republik den massenhaften »Import« von illegalen russischen Frauen nach sich gezogen. Manche Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit und großer Armut setzen sogar auf diesen Gewerbezweig als eine Art Entwicklungsstrategie.

Die von Emigranten nach Hause überwiesenen Ersparnisse, aber auch die Gewinne, die von den Schleusernetzen abfallen, stellen in manchen Staaten eine immer wichtigere Devisenquelle dar. Der

▶ Die Ströme der Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge





siehe auch Karten Seite 115, 140, 148 und 151

Flüchtlinge, die Grenzen überqueren oder im eigenen Land zu Vertriebenen werden ◄

Wert der Überweisungen von Emigranten in ihre Heimatländer ist zwischen 1999 und 2005 weltweit von 70 auf 230 Milliarden Dollar angestiegen. In Bangladesch, das sehr viele Arbeitskräfte in den Nahen und Mittleren Osten, nach Japan und nach Europa exportiert, beträgt der von den Emigranten bestrittene Anteil am staatlichen Devisenaufkommen inzwischen 30 Prozent. In der Dominikanischen Republik übersteigt er wertmäßig die Einnahmen aus dem Tourismus, der den größten Beitrag zum Wirtschaftswachstum des Landes leistet. In Mexiko sind die von Emigranten überwiesenen Dollars die zweitwichtigste Devisenquelle nach den Ölexporten.

Dass der illegale Export von Arbeitsemigranten ein profitabler Markt ist, gilt auch und vor allem für die professionellen Schleuser. Die verdienten nach Angaben der UN zwischen 1990 und 2000 jedes Jahr 3,5 Milliarden Dollar. Ihre Einnahmen im Jahr 2004 lagen nach Angaben des US-Außenministeriums bei stattlichen 7,5 Milliarden Dollar. Und während früher lokale Kleinkriminelle diesen Markt dominierten, ist er inzwischen von globalen Strukturen geprägt. Die organisierte Kriminalität drängt erst in jüngster Zeit auf diesen Markt. Und zwar mittels interkontinentaler Allianzen und ethnisch geprägter Netzwerke, die für die Kontakte vor Ort, den Transport, die Verteilung der Migranten sowie die Beschaffung gefälschter Papiere sorgen.

Der Handel mit Arbeitskräften ist in jedem Fall – ob legal oder illegal organisiert – ein lukratives Geschäft. Das gilt insbesondere für den Handel mit Frauen, die zur Prostitution bestimmt sind. Doch die Frauen sind auch insgesamt viel mehr vom Menschenhandel betroffen als Männer. Seit in den Großstädten und Ballungsräumen des Nordens neue Dienstleistungssektoren entstanden sind, arbeiten viele Migrantinnen als Haushaltshilfen, Reinigungskräfte, private Pflegekräfte und Kindermädchen. Sobald sich irgendwo eine Community von Immigranten etabliert hat, organisieren die Netzwerke der Schleuser in der Regel den Nachschub. Das Ergebnis ist eine Art Kettenmigration.

www

Offizielle Website des UN-Flüchtlingskommissariats
• www.unhcr.de

Kritisches zu Migration
• www.focus-migration.de

United for Intercultural Action, europäisches Netzwerk
• www.united.non-profit.nl

Informations- und Unterstützungsgruppe von Immigranten
• www.gisti.org/bienvenue/index.de.html

Ambivalenz in Zeiten der Globalisierung

von Carolin Emcke

Was gibt es nicht alles für Erklärungen. Wie viele großflächige Theorien suchen die globale Welt in handliche Hierarchien aus Gewinnern und Verlierern zu packen: Da werden Regionen, Staaten, Berufsgruppen, Lebensformen in Reihen und Serien gebracht, Typen und Profile erstellt, die Erfolg oder Misserfolg nachträglich begründen sollen.

Doch welche Formen der Interpretation, welche Genres der Erklärung für weiträumige historische Prozesse taugen, darüber ist nur selten etwas zu erfahren. Dabei lässt sich aus den rhetorischen Figuren, aus der Art der Erzählung, aus der Struktur der Betrachtung über die Globalisierung auch ein Merkmal der Globalisierung selbst herauslesen.

So ist es gerade die Eindeutigkeit, die zu den eindeutigsten Verlierern der Globalisierung gehört. Vermeintlich zweifelsfreie Behauptungen oder einfache Gewissheiten sind seltsam stumpf und fragwürdig geworden. Der Gestus der analytischen Sicherheit wirkt befremdlicher denn je. Ironischerweise taugt ausgerechnet die Globalisierung nicht zur globalen Analyse.

Allgemeine, universale Urteile zielen an der komplexen Wirklichkeit vorbei. Es gibt kaum eine Interpretation der politischen, ökonomischen, sozialen Dynamiken der Globalisierung, die nicht zur Differenzierung genötigt wäre; kaum eine Einschätzung der Vorzüge, die bestimmte Regionen oder Staaten genießen, ohne Hinweis auf die Nachteile für einzelne Landesteile, die davon ausgeschlossen sind; kaum eine Betrachtung der Verluste, die gewisse Bevölkerungsgruppen erleiden müssen, ohne Einschränkung, der Norden kann nicht gegen den Süden, Männer können nicht gegen Frauen, Bauern nicht gegen Städter verrechnet werden.

Immer gibt es Ausnahmen von der Regel, Widersprüche im System, Paradoxien in der Logik der Entwicklung. Die intellektuellen wie geografischen Landkarten der Globalisierung können nicht einfach nur internationaler, sie müssen vor allem präziser und kleinteiliger werden.

Vielleicht hat die verengte Perspektive auf die ökonomische Ebene der globalisierten Welt diese Erkenntnis verzögert. Bei aller analytischen Tiefenschärfe, mit der man die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge zu erfassen suchte, blieb der Blick auf die Brechungen in den analytischen Instrumentarien selbst verschwommen.

In ideologiekritischer Hinsicht ist die Ambivalenz der große Gewinner der Globalisierung. Darin spiegelt sich zugleich die Textur der veränderten Welt. Alle Fantasien von »Reinheit« zerschellen an einer Wirklichkeit, die sich vor allem durch die dichte Verflechtung, die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Teile auszeichnet.

Was miteinander verbunden ist, verändert sich. Ob Waren, Wissen oder Menschen ausgetauscht werden, ob vornehmlich exportiert oder vornehmlich importiert, ob aus- oder eingewandert, ob gespendet oder geliehen wird, niemals bleibt eine Seite unbeteiligt und unberührt. Wenn weder territoriale noch symbolische Grenzen geschlossen sind, wenn sie vielmehr diesseits und jenseits bespielt werden, dann lösen sich dieses Diesseits und Jenseits selbst schrittweise auf. Ganz gleich wie asymmetrisch das Verhältnis sein mag und wie ungleich die Kräfte sein mögen, die aufeinander stoßen, immer wandeln sich beide Seiten durch die Begegnung. Manchmal treten diese Mischungen nur an den Rändern einer Gesellschaft, manchmal nur in der Elite eines Landes auf. Manchmal werden die Fusionen in architektonischen Veränderungen sichtbar, manchmal in kulinarischen.

In jedem Fall verliert sich die frühere Homogenität in einem neuen Amalgam aus Fremdem und Eigenem. Hybridität ist das Format der Globalisierung – ob in kultureller, ethnischer oder biologischer Hinsicht. Die bewusste oder unbewusste Vermischung durchdringt alle Orte und Gesellschaften, wenngleich nicht mit demselben Tempo. So entstehen verschiedene Zeit- und Erfahrungsschichten in derselben Region, lagern sich Sedimente traditioneller Praktiken und Überzeugungen noch ab, wo zugleich schon das Modernere durchbricht. Es wird adaptiert, nicht einfach mehr assimiliert. Künstlerische Motive und Bilder werden zitiert und verschoben, kulturelle und ästhetische Vorbilder werden nicht nur vererbt, sondern verwandelt.

Diese kulturelle Bastardisierung bedeutet zunächst einmal vielerorts eine Befreiung von autoritärer Bevormundung. Sie begünstigt ein Aufbrechen rassistischer oder ästhetischer Normierungen. In der Verschiedenartigkeit der angebotenen Identitäten oder Identifikationen, der Vielfalt der kulturellen, sexuellen oder religiösen Praktiken und Überzeugungen werden alle jene erlöst, die vorher als abweichend oder abnorm dem Zwang und der Gewalt einer autoritären Monokultur ausgeliefert waren.

Diese bereichernden Momente der Bastardisierung zeigen sich auch in der Medienlandschaft und hier in dem sich wandelnden Verhältnis von Laien zu professionellen Akteuren: Der journalistische Mainstream, der sich in den eigenen Ausbildungsinstitutionen und Handwerkskonventionen verschanzt, wird zunehmend karikiert und korrigiert durch die Blogs der Laien, die wiederum in Foren und Links integriert und von ihnen vereinnahmt werden.

Doch in der Hybridität liegt auch eine Bedrohung, wenn sie nur eine weitere Form der Vereinheitlichung bedeutet. Wenn Bastardisierung zur neuen marktwirtschaftlichen Norm wird, geht dies wiederum auf Kosten mancher Unterschiede und Eigenheiten, die der kulturellen Vielfalt überhaupt erst ihre Bedeutung verleihen. Am Beispiel der Zerstörung der biologischen Diversität ist diese Gefahr am erschreckendsten sichtbar.



Kapitel

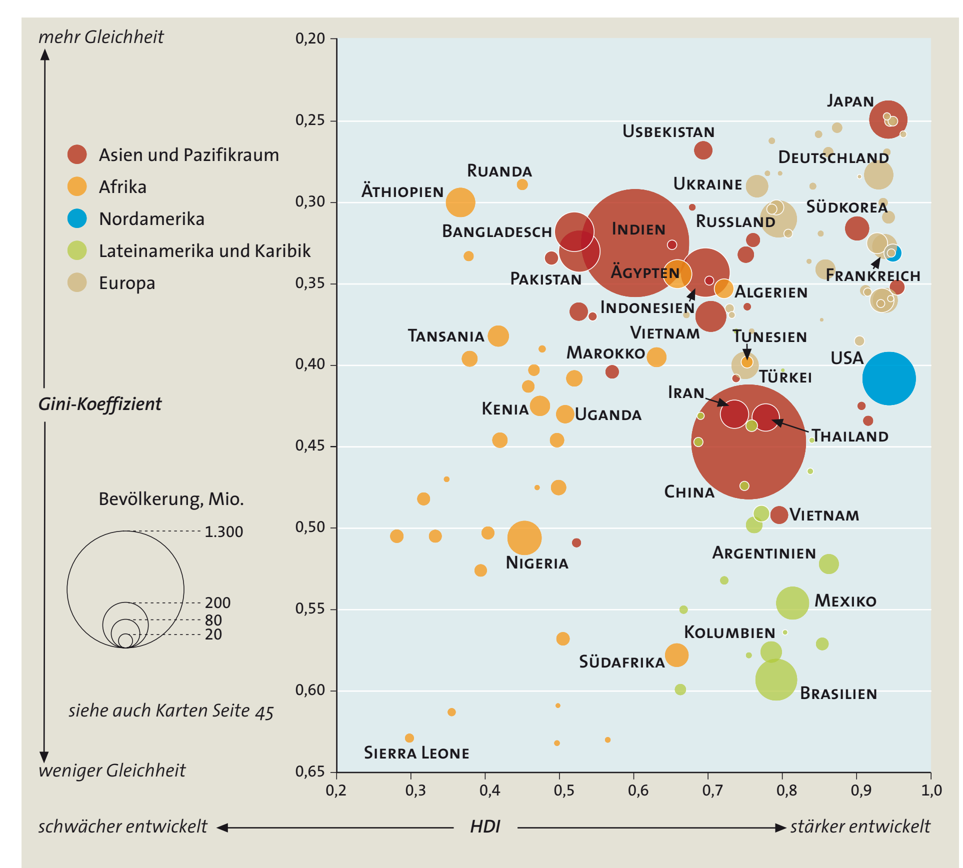
Gewinner und Verlierer

Erst wenn Dissens und Kritik gleichermaßen dynamisch sich entwickeln, wachsen mit der Globalisierung auch die Mittel, sie zu gestalten. Dazu müsste auf der juristischen Ebene ebenso zitiert und adaptiert werden, müssten Rechtsstatuten einerseits universaler werden und gleichzeitig in Anwendungsdiskursen lokal angeeignet werden. Ein erfolgreiches Exempel für diese kritisch-konstruktive Praxis sind Rechtsbegriffe wie der »prior, free and informed consent«, der mittlerweile indigenen Gruppen weltweit Unterstützung im Kampf gegen lokale oder internationale Umweltvergehen bietet.Wenn schließlich auch noch die Hybridität selbst ambivalent betrachtet wird, dann wird die Globalisierung auch als ein politischer Prozess verstanden werden, den wir bestimmen und verändern können, so wie er uns bestimmt und verändert.

► **Carolin Emcke** arbeitet als Redakteurin beim »Spiegel«. Sie ist Autorin von »Von den Kriegen. Briefe an Freunde«, Frankfurt/Main (Fischer) 2004.

Wachstum durchaus erwünscht

Die kapitalistische Wachstumsideologie befriedigt die Bedürfnisse der Weltbevölkerung nicht – und der vermehrte Konsum gefährdet durch den Treibhauseffekt die Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Gegenentwürfe wie Nachhaltigkeit oder Negativwachstum können die Interessen von Natur und Menschen nicht schützen. In einigen Bereichen brauchen wir Wachstum, in anderen müssen wir es verhindern.

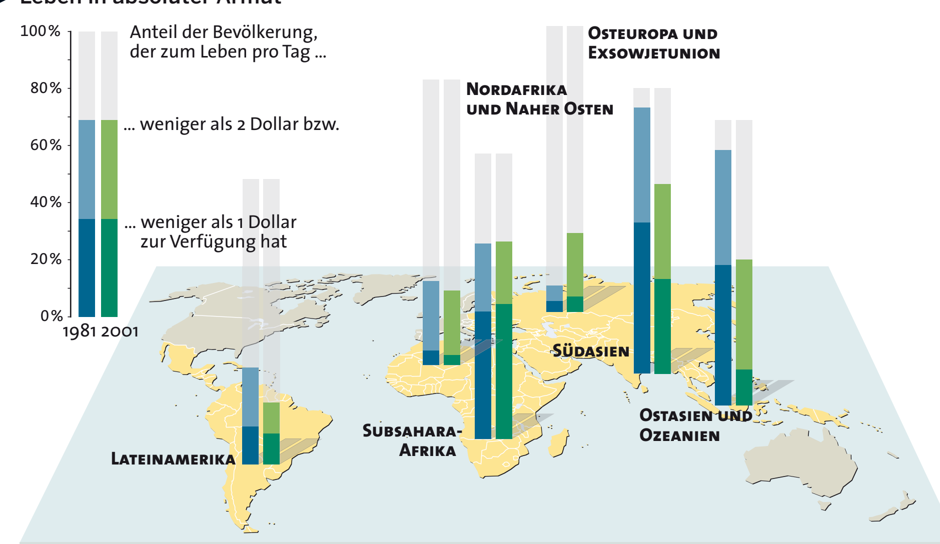


Der Gini-Koeffizient gibt die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft an, misst damit strukturelle wirtschaftliche Ungerechtigkeit und macht sie international vergleichbar. 0 würde maximale Gleichheit bedeuten, 1 maximale Ungleichheit.

HDI, der breit angelegte Index der menschlichen Entwicklung, misst soziale Faktoren von der Lebenserwartung über Geschlechtergerechtigkeit bis zum Zugang zu Technologien. Eine Gesellschaft ist umso entwickelter, je höher ihr HDI ist.

▶ **Menschliche Entwicklung – unterschiedlich ungleich**

▶ **Leben in absoluter Armut**



Der britische Wirtschaftshistoriker Angus Maddison hat berechnet, dass zwischen 1820 und 1998 die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Japan um das Dreißigfache, in Westeuropa um das Fünfzehnfache und im Rest der Welt um das Drei- bis Neunfache gestiegen ist. Selbst in Afrika lag der Faktor noch bei 3,3. Dennoch leben auch heute noch hunderte von Millionen Menschen in Armut und Analphabetentum, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und leiden an Unterernährung. Zugleich verdient das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung ebenso viel wie die ärmsten 57 Prozent zusammen *(siehe Seite 45)*.

Die Kosten dieses Wachstums zeigen sich auch in der Klimaveränderung. Der CO_2-Gehalt der Atmosphäre steigt weiter. Heute sind es noch 380 ppm (parts per million), für 2050 werden 500 ppm prognostiziert. Dann hat sich der CO_2-Wert seit dem Beginn der Industrialisierung verdoppelt. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die reichen Nationen: Ein US-Bürger setzt pro Jahr etwa 5.500 Kilogramm Steinkohlenäquivalent frei, ein Nepalese nur 35. Der mittelfristig akzeptable Durchschnittswert läge bei 500 Kilogramm.

Drei Wege werden diskutiert, um das Problem zu lösen.

Zu Option 1 haben sich die Vereinten Nationen verpflichtet. 1987 empfahlen die UN in ihrem Brundtland-Bericht, »den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglich-

keiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen«. Dieser Weg der nachhaltigen Entwicklung ermöglichte 1997 die Annahme des Kiotoprotokolls zum Abbau der CO_2-Emissionen. Doch der Ansatz basiert auf dem falschen Versprechen, ständiges Wachstum zu ermöglichen und zugleich dessen soziale und ökologische Probleme zu lösen. Selbst durch verbesserte Fertigungstechnologien und den Übergang zur Dienstleistungswirtschaft bleibt es bei einer relativ geringen Ressourcenersparnis , wenn die Produktion in absoluten Zahlen weiter deutlich zunimmt.

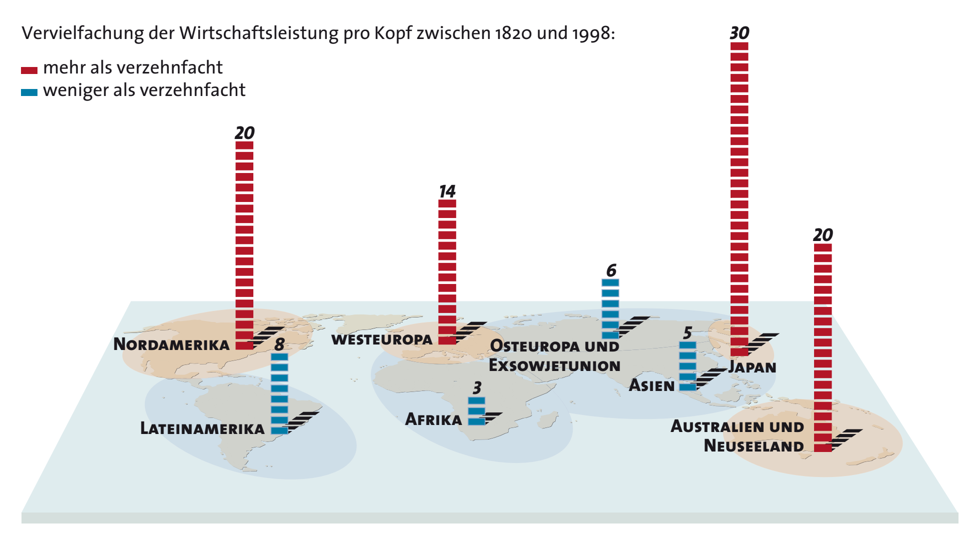
Option 2 verwirft jede Entwicklung und verlangt negatives Wirtschaftswachstum. Ihre Befürworter verneinen einen Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung und behaupten, dass auch Letztere nur die Herrschaft des Westens über den Rest der Welt fortschreibt. Wer diese Position vertritt, ignoriert allerdings, dass die Güterproduktion im Interesse der ärmsten Teile der Weltbevölkerung erheblich gesteigert werden muss. Aus dem Konzept des negativen Wirtschaftswachstums entsteht schließlich ein Kulturrelativismus, der die Armut auf der Welt schlicht zu einer Projektion westlicher Werte und Wahrnehmungen erklärt.

Option 3 basiert auf drei Überlegungen, die sich gegen den aktuellen Trend von Deregulierung und Liberalismus stellen:

- Alle Menschen dieser Erde haben das Recht auf Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Dazu gehören neben politischer Freiheit auch Ernährung, Bildung, Hygiene und Gesundheit. Dies beinhaltet das Recht auf Wirtschaftswachstum, allerdings in differenzierter Form.
- Produktionszweige, in denen Wachstum notwendig ist, sind von solchen zu unterscheiden, die – insbesondere in den reichen Nationen – eingeschränkt werden müssen.
- Ein neues Verständnis von Reichtum ist heute unerlässlich. Statt um jeden Preis Produktion und Konsum voranzutreiben, gilt es, die Arbeitszeiten zu verkürzen, dem Gebrauchswert den Vorrang vor dem Marktwert einzuräumen und den öffentlichen Sektor mit Kranken- und Rentenversicherung auszubauen, statt Privatversicherungen zu fördern. Die globalen öffentlichen Güter (»global public goods«, d.h. Ressourcen und Know-how, *siehe Seite 106*) sind gemeinsam zu verwalten und dürfen nicht privatisiert werden.

Die Rentabilitätsansprüche des Kapitals kollidieren mit den Prinzipien einer lebenswerten Natur und Gesellschaft. In ihrer kulturellen Dimension verweist die gegenwärtige Wirtschaftskrise darauf, dass Fortschritt nicht länger selbstverständlich ist und die Gesellschaft dies begreift. Die Idee des Fortschritts, die aus der Philosophie der Aufklärung stammt, geriet zum ideologischen Rahmen der Industriellen Revolution. Heute wissen wir, dass die damit einhergehende Entwicklung der Wirtschaft auch ihre Schattenseiten hat. Das heißt nicht, dass jeglicher Fortschrittsgedanke aufgegeben werden muss. Aber wir müssen die Risiken des ungebremsten Wachstums und die zunehmenden Ungleichheiten in der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, und deshalb ist es vernünftig, die menschliche Entwicklung von Produktionssteigerung und Konsumzuwachs abzukoppeln.

Damit stellt sich die Frage, wie die sozialen Beziehungen geregelt werden sollen, die derzeit dem Imperativ der Kapitalakkumulation unterworfen sind. Dies zu verändern wäre ein ehrgeiziges Projekt – das jedoch nur dann greifen kann, wenn menschliches Handeln im Kontext der Biosphäre gedacht wird.



Zwei Jahrhunderte ungleiches Wachstum ◄

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswachstum

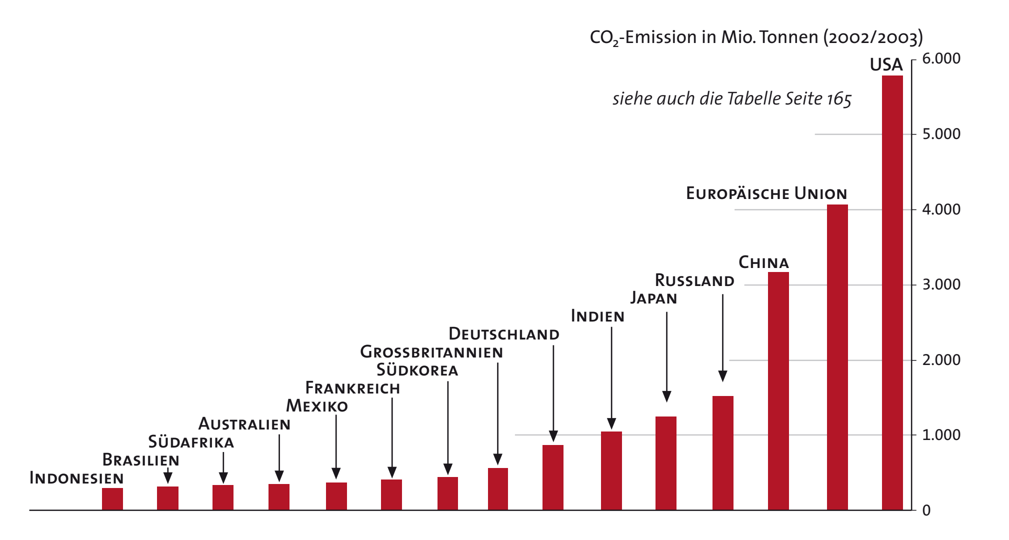
Angus Maddison, Die Weltwirtschaft
- www.oecdbookshop.org (kostenloses E-Book)

Zum qualitativen Wachstum
- www.gcn.de/Kempfenhausen/

NGOs zu Wachstum
- www.attac.de/themen/debatten/wachstum.php
- www.redefiningprogress.org
- www.apres-developpement.org/accueil/index_en.php
- www.decroissance.org

Weltentwicklungsbericht
- hdr.undp.org (Human Development Report, mit HDI)

Der Kohlendioxidausstoß einiger Industrie- und Entwicklungsländer ◄



Kapitalstrom in die falsche Richtung

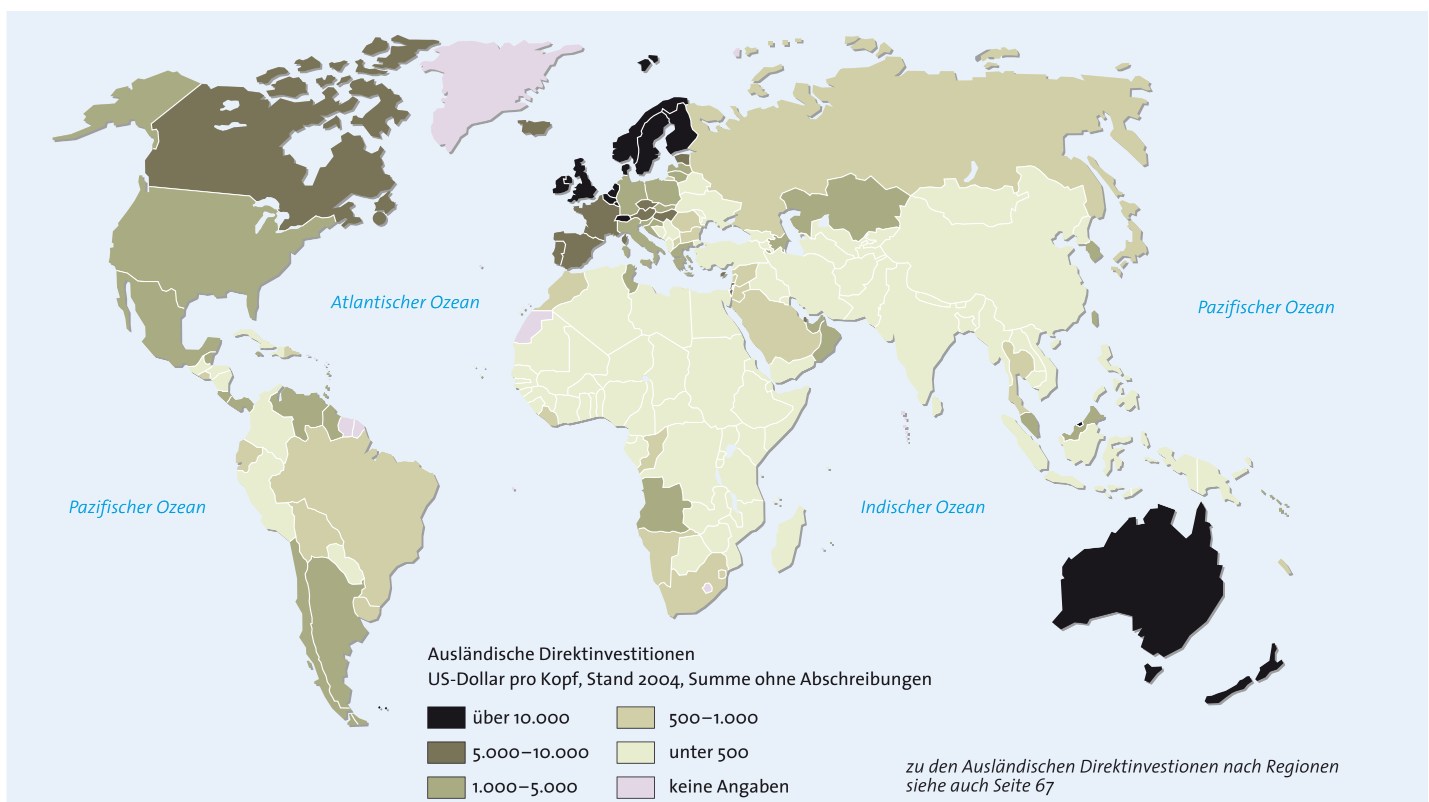
In den 1980er-Jahren kam die Schuldenkrise, dann die Flucht der Banken: Mehr als ein Jahrzehnt lang haben die meisten Entwicklungsländer auf den internationalen Finanzmärkten keine neuen Kredite mehr bekommen. In dieser Zeit finanzierte die Dritte Welt die Erste. Jetzt gibt es wieder Geld – und neue Abhängigkeiten. Eine kurze Geschichte der Nord-Süd-Zahlungsbilanz.

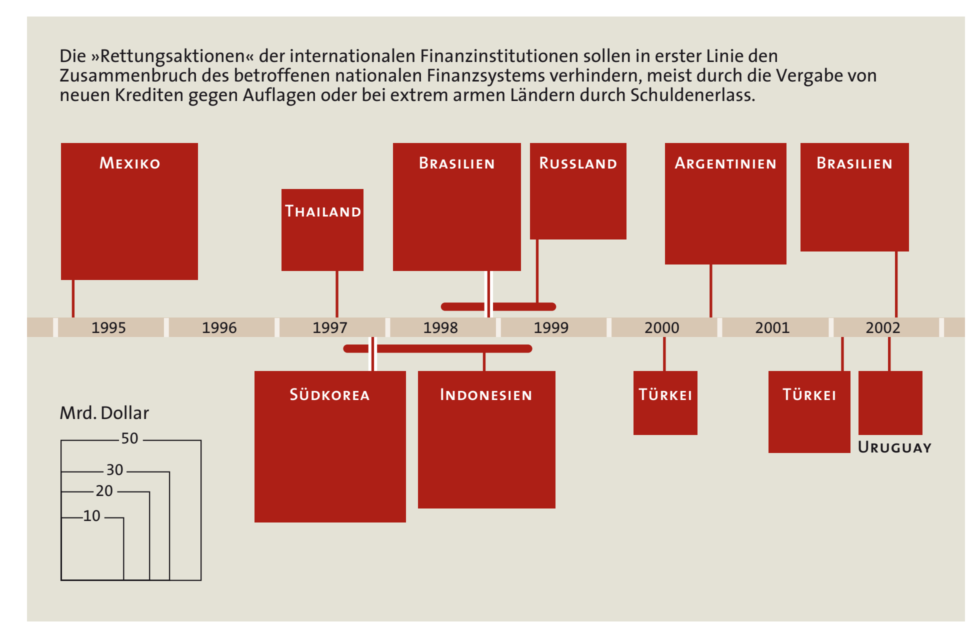
Die privaten internationalen Kapitalströme setzen sich aus drei Komponenten zusammen. Bankkredite haben festgelegte Laufzeiten und Rückzahlungsbedingungen. Ausländische Direktinvestitionen – Firmenneugründungen oder -beteiligungen – stellen recht stabile und reale Formen der Anlage dar. Portfolio-Investitionen schließlich, die Wertpapiere wie Aktien und Staatsanleihen umfassen, sind handelbar und unterliegen oft großen Schwankungen in Kurswert und grenzüberschreitendem Handelsvolumen. Eine vierte Finanzquelle ist die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Struktur der Kapitalbewegungen in die Entwicklungsländer hat sich im Lauf der Zeit drastisch gewandelt.

Vor dem 1. Weltkrieg floss vor allem privates Kapital aus den Industriestaaten in ihre Kolonien. Es folgten bis in die 1970er-Jahre in erster Linie öffentliche, also staatliche Gelder. Das Recycling der Petrodollars über das westliche Bankensystem sorgte dann dafür, dass wieder die privaten Kapitalströme anschwollen: Die Banken wurden mit den bei ihnen untergebrachten Profiten aus dem Ölgeschäft zu den großen Geldgebern der Entwicklungsländer. Zu zwei Dritteln handelte es sich dabei um Darlehen für den öffentlichen Sektor – das Geld floss in den Staatshaushalt oder die Staatsbetriebe, die mit der Entkolonialisierung entstanden waren. Von den 1970er- bis in die 1990er-Jahre sank der Staatsanteil am Kapitalzustrom von 15,5 auf 6,4 Prozent *(zu dessen ungleicher Herkunft siehe Seite 44)*.

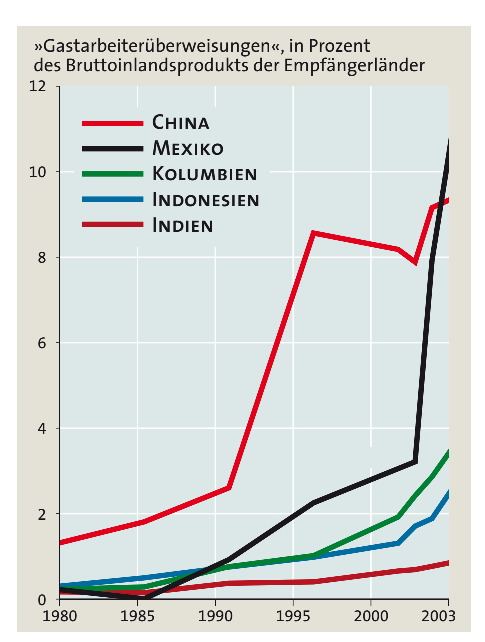
Die große Krise begann in den 1980er-Jahren. Kredite wurden teurer, weil die Zinsen stiegen. Der Nettokapitalstrom drehte, die Finanzquellen versiegten, und die Rückzahlung der Kredite musste aus eigenen Ressourcen erfolgen. Diese paradoxe »Hilfe« der Dritten Welt für die Industriestaaten hat für die große Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, vor allem in Afrika und Lateinamerika, katastrophale Folgen. In dieser Zeit zeigte der globale Finanzsektor seinen parasitären Charakter in neuen Formen.

► **Die reichen Länder ziehen die meisten Ausländischen Direktinvestitionen an**





▶ Rettung in der Krise – durch mehr Schulden



Der Beitrag aus der Fremde ◀

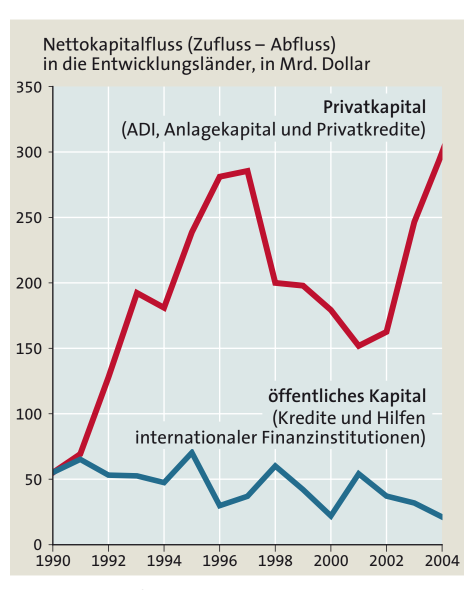
In den frühen 1990er-Jahren war dann für Entwicklungsländer – von einzelnen Ausnahmen in Asien abgesehen – der Zugang zu Krediten praktisch blockiert. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend. Die internationalen Märkte entwickelten neue Finanzprodukte, mit denen sie die alten Staatsschuldpapiere, auf denen die Banken saßen, mit Abschlägen handelbar machten. So wurden die Kapitalmärkte gesättigt: Sofern noch ein Investor Interesse an der Dritten Welt hatte, kaufte er bei den Banken Altkredite auf, die mit der Zahlungsfähigkeit der Länder an Wert gewannen oder verloren. Das war leichter, als einzelne neue Papiere direkt nachzufragen und damit die Kapitalversorgung wieder in Gang zu bringen. Zugleich führten die Banken ihre Neuausleihungen an die Entwicklungsländer drastisch zurück. Während zwischen 1973 und 1981 durchschnittlich 66 Prozent der internationalen Zahlungen aus dem Banksektor kamen, fiel dessen Anteil zwischen 1990 und 1997 auf 11,7 Prozent – und dieses Geld floss vor allem nach Asien.

Von den großen Privatisierungen angelockt, nahmen dann in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre die Direktinvestitionen wieder zu, vor allem in den Schwellenländern des Fernen Ostens und Lateinamerikas sowie im südlichen Afrika. Im Zuge der Rubel- und Asienkrise und großer Umschuldungen in Lateinamerika *(siehe Grafik oben)* zogen sich die Banken wiederum für einige Jahre aus dem Kreditgeschäft zurück, aber derzeit fließt mehr als dreimal so viel Kapital in die Entwicklungsländer wie noch 1990 *(siehe Grafik rechts)*.

Statistisch gesehen scheinen die Wertpapierinvestitionen, also solche in Aktien und Anleihen, eine Nebenrolle zu spielen. Es handelt sich dabei jedoch um Nettobeträge, also Einzahlungen minus Auszahlungen, hinter denen sich enorme Bruttosummen verbergen können. Das Problem stellt sich vor allem für die Investmentfonds, die immer bedeutsamer geworden sind und wegen ihrer Abhängigkeit von Wechselkursen und Zinsen ein heftiges spekulatives Auf und Ab auslösen können. Nach den Direktinvestoren bilden sie inzwischen die zweitwichtigste Gruppe der Geldgeber.

Die enorme Schwankungsbreite der Aktienkurse erhöht die finanzielle Anfälligkeit der Empfängerländer um ein Vielfaches. Angesichts der angespannten Finanzlage steigen die Risikoprämien – die Zinssätze für Kapitalaufnahme, Handelskredite usw. – überproportional. Zugleich fördern die Schuldenkrisen die Bereitschaft der Regierungen, sich den Forderungen des IWF zu unterwerfen.

Auf den ersten Blick ist der Weg über den IWF die kostengünstigere Variante, da die Kreditzinsen niedrig sind. Doch ein IWF-Darlehen ist nicht »billig«: Die Wirtschaftspolitik des Schuldnerlands muss sich an rigide Vorgaben halten – Rückzahlung um jeden Preis – und in Kauf nehmen, dass dies die Wirtschaft womöglich ruiniert und für die Bevölkerung äußerst negative Folgen hat.



Geld für die Entwicklungsländer ◀

WWW

Einführend (mit Links)
- www.blue-21.de/Themen/Finanzmaerkte/kapitalverkehr.php

World Development Report 2005
- www.worldbank.org

NGOs
- www.blue-21.de/pdf/FDI_WDR05.pdf
- www.eed.de/fix/files/doc/eed_FDI_04_eng.pdf

Weltbank: Global Development Finance
- siteresources.worldbank.org/intgdf2005/Resources/gdf05complete.pdf

F&D, Zeitschrift des IWF
- www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/index.htm

Statistik (Welt, OECD, USA)
- www.unctad.org/Templates/StartPage.asp?intItemID=2527&lang=1
- www.oecd.org/department/0,2688,en_2649_34863_1_1_1_1_1,00.html
- www.bea.gov/bea/di/di1fdibal.htm

In der Schuldenfalle: kein Ausweg für die ärmsten Länder

Entwicklungshilfe »Gute Absichten« …

Pearson-Bericht, 1970 verabschiedet durch die UN-Vollversammlung, Resolution 1522:
»Wir empfehlen, dass jedes Geberland bis 1975 oder wenig später, jedoch spätestens bis 1980, seine Entwicklungshilfe (…) auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht.« — 1969

Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung in Rio, Vereinbarung der 172 Regierungen:
»Die Industrienationen bekräftigen ihre Verpflichtung, die UN-Vorgabe einer Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts zu erfüllen (…) und erklären sich bereit, ihre Hilfsprogramme auszubauen, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.« — 1992

Millenniumserklärung, verabschiedet von der UN-Vollversammlung:
»Wir appellieren an die Industriestaaten (…), in größerem Umfang Entwicklungshilfe zu leisten.« — 2000

Konsens der Monterrey-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung, verabschiedet von der Konferenz und gebilligt von der UN-Vollversammlung:
»Wir fordern die säumigen Industrienationen auf, konkrete Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel der Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 Prozent vom Bruttosozialprodukt zu erreichen.« — 2002

Erklärung der Finanzminister der G7 in Washington:
»Wir bekräftigen unser Engagement zur weltweiten Armutsbekämpfung und zur Unterstützung für die Länder, damit die Entwicklungshilfeziele entsprechend der Millenniumserklärung erreicht werden. (…) Zusätzliche Finanzhilfe (…) ist erforderlich.« — 2004

… und die Realität

2003 hatten nur 5 der 22 wichtigsten Geberländer das von der UNO vorgegebene 0,7-Prozent-Ziel erreicht, darunter kein Mitglied der G7.

siehe auch die Zahlen Seite 44/45

Entschuldung »Gute Absichten« …

G-8-Gipfel in Birmingham:
»Wir verpflichten uns zu gemeinsamen internationalen Bemühungen um einen schnellen und entschlossenen Abbau der Schuldenlast zugunsten der armen Entwicklungsländer (…) Wir werden darauf hinarbeiten (…), dass die betroffenen Länder die Minderung erfahren, die sie brauchen, um ihre Schuldenprobleme dauerhaft lösen zu können.« — 1998

Konsens der Monterrey-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung, verabschiedet von der Konferenz und gebilligt von der UN-Vollversammlung:
»Maßnahmen zur Reduzierung der Schulden müssen schnell und entschlossen umgesetzt werden (…). Die rasche, wirksame und vollständige Realisierung des HPIC-Programms [für arme, hochverschuldete Länder], das in Gänze aus zusätzlichen Ressourcen zu finanzieren ist, ist entscheidend.« — 2002

G-8-Gipfel in Sea Island:
»Wir setzen uns dafür ein, das HPIC-Programm für die armen hochverschuldeten Länder in Gänze umzusetzen und den ärmsten Ländern zu helfen, durch einen Abbau der Schulden und die Finanzierung von Krediten die Schuldenlast zu tragen.« — 2004

1969 · 1992 · 1993 · 1994 · 1995 · 1996 · 1997 · 1998 · 1999 · 2000 · 2001 · 2002 · 2003 · 2004

… und die Realität

40 Prozent der Schulden der HPIC wurden gestrichen. Nur 14 der 42 betroffenen Länder erhielten nennenswerte Nachlässe.

Die Erfolgsmeldungen täuschen. Die Lage der Armen wird nicht besser. Der Schuldennachlass und andere Hilfsversprechen aus dem reichen Norden reichen nicht aus, um die Krise der Entwicklungsländer zu überwinden.

Im Jahr 2003 betrugen die Auslandsschulden der Entwicklungs- und Schwellenländer etwa 2,53 Billionen US-Dollar. 2005 war Brasilien mit 211 Milliarden Dollar am höchsten verschuldet, es folgten Mexiko mit 174 und Argentinien mit 119 Milliarden Dollar. Doch so hoch die Schulden dieser drei Länder in Lateinamerika auch sein mögen: Aufgrund ihres nationalen Reichtums tragen sie wesentlich weniger schwer an der Last als die ärmsten Länder der Welt, deren Schulden häufig ihre gesamte Wirtschaftsleistung eines Jahres übersteigen.

Die Gesamtauslandsverschuldung der knapp vierzig so genannten einkommensschwachen Länder beläuft sich auf eine Summe von über 520 Milliarden Dollar. In einigen von ihnen, etwa in 16 Staaten Subsahara-Afrikas, hat sie mittlerweile Rekordwerte erreicht. In Sao Tomé und Principe, Liberia und Guinea-Bissau liegen die Schulden beim Dreifachen des jeweiligen Bruttonationaleinkommens. Einer der Rekordschuldner auf dem amerikanischen Kontinent ist Nicaragua mit 172 Prozent des BNE.

Angesichts dieser astronomischen Zahlen, und damit die betroffenen Länder überhaupt wieder Luft zum Atmen haben, bleibt den Gläubigerländern und internationalen Finanzinstitutionen seit einigen Jahren nur noch die Option des Schuldennachlasses. Anders lässt sich das angestrebte Wachstum nicht erzielen, das gebraucht wird, um die Lage wenigstens minimal zu verbessern. Die jüngste Maßnahme in diesem Sinn war 1996 die HIPC-Initiatiave für die *heavily indebted poor countries* (hoch verschuldete arme Länder) mit 42 teilnehmenden Staaten. Anfang 2006 erfüllten etwa 20

Länder die Bedingungen des HIPC-Programms.

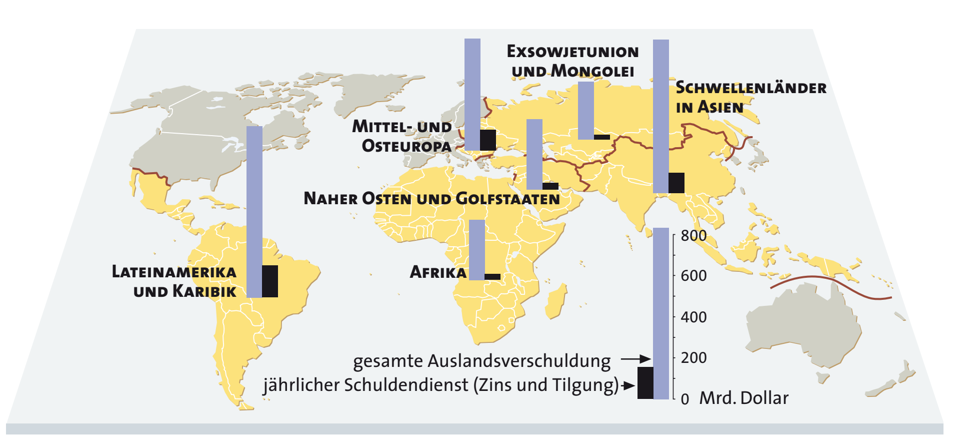
Dies führt zum Erlass von 50 bis 60 Milliarden Dollar Schulden, die in den nächsten 40 Jahren fällig geworden wären, also weniger als 2 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Initiative reicht bei weitem nicht aus, um für diese Länder die Gesamtschuldenlast zu lindern. Es geht ihr erst recht nicht um deren Überwindung, sondern allein um die »nachhaltige Gestaltung« von Restschulden, die weiterhin in den Büchern stehen. Zugleich verhindern strikte Auflagen, dass die Volkswirtschaften wieder auf die Beine kommen und sich die soziale Lage in diesen Ländern bessert.

Die reichen Länder des Nordens sind mit etwa 35 Billionen Dollar, rund 90 Prozent der Kredite weltweit, viel höher verschuldet als die Entwicklungsländer. Allein die USA stehen mit 7,6 Billionen Dollar in der Kreide. Das ist das Dreifache der Gesamtverschuldung der Länder des Südens. Auf Rang zwei bis vier folgen Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Dabei stehen in diesen Ländern nur 40 bis 60 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts aus – aber jedes Prozent, das die Regierungen der Industrieländer in ihren Haushalten einsparen wollen, löst enorme Proteste aus. In Afrika, Lateinamerika und Teilen Asiens geht es hingegen um viel brutalere Einschnitte – den Protesten dagegen sprechen die hiesigen Politiker und Bürokraten jede Berechtigung ab.

Zudem finanzieren die Schuldner aus dem Süden, die keine neuen Kredite mehr bekommen, aus ihren Rückzahlungen einen Teil der Defizite der reichen Nationen *(siehe Seite 84)*. So transferiert Subsahara-Afrika, anerkanntermaßen die ärmste Region der Welt, seit 1995 jährlich 1,5 Milliarden Dollar mehr in den Norden, als es erhält. Nigeria hat Anfang 2006 aus Öleinnahmen die letzten 30 Milliarden Dollar an den Norden zurückgezahlt, obwohl drei Viertel der Menschen dort von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen.

Addiert man zu den Zahlungen für den Schuldendienst noch die Vorteile, die die Unternehmen aus dem Norden aus ihren Investitionen im Süden ziehen, sowie die Geldanlagen der dynamischsten Länder des Südens – beispielsweise Chinas, dem ein beträchtlicher Teil der US-Schulden gehört, das aber auch eigene Interessen in rohstoffreichen Entwicklungsländern entwickelt hat –, ergeben sich enorme Geldströme. Beginnen die Weltmächte langsam zu realisieren, welche verheerenden Konsequenzen dieses Ungleichgewicht auf dem Planeten hat? Sind der erklärte Wille der internationalen Finanzinstitutionen, den Schuldenabbau voranzutreiben, und die Afrika-Initiative Tony Blairs Anzeichen dafür?

Anlässlich des G-8-Gipfels im Juli 2005 beschlossen die reichen Länder, zusätzlich die multilateralen Schulden von 18 armen Staaten zu streichen. Das war insgesamt ein Betrag von 48 Milliarden Dollar und in keiner Weise ausreichend, die Probleme zu lösen. Wiederum waren damit strenge Auflagen verbunden. Unberücksichtigt blieben im Übrigen die bilateralen Kredite, deren Umfang weit über die multilateralen Darlehen hinausgeht. Die finanziellen Bemühungen des Nordens angesichts dieser Lage sind also bestenfalls bescheiden, und Optimismus ist fehl am Platz. Zwar kann sich ein Schuldnerland mit mittlerem Einkommen wie Argentinien auch über das IWF-Diktat hinwegsetzen und seinen privaten Gläubigern vorschlagen, Kredite zu seinen eigenen Bedingungen zurückzukaufen. Doch den ärmsten Ländern steht dieser Ausweg nicht offen. Sie müssen auf den hypothetisch guten Willen derjenigen hoffen, die immer noch »Geber« genannt werden.



Erdrückende Schulden ◄

www

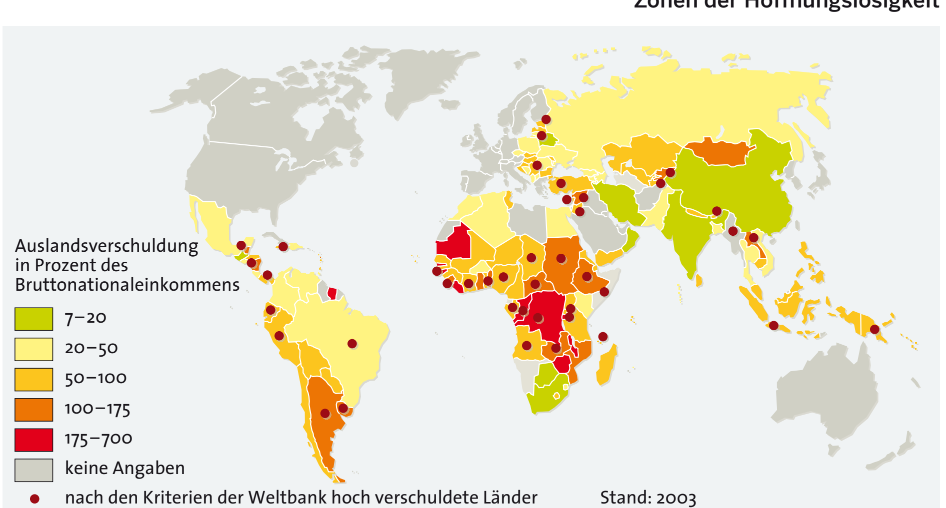
Einführend: NGOs
- www.weed-online.org/themen/schulden/index.html
- www.weed-online.org/themen/iwf/index.html
- www.blue-21.de/Themen/Finanzmaerkte/verschuldung.php

offiziell
- www.imf.org
- www.worldbank.org

weitere NGOs
- www.erlassjahr.de/
- www.cadtm.org/
- www.oid-ido.org/
- www.jubileeresearch.org/

Tobinsteuer
- de.wikipedia.org/wiki/Tobinsteuer

Zonen der Hoffnungslosigkeit ◄



Pensionsfonds – Täter und Opfer zugleich

Ihre Aufgabe ist es, die Altersvorsorge von Millionen Menschen zu finanzieren. Dazu müssen Pensionsfonds die Beiträge an der Börse investieren. Doch wenn die Aktienkurse fallen, entstehen riesige Defizite. Konzerne kürzen dann lieber die Betriebsrenten, als selbst in den Strudel gerissen zu werden – und viele Beitragszahler müssen länger arbeiten.

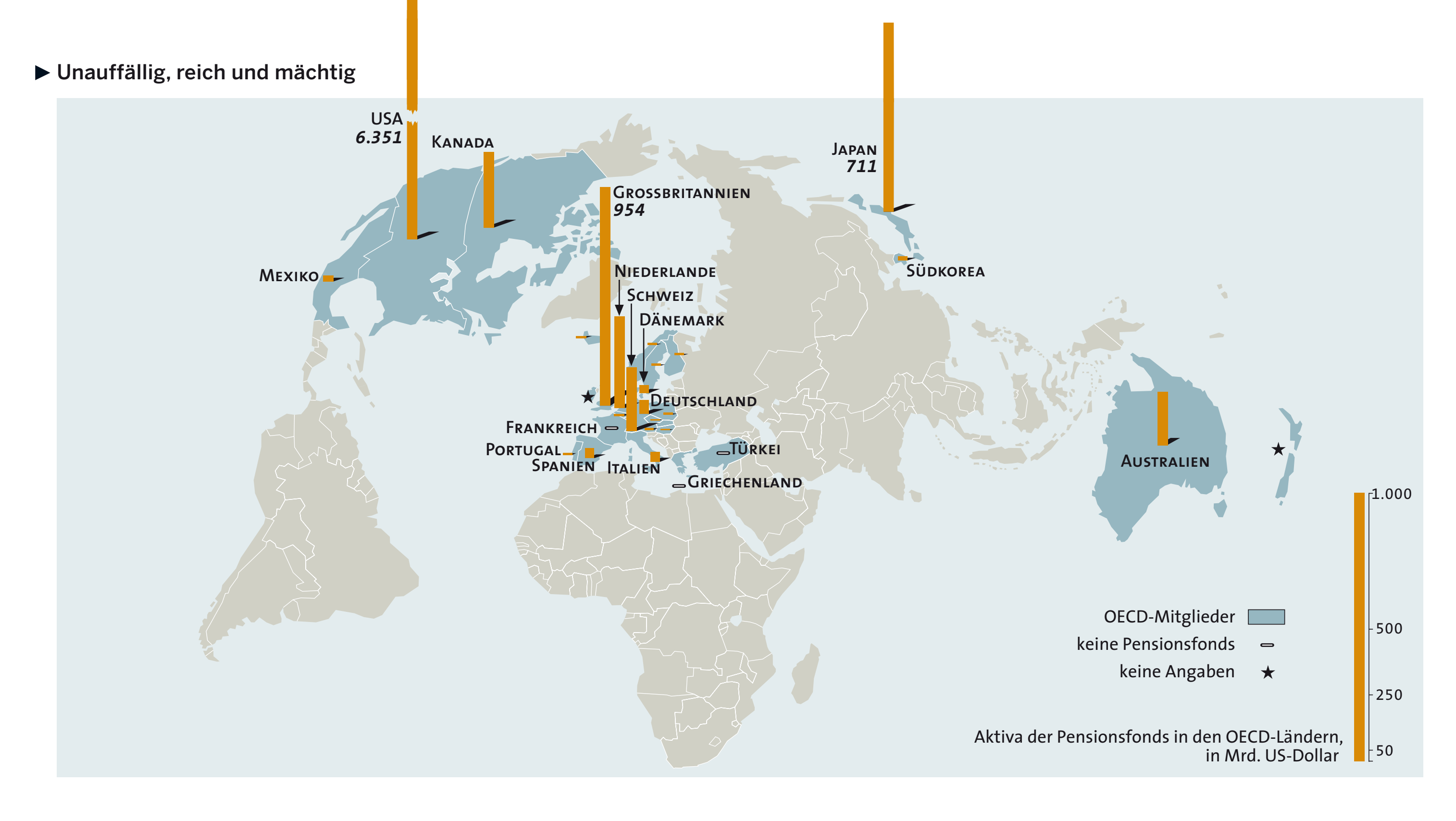
Mit Pensionsfonds angefangen haben US-amerikanische und britische Unternehmen. Sie wollten qualifizierte Beschäftigte an sich binden, indem sie ihnen Sozialleistungen boten. Pensionsfonds ergänzen die betrieblichen Pensionskassen, die für die Arbeitnehmer im privaten Sektor während der Weltwirtschaftskrise 1929 entwickelt und nach 1955 auch für öffentliche Angestellte geöffnet wurden. Die staatliche Rente hingegen, anders als in Deutschland nicht zur Einkommenssicherung konzipiert, dient in den USA und Großbritannien nur als Schutz gegen Altersarmut. Die Auszahlungen, die Rentner und Pensionäre als Grundversorgung von den privaten und öffentlichen Pensionskassen erhalten, sind im Vergleich zum letzten Gehalt gering.

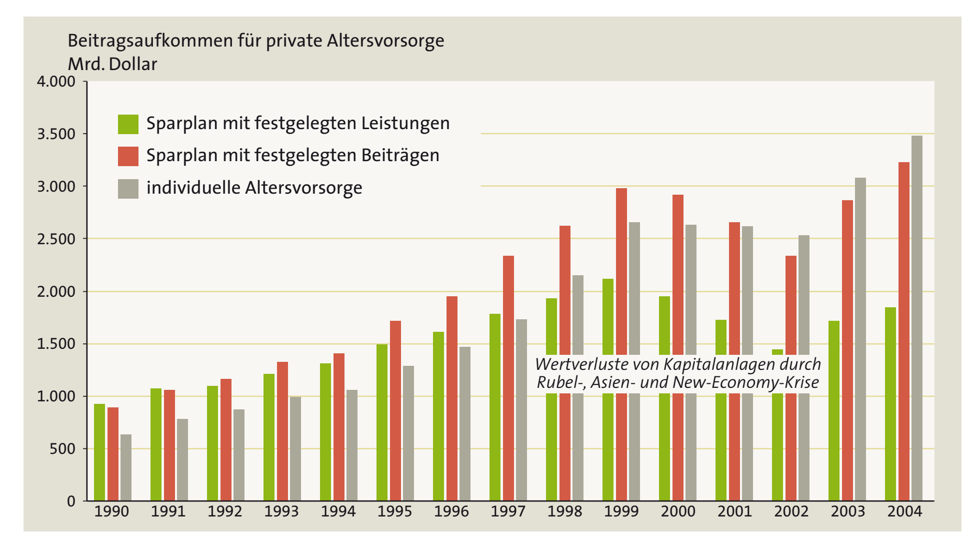
Die US-Arbeitgeber begannen zwischen 1950 und 1970, die von der Körperschaftsteuer befreiten Beiträge in unternehmensfremde Fonds zur Altersvorsorge einzuzahlen. Die Pensionen für die Beschäftigten der öffentlichen Hand unterliegen den Gesetzen der Bundesstaaten, während die für den privaten Sektor durch den Employee Retirement Income Security Act von 1974 geregelt sind. Dieses Gesetz unterscheidet zwischen leistungsorientierter *(benefit-defined)* und beitragsorientierter *(contribution-defined)* Altersvorsorge. Leistungsorientierte Pensionskassen werden meist ausschließlich vom Arbeitgeber finanziert. Der Arbeitnehmer weiß von Anfang an, welche Auszahlungen er erwarten kann, und die Höhe des entsprechenden Betrages variiert je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit und Gehalt. Bei nicht ausreichender Deckung trägt das Unternehmen das finanzielle Risiko.

Beitragsorientierte Anlagen hingegen funktionieren ohne garantierte Ausschüttungen. Die Finanzierung erfolgt über die Beiträge der Arbeitnehmer und gelegentlich auch der Arbeitgeber. Das finanzielle Risiko trägt der Arbeitnehmer. Die Höhe der Auszahlung hängt letztlich von der Börsenentwicklung ab.

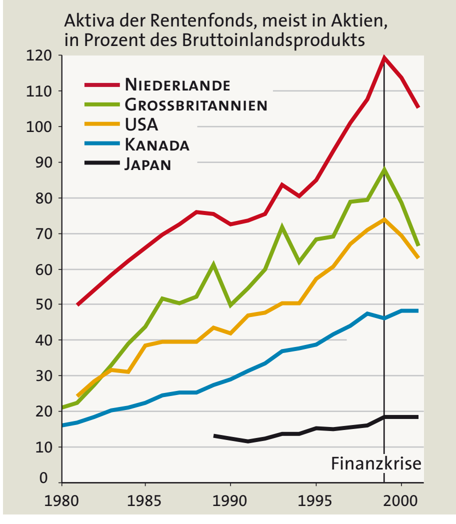
Seit den 1980er-Jahren sind viele leistungsorientierte Kassen geschlossen worden. Profitierten 1975 noch 43 Prozent der US-Beschäftigten von deren Rentenplänen, waren es im Jahr 2000 nur noch ungefähr 20 Prozent, während 27 Prozent ihre Altersvorsorge über beitragsorientierte Pensionsfonds sicherten. Die Unternehmen entziehen sich also zunehmend der Finanzierung der Renten. Die Leistungsempfänger tragen

▶ Unauffällig, reich und mächtig





► US-Rentengelder in Zeiten von Boom und Krise



Aktive Aktiva ◄

das finanzielle Risiko und die Beitragslast immer häufiger allein.

Der Sturz der Aktienkurse an den Börsen führte nach 2000 zur Finanzkrise der Altersvorsorgefonds, weil die Erträge aus ihren Kapitalanlagen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Zahlungsverpflichtungen ausreichten. Zahlreiche große US-Konzerne, darunter General Motors, Ford, Chrysler und IBM versuchten, die Renten zu mindern. Die Pensionskassen der 100 umsatzstärksten US-Unternehmen, die im Index Fortune-100 zusammengefasst sind, wiesen explodierende Defizite auf: Sie stiegen von 78 Milliarden Dollar Ende 2004 auf geschätzte 129 Milliarden Dollar Ende 2005, eine Zunahme von 65 Prozent.

Für die Defizite ihrer Pensionsfonds müssen die Konzerne Rückstellungen bilden, die in den Bilanzen enorme Defizite verursachen. Für viele Firmen ist daher die Versuchung groß, sich unter den Schutz des Konkursrechts zu begeben und sich so ihrer Zahlungspflicht gegenüber ihren früheren Beschäftigten zu entziehen. Von 2003 auf 2004 hat sich aber auch das Defizit der US-Bundesagentur, die die Pensionsfonds gegen Zahlungsunfähigkeit versichert, von 11 auf 23 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt; Ende 2005 lag es bei 26 Milliarden Dollar. Und die Lage in Großbritannien ist ähnlich: Die 100 größten britischen Pensionsfonds von Unternehmen haben Ende 2004 geschätzte 72 Milliarden Euro Defizite angesammelt.

Auch in anderen Unternehmen mit beitragsorientierten Fonds waren viele aktuelle und künftige Renten massiv vom Börsenkrach betroffen. Millionen von Gehaltsempfängern verloren ihr Erspartes und sahen sich gezwungen, später als geplant in Rente zu gehen. Anderen blieb keine Wahl, als in hohem Alter einen »kleinen Job« anzunehmen, um finanziell über die Runden zu kommen.

Das Wesen der Fonds hat sich so im Lauf der Zeit grundlegend gewandelt: Sie sind immer seltener eine Quelle zur Ergänzung der Rente, sondern vor allem ein Finanzinstitut mit zweifelhafter Macht auf den globalen Finanzmärkten. Darüber hinaus sind sie zunehmend vom Streben nach kurzfristiger Rendite und von der Logik einer für ihre Anleger attraktiven Risikostreuung geprägt.

Die Einlagen werden in Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen, Fondsanteilen, Geldmarkttiteln und anderen Wertpapieren sowie in Immobilien investiert. Zwischen 1993 und 2001 betrug die Zuwachsrate des Fondsvermögens durchschnittlich 8 Prozent pro Jahr und blieb seither in den Industrieländern konstant. 2004 investierten sie, gemessen am Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Länder, 112 Prozent in der Schweiz, 106 in den Niederlanden, 65 in Großbritannien und 95 Prozent in den USA (in Deutschland sind sie mit unter 4 Prozent eher unbedeutend). Von den 16 Billionen Dollar Vermögen dieser Fonds in den Industrieländern entfallen 11 Billionen auf US-Pensionsfonds, also 70 Prozent; mit 7 Prozent folgen die britischen. Damit haben sich die Pensionskassen zu wichtigen Akteuren in der internationalen Finanzwelt entwickelt – und werden als solche in Ländern, denen solche Einrichtungen nicht vertraut sind, oft stark unterschätzt.

www

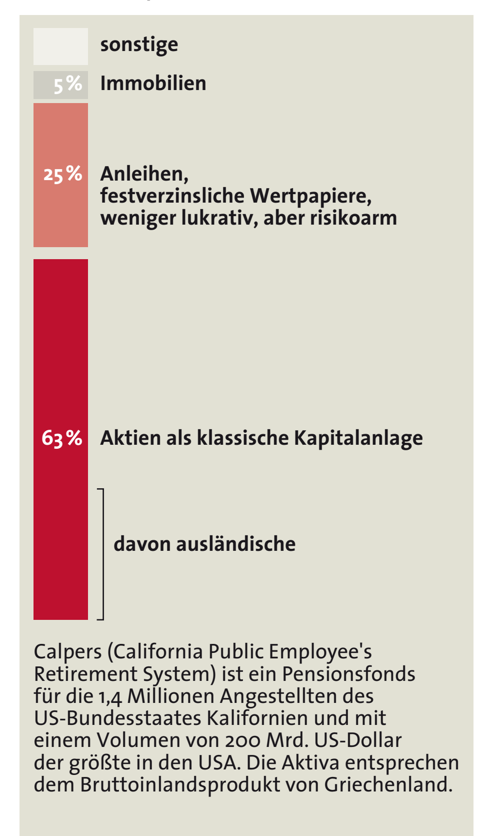
Einführend
- en.wikipedia.org/wiki/Pension_fund

US-Pensionsfonds
- www.aon.com/uk/en/about/Press_Office/pension_deficit.jsp
- www.pbgc.gov/
- www..calpers.ca.gov/

kritisch
- www.pensionrights.org/
- www.epinet.org/content.cfm/issueguides_issueguide

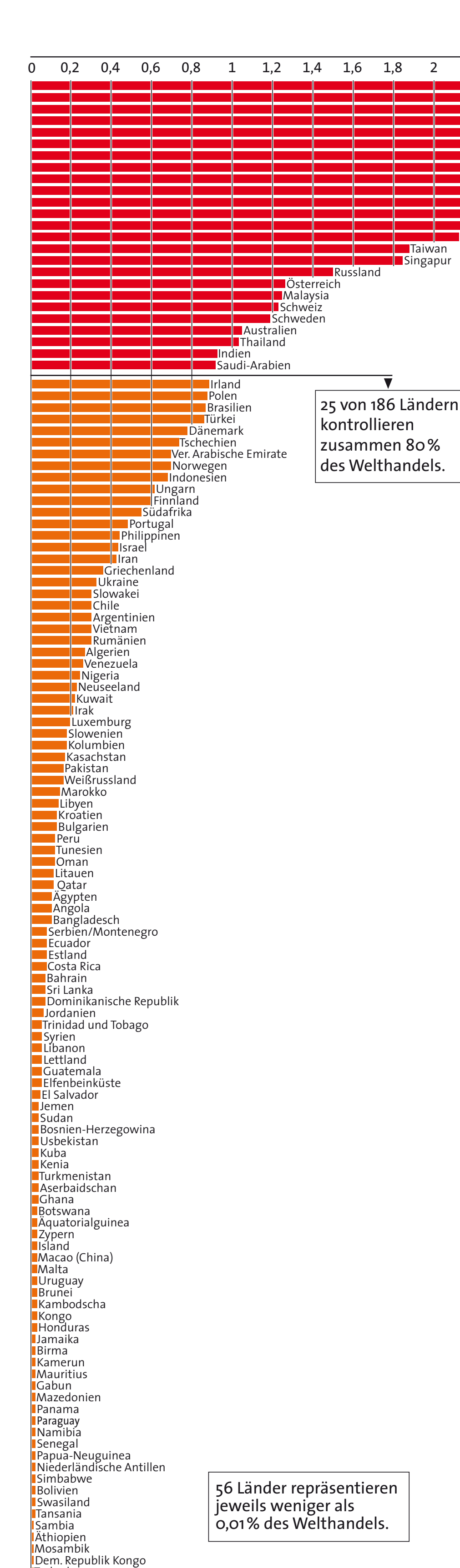
Aufsicht
- www.ceiops.org/
- www.iopsweb.org/page

Calpers – wie der Größte investiert ◄



Calpers (California Public Employee's Retirement System) ist ein Pensionsfonds für die 1,4 Millionen Angestellten des US-Bundesstaates Kalifornien und mit einem Volumen von 200 Mrd. US-Dollar der größte in den USA. Die Aktiva entsprechen dem Bruttoinlandsprodukt von Griechenland.

Freihandel, das Prinzip des Stärkeren



Ungehinderten Warenverkehr fordern immer die stärksten Nationen – die am meisten von einem Boom im Welthandel profitieren. Den schwächeren pressen sie die Zustimmung ab. Und sie erinnern sich nicht, dass alle großen Wirtschaftsnationen mit Protektionismus begonnen haben.

Häufig heißt es, dass die Gegner des Freihandels Autarkie einfordern, um die eigene, zu teure Produktion zu schützen. Umgekehrt werden die Öffnung gegenüber dem internationalen Handel und ein Wirtschaftsaufschwung wie der in Südkorea und China gern als Umsetzung der Freihandelsidee präsentiert. Das verschleiert jedoch die wahre Bedeutung des Begriffs ebenso wie die Interessen, um die es eigentlich geht.

Freihandel setzt freien Wettbewerb voraus. Eine Einmischung des Staates findet nicht statt. Als Gegenstück kommt dann weniger die Autarkie als der kontrollierte Handel in Frage, wobei die Kriterien für die Kontrolle umstritten sind. Ein hoher »Markterschließungsgrad« – d. h. ein hoher Anteil des Außenhandels im Verhältnis zur Produktion – kann mit intensiven Staatsinterventionen verbunden sein, wie eben in Südkorea und China, wo der »Protektionismus« Wachstum schuf. Diesen Weg gingen letztlich alle heutigen Industrienationen, wenngleich die herrschende Geschichtsschreibung zum Welthandel dies gern übersieht.

England schaffte in den 1840er-Jahren die *corn laws* ab, die bis dahin die britische Getreideproduktion geschützt hatten, und folgte damit dem Rat des bedeutendsten Theoretikers des Freihandels, David Ricardo. Zuvor hatte das Land wie die anderen großen Handelsmächte Merkantilismus betrieben, d. h. auf Handelsüberschüsse gesetzt, die als reichtumsmehrend betrachtet wurden und Importe erschwerten. Starke Staaten und bedeutende Kaufleute, die Fernhandel trieben, eroberten mit Waffengewalt die »neue Welt« und kontrollierten die wichtigen Routen des neu entstehenden Welthandels. Im Grunde optierten sie für eine Politik des Protektionismus, die in Westeuropa wie in den USA und später auch in Japan zur Grundlage der Industriellen Revolution wurde und zum schnellen Wachstum des internationalen Warenverkehrs führte.

Die »Freihandelsthese« wurde im Zentrum der bedeutendsten Industrie- und Kolonialmacht der Zeit formuliert, und sie galt als Reaktion auf eine schwere Profitkrise. Ricardo, der die sinkende Bodenrendite analysierte, formulierte bereits vor Karl Marx die These vom tendenziellen Fall der Profitrate. England opferte seine Weizenproduktion und bemühte sich um den Import von preiswerteren Rohstoffen, um wieder Profit zu machen.

Die These vom Freihandel wurde von ihren Vertretern als »universell« präsentiert: Jedes Land würde von ihr profitieren, wenn es sich »frei«, also nur aus wirtschaftlichem Anreiz und ohne jeden herrschaftlichen Zwang auf die Sektoren spezialisierte, in denen es einen »Wettbewerbsvorteil« genieße. Kredite oder Investitionen reicher Länder müssten den armen Ländern ermöglichen, Waren aus den entwickelten Staaten zu kaufen. Die Rückzahlung der Schulden könnte über Exporte erfolgen.

Bereits im 19. Jahrhundert wurde diese These sowohl in den USA als auch in Deutschland als heuchlerisch kritisiert. Beide Länder wuchsen zu ernsthaften wirtschaftlichen Konkurrenten heran



und wiesen darauf hin, dass England die Abschaffung des Protektionismus erst forderte, als es seine beherrschende Stellung schon innehatte. Doch während die USA, Deutschland oder Japan sich auch gegenüber den größten Mächten Europas schützten, begannen sie wie zuvor Großbritannien damit, im Rahmen ihrer imperialistischen Expansion die von ihnen beherrschten Länder zu zwingen, ihren Schutz aufzugeben. Man nannte diese erzwungene Öffnung der Märkte der Länder »Freihandel«, obwohl die Metropolen über Staatsinterventionen periodische Krisen und soziale Unruhen eindämmen mussten.

Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts in den Ländern der Dritten Welt wollten mit der Abhängigkeit, die sie in Unterentwicklung hielt, brechen. Der Kalte Krieg zwischen den Systemen förderte die Entkolonialisierung und den Widerstand gegen die herrschenden Mächte. Die interventionistische Politik sowohl in Diktaturen als auch in Konsumgesellschaften unterwarf den internationalen Handel machtpolitischen Erwägungen, ohne dass die Bevölkerung irgendwo tatsächlich eine Wahl gehabt hätte.

In den 1970er-Jahren wurden die diesem Wachstumsmodell innewohnenden Widersprüche evident. Die USA verloren ihre Hegemonie und waren mit einer Profitkrise konfrontiert. So setzten sie den »freien Wettbewerb« auf ihre politische Tagesordnung. Und im Hintergrund dieses Diskurses, der im Gegensatz zum machtbetonten Protektionismus anderer Großmächte stand, ist es multinationalen Konzernen in kurzer Zeit gelungen, ein Drittel des Welthandels zu organisieren und ihre Produktionsstätten und Büros dorthin zu verlagern, wo sie vergleichsweise wenig Steuern und Abgaben und niedrige Löhne und Gehälter zahlen müssen – in einer Welt, in der es für sie keine Grenzen mehr gibt.

www

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus
- de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung

NGOs
- www.wto-runde.de/themen/gatt/98741.html
- www.attac.de/wto/

Links
- www.wto-runde.de/links/01gatt_links/
- www.blue-21.de/Themen/Welthandel/wto.php

siehe auch Karte Seite 98

Dienstleistungen – die neue Ware auf dem Weltmarkt

Bis Ende 2006 soll eine neue Runde des Vertrags abgeschlossen sein, mit dem die grenzüberschreitenden Dienstleistungen weiter liberalisiert werden. Was die Regierungen während der Verhandlungen an wechselseitiger Grenzöffnung anbieten, ist weitgehend geheim.

Die Verabschiedung des Gats, des Allgemeinen Abkommens über Handel und Dienstleistungen, bildete 1994 den Abschluss der Uruguay-Runde zur Erweiterung des Gatt, des Allgemeinen Abkommens über Tarife und Handel (daraus entstand die Welthandelsorganisation WTO, die also für das Gats zuständig ist). Das Gats sollte nach fünf Jahren überarbeitet werden und steht deswegen seit dem Jahr 2000 wieder in der politischen Debatte. Das neue Abkommen soll bis Ende 2006 unterschriftsreif sein.

Beim Gats unterscheidet die WTO zwölf Wirtschaftsbereiche, in denen Dienstleistungen anfallen. Eine Ausnahme stellen nur kostenlose, von einem Monopolanbieter erbrachte Leistungen dar, etwa durch staatliche Verwaltungen, Militär und Justiz, wobei aber die Privatisierung diesen Zweig immer weiter schrumpfen lässt. Für die WTO ist es gleichgültig, ob Dienstleistungen durch den privaten oder den öffentlichen Sektor erbracht werden und ob die Angebote kommerziellen Inhalts sind oder nichtkommerziell, etwa wenn sie den sozialen Zusammenhalt unterstützen.

Das Gats prüft »Maßnahmen«, nämlich Gesetze, Regeln und Verfahren, die für grenzüberschreitende Dienstleistungen gelten. Betroffen sind etwa auch Nichtregierungsorganisationen, die durch öffentliche Zuschüsse subventioniert werden und im Ausland ihre Leistungen anbieten. Unterschieden werden vier »Modalitäten«, in denen Leistungen erbracht werden:

• Dienstleistungen, die in einem Land für ein anderes Land erbracht werden. Dazu gehören Online-Bildungsangebote, die Energieerzeugung in einem Land für den Absatz in einem anderen oder die grenzüberschreitende Übermittlung einer ärztlichen Diagnose.

• Dienstleistungen, für deren Inanspruchnahme ein Kunde oder Auftraggeber in ein anderes Land fährt. Damit sind Studium, Krankenhausbehandlung oder die anwaltliche Beratung außerhalb des eigenen Landes gemeint, aber auch die Reservierung von Hotelzimmern im Ausland.

• Dienstleistungen, mit denen in einem anderen Land investiert wird. Sie dienen der Organisation von Unterrichtsangeboten oder der Gründung von Niederlassungen, Zweigstellen oder Firmenvertretungen im Ausland.

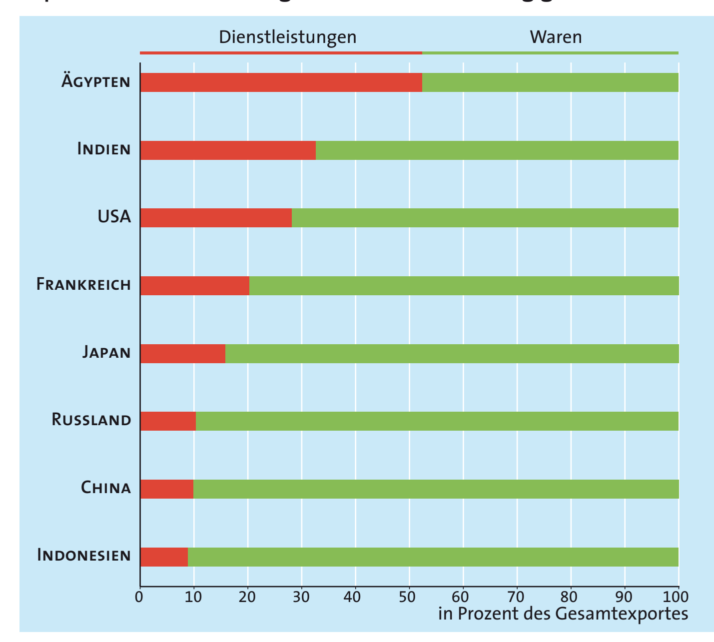
• Dienstleistungen, die durch Unternehmensangehörige im Ausland erbracht werden. Das sind etwa ausländische Lehrkräfte oder Bauarbeiter, die im Inland tätig sind.

Das Gats sieht bestimmte Prinzipien vor und erlaubt zwar Ausnahmen davon, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen:

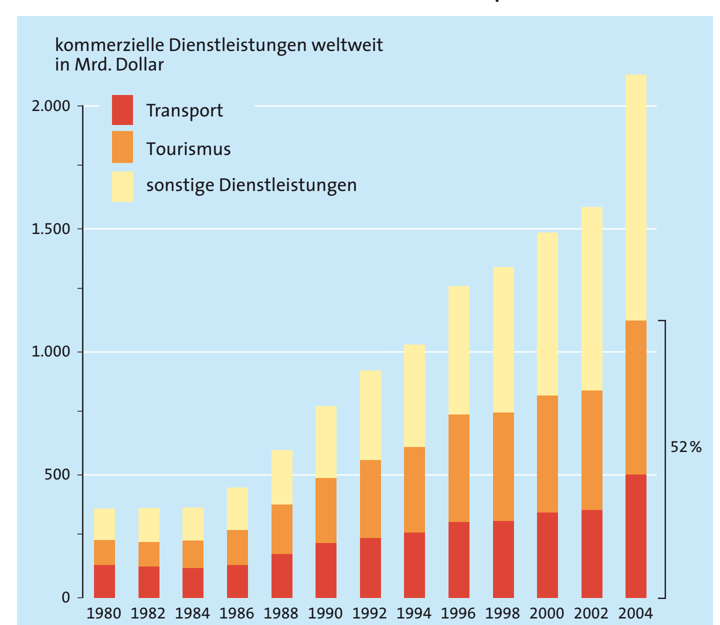
• Transparenz: Es gibt eigentlich keine Ausnahme von dieser »Regel«; die Duldung des Bankgeheimnisses in den Steuerparadiesen zeigt allerdings, wie sie gehandhabt wird.

• Meistbegünstigungsklausel: Die Länder müssen ausländische Leistungserbrin-

► Exportierte Dienstleistungen – oft noch zweitrangig



Schlüsselbranchen Transport und Tourismus ◄



ger genauso behandeln wie die bestgestellten heimischen Anbieter. Ausnahmen sind auf einen Zeitraum von zehn Jahren beschränkt.

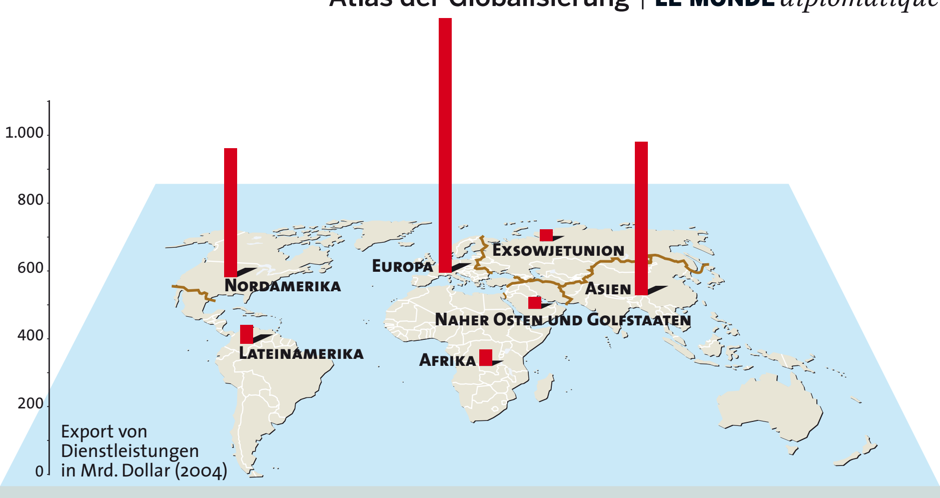
• Gleichbehandlung: Die Staaten müssen Anbietern von Dienstleistungen aus dem Ausland die gleiche Behandlung gewähren wie ihren eigenen Serviceanbietern, unabhängig davon, ob es sich um staatliche oder private Unternehmen handelt. »Wettbewerbsverzerrende« Subventionen sind einzuschränken respektive zu verbieten.

• Marktzugang: Die Beschränkung des Marktzugangs ist nicht gestattet. Bestehen Ausnahmeregelungen bei verlangten Qualifikationen, technischen Standards oder Lizenzfragen, die »strenger als erforderlich sind«, kann in Verhandlungen ihre Aussetzung verlangt werden.

Die WTO beschloss, das Gats nach der ersten Verhandlungsrunde bis 1996 als Prozess mit weiteren Runden anzulegen, die auf eine immer weitgehendere Liberalisierung zielen. Organisatorisch soll dies dadurch bewerkstelligt werden, dass immer mehr Dienstleistungsgeschäfte den vier Modalitäten unterworfen werden; eine Ausweitung der Privatisierung folgt praktisch automatisch. Die neue Runde soll nun bis Ende 2006 abgeschlossen sein.

Vor allem viele Länder des Südens reagierten zurückhaltend. Um die neue Runde in Schwung zu bringen, forderte 2001 die WTO-Ministertagung in Doha die Staaten auf, »Anfragen« (Liste der Länder mit Dienstleistungen, die sie in jeweils anderen Ländern liberalisiert sehen wollen) und »Angebote« (Liste mit Dienstleistungen, die ein Land zu liberalisieren bereit ist) zu erstellen. In bilateralen Verhandlungen sollten zunächst »Anfragen« und »Angebote« in Deckung gebracht werden, um sie anschließend zu verallgemeinern. Die Globalisierungskritiker forderten hingegen ein Moratorium dieses Prozesses und die Veröffentlichung der »Angebote« und »Anfragen«, damit in den einzelnen Ländern die politischen Folgen diskutiert werden können und die Betroffenen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Aber das »bilaterale« Konzept blieb stecken. Ende 2005, auf der letzten WTO-Ministerrunde in Hongkong, wurde der Übergang zu »plurilateralen« Verhandlungen beschlossen *(siehe Seite 100)*. Jetzt besteht die Gefahr, dass wohl begründete Einzelinteressen von Ländern »im Interesse des Ganzen« ignoriert werden müssen, um überhaupt noch Ergebnisse zustande zu bringen. Viele Nichtregierungsorganisationen halten es weiterhin für das Beste, wenn der Gats-Prozess einfach platzt – dann würde es in diesem Bereich wenigstens nicht schlimmer.



Europa ist Exportweltmeister ◀

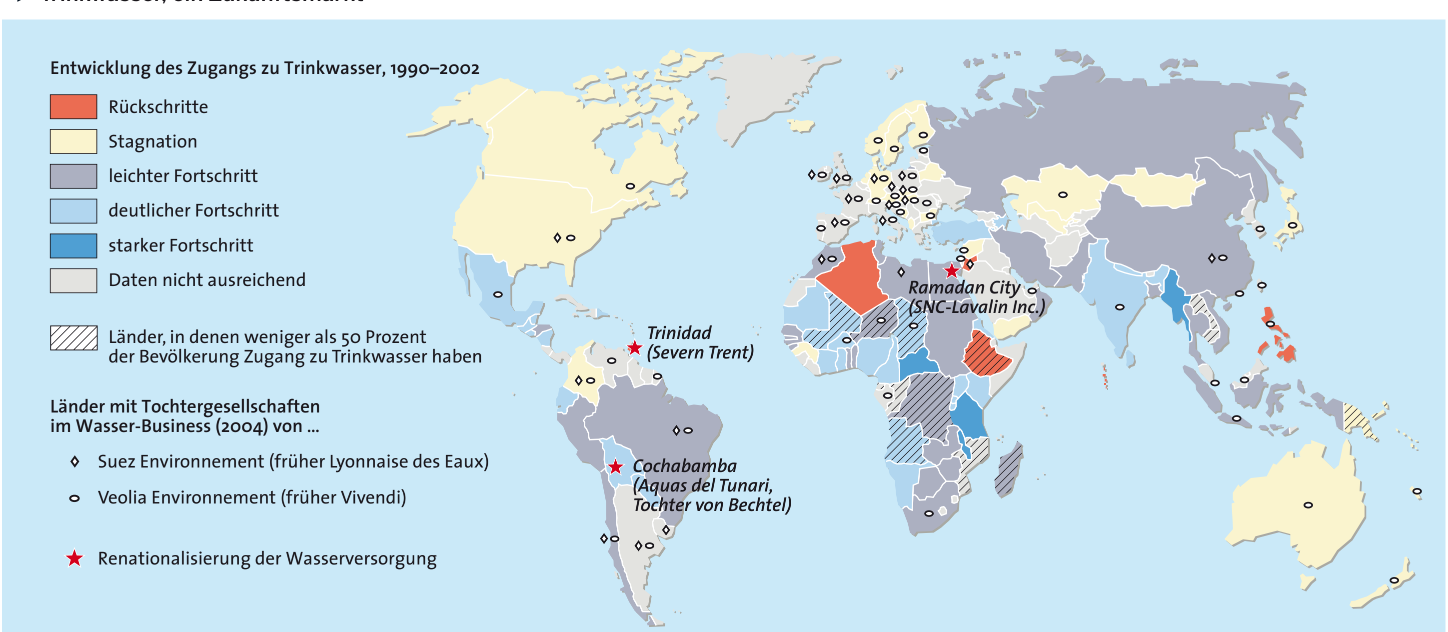
WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/GATS

NGOs
- www.weed-online.org/themen/gats/index.html
- www.wto-runde.de/themen/gats/index.html

Links
- blue-21.de/Themen/Welthandel/gats.php
- www.wto-runde.de/links/03gats_links/

▶ Trinkwasser, ein Zukunftsmarkt



Standorte: die Drohung mit dem Ausland

Mit der Ankündigung, die Produktion zu verlagern, setzen die Arbeitgeber in den wohlhabenden Ländern ihre Belegschaften unweigerlich unter Druck. Die sichere Folge sind sinkende Löhne und reduzierte Sozialleistungen. Weit weniger sicher ist, dass sich dadurch in den Zielländern dieses Outsourcings die Lebensverhältnisse verbessern.

Outsourcing liegt vor, wenn ein Unternehmen seine Geschäftstätigkeit in einem Land ganz oder teilweise einstellt und sie in ein anderes Land auslagert. Dies soll sowohl dem eigenen Markt als auch der Wirtschaft des anderen Landes Vorteile bringen. Das Zielland der Auslagerung empfängt Direktinvestitionen und steigert seine Beschäftigung wie auch die Exporte in das Herkunftsland. Zugleich senkt es seine Importe, weil die nun im Land hergestellten Waren nicht mehr eingeführt werden müssen. Im Herkunftsland hingegen steigen die Gewinne der Unternehmen mit verlagerter Produktion, während die Preise für die outgesourcten Produkte fallen.

In der Öffentlichkeit und den Medien wird Outsourcing vor allem im Zusammenhang mit der Auslagerung von Produktionsstätten in Schwellen- oder Entwicklungsländer thematisiert. In Europa sind vor allem die Länder des ehemaligen Ostblocks gemeint, die jetzt zur EU gehören. Mit ihnen drohen die Arbeitgeber insbesondere, wenn Belegschaften Lohnforderungen stellen.

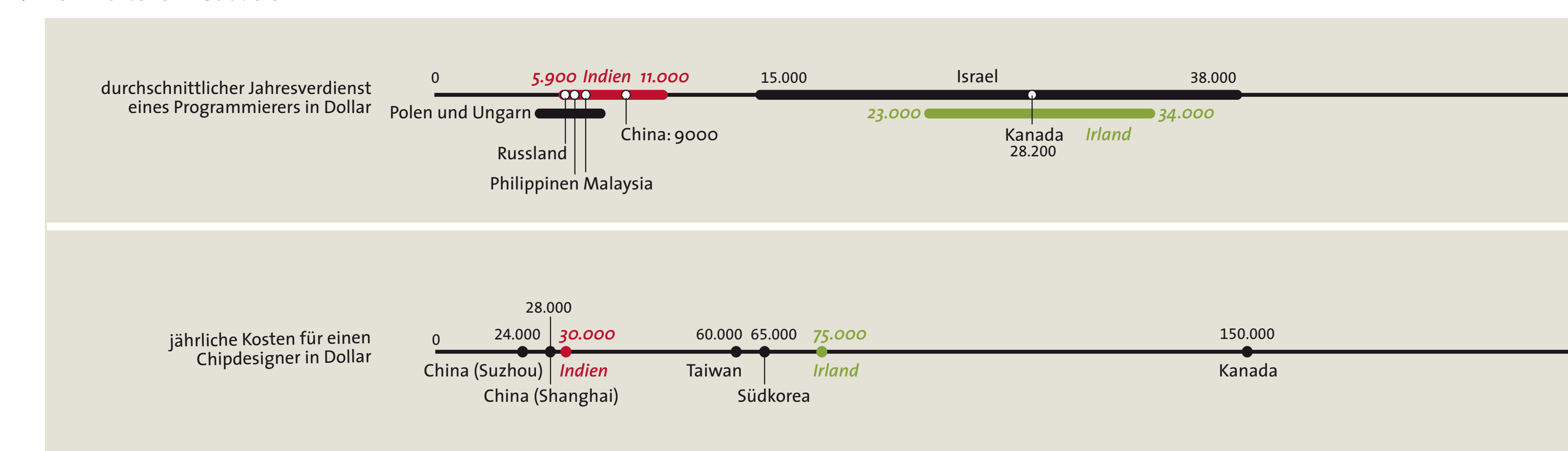
Fälschlicherweise ist immer wieder von der »Konkurrenz der Niedriglohnländer« die Rede. Konkurrenz? Die Folgen des Outsourcings lassen sich nicht exakt messen. Manche Sektoren sind stärker, andere weniger betroffen, doch insgesamt bleiben die Folgen bisher überschaubar. In Frankreich konstatierte ein offizieller Bericht – wenn auch nicht unumstritten –, dass die Verlagerungen einen geringen Einfluss auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben. In Deutschland liegt die Summe der abgewanderten Arbeitsplätze in den letzten Jahren unter 100.000. Ähnliches gilt für die USA. Dort wirkt sich Outsourcing jährlich auf 200.000 bis 500.000 Stellen aus. Damit bekommen 0,15 bis 0,2 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung die unmittelbaren Folgen zu spüren.

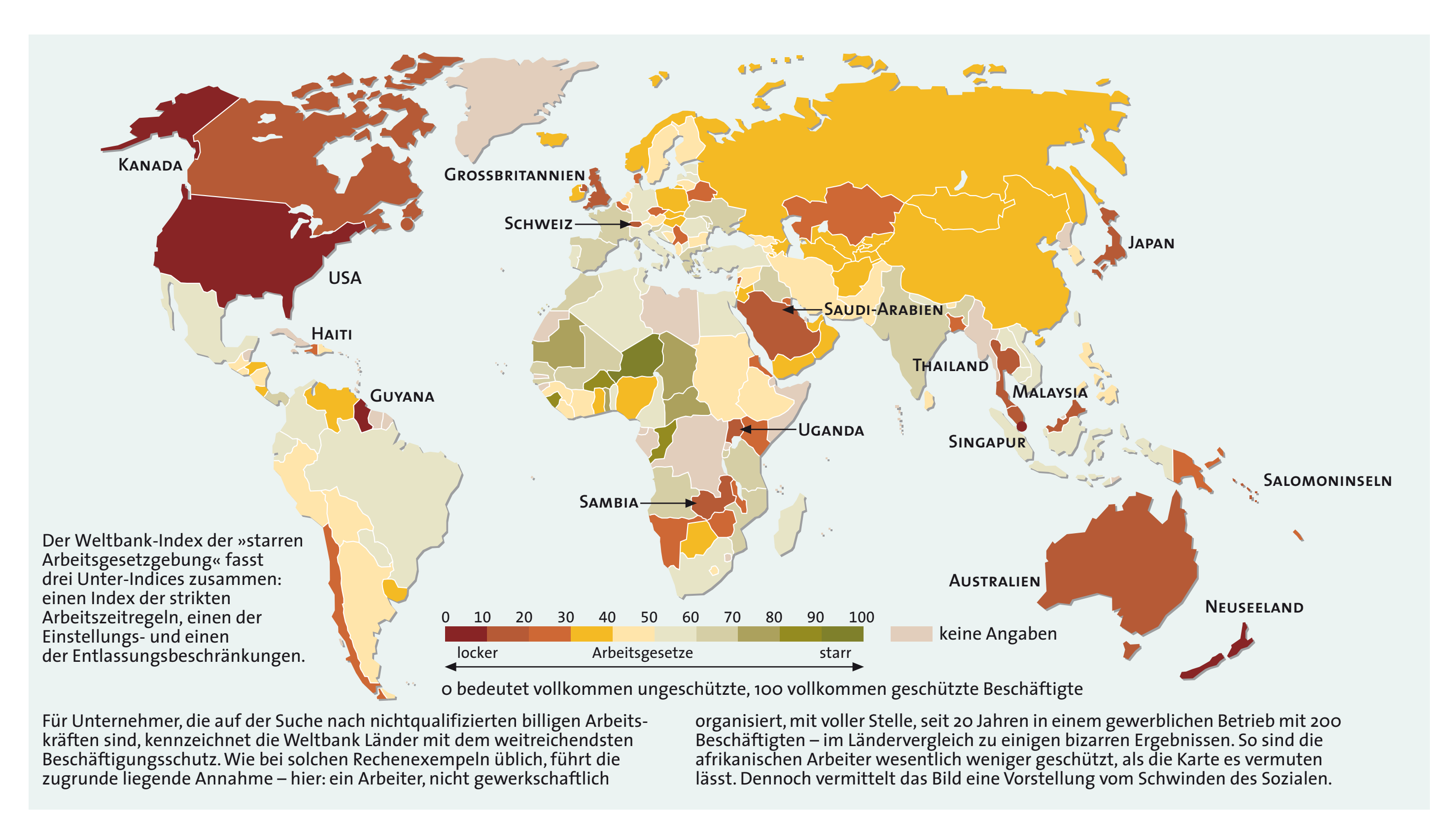
Von Produktionsverlagerung ist in erster Linie die Fertigungsindustrie betroffen, insbesondere die Textil- und Bekleidungsbranche, die Leder- und Holzverarbeitung sowie der Herstellung von Spielwaren und Elektrogeräten. Der Trend lässt sich aber in allen Wirtschaftszweigen beobachten, in der Industrie wie im Dienstleistungssektor, in Bereichen mit hohen wie mit niedrigen Wertschöpfungskapazitäten: von der Automobilindustrie und der Luftfahrt über die Informatik bis hin zu Forschung und Entwicklung. Die Zunahme der Outsourcing-Aktivitäten widerspricht der klassischen These von der internationalen Arbeitsteilung, die angeblich eine global ausgeglichene Spezialisierung zum gegenseitigen Vorteil garantiert. Das Gegenteil tritt ein: Die Konkurrenz zwischen den Ländern in den Sektoren, die die gleiche Art von Beschäftigung benötigen, verschärft sich.

In den Entwicklungsländern wird Outsourcing häufig als Chance zur Verbesserung der Handelsbilanz gesehen. So haben beispielsweise die enormen Exportzuwächse Chinas in hohem Maß mit der Präsenz multinationaler, vor allem US-amerikanischer Konzerne zu tun, die ihre Produktion dorthin verlagert haben. Wal-Mart allein importiert jedes Jahr von US-Unternehmen in China gefertigte Waren im Wert von 15 Milliarden Dollar, ein Fünftel des chinesischen Gesamtexportvolumens. Die Entwicklung der Informationstechnologie bietet Staaten wie Indien neue Perspektiven. Damit verlieren die ärmsten Länder der Erde noch mehr den Anschluss.

Hauptträger der Entwicklung sind die multinationalen Konzerne. Durch Outsourcing wollen sie ihre Rentabilität steigern. Sie setzen ihre Produktionssysteme dem internationalen Wettbewerb aus, um von den Unterschieden bei Produktivität, Löhnen und Arbeitsbedingungen, Umweltnormen und Steuervorteilen zu profitieren. Die Zielländer wiederum begeben sich so in einen erbitterten Kon-

▶ Lohnvorteile in Südasien





Der Weltbank-Index der »starren Arbeitsgesetzgebung« fasst drei Unter-Indices zusammen: einen Index der strikten Arbeitszeitregeln, einen der Einstellungs- und einen der Entlassungsbeschränkungen.

Für Unternehmer, die auf der Suche nach nichtqualifizierten billigen Arbeitskräften sind, kennzeichnet die Weltbank Länder mit dem weitreichendsten Beschäftigungsschutz. Wie bei solchen Rechenexempeln üblich, führt die zugrunde liegende Annahme – hier: ein Arbeiter, nicht gewerkschaftlich organisiert, mit voller Stelle, seit 20 Jahren in einem gewerblichen Betrieb mit 200 Beschäftigten – im Ländervergleich zu einigen bizarren Ergebnissen. So sind die afrikanischen Arbeiter wesentlich weniger geschützt, als die Karte es vermuten lässt. Dennoch vermittelt das Bild eine Vorstellung vom Schwinden des Sozialen.

▶ **Wie die Weltbank beim Geschäftemachen hilft**

kurrenzkampf. Sie wollen für das multinationale Kapital attraktiv sein und setzen ihre besonderen »komparativen Vorteile« umso stärker ein, je ärmer sie sind: geringere oder nicht vorhandene Sozialstandards und Umweltschutzbestimmungen, Missachtung grundlegender Arbeitsrechte und anderes mehr.

Diese Konkurrenz kann jegliche Möglichkeit realer ökonomischer und sozialer Entwicklung verhindern, die doch ein Grundinteresse der Menschheit angesichts der längst nicht befriedigten Bedürfnisse in der Welt ist. Outsourcing wirft die Frage nach dem Recht auf Entwicklung und nach der Wahrung sozialer und ökologischer Standards weltweit auf. Immer wieder muss gefragt werden, ob Outsourcing die Lebensverhältnisse in den Zielländern verbessert oder verschlechtert und zu welchen Kosten die Standortverlagerungen betrieben werden. Dann können die sozialen Bewegungen, die sich für eine Alternative zu Neoliberalismus und Globalisierung einsetzen, Strategien entwickeln, die die weltweite Konkurrenz der Arbeitskräfte verhindern.

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Offshoring
- en.wikipedia.org/wiki/Offshoring

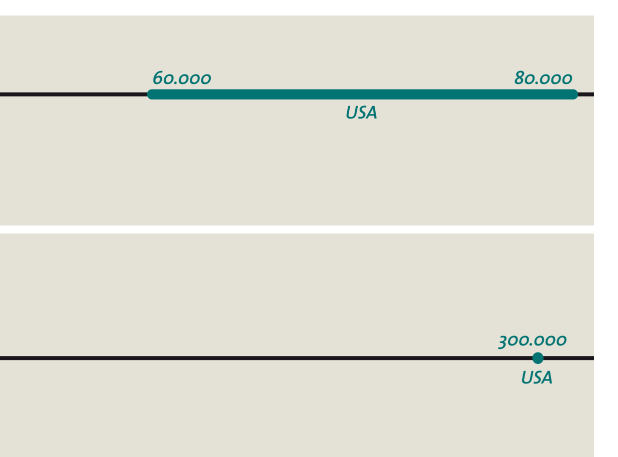
Weltbank/Arbeitsmarkt
- www.doingbusiness.org/
- www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/themes/epz/epz-db.pdf

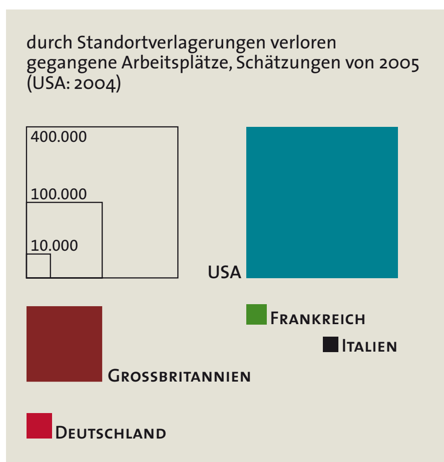
USA
- www.citizen.org/trade/offshoring/
- www.techsunite.org/

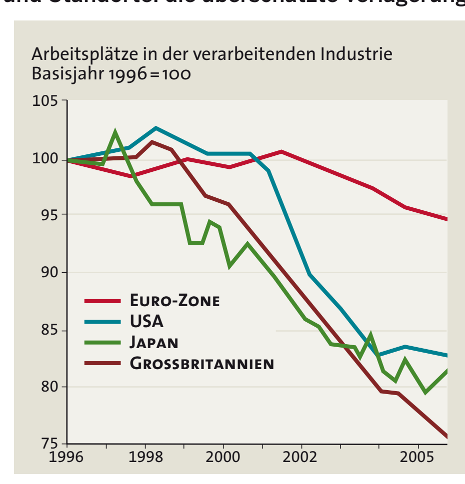
Deutschland
- www.einblick.dgb.de/archiv/0407/tx040702.htm
- www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1873155,00.html

IT Outsourcing
- http://basman.wordpress.com/tag/trends/
- www.cio.de
- news.zdnet.com/2100-9597-5994812.html

Arbeitsplätze und Standorte: die überschätzte Verlagerung ◀







Finanzparadiese für Reiche und Terroristen

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben den Kampf gegen internationale Geldwäsche und Steuerhinterziehung verändert. Mit schärferen Kontrollen der Offshore-Zentren will Washington künftig die Finanzierung des Terrorismus verhindern. Aber die USA gehen einseitig und eigennützig vor, denn sie wollen weiter von den Grauzonen und Schlupflöchern profitieren.

Im Jahr 2000 erreichte die internationale Mobilisierung gegen Offshore-Bankplätze ihren Höhepunkt. Das von der G7 geschaffene Financial Stability Forum, die Industrieländer-Organisation OECD und die ebenfalls in Paris angesiedelte Financial Action Task Force (FATF) veröffentlichten fast zeitgleich Listen mit Ländern und Regionen, die fragwürdige Finanzpraktiken erlaubten oder Steuerbetrug und Geldwäsche förderten.

Recht bald zeigte sich jedoch, dass diese zeitliche Parallelität eher Zögerlichkeit bedeutete als den Willen unterstrich, den kritisierten legalen Möglichkeiten ein Ende zu machen. Nur die FATF führte ihre schwarze Liste mit zunächst fünfzehn »nicht kooperierenden« Ländern und Regionen im Kampf gegen die Geldwäsche fort, baute sie dann jedoch sukzessive ab. Heute sind nur noch zwei Länder aufgeführt, Nigeria und Birma. War der Kampf gegen die Geldwäsche so erfolgreich, dass dieses Ergebnis gerechtfertigt ist?

WWW

NGOs/Einführungen
- www.blue-21.de/Themen/Finanzmaerkte/steueroasen.php
- www.attac.de/steuerflucht/material/ag/attac-stoppsteuerflucht.pdf
- www.transparency.org
- www.taxjustice.net
- www.moneylaundering,com
- www.incorporateoffshore.net (Blog)

offiziell
- www.fatf-gafi.org

Tatsächlich sind die unter der Schirmherrschaft der FATF eingeführten Maßnahmen nie auf ihre Effizienz überprüft worden.

Die Attentate vom 11. September 2001 haben den Kampf um die Sanierung des Finanzsystems verändert. Logisch wäre es gewesen, wenn sich die Regierungen ernsthaft mit den Schwächen des westlichen Bankwesens und der internationalen Kapitalmärkte befasst hätten, durch die die Terroristen ihre Anschläge finanzieren konnten. Dies gilt insbesondere für die Steuerparadiese, von denen al-Qaida ebenso profitierte wie das organisierte Verbrechen. Gemeinsam hätte man internationale Regeln aufstellen können, um den immer wieder kritisierten Offshore-Praktiken ein Ende zu bereiten. Doch quasi im Alleingang bemächtigten sich die USA durch die Verabschiedung des Patriot Act im Oktober 2001 der internationalen Banken- und Finanzaufsicht und zwangen die Branche weltweit zur Transparenz ihrer Strukturen und Finanzoperationen.

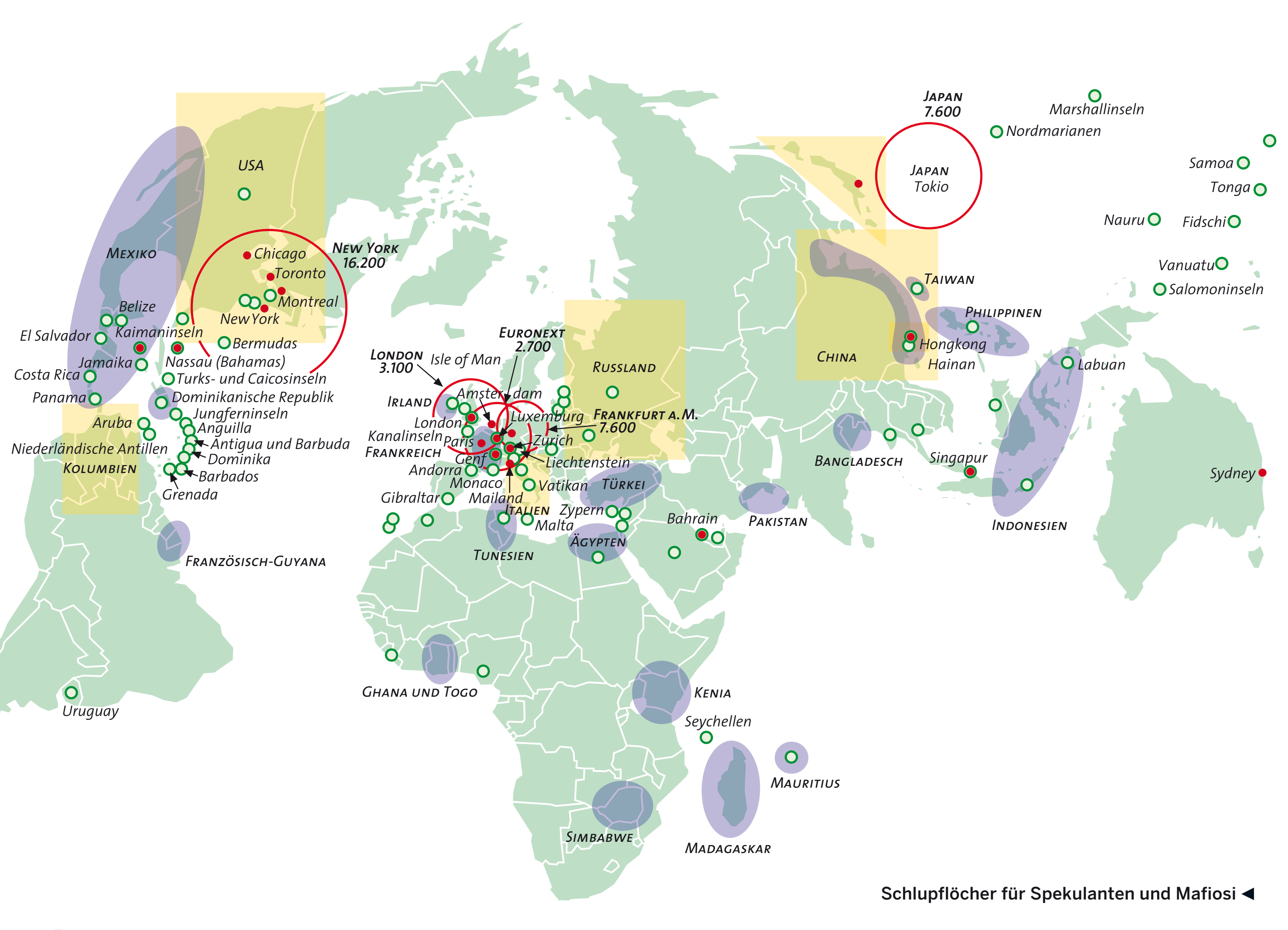
Obwohl sie die Probleme des Finanzsystems richtig erkennt, weist diese Politik zwei Schwächen auf. Zum einen konzentriert sie sich auf den Antiterrorkampf. Die Sanierung des Systems bleibt außen vor; auch der Kampf gegen die Mafia und andere Formen des organisierten Verbrechens sind aus dem Blickfeld geraten. Zum anderen behalten die USA die Informationen aus dem Überwachungssystem für sich. Die der Welt aufgezwungenen Maßnahmen sind daher nicht nur zu kritisieren, weil die Gemeinsamkeit bei der Bekämpfung des Terrorismus fehlt, sondern auch, weil zu befürchten ist, dass sie nur begrenzte ökonomische Wirkung entfalten.

Denn die USA wollen keineswegs mehr Transparenz im Finanzsektor. Die Steuerparadiese bestehen weitgehend unangetastet weiter. Vielleicht kommt es hier und da bei manchen Exzessen zu kleineren Interventionen, doch die Offshore-Zentren haben sich genaueren Kontrollen entzogen und verstehen es nach wie vor, ihre ökonomischen Spielräume gut zu verbergen. Der Kampf gegen die Geldwäsche hat für die USA nur im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung Priorität. Im Übrigen nutzen insbesondere Großbritannien und in erster Linie die USA selbst solche Zonen.

Allerdings üben die USA im Namen des Kampfes gegen die Finanzierung des Terrorismus beträchtlichen Druck auf Finanzsysteme aus, die sich ihrer Macht mehr oder weniger entziehen. Das betrifft geheime Überweisungssysteme vom Typ Hawala, die überall in der Dritten Welt und der muslimischen Diaspora zu finden sind, und ebenso die islamischen Banken, die hermetisch abgeschottet ihre Geschäfte betreiben. Diese Finanzkreise, in denen beträchtliche Summen bewegt werden, sind ähnlich undurchdringlich wie das westliche System. Doch werden sie seit September 2001 wesentlich stärker stigmatisiert. Der derart auf die Finanzquellen des Terrorismus fixierte Kampf gegen die Geldwäsche erscheint so als ein Mittel, um die nur den reichen Ländern nützenden Grauzonen zu erhalten. Und den Ländern der Dritten Welt bleibt keine andere Wahl, als sich diesem System unterzuordnen.

transnationale kriminelle Vereinigungen

USA
Cosa Nostra (40.000 Mitglieder, 25 Familien)
Kolumbien
Drogenmafia (25.000 Personen, 2.500 Gruppen)
Italien
Mafia (Sizilien, 50.000 Mitglieder, 150 Familien),
Camorra (Kampanien, 7.000 Mitglieder, 130 Familien),
N'Drangheta (Kalabrien, 5.000 Mitglieder, 150 Familien),
Nuova Sacra Corona Unita
(Apulien, 2.000 Mitglieder, 50 Familien)
Russland
160.000 Mitglieder, 12.000 Gruppen
Japan
Yakusas:
Yamaguchi Gumi (23.000 Mitglieder, 750 Klans),
Sumiyoshi Rengo (7.000 Mitglieder, 170 Klans),
Inagawa Kai (7.000 Mitglieder, 300 Klans)
Hongkong
Triaden:
Vereinigte Wo (40.000 Mitglieder, 10 Klans),
14 K (25.000 Mitglieder, 30 Klans),
Sun Yee On (50.000 Mitglieder,)
Andere betroffene Staaten
Kanada, Mexiko, Jamaika, Türkei, Albanien,
Kosovo, Tschetschenien, China, Taiwan, Nigeria, Israel,
Staaten im Kaukasus und Zentralasien (Ferganatal)



Schlupflöcher für Spekulanten und Mafiosi ◄

Sonderwirtschaftszonen

Weltweit gibt es 250 Sonderwirtschaftszonen in 70 Ländern, Zonen mit teilweiser oder zeitlich beschränkter Steuerbefreiung nicht mitgezählt.

- ***Lateinamerika***
  Mexiko, Guatemala, Honduras, Panama, Nicaragua, Costa Rica, Dominikanische Republik, Französisch-Guyana
- ***Afrika***
  Tunesien, Mauritius, Togo, Ägypten, Ghana, Kenia, Simbabwe, Madagaskar
- ***Asien***
  China, Indonesien, Philippinen, Taiwan, Sri Lanka, Bangladesch, Pakistan, Türkei
- ***Europa***
  Irland, Frankreich (insgesamt etwa 40)

Hauptfinanzplätze

Amsterdam
Bahrain
Kaimaninseln
Chicago
Frankfurt a. M.
Genf
Hongkong
London
Luxemburg
Mailand
Montreal
Nassau
New York
Paris
Singapur
Sydney
Tokio
Toronto
Zürich

- ***New York:***
  New York Stock Exchange (NYSE) und Nasdaq
- ***Euronext:***
  Paris, Amsterdam, Brüssel und Lissabon
- ***Japan:***
  Tokio und Osaka

Kapitalisierung der weltgrößten Börsenplätze (Stand: Ende 2005)

Steueroasen und Geldwäscheparadiese

- ***Nordamerika***
  Bermudainseln
  USA (Colorado, Delaware, Miami, New Jersey, New York)
- ***Zentralamerika***
  Belize
  Costa Rica
  Guatemala
  Panama
  Karibik
  Anguilla
  Antigua und Barbuda
  Niederländische Antillen (Curaçao)
  Aruba
  Bahamas
  Barbados
  Kaimaninseln
  Dominika
  Grenada
  Saint Kitts und Nevis
  Sainte-Lucie
  Saint-Martin
  Saint Vincent and the Grenadines
  Turks- und Caicosinseln
  Jungferninseln
- ***Südamerika***
  Uruguay
- ***Europa***
  Andorra
  Kanalinseln (Jersey, Guernsey)
  Campione (Italien)
  Kanarische Inseln
  City of London
  Zypern
  Estland
  Gibraltar
  Ungarn
  Irland
  Lettland
  Liechtenstein
  Litauen
  Luxemburg
  Madeira
  Isle of Man
  Monaco
  Malta
  Russland
  San Marino
  Schweiz
  Ukraine
  Vatikan
- ***Asien* • *Ozeanien***
  Birma
  Brunei
  Cookinseln
  Fidschiinseln
  Hongkong
  Indonesien
  Labuan
  Macao
  Nordmarianen
  Marshallinseln
  Mauritius
  Nauru
  Niue
  Philippinen
  Samoa
  Singapur
  Vanuatu
  Salomoninseln
  Seychellen
  Taiwan
  Thailand
  Tonga
  Tuvalu
- ***Naher Osten***
- ***Golfstaaten***
- ***Saudi-Arabien***
  Bahrain
  Dubai
  Ver. Arabische Emirate
  Israel
  Libanon
- ***Afrika***
  Ägypten
  Liberia
  Marokko
  Nigeria
  Tunesien

Agrarsubventionen, die den Hunger mehren

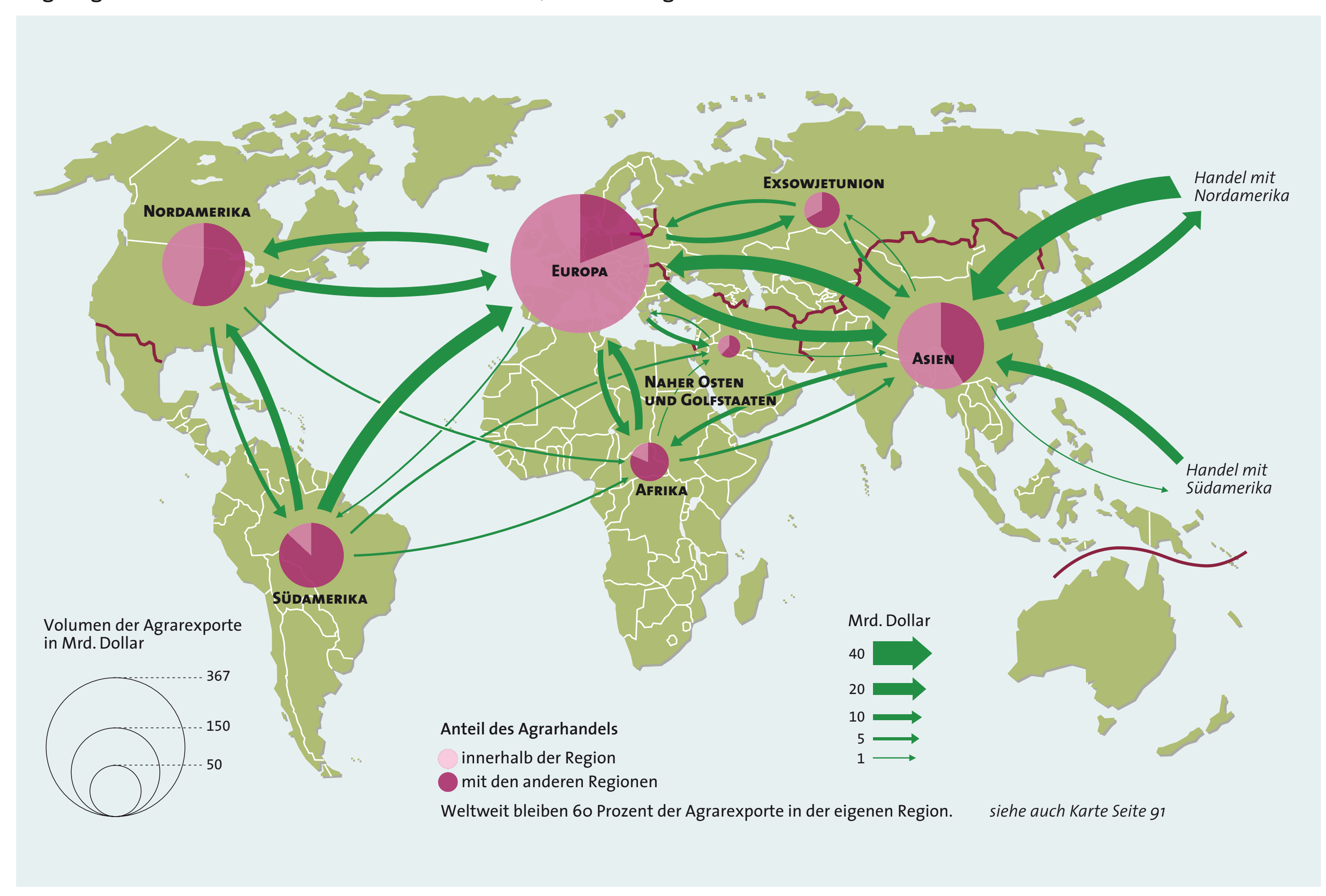
Mehr als die Hälfte der Menschen in den Entwicklungsländern leben von der Landwirtschaft – in den Industrieländern sind es nur einige wenige Prozent. Doch Freihandelsgespräche bedeuten für die reichen Länder, sich für ihre überschüssigen Agrarprodukte den Weg in den Süden freizukaufen. Damit schädigen sie die Kleinproduzenten in Nord und Süd.

Bei der Freihandelsrunde von Doha geht es um die Zukunft der Landwirtschaft. Die Verhandlungen 2006 drohen zu scheitern, nachdem schon die Tagung des Jahres 2005 in Hongkong keine Einigung brachte. Das Thema ist von enormer Bedeutung: Weltweit sind 44 Prozent aller Beschäftigten im Agrarsektor tätig, in Entwicklungsländern 55 Prozent, in der EU nur 4,5 und in den USA sogar nur 2 Prozent.

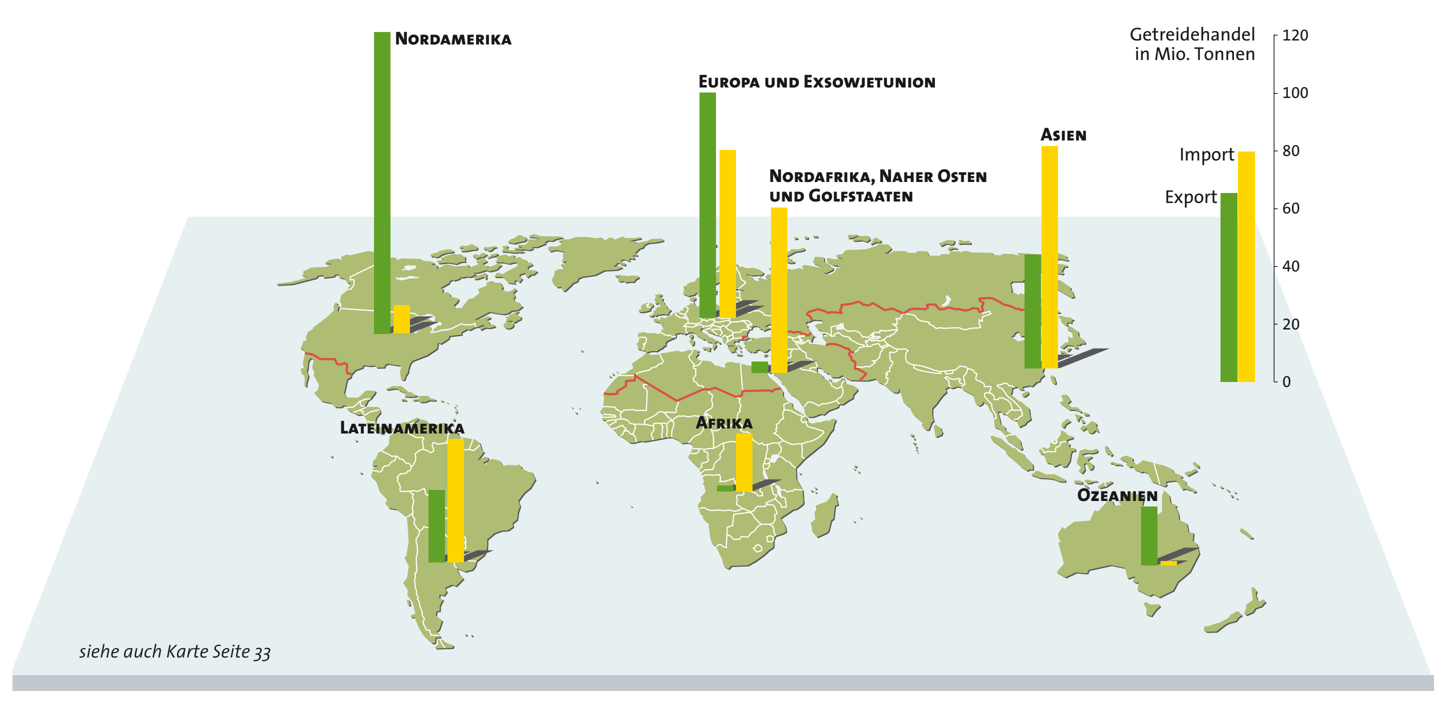
Dennoch wurde zwischen 2000 und 2003 nur mit einem geringen Teil der globalen landwirtschaftlich produzierten Nahrungsmittel Handel betrieben: mit 12,5 Prozent des Getreides, 7,4 Prozent des Fleischs und 7,1 Prozent der Milchprodukte. Agrarische Güter machten nur 6,1 Prozent der EU-Exporte aus, in den Vereinigten Staaten lag ihr Anteil bei 8 Prozent. In zahlreichen Entwicklungsländern sind sie jedoch die wichtigsten Handelsprodukte.

Das Millenniumsziel, die Zahl der Hungernden in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren, ist durch eine Liberalisierung des Handels mit Agrargütern nicht zu erreichen. Prozentual zur Weltbevölkerung ist der Anteil der in Armut lebenden Menschen seit 1996 gesunken. Aber absolut stieg ihre Anzahl zwischen 1995 und 2002 von 834 auf 852 Millionen an, davon 815 Millionen in den Entwicklungsländern, in denen drei Viertel der Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben. Trotz einer Steigerung beim Export von Südfrüchten

► **Je geringer der Handel mit landwirtschaftlichen Gütern, desto mehr geht in die Ferne**



Weltweit bleiben 60 Prozent der Agrarexporte in der eigenen Region. *siehe auch Karte Seite 91*



► Dollars wachsen auch an Halmen: Exportweltmeister USA

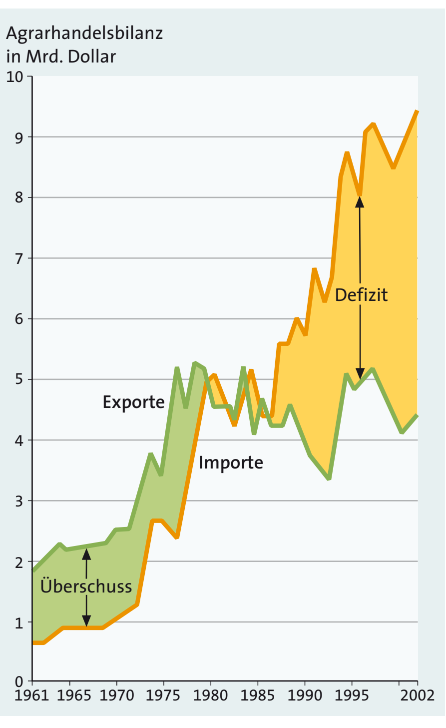
nimmt das Nahrungsmitteldefizit in Subsahara-Afrika zu. Seit 1996 fordert Via Campesina, ein Dachverband von Kleinbauern in Nord und Süd, jegliche Form von Dumping zu verbieten und das Recht jedes Staates anzuerkennen, über seine Agrarpolitik selbst zu bestimmen. Er soll auch einen wirksamen Schutz gegen verbilligte Agrarimporte aus den reichen Ländern verhängen, inländische Subventionierungen zulassen und die Herstellung bestimmter Güter für den Weltmarkt beschränken dürfen.

Denn die Liberalisierung des Handels marginalisiert die bäuerliche Landwirtschaft sowohl im Süden als auch im Norden der Welt. Gegen ein sozial und ökologisch nachhaltiges Modell der Landwirtschaft, das sich auf Kleinbetriebe und Familienunternehmen stützt und für den Binnenmarkt produziert, steht die industrielle Agrarproduktion, die gemeinsam mit der Nahrungsmittelindustrie neue Märkte für Produktion und Absatz erobern will.

Daher die Sackgasse in den Verhandlungen und das vorhersehbare Scheitern der Doha-Runde 2006. Die EU und die USA sind zwar bereit, ihre Landwirtschaft zu opfern, die weniger als 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung darstellt – wenn sich dafür der Süden für ihre Dienstleistungen und Industrieprodukte öffnet. Die EU akzeptierte im WTO-Rahmenabkommen vom 1. August 2004 die Streichung ihrer Exportsubventionen, weigert sich aber anzuerkennen, dass auch die direkten Produktionsbeihilfen darunter fallen.

Neben dem Handel mit Nahrungsmitteln wie etwa Getreide *(siehe Grafik oben)* geht es auch um Futtermittel und Industrierohstoffe wie etwa Baumwolle. Weder die Entwicklungs- noch die Industrieländer treten geschlossen auf. Während die ärmeren Länder sich im Wesentlichen in Exporteure und Importeure aufteilen lassen, überziehen sich die reichen Länder zu Recht auch gegenseitig mit Subventionsvorwürfen. Vielleicht platzt die Doha-Runde und wird ein Opfer der widersprüchlichen Interessen *(siehe Seite 100)*. Dann beginnt die nächste Phase der bilateralen Verträge mit ihrer Unübersichtlichkeit, der Vorzugsbehandlung für willfährige Entwicklungsländer und der Bestrafung unerwünschten Verhaltens.

Die negativsten Folgen aber entstehen möglicherweise gar nicht durch die Doha-Runde, sondern durch die »Partnerschaftsabkommen« der EU. Betroffen sind Bauern in den 79 AKP-Staaten in Afrika, der Karibik und der Pazifikregion, denen die EU ab 2008 neue Abkommen mit wechselseitiger Grenzöffnung aufzwingen will. Ihre Folge ist beispielsweise der Wettbewerb zwischen einem französischen Getreideproduzenten mit 1.000 Tonnen Weizen pro Beschäftigten und seinem Kollegen aus der Sahelzone, der nur eine Tonne Hirse produziert. Wobei Ersterer etwa 56.000 Euro direkte Hilfe bekommt – und Letzterer nichts.



Die Bilanz der ärmsten Länder ◄

WWW

NGOs/Einführend
- www.wto-runde.de/themen/agrar/index.html
- www.attac.de/agrarnetz/

Gentechnik/Biovielfalt
- seeds.org/de/frame.php?page=news
- www.bukoagrar.de/6.0.html

Links
- www.wto-runde.de/links/02_agrarlinks/

Freihandel in der Krise

Bei der WTO-Tagung in Cancún 2003 durchkreuzten die Entwicklungsländer gemeinsam die Pläne von USA und EU, den Agrarhandel nach deren Vorstellungen zu liberalisieren. 2004 geriet die Koalition gegen die Reichen wieder in die Defensive. Die WTO-Konferenz in Hongkong ging 2005 mit einem Unentschieden zu Ende. Und 2006 soll das neue Handelsabkommen vereinbart werden – oder eben nicht.

Bei der WTO-Ministertagung in der mexikanischen Küstenstadt Cancún im September 2003, die die Liberalisierung des Agrarhandels vorantreiben sollte, bildeten die Entwicklungsländer drei Gruppen. Zusammen waren sie stark genug, um zu verhindern, dass ein gemeinsamer Entwurf von USA und EU als offizielle Erklärung dieser Konferenz verabschiedet wurde – ein enormer Erfolg. Diese drei Gruppen überschneiden sich teilweise *(siehe Glossar und Karte).*

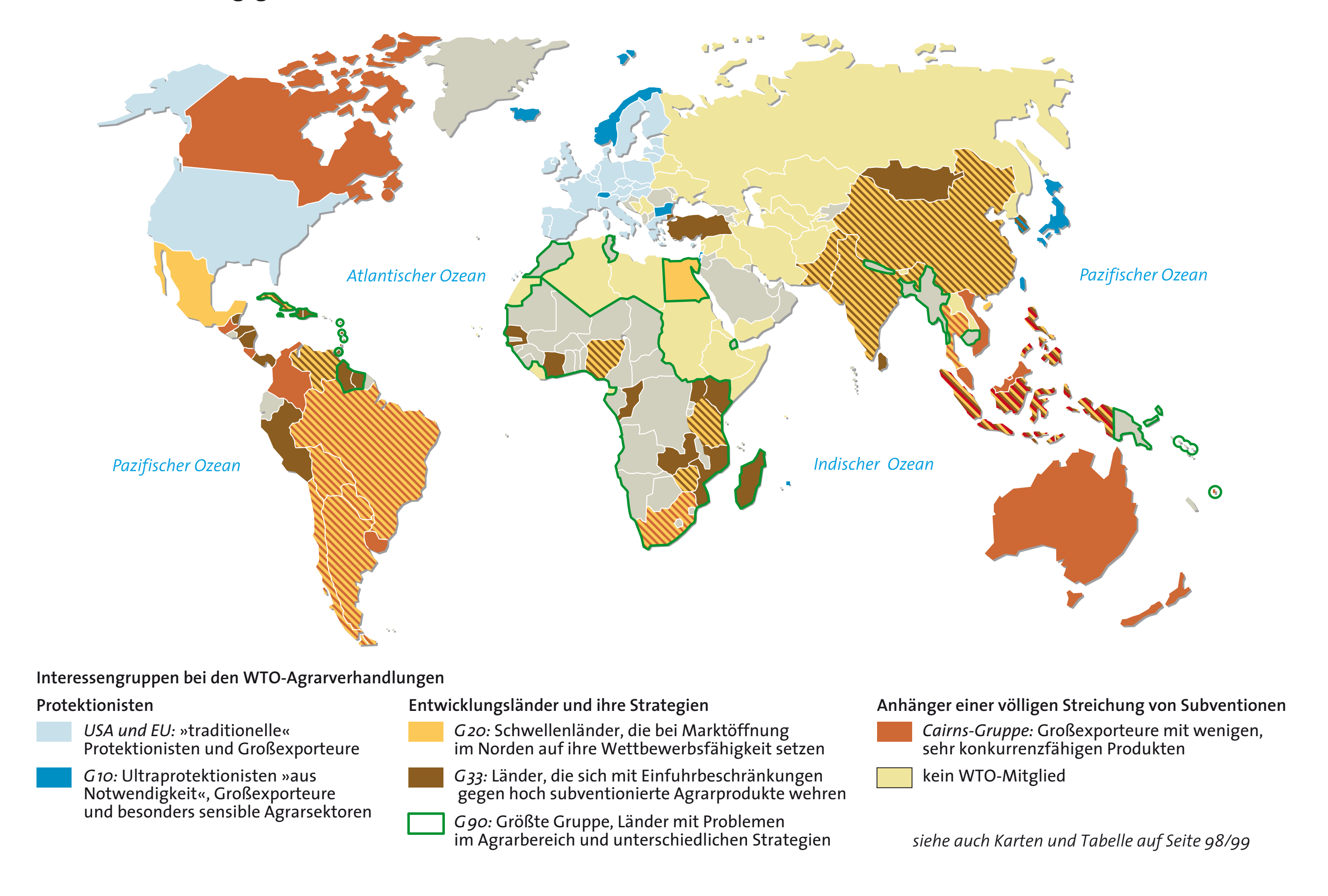
In der G 20 haben sich vor allem die Nettoexporteure von Nahrungsmitteln zusammengeschlossen. Ein Teil von ihnen ist zu Konzessionen gegenüber Importen aus den Industrieländern bereit, aber zehn ihrer Mitgliedstaaten gehören außerdem der G 33 an, die für intensiven Schutz ihrer Binnenmärkte eintritt. Die in der G 90 organisierten ärmsten Entwicklungsländer teilen dieses Interesse.

Gemeinsam gelang es den drei »Gs« in der WTO, die Macht des Quartetts – außer den USA und der EU noch Japan und Kanada – zu brechen und die Konferenz von Cancún zum Scheitern zu bringen. Gescheitert ist dank ihrer Initiative letztlich auch die Ministerkonferenz von Hongkong im Dezember 2005. Gleiches ist zum Abschluss der Doha-Runde Ende 2006 zu erwarten.

Vertreten wird die G 20 durch Brasilien, unterstützt unter anderem von China, Indien, Pakistan, Nigeria und Südafrika. 60 Prozent der Weltbevölkerung, 70 Prozent aller Bauern und 26 Prozent des Handels mit Agrarprodukten entfallen auf diese Gruppe. Sie ist hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch nach einer weiter gehenden Liberalisierung der Landwirtschaft – auch in den übrigen Entwicklungsländern – und dem Interesse ihrer Mitglieder in der G 33, die Arbeitsplätze im Agrarsektor nicht zu gefährden.

Gemeinsam fordern die drei »Gs« die maximale Liberalisierung des Handelsregimes der Industrieländer: die Abschaffung der Exportsubventionen, den drastischen Abbau der Zölle und direkter sowie verschleierter staatlicher Beihilfen. Die Entwicklungsländer wollen sich nicht

► Eine Welt der Interessengegensätze



siehe auch Karten und Tabelle auf Seite 98/99

länger über den Tisch ziehen lassen, insbesondere nicht durch Versuche, unerlaubte in erlaubte Beihilfen zu verwandeln, im Konferenzjargon: Beihilfen von der »orange Box« in die »grüne Box« zu verschieben.

In die orange Box kommen Subventionen, die vermieden und abgebaut werden sollen. Dazu gehören die an Erzeugermengen und -preise des laufenden Jahre »gekoppelten« Beihilfen, die laut WTO-Agrarabkommen Handelsverzerrungen hervorrufen. Dabei handelt es sich sowohl um die »Stützung von Marktpreisen« als auch um mengen- und preisabhängige Beihilfen. Beispiele sind staatliche Aufkäufe von Getreide und Milcherzeugnissen zu Garantiepreisen oder staatlich subventionierte Agrarkredite.

Die grüne Box nimmt die erlaubten Hilfen auf, für die keine Obergrenze festgelegt ist. Dazu gehören Subventionen, die sich auf das Preis- und Mengenniveau im laufenden Jahr nicht oder nur geringfügig auswirken. Hierunter fallen staatliche Forschungs- und Fortbildungsprogramme ebenso wie Förderungen für den Umweltschutz und Zuschüsse im Fall von Naturkatastrophen – viel Spielraum für abwandelbare Bezeichnungen und Definitionen.

Das Scheitern von Cancún und Hongkong lässt sich durch das Prinzip des »globalen Pakets« der WTO-Runden erklären – Kompromisse können auch themenübergreifend verabredet werden. Angesichts des Anspruchs, den die Entwicklungsländer auf ihre einzige Handelswährung – die Landwirtschaft – erhoben, wollten die EU und die USA sichergehen, dass sich die Agrarländer im Gegenzug den industriellen Produkten und Dienstleistungen der reichen Länder öffnen. Doch die geforderten verbindlichen Zusagen blieben aus, die drei »Gs« bewiesen Verhandlungsstärke – wenigstens in der Ablehnung.

Der Erfolg der Entwicklungsländer in Cancún war jedoch nicht von Dauer. Schon 2004 standen sie mit dem vom WTO-Rat verabschiedeten Rahmenabkommen wieder auf der Verliererseite. Zwar feierten die Medien das Abkommen als ausgewogene Regelung, faktisch billigt das Abkommen jedoch den Ausbau »gekoppelter« Beihilfen in der »orange Box«. So boten EU und USA im Oktober 2005 eine Reduzierung der Subventionen um 70 bzw. 60 Prozent an, ohne dass damit ihre Beihilfen von 2008 bis 2013 sinken würden. Zudem konnten durch die gleichzeitigen Reformen der EU-Agrarpolitik 2003/2004 die meisten verbotenen Subventionen der »orange Box« in die »grüne Box« der zulässigen Beihilfen übertragen werden. Gleiches geschah in den USA mit der Reform der Farm Bill schon im Jahr 2002.

Anders als viele Nichtregierungsorganisationen bestreiten weder die G 20 noch die G 33 oder die G 90 die grundsätzliche Legitimität der WTO. Die Risiken wären bei bilateralen Verträgen, die in überwältigendem Maß von den Industriestaaten bestimmt würden, viel größer. Doch sie glauben fälschlicherweise, dass die Abschaffung der Subventionen des Nordens und eine weitgehende Öffnung seiner Märkte ein Gleichgewicht herstellen können. Diese Maßnahmen bedeuten aber keineswegs das Ende der Dumpingpolitik des Nordens, jedenfalls nicht der USA. Wenn die meisten Familienbetriebe untergehen, entstehen einflussreiche Megaunternehmen wie in Brasilien und Argentinien, die zu extrem niedrigen Preisen produzieren und exportieren.

Die G 20 – allen voran Brasilien – nimmt die Erosion der Weltmarktpreise in Kauf. Dagegen haben die Länder der G 90 und der G 33 keine Chance, von einer stärkeren Öffnung der Märkte des Nordens zu profitieren. Die G 20 will auch die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, sich durch Ausnahmeregelungen für »besondere Produkte« und durch einen »besonderen Rettungsmechanismus« besser zu schützen, einschränken. Kein Wunder: 51 Prozent der Nahrungsmittelexporte Brasiliens gingen 2004 in andere Entwicklungsländer, und dieser Prozentsatz wird weiter steigen. Die G 20 könnte allerdings die Ausnahmeregeln akzeptieren, wenn der Westen auf sein Dumping bei den Exporten verzichten würde – weil er dann große Marktanteile freigäbe.

G 20, G 33, G 90: Wer ist wer in der Doha-Runde?

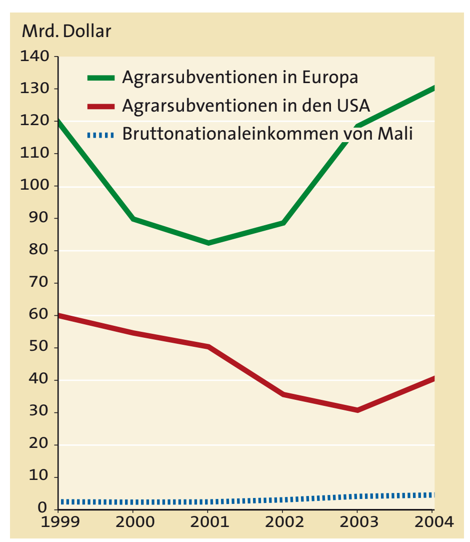
Nach dem offiziellen Fahrplan der Welthandelsorganisation WTO mit ihren 49 Mitgliedern soll die Welthandelsrunde, die 2001 im katarischen Doha begonnen hat, bis Ende 2006 abgeschlossen sein. Das Thema Landwirtschaft besitzt darin eine Schlüsselfunktion. Drei Gruppen haben sich gebildet:

G 20. Die Gruppe der 20 besteht aus 19 Entwicklungsländern, davon 9 Nettoexporteuren von landwirtschaftlich erzeugten Lebensmitteln. 10 von ihnen sind zugleich Mitglied in der G 33. Geleitet von Brasilien, unterstützt von China, Indien und Süd-afrika, hat sich die G 20 an die Spitze der Entwicklungsländer gestellt. Die G 33 und die G 90 machen ihr die Führungsrolle jedoch streitig. Diese G 20 sollte nicht mit gleichnamigen Gruppe verwechselt werden, zu der sich 1999 die Industrienationen der G 7 mit einigen weiteren Ländern und internationalen Finanzinstitutionen zusammengeschlossen haben.

G 33. Die G 33 besteht aus 42 Entwicklungsländern, von denen 10 auch Mitglieder der G 20 und 28 der G 90 sind. Die G 33 setzt sich für das Recht der Entwicklungsländer ein, einige Formen von Protektion bei Importen anzuwenden.

G 90. Der G 90 gehören die 79 AKP-Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik an, die einen Assoziierungsvertrag mit der EU geschlossen haben. Weitere G 90-Mitglieder sind die 49 LLDCs (Least Developed Countries, die am wenigsten entwickelten Länder) und die Mitgliedsländer der Afrikanischen Union; die drei Gruppen überschneiden sich. Die G 90 teilt die Ziele der G 33 nach Beibehaltung von Schutzzöllen. Sie befürchtet aber, dass die drastische Senkung der Zölle, die die G 20 den Industriestaaten auferlegen möchte, die Importvorteile mindert, die die G-90-Staaten derzeit genießen.

Die Subventionen nehmen wieder zu ◀



Milliardäre aller Länder, vereinigt euch!

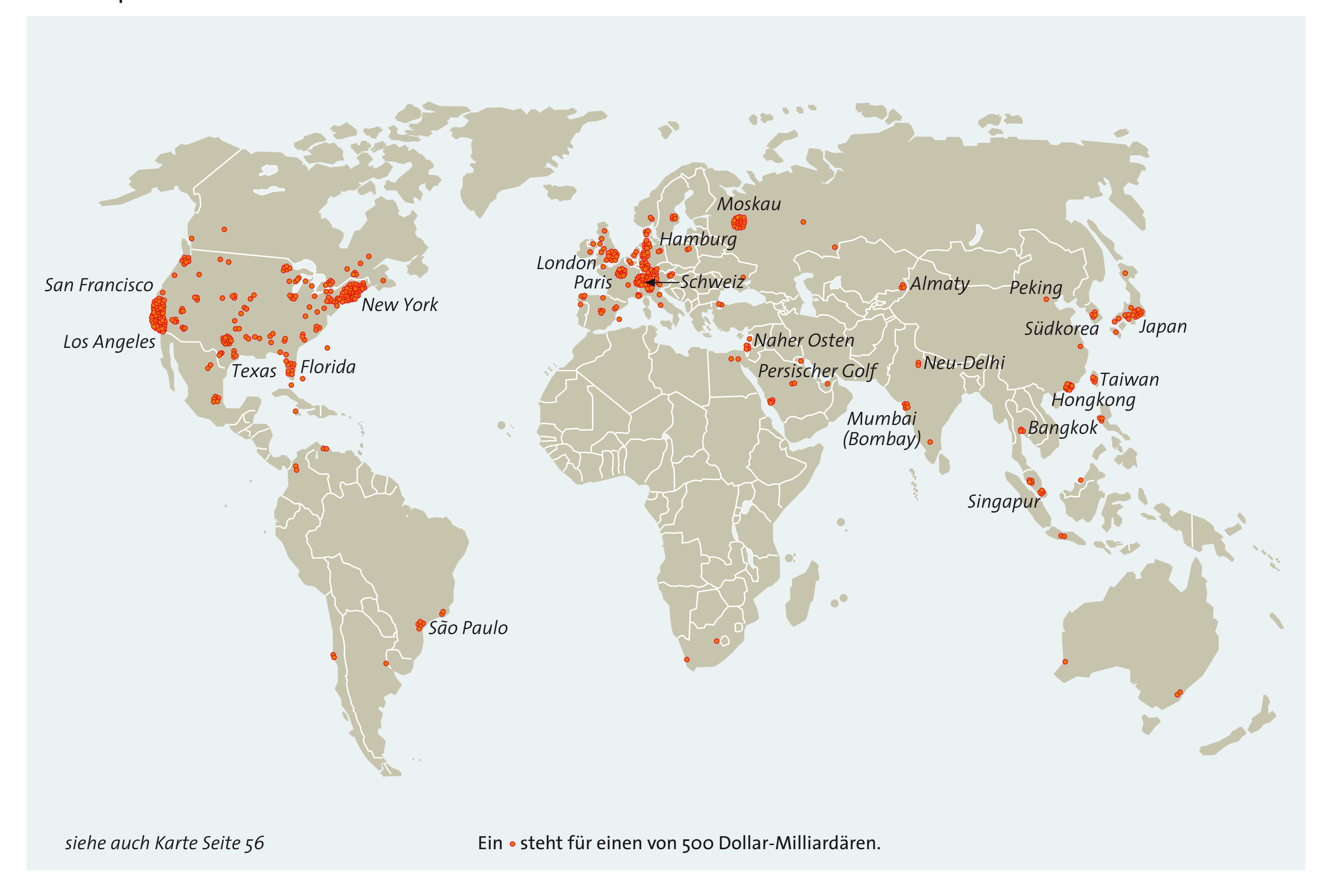
Der Reichtum der Reichen und Superreichen wächst unaufhörlich – die Gewinner der Globalisierung bekommen ein Gesicht. Und sie haben selbst wiederum einen Weltmarkt hervorgebracht: den für Luxusgüter. Hier werden mehrere hundert Milliarden Dollar pro Jahr umgesetzt.

Laut der Zeitschrift *Forbes* häuften die weltweit 691 Dollarmilliardäre 2005 ein Vermögen von 2,2 Billionen US-Dollar an. Davon gehörte mehr als die Hälfte, 1,3 Billionen, den 50 Allerreichsten. Doch die Milliardäre, über die die Wirtschaftsmagazine und Illustrierten berichten, sind nur die Spitze des Eisbergs. Seit zwanzig Jahren steigt der Wert des Besitzes der Oberschicht – Immobilien, Wertpapiere und andere Investitionen, insbesondere solche in Kunstwerke – im Tempo der Globalisierung des Kapitals, im Tempo der durch die Globalisierung der Finanzmärkte erzielten Profite.

Der Reichtum dieser Klasse von Rentiers steigt in einem Maße, das weit über das Wirtschaftswachstum hinausgeht. Etwa 30 Millionen Haushalte vertrauen mehr als eine Million Dollar privaten Vermögensverwaltungsgesellschaften an. Die meisten befinden sich in den drei großen Regionen der »Triade« , in Nordamerika, der Europäischen Union und Japan. Die Offshore-Finanzzentren und Vermögensverwalter arbeiten aber auch für die Eliten des Südens, etwa aus Lateinamerika, dem Nahen Osten oder Afrika.

Was als Luxuskonsum gilt, ist relativ. Experten betonen Kriterien wie die Exklusivität – ob echt oder künstlich geschaffen, sei dahingestellt – und das Image eines Produkts oder einer Marke. Daher lässt sich der Weltmarkt für Luxusgüter kaum abgrenzen und sein Wert kaum schätzen. Für 2003 reichen die Zahlen der Marktforscher von 120 bis 760 Milliarden Euro (Eurostaf bzw. Boston Consulting). Zu diesem Segment gehören Luxustourismus und -hotellerie, hochpreisige Autos, Haute Couture, Schmuck, Parfüm und Kosmetika, Weine und Spirituosen sowie

► Wo die Superreichen zu Hause sind



siehe auch Karte Seite 56

Ein • steht für einen von 500 Dollar-Milliardären.

Tischkultur – allein der Umsatz mit Glaskristallwaren, Goldschmiedekunst, Porzellan und Fayencen lag 2001 bei 8 Milliarden Dollar, die Schweiz setzt allein mit Luxusuhren 3 Milliarden Dollar jährlich um. Luxusgeschenke für das Haustier gelten als besonders schick, etwa Pololeibchen mit Logo von Ralph Lauren sowie Hundeleinen und Hundehalsbänder von Louis Vuitton, Prada, Chanel und Burberry.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union hielten 2003 zusammen einen Anteil von 71 Prozent am globalen Luxusmarkt. Hier und in Japan, wo 70 Prozent der wohlhabenden asiatischen Klientel leben, operieren die Konzerne, die diesen Markt bestimmen. Aber die aufstrebenden Märkte Asiens, in erster Linie China, stellen ein neues Eldorado dar. Hier treten die neuen Reichen mit ihrem Konsumverhalten in die Fußstapfen der Erdölmonarchen. Auf der einen Seite stehen Millionen Bauern, die beim rasanten chinesischen Marsch in den Kapitalismus zurückgelassen wurden, auf der anderen Seite lebt nun eine Klasse von Vermögenden, die das politische und wirtschaftliche Leben im Land bestimmt.

Luxusprodukte finden in China und Hongkong bereits 10 bis 13 Millionen Kunden. Hier finden sich bereits 8 bis 12 Prozent des globalen Luxusmarkts, mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa 20 Prozent, und das Zurschaustellen von Reichtum und Protzerei sind längst keine Ausnahme mehr. Die verbreitete Devise der Wohlhabenden lautet, so ein Manager von Louis Vuitton gegenüber dem *Economist* (17. Juni 2004): »Seht her, ich bin reich!«

www

Forbes-Liste
- www.forbes.com/2005/03/09/bill05land.html

Buffett spendet via Gates
- www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,423698,00.html

Deutschlands reichste Erben
- www.aol.de/index.jsp?cid=648600&sg=Finanzen

Luxuswirtschaft
- www.nomada.fr/internationalheraldtribune/page3/files/Michael_Zaoui_06-12-05.pdf
- www.manager-magazin.de/life/genuss/0,2828,401289,00.html
- www.industrie.gouv.fr/biblioth/docu/dossiers/sect/pdf/mode2005.pdf
- luxe.eurostaf.fr

Der Club und seine Luxusmarken

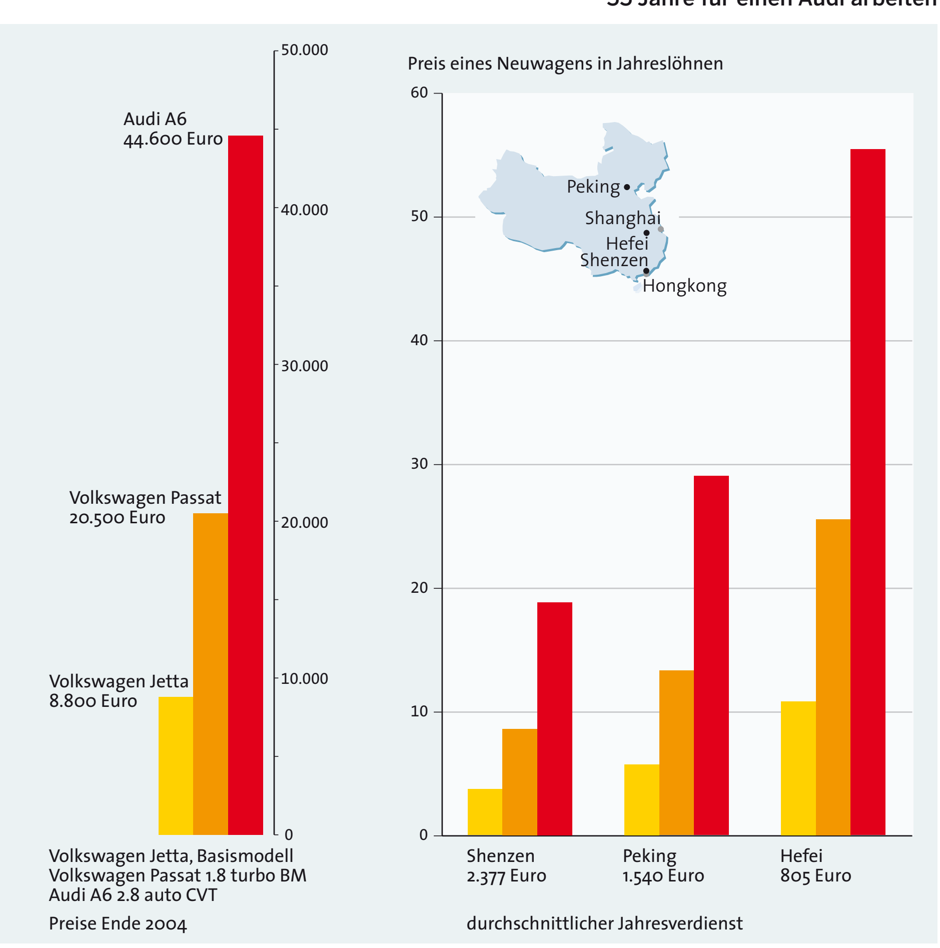
Die Zahl der Dollarmilliardäre in der Welt stieg nach Angaben des Wirtschaftsmagazins »Forbes« von 476 im Jahr 2003 über 582 im Jahr 2004 auf 691 im Jahr 2005. Ihr Nettovermögen nahm binnen zwei Jahren von 1,4 auf 2,2 Billionen US-Dollar zu. 2005 befanden sich unter den neuen Mitgliedern des Clubs 69 Amerikaner und 38 Europäer; auch Island, Kasachstan, die Ukraine und Polen gehören jetzt zu ihren Heimatländern. Neu aufgenommen wurde außerdem ein 35-jähriger Chinese.

Bill Gates ist mit jetzt 46,5 Milliarden Dollar seit elf Jahren der reichste Mann der Welt, knapp gefolgt von einem weiteren Amerikaner, Warren Buffet (44 Milliarden). Auf Platz drei steht der indische Stahlbaron Lakshmi Mittal, 25 Milliarden schwer. Darauf folgen der Mexikaner Carlos Slim Helu (23,8) undder Saudi Alwaleed Bin Talal Al-Saoud (23,7) sowie der Ikea-Chef Ingvar Kamprad (23,3).

Der erste Deutsche ist auf Platz 8 Karl Albrecht (»Aldi«) mit 18,5 Milliarden Dollar, während sein Bruder Theo es mit 15,5 Milliarden nur auf Platz 20 geschafft hat. Dritter ist der Versandunternehmer Michael Otto mit 8,3 Milliarden Dollar auf Platz 45. Nicht mehr im Club sind der russische Oligarch Michael Chodorkowsky, mittlerweile im Gefängnis und 12,8 Milliarden Dollar ärmer, der verstorbene kanadische Frittenkönig Harrison McCain und der Mitte Februar 2005 ermordete ehemalige libanesische Premierminister Rafik Hariri.

Für Michael Zaoui, Topmanager der Investmentbank Morgan Stanley, bilden 17 Luxusgüterkonzerne eine Branche, deren Aktien 2005 einen Wert von 112 Milliarden Dollar besaßen. Die Konzerne sind: Coach, Tod's, Swatch, Richemont, LVMH, Bvlgari, Burberry, Hermès, Polo Ralph Lauren, Tiffany, Tommy Hilfiger, Escada, Hugo Boss, Waterford Wedgwood, Marzotto, Clarins und Valentino.

55 Jahre für einen Audi arbeiten ◀



Millenniumsziele – die schädliche Illusion

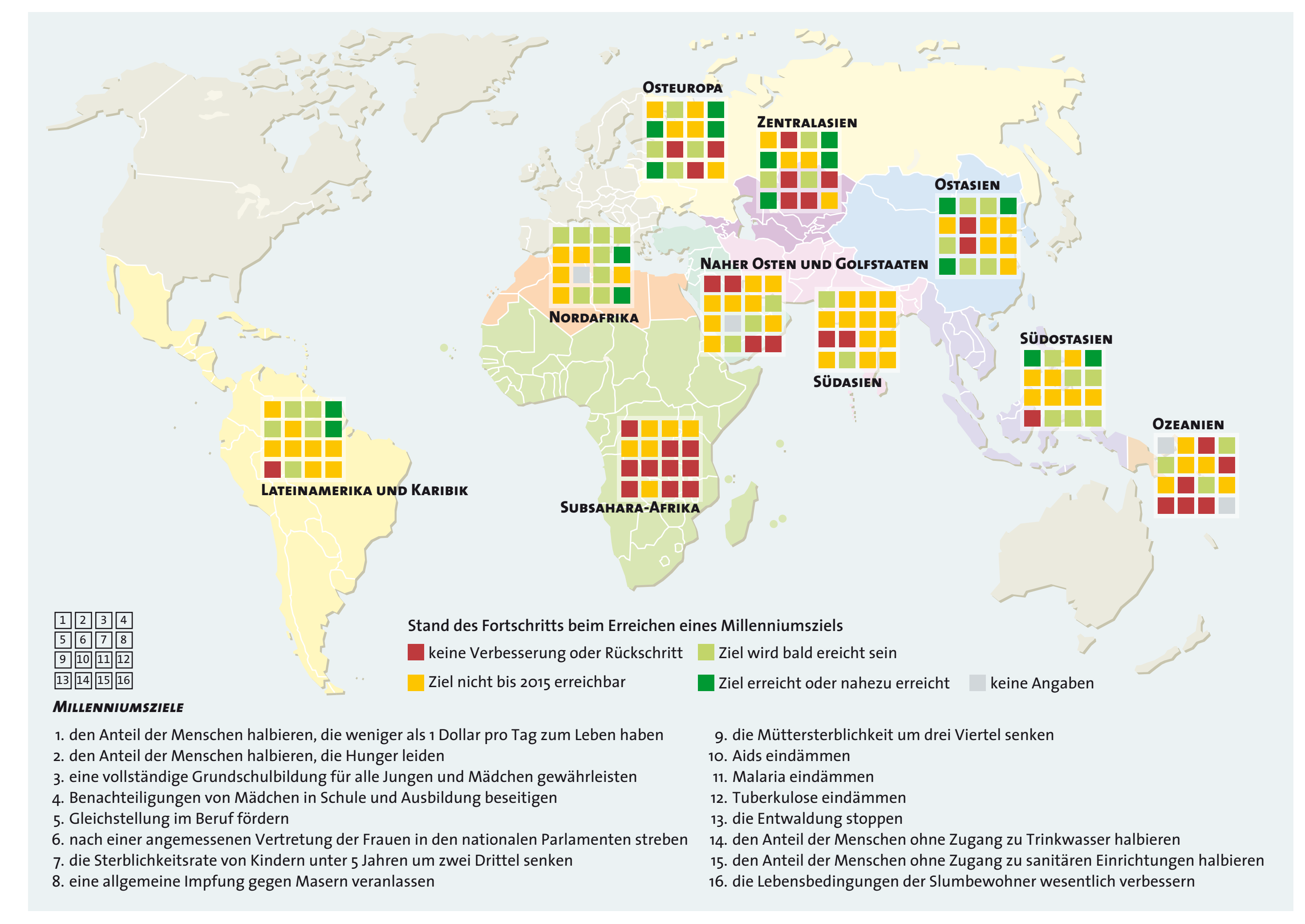
Die Forderungen des Millenniumsgipfels, im Jahr 2000 von der UNO verabschiedet, waren von vornherein nicht zu schaffen. Sie sollen die Armut mit den Instrumenten bekämpfen, die diese Armut erst hervorgebracht haben. Letztlich dienen sie den transnationalen Konzernen und dem internationalen Kapital.

Mit »nie da gewesener Entschlossenheit, der Armut ein Ende zu bereiten«, trafen sich die politischen Führer der Welt im September 2000 auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen. Sie vereinbarten acht Millenniumsziele für die Entwicklung:

• Die Zahl der Menschen, die hungern oder von weniger als einem Dollar pro Tag leben, soll bis zum Jahr 2015 halbiert werden.
• Die Sterblichkeitsrate bei Müttern soll bis 2015 um drei Viertel fallen.
• Die Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen ansteckenden Krankheiten soll gestoppt oder eingedämmt werden.
• Alle Kinder sollen bis 2015 eine Grundschulbildung erhalten.
• Die Benachteiligung von Mädchen bei der Schulbildung soll bis 2005 und in allen anderen Bildungsbereichen bis 2015 beseitigt sein.
• Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll bis 2015 um zwei Drittel fallen.
• Die ökologische Nachhaltigkeit soll gesichert werden.
• Eine globale Partnerschaft für Entwicklung soll aufgebaut werden.

Die Zwischenbilanz ist enttäuschend. Nach dem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) für 2004 sind »große

▶ Kleine Fortschritte – und die Erfüllung der Vorsätze in weiter Ferne



Fortschritte in einigen, doch beträchtliche Rückschritte in anderen Ländern« zu verzeichnen. Mit Blick auf die Millenniumsziele entwickelt sich Asien positiv, doch global gesehen »können nur zwei der genannten Ziele – Halbierung des Anteils der Bevölkerung in großer Armut und ohne Zugang zu Trinkwasser – erreicht werden, wenn der Fortschritt das Tempo der letzten zehn Jahre hält [...]. Dabei sind die erzielten Verbesserungen weitgehend auf die schnelle Entwicklung Chinas und Indiens zurückzuführen.« Wirtschaftlich geht es übrigens in diesen beiden Ländern bergauf, ohne dass sie es mit den Empfehlungen von IWF und Weltbank sonderlich genau nehmen.

Andernorts, insbesondere in Afrika, ist der Kampf bereits verloren: »Bei Beibehaltung des aktuellen Tempos kann Subsahara-Afrika das Ziel einer universellen Beschulung im Bereich der Primarbildung erst 2129 erreichen. Die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel wird erst 2106, also in einhundert Jahren, statt in den angestrebten elf Jahren festzustellen sein. Bei drei weiteren Zielen – Hunger, Armut und Trinkwasserversorgung – lässt sich nicht einmal ein Datum festlegen, denn die Lage in der Region verbessert sich nicht nur nicht, sondern sie verschlechtert sich.« Daher seien »unabhängig vom regionalen Durchschnitt tragische Rückschritte in zahlreichen Ländern zu beobachten. In nicht wenigen begann sich die Lage bereits in den 1990er-Jahren zu verschlechtern. In 46 Staaten sind die Menschen heute ärmer als damals. In 25 Staaten leiden mehr Menschen Hunger als vor zehn Jahren.«

Überraschender noch ist die Tatsache, dass die Millenniumsziele den betroffenen Ländern keine Wahl lassen, welche Maßnahmen sie zu ergreifen haben: Vorgeschrieben sind »Bemühungen um die Einführung eines offenen, multilateralen, verlässlich geregelten und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems«. Verlangt wird auch die Versorgung mit Medikamenten durch »Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie«. Die Millenniumsziele sind damit Teil der neoliberalen Versuche, die Ökonomien für die transnationalen Unternehmen und das internationale Kapital zu öffnen. Dadurch soll eigentlich ein anderes Ziel erreicht werden, nämlich die Legitimierung der in Verruf stehenden herrschenden Wirtschaftslogik.

Damit verliert nicht nur das behauptete Ziel – die allgemeine Befriedigung der Grundbedürfnisse – an Bedeutung, sondern die Millenniumsziele zwingen den Ländern ökonomische Maßnahmen auf, die bereits überall dort, wo sie gewissenhaft als Mittel zur Armutsbekämpfung umgesetzt wurden, gescheitert sind. Es geht also nur um Kosmetik oder um die Bekämpfung von Symptomen, die ein Wirtschaftssystem erzeugt hat, das strukturell Armut schafft.

Sich auf die Forderung der Millenniumsziele zu beschränken heißt, die Grundlagen dieses ungerechten Systems zu akzeptieren und zu stärken. Neben ihrem spektakulären Scheitern ist bei den Millenniumszielen also die Vorspiegelung falscher Tatsachen zu konstatieren: Sie können, was von Anfang an klar war, gar nicht erreicht werden, denn sie stellen die heutigen ökonomischen Rahmenbedingungen, die sie erst nötig gemacht haben, in keiner Weise in Frage.

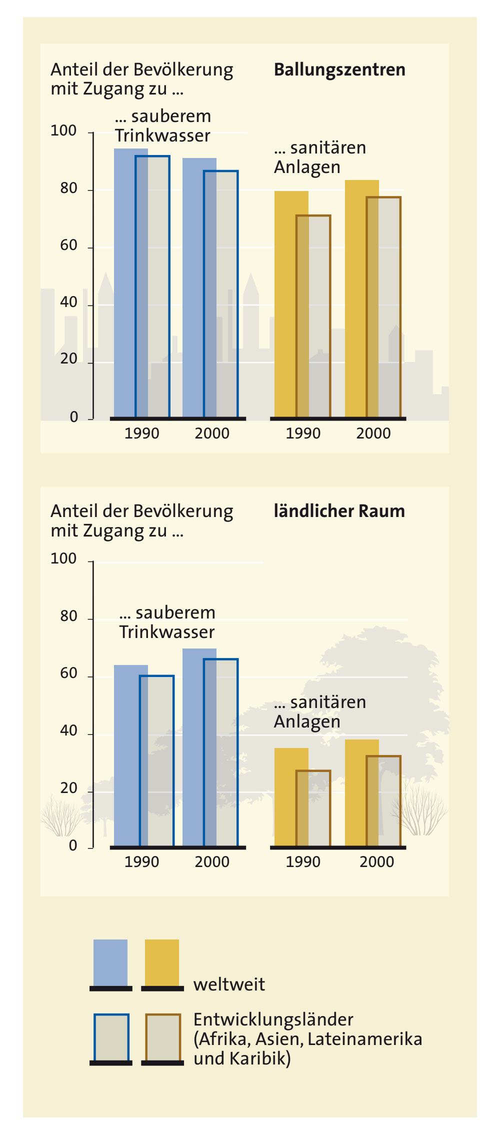
www

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Millennium-Gipfel

offiziell
- www.un.org/millenniumgoals/
- www.millenniumcampaign.org
- www.unep.org/gc/gc23/mdg-flash.asp
- millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp

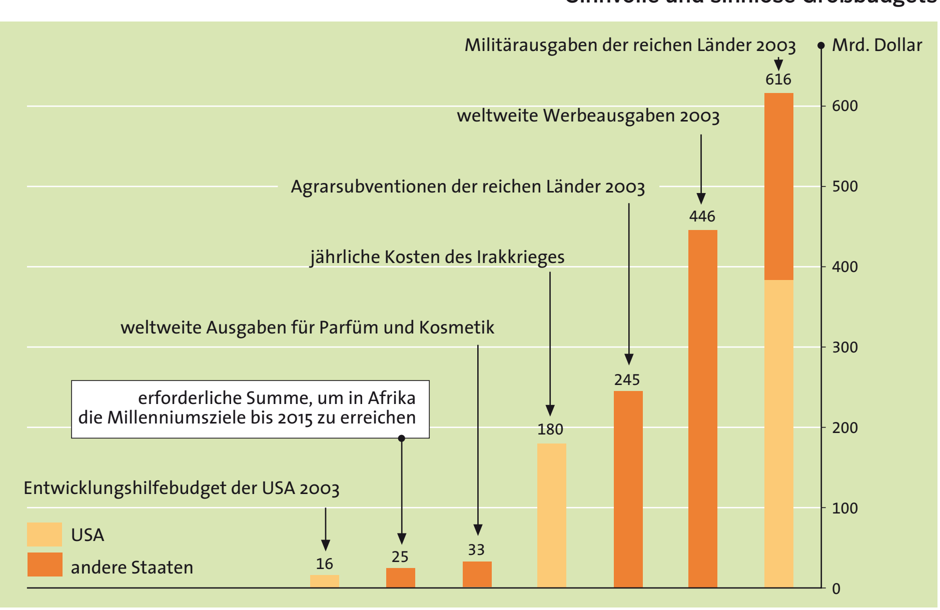
Themenportal
- www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/e955f06fc642ef02c125702d004693dd?Open

kritisch
- www.oew.org/de/aktuellesartikel.php?id=484
- www2.weed-online.org/uploads/Prüfsteine_korr1.pdf
- www.boell.de/downloads/global/GIP19_MDG_en.pdf
- www.boell.de/downloads/global/GIP16_UN-Reform.pdf



Wasser und Toiletten – ein Fortschritt ◄

Sinnvolle und sinnlose Großbudgets ◄



Güter, die der ganzen Welt gehören

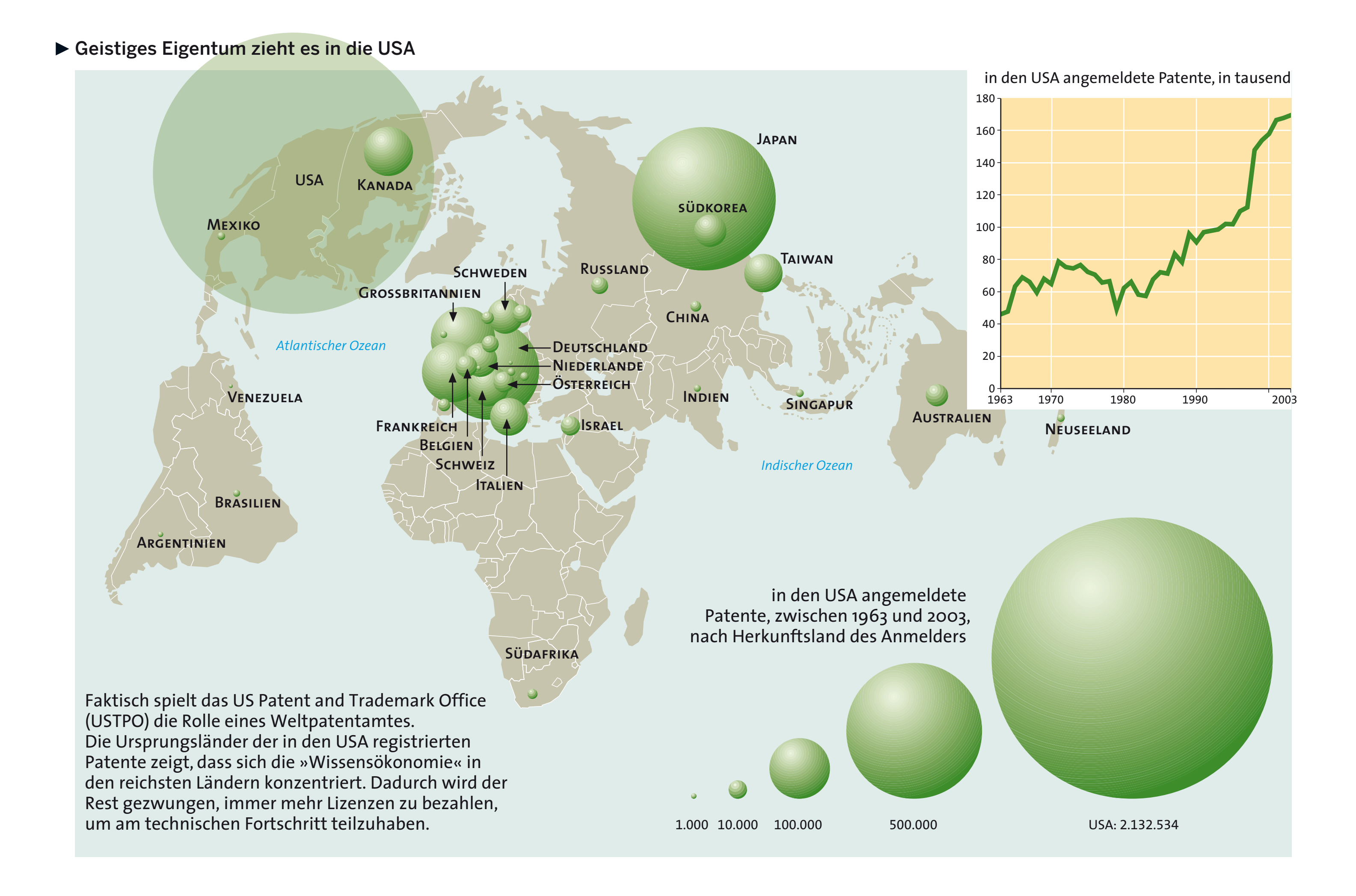
Der Luftraum, das Internet oder die Artenvielfalt gehören zu den Gütern, die nicht den Staaten oder den Konzernen unterworfen werden dürfen. Aber ihre Anerkennung als »globales öffentliches Gut« muss erst noch erkämpft werden.

Die Wirtschaftswissenschaft definiert »öffentliche Güter« als »nicht exklusive« Güter. Potenziell sind sie also ohne Unterschied und »konkurrenzlos« für alle verfügbar. Wenn die eine Gruppe von einem öffentlichen Gut profitiert, bedeutet dies nicht, dass einer anderen der Zugang zu ihm verwehrt werden darf. Dieses Konzept kann auch im globalen Maßstab »gedacht« werden. *Global public goods* werfen grundlegende Fragen auf: über den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung, über die Nutzung der biologischen Vielfalt, über internationale Vereinbarungen zum Luft- oder Seetransport, über das Internet, die Ozonschicht und vieles andere mehr.

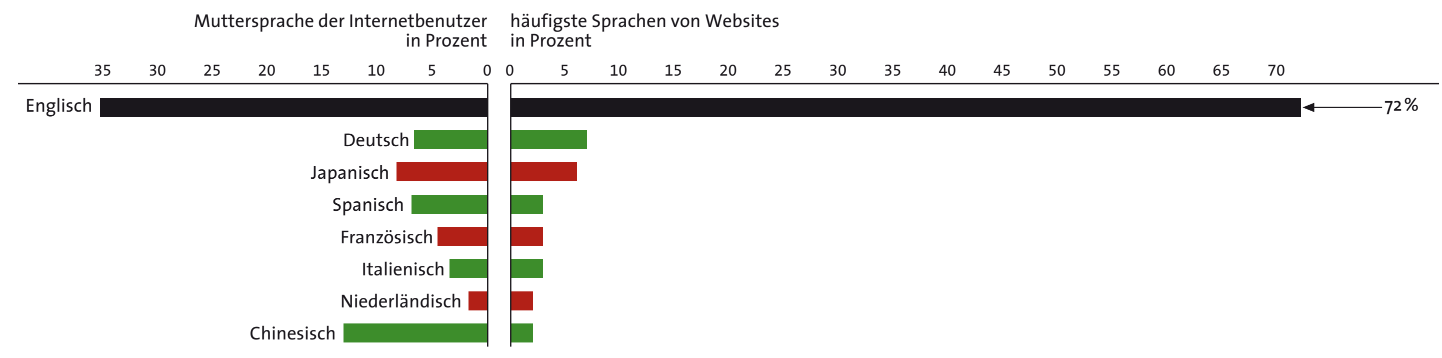
Bei einigen dieser Güter handelt es sich um natürliche Ressourcen, die es in ihrem Reichtum und ihrer Schönheit zu erhalten gilt. Andere sind von Menschen gemacht und müssen weiterentwickelt werden. Allen diesen Gütern gemeinsam ist, dass Markt und Wettbewerb häufig dazu führen, dass sie eben nicht geschützt, sondern Gegenstand privater Nutzung und Ausbeutung sind. Dies kann dazu führen, dass sie irgendwann zerstört, verbraucht oder beschädigt sind oder dass künstliche Zugangs- oder Zugriffsbeschränkungen verhängt werden. Die tragischen Folgen zeigt das Beispiel der Medikamente, die als Generika preiswert hergestellt werden können: Viele sind durch Patente geschützt und deswegen so teuer, dass sie im Gesundheitssystem mancher armen Länder nicht eingesetzt werden können.

Das zweite Charakteristikum der *global public goods* ist das Fehlen eines institutionellen Rahmens, der ihre Verwendung bestimmen müsste. Nationale öffentliche Güter können durch Gesetze und andere staatliche Maßnahmen geschützt

▶ Geistiges Eigentum zieht es in die USA



Faktisch spielt das US Patent and Trademark Office (USTPO) die Rolle eines Weltpatentamtes. Die Ursprungsländer der in den USA registrierten Patente zeigt, dass sich die »Wissensökonomie« in den reichsten Ländern konzentriert. Dadurch wird der Rest gezwungen, immer mehr Lizenzen zu bezahlen, um am technischen Fortschritt teilzuhaben.



Das Internet ist kosmopolitisch, aber ohne Englisch geht es nicht ◀

und damit erhalten oder durch öffentliche Mittel produziert werden. Auf globaler Ebene gibt es hingegen bisher keine Organisation, die Streitigkeiten zwischen Nationen über die *global public goods* schlichten könnte oder Bedingungen zur Herstellung dieser Güter schafft.

Um den Raubbau an der Biodiversität durch Großunternehmen – vor allem durch die Pharmaindustrie – zu verringern, wird von einigen Fachleuten vorgeschlagen, Heilpflanzen unter einen von der UNO verwalteten Schutz des geistigen Eigentums zu stellen. So würden die Schätze der Natur aufgewertet, und ein finanzieller Rückfluss könnte den Erhalt der Ressourcen gewährleisten. Doch dieser Weg bringt keineswegs die erwarteten Ergebnisse. Im Gegenteil: Indem diese Güter einigen Einzelpersonen oder Institutionen übertragen werden, die sie »fruchtbar machen« sollen, besteht für andere nur noch eine Nutzungsmöglichkeit gegen Entgelt. Die internationalen Abkommen über die Rechte am geistigen Eigentum tragen so zur Privatisierung des öffentlichen Sektors bei.

Optimistischer stimmen die Erfahrungen mit dem Internet und freier Software. Sie zeigen, dass unter bestimmten Bedingungen öffentliche Ressourcen von globalem Interesse auch aus dem Zusammenwirken der verschiedenen privaten und öffentlichen Akteure entstehen können. Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms, ein weiteres großes technisches und wissenschaftliches Abenteuer des späten 20. Jahrhunderts, mündete ebenfalls in die Übertragung aller Resultate in die *public domain,* die Gemeinfreiheit.

Lässt sich das verallgemeinern? Manche öffentliche Güter erfordern nicht nur hohe Investitionen, sondern auch einen rechtlichen Rahmen, der eine zuverlässige Aufsicht garantiert. Es gilt also, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Vereinten Nationen sind ein wichtiger Rahmen für die Diskussion genau dieser Fragen. Doch die vielfältigen Bemühungen, die Vertreter der Zivilgesellschaft, also Nichtregierungsorganisationen und unterschiedliche Interessengruppen, in die Debatten einzubeziehen, scheitern immer wieder am Wesen dieser Organisation, die als Staatenbund nur Staaten die Mitgliedschaft ermöglicht.

Sind die *global public goods* nun mehr als ein neues Wort im Kauderwelsch der internationalen Institutionen? Wo kann das Konzept eine mobilisierende Wirkung entfalten? Die Geschichte lehrt, dass öffentliche Güter nicht als solche vom Himmel fallen. Jedes einzelne war Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen, bis es zunächst überhaupt anerkannt war und schließlich Mittel und Wege gefunden wurden, es vor den Angriffen des Marktes zu schützen.

So konnte die soziale Sicherheit – da, wo es sie gibt, eindeutig ein nationales öffentliches Gut – sich erst nach einem Jahrhundert gesellschaftlicher Kämpfe entwickeln. Dazu gehörte in Frankreich auch der Aufbau von wohltätigen Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, die sich mit Berufsverbänden zusammenschlossen und als »Mutuelles« Schritt für Schritt selbst Teil des nationalen Systems sozialer Sicherheit wurden. In Deutschland entstand mit den Kredit-, Wohnungsbau- und Konsumgenossenschaften ein gemeinwirtschaftlicher Sektor, der zum Teil als gemeinnützig anerkannt ist – insbesondere wenn er die Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum versorgt.

Damit Güter zu *global public goods* werden, bedarf es ihrer gesellschaftlichen Nachfrage, der Bestimmung von verantwortlichen Institutionen und einer Menge Erfahrung. Ein solcher Prozess muss bei jedem neuen »globalen öffentlichen Gut« aufs Neue in Gang gesetzt werden.

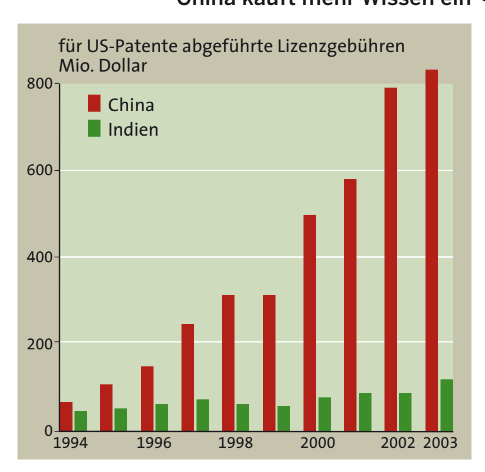
WWW

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Globale_öffentliche_Güter
- en.wikipedia.org/wiki/Global_public_good

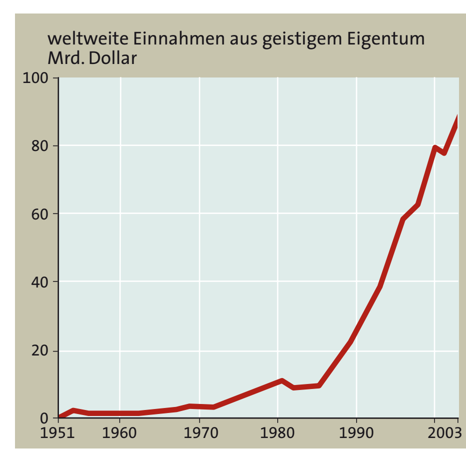
Institutionen
- www.sdnp.undp.org/gpgn/
- www.rosalux.de/cms/index.php?id=3558

NGOs
- www2.weed-online.org/uploads/gpg2002.pdf
- www.cptech.org (Zugang zu Wissen)
- www.fsf.org (Zugang zu Software)
- www.remed.org (Zugang zu Medikamenten)

China kauft mehr Wissen ein ◀

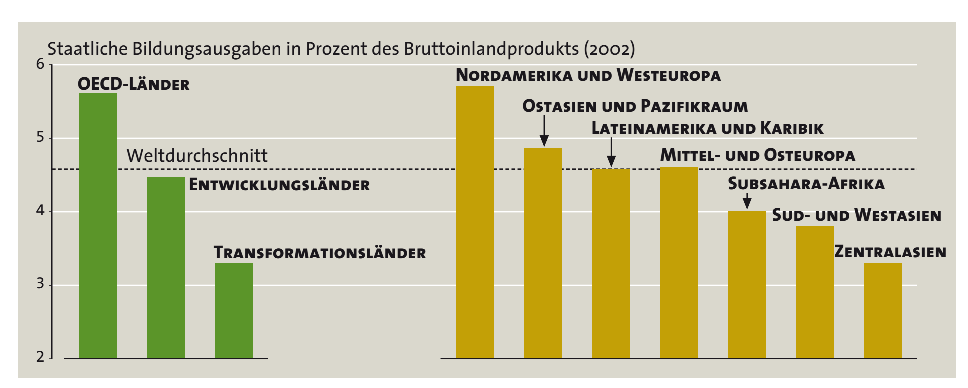


Wissen wird zu Geld ◀



Alphabetisierung und Weltwissen

Im Bildungsbereich waren während der vergangenen Jahrzehnte weltweit wichtige Fortschritte zu verzeichnen. Dass dennoch der Unterschied zwischen Nord und Süd heute deutlicher denn je zu Tage tritt, hat seinen Grund zum einen in der Bevölkerungsentwicklung, zum anderen in der neoliberalen Globalisierung und den Anforderungen, mit denen die Menschen auf Grund des wissenschaftlichen und technischen Wandels konfrontiert sind.



Staatliche Bildungsausgaben im Vergleich ◀

Lesen und schreiben zu können blieb lange Privileg Einzelner bzw. bestimmter sozialer Gruppen, für deren gesellschaftliches Fortkommen es von entscheidender Bedeutung war. In den letzten Jahrzehnten gab es jedoch deutliche Fortschritte im Bereich der Schulbildung: Von 1970 bis 2004 stieg weltweit die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen von 48 auf 82 Prozent. Entscheidend dafür war das Ansteigen der Einschulungsquote.

Das Bevölkerungswachstum hat jedoch dafür gesorgt, dass heute die Zahl der Analphabeten weltweit höher liegt als je zuvor: Von 1950 bis 2000 ist sie von 705 Millionen auf 875 Millionen gestiegen. Bis 2005 fiel sie dann auf 771 Millionen, von denen 64 Prozent Frauen waren – in vielen Ländern ist Mädchen der Schulbesuch immer noch verwehrt. 98,4 Prozent der Analphabeten der Welt leben in den Ländern des Südens, allein zwei Drittel aller Analphabeten entfallen auf die neun bevölkerungsreichsten Entwicklungsländer.

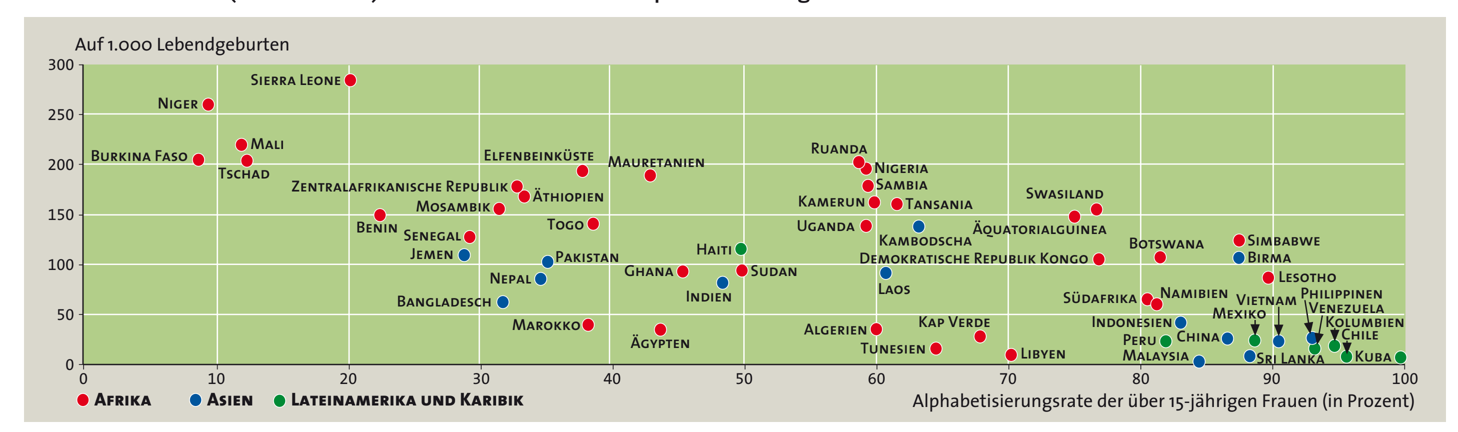
Deutliche Unterschiede in der Alphabetisierung zeigen sich nicht nur zwischen Stadt und Land, Regionen oder Bezirken, sondern auch zwischen verschiedenen ethnischen und sprachlichen Gruppen sowie zwischen den sozialen Schichten. So ist etwa in Marokko die Analphabetenrate auf dem Land doppelt so hoch wie in den Städten. In manchen reichen Ländern wiederum ist eine Zunahme des Analphabetismus bei sozialen Randgruppen zu verzeichnen: Jeder fünfte Erwachsene in den USA, Großbritannien und Irland kann nicht lesen und schreiben.

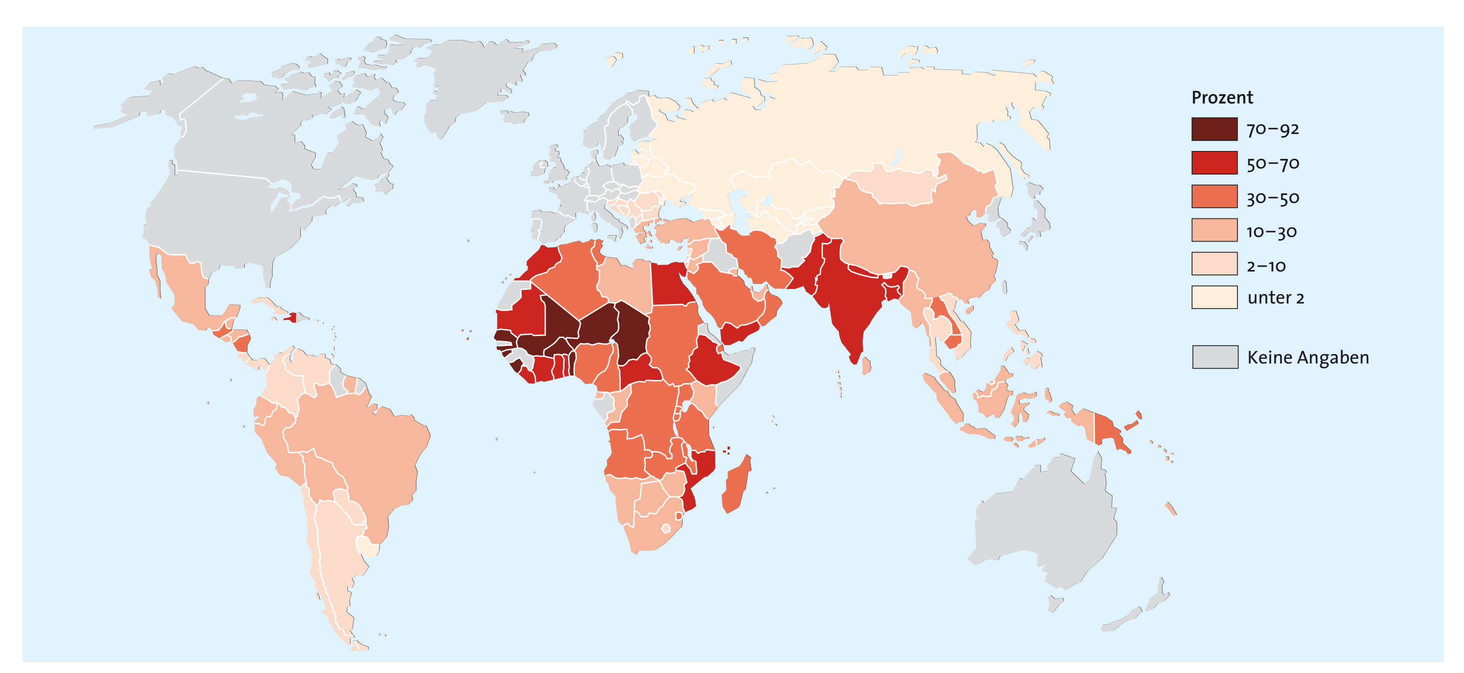
Angesichts der sozialen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Herausforderungen, vor denen die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht, wird für Schule und Ausbildung viel zu wenig getan: nicht mehr als etwa 5 Prozent des Weltsozialprodukts gehen in diesen Bereich.

Regierungen wie Unternehmen betrachten Schule und Ausbildung noch häufig als Kostenfaktor statt als notwendige und sinnvolle Investition. Bei der allgemeinen Sparpolitik kommen die reichsten Länder noch am besten weg – der »brain drain«, die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte, geht vom Süden und Osten nach Norden bzw. Westen und in die USA, während in Subsahara-Afrika sowie in Süd- und Südostasien die Bildungssysteme zusammenbrechen und die Einschulungsquote massiv zurückgeht.

Die UN-Kulturorganisation Unesco versteht den Zugang zu Bildung und Ausbildung als ein Menschenrecht. Diesen Anspruch einzulösen, gehört zu den schwierigsten Zukunftsaufgaben der Nord-Süd-

▶ Kindersterblichkeit (unter 5 Jahre) im Verhältnis zur Frauenalphabetisierungsrate





Analphabetenrate der über 15-jährigen Frauen ◀

Kooperation. Das im April 2000 auf dem Weltbildungsforum in Dakar verabredete Ziel – »Bildung für alle« und Halbierung der Analphabetenquote bis 2015 – ist gescheitert. Dies liegt vor allem daran, dass die nötigen Mittel fehlen: zwischen 15 und 35 Millionen Lehrer und 5,6 Milliarden Dollar jährlich wären an internationaler Hilfe erforderlich – das entspricht 0,7 Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Bislang bestehen noch drastische Ungleichheiten. 84 Prozent der Ausgaben für Bildung entfallen auf die Länder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die nur 18 Prozent der Weltbevölkerung stellen, pro Kopf aber 25-mal so viel Geld für Bildung ausgeben wie die Länder des Südens (im Vergleich zu zu den Ländern Südasien sogar 70-mal so viel). Weltweit können 137 Millionen junger Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren nicht lesen und schreiben.

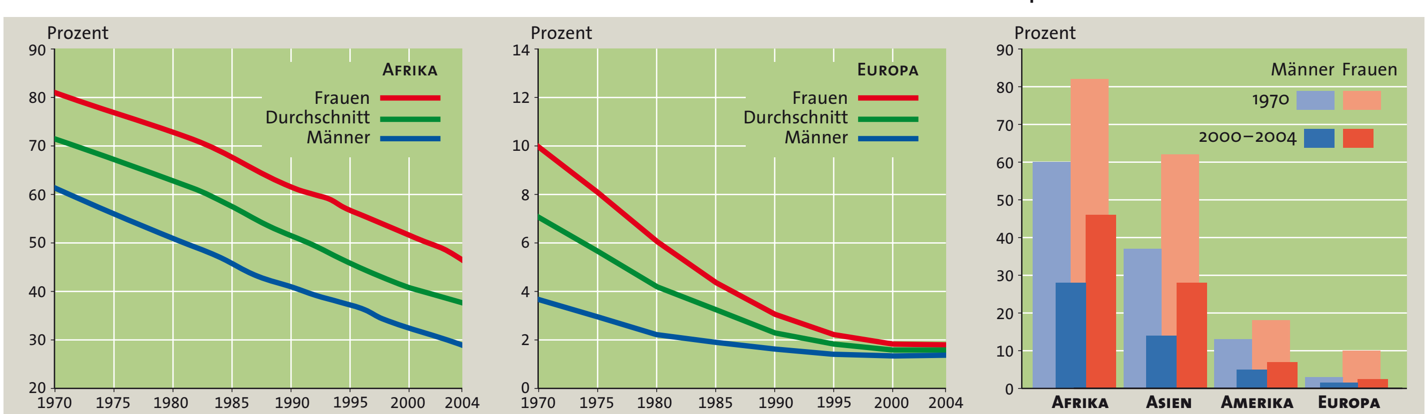
Überdies ist die Erzeugung, Steuerung und Weiterverbreitung von Fachkompetenz durch Bildung und Ausbildung längst zu einem entscheidenden wirtschaftlichen und geopolitischen Faktor im internationalen Wettbewerb geworden. Eine Hand voll Nachrichtenagenturen, vorwiegend aus anglophonen Ländern, erzeugt und verbreitet rund 80 Prozent der weltweit verfügbaren Information. 90 Prozent der Rechte an Erfindungen und Technologien liegen bei multinationalen Konzernen.

Wissen und Fachkenntnisse sind heute begehrte Produkte auf einem umkämpften Weltmarkt. Die Diskussionen in der Welthandelsorganisation über »handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums« (Trips) sprechen Bände. Im Bereich der Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissen, Fachkenntnis und Bildung ist eine neue Weltordnung einstweilen nicht in Sicht.

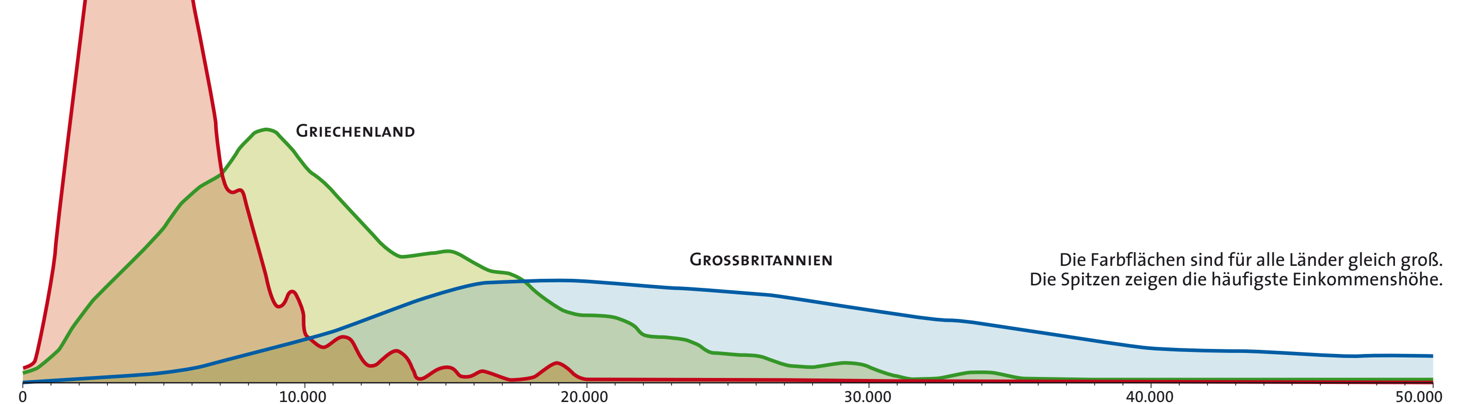
www

UN-Kulturorganisation
www.unesco.org
UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz
www.unctad.org/
UN-Weltkinderhilfswerk
www.unicef.org/sowc99
Weltbank
www.worldbank.org
UN-Entwicklungsprogramm
www.undp.org

Analphabetenrate bei Männern und Frauen ◀



Alte und neue Armut in Nord und Süd



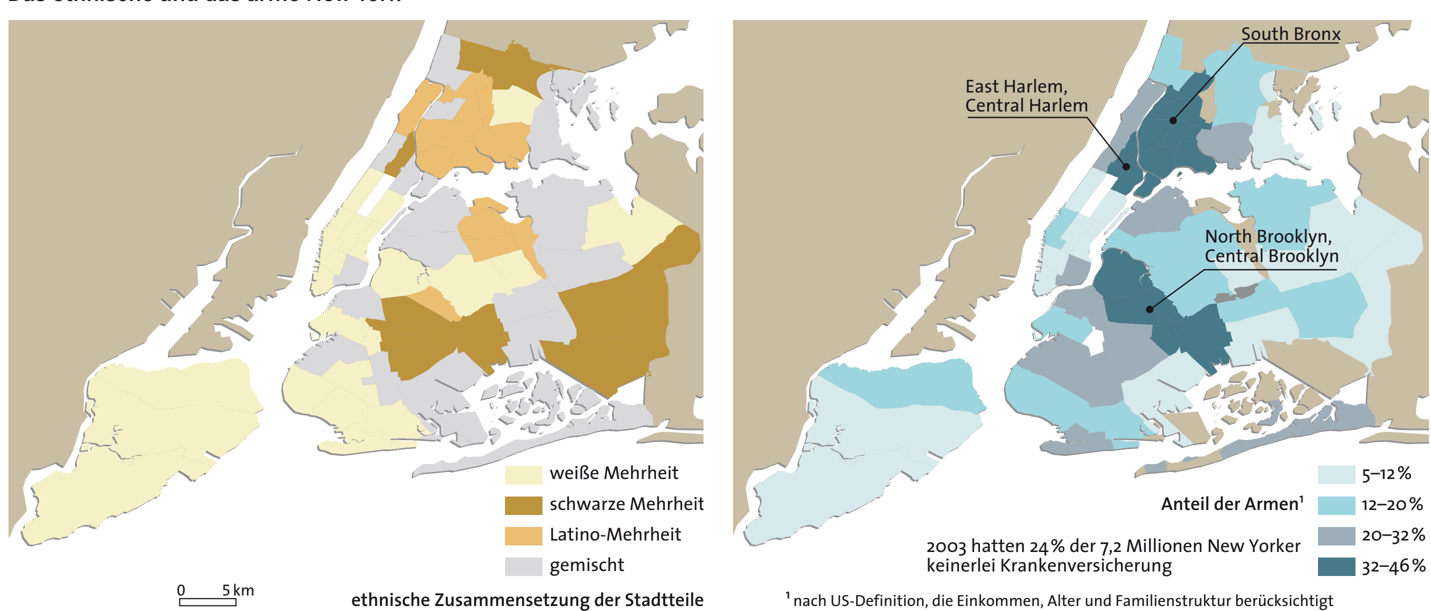
▶ **Welche Einkommensverteilung ist gerechter? Drei Profile**

Die unterschiedlichen Armutsbegriffe, die von offiziellen Stellen definiert werden, sind zu eng. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf der ganzen Welt die Armutsbekämpfung unzureichend ist. Daran ändert auch die alleinige Orientierung auf Wirtschaftswachstum nichts. Im Gegenteil: Dadurch kann die Armut sogar weiter wachsen.

Die Entscheidung für die eine oder andere Methode der Armutsbekämpfung scheint ziemlich willkürlich. Meist wird nur der Geldwert der Einkommen betrachtet: »Extrem arm« sind diejenigen, die mit weniger als einem US-Dollar täglich auskommen müssen. Um die Verhältnisse genauer zu analysieren, sollte man aber auch die Zufriedenheit in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung messen, das Funktionieren des Arbeitsmarktes berücksichtigen und die Zusammenhänge zwischen Ungleichheit und Armut betrachten. Zu berücksichtigen wären ferner die Lebensbedingungen im weitesten Sinn einschließlich der nichtmonetären Solidarleistungen etwa durch Nachbarschaftshilfe, aber auch die subjektive Armut. Subjektive Armut liegt dann vor, wenn eine Person feststellt, dass sie ihre Bedürfnisse nach ihren eigenen bzw. von ihr als allgemein anerkannt betrachteten Maßstäben nur sehr begrenzt befriedigen kann. Auch die neuen Bedürfnisse, etwa mit Computern umgehen oder den Zugang zum Internet bezahlen zu können, müssen bei der subjektiven Armut berücksichtigt werden.

Die meisten Industrienationen arbeiten mit einem Indikator für relative Armut,

▶ **Das ethnische und das arme New York**



der sich ausschließlich an der Einkommensverteilung orientiert. Mit weniger als 50 oder 60 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Landes gilt man als arm. In den Entwicklungsländern und in den USA wird die Armut hingegen »absolut« gemessen. Hier berücksichtigt der Indikator, ob man einen minimalen Warenkorb kaufen und grundlegende Dienstleistungen wie Wohnen, Transport und ärztliche Versorgung bezahlen kann.

Selbst in den am stärksten industrialisierten Nationen Lateinamerikas leben 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut. In den Staaten, die sich an die Auflagen des Internationalen Währungsfonds halten, wird gerade in Phasen der Rezession der Schutz der ärmsten Bevölkerungsschichten geschwächt, weil die Sozialausgaben sinken. Die Sparpolitik der öffentlichen Hand beschleunigt den Abwärtstrend, statt ihn zu stoppen. In ganz Lateinamerika konnte man beobachten, dass bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1 Prozent die Programme zur Armutsbekämpfung um 2 Prozent reduziert wurden.

Wirtschaftswachstum ändert zunächst wenig an der Armut, denn der Zuwachs wird ungleich verteilt. Es ist zweifelhaft, ob ein allein am BIP gemessenes Wirtschaftswachstum die Armut überhaupt verringern kann, wenn es nicht mit einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik einhergeht, die auf die Reduzierung der Ungleichheit zielt. Damit die Armut von 1990 bis 2015 entsprechend den Millenniumszielen um die Hälfte reduziert werden kann *(siehe Seite 104)*, müsste die Wirschaft gerade in den Regionen am stärksten wachsen, in denen die größte Ungleichheit herrscht.

Doch selbst das weltweite Wachstum in den Entwicklungsländern zwischen 2000 und 2005 hat die Armut nur für 100 Millionen Menschen reduziert, wie selbst die notorisch optimistische Weltbank in ihrem Global Monitoring Report für 2006 einräumen musste. Ein hoffnungsvolles Beispiel schien China zu bieten: Dank einem extremen Wachstum über mehr als 25 Jahre sank dort die absolute Armut von 50 Prozent im Jahr 1980 auf 10 Prozent im Jahr 1996. Doch seitdem verharrt sie auf diesem Niveau, obwohl das Wirtschaftswachstum anhält, weil zugleich die sozialen Unterschiede in der »sozialistischen Marktwirtschaft« zunehmen.

Und die Armut in den reichen Ländern? Die Jahresberichte des UN-Entwicklungsprogramms UNDP und der von diesem entwickelte Index der Menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) erlauben nicht nur einen genaueren Blick auf den ungleichen Zugang zu Nahrung, Gesundheit und Bildung *(siehe Seite 45)*. Sie zeigen auch, dass die am meisten entwickelten Länder der Welt seit der neoliberalen Wende der 1980er-Jahre neue Armut hervorgebracht haben. Die Folge waren zunächst stark steigende Sozialausgaben.

Um diese wiederum zu senken, hat das 1996 von US-Präsident Bill Clinton unterzeichnete Gesetz über Arbeit und Eigenverantwortung den Umschwung vom sozialstaatlichen *Welfare*- zum neoliberalen *Workfare*-Ansatz vollzogen. Arbeitslose sollten »wieder Geschmack an der Arbeit finden«. Seither wird bestraft, wer Jobangebote ablehnt, weil er überqualifiziert oder die Tätigkeit unterbezahlt ist. Staatliche Unterstützung wird abhängig von der Bereitschaft, jede nur erdenkliche Art der Beschäftigung zu akzeptieren.

Seit 1996 haben sich die Sozialhilfezahlungen entsprechend halbiert. Die Armen sind jetzt dem Staat gegenüber verpflichtet – nicht umgekehrt. Das ist die neue Ideologie des Systems. Während die US-Arbeitslosenversicherung 1975 noch für 81 Prozent der Menschen aufkam, die ihren Job verloren, erhielt 1995 nur noch jeder Dritte Arbeitslosenunterstützung *(siehe Seite 113)*.

Gleichzeitig haben die USA den Begriff »Erwerbsbevölkerung« neu definiert, damit die statistisch erfasste Zahl der Arbeitslosen sinkt und Sozialausgaben noch weiter reduziert werden können. Der Staat hilft nur noch den »Bedürftigsten« und »nicht Vermittelbaren«. Deshalb sank die Zahl allein erziehender Mütter unter den Zuwendungsempfängern um die Hälfte, was dazu führte, dass ein Programm »Familien in Not« aufgelegt werden musste. Daran zeigt sich, dass an die Stelle des Rechts auf soziale Sicherheit immer häufiger das Prinzip der karikativen Unterstützung tritt.

WWW

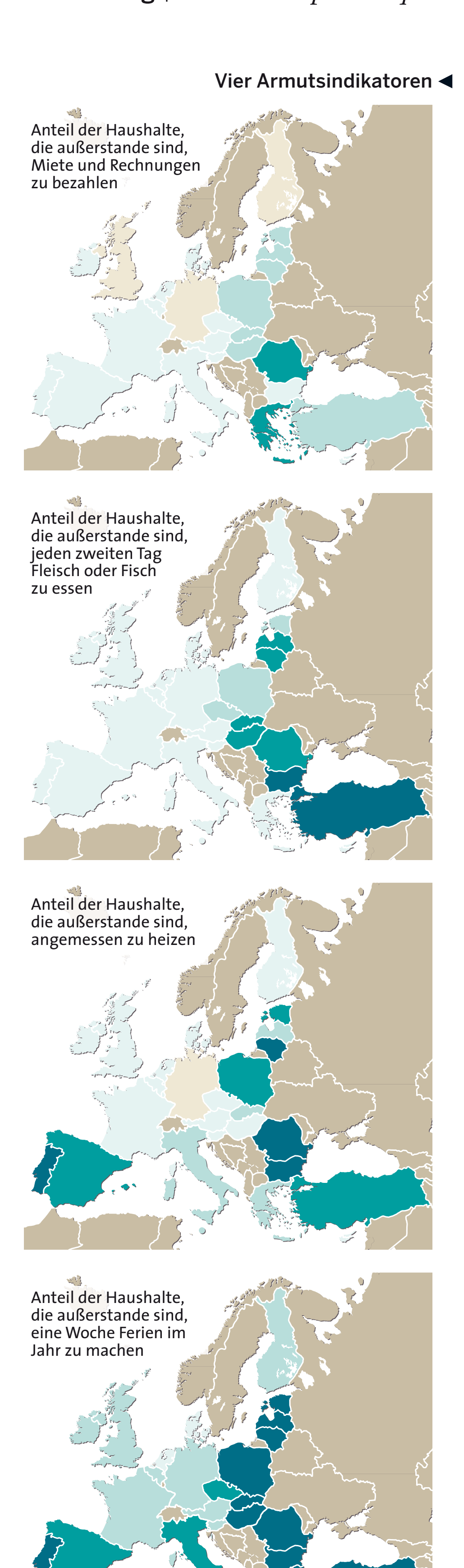
Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Armut

offiziell
- www.aktionsprogramm2015.de

NGOs und Kampagnen
- www.2015.venro.org/
- www.socialwatch.org/en/portada.htm
- www.socialwatch.org/en/informeImpreso/Alemania.htm
- www.eapn.org/code/en/hp.asp
- www.whiteband.org/

Armut und Umwelt
- www.wbgu.de

Vier Armutsindikatoren ◀



Wachstum und Armut in Westeuropa

Trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums gibt es nach wie vor Armut in der Europäischen Union. Nach einem leichten Rückgang Ende der 1990er-Jahre nimmt die Armutsrate tendenziell sogar wieder zu.

In den reichen Ländern sind arme Menschen keineswegs verschwunden. Die Ungleichheiten haben dramatisch zugenommen, auch tritt Armut in unterschiedlichen Formen auf: zu wenig Geld, um Essen, Kleider, Miete zu bezahlen, aber auch Beschränkungen des Zugangs zu Bildung, medizinischer Versorgung und Freizeitmöglichkeiten. Die offizielle Armutsdefinition der Europäischen Union lautet: »Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.«

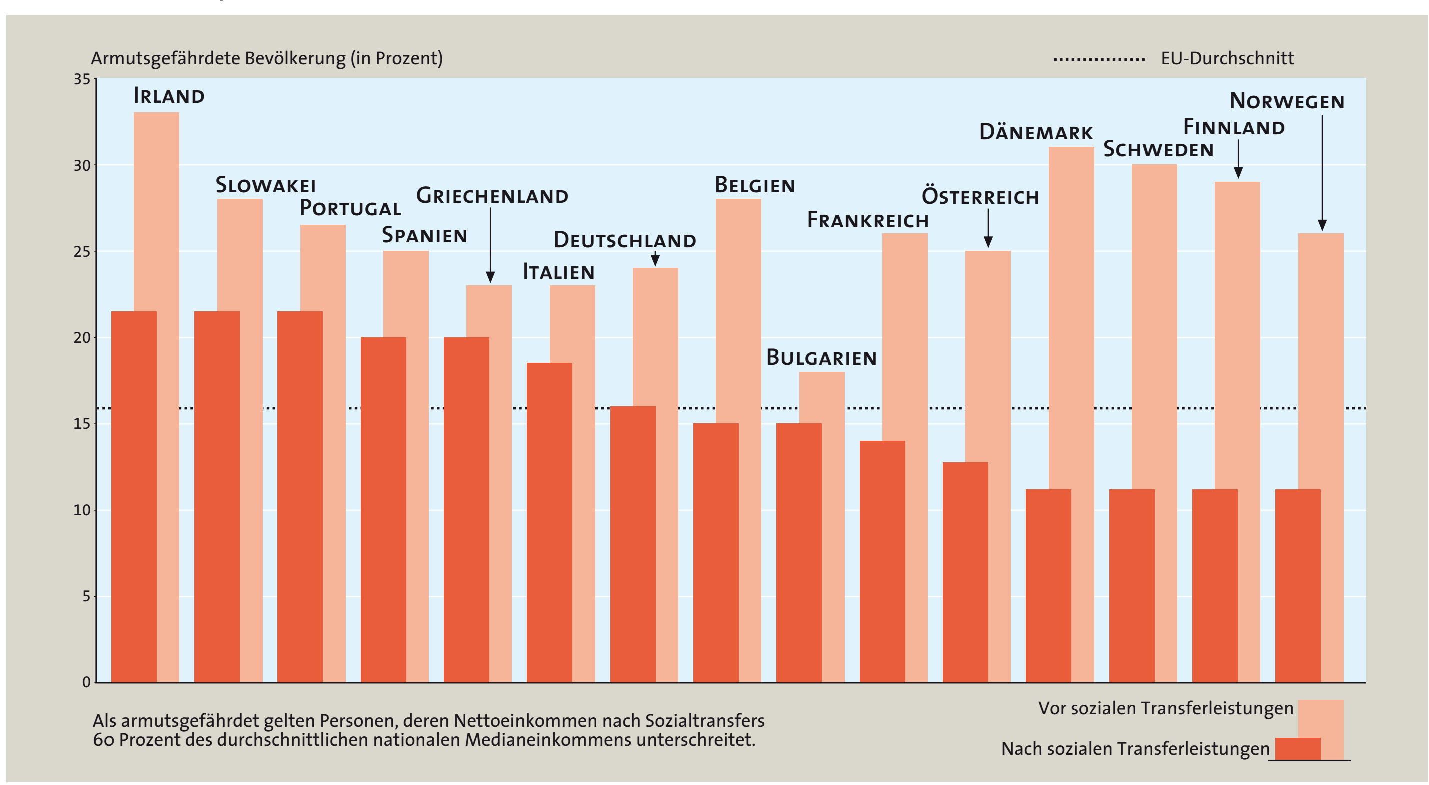
Dieses Minimum legt die EU auf 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens fest, das als Parameter die Einkommensverteilung besser abbildet als das Durchschnittseinkommen. Denn der Medianwert ist die Linie, die in Bezug auf das Einkommen die Gesamtbevölkerung exakt halbiert: das Einkommen der einen Hälfte liegt unter und das der anderen über diesem Wert.

2003 lebten in der EU 72 Millionen Menschen und damit 16 Prozent der Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze, in Griechenland sind 21 Prozent arm, in Portugal und Italien 19 Prozent, in Irland ebenfalls 21 Prozent und in Großbritannien 18 Prozent. Gemeinsam ist diesen Ländern, dass sie wenig Geld für Sozialleistungen ausgeben.

Frankreich liegt mit 11 Prozent unter dem EU-Durchschnitt, anders als oft behauptet jedoch mit steigender Tendenz. Abgesehen von der Slowakei (21 Prozent Arme) und Estland (18 Prozent) liegen die EU-Beitrittsländer mit rund 15 Prozent Armutsbevölkerung im Mittelfeld der EU, wobei der Medianwert natürlich in Deutschland und Frankreich deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Das heißt beispielsweise, dass die ärmsten 10 Prozent der französischen Bevölkerung über ein Einkommen verfügen, das doppelt so hoch liegt wie das Medianeinkommen der Polen.

Die Orientierung der Armutsgrenze an einem nationalen Mittelwert ist freilich nicht unproblematisch, zumal wenn wir

▶ Armutsrisiko in Europa



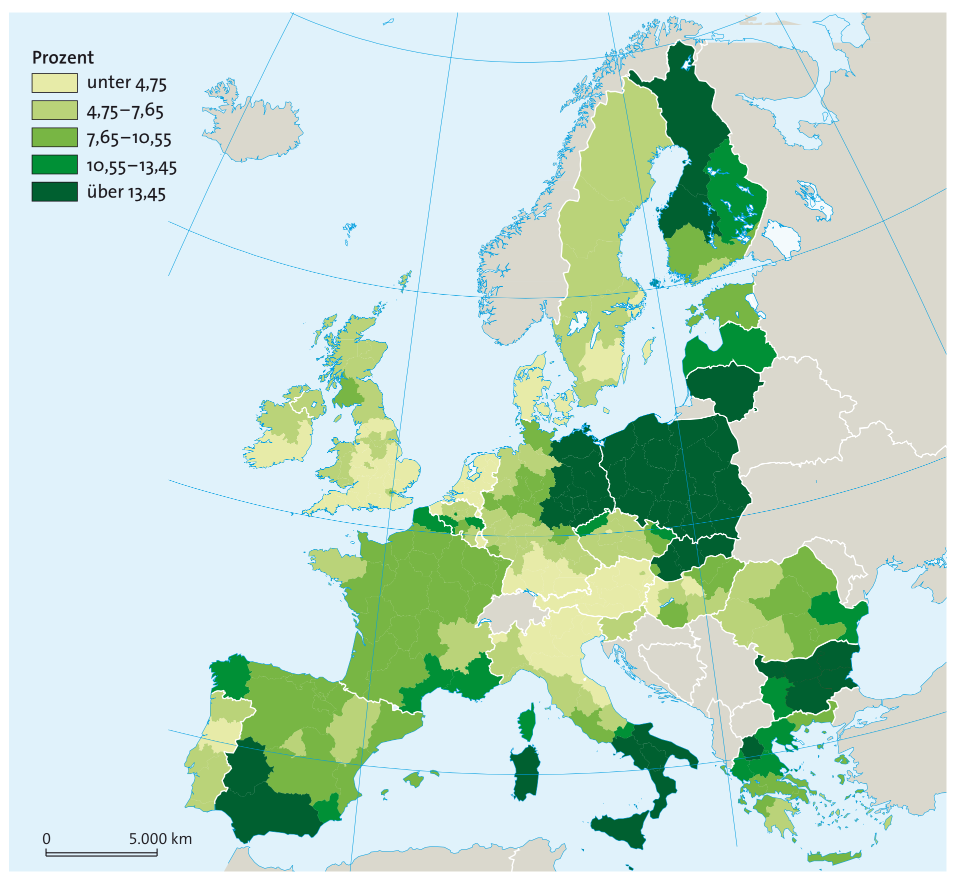
Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Nettoeinkommen nach Sozialtransfers 60 Prozent des durchschnittlichen nationalen Medianeinkommens unterschreitet.

an Konsumgüter denken. Denn natürlich sind bestimmte Dinge wie zum Beispiel ein Auto nicht unerlässlich für die Entfaltung des Menschen. Insgesamt haben die neuen EU-Länder ein niedriges Konsumniveau und einen niedrigen Lebensstandard: so haben ein Drittel der Rumänen keine Toilette in ihrer Wohnung (zum Vergleich: bei den Polen sind es 16, bei den Portugiesen 10 und bei den Franzosen 2 Prozent).

Ende der 1990er-Jahre tauchte innerhalb der EU ein Phänomen auf, das bislang hauptsächlich aus den USA bekannt war: die *working poor.* 2003 waren 7 Prozent der EU-Bevölkerung trotz bestehender Beschäftigung als arm eingestuft (3 Prozent in Dänemark, 9 Prozent in Frankreich, 10 Prozent in Spanien, 13 Prozent in Portugal; von den betroffenen Franzosen hatten 63 Prozent das ganze Jahr gearbeitet). Das Problem Armut trotz Arbeit trifft insbesondere Frauen, die teilzeitbeschäftigt sind.

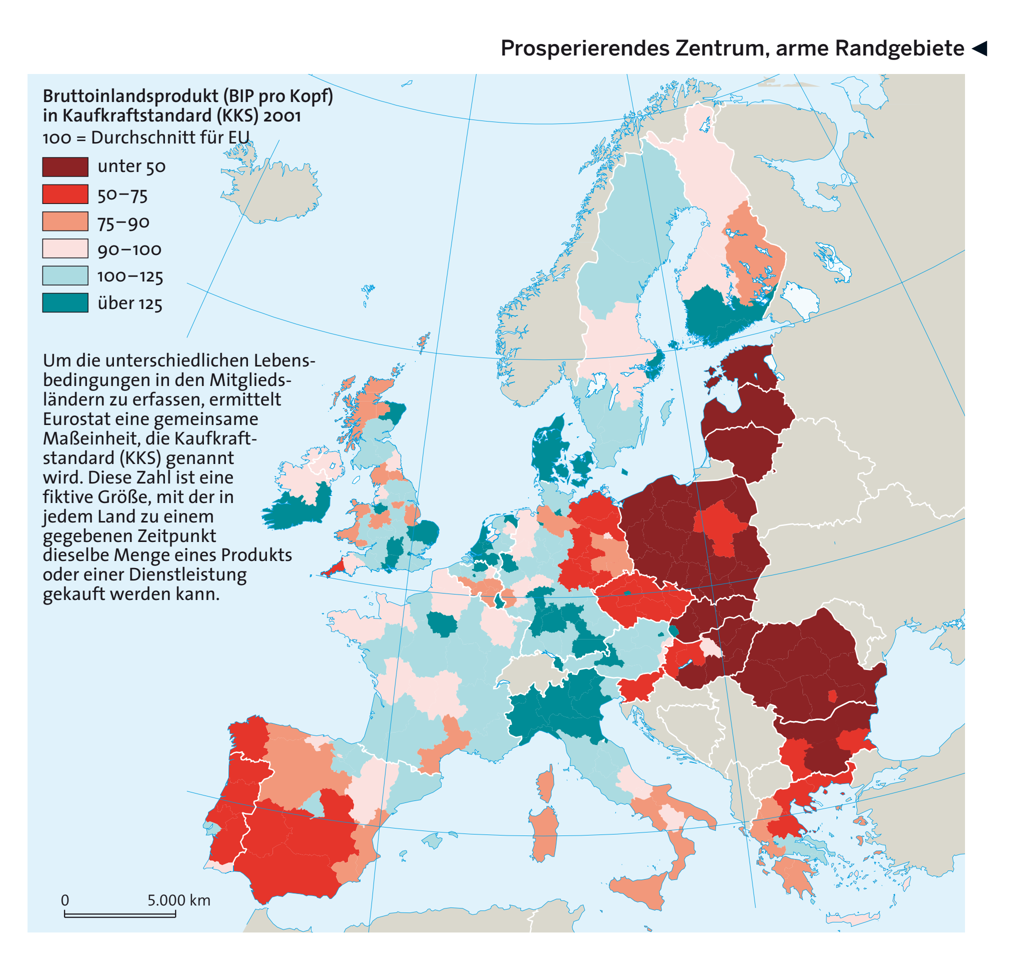
Während überall die Arbeitslosen das große Heer der Armen bilden, sind zunehmend auch Rentner von relativer Armut betroffen (17 Prozent im europäischen Durchschnitt, jeder zehnte französische Rentner). Dabei droht sich die Situation mit der Verlängerung der Beitragszeit und der Reduzierung der Rentenzahlungen in praktisch allen Mitgliedsländern noch zu verschärfen.

Die ökonomischen Einschränkungen im Alltag betreffen alle Lebensbereiche, von der Wohnsituation (in der EU sind 18 Millionen Menschen entweder obdachlos oder leben in völlig heruntergekommenen, unzumutbaren Wohnungen) bis hin zu Bildung und Gesundheit: 11 Prozent der Franzosen haben aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, und Angestellte haben eine sieben Jahre längere Lebenserwartung als Arbeiter.



Arbeitslosenquote in Europa ◀

Prosperierendes Zentrum, arme Randgebiete ◀



www

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft
www.europa.eu.int/comm/eurostat
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
www.undp.org
European Anti Poverty Network
www.eapn.org
ATD Vierte Welt
www.atd-viertewelt.de
Sektorvorhaben Armutsbekämpfung
www.gtz.de/forum_armut/
Bundesanstalt für Arbeit
statistik.arbeitsagentur.de

Der Schock der Marktwirtschaft

Nach Angaben der Weltbank betrug in den meisten Ländern der ehemaligen Sowjetunion das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 nur 63 Prozent seines Werts von 1990. Die Länder Ostmitteleuropas, Südosteuropas und die baltischen Staaten hatten den Stand von 1990 bereits 1998 wieder erreicht. Allerdings gibt es große Entwicklungsunterschiede, die sich in den Durchschnittszahlen nicht widerspiegeln.

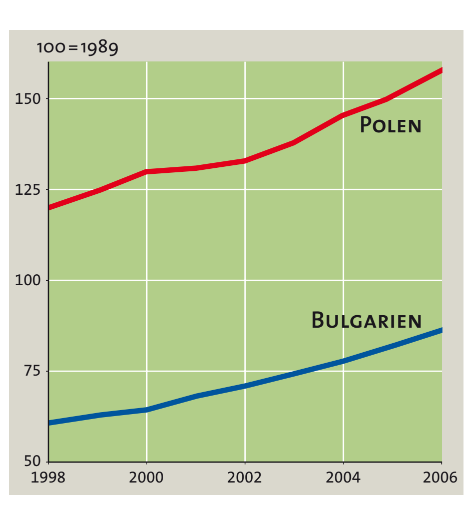
Als »Gesellschaften im Übergang zur Marktwirtschaft« hat man die Länder des einstigen Ostblocks nach dem Fall der Berliner Mauer (1989) und der von Boris Jelzin 1992 verordneten wirtschaftsliberalen Schocktherapie bezeichnet. Das harmlose Etikett »Transformationsländer« sollte davon ablenken, wie widersprüchlich und brachial die weltweite Durchsetzung der kapitalistischen Ökonomie in der Praxis vonstatten ging. Die alt/neuen Führungszirkel, die bei den ersten freien Wahlen innerhalb kürzester Frist ökonomische Effizienz und Gewerbefreiheit versprachen, betrieben im Grunde nur die Eingliederung ihrer Länder in den Prozess der Globalisierung – von der sie sich persönliche Vorteile versprachen.

Vielfach hatten diese Eliten vor allem eines im Sinn: ihre alten Privilegien durch den Zugriff auf das Staatseigentum in die neue Zeit hinüberzuretten. Die Beschäftigten durften sich zwar als »Aktionäre« fühlen, wurden in Wirklichkeit aber zur Manövriermasse einer Klasse von Oligarchen. Fast alle neuen Volksvertreter, gleich welcher Couleur, setzten auf die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Rezepte, die ihnen die internationalen Institutionen vorschlugen – allen voran der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Kredite vergebenden Banken, aber auch die Europäische Kommission, die ja die EU-Beitrittskriterien formulierte. In den Ländern, in denen der Zugang zu Bildung und Kultur Teil der »Sozialleistungen« gewesen war und die eine Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet hatten (samt der Dienstleistungen der Großbetriebe mit ihren Kindergärten, Krankenhäusern und preiswerten Wohnungen), bedeutete der wirtschaftliche Kurswechsel einen sozialen Einbruch. Unter dem Motto »weniger Staat« wurde die rücksichtslose Privatisierung der Staatsbetriebe und die Kommerzialisierung der Distribution von Gütern und Dienstleistungen eingeleitet.

Wo früher Vollbeschäftigung im Rahmen der Planwirtschaft gewährleistet war, herrscht heute eine strukturelle Arbeitslosigkeit, und zwar auch in Ländern mit stetigem Wirtschaftswachstum. Sie beträgt in den acht neuen EU-Mitgliedsländern durchschnittlich 15 Prozent; in Polen, Bulgarien und der Slowakei liegt sie zwischen 17 und 20 Prozent.

2002 stellte die Weltbank fest, dass in diesen Ländern »die Armut ein größeres Ausmaß und eine höhere Zuwachsrate erreicht hat als in der gesamten übrigen Welt«. In den zehn Jahren zwischen 1988 und 1998 stieg der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt, von 2 auf 21 Prozent. Seitdem geht er jedoch wieder zurück: Die Zahl der Armen sank von 102 Millionen Menschen 1998 auf 61 Millionen im Jahr 2003. Dies resultiert vor allem aus dem starken Wachstum in Russland seit der Krise von 1998, während die Situation in den neuen EU-Ländern stagniert und sich in Polen und Litauen sogar verschlechtert hat.

Nach dem neoliberalen Credo hängt das Wirtschaftswachstum maßgeblich von der Höhe der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) ab, die man ins Land zu ziehen vermag. Die Länder Ostmitteleuropas, die in dieser Hinsicht am erfolgreichsten sind, hatten aber gerade nicht die besten Ausgangsbedingungen. Es sind vielmehr die, in denen kriegerische



Wirtschaftsentwicklung im Vergleich ◀

▶ Ausländische Investitionen in Ostmitteleuropa



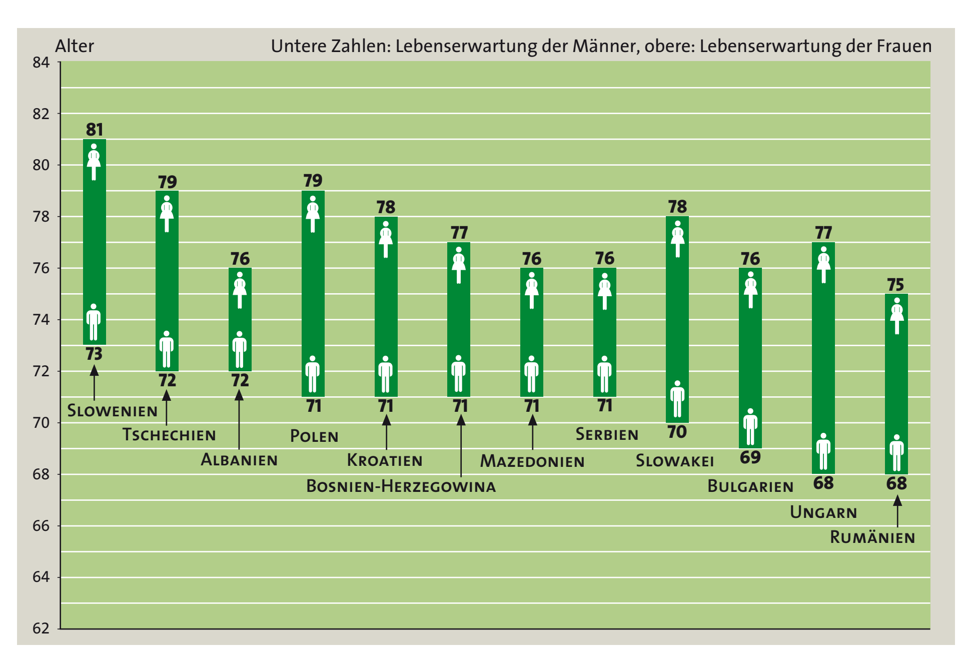


Auseinandersetzungen vermieden wurden und die sich dem Privatisierungsdruck entzogen haben. So hat sich etwa Slowenien, das unter den neuen EU-Mitgliedern das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf verzeichnet, die Kontrolle über den Bankensektor erhalten und weder Löhne noch Steuern gesenkt. Entsprechend verzeichnet Slowenien mit 2 Prozent den niedrigsten Anteil der ADI am BIP.

Im Übrigen fließen die meisten ADI in die städtischen Ballungsräume, was die regionalen Unterschiede innerhalb der Länder sowie zwischen den Staaten weiter vergrößert. Das Sozial- und Fiskaldumping, mit dem ADI angezogen werden sollen, führt zu einem Typ von Wachstum, der in sozialer Hinsicht zunehmend problematisch ist. Da die ausländischen Direktinvestitionen in den neuen EU-Ländern auf den Bankensektor konzentriert sind – außer in Slowenien sind in all diesen Staaten 50 bis 90 Prozent des Bankkapitals in fremder Hand –, gerät die Finanzierung von sozialen Maßnahmen zunehmend unter Druck.

Während politischer Pluralismus und die Ablösung von Regierungen inzwischen als normal gelten, folgte auf die Euphorie über die modellhafte Transformation eine große Ernüchterung. Dies zeigt sich symptomatisch an einem Land wie Polen, dessen Wachstum zunächst stark aufholte und wo die unterschiedlichsten Regierungsparteien im Namen der Eingliederung in die EU neoliberale Rezepte übernahmen. Heute regiert in Warschau eine dezidiert euroskeptische und ausländerfeindliche Rechte.

Insgesamt stellt sich die Osterweiterung als gesamteuropäische Erfolgsstory dar, zugleich aber als Strategie zur Dämpfung explosiver sozialer Konflikte in den Beitrittsländern. Und dies im Rahmen einer Union, von der die neuen Mitglieder in Zentral- und Osteuropa möglichst enge Bindungen an die USA erwarten.

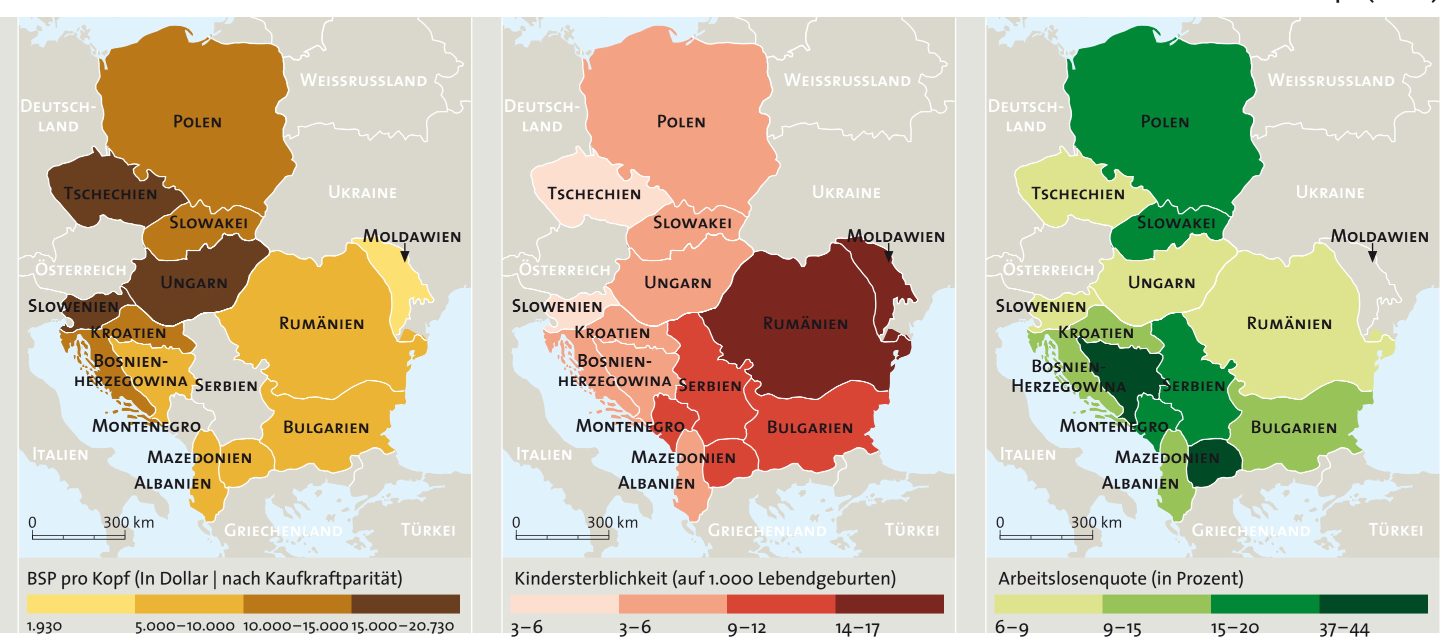


Lebenserwartung in Ostmitteleuropa (2004) ◀

www

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
www.ebrd.org
Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
www.wiiw.ac.at
Stabilitätspakt für Südosteuropa
www.stabilitypact.org
Regionalbüro des UN-Entwicklungsprogramms für Europa und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
www.undp.org/rbec/
Transitions online
www.tol.cz

Sozioökonomische Indikatoren für Ostmitteleuropa (2004) ◀



Arbeitsmärkte: offizielle Zahlen und verborgene Fakten

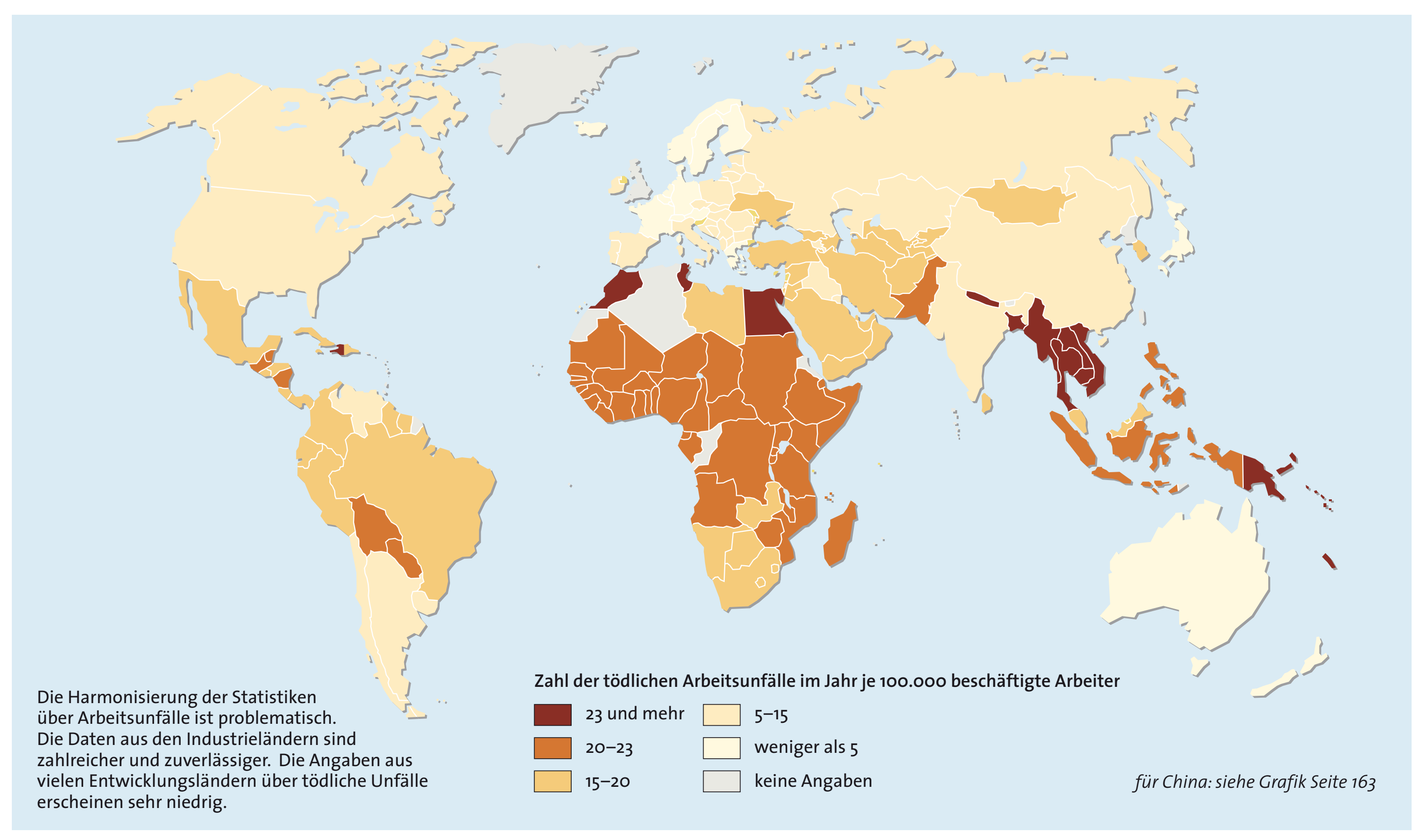
Jedes Jahr steigt die Zahl der fehlenden Arbeitsplätze weltweit um 2 bis 3 Millionen. In den Industrieländern werden Menschen zu Billigarbeit und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen. Und in der Dritten Welt geht die Anzahl der Sklaven- und Kinderarbeiter in die hunderte Millionen.

Die Lage auf dem globalen Arbeitsmarkt ist schlecht, und sie wird immer prekärer. An den offiziellen Zahlen lässt sich der ganze Umfang des Problems nicht ablesen. So taucht etwa Hausarbeit, meist Frauenarbeit, in den Statistiken nicht auf. Auch die informelle Beschäftigung ist schwer quantifizierbar. Sicher ist aber, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der Welt stetig zunimmt und heute bei über 3 Milliarden Menschen liegt. Vier Phänomene kennzeichnen die Entwicklung der vergangenen Jahre.

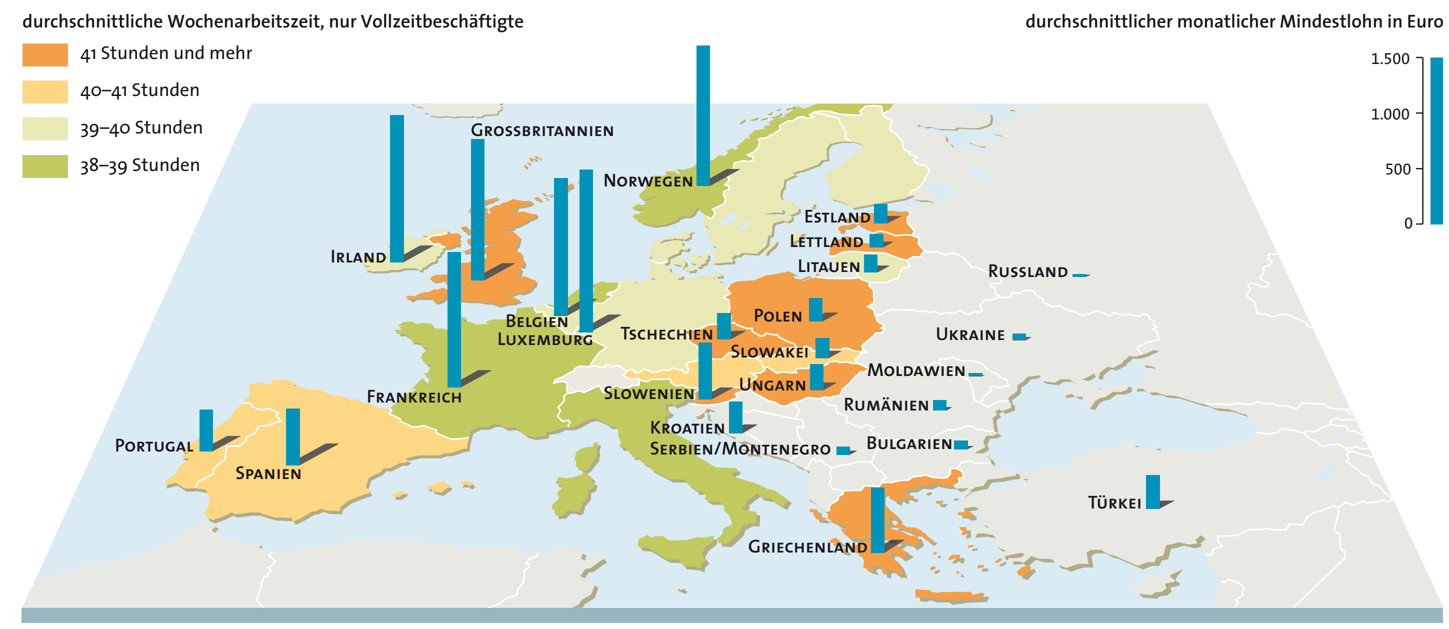
Erstens: Die Zahl der Arbeitslosen bleibt hoch. Das Internationale Arbeitsamt in Genf zählte Ende 2005 trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums von 4,3 Prozent 191,8 Millionen offiziell Arbeitslose, 2,2 Millionen mehr als 2004 und 34,4 Millionen mehr als 1995. In den Industrieländern sank die Arbeitslosenquote zwar von 7,1 Prozent auf 6,7 Prozent, dafür stieg sie aber in Lateinamerika und der Karibik von 7,4 Prozent auf 7,7 Prozent. Da bei weitem nicht alle Arbeitssuchenden erfasst werden, ist davon auszugehen, dass sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrienationen die reale Zahl weit höher liegt.

Vor allem die reicheren Länder bereinigen ihre Arbeitslosenstatistiken. In Frankreich erhält nicht einmal jeder zweite Erwerbslose Arbeitslosenunterstützung, und nicht alle lassen sich beim Arbeitsamt registrieren. In Großbritannien werden Arbeitslose zum Teil als »nicht« oder »eingeschränkt erwerbsfähig« klassifiziert. Die offizielle Zahl der »Behinderten« hat sich innerhalb von zehn Jahren vervierfacht. In Deutschland verzerren Ein-Euro-Jobs und so genannte Ich-AGs das Bild. Ähnliches gilt für die USA, die Niederlande, Dänemark, China und Indien.

▶ Tödliche Arbeit



Die Harmonisierung der Statistiken über Arbeitsunfälle ist problematisch. Die Daten aus den Industrieländern sind zahlreicher und zuverlässiger. Die Angaben aus vielen Entwicklungsländern über tödliche Unfälle erscheinen sehr niedrig.



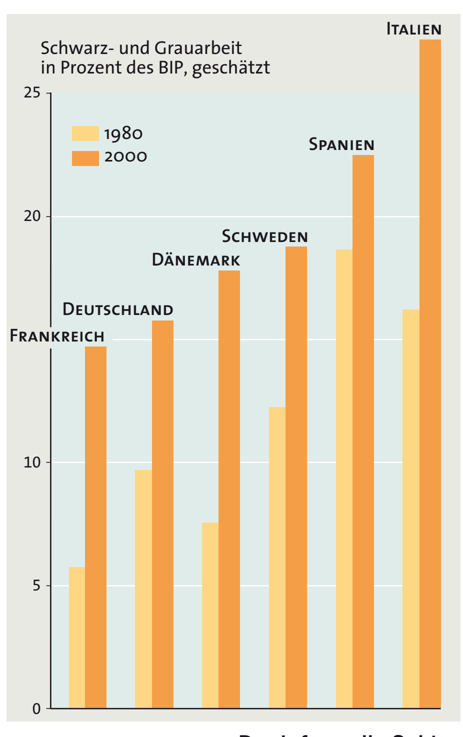
▶ **Arbeitszeit und Mindestlohn**

Zweitens: Zunehmend verbreitet ist das Konzept der *workfare,* also die scheinbare Eingliederung in den Arbeitsmarkt durch erzwungene Arbeit. Die so genannte Politik der Aktivierung wurde in den 1990er-Jahren in den USA erfunden. Sie verpflichtet Arbeitslose, unabhängig von Ausbildung und Wartezeit jedes Jobangebot anzunehmen. In den Industrieländern dominieren Praktika – manchmal im Rahmen einer Ausbildung, oft jedoch schlicht als unbezahlte Arbeit –, geringfügige Beschäftigung und gelegentliche reguläre Arbeit, die aber immer unterbezahlt und manchmal staatlich subventioniert ist. Das schönt die offiziellen Arbeitslosenstatistiken, treibt zugleich aber die Zahl schlecht verdienender Arbeitnehmer nach oben. 2004 lebten zwischen 6 und 8 Prozent der Erwerbstätigen in der Europäischen Union und mehr als 10 Prozent in den USA in Armut. Die Lage in den Entwicklungsländern ist noch dramatischer: Hier verdienen etwa 550 Millionen Menschen weniger als einen US-Dollar pro Tag.

Drittens: Prekäre Beschäftigung und Teilzeitarbeit nehmen zu. In den Industrieländern gibt es immer mehr »flexible« Arbeitskräfte, die ohne jede soziale Absicherung eingestellt werden und jederzeit kündbar sind. Teilzeitbeschäftigung und Zeitarbeit boomen; unter diese Kategorie fällt inzwischen jeder sechste Job in den OECD-Staaten. Damit passen Unternehmen ihre Belegschaften an die Konjunktur an und ersparen sich Lohnzahlungen in auftragsschwachen Zeiten. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten, in drei Viertel aller Fälle die Frauen, die eigentlich gern mehr arbeiten würden.

Viertens: Selbst in den reichen Ländern gibt es immer mehr Sklavenarbeit, d.h. Arbeit unter Drohung und unmittelbarem Zwang (weltweit 12,3 Millionen Fälle). Die Ausbeuter sind laut Internationalem Arbeitsamt (IAA) in acht von zehn Fällen private Unternehmen; in Lateinamerika große landwirtschaftliche Betriebe und in einigen Ländern Asiens Agenturen, die »Arbeit als Schuldendienst« vermitteln. 20 Prozent der Sklavenarbeit entfallen auf Staaten wie Birma und Nordkorea, die Menschen zu Zwangsarbeit nötigen, und auf militärische Gruppen etwa in Afrika. Ebenso groß ist die Zahl der Opfer von Menschenhandel bzw. Sexhandel. Regional ist die moderne Sklaverei am stärksten in der Asien/Pazifik-Region verbreitet, doch sie kommt auch, trotz gesetzlicher Verbote, in Europa und den USA vor.

Die Opfer von Sklavenarbeit sind oft Kinder. Wenn man die leichteren Formen der Haus- und Feldarbeit unberücksichtigt lässt, werden 218 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen zur Arbeit gezwungen, etwa in Fabriken, Bergwerken, auf Plantagen und in der Sexindustrie, so der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2006. Damit ist die Zahl innerhalb von fünf Jahren weltweit nur um 11 Prozent gesunken. An Sonntagsreden gegen diesen Zustand besteht kein Mangel – die Realität sieht anders aus.



Der informelle Sektor ◀

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosigkeit
- de.wikipedia.org/wiki/Sklaverei
- de.wikipedia.org/wiki/Zwangsprostitution
- de.wikipedia.org/wiki//Kinderarbeit

Weltarbeitsmarkt
- www.ilo.org/public/english/employment/strat/global.htm

Einkommensvergleich
- www.lisproject.org

Kinderarbeit
- www.ilo.org/public/english/standards/ipec/intro/
- www.unicef.org/protection/index_3717.html

Sozialversicherung unter Druck

Wenn die öffentlichen Ausgaben zusammengestrichen werden, leidet darunter vor allem die soziale Sicherung. Auf der ganzen Welt werden Risiken wie Unfall oder Krankheit schrittweise privatisiert – und damit teurer. In einigen Ländern senkt dies sogar die Lebenserwartung.

Immer weniger Aufwendungen für die Gesundheit werden erstattet, immer später beginnen die Altersbezüge: die öffentliche Absicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall oder Gebrechlichkeit wird, wo es sie noch gibt, immer stärker reduziert. Betroffen sind die auf Erwerbsarbeit beruhenden, paritätisch verwalteten Gesundheits- und Versorgungssysteme, in den Niederlanden ebenso wie in Deutschland. Erheblich gekürzt werden auch die über Steuern finanzierten Sozialleistungen in Italien, Schweden und Großbritannien, wo das »Beveridge-System« mit seiner staatlich organisierten Einheitsversicherung betroffen ist. Mischformen wie in Frankreich bleiben ebenfalls nicht verschont.

Die breite Attacke begann 1994 anlässlich eines Weltbankberichts zur drohenden Krise der alternden Gesellschaft mit dem Titel »Averting the Old Age Crisis«, deutsch »Die Alterskrise abwenden«. Der Bericht zeigte auf, dass »die Staaten die Ausgabenlast letztlich nicht mehr tragen können und die Sozialsysteme dauerhaft umgestaltet werden müssen«. Es folgten weitere Berichte, Warnungen und Empfehlungen, die zwar nicht orchestriert waren, aber immer dieselbe ideologische Botschaft verkündeten: Es gelte, die Löhne und Gehälter zu senken und einen wenn auch noch so kleinen Teil der sozialen Kosten privat zu finanzieren, was sich weltweit immerhin auf 3.500 Milliarden Dollar summieren sollte. Und die Operation gelang: Zwischen 1993 und 2003 sank der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an der Lohnquote in den Industrienationen um durchschnittlich 10 Punkte. Die Lohnquote fiel um 3 Prozent – und die Unternehmensgewinne stiegen um den gleichen Wert.

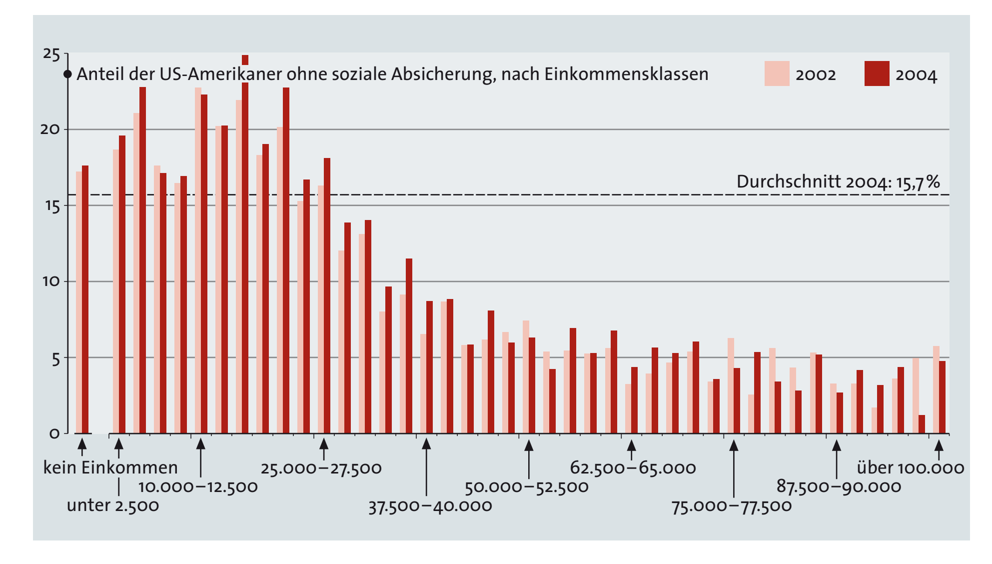
Für angehende Rentner bedeutet dies letztlich einen Kaufkraftverlust, und das bei längerer Lebensarbeitszeit. In den OECD-Mitgliedstaaten liegt das Rentenalter heute bei durchschnittlich 63 Jahren. In Deutschland wurde das gesetzliche Rentenalter 1997 auf 65 Jahre angehoben und soll schrittweise auf 67 Jahre steigen. In Italien gehen die Arbeitnehmer im privaten Sektor mit 65 Jahren, in Irland mit 66 Jahren, in Großbritannien mit 65 Jahren in Rente; Tony Blair verzichtete 2005 sicher nur vorübergehend darauf, das Rentenalter für öffentliche Bedienstete und Beamte, das derzeit bei 60 Jahren liegt, anzupassen.

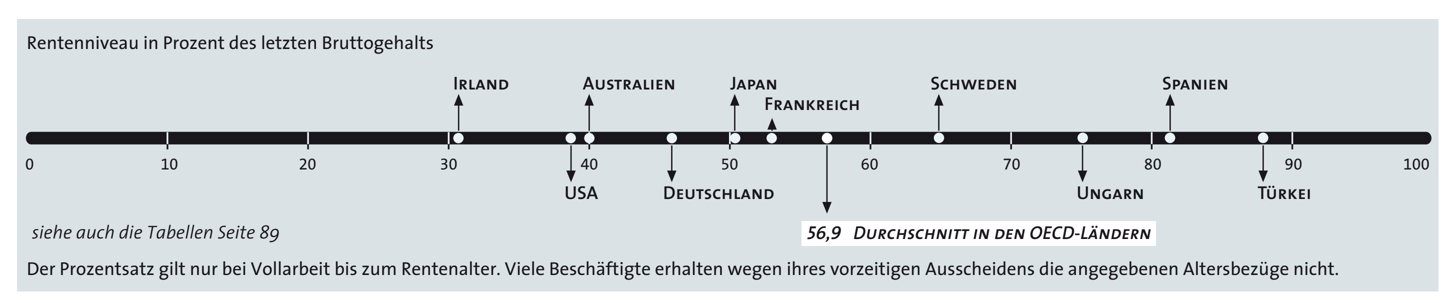
In Frankreich geht man immer noch »offiziell« mit 60 Jahren in Rente, doch die Zahl der Berufsjahre, die einen Rentenanspruch gewährleisten, ist für Staatsangestellte in Anpassung an den privaten Sektor auf 40 gestiegen. Eine weitere Anhebung der Frist wird ab 2008 erwartet. Entsprechend später erfolgt die Auszahlung der Rente. In den USA beginnt die Rente »normalerweise« zwischen dem 65. und 66. Lebensjahr, ab 2006 vor Ablauf des 67. Lebensjahrs. Interessanterweise konnte Präsident George W. Bush entgegen seinen Wahlversprechen den letzten öffentlich verbliebenen Rest des Rentensystems in den USA nicht privatisieren.

Die Reduzierung der öffentlichen Leistungen ist besonders im Gesundheitswesen spürbar. Hier nimmt das Privatisierungstempo zu. Dass dies zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit führt, kann kaum überraschen. In einigen Ländern geht sogar die Lebenserwartung zurück. Dies gilt z. B. für Subsahara-Afrika, wo die Verbreitung von HIV/Aids und der Abbau der kostenlosen medizinischen Versorgung dazu beigetragen haben, dass die Lebenserwartung drastisch gesunken ist: Betrug sie 1992 noch knapp 50 Jahre, waren es 2003 nur noch 45,6. In Russland ging sie von 68,4 im Jahr 1991 auf 65,7 im Jahr 2003 zurück. Bei den Männern lag sie 2005 unter 60 Jahren *(siehe Seite 63)*.

In den kapitalistischen Industriestaaten müssen Patienten immer mehr zuzahlen, die medizinische Versorgung wird teurer, die Kassen erstatten weniger, die Finanzierung für öffentliche Krankenhäuser wird abgebaut. In Deutschland gibt es seit 2004/2005 geringere Zuschüsse für zahn- oder augenärztliche Behandlungen, für den Arztbesuch wird eine Praxisgebühr fällig, und die Kassenbeiträge für Arbeitnehmer und Rentner sind gestiegen. In Frankreich ist es ähnlich. Dabei droht das öffentlichen Krankenhaussystem hier aus allen Nähten zu platzen. In Großbritannien haben Wissenschaftler festgestellt, dass ein Fünftel aller Lungenkrebserkrankungen nicht korrekt, weil zu spät behandelt wird. In den USA, wo das Gesundheitssystem fast völlig privat ist, haben 15,7 Prozent der

▶ **Mehr Menschen ohne Schutz – und die meisten sind arm**





▶ Hohe und niedrige Renten in den Industrieländern

Bevölkerung gar keine Krankenversicherung, und fast ebenso viele sind aufgrund der drastisch gestiegenen Versicherungsprämien unterversichert. Im Übrigen liegen die Kosten für das Gesundheitswesen jenseits des Atlantiks am höchsten: 2004 lagen sie bei 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu 10,1 Prozent in Frankreich und 11,1 in Deutschland. Obwohl die Privatisierung also nachweislich ineffizient ist, wird sie weiterhin angepriesen.

WWW

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Sozialversicherung

»Averting the Old Age Crisis«
- www.eldis.org/static/DOC8957.htm

Soziale Rechte, Verbrauchermacht
- www.attac.de/genug-fuer-alle/cms/news.php
- www.citizen.org

▶ Sozialabbau im Vergleich

	Frankreich	Großbritannien	Deutschland
Arbeitslosigkeit	Hohe Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sind chronisch. Leiharbeit, befristete Verträge und staatsfinanzierte Stellen haben sich in zehn Jahren verdreifacht. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wurde verkürzt. Versuche, den Bezug von Arbeitslosengeld an Auflagen zu knüpfen oder den Qualifikationsschutz aufzuheben, sind wiederholt gescheitert.	Arbeitslosengeldempfänger müssen Ausbildungsangebote, Praktika, Hilfsarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit akzeptieren. Mindestlöhne und Steuergutschriften sollen in insgesamt sieben New-Deal-Programmen für bestimmte Zielgruppen zur Arbeit »anreizen«.	Langzeitarbeitslose müssen jede Arbeit annehmen, auch wenn sie überqualifiziert sind und schlechter bezahlt werden. Arbeitslose müssen gemeinnützige Arbeiten, die mit einem Euro pro Stunde vergütet werden, annehmen.
Sozialleistungen	Eltern können mit dem Entzug von Sozialleistungen bestraft werden, wenn ihre Kinder die Schule schwänzen oder wie bei den Vorstadtunruhen von 2005 straffällig wurden. 2006 wurde die weitgehende Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger durch Massenproteste vereitelt.	Allein erziehende Leistungsempfänger müssen Praktika machen oder eine Teilzeitarbeit annehmen. Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen werden die Leistungen gekürzt, wenn sie nicht an ihren New-Deal-Programmen teilnehmen.	Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach einem Jahr Erwerbslosigkeit. Bei der Berechnung der Leistung werden das Einkommen des Ehepartners, Immobilienbesitz und die Sparkonten der Familie berücksichtigt.
Renten	Die Rentenreform von 2003, gegen massenhaften Protest durchgesetzt, erzwang längere Beitragszeiten, ab 2020 knapp 42 Jahre. Im öffentlichen Dienst steigt die Beitragszeit von 37,5 auf 40 Jahre (2008). In Frankreich wie in Deutschland liegt das reale Rentenniveau bei etwa 53 Prozent des letzten Nettoeinkommens.	Eine private Altersvorsorge ist zwingend; wichtig sind die am Arbeitseinkommen orientierten Pensionsfonds, deren Erträge von den Börsenkursen ihrer Investments abhängen. Die staatlichen Renten betragen durchschnittlich nur 37,1 Prozent des alten Einkommens.	Das gesetzliche Renteneintrittsalter wird schrittweise von 65 auf 67 Jahre erhöht. Das reale Renteneintrittsalter von jetzt 63 Jahren wird nicht entsprechend steigen, sodass mit Rentenkürzungen zu rechnen ist.
Steuergeschenke	Die konservative Regierung will den Spitzensatz von 48 auf 40 Prozent senken, die Gesamtbesteuerung einschließlich Vermögensteuer soll 60 Prozent nicht übersteigen. Unternehmensteuern liegen mit 34,9 Prozent zwischen den 38,7 Prozent in Deutschland und den 30,0 Prozent in Großbritannien.	Die Labour-Regierung erhöhte die Steuern für Großkonzerne von 25 Prozent auf 30 Prozent. Vor der Regierung Thatcher hatten diese jedoch noch einen Steuersatz von 52 Prozent. Die Regierung Blair erhöhte auch die Sozialabgaben um je 1 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.	Die rot-grüne Koalition senkte den Steuersatz für die Reichsten um 8 Prozent und die Körperschaftsteuer um 15 Prozent. Das Aufkommen der neuen Reichensteuer ist unerheblich. Die CDU-SPD-Koalition will die Unternehmensteuern weiter senken.

Frauenrechte: Rückschritte im Fortschritt

Nutzt die Globalisierung den Frauen? Die Antwort muss differenziert ausfallen. Einerseits verbessert sich ihre allgemeine Lage, trotz der Ausbeutung auch in den Betrieben der transnationalen Konzerne. Andererseits sind sie in der Regel als Erste von Privatisierung und Sozialabbau betroffen. Und noch immer sind Armut und Analphabetentum weibliche Attribute.

In den letzten zwanzig Jahren ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen überall gestiegen. Zudem verdienen Frauen heute mehr als in der Vergangenheit. In den Ländern des Nordens setzte dieser Trend bereits in den 1960er-Jahren ein, seit den 1990er-Jahren ist hier der Prozentsatz der berufstätigen Frauen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor von 42 auf 44 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, ist im Süden der Welt zu beobachten.

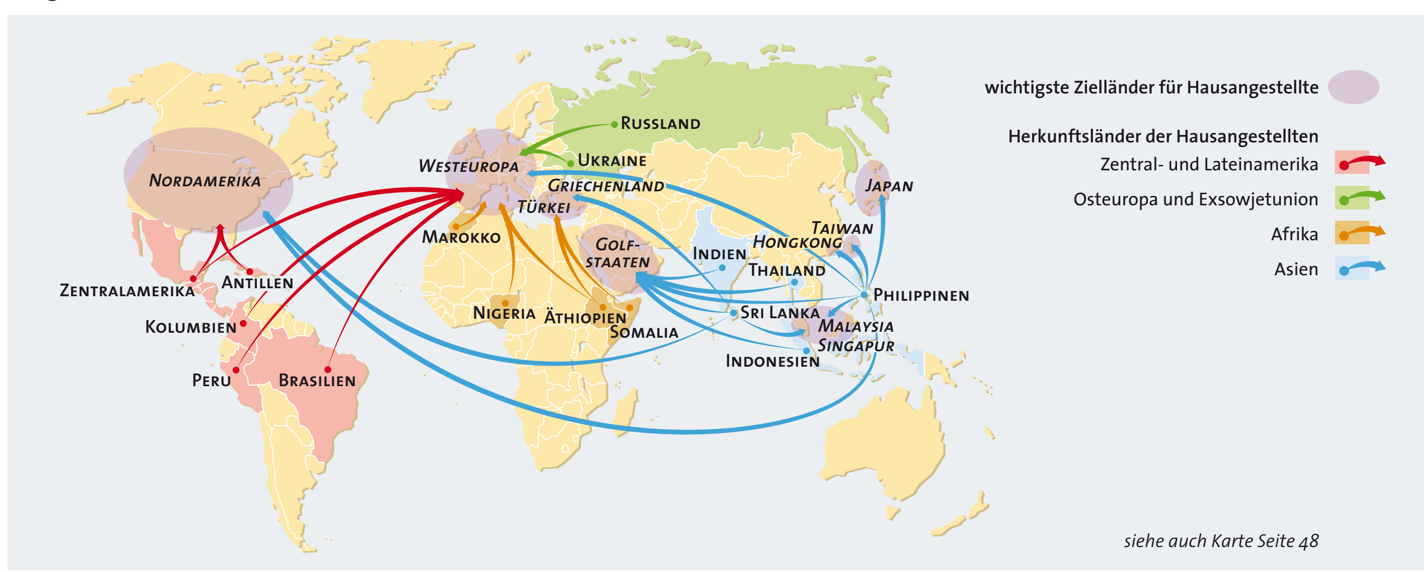
Fortschritte bei der Beschulung und Alphabetisierung von Mädchen und Frauen tragen in der Dritten Welt dazu bei, dass sich die Lücke zu den Männern langsam schließt. In Verbindung mit zunehmender Urbanisierung führt dies dazu, dass die Frauen später heiraten und häufiger Verhütungsmittel verwenden, sodass die Geburtenzahlen sinken. Immer mehr Frauen entscheiden selbst, wie ihr Leben aussehen soll, und lassen ihre Zukunft nicht mehr von der Familie bestimmen.

Dabei ist dieser Fortschritt nicht Folge eines spontanen gesellschaftlichen Wandels, sondern er wurde erkämpft. Auch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen und kann durchaus wieder rückgängig gemacht werden. Zudem stellt sich die Entwicklung in den einzelnen Regionen höchst unterschiedlich dar – in Südasien und im Afrika südlich der Sahara sieht es viel schlechter aus. Unterschiede gibt es auch innerhalb einzelner Länder, zwischen Stadt und Land sowie zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Die abseits der Zentren in Armut lebenden Frauen gehen nach wie vor nicht zur Schule, sind Analphabetinnen und haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln oder medizinischer Versorgung. Drei Fünftel der 115 Millionen Kinder auf der Welt, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. Und zwei Drittel der 876 Millionen Erwachsenen, die weder lesen noch schreiben können, sind Frauen.

Solche Rückschritte, die auf unterschiedliche Weise dem allgemeinen Trend zuwiderlaufen, sind in erster Linie eine Folge der Wirtschaftspolitik. In den Industriestaaten des Westens wie des Ostens führen der Sozialabbau und die Privatisierung von immer mehr öffentlichen Leistungen dazu, dass für Frauen die Last der Arbeit in der Familie– etwa Kinderbetreuung oder Altenpflege – ständig zunimmt. So verschärft die Rentenreform in Frankreich die Verzerrungen, unter denen sie bereits in den Jahren ihrer Erwerbstätigkeit zu leiden hatten: niedrigere Löhne und Gehälter, Abbruch der Berufstätigkeit oder Karriereknick, weil sie sich um die Kinder kümmern. Mehr als 80 Prozent der armen Beschäftigten sind Frauen – eine Folge von mehr Teilzeitbeschäftigung und geringeren Löhnen.

Die zunehmende Armut in Osteuropa lässt immer mehr Frauen zu Opfern von Menschenhandel und Prostitution werden *(siehe Seite 48)*. Kindermädchen und Hausangestellte, die im Ausland arbeiten *(siehe Karte)*, werden oft geschlagen und sexuell missbraucht.

► Billige Kräfte für die Hausarbeit



Im Süden sind es die Strukturanpassungsprogramme, die häufig drastische Auswirkungen auf die Beschulung und die Gesundheit haben. Wenn Schule und medizinische Versorgung Geld kosten, sind zuerst die Mädchen und Frauen zum Verzicht gezwungen. Damit wird den Frauen ein Leben in sicheren Verhältnissen erschwert, zumal sie den größten Anteil der Arbeitskräfte im informellen Sektor stellen. Das gilt vor allem in Ländern, die landwirtschaftliche Erzeugnisse in erster Linie für den Export und nicht für den Eigenverbrauch produzieren.

Die Unterdrückung der Frauen ist strukturell bedingt und hat eine lange Geschichte. Globalisierung und Liberalisierung können daher nicht als die Wurzel allen Übels betrachtet werden. Die Zunahme der wahrgenommenen »Ehrenmorde« und von Zwangsheiraten, geschlechtsspezifische Sondergesetze über den persönlichen Status in Ländern wie Afghanistan, Pakistan, Algerien und in Zentralasien haben andere Ursachen. Überdies bestehen komplexe Beziehungen zwischen der patriarchalen und der kapitalistischen Gesellschaft. Denn auch in Europa und den USA ist eine Rückkehr zu den männerdominierten und religiösen Traditionen und eine erneute Bekräftigung von Sitte und Moral zu beobachten.

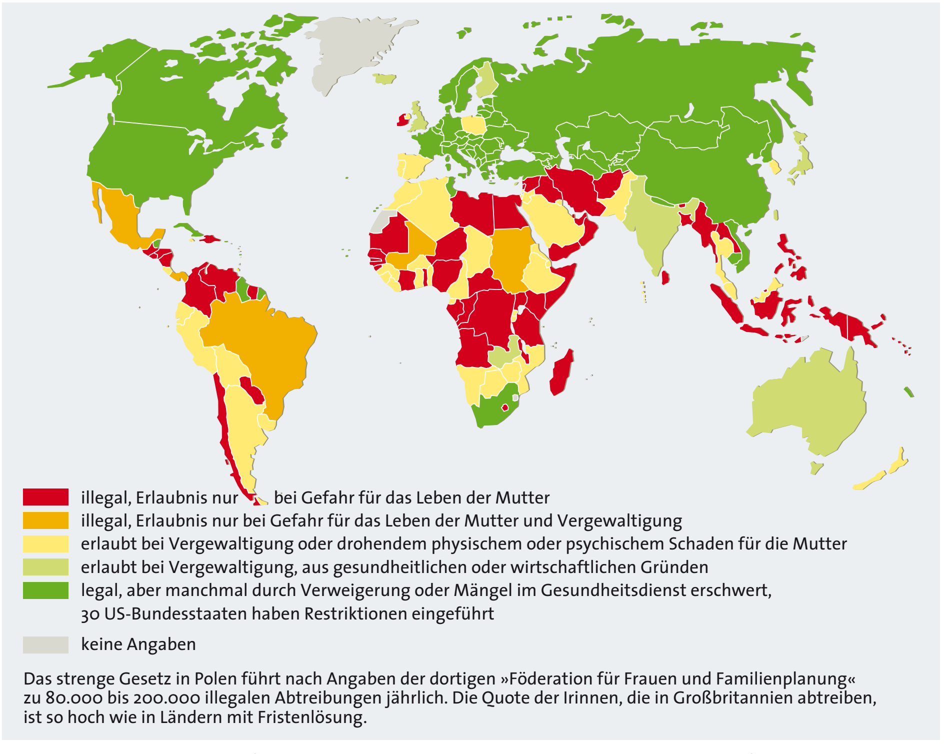
Zugleich entsteht in den Betrieben der multinationalen Konzerne in Asien, Afrika und Lateinamerika ein neuer Typ von Arbeiterinnen. Nicht wenige Frauen arbeiten zuweilen unter Bedingungen, die an das Europa des 19. Jahrhunderts erinnern. Doch der Zugang zu eigener Arbeit und eigenem Einkommen destabilisiert die soziale Ordnung der Kasten und Religionen und mit ihr die Herrschaft des Patriarchats. Die Abschottung in der Familie wird aufgehoben – selbst wenn das transnationale Kapital diese Entwicklung zur gnadenlosen Ausbeutung nutzt.

www

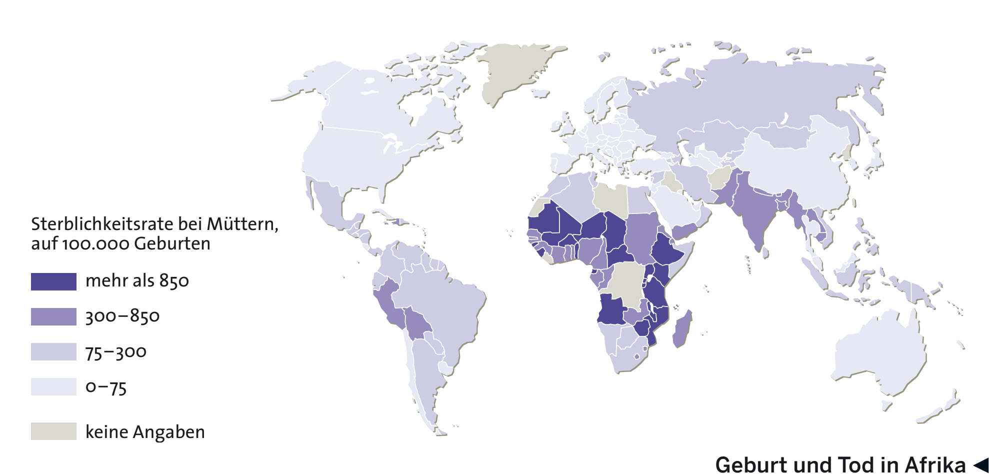
Einführung
- de.wikipedia.org/wiki/Frauenrechte

offiziell
- www.unifem.org/
- www.un.org/womenwatch/
- www.un-instraw.org

NGOs
- www.terre-des-femmes.de
- www.frauenrechte.de
- www.amnestyusa.org/women
- www.hrw.org/women
- www.girlsrights.org
- www.crlp.org

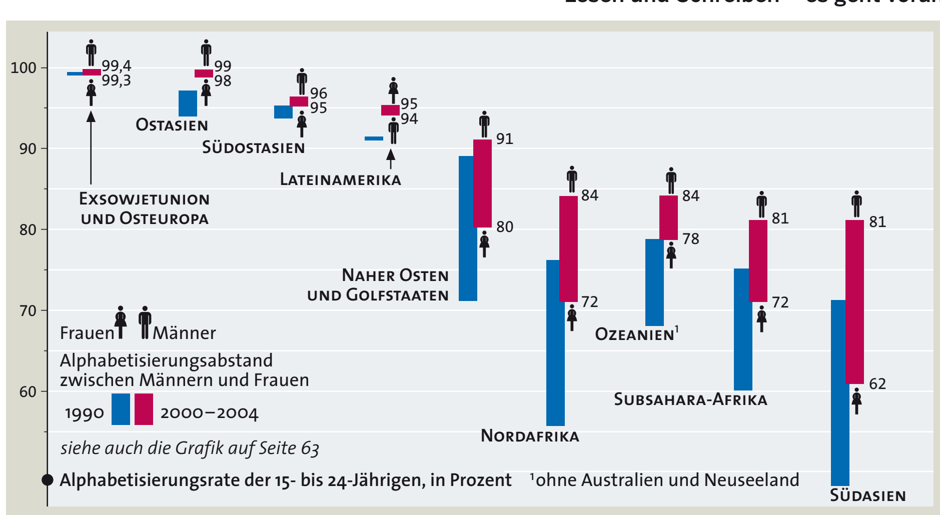


Schwangerschaftsabbruch – ein langer Weg zur Selbstbestimmung ◄



Geburt und Tod in Afrika ◄

Lesen und Schreiben – es geht voran ◄



Das Volk, der Souverän

Die Demokratisierung des politischen Lebens hat im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts deutliche Fortschritte gemacht. Doch ist in Osteuropa und in den Entwicklungsländern die Demokratie noch nicht gefestigt. Gleichzeitig steckt die parlamentarische Demokratie in den westlichen Staaten in einer tiefen Krise.

Seit 1975 haben die Bürgerrechte und politischen Rechte weltweit große Verbreitung erfahren. In zahlreichen Ländern entstanden demokratische Regierungsformen, die es den Bürgern ermöglichen, Volksvertreter zu wählen, die für unterschiedliche Programme und politische Einstellungen stehen. Zugleich lockerte sich die Zensur der Medien und es kam zur Gründung neuer Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft.

Dank geopolitischer Veränderungen und auf Grund des Umschlags der öffentlichen Meinung und der Arbeit politischer und gewerkschaftlicher Organisationen wurden viele alte Diktaturen durch Demokratien abgelöst – zunächst in Europa (Spanien, Portugal und Griechenland) und dann auch in Lateinamerika (Chile, Brasilien, Argentinien usw.) und in einigen autoritär regierten Ländern Asiens (Südkorea, Taiwan, Indonesien). Das südafrikanische Apartheid-Regime kam ebenso zu Fall wie die Sowjetunion und die so genannten Volksdemokratien in Zentral- und Osteuropa. Zwischen 1974 und 2005 vollzogen insgesamt 81 Länder den Übergang von einer autoritären Regierungsforme zum demokratischen Mehrparteiensystem mit freien und geheimen Wahlen.

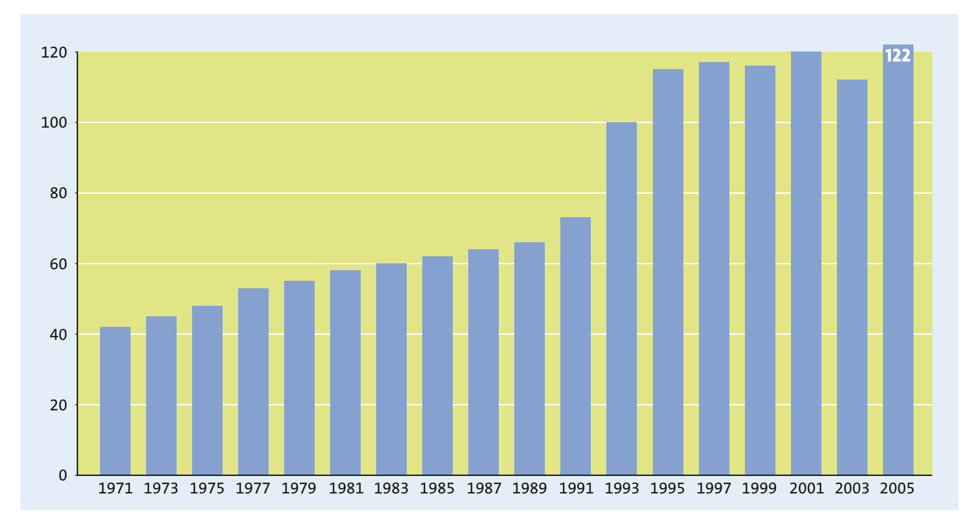
Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass der Übergang zur Demokratie nicht ohne Rückschläge abging. 45 Staaten haben nach wie vor kein demokratisches System, und in einigen Ländern (insbesondere in Subsahara-Afrika) kam es in jüngster Zeit zu einem Rückfall in Gewalt und diktatorische Herrschaftsformen. Das liegt vor allem am Versagen von Eliten, die ihre Länder für die eigenen kurzfristigen Interessen ausnutzen.

Die Demokratisierung wirft aber auch komplexe politische Fragen auf: Was ist eine Nation? Wie sollen Staaten künftig verfasst sein? Problematisch ist auch, dass die Wahlentscheidung der Bürger oft durch Spenden und Medienmanipulationen beeinflusst wird. Auch fragt sich, ob man überhaupt von allgemeinen Bürgerrechten sprechen kann, wenn nicht alle Einwohner ihre elementaren Rechte wahrnehmen können. Selbst in Ländern, die als Demokratien gelten, werden noch immer große Teile der Bevölkerung diskriminiert und dauerhaft ausgegrenzt. Das gilt für die niederen Kasten in Indien oder die indigene Bevölkerung in Lateinamerika, aber auch für die westeuropäischen Länder, in denen noch kein Ausländerwahlrecht durchgesetzt ist.

Dass auch in den Industriestaaten die Demokratie durch Armut, Arbeitslosigkeit und Rassismus beeinträchtigt ist, zeigt unter anderem die zunehmende politische Abstinenz in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa, wo nach wie vor ganze Bevölkerungsgruppen de facto von Machtpositionen ausgeschlossen sind.

Die Schwierigkeit der derzeitigen Lage resultiert nicht zuletzt aus der Haltung der westlichen Staaten, die zwar die Vergabe von Wirtschaftshilfen und Krediten vielfach an die Einhaltung bestimmter allgemein gehaltener Prinzipien knüpfen (politischer Pluralismus und demokratische Wahlen), bei ihren Verbündeten jedoch großzügig über die Nichteinhaltung eben dieser Prinzipien hinwegsehen. Besonders schmerzlich ist eine solche opportunistische Relativierung demokratischer Prinzipien für die oppositionellen Kräfte in autoritär regierten Ländern, deren Eliten trotz Menschenrechtsverlet-

▶ **Anzahl der parlamentarischen Demokratien weltweit**



WWW

Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte
www.ohchr.org
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
www.echr.coe.int
Zentrum für Demokratie
www.cdt.org
Interparlamentarische Union
www.ipu.org
Internationaler Gerichtshof
www.icj-cij.org
Internationale Föderation für Menschenrechte
www.fidh.org
Amnesty International
www.amnesty.org
Human Rights Watch
www.hrw.org

frei | teilweise frei | unfrei (Stand am 30. November 2005)

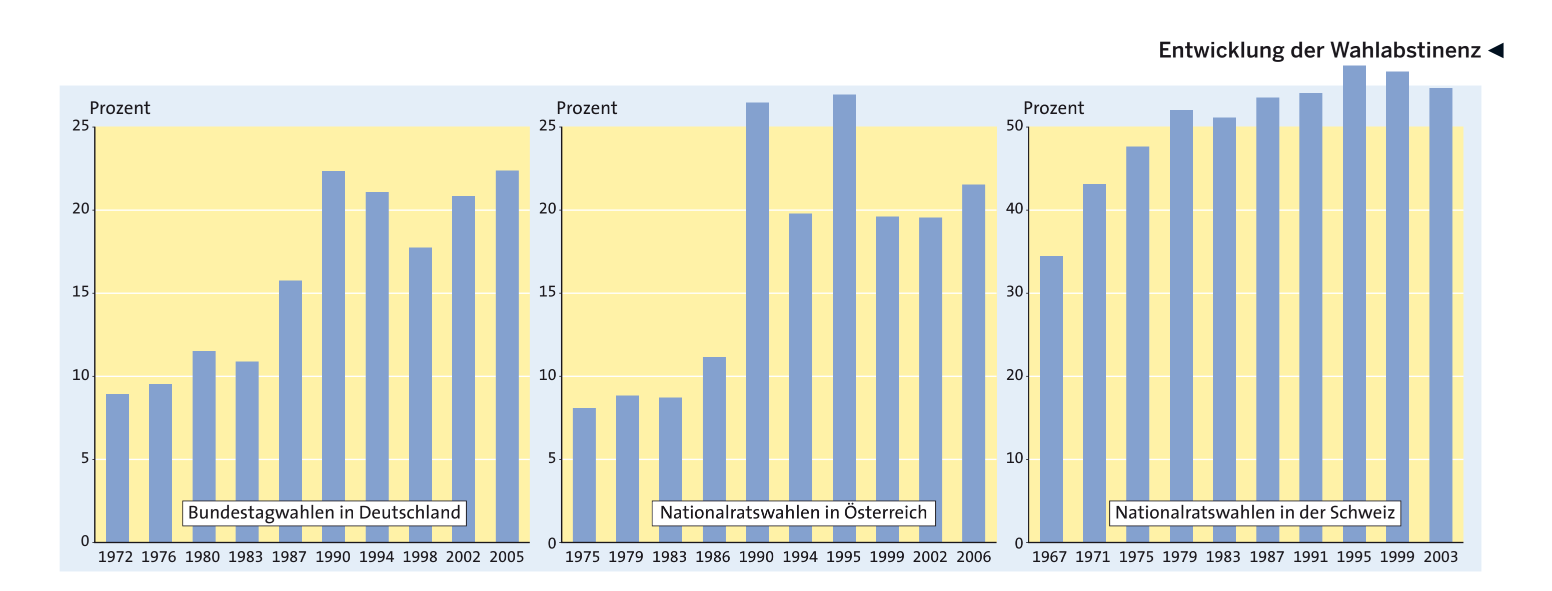
Freedom House ist eine amerikanische Nichtregierungsorganisation (NGO), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, politische Freiheiten, Bürgerrechte und Glaubensfreiheit weltweit zu beobachten. Auf ihrer Internet-Adresse (www.freedomhouse.org) kann man die Ergebnisse ihre Jahresstudien über den Stand der Freiheitsrechte in 192 Ländern und 60 autonomen Gebieten oder Protektoraten abfragen. Jedes Land wird anhand von Indikatoren erfasst (freie Wahlen, Existenz eines Parlamentes, freie Religionsausübung, Meinungs- und Pressefreiheit usw.), bewertet und einer von drei Kategorien zugeordnet: frei (nahezu vollständige Achtung der Freiheitsrechte), teilweise frei (bei gewissen Einschränkungen der Freiheitsrechte, bedingt durch Bürgerkrieg, Korruption oder unzureichende Umsetzung vorhandener Gesetze) und unfrei (Nichtachtung der Grundrechte, gelenktes politisches System).

Allgemeine Freiheitsrechte weltweit ◀

zungen, Repression und Korruption von den großen internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank unterstützt werden.

Eine paradoxe Entwicklung ist auch, dass sich die parlamentarische Demokratie weltweit immer mehr durchsetzt, während zugleich die Souveränität der Völker so wenig zählt wie nie zuvor. Für manche bekennende Demokraten ist die Demokratie nur wünschenswert, wenn sie die sozioökonomischen Interessen der Elite nicht antastet. Das erklärt auch, warum Bewegungen für eine andere politische, ökonomische und soziale Ordnung, die sich mit einer verstümmelten Demokratie nicht abfinden, so häufig bedroht und unterdrückt werden.

Entwicklung der Wahlabstinenz ◀



Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften

In aller Welt müssen sich die Gewerkschaften nicht nur mit den Strategien der internationalen Konzerne auseinander setzen, sondern auch mit der Zunahme der globalen Konkurrenz und mit vermehrten Konflikten innerhalb der Arbeitswelt. Bislang haben sie es noch nicht geschafft, sich als starkes, einheitliches Gegengewicht zu etablieren.

Eine unerfreuliche Konsequenz der Globalisierung auf der Ebene der Arbeitsorganisation wird in den Jahresberichten des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) sichtbar: Jahr für Jahr registrieren sie – ungeachtet der vorhandenen internationalen Konventionen – eine zunehmende Unterdrückung der gewerkschaftlichen Arbeit. Der Bericht für 2001 vermerkt, dass die gewerkschaftlichen Rechte weltweit zurückgedrängt werden. Das galt auch für die Industrieländer und wird durch Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf bestätigt. Allein im Jahr 2004 mussten 145 Gewerkschafter ihr gewerkschaftliches Engagement mit dem Leben bezahlen, das waren 16 mehr als im Vorjahr. Dazu gab es 700 gewaltsame Angriffe gegen Gewerkschafter und rund 500 Morddrohungen zu verzeichnen. Eine steigende Tendenz zeigt sich auch bei unzulässigen Kündigungen, unterdrückten Streiks, Einschränkungen des Streikrechts und staatlichen Eingriffen in Arbeitskämpfe.

Die Globalisierung neoliberalen Typs hat die Situation verschärft. Zusammen mit der Ausweitung des radikalen Konkurrenzprinzips auf internationaler Ebene haben Verbote und repressive Maßnahmen gegen Gewerkschaften zugenommen. Organisationsfreiheit, Streikrecht und Tarifautonomie sind auch deshalb in Gefahr, weil die Entfernung zwischen den Chefetagen und den Produktionsstandorten immer weiter wächst. In Ländern, denen der Internationale Währungsfonds seine Strukturanpassungsprogramme verordnet hat, sind die Regierungen genötigt, soziale Forderungen zurückzuweisen, weil die Schuldentilgung Vorrang hat.

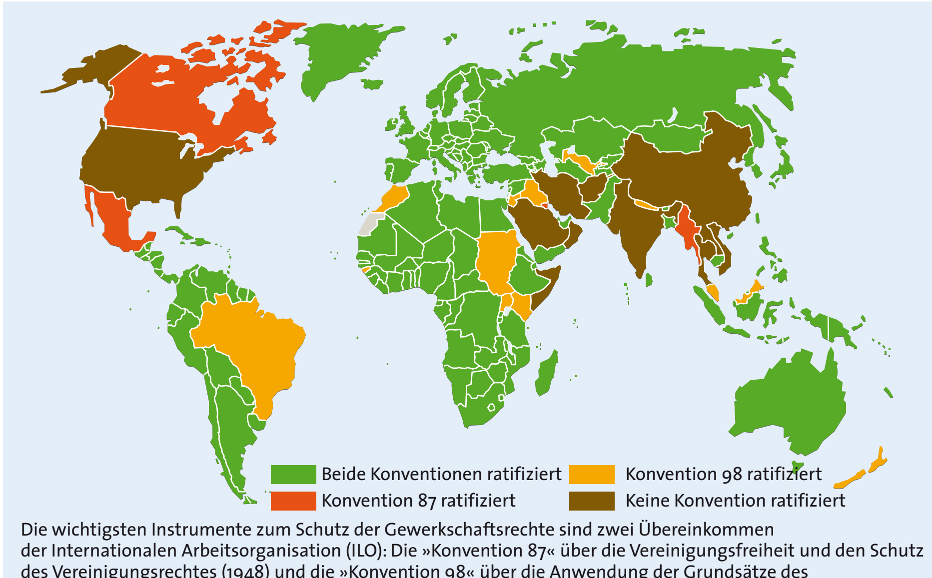
Auch in den ehemals staatsmonopolistischen Ländern Mittel- und Osteuropas müssen die neu gegründeten Gewerkschaften erleben, wie ihre Rechte, die sich in den alten Zeiten allerdings auf die Verteilung der in monopolistischen Großbetrieben üblichen Vorteile beschränkten, schrittweise weiter abgebaut werden.

Besonders gravierend ist die Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer in Ländern mit starker Schattenwirtschaft. Aus der Sicht der multinationalen Unternehmen bieten diese Länder klare Standortvorteile: niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Ausbeutung von Frauen und Kindern. Bauern dürfen sich in vielen Ländern grundsätzlich nicht gewerkschaftlich oder genossenschaftlich organisieren. Das gilt auch für die Beschäftigten in den Sonderwirtschaftszonen, wo alles im Sinne der ausländischen Investoren laufen muss. Eine Behinderung der Geschäfte durch Arbeitnehmerrechte wird nicht geduldet.

Auch die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Arbeitnehmern spielt eine wichtige Rolle. Zum Beispiel betreffen die Nachteile und Belastungen von Leiharbeit, Zeitarbeit, Gelegenheitsarbeit, Teilzeitarbeit wie von befristeten Beschäftigungsverhältnissen vorwiegend Frauen. In den exportorientierten Branchen der legalen Wirtschaft finden sich die Frauen zumeist am unteren Ende der beruflichen Hierarchien, wo die Jobs besonders unsicher sind. Sie arbeiten eher in Bereichen ohne gewerkschaftliche Organisation, Sozialleistungen oder ordentlichen Kündigungsschutz – womit ganze Familien in eine Abwärtsspirale getrieben werden.

Auch Tarifverhandlungen sind unter den neuen Bedingungen immer schwerer zu führen. Da die Multis beweglicher und weniger an Standorte gebunden sind, können sie die nationalen Beschränkungen und vertraglichen Verpflichtungen leicht umgehen: Um die Gewerkschaftsfreiheit, die Tarifhoheit oder das Streikrecht einzuschränken, brauchen sie oft

▶ **Schutz der Gewerkschaftsrechte**



Die wichtigsten Instrumente zum Schutz der Gewerkschaftsrechte sind zwei Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Die »Konvention 87« über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (1948) und die »Konvention 98« über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (1949).

1985 = 100 %

70 bis 126
35 bis 70
0 bis 35
0 bis –25
–25 bis –40
–40 bis –75
keine Angaben

Anteil der Gewerkschaftsmitglieder im DGB, 1990 – 2003

Prozent

34
32
30
28
26
24
22
20

31,2
33,8
22,0

1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2003

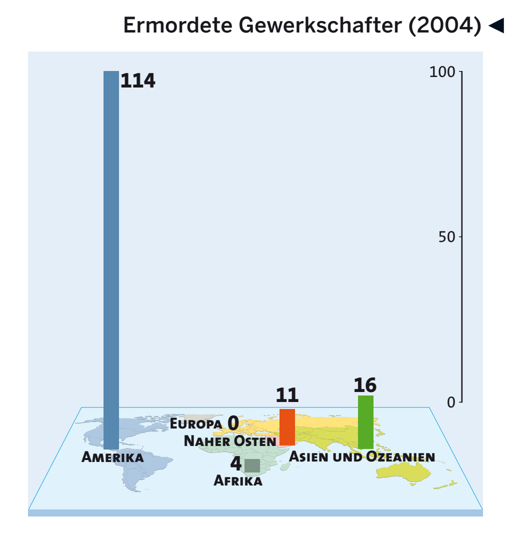
Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades ◀

nur mit Standortverlagerung zu drohen. Auch wenn sich einige Organisationen international vernetzt haben – vor allem in multinationalen Konzernen – sind bisher noch kaum neue rechtliche Grundlagen für ein wirkungsvolles international agierendes Gegengewicht der Beschäftigten entstanden. Gleichwohl versuchen Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände und ILO die multinationalen Unternehmen auf bestimmte Grundsätze zu verpflichten, die sich zum Beispiel auf Kinderarbeit oder fairen Handel beziehen. Verglichen mit den Vorgaben der Welthandelsorganisation wirken die Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) jedoch überwiegend wie ein Katalog frommer Wünsche.

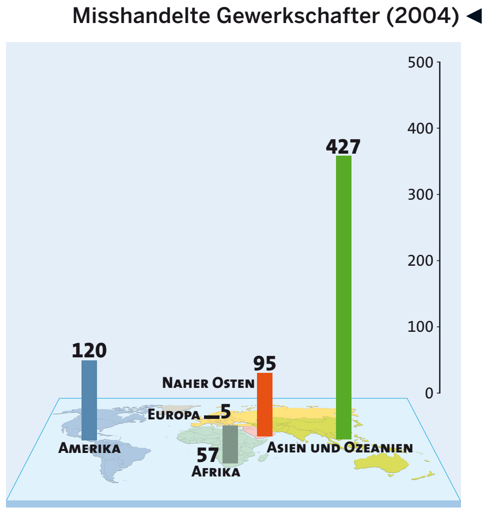
WWW

Amnesty international
www.amnesty.org
Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
www.icftu.org
Human Rights Watch
www.hrw.org
Internationale Arbeitsorganisation
www.ilo.org
Deutsche Gewerkschaftsbund
www.dgb.de

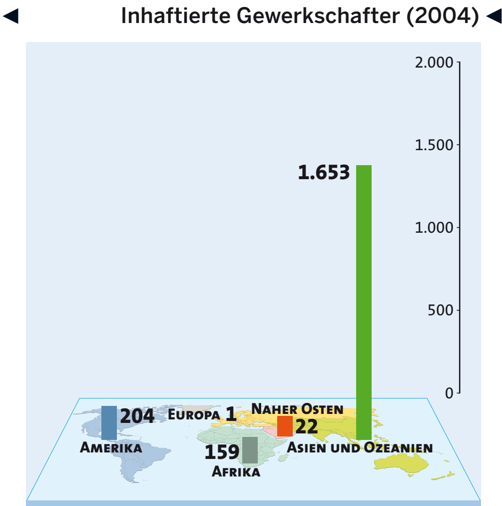
Ermordete Gewerkschafter (2004) ◀



Misshandelte Gewerkschafter (2004) ◀



Inhaftierte Gewerkschafter (2004) ◀



Von Zapatero lernen

von Johan Galtung

Es ist unabdingbar, ungelöste Konflikte gründlich zu analysieren, mitsamt den Widersprüchen, die ihnen zugrunde liegen, und den kulturellen und strukturellen Bedingungen, in die sie eingebettet sind. Noch besser ist es jedoch, sie so zu transformieren, dass die beteiligten Parteien sie gewaltfrei und mit kreativem Einfühlungsvermögen austragen können.

Im Folgenden will ich einige ungelöste Konflikte kurz darstellen und Lösungsperspektiven andeuten, die das Gewaltpotenzial reduzieren können, statt den »Feind« abzuschrecken oder umzubringen. Die ersten sechs Beispiele betreffen strukturelle, globale Bruchlinien, die von grundlegender Bedeutung sind, weil sie alle anderen Konflikte beeinflussen. Es folgen drei Beispiele von dauerhaft ungelösten Regionalkonflikten.

• Ökonomische Bruchlinie – die Klassenfrage im globalen Maßstab: Im Prozess der Globalisierung durchdringt das Kapital die einzelnen Gesellschaften wie die Weltgesellschaft, mit der Folge, dass die soziale Schere national wie global immer weiter auseinander klafft. Dieser Konflikt zwischen Reichen und Armen ist am ehesten zu lösen, wenn sich parallel alternative Wirtschaftsmodelle entwickeln können, einschließlich solcher, die ganz ohne Geld auskommen.

• Militärische Bruchlinie – »Staatsterrorismus« gegen »Terrorismus«: Hier handelt es sich um eine immer umfassendere und schärfere Konfrontation zwischen Terrorstaaten, die mit militärischen Mitteln Zivilisten umbringen, und zivilen Terroristen, die Militärangehörige und Zivilisten umbringen. Solche Konflikte haben in der Regel historische Ursachen und artikulieren sich häufig religiös. Zur Lösung kann eine historische Aufarbeitung und ein umfassender Dialog der Kulturen beitragen, aber auch eine internationale Entspannungsinitiative nach dem Vorbild des Helsinki-Prozesses, der zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beigetragen hat.

• Nationale Bruchlinie – 2.000 Völker, 200 Staaten, aber nur 20 homogene Nationalstaaten. Hier handelt es sich um Konflikte zwischen dominanten Kulturnationen und solchen, die sich auf dem Rückzug befinden oder bedroht fühlen. Die Lösung kann in Modellen von Föderativstaaten oder Staatenkonföderationen gesucht werden bzw. in einer allgemeinen Regionalisierung der staatlichen Willensbildung, am besten noch überwölbt durch ein »weltbürgerliches« Bewusstsein.

• Kulturelle Bruchlinie – Christentum gegen Islam: In beiden Religionen gibt es Fundamentalisten, die sich im Besitz der Wahrheit wähnen. Die Lösungsperspektive liegt in einem Dialog der Religionen, der mit Respekt und Neugier geführt wird. Die gegenseitige Achtung ist dabei durch säkulare Verfassungsgrundsätze und umfassende Menschenrechte sicherzustellen.

• Gender-Bruchlinie – Männer gegen Frauen: Frauen werden weltweit zu Opfern von Gewalt, erstens von unmittelbarer Gewalt durch selektive Abtreibung, Kindermord an Mädchen und Sexualverbrechen; zweitens von struktureller Gewalt in Form von Missachtung und Diskriminierung; drittens von kultureller Gewalt, die aus der patriarchalischen Annahme einer »naturgegebenen« Überlegenheit des Mannes resultiert. Die Lösung dieses Konflikts erfordert umfassende Reformen im Erziehungs- und Bildungswesen, die konsequente Durchsetzung der Gleichberechtigung als fundamentalem Menschenrecht und eine »Feminisierung« der Gesellschaft.

• Imperiale Bruchlinie – US-Imperium gegen den Großteil der übrigen Welt. Die Konfliktlinie verläuft zwischen dem globalen Hegemon und der übrigen Welt. Eine Lösung erfordert massiven Widerstand außerhalb wie innerhalb der USA (Arme, nichtweiße Immigranten, Frauen) und einen Lernprozess, in dem die politische Klasse der USA entdeckt, dass ökonomische Fairness, militärische Zurückhaltung, Anerkennung des Völkerrechts und kultureller Dialog letzten Endes auch für sie selbst von Vorteil sind.

Als Beispiele für regionale Konflikte seien hier die aktuell schwierigsten und bedrohlichsten genannt, die in ihrer Gesamtheit das Nahostproblem ausmachen:

• Israel-Palästina – Der Konflikt entspringt aus dem historischen Faktum einer Art von Besiedlungskolonialismus, der sich auf eine gewisse historische Legitimität berufen kann (im Gegensatz zu historischen Siedlungskolonien wie USA und Australien). Eine Lösung wäre langfristig die Bildung einer Nahost-Gemeinschaft (analog zur heutigen EU) aus sechs Staaten, die Israel und die angrenzenden Staaten umfasst, einschließlich eines voll unabhängigen und anerkannten Palästina. Innerhalb dieser Gemeinschaft müsste uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für Personen, Güter und Dienstleistungen, nicht aber für Ansiedlung und für Investitionen gelten.

• USA/Großbritannien-Irak – Der Konflikt ist das Resultat eines autokratischen Herrschaftssystems, internationaler Sanktionen und eines völkerrechtswidrigen Angriffs. Die Elemente einer Lösung wären: Rückzug der Aggressoren, Bildung einer irakischen Konföderation, offene Grenzen zu anderen von Kurden und Schiiten bzw. Arabern bewohnten Regionen, eine offizielle Entschuldigung der USA und Großbritanniens und Entschädigungszahlungen, schließlich eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren Osten (KSZME), analog zur KSZE in Europa.

• USA/EU-Iran – Hinter der Diskussion über das Atomprogramm des Iran verbergen sich andere und allgemeinere Konflikte und Probleme: der Kampf um den Einfluss im gesamten Nahen und Mittleren Osten, die Pläne zu einem »Regimewechsel« sowie die Konkurrenz zwischen Euro und



Kapitel 4

Die ungelösten Konflikte

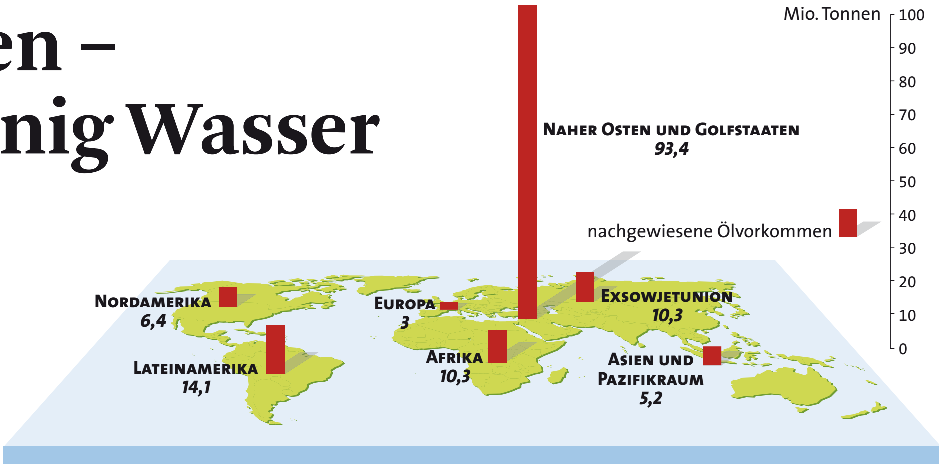
Dollar. Auch der historische Hintergrund des Putsches von 1953, mit dem die CIA und das britische MI6 die Regierung Mossadegh beseitigt und die 25-jährige Diktatur des Schahs ermöglicht haben, spielt im kollektiven Gedächtnis eine wichtige Rolle. Schritte in Richtung einer Lösung wären deshalb die historische Aufarbeitung des Putsches von 1953 und eine Entschuldigung der Verantwortlichen, vor allem aber Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren Osten.

Am Beispiel Spaniens lässt sich zeigen, wie sich der Westen sinnvoll in Bezug auf den vielschichtigen Konflikt verhalten kann, der gemeinhin als »Terrorismus« bezeichnet wird. Ministerpräsident Jose Luis Zapatero hat auf die brutalen Attentate vom 11. März 2004 in Madrid ganz anders reagiert als etwa George W. Bush nach dem 11. September 2001 oder Tony Blair nach dem 7. Juli 2005. Er hat erstens nahezu 400.000 illegalen marokkanischen Immigranten, die eine Beschäftigung nachweisen konnten, einen legalen Status gegeben. Er hat zweitens, wie angekündigt, inzwischen die spanischen Truppen aus dem Irak abgezogen. Er hat drittens einen Dialog mit dem König von Marokko begonnen, bei dem zweifellos auch die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zur Debatte stehen. Und er hat viertens die Initiative zu einer »Allianz der Kulturen« ergriffen, in deren Rahmen unter Schirmherrschaft der UN u. a. eine Diskussion mit dem türkischen Regierungschef in Madrid stattgefunden hat.

Zapatero hätte sicher noch mehr tun können, wie etwa seine Vermittlerdienste für den Irak und für den Konflikt um Palästina/Israel anbieten oder den spanischen Kolonialismus auf marokkanischem Boden thematisieren. Doch anders als Bush und Blair mit ihrer Fixierung auf den »Krieg gegen den Terrorismus« hat er erreicht, dass Angriffe auf das spanische Territorium sehr viel unwahrscheinlicher geworden sind, während das Vorgehen der USA und Großbritanniens nur noch mehr Traumata und ungelöste Konflikte hervorbringen wird. Zapatero ist das leuchtende Vorbild, an dem sich möglichst viele orientieren sollten.

▶ **Johan Galtung,** norwegischer Politikwissenschaftler und Konfliktforscher, wirkte in über 40 Konflikten weltweit als Vermittler, Gründer des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Oslo, Leiter der NGO Transcend, die Konfliktdiagnose und -prognose mit konkreten Lösungsvorschlägen verbindet.

Der Nahe Osten – viel Öl und wenig Wasser



Die Tankstelle der Welt ◀

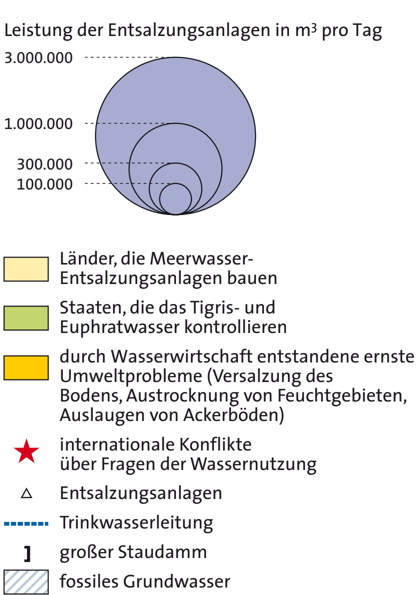
Trotz aller politischen und militärischen Turbulenzen bleibt der Nahe Osten mit seinem enormen Ölreichtum eine Schlüsselregion für die Weltenergieversorgung. Das große Problem, auf das die Region unweigerlich zusteuert, ist jedoch die Wasserfrage. Wenn die vorhandenen Ressourcen nicht mehr ausreichen, um die Bedürfnisse der Menschen zu decken, drohen erbitterte Verteilungskonflikte.

Auf der Welt-Energiekarte ist der Nahe Osten nach wie vor eine ganz entscheidende Region. Denn seine Öl- und Erdgasvorkommen sind immens und vor allem leicht zu erschließen – jedenfalls bis vor kurzem. Aufgrund der aktuellen Fördermengen und der riesigen Reserven sind die Monarchien der Golfregion, der Irak und der Iran heute die wichtigsten Akteure auf dem Rohölmarkt. Saudi-Arabien allein wird ein Viertel der gesicherten Vorkommen dieser Erde (263 Milliarden Barrel) zugeschrieben, an zweiter Stelle liegt der Irak (113 Milliarden), es folgen die Vereinigten Arabischen Emirate (98 Milliarden), Kuwait (97 Milliarden) und der Iran (93 Milliarden). Insgesamt lagern fast zwei Drittel der bekannten Ölreserven im Boden dieser fünf Länder.

Für die nähere Zukunft gibt es in der Rechnung allerdings eine unbekannte Größe. Kein Mensch weiß, ob der Irak wieder seine alte Rolle für die globale Ölversorgung spielen wird. Seit dem Sturz des Saddam-Regimes im April 2003 ist die Förderung sehr unregelmäßig und erreicht im Durchschnitt lediglich 1,8 Millionen Barrel pro Tag. Diese Fördermenge liegt weit unter den von der neuen irakischen Regierung angestrebten 4 bis sogar

► Großer Durst in einer trockenen Region

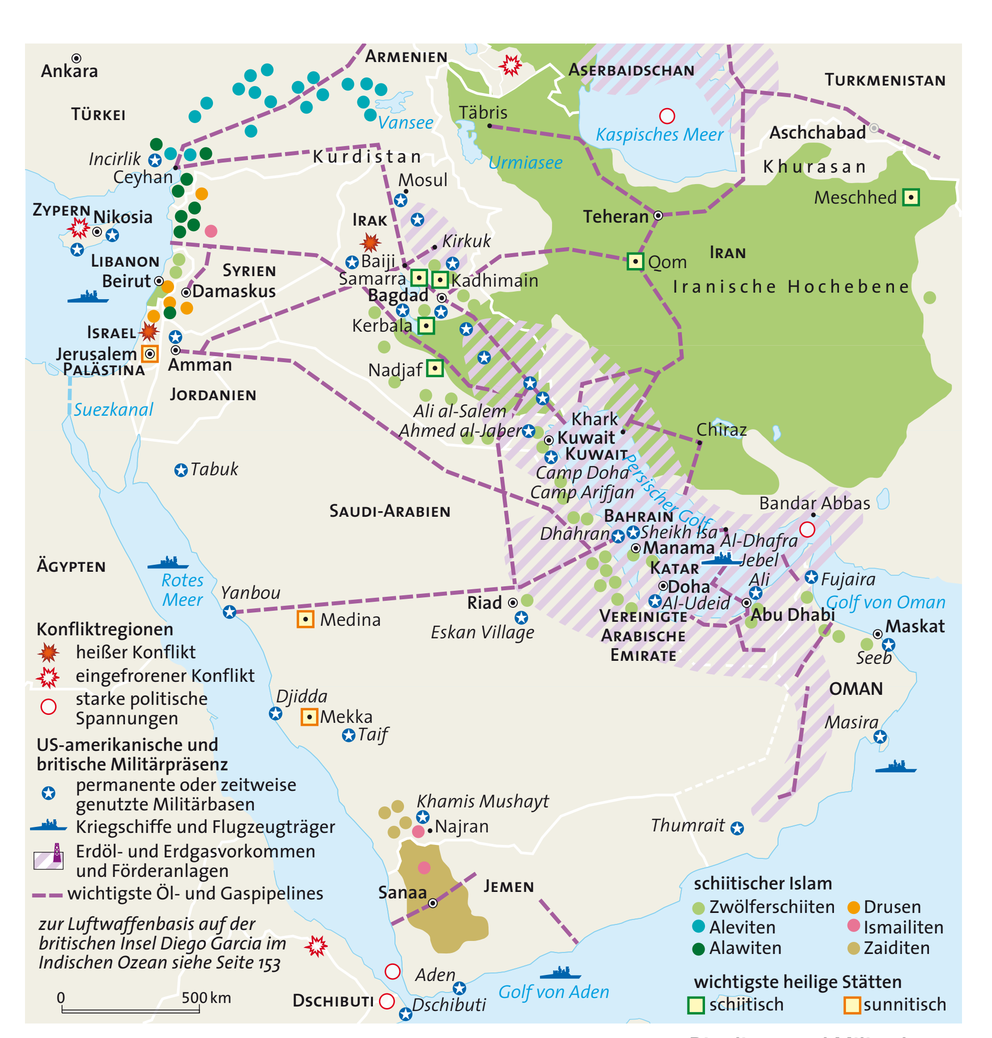




6 Millionen Barrel pro Tag. Die Aufständischen verüben immer wieder Anschläge und Sabotageakte gegen die Pipelines. Angesichts derart chaotischer Zustände zeigen die internationalen Ölkonzerne keine große Bereitschaft, ihr Geld im Irak zu investieren.

Im Bereich der Erdgasförderung sind im Nahen Osten zahlreiche neue Projekte geplant oder im Bau. Die Anrainerstaaten des Persischen bzw. Arabischen Golfs verfügen über 40 Prozent der nachgewiesenen Welterdgasreserven und haben die Produktion in den letzten Jahren zügig hochgefahren. Das gilt insbesondere für Katar, das inzwischen der drittgrößte Erdgaslieferant nach Russland und dem Iran ist.

Der entscheidende Entwicklungsfaktor für alle diese Länder bleibt jedoch das Wasser. Obwohl mehrere Flüsse den Nahen Osten durchfließen, ist die Region semiarid bzw. arid, also eine mehr oder minder wüstenhafte Zone. Während die Wasservorräte dauerhaft begrenzt sind, steigt der Verbrauch seit zwanzig Jahren sehr stark an. Das liegt einerseits an der Verstädterung – 1970 hatte die Region zwei Millionenstädte, 2002 waren es bereits fünfzehn –, andererseits an der Zunahme der bewässerten Flächen, die mehr als drei Viertel des Wasserverbrauchs beanspruchen.



Pipelines und Militärbasen ◄

In mehreren Ländern der Region herrscht bereits Wassermangel, wenn man einen Wasserverbrauch von 1.000 Kubikmetern pro Kopf und Jahr als Minimum ansetzt. In einigen Ländern stehen nicht einmal 500 Kubikmeter pro Kopf und Jahr zur Verfügung. Die Golfstaaten konnten jedoch mithilfe ihrer Petrodollar-Einnahmen auf das teure Verfahren der Meerwasserentsalzung zurückgreifen. Damit gewinnen sie große Mengen an Trinkwasser, die zum Beispiel in Kuwait den Bedarf fast zu 100 Prozent decken.

In anderen Ländern nehmen die Spannungen im Hinblick auf das kostbare Nass deutlich zu. Das gilt etwa für Israel, Palästina und Jordanien, die um das Jordanwasser und dieselben unterirdischen Wasservorkommen konkurrieren. Jordanien und Israel haben zusammen ein Wasserdefizit von fast 300 Millionen Kubikmetern pro Jahr. Im Gaza-Streifen liegt das Defizit bei 80 Millionen Kubikmetern, was unter anderem auf die Überbevölkerung und bis August 2005 auch auf den Grundwasserverbrauch der jüdischen Siedler zurückzuführen ist. Vor ihrem Abzug aus dem Gaza-Streifen zapften die Israelis im Grenzgebiet mit einer Reihe von Bohrungen die unterirdischen Wasseradern an, die vom Westjordanland her kommen und das Grundwasser des Küstenstreifens auffüllen.

Um ihren Bedarf zu decken, verfolgen einige Länder ehrgeizige Pläne zur Nutzung ihrer Wasserressourcen. Ägypten hat westlich des Nils das Projekt namens »Neues Tal« in Angriff genommen, mit dem die Anbaufläche von gegenwärtig 6 Prozent der Gesamtfläche des Landes auf 25 Prozent erhöht werden soll. In Jordanien setzt die Regierung auf zwei strategische Infrastrukturprojekte, um den Wassermangel zu überwinden. Das eine ist der Wehda-Staudamm (»Staudamm der Einheit«) am Grenzfluss Yarmuk, der in Kooperation mit Syrien gebaut wird und fast fertig ist. Wichtiger noch ist die Erschließung des unterirdischen Disi-Wasserreservoirs an der Grenze zu Saudi-Arabien.

Das ehrgeizigste Vorhaben im gesamten Vorderen Orient ist jedoch das Südostanatolien-Projekt (Güneydogu Anadolu Projesi, Great Anatolian Project, GAP) im Südosten der Türkei. Mit seinen insgesamt 22 Staudämmen soll es für die Bewässerung von 1,7 Millionen Hektar Ackerfläche sorgen und außerdem Elektrizität liefern. Die Mitte der 1980er-Jahre begonnenen Bauprojekte sollen in knapp 30 Jahren abgeschlossen sein und mindestens 30 Milliarden Dollar kosten. Die Infrastruktur für das Gesamtprojekt ist bereits zu mehr als der Hälfte fertig gestellt und hat wegen der Wasserregulierungen bereits zu heftigen Spannungen mit Syrien geführt.

WWW

Institute on Global Conflict und Cooperation der University of California
- www.-igcc.ucsd.edu/regions/middle_east/middle_east.php

Friends of the Earth Middle East
- www.foeme.org

The Palestininan Environmental NGOs Network
- www.pengon.org

Middle East Water Information Network (University of Pennsylvania)
- www.water1.geol.upenn.edu/index.html

Palästina – ein schrumpfendes Land

In den letzten 60 Jahren hat es die internationale Gemeinschaft nicht geschafft, den Palästinensern zu ihrem Recht auf einen eigenen Staat zu verhelfen. Die einseitige Grenzziehung, die die israelische Regierung plant, bedeutet, dass – gemessen am UN-Teilungsplan von 1947 – ein Zwergstaat mit hoffnungslos zersplittertem Territorium entsteht.

Am 29. November 1947 stimmte die UNO-Vollversammlung in New York über den Teilungsplan für das ehemals britische Mandatsgebiet Palästina ab. Beschlossen wurde damals die Bildung eines jüdischen Staates (56 Prozent des Mandatsgebiets) und eines arabischen Staates (44 Prozent). Das Territorium von Jerusalem war nicht mitgerechnet, da es unter internationale Aufsicht fallen sollte. Doch nachdem die Waffen gesprochen hatten, sahen die Dinge anders aus: Der Staat Israel war um ein Drittel größer als vorgesehen, während das übrige Gebiet zwischen Ägypten (Gaza-Streifen) und Jordanien (Westjordanland) aufgeteilt wurde. Etwa 800.000 Palästinenser, von denen viele mit Waffengewalt vertrieben wurden, mussten ihre Häuser und Felder zurücklassen.

Zwanzig Jahre und zwei Kriege später eroberte Israel im Juni 1967 das Westjordanland und den Gaza-Streifen. Die Besetzung wurde ergänzt durch eine Besiedlungspolitik, die stärker wurde, als in Israel die Rechte an die Macht kam. Während es 1977 erst 5.000 Siedler gab, waren es 1992, dem Jahr des Wahlsiegs von Jitzhak Rabin und seiner Arbeitspartei, bereits 120.000 (ohne Ostjerusalem); bis 2002 verdoppelte sich diese Zahl nochmals auf 240.000.

In der Zwischenzeit hatte allerdings die Ende 1987 begonnene erste Aufstandsbewegung, die Intifada, gezeigt, dass der Status quo nicht haltbar war. Nachdem Jordanien seine Ansprüche auf das Westjordanland aufgegeben hatte, beschloss die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Dezember 1988, ihren eigenen Staat auszurufen und den Staat Israel anzuerkennen. Der Weg war frei für Verhandlungen, die nach dem Golfkrieg zu den 1993 unterschriebenen Oslo-Abkommen führten.

Damit schien eine Lösung in Reichweite. PLO-Chef Jassir Arafat wurde nach seiner Rückkehr aus Oslo zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt. Doch der Mordanschlag auf Rabin am 4. November 1995 bedeutete für die palästinensische Autonomie den Todesstoß. Die Nachfolger Rabins, die Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu (1996–1999) und Ehud Barak (1999–2000), weigerten sich, sämtliche besetzten Territorien zurückzugeben.

Die Lage verschärfte sich mit dem Scheitern des Gipfels von Camp David im Juli 2000. Israel bestand darauf, auch über die 22 Prozent des palästinensischen Territoriums neu zu verhandeln, mit denen sich die PLO zufrieden gegeben hatte. Es wollte nur 90 Prozent des Westjordanlandes zurückgeben und weigerte sich zudem, die Souveränität über Jerusalem zu teilen und ein Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge anzuerkennen. Mit seinem provozierenden Auftritt auf dem Gelände der Al-Aksa-Moschee legte dann Ariel Scharon im Juli 2000 die Lunte an das Pulverfass – die zweite Intifada begann.

Der ehemalige General, der Anfang 2001 zum Premierminister gewählt wurde, ging davon aus, dass der »Krieg von 1948 noch nicht zu Ende« sei. Im Frühjahr 2001 nahm er die eklatante Zunahme von Selbstmordattentaten zum Anlass, das Westjordanland militärisch zurückzuerobern. Doch was dann folgte – der Hausarrest für Arafat, die Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur und der Bau der Sperranlagen im Westjordanland – schockierte die Welt. 2004 verfügte der Internationale Gerichtshof in Den Haag den Abriss der für illegal erklärten Mauer. Auch die UN-Vollversammlung machte sich dieses Urteil zu Eigen. Und das so genannte Nahostquartett (UNO, USA, EU und Russland) forderte die israelische Regierung auf, die in seiner »Roadmap« formulierten Bedingungen zu erfüllen.

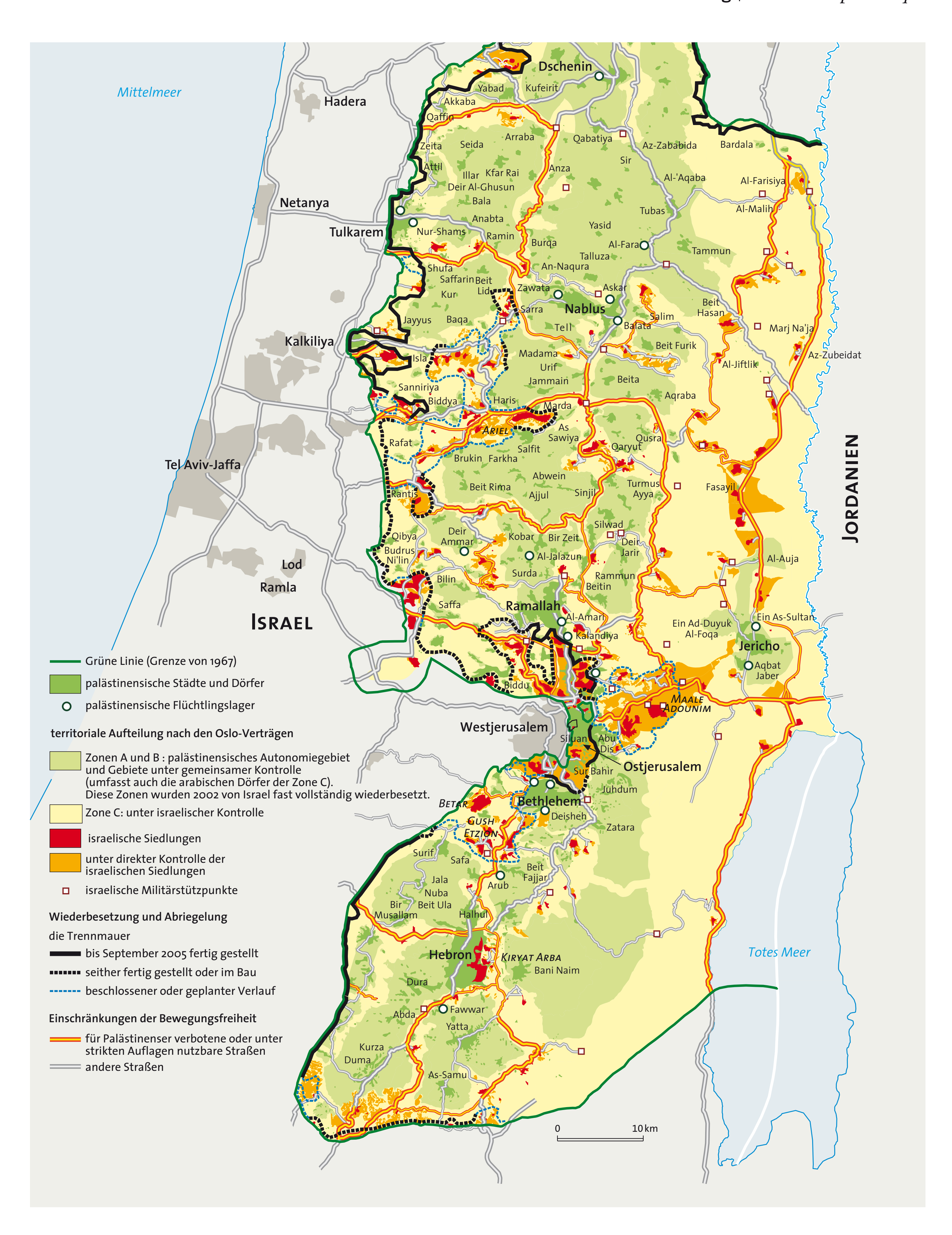
In dieser Situation kündigte Scharon seine »Friedensgeste« an. Die Logik der Räumung des Gaza-Streifens hat Scharons Berater Dov Weisglass so dargestellt: »Der Plan eines Abzugs zielt auf das Einfrieren des Friedensprozesses. Wenn Sie den Friedensprozess einfrieren, verhindern Sie die Schaffung eines Palästinenserstaates und die Diskussion über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem.« Israel gebe das eine Territorium nur auf, um das andere Territorium noch fester in den Griff zu bekommen. Diese Politik der vollendeten Tatsachen macht das künftige palästinensische Gebilde zu einem Schrumpfland aus vier Enklaven, die sich lediglich über die Hälfte des Westjordanlandes und den Gaza-Streifen erstrecken. Der Rest wird von Israel annektiert.

Die »internationale Gemeinschaft« hat offenbar, als sei sie durch den spektakulär inszenierten Abzug der Siedler aus dem Gaza-Streifen hypnotisiert, alle völkerrechtlichen Grundsätze vergessen. Das Nahostquartett hat aufgehört, die Einhaltung der »Roadmap« anzumahnen. Washington gibt für die Annexion von kompakten Siedlungsblocks grünes Licht, während die Europäische Union sogar so weit geht, ihren eigenen Bericht über die Annexion von Ostjerusalem zu unterschlagen.

Von den 44 Prozent des historischen Palästina, die man der arabischen Bevölkerung 1947 versprochen hat, werden ihnen 2007 womöglich nur einige »Bantustans« bleiben: von israelischen Siedlungen und Militärbasen umschlossene Miniterritorien, die nicht einmal 10 Prozent des einstigen britischen Mandatsgebiets ausmachen. Und das Ganze ohne die Hauptstadt Ostjerusalem und ohne eine Lösung des Flüchtlingsproblems.

WWW

Englische Ausgabe der israelischen Tageszeitung »Haaretz«
• www.haaretz.com
Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten
• www.btselem.org/English
Jaffee Center for Strategic Studies (mit Links)
• www.tau.ac.il/jcss
Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (mit Links)
• www.passia.org
Palestinian NGO Network
• www.pngo.net/pngo.htm
Palestinian Centre for Human Rights
• www.pchrgaza.org



Mittelmeer
Hadera
Netanya
Tulkarem
Kalkiliya
Tel Aviv-Jaffa
Lod
Ramla
Israel
Dschenin
Nablus
Ramallah
Westjerusalem
Ostjerusalem
Bethlehem
Hebron
Jericho
Jordanien
Totes Meer
Ariel
Maale Adounim
Betar
Gush Etzion
Kiryat Arba
0
10 km
Grüne Linie (Grenze von 1967)
palästinensische Städte und Dörfer
palästinensische Flüchtlingslager
territoriale Aufteilung nach den Oslo-Verträgen
Zonen A und B : palästinensisches Autonomiegebiet und Gebiete unter gemeinsamer Kontrolle (umfasst auch die arabischen Dörfer der Zone C). Diese Zonen wurden 2002 von Israel fast vollständig wiederbesetzt.
Zone C: unter israelischer Kontrolle
israelische Siedlungen
unter direkter Kontrolle der israelischen Siedlungen
israelische Militärstützpunkte
Wiederbesetzung und Abriegelung
die Trennmauer
bis September 2005 fertig gestellt
seither fertig gestellt oder im Bau
beschlossener oder geplanter Verlauf
Einschränkungen der Bewegungsfreiheit
für Palästinenser verbotene oder unter strikten Auflagen nutzbare Straßen
andere Straßen

Irak: von der Diktatur zur Besatzung

Der Golfkrieg von 1991 war der erste große internationale Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges, der mit militärischen Mitteln gelöst wurde. Obwohl »Desert Storm« unter dem Mandat der Vereinten Nationen stand, war damit ein Präzedenzfall geschaffen, der die Bush-Administration zu ihrer Doktrin eines Präventivschlags gegen so genannte Schurkenstaaten ermutigte.

Der Krieg gegen den Irak war schon im Sommer 1990 absehbar, als Präsident Saddam Hussein seine Invasion in Kuwait startete. Als Antwort verhängten die UN ein Embargo gegen den Irak und forderten Bagdad auf, die Souveränität des Emirats wiederherzustellen. Die USA entsandten Truppen nach Saudi-Arabien und bauten eine multinationale Streitmacht auf, die am 17. Januar 1991 die Kriegshandlungen eröffnete.

Mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags am 3. März endete dieser Irakfeldzug, der auf Seiten der Koalition 466 und auf irakischer Seite zwischen 50.000 und 150.000 (militärische und zivile) Menschenleben gekostet hat. Die UNO legte den Verlauf der irakisch-kuwaitischen Grenze neu fest, untersagte dem Irak den Besitz und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und setzte eine Kontrollkommission ein, die das Entsorgen dieser Waffen überwachen sollte. Um Repressalien gegen den aufständischen Norden des Landes zu verhindern, richteten die USA eine Flugverbotszone ein, die dem irakischen Kurdistan zu einer faktischen Autonomie verhalf *(siehe Seite 124).* Ende August 1992 wurde eine ähnliche Verbotszone für den schiitischen Süden beschlossen, die aber keine vergleichbaren Folgen hatte. Diese territoriale Aufspaltung des Irak auf der Basis der Religionszugehörigkeit hat die Entwicklungen nach dem Sturz Saddams maßgeblich vorgeprägt.

Als Antwort auf die Verweigerungspolitik Saddam Husseins ordneten die USA immer wieder neue Luftschläge gegen irakische Stellungen an. Dennoch erfolgten ab 1995 die ersten Abrüstungsschritte, zunächst im nuklearen und dann im biologischen Bereich. Im Mai 1996 wurde von den UN die Resolution »Öl für Lebensmittel« verabschiedet, die dem Irak den Verkauf von Öl erlaubte, um mit den Exporterlösen Lebensmittel und Medikamente zu kaufen. Als sich Bagdad im August 1998 gegen einige Inspektionen sperrte, begannen die USA und Großbritannien ihre Operation »Wüstenfuchs«, die das irakische Militärpotenzial zerstören sollte. Obwohl die Luftschläge jetzt zur Routine wurden, schreckte Washington vor einem Regimewechsel zurück, da die einzige Alternative eine Herrschaft der Schiiten gewesen wäre. Die Entscheidung für einen Regimewechsel erfolgte dann aber mit dem Krieg vom Frühjahr 2003.

Der erste Golfkrieg hatte den USA erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges die Gelegenheit geboten, ihre neue Doktrin von den »Schurkenstaaten« *(rogue states)* zu testen. Doch die UNO behielt bei der internationalen Koordination zunächst die Schlüsselrolle. Die UN-Sanktionen konnten den Aufbau eines irakischen Atomwaffenpotenzials verhindern, erwiesen sich aber als untaugliches Instrument, um das Regime zu Fall zu bringen. Während die Sanktionen den irakischen Staat schwächten und die Zivilbevölkerung bestraften, tüftelten die neokonservativen Kreise in den USA bereits an ihrer Theorie einer Demokratisierungsoffensive mittels »Präventivkriegen«. Zehn Jahre später sollte sie sich im Plan eines neu geordneten »Greater Middle East« niederschlagen.

Der Golfkrieg von 1991 machte die USA zur dominierenden Macht in einer internationalen Landschaft, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer in tief greifendem Umbruch befand. Ägypten, Syrien, einige Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats und Marokko schlossen sich dem Militärbündnis an. Die Palästinenser wiederum verspielten jeden Kredit in der öffentlichen Meinung in den USA und in den Golfstaaten, weil sie sich auf die Seite Bagdads schlugen, das eine »umfassende Lösung« für »alle gegenwärtigen und künftigen Besatzungsprobleme in der Region« verkündet hatte.

Diese Verquickung mit dem ungelösten Palästinenserproblem wurde noch weiter verstärkt durch das Blutbad, das 1990 auf dem Platz vor der Al-Aksa-Moschee von der israelischen Polizei angerichtet wurde und 21 Menschenleben kostete. Das Vorgehen der Israelis wurde von den UN nur halbherzig verurteilt. In den arabischen Ländern sah man dies als eindeutigen Beleg dafür, dass im Westen mit zweierlei Maß gemessen wurde, womit das tief sitzende Gefühl, dass der eigenen Seite Unrecht geschieht, erneut bestätigt wurde.

Der Golfkrieg hat auch der Theorie vom »clash of civilisations« neue Nahrung gegeben, die 1993 von dem US-amerikanischen Politologen Samuel Huntington wiederbelebt wurde. Auch Saddam Hussein begann, auf der Klaviatur der arabischen Ressentiments zu spielen, die durch das den Palästinenser zugefügte Unrecht verstärkt wurden. Dabei bediente er sich einer islamischen Rhetorik, die eine panarabische Identität wiederbeleben sollte. Auch die »afghanischen« Dschihadisten, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR abgerüstet hatten, erhielten durch den Golfkrieg wieder einen Feind: die gottlosen USA, deren Truppen in ihren Augen den heiligen Boden der arabischen Halbinsel entweihten. Das führte am Ende dazu, dass sie das gesamte christliche Abendland ins Visier nahmen.

Die inhaltsleere Kriegsberichterstattung der arabischen Medien gab Anlass zu massiver grundsätzlicher Kritik. Durch neue Kommunikationsmittel wie das Satellitenfernsehen hat dieser Krieg auch eine Modernisierung der arabischen Medienlandschaft angestoßen. Das bekannteste Beispiel ist der in Katar beheimatete Sender al-Dschasira, der dazu beiträgt, die arabische Welt mit eigenen aktuellen Bildern zu überfluten.

WWW

Historische Dokumentation »The Saddam Hussein Sourcebook«
- www.gwu.edu/~nsarchiv/special/iraq

Reiche Materialsammlung: Iraq Research and Documentation Project (IRDP)
- www.iraqfoundation-org/projects/irdp/irdpindex.html
- www.zmag.org/CrisesCurEvts/Iraq/IraqCrisis.cfm

Material der International Crisis Group
- www.crisisgroup.org

Grenzen des Osmanischen Reichs 1914

territoriale Regelungen nach dem Sykes-Picot-Abkommen (1916)

internationale Zone unter dem gemeinsamen Protektorat von Frankreich, Russland und Großbritannien

	Protektorat	direkte Kontrolle
französische Einflusszone		
britische Einflusszone		

britische Besitzung oder britisches Protektorat

britische Einflusszone

Russisches Reich

russische Einflusszone

italienische Besitzungen

Besetzung durch griechische Truppen (1919–1922)

Gebiete unter der Herrschaft von Abdelasis Ibn Saud vor 1925 und die wichtigsten seiner Eroberungen

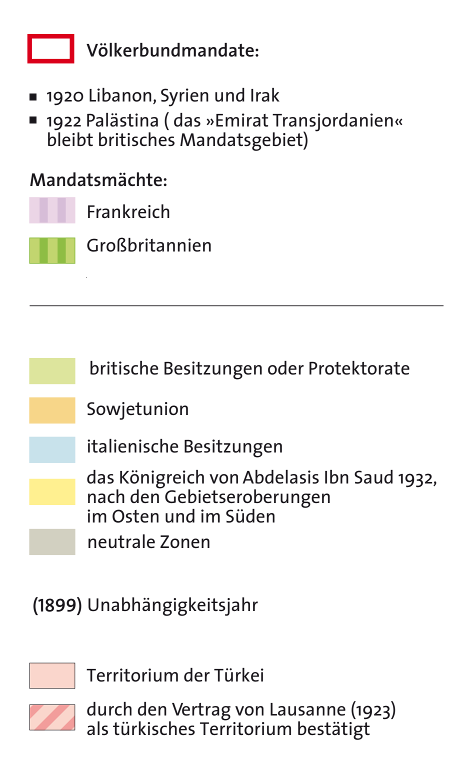
(1899) Jahr der Besetzung oder Eroberung bzw. Beginn des Protektorats

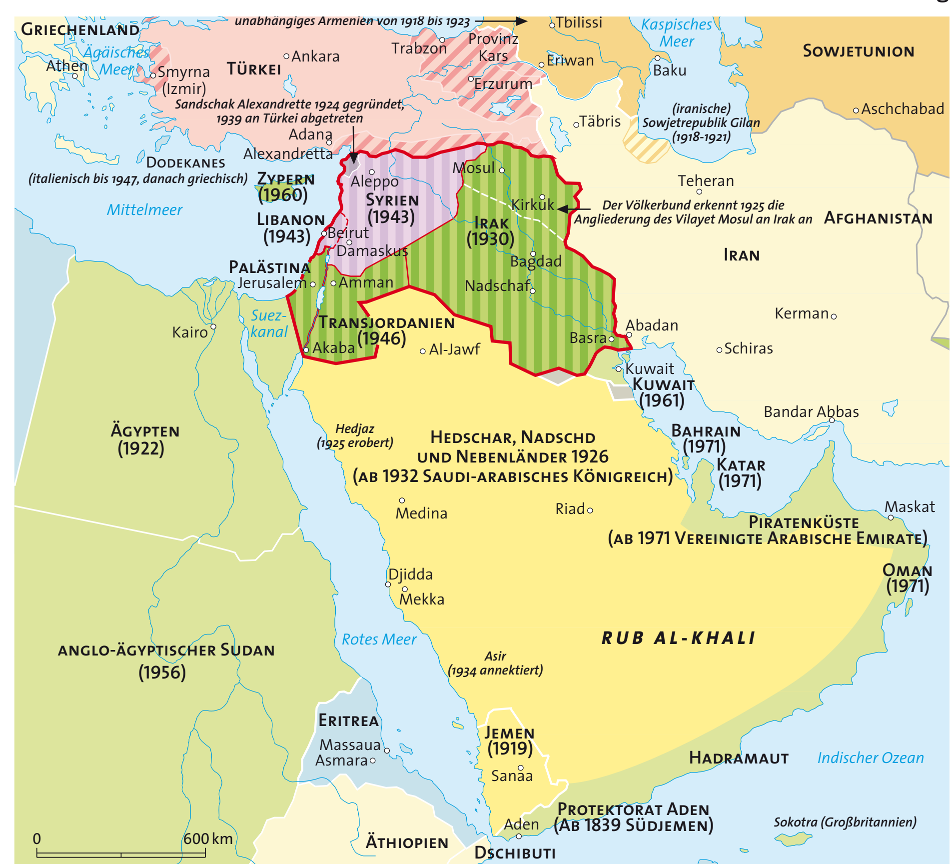
siehe auch Karten auf Seite 124/125

Istanbul
Schwarzes Meer
Tbilissi
Russisches Reich (Kaukasus)
Kars
Eriwan
Baku
Russisches Reich (Turkestan)
Athen
Smyrna (Izmir)
Ankara
Trabzon
Anatolien
Erzurum
Kaspisches Meer
Aschchabad
Ägäisches Meer
russische Einflusszone (1916–1923)
Kilikien
Adana
Alexandretta
Mosul
Kreta
Dodekanes
(italienisch von 1912 bis 1947)
Aleppo
Syrien
Teheran
Afghanistan
Mittelmeer
Zypern
Libanon
Kirkuk
russische Einflusssphäre (1907–1921)
Balfour-Deklaration (1917): das Versprechen einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina
Beirut
Akkra
Haifa
Damaskus
Irak
Bagdad
Palästina
Jerusalem
Amman
Nadschaf
Persien
Suez-kanal
Kerman
Kairo
Basra
Abadan
Al-Jawf
Akaba
Schiras
Kuwait (1899)
britische Einflusssphäre (1907–1921)
Dscheibel Chammar
Bandar Abbas
Ägypten (1882)
Bahrain (1861)
Hassa
Katar (1916)
Medina
Nadschd
Riad
Maskat
Piratenküste (1820)
Djidda
Mekka
Anglo-Ägyptischer Sudan (1899)
Rotes Meer
Oman und Maskat (1891)
Rub al-Khali
Eritrea
Massaua
Asmara
Jemen
Indischer Ozean
Sanaa
Hadramaut (1888)
Protektorat Aden (1839)
Sokotra (Großbritannien)
0 600km
Äthiopien
Aden

Bis zum Ersten Weltkrieg ◀

Nach dem Ersten Weltkrieg ◀





Irak: das Desaster der USA

Das Regime von Saddam Hussein wurde 2003 innerhalb von knapp vier Wochen durch die »Allianz der Willigen« beseitigt. Doch daraus entstand nicht der demokratische und stabile Irak, den die Bush-Administration sich und der Welt versprochen hatte. Die USA stehen vor einem doppelten Problem: Der Guerillakampf gegen die Besatzung ist nicht zu ersticken. Und die Spannungen zwischen den ethnischen und religiösen Gemeinschaften nehmen zu.

Das US-Militär war nach der Besetzung des Irak auf einen lang anhaltenden Untergrundkampf nicht vorbereitet. Erst nach einiger Zeit ist es dazu übergegangen, seine im Irak stationierten Kräfte neu zu gruppieren. Nachdem die offiziellen Verluste bis Mitte 2006 auf mehr als 2.500 tote US-Soldaten angestiegen sind, hat man die Idee aufgegeben, das gesamte irakische Territorium permanent zu kontrollieren. Seitdem beschränkt man sich darauf, das »sunnitische Dreieck« und andere besonders aufständische Regionen, insbesondere den westlichen Grenzstreifen zu Syrien, regelmäßig mit gezielten, aus der Luft unterstützten Schlägen anzugreifen. Nach solchen Aktionen kehren die US-Soldaten in ihre Stützpunkte zurück, die zu wahren Garnisonsstädten angewachsen sind.

Die eigenen Verluste sollen vor allem dadurch verringert werden, dass immer weniger US-Soldaten in den Städten patrouillieren und operieren. Denn auch die Aufständischen haben mit der Zeit ihre technischen Fähigkeiten verbessert. Sie operieren mit stärkeren Sprengstoffen und vor allem mit ferngesteuerten Bomben, wie sie in den 1990er-Jahren von der Hisbollah im Südlibanon eingesetzt wurden. Diese Entwicklung kam für den US-Generalstab überraschend und hat den Amerikanern schwere Verluste an Menschen und Material zugefügt.

Angesichts des wachsenden Drucks der Öffentlichkeit beginnt man in Washington, eine schrittweise Reduzierung der 150.000 im Irak eingesetzten Soldaten ins Auge zu fassen. Einige Verbündete reduzieren bereits ihre Truppenkontingente oder haben dies angekündigt *(siehe Seite 47)*. Im Oktober 2005 hat US-Außenministerin Condeleezza Rice bei einer Anhörung des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats die Irakpolitik Washingtons mit der Formel gekennzeichnet: »Säubern, halten und aufbauen«. Die Erfüllung dieser Aufgaben kann nach Ein-

► Eine Region und ihre Kämpfe





• **Krieg zwischen Iran und Irak (1980–1988)**
Im September 1980 ließ Saddam Hussein den Iran und damit das Chomeini-Regime in Teheran angreifen. Am Ende des achtjährigen Krieges, der eine Million Menschenleben forderte, waren beide Länder ausgeblutet. Bagdad wie Teheran wurden von zahlreichen anderen Staaten unterstützt; die USA, Großbritannien und Frankreich stellten sich hinter den Irak.

• **Golfkrieg (1990–1991)**
Am 2. August 1990 marschierte der Irak in Kuwait ein. Am 16. Januar 1991 eröffneten die USA und 26 verbündete Staaten mit Mandat der UN die Kriegshandlungen gegen den Irak. Die Operationen waren bereits Ende März abgeschlossen. Doch danach ließen die alliierten Truppen es zu, dass das Bagdader Regime die Erhebung der kurdischen und der schiitischen Bevölkerung niederschlug, obwohl diese die USA um Hilfe gebeten hatten.

• **Die kurdische Frage**
Der unabhängige Staat, den der Vertrag von Sèvres (1920) dem kurdischen Volk zugestanden hatte, wurde mit dem Vertrag von Lausanne (1923) wieder kassiert. Trotz vieler Aufstände (unter anderem die Rebellion von 1970 gegen Bagdad), leben die Kurden nach wie vor über die Staaten Iran, Türkei, Irak und Syrien verteilt. Diese vier Länder sind fest entschlossen, die Bildung eines kurdischen Staates nicht zuzulassen.

schätzung hoher Offiziere die Präsenz der US-Armee noch »über Jahre« erforderlich machen.

Auch die erhoffte Übernahme der Verantwortung durch die irakischen Sicherheitskräfte wird sich über eine längere Periode hinziehen. Solange der irakische Sicherheitsapparat die Lage nicht in den Griff bekommt, werden die amerikanischen und britischen Truppen im Lande bleiben. Bislang haben die irakischen Sicherheitskräfte das erforderliche Niveau nicht erreicht. Und nach Einschätzung des Pentagon soll die Qualifikation der rekrutierten Polizisten miserabel sein. Schlimmer noch: Armee und Polizei sollen von Aufständischen oder feindlichen Elementen infiltriert sein. Das gilt auch für die britische Besatzungszone im schiitischen Süden des Landes.

In dieser Situation will die US-Regierung den Wettlauf mit der Zeit auf der politischen Ebene gewinnen. Die Wahlen im Januar 2005 haben die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung ermöglicht, in der Schiiten und Kurden die Mehrheit haben. Nach dem Referendum vom 15. Oktober 2005 ist die neue Verfassung in Kraft getreten. Sie schafft einen föderalen und dezentralisierten Irak und gewährt den Provinzen weitgehende Autonomie, was die Zentralregierung schwächt.

Dieser politische Überbau steht allerdings auf unsicherem Fundament, was sowohl für die fragile Parteienkonstellation als auch für die innere Sicherheit gilt. In dem Parlament, das aus den Wahlen vom 15. Dezember 2005 hervorgegangen ist, sind die sunnitischen Araber zwar stärker repräsentiert, doch wurden sie durch die weitere politische Entwicklung enttäuscht. Sie fühlen sich nicht zu Hause in einem Staat, der auf konfessioneller und ethnischer Grundlage errichtet ist und von dem sie glauben, dass er zur Auflösung des Irak führen wird. Die Kurden versuchen, ihren Autonomiestatus noch stärker auszubauen, während bei den Schiiten, zumal bei jenen im Süden des Landes, ebenfalls die Neigung besteht, sich von Bagdad loszusagen. Und Kurden wie Schiiten wollen natürlich von den Profiten aus den Ölfeldern, die auf ihrem Gebiet liegen, möglichst viel für sich behalten.

Das von der Regierung in Washington erträumte Szenario von einem Staat, in dem sich die rivalisierenden Volks- und Religionsgruppen auf dem Boden einer demokratischen Verfassung begegnen, während der Aufstand von irakischen Sicherheitskräften und nicht mehr von anglo-amerikanischen Truppen niedergeschlagen wird, kann man wahrscheinlich ins Reich der Illusionen verweisen. Die USA bezahlen heute für die – vermeidbaren oder unvermeidlichen – Fehler, die sie bereits mit ihren ersten Schritten auf mesopotamischem Boden begangen haben: Indem sie die Armee und die Sicherheitsdienste des alten Regimes auflösten, den Plünderungen tatenlos zusahen und die Grenzen öffneten, haben sie selbst die Bedingungen geschaffen, die ihnen nun zum Verhängnis geworden sind.

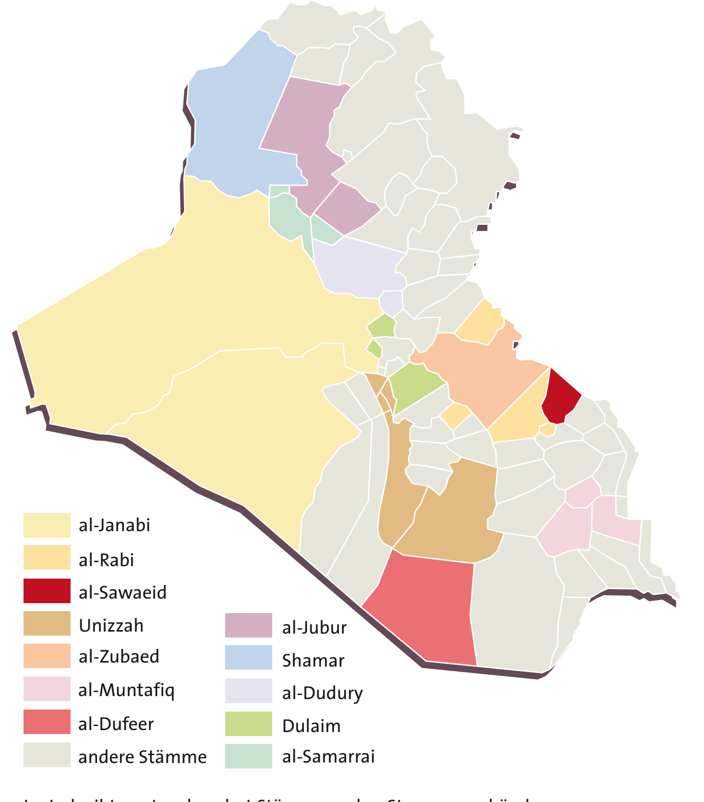
WWW

Znet Iraq Watch
• www.zmag.org/CrisesCurEvts/Iraq/IraqCrisis.cfm
Irakische Stimmen, auf englisch
• www.electroniciraq.net
Iraq Action Coalition (mit Links)
• www.iraqaction.org
zu den zivilen Opfern
• www.iraqbodycount.org
Berichte und Kommentare zu »Middle East« und »War on Terror«
• www.juancole.com

▶ Der dreigeteilte Irak

Flugverbotszonen von 1991–2003
wichtigste Ölfelder
Raffinerien
Erdöl- und Erdgaspipelines:
in Betrieb
stillgelegt
wichtigste heilige Stätten der Schiiten
kurdische Gebiete
autonomes Kurdistan bis 2003
0 100 200 300 km

Das Mosaik der Stämme ◀



Im Irak gibt es etwa hundert Stämme und 25 Stammesverbände; darüber hinaus mehrere hundert streng gegliederte Clans, denen sich nahezu 50 Prozent der Bevölkerung zugehörig fühlt.

Kurdistan, Land in vier Staaten

Die Kurden sind ein Volk ohne Staat. Die 30 Millionen Kurden des Nahen Ostens leben im Irak, in Syrien, der Türkei und dem Iran. Bis vor kurzem waren sie nirgendwo als nationale Gruppe oder Minderheit anerkannt. Nun weckt das autonome Kurdistan innerhalb des Irak neue Hoffnungen – dies kann aber auch eine neue Zersplitterung der Region bedeuten.

Wie sehr die beiden Golfkriege von 1991 und 2003 die Kurdenfrage verändert haben, zeigt sich schon an der Tatsache, dass der Kurde Dschalal Talabani im April 2005 zum Staatspräsidenten des Irak ernannt wurde. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung hatten die Kurden am Ende des ersten Golfkriegs die Schwächung des Hussein-Regimes dazu genutzt, sich der Kontrolle Bagdads zu entziehen. Nach dem zweiten Golfkrieg, mit dem Washington im März 2003 das Baath-Regime zu Fall brachte *(siehe Seite 122)*, wurden die beiden kurdischen Parteien, in einem durchaus spannungreichen Dialog mit den wichtigsten schiitischen Oppositionsgruppen, zu politischen Akteuren, ohne die ein Wiederaufbau des Landes nicht möglich war.

Bei der Parlamentswahl vom 30. Januar 2005 stellten die beiden großen Kurdenparteien, Dschalal Talabanis Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die von Massud Barsani geführte Kurdische Demokratische Partei (KDP), ihr politisches Gewicht für die Konstruktion eines neuen Irak endgültig unter Beweis. Doch das Ende der diktatorischen Herrschaft Bagdads hat zugleich die Unabhängigkeitsbestrebungen der irakischen Kurden wiederbelebt. Emotional verstärkt wurde dieses Bedürfnis auch durch den Krieg, der sich vor allem in der nach Süden und Westen angrenzenden Region, dem sunnitischen Dreieck, konzentrierte.

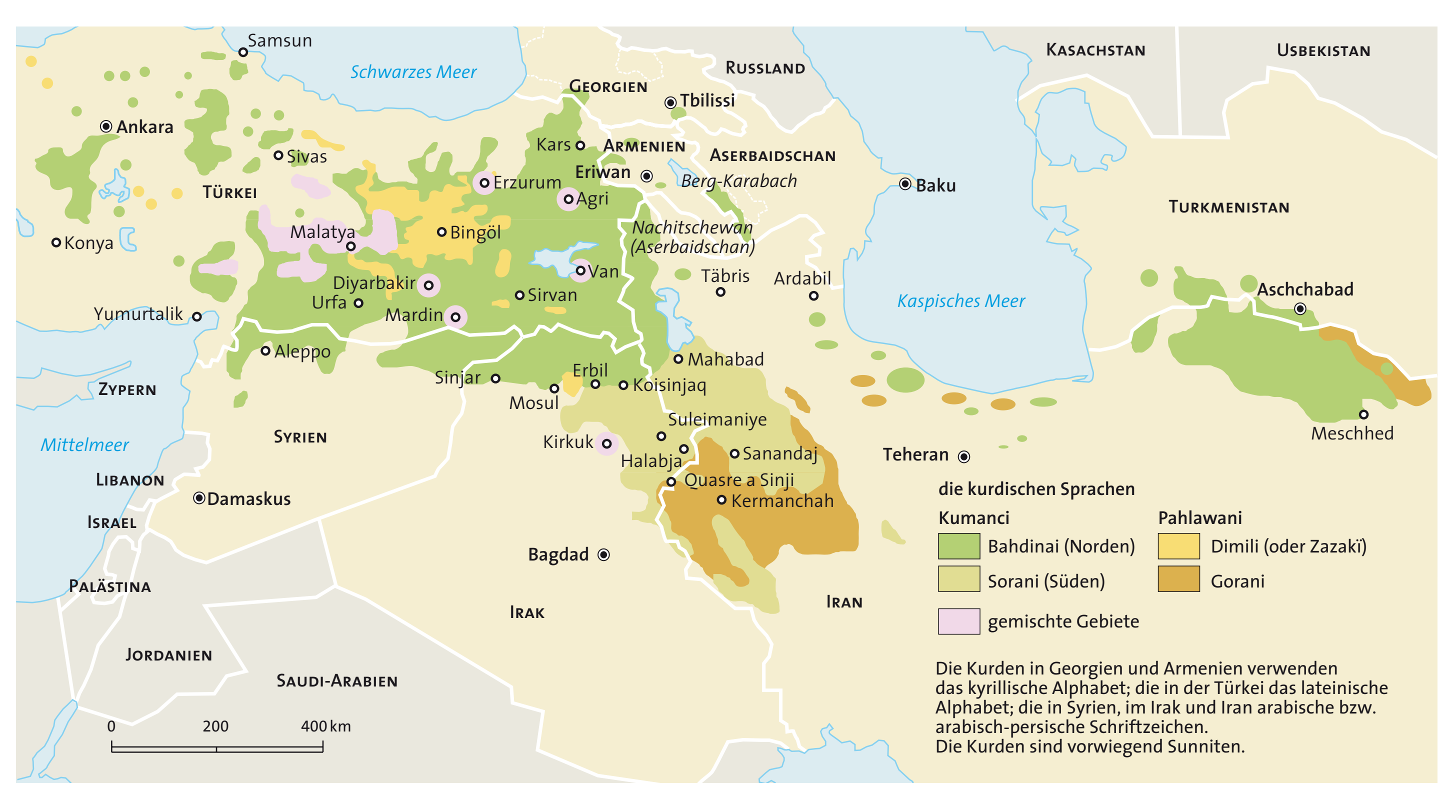
Im Februar 2004 erhielt eine Petition, die von der Bewegung für ein Referendum über die Selbstbestimmung in Umlauf gebracht wurde, mehr als eineinhalb Millionen Unterschriften – bei einer Bevölkerung von vier Millionen. Gleichwohl zogen es die Kurdenführer vor, in Bagdad über weitere Schritte in Richtung eines autonomen Gebiets zu verhandeln, das innerhalb eines föderalen, aber geeinten Irak verbleiben soll. Sie gehen davon aus, dass eine volle Selbstständigkeit angesichts der Einkreisung ihres Gebietes durch lauter feindlich gesinnte Länder illusorisch wäre.

Denn die Türkei, Syrien und der Iran zeigen sich durch die Aufwertung der kurdischen Region im Irak beunruhigt. Die Regierungen dieser Länder fragen sich, ob dieses Beispiel nicht bei der eigenen kurdischen Bevölkerung zu ähnlichen Forderungen führen könnte. In der Türkei behauptete sich die prokurdische Partei Dehap bei den Kommunalwahlen im März 2004 in allen größeren Städten des Südostens, obwohl sie im Vergleich zu den Wahlen von 1999 deutliche Einbußen erlebte. Die Freilassung der seit 1994 inhaftierten kurdischen Parlamentsabgeordneten Leila Zana und Hatip Dicle im Jahr 2004 hat deren Insistieren auf einer eigenständigen kurdischen Identität legitimiert. Und in Diyarbakir, der Hauptstadt des türkischen Kurdistan, waren die Kurden in der Lage, Kundgebungen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern zu organisieren. Die Perspektive eines EU-Beitritts zwingt die Regierung in Ankara, die strenge Aufsicht über den östlichen Landesteil zu lockern. Doch der Freiheitsspielraum bleibt eng begrenzt und stets gefährdet. Folter gehört nach wie vor zu den Instrumenten, um missliebige politische Äußerungen zu bestrafen oder zu verhindern. Und nachdem der 1999 anlässlich des Prozesses gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan ausgerufene Waffenstillstand nicht mehr in Kraft ist, übernimmt die Armee wieder schrittweise die Kontrolle über die Region.

Die Konsolidierung eines autonomen irakischen Kurdistan stellt die türkische

▶ Ein Volk im Exil





Die kurdischen Dialekte ◀

Kurdenbewegung vor eine völlig neue Situation. Sowohl die militärischen Einheiten als auch die politische Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sich nach der Verhaftung ihres Chefs in den Irak zurückgezogen hatten, haben sich inzwischen gespalten. Der eine Flügel um Osman Öcalan, den Bruder des PKK-Gründers, hat dem bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat und der Konfrontation mit den irakischen Kurdenparteien abgeschworen. Im Gegensatz dazu opponiert die PKK-Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistans), die von Abdullah Öcalan vom Gefängnis aus geführt wird, gegen die Politik von Massud Barsani und Dschalal Talabani, den beiden Parteichefs im kurdischen Irak, und stellt deren Allianz mit Washington infrage. Der in seiner Heimat nach wie vor populäre Abdullah Öcalan hat 2004 zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes aufgerufen und propagiert seitdem wieder ein autonomes kurdisches Gebilde in der Türkei. Dieses Ziel, dem er während seines Prozesses vor einem türkischen Militärgericht abgeschworen hatte, ist im Grunde identisch mit dem, das die irakischen Kurden verfolgen.

Die Kurden im Iran verhalten sich solidarisch mit dem autonomen irakischen Kurdistan, das bei ihnen Erinnerungen an die kurzlebige kurdische Republik von Mahabad weckt, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war. Die Hoffnung auf Reformen und Anerkennung ihrer nationalen Rechte durch die derzeitige Regierung von Teheran haben sie aber längst begraben.

In Syrien hat sich die Repression gegen die Kurden nach den Aufständen vom März 2004 verschärft. Die Sicherheits- und Geheimdienstkräfte des Regimes nahmen dabei einige kurdische Dörfer im Grenzgebiet zum Irak ins Visier, deren Bewohner ihre Solidarität mit dem irakischen Kurdistan demonstriert hatten.

www

ausführlich: Informationsstelle Kurdistan (isku)
• www.nadir.org/nadir/initiativ/isku
Tägliche Nachrichten auf deutsch vom Rojname News Network (RNN)
• www.rojname.com/index.kurd?ziman=german
Kurdish Human Rights Project
• www.khrp.org
Kurdische Enzyklopädie
• www.kurdistanica.com/german/index.html
Englischer Dienst des Institut kurde de Paris
• www.institutkurde.org/en



Vertreibung und Binnenwanderung in der Türkei in den 1990-Jahren ◀



Indien und Pakistan – im Schatten der Bombe

Indien und Pakistan sind 1947 aus dem alten Kolonialreich Britisch-Indien hervorgegangen. Die damalige Trennung erfolgte in die drei Teile Indien, Westpakistan und Ostpakistan, das heutige Bangladesch, und verlief vor allem entlang der religiösen Bruchlinien. Seitdem waren das mehrheitlich muslimische Pakistan und das von Hindus dominierte Indien jahrzehntelang verfeindet. In jüngster Zeit hat sich – trotz des Kaschmirkonflikts – beiderseits eine Bereitschaft zum Dialog entwickelt.

Der Konflikt zwischen den »verfeindeten Brüdern« Indien und Pakistan ist nach wie vor einer der gefährlichsten politischen Sprengsätze der Welt. Die Konfrontation, in der sich die föderale und laizistische Republik Indien und die Islamische Republik Pakistan gegenüberstehen, speist sich aus einer Mixtur von historischen, geopolitischen und religiösen Faktoren. Seit der Aufteilung von Britisch-Indien haben die beiden Länder drei mörderische Kriege gegeneinander geführt, wobei es in zwei Fällen um Kaschmir ging. Die Rivalität spitzte sich noch weiter zu, als die beiden Kontrahenten 1998 die Entwicklung von Atomwaffen verkündeten.

Als die USA 2001 in Afghanistan intervenierten, stützten sie sich auf Pakistan als ihrem Hauptverbündeten in der Region. Doch zugleich gingen sie auch auf Neu-Delhi zu, um zum einen die politischen Entwicklungen in der Region stärker beeinflussen zu können, zum anderen aber dem wachsenden Einfluss Chinas entgegenzutreten. Damit haben sich die USA eine entscheidende Position in einer Großregion verschafft, in der 1,3 Milliarden Menschen leben.



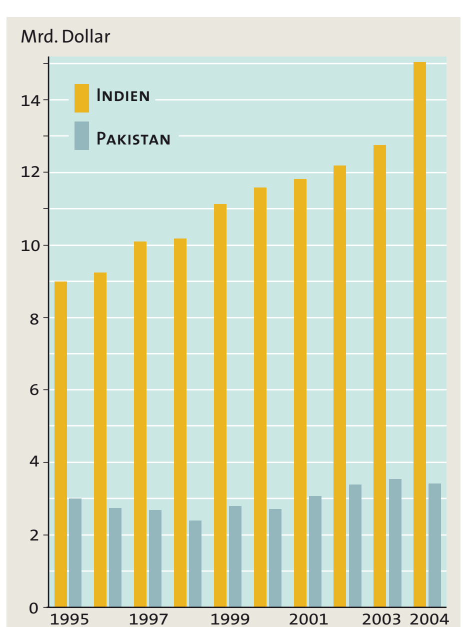
Ein erster Schritt zur Deeskalation des indisch-pakistanischen Konflikts erfolgte im Januar 2004 mit dem Treffen zwischen dem damaligen indischen Premierminister Atal Bihari Vajpayee und dem pakistanischen Präsidenten General Pervez Musharraf in Islamabad. Dieser Dialog wurde auch mit dem neuen indischen Premierminister Manmohan fortgeführt. Bei ihrem Treffen in Neu-Delhi im Juni 2004 verständigten sich die Regierungschefs beider Länder auf Maßnahmen, die der Vertrauensbildung dienen und die Gefahr einer nuklearen Konfrontation eindämmen können. Damit kam das Thema der Atomwaffen erstmals seit 1998 wieder auf den Tisch. Beschlossen wurde eine Verlängerung des Atomwaffentest-Moratoriums von 1999 und die Einrichtung eines »roten Telefons« zwischen Neu-Delhi und Islamabad.

Der Dialog hat die Spannungen zwar verringert, doch in den beiden Kernfragen Kaschmir und Nuklearwaffen liegen die Standpunkte immer noch weit auseinander. Im Fall Kaschmir bleibt ein Kompromiss unwahrscheinlich, da die eigentliche Ursache des Konflikts, die auch zum ersten Krieg von 1947 geführt hat, nach wie vor besteht: Die Region Kaschmir wurde an Indien angegliedert, während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung muslimisch ist und obwohl die Aufteilung der ehemaligen Kolonie nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit erfolgte.

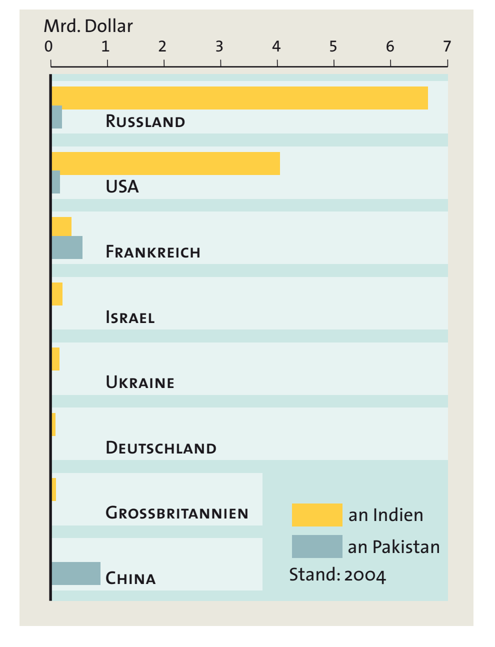
Der bewaffnete Aufstand in Kaschmir, der 1989 begann, hat seine Ursachen unter anderem in der Haltung Neu-Delhis, das die Zugehörigkeit Kaschmirs zur Indischen Union *(siehe Seite 172)* für nicht verhandelbar erklärt, in der massiven indischen Militärpräsenz und der politischen Marginalisierung der Bevölkerung. Die Aktionen der Rebellengruppen, die sich aus jungen Kaschmiris, aber auch aus islamistischen Kämpfern pakistanischer Herkunft zusammensetzen, kostet Jahr für Jahr mehrere tausend Todesopfer. Neu-Delhi beschuldigt Islamabad, den »Terror« in Kaschmir zu unterstützen. Dagegen spricht die Regierung in Islamabad von einem »nationalen Befreiungskampf«, die islamistische Bewegung sogar vom »heiligen Krieg«.

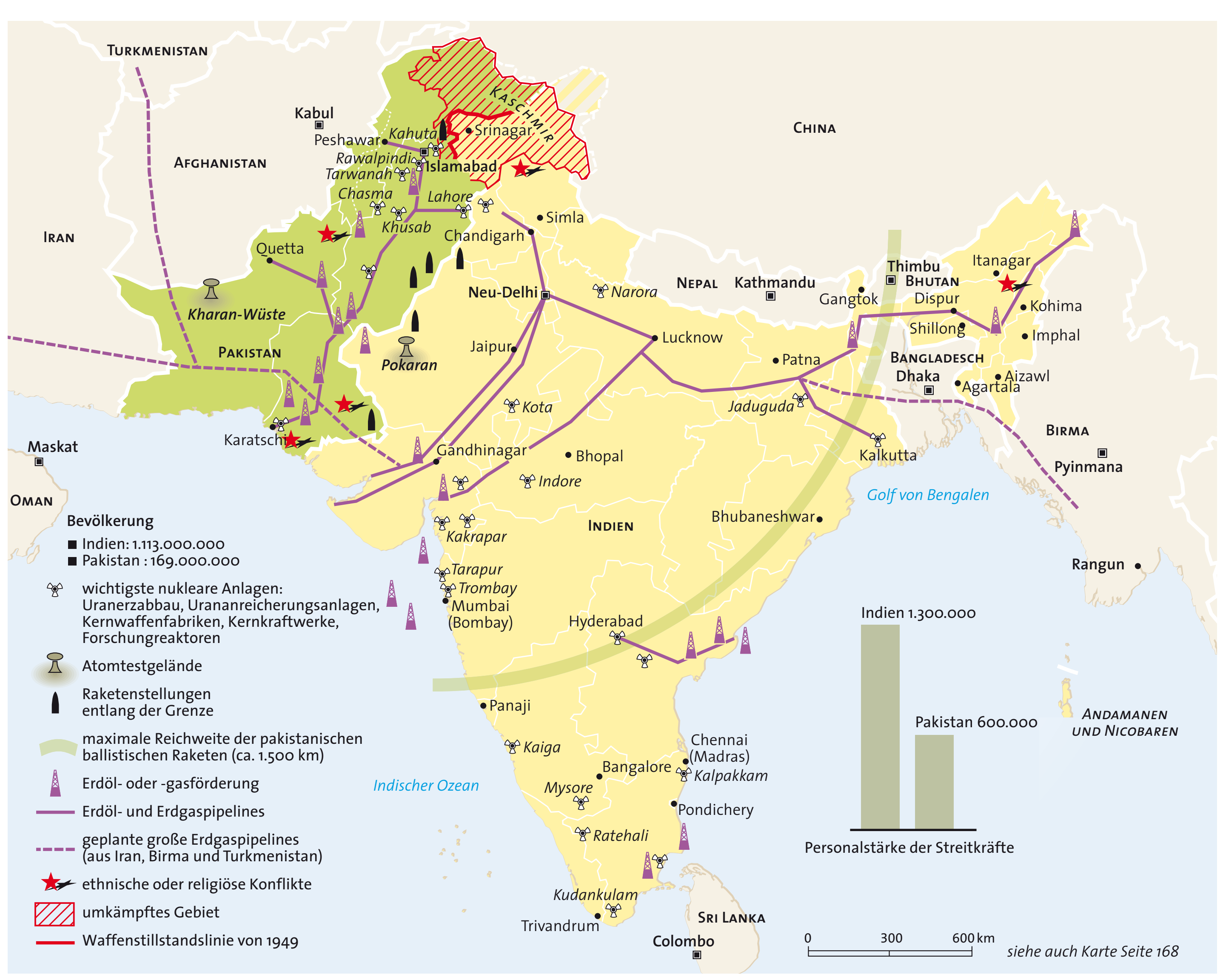
Solange Präsident Musharraf Pakistan mit eiserner Hand regiert und die Unterstützung der USA genießt, wird der

▶ **Wettrüsten in Südasien**



▶ **Wer die Waffen liefert**





Ein hochgerüsteter Subkontinent ◀

Kaschmirkonflikt auf Sparflamme gehalten, worüber sich Indien höchst zufrieden zeigt. Doch der starke Mann in Islamabad hat zahlreiche Gegner, die ihm das Bündnis mit Washington nie verzeihen werden, zumal seine Gegenleistung darin besteht, unter dem Etikett des Kampfes gegen den Terrorismus die radikalen Islamisten zu unterdrücken und die pakistanische Armee zur Jagd auf die afghanischen Taliban einzusetzen.

Wenn in Islamabad demnächst die Anhänger des Dschihad an die Macht gelangen sollten, würde ihnen auch die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen zufallen. Eine solche Aussicht muss umso mehr beunruhigen, als weder Pakistan noch Indien die internationalen Abkommen unterzeichnet haben, die eine Weiterverbreitung von Atomwaffen verbieten. Völlig ungestraft konnte Kader Khan, ein der Armee nahe stehender pakistanischer Atomwissenschaftler, nukleare Technologie nach Iran, Libyen und Nordkorea liefern, und der »Vater« der pakistanischen Bombe gilt auch heute noch als Nationalheld. Der indisch-pakistanische Rüstungswettlauf wird auch deshalb so entschlossen fortgesetzt, weil die internationalen Sanktionen, die 1998 nach den ersten atomaren Erfolgsmeldungen gegen beide Länder verhängt worden waren, Ende 2004 praktisch wieder aufgehoben wurden. Die USA haben 2006 die Lieferung ziviler Atomtechnolgie zugesagt *(siehe Seite 168).*

Manche Beobachter hoffen, dass die USA ihre Rolle als Rüstungslieferant und Partner beider Länder dazu nutzen werden, den indisch-pakistanischen Dialog voranzutreiben und wirksame Kontrollen durchzusetzen. Andere hegen im Gegenteil die Befürchtung, dass die neue Rolle der USA dazu beitragen könnte, die Machtkonkurrenz zwischen beiden Ländern und damit den Rüstungswettlauf in Südasien erneut anzuheizen – zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Demokratie.

WWW

United Nations Military Observer Group in India and Pakistan
- www.un.org/Depts/dpko/missions/unmogip

Analysen des International Institute of Strategic Studies
- www.iiss.org/programmes/south-asia

South Asia Citizens Web
- www.sacw.net

detaillierte Chronik
- www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indien/Aktuell-Chronik/Welcome.html

zur Atomrüstung: Nuclear Issues in India and Pakistan
- www.lib.berkeley.edu/SSEAL/SouthAsia/nuclear.html

India-Pakistan Military Balance
- news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1735912.stm

Afghanistan: Waffen, Drogen, Taliban

Seit der Invasion der US-Truppen im Herbst 2001 ist Afghanistan ins Zentrum der internationalen Politik gerückt. Die Regierung in Kabul versucht seitdem zwar, die staatlichen Institutionen wieder aufzubauen, aber sie kann das Land nicht einen. Im Norden ist die Macht der Warlords ungebrochen, und im Süden gewinnen die Taliban erneut an Boden.

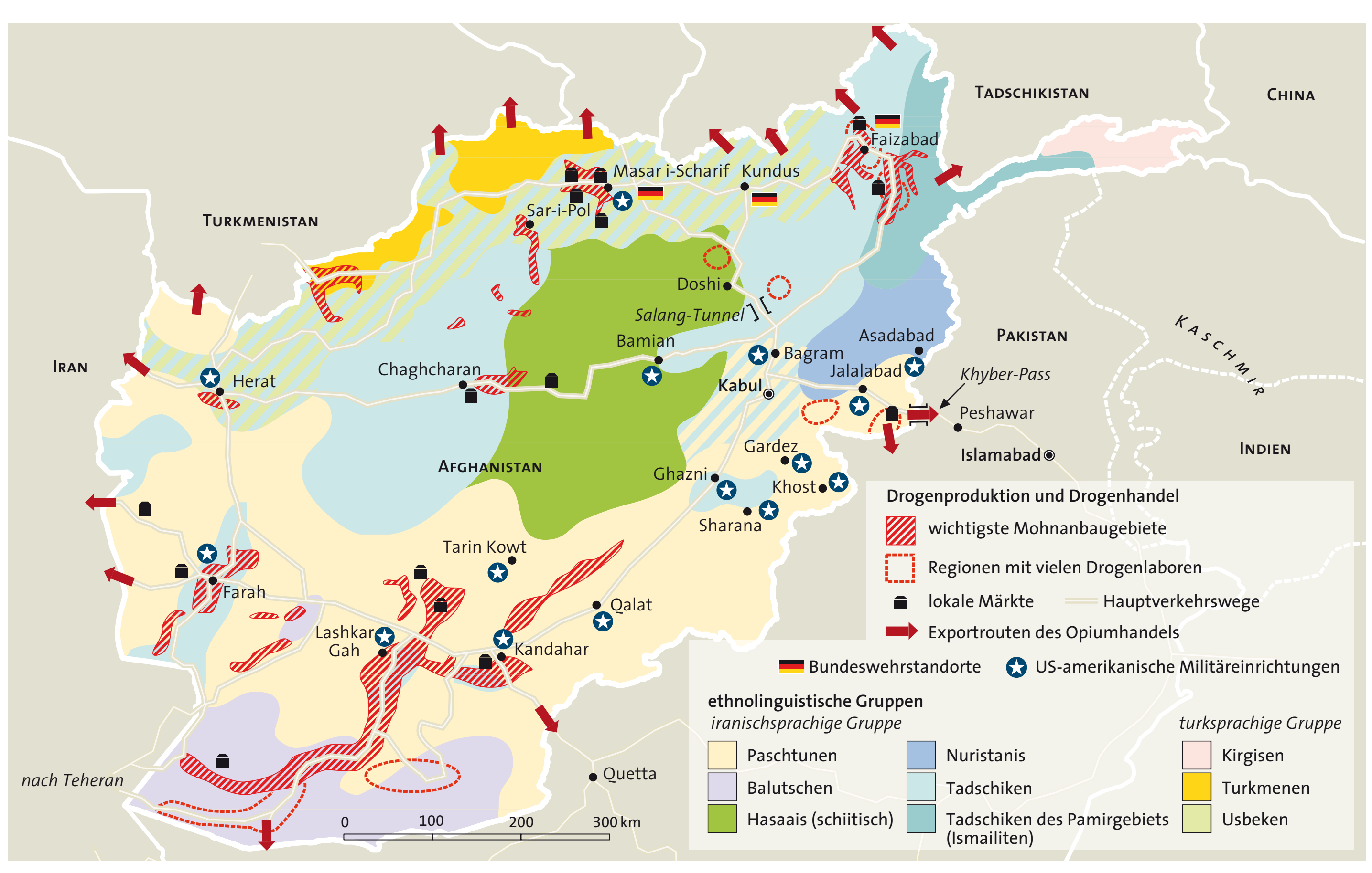
Die Zersplitterung der politischen Landschaft Afghanistans begann schon 1978 mit dem Staatsstreich der afghanischen Kommunisten, der sich als von Moskau inspiriert herausstellte. Dieser Coup schwächte die Zentralregierung, die sich aus den afghanischen Provinzen immer mehr zurückziehen musste, bis sie nur noch in Kabul herrschte und 1991 ganz von der Bühne verschwand. Die von 1980 bis 1989 andauernde sowjetische Besatzung verschärfte die inneren Gegensätze. In der Provinz wurde der Aufstand von hunderten von »Warlords« organisiert, von denen einige nur ein paar Dutzend, andere wiederum mehrere tausend Mann befehligten. Die Einnahme der Städte nach 1991 begünstigte in den einzelnen Regionen einen Konzentrationsprozess, der die schwächeren Organisationen politisch eliminierte.

Von dieser Dynamik und der Rivalität zwischen den verschiedenen Mudschaheddin-Gruppierungen profitierte am Ende die hauptsächlich von Pakistan unterstützte Bewegung der Taliban, die 1996 Kabul einnahmen und einen rudimentären Staat aufbauten. Die Taliban wurden zu Beginn auch von den USA unterstützt, fanden sich aber bald schon international isoliert. Als sie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 Ussama Bin Laden in Afghanistan Asyl gewährten, löste dies die Invasion der US-Truppen aus.

Seitdem sind drei unterschiedliche Entwicklungen in Gang gekommen. Die erste ist ein eklatanter Rückfall in die politische Fragmentierung, der die unmittelbare Konsequenz aus dem Zusammenbruch des Talibanregimes darstellt. Die USA ließen es zu, dass die wichtigsten Warlords ihre frühere Machtposition wieder erlangten, denn sie wollten den Krieg »outsourcen«, also von lokalen Milizen führen lassen. Das erklärt auch ihre Unfähigkeit, den früheren Talibanführer Mul-

► Heroin für die Welt





Ein fragmentiertes Land ◀

lah Mohammed Omar und Ussama Bin Laden zu fassen.

Angesichts dieser Situation hatte der Wiederaufbau der staatlichen Institutionen widersprüchliche Folgen. Die Bemühungen der Zentralregierung, die lokalen Machthaber auszuschalten (auch durch Attentate wie den erfolglosen Anschlag auf Ismail Khan in Herat) waren letztlich wenig erfolgreich, da es dem Staat nicht gelang, das entstandene Vakuum sofort auszufüllen. Die Präsidentschaftswahlen vom Herbst 2004 demonstrierten nur die Stärke der lokalen politischen Kräfte, was durch den Ausgang der Parlamentswahlen von 2005 bestätigt wurde. Das einigermaßen frei gewählte Parlament offenbarte ebenfalls starke ideologische Gegensätze, abgesehen davon, dass es auch die untergeordnete Stellung der Frau bestätigte. Zudem sieht sich Staatspräsident Hamid Karsai dem Vorwurf ausgesetzt, nur Befehlsempfänger der US-Botschaft zu sein. Der Vertrag, den der Präsident bei seinem Besuch in Washington im Mai 2005 unterzeichnet hat, lässt den USA bei ihren militärischen Operationen auf afghanischem Boden praktisch völlig freie Hand.

Die zweite Entwicklung betrifft die Rolle der Guerilla. Obwohl sie immer wieder totgesagt wurde, konnte sie bisher dank der Hilfe aus Pakistan und der Unbeliebtheit der amerikanischen Truppen durchaus überleben. Dabei hat sie ihre Taktik verfeinert, indem sie Hilfstransporte angreift und auch Selbstmordattentäter einsetzt. Auf diese Weise hat sie den US-Truppen im Frühjahr 2005 hohe Verluste zugefügt, was die Regierung in Washington zu der Entscheidung brachte, einen Teil ihrer Soldaten abzuziehen und einige Aufgaben an die Nato abzugeben. In den Landesteilen, in denen die Aufständischen aktiv sind – das sind die Regionen mit paschtunischer Mehrheitsbevölkerung –, hat die westliche Militärpräsenz inzwischen schon die Stärke der sowjetischen Truppen in den 1980er-Jahren erreicht. Wie heftig diese Besatzung abgelehnt wird, zeigten die Ausschreitungen bei antiamerikanischen Demonstrationen und die seit Anfang 2006 noch einmal deutlich zunehmende Zahl der Anschläge.

Die dritte wichtige Entwicklung ist die Überhandnahme der Korruption, die den gesamten afghanischen Verwaltungsapparat unterhöhlt, und der Trend zum Drogenstaat. Im Osten und Süden wie auch in einigen Teilen des Nordens ist Opium das wichtigste Erzeugnis; auf nationaler Ebene liegt sein Anteil an der Wertschöpfung bei 40 Prozent. Diese Entwicklung hat in einigen Regionen zu einem stark nach außen orientierten Wirtschaftssystem geführt, wobei der Schmuggel (nicht nur mit Drogen) die entscheidende Rolle spielt. Der Wiederaufbau des Landes kommt nur schleppend voran, weil die Hilfsgelder zu spärlich fließen und zudem über allzu viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kanalisiert werden. Damit ist in Kabul eine »humanitäre Seifenblase« entstanden, die auch durch ihre preistreibende Wirkung dazu beiträgt, dass die im Lande tätigen Ausländer immer unbeliebter werden.

WWW

Institute for Afghan Studies
• www.institute-for-afghan-studies.org
Projekt für Alternative Sicherheitspolitik
• www.comw.org/pda/0201strangevic.html
Arbeitsgemeinschaft Afghanistan
• www.ag-afghanistan.de
Revolutionary Association of the Women of Afghanistan
• www.rawa.org

Tschetschenien, die ausgeblutete Republik

Die Stabilität der nördlichen Kaukasusregion bleibt bedroht, solange für den Tschetschenienkonflikt keine politische Lösung in Sicht ist. Die Situation in Grosny und Umgebung ist geprägt von wirtschaftlichem Niedergang, sozialem Zerfall und einer Atmosphäre der Angst. Dafür ist der – staatliche wie islamistische – Terror gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Russen und Tschetschenen ist eine Abfolge von dramatischen Ereignissen, von denen jedes die gegenseitige Wahrnehmung stark negativ geprägt hat. Das gilt vor allem für die Kolonialisierung im 19. Jahrhundert und für die Deportation der Tschetschenen im Februar 1944. Doch der aktuelle Konflikt lässt sich nicht allein durch die Vergangenheit erklären.

Im November 1991 nutzte der ehemalige Fliegergeneral Dschochar Dudajew die Krise in Moskau, um sich an die Macht zu bringen und Tschetschenien für unabhängig zu erklären. Dieser einzige Fall einer Sezession von der Russischen Föderation löste Ende 1994 die erste russische Intervention aus, die Moskau mit der Angst vor einem Dominoeffekt und dem Auseinanderbrechen des Landes begründete. Die von Boris Jelzin befohlene »Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung« wurde rasch zum richtigen Krieg, der achtzehn Monate dauerte und zehntausende Tote kostete.

Aslan Maschadow, der im August 1996 den Waffenstillstand unterzeichnete und Anfang 1997 nach einer von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beaufsichtigen Wahl das Präsidentenamt erlangte, konnte die quasi unabhängige Republik jedoch nicht stabilisieren. Ende 1999 begann im Namen der Terrorismusbekämpfung der zweite, noch blutigere Krieg, dieses Mal auf Befehl von Jelzins Nachfolger Wladimir Putin. Im März 2000 gewann er mit einem Law-and-Order-Programm die Präsidentschaftswahlen.

Nach dem 11. September 2001 setzte sich eine andere Lesart des Tschetschenienkonflikts durch: Hier war angeblich der »islamistische Terror« am Werk, und die zahlreichen Terroranschläge und vor allem die Selbstmordattentate gaben dieser Version immer neue Nahrung. Viele dieser Taten entsprangen allerdings keiner radikalislamistischen Überzeugung, sondern viel eher einer persönlichen und kollektiven Verzweiflung angesichts ei-

► Ethnische Vielfalt im Nordkaukasus



nes ausweglosen Konflikts. Zwar sind die von Saudi-Arabien beeinflussten islamistischen Bewegungen seit Anfang der 1990er-Jahre im ganzen Nordkaukasus präsent und konnten ihre Reihen mit Kämpfern auffüllen, die aus Zentralasien und Afghanistan abzogen. Doch diese ausländischen Kämpfer sind nicht der einzige Machtfaktor. Viel Einfluss haben auch einheimische radikale Islamistengruppen wie die Dschamaat, aber auch die nichtreligiösen Fraktionen des bewaffneten Kampfes sowie Vertreter des traditionellen Sufi-Islam, von denen einige eine gewisse Bereitschaft zum Bündnis mit Moskau zeigen.

Diese Risse innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft hoffte der Kreml auszunutzen, als er im Juni 2000 eine moskaufreundliche tschetschenische Regierung installierte. Der ehemalige Mufti Achmed Kadyrow, der das Land im russischen Auftrag zuerst als Chef der Verwaltungsbehörde und dann als Präsident leitete, fiel im Mai 2004 einem Mordanschlag zum Opfer.

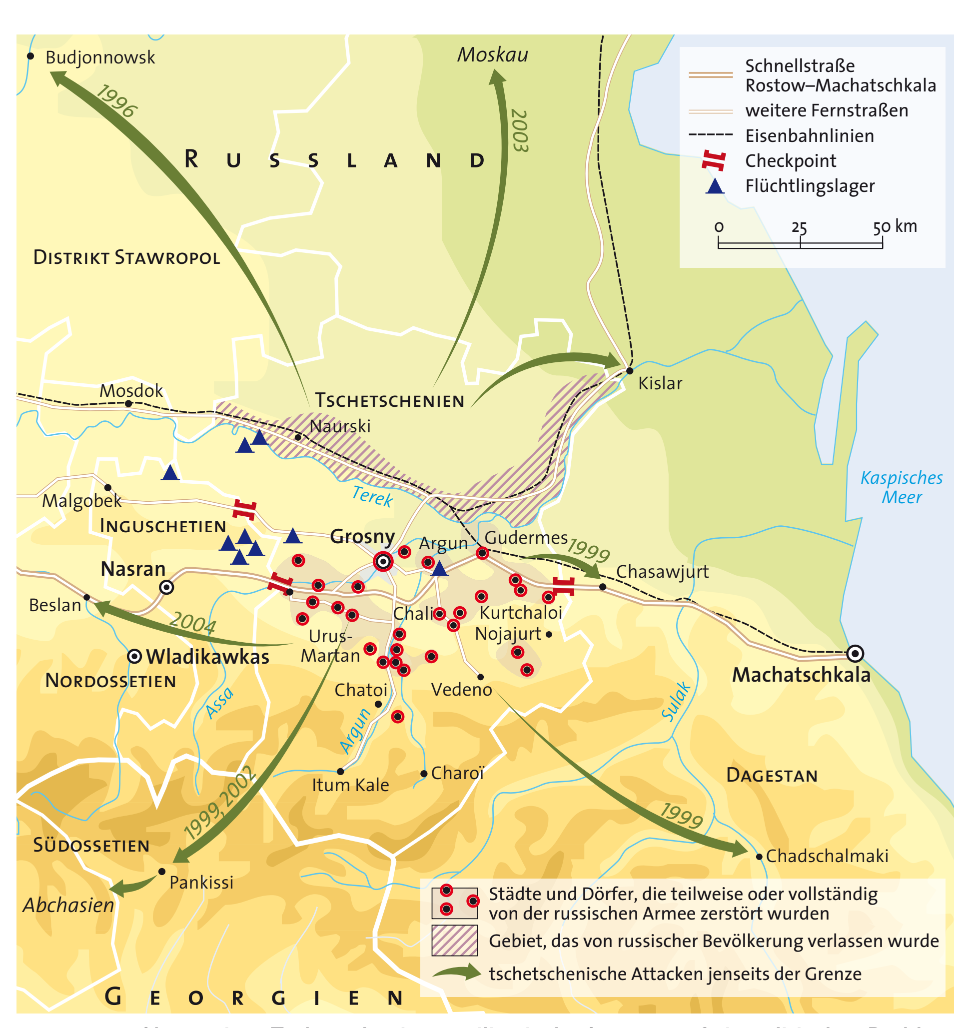
Seit 2004 sind jedoch Entwicklungen im Gange, die auf eine relative Stabilisierung hinauslaufen. Es fließen Entschädigungszahlungen (die freilich von Korruption begleitet sind), viele Flüchtlinge kehren zurück (allerdings oft unter Zwang), der aufgeblähte öffentliche Dienst dient mangels einer realen Wirtschaft als Beschäftigungspuffer. Die Hauptstadt Grosny gleicht zwar immer noch einem Trümmerfeld, und die Infrastruktur ist erst zum Teil wieder intakt, aber der Handel belebt sich wieder, was auch an Verkehrsstaus abzulesen ist.

Doch die innere Zerrissenheit und das Fehlen jeglicher kollektiven Perspektive können die Lage jederzeit umkippen lassen. Nach wie vor gibt es ständig militärische Scharmützel und Übergriffe auf Zivilisten. Die von Ramsan Kadyrow, dem Sohn des früheren Präsidenten, befehligten Tschetschenenmilizen der prorussischen Regierung verbreiten Angst und Schrecken. Um die Lage im Griff zu behalten, setzt Moskau heute vor allem auf die Regierung von Präsident Alu Alchanow und auf das aus den Wahlen vom Oktober 2005 hervorgegangene Rumpfparlament. Doch vor allem hofft man auf ein Ermüden der Guerilla.

Dabei darf man allerdings die Strategie der islamistischen Gruppen nicht außer Acht lassen, die den Konflikt auf den gesamten nördlichen Kaukasus ausweiten wollen und in den Nachbarregionen immer mehr Überfälle organisieren. Solche Aktionen können die Region zwar nicht richtig destabilisieren, aber die Spannungen haben sie bereits erheblich verschärft. Darüber hinaus dienen sie Präsident Wladimir Putin als Vorwand, um die Kompetenzen der Regionalbehörden zu beschneiden. Und das könnte auf längere Sicht durchaus die labile Balance gefährden, die die nordkaukasischen Republiken seit 1991 mit Moskau ausgehandelt haben.

Langfristige Auswirkungen hat der Tschetschenienkrieg aber auch in ganz Russland: Der Kampf gegen den Terror wird als Alibi benutzt, um immer mehr Bereiche der Gesellschaft der Kontrolle der Regierung zu unterwerfen. Dabei nimmt die staatliche Gewalttätigkeit ständig neue Formen an, von schikanösen »Gesichtskontrollen« der Polizei über rassistische Verbrechen bis hin zu brutalen Ausschreitungen von Soldatengruppen, die häufig auf das Konto von Tschetschenienveteranen gehen.

Als im März 2005 der frühere Präsident Maschadow ermordet wurde, der einen gemäßigten Unabhängigkeitskurs verfolgt und Verhandlungen mit Moskau befürwortet hatte, reagierte die internationale Öffentlichkeit darauf kaum. In den Medien taucht Tschetschenien nur noch auf, wenn eine Tragödie wie die Geiselnahme von Beslan im September 2004 stattfindet. Weil der Konflikt als »innerrussische Angelegenheit« betrachtet wird, ist eine politische Lösung weiter entfernt als je zuvor.



Abtrünniges Tschetschenien – militärische Antwort auf ein politisches Problem ◀

www

Gründliche Informationen, auch in englisch
• www.groupetchetchenie.org
im Überblick
• www.friedensnews.at/Tschetschenien
Chechnya Advocacy Network
• www.chechnyaadvocacy.org
aus islamischer Sicht
• www.kavkazcenter.com/eng
Menschenrechtsorganisation Memorial (Moskau)
• www.memo.ru/eng/memhrc/hotpoint.shtml

Das Erdöl – Moskaus großer Trumpf

Erdöl und Erdgas spielen beim Wandel in der ehemaligen Sowjetunion die entscheidende Rolle. Sie sorgen für die wirtschaftliche Stabilisierung Russlands und dienen zugleich als Druckmittel gegenüber jenen Ländern, die diese Rohstoffe nicht besitzen und an ihrer zunehmenden Verschuldung ersticken. Die russischen Energievorräte ziehen jedoch auch ausländische Akteure an, die auf verschiedenen Wegen versuchen, das Monopol Moskaus zu brechen.

Die reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen der ehemaligen UdSSR sind sehr ungleich verteilt, der größte Teil befindet sich in Russland und den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Russland erzielt mit Öl und Gas 60 Prozent seiner Ausfuhrerlöse, die zugleich einen beträchtlichen Teil seiner Staatseinnahmen ausmachen. Nach der Krise von 1998 wurden die Ölexporte zum Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs, zumal bei der Privatisierung dieses Sektors die russischen Unternehmen bevorzugt wurden und den westlichen Energieriesen nur eine bescheidene Rolle überlassen wurde. Und auch der Staat blieb in diesem Bereich ein aktiver Mitspieler.

Die russischen Großunternehmen Gazprom, Lukoil und Yukos (bis zu seiner Zerschlagung) gründeten mächtige Finanz- und Industrieholdings, denen es gelang, ihre Produktion trotz knapper Finanzmittel und technischer Defizite zu stabilisieren. Sie agieren vermehrt auch in den anderen Staaten des »benachbarten Auslands« und in Osteuropa. Mehrere Länder ohne eigene fossile Energievorkommen - wie Weißrussland, die Ukraine und Moldawien – sind inzwischen wegen ihrer Energieimporte gegenüber Russland stark verschuldet. Mit Unterstützung des Staates drängen die russischen Unternehmen darauf, sich diese Schulden in Form von Aktien erstatten zu lassen und sich damit in strategische Unternehmen (Raffinerien, Kraftstoff- und Stromvertriebsnetze) einzukaufen. Das läuft auf die klassische Methode hinaus, die alte politische durch eine wirtschaftliche Dominanz zu ersetzen.

Paradoxerweise können die anderen exsowjetischen Förderländer über ihre Energieressourcen nicht verfügen. Sie waren alle nach dem Zusammenbruch der UdSSR von anderen Ländern umschlossen und damit gezwungen, Transitrouten für ihre Exporte mit einem oder mehreren Drittländern auszuhandeln. Mit der Erdölpipeline Baku-Supsa, die 1997 fertig wurde, und der im Juni 2006 in Betrieb genommenen Transkaukasischen Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan, die auf einer Strecke von knapp 1800 Kilometern Rohöl aus Aserbaidschan und Kasachstan zum Terminal im türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan transportiert, gelang es Aserbaidschan, das Transportmonopol Moskaus zu durchbrechen. Das gelang auch mit Hilfe westlicher Energiekonzerne, die sich so den Zugang zu den kaspischen Ölvorkommen sicherten.

In der Vergangenheit musste Turkmenistan, mangels eines Abkommens über Umfang und Preis der russischen Transitleistungen, seine Gasproduktion deutlich drosseln. Schließlich hat es den Export über Russland wieder aufgenommen, und hofft auf den – nach wie vor hypothetischen – Bau einer Erdgasleitung in den Iran oder über Afghanistan nach Pakistan. Kasachstan, das engere Wirtschaftsbeziehungen zu Moskau unterhält, hat nach zähen Verhandlungen einen langfristigen Vertrag unterzeichnet, der den Transport seines Rohöls großenteils dem russischen Nachbarn anvertraut.

Für Clans und Machteliten ist es ein Leichtes, sich die Gewinne aus der Erdölförderung anzueignen – der Besitz von derartigen Rohstoffen ist somit kein Garant für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. In ganz Aserbaidschan, wo sich einige wenige an den Erdöleinnahmen enorm bereichern, gibt es außerhalb der Hauptstadt nur ein bis zwei Stunden Strom am Tag.

Noch schlechter geht es Ländern, die nicht über fossile Ressourcen verfügen. So haben die Energieknappheit und nicht bezahlte Gas- und Ölrechnungen erheblich zur Dauerkrise in Georgien, Moldawien und der Ukraine beigetragen. Moskau stützt sich auf seine neuen Pipeline-Verbindungen nach Europa über seine eigenen Häfen und die geplante Erdgasleitung unter dem Baltikum und konnte den Druck auf seine Nachbarn erhöhen. Das gilt inzwischen sogar für Weißrussland, das lange Zeit ein privilegierter Verbündeter war. Seit Anfang 2006 hat Russland gegenüber Weißrussland die Energiepreise deutlich angehoben – und dabei ganz kühl mit den weltmarktüblichen Preisen argumentiert.

Zweifellos können die Nichterzeugerländer für den Aufbau alternativer Versorgungsnetze und die Stärkung ihrer Unabhängigkeit auf westliche Unterstützung rechnen. Nicht zuletzt die Zerschlagung des Energiekonzerns Yukos belegt die Absicht des Kremls, den staatlichen Einfluss auf diesen Sektor zu verstärken und seinen wichtigsten Trumpf nicht aus der Hand zu geben. Mit dem Ausbau der Energietransportwege nach Japan und China wird Russland ein noch stärkeres Blatt auf der Hand haben.

WWW

Russisches Zentrum für Energiepolitik
www.energy.ru/
Gazprom
www.gazprom.ru
Russian Petroleum Investor
www.rpi-inc.com/
Radio Free Europe/Radio Liberty
www.rferl.org/specials/caspian
US Department of Energy
www.fossil.energy.gov/international



Die eurasischen Verkehrswege ◀

Die eurasischen Energietransportrouten ◀

Nordpolarmeer
Norwegen
Dänemark
Schweden
Schtokmanowskoje
Finnland
Barentssee
Karasee
Pazifischer Ozean
Estland
Lettland
Polen
Litauen
St. Petersburg
Archangelsk
Minsk
Jamburg
Norilsk
Weissrussland
Lena
Moskau
Jaroslaw
Uchta
Petschora
Nowij Urengoj
Jakutsk
Ochotskisches Meer
Kiew
Nizni-Nowgorod
Nadim
Ukraine
Jenissej
Odessa
Perm
Surgut
Ob
Petrowsk
Schwarzes Meer
Noworossiisk
Samara
Ufa
Tjumen
Angara
Komsomolsk am Amur
Tuapse
Wolgograd
Wolga
Omsk
Tomsk
Aschinsk
Krasnojarsk
Nach Japan
Georgien
Kemerowo
Tbilissi
Atirau
Baikalsee
Nowossibirsk
Pawlodar
China
Armenien
Aktau
Nowokuznetsk
Irkutsk
Kasachstan
Aralsee
nach China (Peking), Nord- und Südkorea
Japan
Aserbaidschan
Nach Ceyhan (Türkei)
Baku
Kaspisches Meer
Turkmenistan
Usbekistan
Mongolei
Iran
Nach China
Aschchabad
Kirgisien
China
Tadschikistan
Nach Pakistan
Afghanistan
0 1.000 km

nachgewiesene Erdöl- und Erdgasvorkommen
Erdölförderung
Erdgasförderung
Pipeline (in Betrieb)
Erdgasleitung (in Betrieb)
Pipeline (geplant)
Erdgasleitung (geplant)
Russland
nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene Staaten

Südkaukasus: Pipelines und ethnische Konflikte

Die Auflösung der Sowjetunion hat im südlichen Kaukasus die Bildung unabhängiger Staaten ermöglicht. Damit wurden aber auch ethnische Konflikte freigesetzt, für die bislang noch keine Lösung in Sicht ist.

Eine der wichtigsten Ursachen für die Instabilität des südlichen Kaukasus liegt darin, dass die nationalen Konflikte dieser Region noch keine endgültige politische Lösung gefunden haben. Trotz der bestehenden Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen Georgien und seinen »autonomen« Gebieten (1992 mit Südossetien, 1993 mit Abchasien) und auch zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Konflikt um Berg-Karabach können sich die Spannungen jederzeit wieder in offenen Auseinandersetzungen entladen. So ist es im Mai 2004 in Südossetien und im März 2005 in Berg-Karabach geschehen.

Die soziale Polarisierung in diesen Gesellschaften hat einen tiefen Umbruch bewirkt. So führte die hohe Arbeitslosigkeit zu einer ständigen Emigration nach Russland und in die Europäische Union, womit Armenien, Georgien und Aserbaidschan fast ein Fünftel ihrer Bevölkerung verloren haben, darunter viele gut qualifizierte Arbeitskräfte. Die Elite hat sich die Gewinne aus der Privatisierung der Staatsbetriebe zugeschanzt, während zugleich die Masse der Bevölkerung verarmte. Viele Städte und ganze Regionen sind in Stagnation verfallen. In Georgien entlud sich die soziale Unzufriedenheit nach der manipulierten Präsidentschaftswahl vom November 2003. Damals gelang es einer Gruppe junger Reformer, Präsident Eduard Schewardnadse im Zuge der so genannten Rosenrevolution zum Rücktritt zu bewegen.

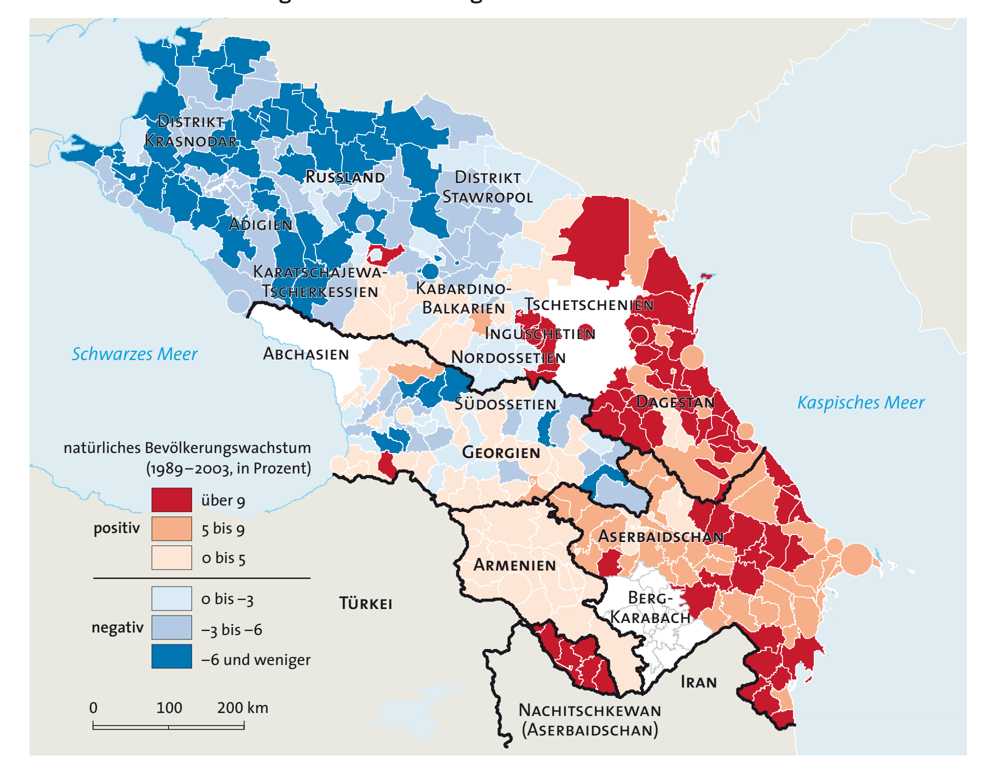
Auch in Armenien und in Aserbaidschan versuchte die Opposition, mit Massendemonstrationen einen Regimewechsel herbeizuführen, doch die Protestbewegungen wurden von Polizei und Geheimdiensten unterdrückt. In beiden Ländern sind die staatlichen Einrichtungen allerdings besser organisiert. Und da sie etwas mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, sitzen die Regierungen dort auch fester im Sattel.

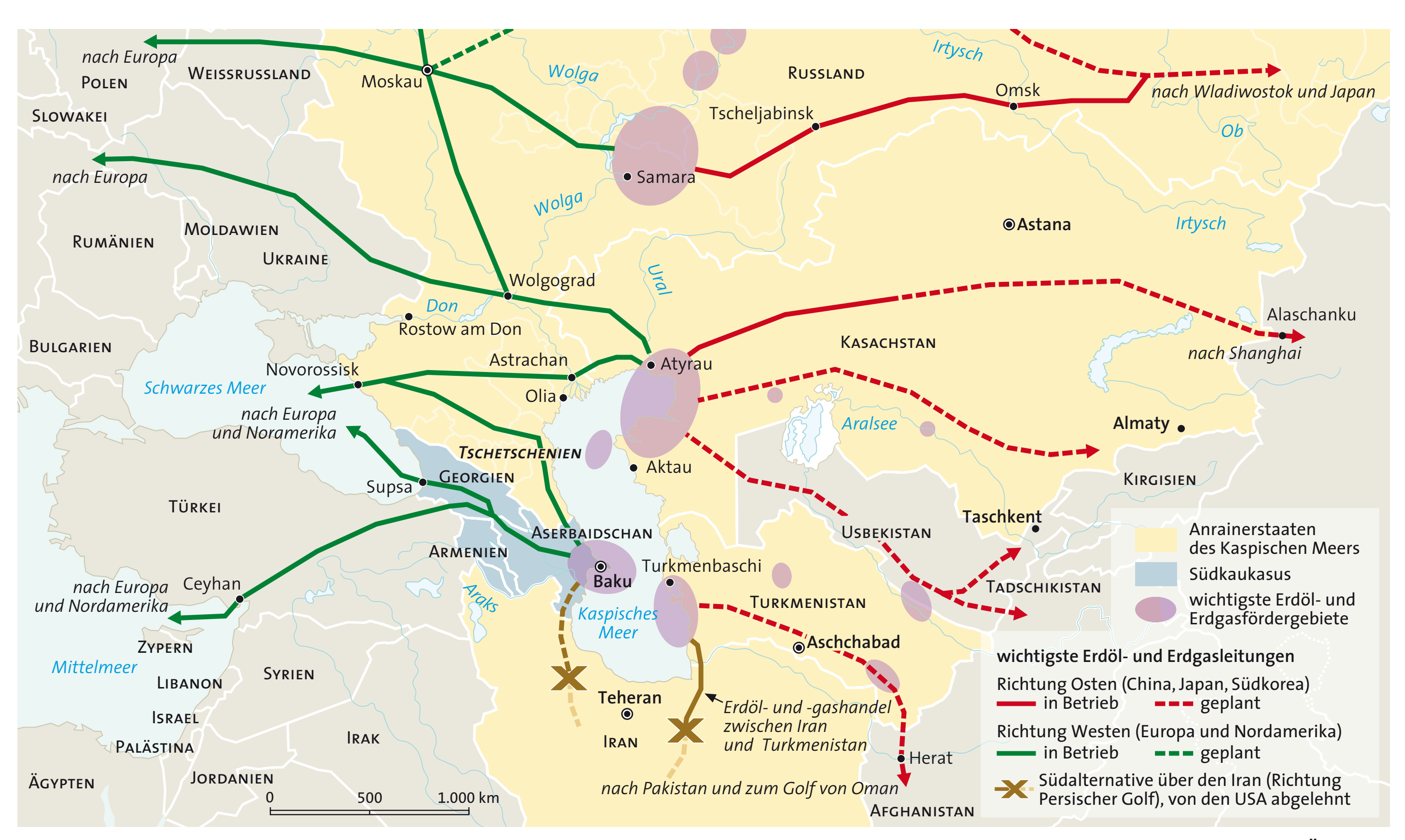
Jenseits der nationalen und sozialen Konflikte sind es die Ölvorkommen des Kaspischen Meers, die das internationale Augenmerk auf die Kaukasusregion lenken. 1994 unterzeichnete ein internationales Kartell unter Führung des britischen Ölkonzerns BP ein Förderabkommen mit Aserbaidschan. Die bestehende Pipeline zwischen Baku und dem Schwarzen Meer wurde renoviert und eine neue Ölpipeline zum türkischen Ölterminal Ceyhan gebaut. Die Investitionen im Ölsektor rückten die Region noch stärker ins Blickfeld der USA, die hier seit 2001 auch militärisch Fuß gefasst haben.

Die USA und die Nato haben einige hundert Militärberater nach Tbilissi entsandt, wo sie angeblich die georgischen Sicherheitskräfte für den Kampf gegen al-Qaida ausbilden sollen. Für Washington ist der Kaukasus in mehrfacher Hinsicht von strategischem Interesse: als Bastion gegen das Wiedererstarken der russischen Großmacht; als Erdölregion, die dazu beiträgt, die Quellen für fossile Brennstoffe zu diversifizieren; und als Basis für die US-Streitkräfte im Norden des »Greater Middle East« *(siehe Seite 122)*.

Moskaus Einfluss im Südkaukasus begann mit der Perestroika-Politik Mitte der 1980er-Jahre zu bröckeln, als auch die nationalistischen Bewegungen erstarkten. Mit der Unabhängigkeit der neuen Staaten verlor das Zentrum jede direkte Kontrolle. Die mit den Konflikten verbundenen Blockaden ließen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen zusammenbrechen. Auch der militärische Einfluss der Russen schwindet, seit ihre Stützpunkte in Aserbaidschan geschlossen sind und Georgien die rasche Auflösung der Basen von Batumi und Achalkalaki zugesagt wurde. Zu Armenien hat Moskau noch enge militärische Beziehungen.

► Geburtenschwache und geburtenstarke Regionen



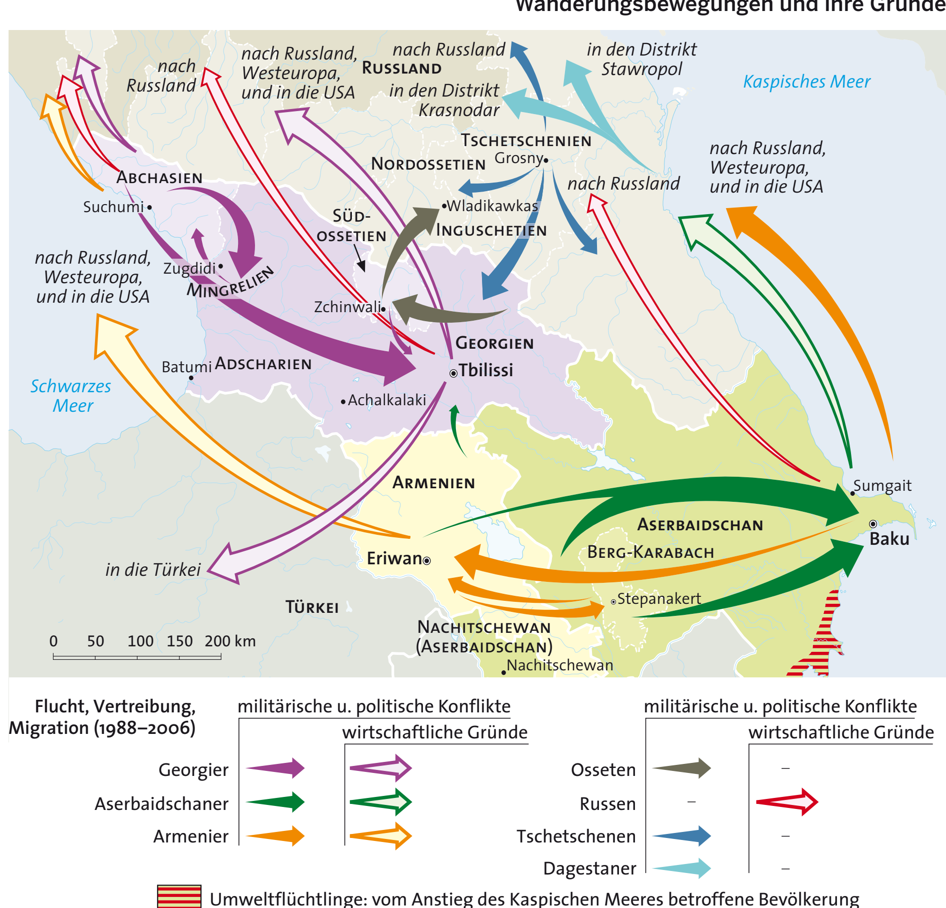


Das Kaspische Meer, eine strategische Ölregion ◀

Hier gibt es noch zwei Stützpunkte. Auch diese Kooperation ist wegen des Drucks von Seiten der USA, die in Eriwan immer aktiver auftreten, gefährdet.

In allen drei Ländern hat Russland in die Wirtschaft investiert, vor allem im Energie- und Bergbausektor, aber auch in den Branchen, die mit dem früheren Militärkomplex zu tun haben. Auf diese Weise hofft man, auf ökonomischem Gebiet wettzumachen, was man politisch eingebüßt hat. Doch weder die Militärstrategie Washingtons noch die Realpolitik Moskaus bietet den Völkern des südlichen Kaukasus eine Perspektive. Sie wollen in die EU, was sowohl den heimischen Eliten als auch der breiten Bevölkerung wirtschaftliche und soziale Vorteile bringen könnte und die Rechte der Minderheiten garantieren würde. Die EU gewinnt an der Region ein immer größeres Interesse, und zwar zum einen aufgrund der Rosenrevolution, zum anderen im Hinblick auf ihre eigene Erweiterungsperspektive. Denn schon 2007 werden die drei Staaten des südlichen Kaukasus zu den »neuen europäischen Nachbarn« zählen, weil der Kaukasus von den EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien nur noch durch das Schwarze Meer getrennt sein wird.

Wanderungsbewegungen und ihre Gründe ◀



Moldawien: Ein Land sucht den Anschluss

Moldawien liegt an der Grenze zweier kultureller Großregionen, zwischen Zentraleuropa und dem Teil Osteuropas, der historisch an Russland orientiert war. Obwohl in Chişinau heute ein »kommunistischer« Präsident regiert, hat sich das Land mit Moskau überworfen und orientiert sich an der EU. Ungelöst bleibt jedoch der Konflikt um die sezessionistische Region Transnistrien.

Als die Rote Armee 1945 erneut in Bessarabien einmarschierte, nachdem sie das Gebiet schon 1939 bis 1941 aufgrund des Molotow-Ribbentrop-Pakts besetzt hatte, entschied Josef Stalin, die Budschaksteppe der Ukraine zuzuschlagen, die damit einen Zugang zum Donaudelta erhielt. Für die neu gegründete Republik Moldawien bedeutete dies, dass sie vom Schwarzen Meer abgeschnitten war und zum Binnenstaat wurde. Dagegen blieb Transnistrien ein Teil Moldawiens. Der schmale Gebietsstreifen östlich des Dnjestr, der bei einer Länge von 250 km durchschnittlich nur 20 km breit ist, war 1924 von der Ukraine abgetrennt und der neu gegründeten Moldawischen Autonomen Region angegliedert worden.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Transnistrien eine Art Symbol für den russischen Anspruch auf die Kontrolle Bessarabiens, von 1918 bis 1945 eine Provinz Rumäniens. Die Region war mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnt, hier war die Schwerindustrie des Landes – u. a. mit einem Stahlkombinat – konzentriert, und hier stand auch die 14. Armee, die Transnistrien zu einem wichtigen strategischen Raum an der Südostflanke der Sowjetunion machte.

Als Moldawien 1990 seine Unabhängigkeit erklärte, plädierte ein Teil der nationalen Elite für den Zusammenschluss mit Rumänien. Die Begründung lautete, entgegen der zu Zeiten des sowjetischen Blocks gültigen Fiktion seien alle Moldawier im Grunde Rumänen: Sowohl die in der vormaligen UdSSR als auch die in Ostrumänien lebenden Moldawier sprechen Rumänisch und sind der Religion nach orthodoxe Christen. In diesem Sinne forderten die nationalen Kreise auch, die moldawische orthodoxe Kirche statt dem Patriarchat von Moskau dem Patriarchat von Bukarest zu unterstellen.

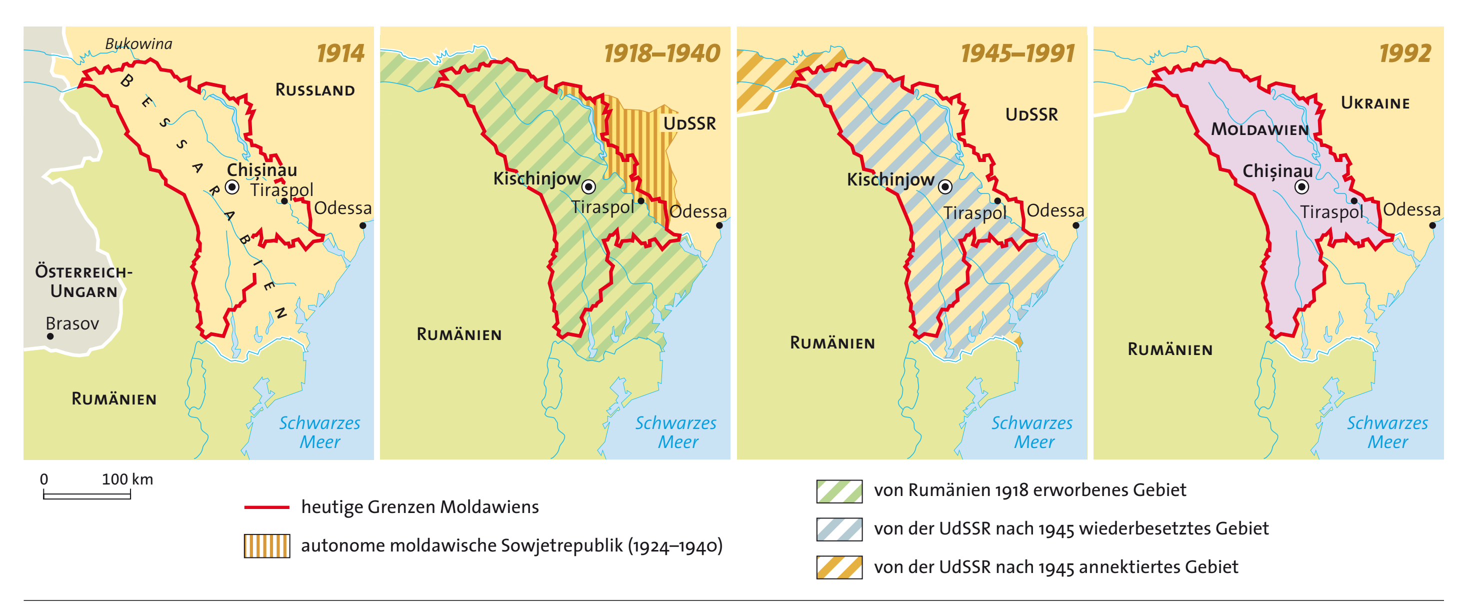
Die Russen und Ukrainer Transnistriens waren gegen eine solche Fusion und schufen mit Hilfe Moskaus die Transnistrische Moldauische Republik (TMR), die sich von Moldawien abspaltete. Auch die Absage des ersten moldawischen Präsidenten Mircea Snegur an die Idee eines Anschlusses an Rumänien (»ein Volk, zwei Staaten«) vermochte die Gemüter nicht zu beruhigen. Zumal dieser Erklärung 1992 der fatale Versuch vorausgegangen war, das Territorium jenseits des Dnjestr gewaltsam zurückzuholen, was aber die 14. Armee unter Befehl von General Lebed vereitelt hatte.

Andere Unabhängigkeitsbestrebungen konnte die Regierung in Chişinau auffangen, indem sie zum Beispiel den Gagau-

► Ethnien und Sprachen

Politik und Wirtschaft ◄





Ein Jahrhundert zwischen mächtigen Nachbarn ◀

sen, einem Turkvolk christlich-orthodoxen Glaubens, einen territorialen Autonomiestatus zugestand. Der Transnistrienkonflikt hingegen blieb ungelöst, nachdem auch eine Fünfergruppe – Russland, Ukraine, OSZE, Moldawien und die TMR selbst – keine Formel für einen politischen Kompromiss finden konnte.

Die TMR entwickelte sich unter ihrem Präsident Igor Smirnow zu einem »schwarzen Loch«, das dem Schmuggel mit Waffen, Menschen, Erdölprodukten und anderen Waren ideale Entfaltungsbedingungen bot. Als der Regierung in Chişinau klar wurde, wie halbherzig Moskau die Wiedervereinigung des Landes unterstützte, gründete sie zusammen mit Georgien, der Ukraine und Aserbaidschan die Guam (benannt nach den Anfangsbuchstaben der Mitgliedstaaten). Diese Gruppierung, der zeitweise auch Usbekistan angehörte, ist westlich orientiert und kritisiert immer wieder die Konflikt schürende Rolle Moskaus in sezessionistischen Regionen wie Abchasien und eben Transnistrien.

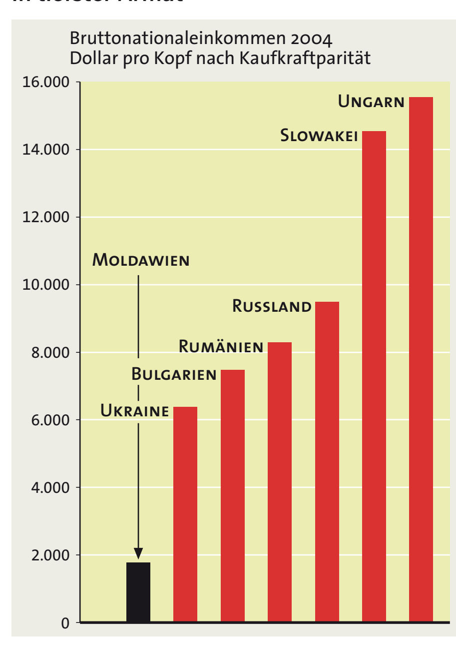
Aus der Präsidentschaftswahl von 2001 ging der Vorsitzende der kommunistischen Partei Moldawiens, Wladimir Woronin, als Sieger hervor. Im Wahlkampf hatte er für die Wiederannäherung an Russland geworben. Er versprach sich von Moskau konkrete Hilfe bei der Lösung des Transnistrienkonflikts und machte dafür einige heftig kritisierte Kompromisse: Moldawisch gilt fortan als gegenüber dem Rumänischen eigenständige Sprache, die moldawische Geschichte soll umgeschrieben werden, russisches Kapital soll Großbetriebe kaufen dürfen.

Im November 2003 schien eine Lösung in greifbare Nähe gerückt. Der unter Umgehung der OSZE ausgearbeitete Kozak-Plan (nach dem Emissär des russischen Präsidenten Putin) sah eine asymmetrische Föderation mit zwei autonomen Gebieten vor (Gagausen-Region und TMR). Doch die Zugeständnisse an Moskau (Vetorecht für die TMR-Vertreter im Bundesparlament, weitere 20 Jahre russische Militärpräsenz, obwohl die 14. Armee schon 2002 hätte abgezogen werden sollen) lösten bei der Opposition Entrüstung aus.

Unter dem Druck der Straße und der OSZE verwarf Präsident Woronin schließlich den Plan. Das Ergebnis war eine schwere Krise mit Moskau und eine Annäherung an die Europäische Union. Doch für Woronin hat sich der Kurswechsel gelohnt, denn im April 2005 gelang ihm die Wiederwahl.

Mit dem Erfolg der »Revolution in Orange« in Kiew ist eine neue Situation entstanden. Jetzt könnte erstmals die ukrainische Grenze zur TMR strikt kontrolliert werden, um den Schmuggel einzudämmen. Auch die Guam-Gruppe gewinnt wieder an Bedeutung und wird um eine energiepolitische Komponente erweitert. Nach einem zwischen Kiew und Chişinau vereinbarten Gebietsaustausch kann Moldawien seinen Zugang zur Donau ausbauen und in Giurgiulesti einen Ölverladehafen und eine Raffinerie bauen, womit es von russischen Gaslieferungen unabhängiger wird. Doch eine Lösung des Transnistrienkonflikts ist immer noch nicht in Sicht.

▶ In tiefster Armut



WWW

Berichte der OSZE-Mission in Moldawien
• www.osce.org/moldova
Bericht des Europarats in englisch
• www.coe.int/T/E/Com/Files/Events/2003-09-Frozen-conflicts
über Transnistrien
• transdniestria.com

Exjugoslawien: Der Zerfall ist noch nicht zu Ende

Bei den blutigen Konflikten in den 1990er-Jahren ging es um die territoriale Aufteilung, aber auch um den Status der Minderheiten in den neuen Staaten. Die »ethnischen Säuberungen« – in Bosnien wie auch in Kroatien und im Kosovo – bestimmen die Lage der Vertriebenen bis heute. Deren Rückkehr sowie eine allgemeine politische Versöhnung werden jedoch erst möglich, wenn die Kriegsverbrecher bestraft sind.

Der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 kannte im Grunde keinen Sieger. Dasselbe gilt für den kriegerischen Konflikt im Kosovo und erst recht für seine letzte Phase, die durch die Nato-Luftangriffe im Frühjahr 1999 gekennzeichnet war.

Die Waffenstillstandsvereinbarung, die Ende 1995 bei den Verhandlungen in Dayton (USA) zustande kam, installierte innerhalb eines als souverän anerkannten Staates eine Art Protektorat. Der Staat Bosnien-Herzegowina blieb zwar innerhalb seiner alten Grenzen erhalten, wurde jedoch in ethnische »Gebietseinheiten« aufgeteilt, die das Ergebnis eines Krieges waren, dessen Gründe und Verlauf noch heute innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich dargestellt werden.

Beim Aushandeln wie bei der Umsetzung der Dayton-Vereinbarungen waren die Großmächte auf die drei Repräsentanten der beteiligten Konfliktpartner angewiesen: den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević, den kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman und den »Bosniaken« (muslimischen Bosnier) Alija Izetbegović, damals Präsident von Bosnien-Herzegowina. Alle drei sind inzwischen gestorben. Milošević 2006 als Angeklagter vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, Tudjman 1999 noch im Amt und Izetbegović 2003 im Ruhestand. Die von ihnen unterzeichneten Verträge bescherten dem Land eine Verfassung, die man Ende 2005, zehn Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten, für nicht praktizierbar erklären musste.

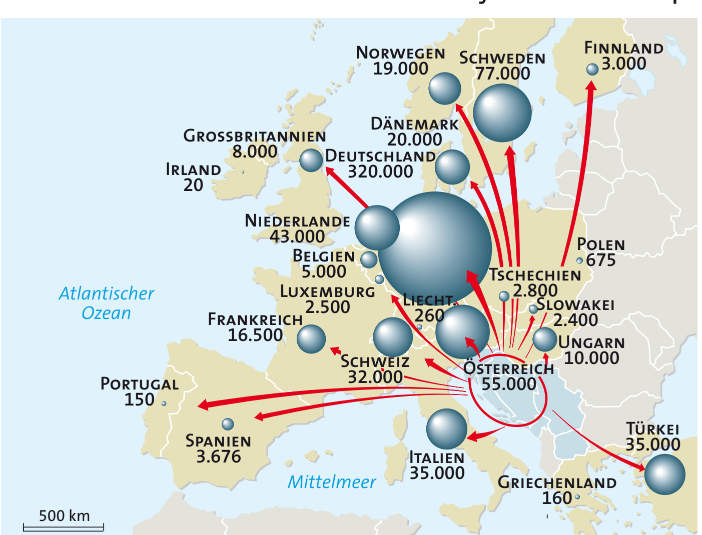
Das Dayton-Abkommen hat die Macht des Belgrader Regimes auch dadurch konsolidiert, dass es sowohl das Thema Kosovo aussparte als auch die ethnischen Säuberungen, denen im Sommer 1995 die etwa 300.000 Serben auf kroatischem Gebiet (vor allem in der Krajina) zum Opfer gefallen waren. Die Großmächte segneten damit die Vertreibung der serbischen Minderheit ab, die seitdem nur noch 5 statt wie vorher 12 Prozent der Bevölkerung Kroatiens ausmacht.

Trotz dieser Defizite des Dayton-Abkommens, die immer noch nicht behoben sind, hat die EU dem beitrittswilligen Kroatien Ende 2005 den offiziellen Kandidatenstatus bescheinigt. Zum selben Zeitpunkt wurden mit Bosnien-Herzegowina Gespräche über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) eröffnet, das perspektivisch in die EU führt.

Weniger klar ist, was mit dem Kosovo geschehen soll. Nachdem die albanisch-kosovarische Befreiungsarmee UÇK den

► Flucht und Vertreibung (1991–2001)

Bosnische Asylbewerber in Europa ◄





▶ **Was vom Vielvölkerstaat übrig blieb**

bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit intensiviert hatte, wurde sie als »terroristische« Organisation gesehen, bis sie 1998 von Washington politisch instrumentalisiert wurde. Nachdem es 1999 auf der Konferenz von Rambouillet nicht gelungen war, den Status der Provinz zu klären, versuchte die Nato mangels Billigung der UNO, ihre Intervention durch die Beteiligung der EU zu legitimieren. Die Kosovoalbaner sahen jetzt die Chance eines Bruchs zwischen Belgrad und Brüssel gekommen, der am Ende ihre Unabhängigkeit ermöglichen würde.

Der Krieg endete dann jedoch mit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats. Mit Zustimmung von Slobodan Milošević wurde das Kosovo damit der Verwaltung durch die UNO unterstellt, doch formal blieb es ein Teil Serbiens, das in diesem Punkt die Rechtsnachfolge Jugoslawiens antrat. Im Februar 2006 begannen neue Verhandlungen über den Status der Provinz, an deren Ende ein Formelkompromiss bei faktischer Unabhängigkeit des Kosovo stehen könnte.

Inzwischen leiden sowohl das Kosovo als auch Bosnien-Herzegowina an einem Abhängigkeitssyndrom, insofern beide Gebiete für ihr Überleben auf die internationalen Institutionen angewiesen sind. Der Wiederaufbau kommt nicht voran, die Arbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent, wozu die Härten neoliberaler Wirtschaftskonzepte ebenso beitragen wie die Ungewissheit des künftigen politischen Status.

Der Krieg hat Wunden geschlagen, die bis heute nicht verheilt sind. Und sein Resultat ist ein Friedenszustand, der weder funktionierende Staatswesen noch sozialen Fortschritt gebracht hat. Auch nach mehr als zehn Jahren Quasiprotektorat sind in Bosnien-Herzegowina noch immer nicht alle Verschwundenen von Srebrenica gefunden, und auch die Verantwortung der Blauhelmsoldaten, die die muslimische Enklave schützen sollten, wurde noch nicht aufgearbeitet. Eine Million Menschen – die Hälfte aller Vertriebenen und Flüchtlinge – sind noch nicht an ihre alten Wohnorte zurückgekehrt, darunter auch 200.000 Serben, die in Kroation lebten. Das liegt in den meisten Fällen an der Schwierigkeit, den verlassenen Besitz zurückzuerlangen, und an der allgemeinen Unsicherheit. Auch aus dem Kosovo sind seit Juni 1999 – trotz der Präsenz von Nato-Truppen – fast 200 000 Nichtalbaner, hauptsächlich Serben, geflohen. Besonders dramatisch ist dabei die Diskriminierung der Roma, die von vielen Albanern für Kollaborateure mit der serbischen Macht gehalten werden.

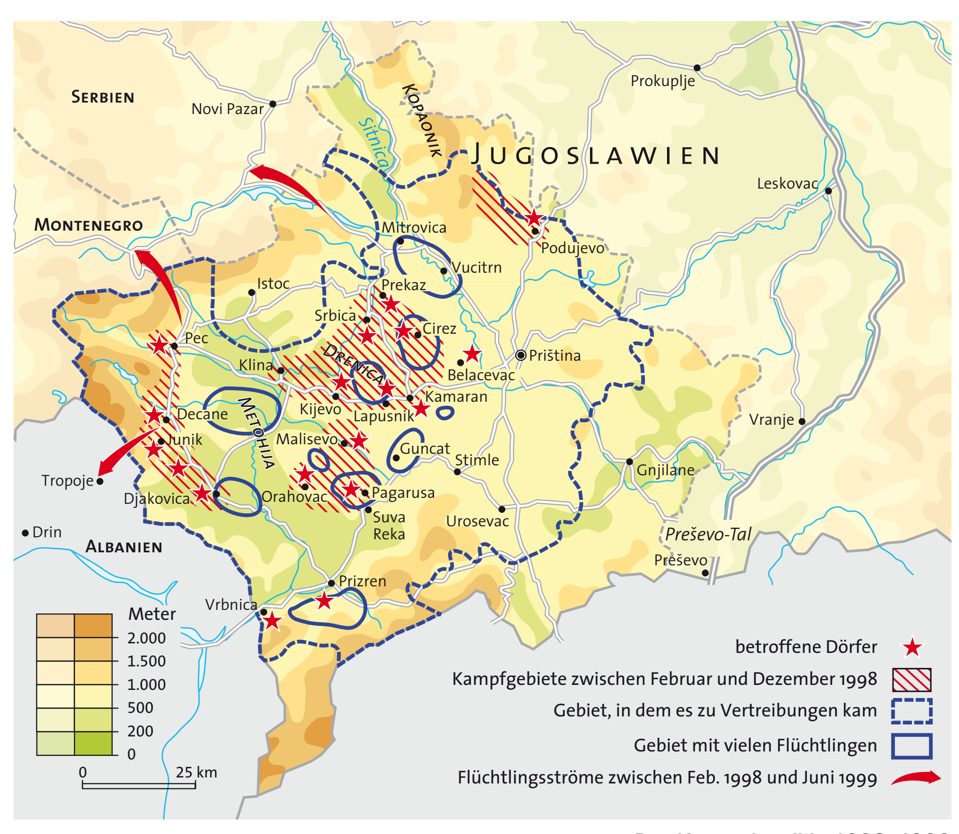
Entscheidend für eine Versöhnung ist die Bestrafung der Verbrechen. Doch zehn vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) angeklagte Verbrecher befinden sich nach wie vor auf freiem Fuß, darunter der militärische und der politische Führer der bosnischen Serben, Ratko Mladić und Radovan Karadžić . Und in ihrem Herkunftsgebiet gelten die Beschuldigten vielfach als Helden. Die USA machen es deren Unterstützern leicht. Während Washington in Exjugoslawien moralische Noten verteilt, missachtet es selbst das internationale Recht, etwa in Guantánamo, auf dessen Basis Kriegsverbrecher abgeurteilt werden. Und verweigert jede Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, der weltweit dieselbe Aufgabe wie das Jugoslawientribunal wahrnehmen soll.

WWW

Gründlich, auf englisch: Znet Balkan Watch
• www.zmag.org/balkanwatch/balkanwatch.htm
Analysen und aktuelle Nachrichten
• balkans.courriers.info
Website des Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
• www.un.org/icty
Informative Analysen
• www.strategic-road.com/dossiers/balkanfr.htm
zum Stabilitätspakt Südosteuropa (mit links)
• www.stabilitaetspakt-soe.de

Kosovo: albanische Zukunft in einer unruhigen Region

Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die internationale Gemeinschaft ein unabhängiges Kosovo zulässt. Dass sie noch zögert, hat vor allem einen Grund: Der neue, albanisch geprägte Staat könnte die großalbanischen Träume beflügeln, die extremistische Kräfte in Montenegro, Mazedonien und auch in Albanien hegen.



Der Kosovokonflikt 1998–1999 ◀

Im Januar 2005 erschossen serbische Soldaten einen albanischen Jugendlichen, als er im albanisch besiedelten Presevo-Tal die serbisch-mazedonische Grenze überschritt. Belgrad hat diesen »Irrtum« zwar bedauert, aber solche Zwischenfälle machen deutlich, dass im Dreiländereck Serbien, Mazedonien und Kosovo das Bewusstsein einer Grenze schwach ausgeprägt ist. Die Bewohner der albanischen Dörfer in Südserbien und in der Gegend von Kumanovo auf mazedonischer Seite fühlen sich seit jeher demselben kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Raum zugehörig.

Der Grenzverlauf zwischen Serbien und Mazedonien wurde erst im Februar 2001 von den Parlamenten in Skopje und Belgrad formell festgelegt, was klar zu Lasten der albanischen Bevölkerung ging, die bei dieser Entscheidung nicht mitzureden hatte. Diese Missachtung diente dann als Vorwand zur Gründung von zwei albanischen Guerillabewegungen: der »Nationalen Befreiungsarmee« (UCKM) in Mazedonien und der »Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanova« (UCPMB) im Presevo-Tal, das von den Albanern auch als Ostkosovo bezeichnet wird.

Tatsächlich waren diese Gründungen jedoch Teil einer umfassenden Strategie, mit der die albanischen Nationalisten eine schnelle Entscheidung über den Status des Kosovo erzwingen wollten. Ihnen war inzwischen klar geworden, dass die »internationale Gemeinschaft« sich nicht mit dem Gedanken an eine Unabhängigkeit der Provinz anfreunden mochte, die seit Juni 1999 dem Protektorat der Vereinten Nationen unterstand. Die Nationalisten hofften, neue Spannungsherde könnten die »albanische Frage« – im Sinne eines die bestehenden Grenzen überschreitenden Großalbanien – auf die Tagesordnung setzen.



Die rote Linie umgrenzt das heutige Kosovo.



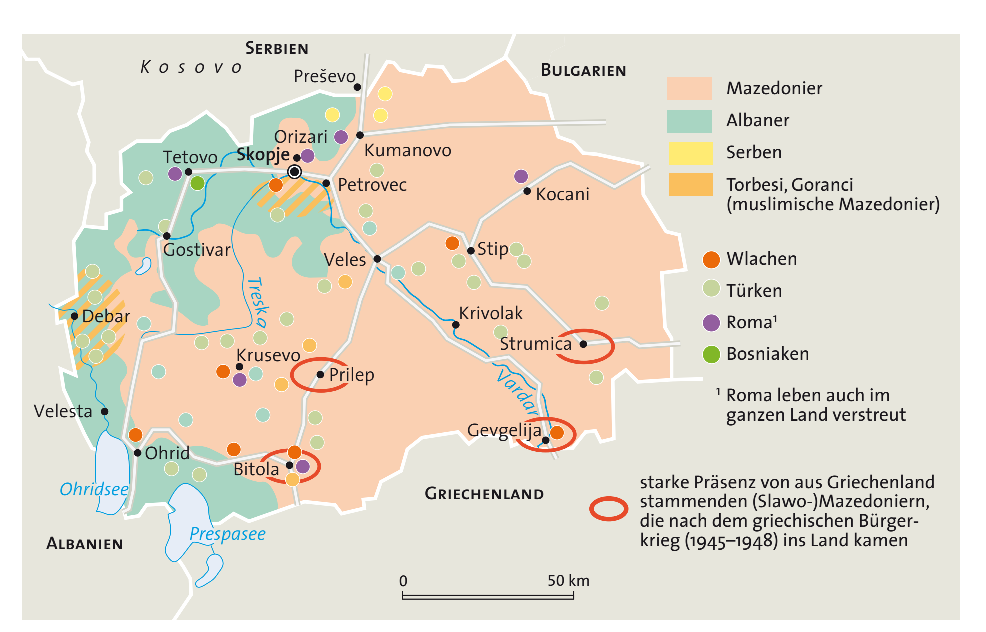
Doch Nato, UNO und EU stellten sich bei der Suche nach eine Lösung für die Krise im Presevo-Tal hinter Belgrad. Mit dem im Mai 2001 geschlossenen Konculj-Abkommen wurde die Auflösung der UCPMB erreicht. Als Gegenleistung erhielt die albanische Bevölkerung eine bessere lokale Integration. Im August 2001 folgte das Rahmenabkommen von Ohrid, das die albanische Guerilla in Mazedonien in einem Moment neutralisierte, da das Land im Bürgerkrieg zu versinken drohte. Das Ohrid-Abkommen sah eine Verfassung vor, die allen in Mazedonien lebenden Volksgruppen (Mazedoniern, Albanern, Türken, Roma, Serben) die gleichen Rechte verleiht und das Land weitgehend dezentralisiert, was vor allem den albanisch besiedelten Gebieten im Westen zugute kommt.

Die konkrete Umsetzung beider Abkommen kommt jedoch nur schleppend voran. Das hängt auch damit zusammen, dass der endgültige Status des Kosovo noch immer nicht feststeht und die wirtschaftliche Misere die Menschen unzufrieden macht. Immerhin hat es aber seit 2001 keine Guerillagruppe mehr geschafft, in der Region neue Unruhe zu schüren.

Zwar traten verschiedene bewaffnete Gruppen in Erscheinung, etwa die »Albanische Nationalarmee« (AKSH), die im Grunde nur aus jungen Leuten bestand, die im Kosovokrieg gekämpft hatten und seitdem ohne Beschäftigung waren. Diese »Feierabendkrieger für ein Großalbanien« sind stark mit kriminellen Aktivitäten beschäftigt. So ist das Presevo-Tal seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Stationen auf der »türkischen Route«, über die Heroin nach Westeuropa gelangt.

Entscheidend wird jedoch sein, was im Kosovo selbst geschieht. Die Albanerparteien rücken die Unabhängigkeit ins Zentrum ihrer politischen Forderungen, wobei sie jede Veränderung der Grenzverlaufs ausschließen. Diese Haltung resultiert aus strategischen Erwägungen: Die Albaner wollen auch in einem unabhängigen Kosovo die Kontrolle über die überwiegend von Serben bewohnten Regionen – vor allem um Mitrovica im Norden – behalten. Doch wer gegen eine Aufteilung des Kosovo ist, muss logischerweise an allen bestehenden Grenzen festhalten – was wiederum den Albanern des Presevo-Tals überhaupt nicht gefällt, die den »Anschluss« an das Kosovo wollen.

Eine vorgezogene Entscheidung über den endgültigen Status des Kosovo, die schon vor Ende 2006 fallen könnte, stellt die Region vor eine gefährliche Alternative. Wird die Unabhängigkeit verweigert oder aufgeschoben, würde nicht nur die albanische Bevölkerungsmehrheit mit Empörung reagieren, es könnte auch zu neuen Unruhen im Presevo-Tal, in Mazedonien und sogar in Montenegro kommen. Umgekehrt könnte ein unabhängiges Kosovo eine solche Anziehungskraft auf die albanische Bevölkerung der umliegenden Länder ausüben, dass womöglich Mazedonien auseinander gerissen würde. Dies würde mehrere Grenzen in der Region wieder infrage stellen.



Der Nachbar im Süden – Mazedonien und seine Ethnien ◀

www

United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
• www.unmikonline.org
aus albanischer Sicht (mit Links)
• www.alb-net.com
fundierte Informationen vom Institute for War and Peace Reporting
• www.iwpr.net
Albanian-Serb Information Exchange Forum
• www.kosovakosovo.com

Die albanische Frage im 19. und 20. Jahrhundert ◀







Zypern: Die EU erbt einen Krisenherd

Das Zypernproblem steht seit fünfzig Jahren auf der internationalen Tagesordnung, doch ein Kompromiss zwischen griechischer und türkischer Volksgruppe ist nicht in Sicht. Die Hoffnung der EU, dass die Aufnahme der geteilten Republik eine Wiedervereinigung fördern könnte, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr schafft der Zypernkonflikt der Union erhebliche Probleme, auch im Verhältnis zum Beitrittskandidaten Türkei.

Das Zypernproblem ist eine Hinterlassenschaft der Kolonialgeschichte, doch seine Schärfe und Dauer ist eine Folge der konkurrierenden Aspirationen der griechischen und der türkischen Volksgruppe und ihrer »Mutterländer«. Das ursprüngliche Ziel der griechischen Mehrheit (80 Prozent der Bevölkerung) war die Vereinigung mit Griechenland (Enosis), das der türkischen Minderheit (18 Prozent der Bevölkerung) die Teilung (Taksim) und ein separater Staat. Beide nationalistischen Konzepte schienen 1960 durch die Gründung der Republik Zypern neutralisiert.

Doch die Führer beider Volksgruppen verfolgten ihre Maximalziele weiter, wenngleich mit unterschiedlichem Erfolg. 1963 provozierte die griechische Führung einen Bürgerkrieg, der Enosis herbeiführen sollte, tatsächlich aber die Entflechtung beider Volksgruppen in Gang setzte, die bis dahin als gute Nachbarn gelebt hatten. Die Mehrheit der türkischen Zyprioten zog sich in Enklaven zurück, die ihre Führer auf Zypern und in Ankara als Keimform eines Separatstaats sahen *(siehe Karte rechts: 1970)*.

Das türkische Maximalziel erfüllte sich 1974 mit dem Putsch der Athener Obristen gegen die Regierung Makarios. Der bot Ankara die Chance zu einer Invasion, deren Resultate den Zypernkonflikt bis heute bestimmen: dauerhafte Okkupation von 36 Prozent des Territoriums; Flucht von 160.000 griechischen Zyprioten nach Süden; Entstehung zweier »ethnisch bereinigter« Zonen: eines türkisch besiedelten Nordens und eines griechisch besiedelten Südens.

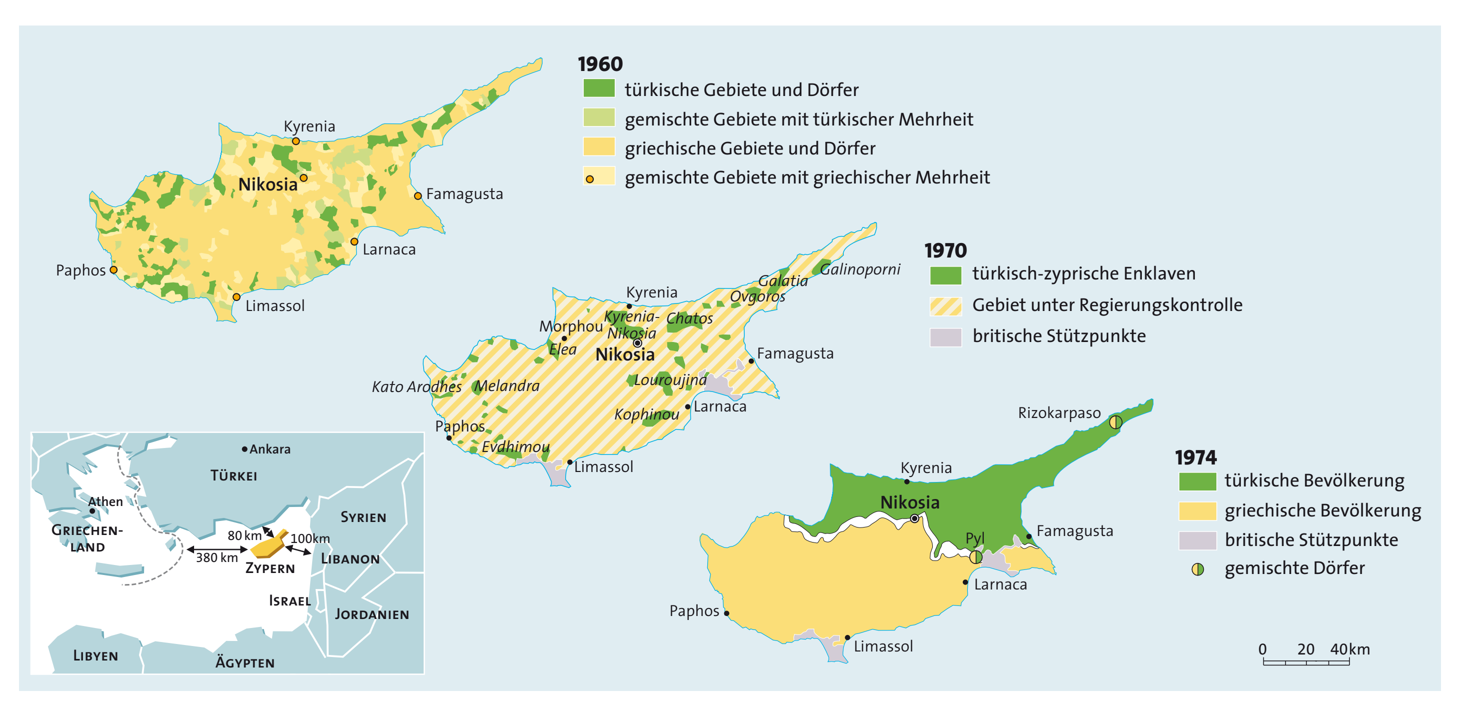
Obwohl der Süden völkerrechtlich ganz Zypern repräsentiert, ist der Norden bis heute faktisch ein türkisches Protektorat, das als Staat nur von Ankara anerkannt wird. Seit 1975 bemühten sich die Vereinten Nationen vergebens, die Teilung wie auch die völkerrechtliche Anomalie zu überwinden. Die Erfolgschancen besserten sich erst, als die EU gleich doppelt in die Zypern-Frage involviert wurde: mit der Aufnahme der Republik Zypern zum 1. Mai 2004 und mit der Beitrittsperspektive für die Türkei, ermöglicht durch die Reformpolitik der Regierung Erdogan.

Als begünstigende Faktoren kamen hinzu: die positive Haltung der Athener Regierung, die Rebellion der türkischen Zyprioten gegen die Politik ihres Präsidenten Denktasch, der eine Lösung wie auch die EU-Perspektive blockiert hatte, und die konfliktfreie Begegnung beider Volksgruppen nach Öffnung der »grünen Linie« im Frühjahr 2003. Diese Konstellation ermutigte den UN-Generalsekretär im November 2003 zu einer neuen Initiative. Doch der Annan-Plan, der ein wiedervereinigtes Zypern in Form einer »bizonalen Föderation« unter dem Dach der EU vorsah, wurde von den griechischen Zyprioten mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem ihr Präsident den Plan als »selbstzerstörerisch« bezeichnet hatte.

Die Fronten haben sich seit dem Referendum vom April 2004 noch verhärtet. Im Süden haben die Kräfte Oberwasser, die ihr politisches Kapital in die Teilung investieren. Die Politik der Regierung Papadopoulos zielt faktisch auf die individuelle Reintegration der türkischen Zyprioten in die griechisch dominierte Republik statt auf eine Föderation zweier gleichberechtigter Partner. Im Norden wiederum ist die vereinigungswillige Regierung Talat heute von der Regierung Erdogan ebenso abhängig wie vormals das Denktasch-Regime von der türkischen Armee. Und dass die Polizei noch immer dem Oberbefehlshaber der türkischen Besatzungstruppen untersteht, zeigt,

▶ **Das geteilte Nikosia**





Die ethnische Trennung ◄

dass weder Erdogan noch Talat die Interessen der türkischen Armee in Zypern anzutasten wagen.

Die Teilung wird auch durch die ökonomischen Entwicklungen zementiert. Der Süden, dessen lebenswichtiger Tourismus in der Krise steckt, hat kein Interesse, den Tourismus des Nordens aufzuwerten. In anderen Branchen gibt es massiven Widerstand gegen die Öffnung für billige Produkte des türkischen Sektors, die von EU-Seite befürwortet wird. Im Norden lebt die Konjunktur von einem Bauboom in Form touristischer Projekte, die großenteils auf griechischem Grundbesitz entstehen. Das aber ist ein massives Hindernis für eine politische Lösung, die maßgeblich von einer Regelung der Eigentumsansprüche abhängt, wobei die zypriotischen »Alteigentümer« ihre Ansprüche auf Entscheidungen der höchsten EU-Gerichte stützen können.

Die EU selbst hat keinen großen Einfluss auf die Entwicklung der Dinge. Da die Regierung Papadopoulous dem Klub angehört, kann sie missliebige Initiativen der EU-Kommission zugunsten der türkischen Zyprioten jederzeit blockieren. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU, die z. B. die Öffnung türkischer Häfen für zypriotische Schiffe fordert. Damit hängt die Zypernfrage wie ein Damoklesschwert über den Beitrittsverhandlungen Ankaras. Wobei die EU-skeptischen politischen Kräfte in Ankara wie auch die Türkei-skeptischen Kreise innerhalb der Union diese Frage instrumentalisieren können, um die europäische Perspektive der Türkei zu torpedieren. Sollten diese Kräfte die Oberhand behalten, wäre die Teilung Zyperns endgültig.

WWW

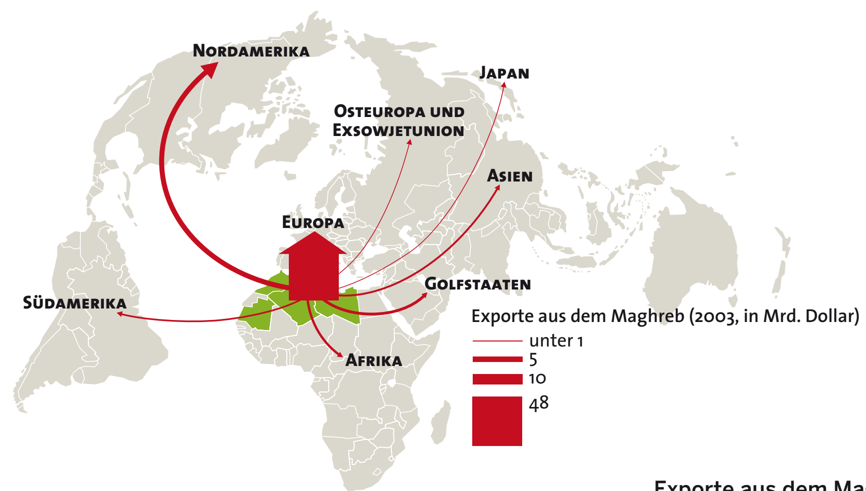
aktuelle Nachrichten auf Englisch
• www.cyprus-mail/com/news
Deutsch-Zypriotischen Forum (mit Links)
• www.dzforum.de/0401.php
British High Commision in Cyprus
• www.britain.org.cy

Eine besetzte Insel ◄



Enttäuschte Hoffnungen im Maghreb

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 zählten die Maghrebländer Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen international eher zu den Nebenschauplätzen des Nahostkonflikts. Der anschließende Krieg gegen den Terrorismus ermöglichte es den Machthabern der Region, an ihren autoritären Herrschaftsformen festzuhalten.



Exporte aus dem Maghreb ◀

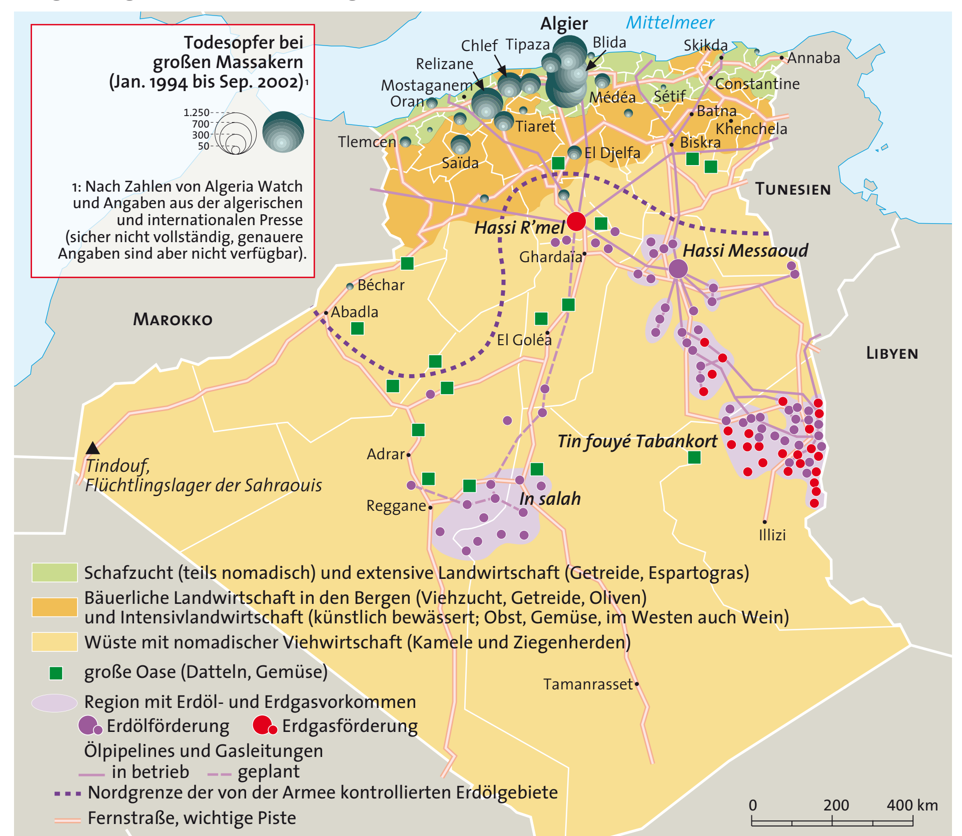
Im Jahr 1999, als in Algerien Abdelaziz Bouteflika zum Staatspräsidenten gewählt wurde und in Marokko König Mohamed VI. den Thron bestieg, keimte in den Maghrebländern die Hoffnung auf Veränderungen, obgleich das Regime in Tunesien völlig verknöchert schien und Libyen noch im politischen Abseits stand.

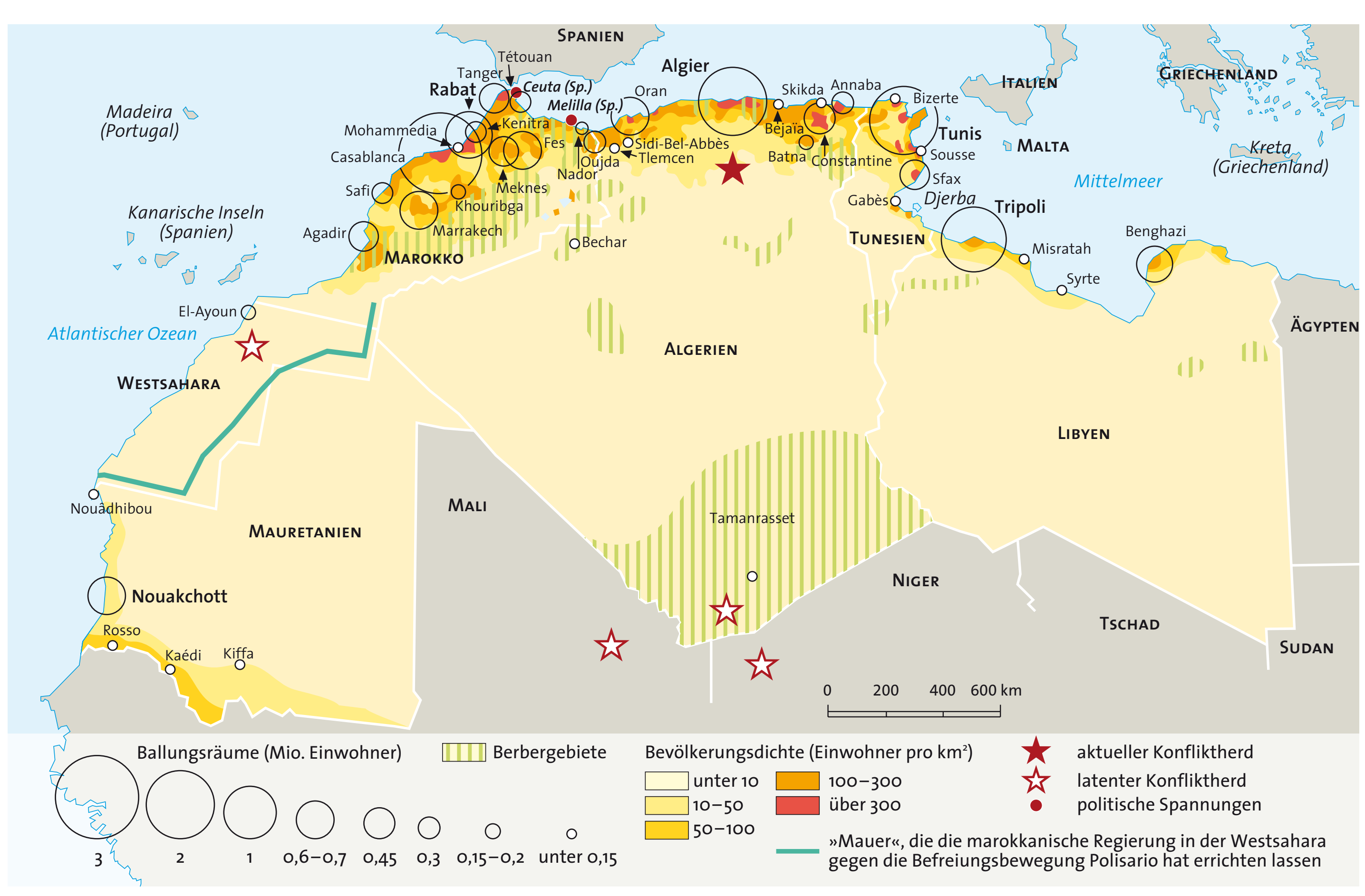
Doch in der Folge hielten die neuen Machthaber in Algerien und Marokko nicht, was sich ihre Partner im Norden und Westen und viele Menschen im Maghreb (vor allem die Jugend und die Frauen) von ihnen versprochen hatten, sondern machten im alten Trott weiter. Dabei kam ihnen zugute, dass sie nach dem 11. September 2001 ihr rabiates Vorgehen gegen die Islamisten als eine Variante der Terrorismusbekämpfung legitimieren konnten.

So versuchte die politisch-militärische Führung in Algerien, den Bürgerkrieg (mit mehr als 150.000 Toten und fast 7000 »Verschwundenen«) zum Bestandteil eines internationalen Kampfs zu erklären, unter dem Algerien besonders früh zu leiden gehabt habe. Nach der neuen Lesart ging dieser Konflikt nicht etwa auf den Abbruch der Parlamentswahlen vom Januar 1992 zurück, sondern war ein Werk des internationalen Terrorismus. Algerien gab sich als leidgeprüftes Opfer und bot Washington einen »Erfahrungsaustausch« an – vor allem in Form von Informationen über flüchtige Terrorverdächtige. Die Rechnung ging auf: Das Regime konnte seine Beziehungen zu vielen Staaten und internationalen Organisationen normalisieren. So unterschrieb Algerien ein Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union (EU) und begann Verhandlungen über den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO), Präsident Bouteflika durfte an den G8-Gipfeltreffen teilnehmen, der Handelsaustausch mit den USA nahm zu, die Streitkräfte veranstalteten im Mittelmeer gemeinsame Manöver mit der Nato.

Angesichts der neuen Situation intensivierten auch Rabat und Washington ihre Zusammenarbeit. 2005 erhielt Marokko 57 Millionen US-Dollar an Hilfsgeldern aus den USA – 37 Millionen mehr als im Vorjahr. Im Juni 2004 hatten beide Länder ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, das schrittweise 95 Prozent der

▶ Bürgerkrieg und Wirtschaft in Algerien





Konflikte und Spannungen in Nordafrika ◀

Zölle auf Industrie- und Konsumgüter abbauen soll. Zugleich erklärte US-Präsident Bush Marokko zu einem »wichtigen Verbündeten außerhalb der Nato«.

Auch Tunesien und Libyen wirkten im Krieg gegen den Terrorismus mit. Das gab Tripolis die Chance, das Image des »Schurkenstaats« los zu werden und sich auf der internationalen Bühne zurückmelden. Nachdem Staatschef Muammar al-Gaddafi auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verzichtet und der UN-Sicherheitsrat die 1992 verhängten Sanktionen gegen Libyen aufgehoben hatte, konnte das Land auch seine Beziehungen zur EU verbessern.

In Washington geht man davon aus, dass die innere Sicherheit der USA von der Demokratisierung in der arabischen Welt abhängt, während die EU den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Länder des Südens und der Stabilität im Mittelmeerraum betont. Die internationale Rückendeckung, die sie mit ihrer Kooperationsbereitschaft im Kampf gegen den Terrorismus gewannen, konnten die Regime im Maghreb nutzen, um überwunden geglaubte Formen autoritärer Herrschaft neu zu festigen. In Algerien baut die Partei des Präsidenten, obwohl der Bürgerkrieg offiziell als beendet gilt, auf ihre Macht als Einheitspartei, wobei dieses System mehr denn je auf Günstlingswirtschaft und Korruption beruht.

Nach den Anschlägen vom 16. Mai 2003 in Casablanca, die 43 Todesopfer forderten, ermittelten die marokkanischen Behörden vor allem gegen eine kleine radikale Gruppe wahhabitischer Islamisten. Ein neues Antiterrorgesetz hat inzwischen die Befugnisse der Sicherheitskräfte erheblich ausgeweitet. Bestimmte Dinge dürfen nicht in Frage gestellt werden (Islam, Monarchie, die territoriale Integrität unter Einschluss der Westsahara) – Veränderungen darf es nur innerhalb des bestehenden Systems und nur mit dem Segen des Königshauses geben. Immerhin hat eine Wahrheitskommission (IER) viele der Verbrechen aufgedeckt, die unter der Herrschaft König Hassan II. von staatlichen Organen begangen wurden.

Libyens Staatschef arbeitet am neuen internationalen Image seines Landes, aber innenpolitisch ist von dieser Politik der Öffnung nichts zu spüren. Jede Art von Opposition wird noch immer gnadenlos unterdrückt. Das gilt ebenso für Tunesien.

Insgesamt sieht es so aus, als gebe es einen Zusammenhang zwischen den Loyalitätsbekundungen der Maghreb-Regime im Krieg gegen den Terrorismus und den zurückhaltenden Reformforderungen des Westens, die offenbar die Macht ihrer neu gewonnenen Verbündeten nicht gefährden wollen. Dieses Zusammenspiel dürfte den Menschen in der Region wie ein Täuschungsmanöver vorkommen, das darauf zielt, die Frage nach der Legitimität der Machthaber gar nicht aufkommen zu lassen.

WWW

Institut für zeitgenössische Maghreb-Studien
www.irmcmaghreb.org/
Archiv der Zeitschrift Monde arabe Maghreb-Machrek
www.ladocumentationfrancaise.fr/revues/mm/index.shtml
Umweltorganisation Enda Maghreb
www.enda.org.ma
Algeria Watch
www.algeria-watch.org
Maghreb des droits de l'homme
www.maghreb-ddh.org

Westafrika: Putschisten, Warlords, Demokraten

Die ölreiche Großregion ist zugleich die neue »Wetterzone« des afrikanischen Kontinents. Trotz vieler Konflikte ist die west-afrikanische Wirtschafts-gemeinschaft Ecowas zu einem wirksamen Krisenmanagement noch nicht imstande. Und die Interventionen des Westens gelten nicht nur dem Wohl der Menschen, sondern auch der Sicherung der Rohstoffvorkommen.

Westafrika hat eine lange politische Tradition aus vorkolonialen Zeiten, als es bereits die Königreiche der Mossi und der Aschanti oder die Königreiche Mali, Songhai und Benin gab. Später stellte das koloniale »Französisch-Westafrika« dem französischen Mutterland – während der beiden Weltkriege und in späteren Kolonialkriegen – dessen wichtigsten afrikanischen Truppen, die senegalesischen Schützenbataillone *(tirailleurs sénégalais)*. Auch das britische Kolonialreich hatte seine westafrikanischen »Juwelen«, zum Beispiel Nigeria, das mit 140 Millionen Menschen heute das bevölkerungsreichste und zugleich das ölreichste Land des Kontinents ist. Doch dieser Reichtum hat die Korruption gewaltig angeheizt. Er fördert zudem auch die separatistischen Bestrebungen der Völker im Nigerdelta, wo die Menschen die Umweltbelastungen der Ölförderung, aber nichts vom Geldsegen abbekommen. Im Norden der Großregion verläuft auch die Grenze zwischen dem »weißen« Nordafrika und »Schwarzafrika«, die in Nigeria und Elfenbeinküste zugleich eine ethnisch-religiöse Bruchlinie darstellt.

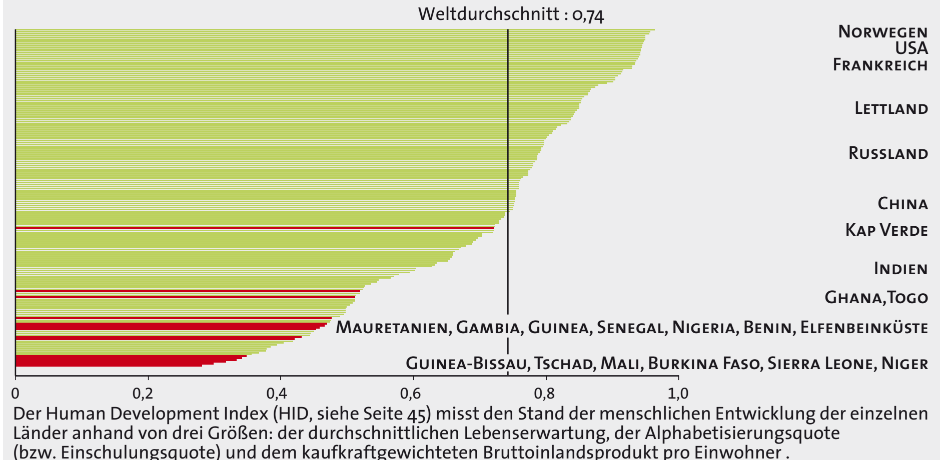
Die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Economic Community of West African States, Ecowas) ist die älteste regionale Organisation des Kontinents. Ihre fünfzehn Mitgliedstaaten, zu denen ehemalige englische und französische Kolonien gehören, versuchten eine Freihandelszone zu etablieren. Doch aufgrund der vielen Konflikte (Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste) betätigt sich die Ecowas heute vor allem als »regionaler Gendarm«. Ihr bewaffneter Arm, die von der nigerianischen Armee dominierte Ecomog (Ecowas Monitoring Group), hat als provisorische Eingreiftruppe den UN-Blauhelmeinsätzen in Liberia (Unmil), Sierra Leone (Unamsil) und in der Elfenbeinküste den Weg bereitet.

In diesen von mörderischen Bürgerkriegen heimgesuchten Staaten bemüht man sich mit so genannten DDR-Programmen *(disarmement, demobilisation, reintegration)* um die Entwaffnung, Demobilisierung und soziale Wiedereingliederung von zehntausenden ehemaligen Kämpfern und insbesondere der Kindersoldaten. Damit sollen die Voraussetzungen für eine Rückkehr zur Normalität und für demokratische Wahlen geschaffen werden. Zudem setzte die »internationale Gemeinschaft« eine neue Regelung für den Diamantenhandel durch, um den Schmuggel mit »Kriegsdiamanten« zu unterbinden, mit dem sich die Milizen in Sierra Leone und Liberia finanzierten. Schließlich wurde auch Charles Taylor, der ehemalige Präsident Liberias, von seinem Zufluchtsland Nigeria an das UN-Sondertribunal für Sierra Leone in Den Haag ausgeliefert.

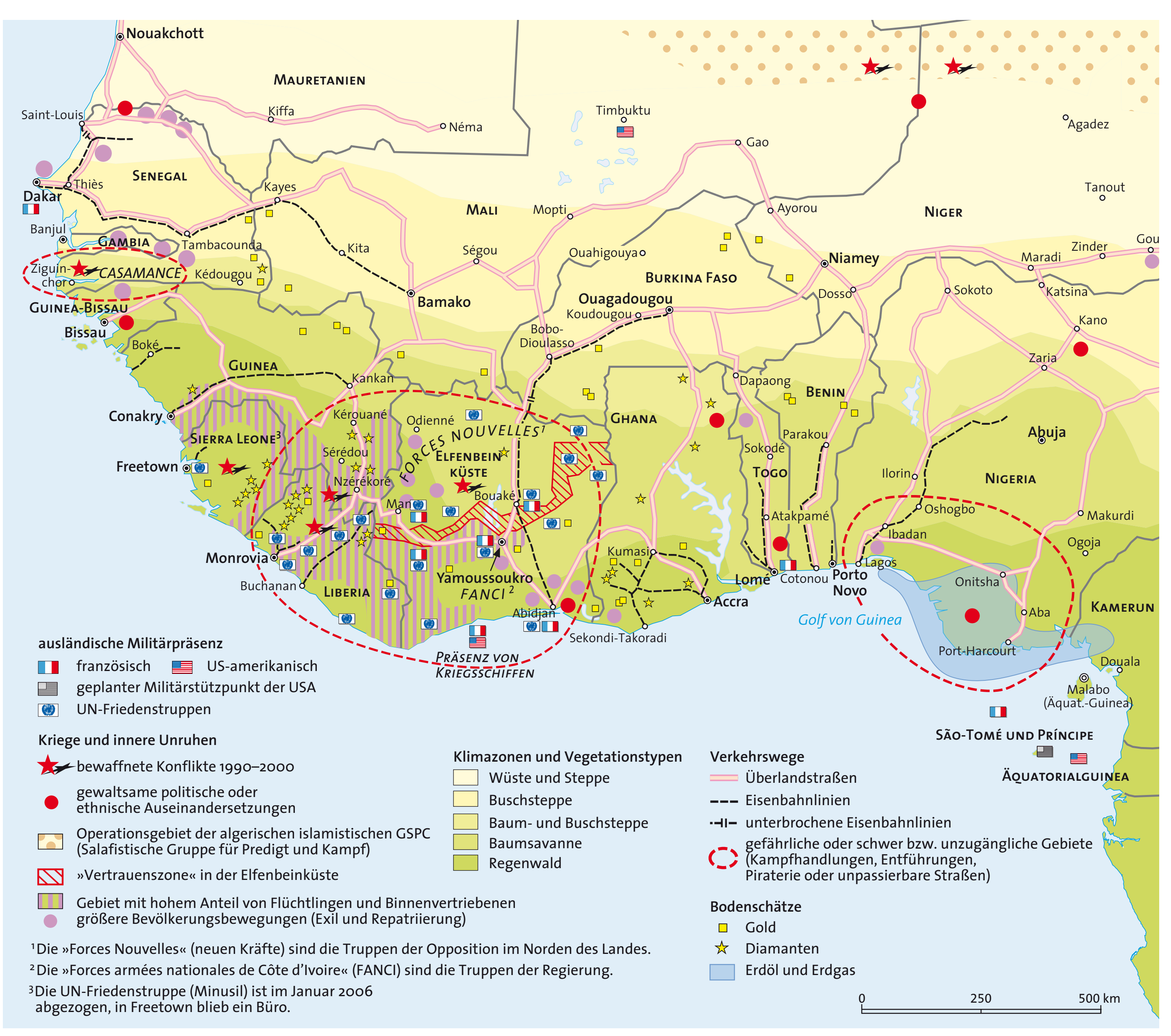
In Westafrika lebten 2004 rund 290 Millionen Menschen, bis 2025 wird diese Zahl auf 430 Millionen steigen. Die gesundheitliche Lage in der Region hat sich trotz Aids und des Wiederauflebens der Malaria gebessert. Heute sind 45 Prozent der Bevölkerung junge Leute unter 15 Jahren, von denen viele in den städtischen Ballungszonen leben. Diese Jugend führt ein Leben zwischen Traum und täglicher Selbstbehauptung, weshalb »Warlords«, machtgierige Politiker und religiöse Heilsverkünder willige Anhänger finden. Für viele ist die letzte Hoffnung die Emigration – konkret der Versuch, irgendwie nach Europa zu gelangen

In der Währungszone des CFA-Franc (dem ehemaligen Franc der französischen Kolonien) wächst das Bruttonationaleinkommen (BNE) nicht mehr schnell genug, um die demografische Explosion aufzufangen. In die Länder der Sahelzone kehrte 2005 nach fünfzehn Jahren ohne Hunger wieder die Angst zurück. Die Ursachen waren unzureichende Regenfälle und schlechte Ernten, die um 50 Prozent gesunkenen Baumwollexportpreise sowie die immer wiederkehrenden Heuschreckenschwärme. Die Binnenstaaten litten außerdem unter der politischen Krise, die 1999 in der Elfenbeinküste ausgebrochen war. Dieses ehemalige »Musterland« erbrachte früher innerhalb der Ecowas ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleis-

▶ Index der menschlichen Entwicklung: die Region im Vergleich



Der Human Development Index (HID, siehe Seite 45) misst den Stand der menschlichen Entwicklung der einzelnen Länder anhand von drei Größen: der durchschnittlichen Lebenserwartung, der Alphabetisierungsquote (bzw. Einschulungsquote) und dem kaufkraftgewichteten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner .



Innere Konflikte und äußere Einflüsse ◀

tung, 2005 war dieser Anteil auf ein Zehntel gesunken.

Auf politischer Ebene sieht es nicht besser aus: Umstrittene Präsidenten kleben an ihren Posten wie in Guinea; die Militärs zeigen Putschgelüste wie in Guinea-Bissau, wo sich die Armee seit der Unabhängigkeit ständig in die Politik einmischt. Und in Togo hat sich der Sohn des verstorbenen Präsidenten als Nachfolger installiert. Dennoch gibt es noch einige Oasen der Demokratie wie etwa Benin und Senegal. Und im anglophonen Westafrika bietet Ghana das Beispiel eines friedlichen Machtwechsels.

Die 1994 erfolgte Abwertung des CFA-Franc, der Bankrott der multinationalen Air Afrique und die faktische Zweiteilung der Elfenbeinküste dokumentieren den Niedergang einer Region, die Frankreich früher als seine westafrikanische Domäne betrachtet hat. Dass der einstige »Pate« ständig an Einfluss verliert, wird seit einigen Jahren von den Vereinigten Staaten ausgenutzt, die in Westafrika auffällige militärische Aktivitäten entfalten (vor allem in Mali, in Senegal und in der Inselrepublik São Tomé und Príncipe). Diese laufen zwar unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus in der Sahelzone, sollen tatsächlich aber die reichen Ölvorkommen im Golf von Guinea und andere Rohstoffe sichern helfen.

WWW

tägliche Übersicht über Afrika-Beiträge (deutsch)
- www.net-news-global.de/index.php?cat=58 deutsch

West Africa Review
- www.westafricareview.com

Medienanalysen, beim Institut Panos Afrique de l'Ouest
- www.panos-ao.org

Afrikastudien der Columbia University (mit Links)
- www.columbia.edu/cu/lweb/indiv/africa/cuvl/West.html

englische Website der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft
- www.ecowas.int

West African Network for Peace Building
- www.wanep.org

Das Afrika der Großen Seen: nach dem Genozid

Politische Gewalt und ethnisch motivierter Hass haben in der zentralafrikanischen Region der Großen Seen besonders viele Opfer gefordert. Das Resultat von fünfzehn Jahren Barbarei sind fast 5 Millionen Tote im Kongo, in Ruanda und Burundi. Weiterhin finanzieren sich die Milizen durch die in den Industrieländern begehrten Bodenschätze. Die Demokratisierung macht nur langsam Fortschritte.

Die 1990er-Jahre waren im ostafrikanischen Seengebiet von schrecklichen Bildern geprägt. Die Plünderungen und Zerstörungen, die Ausbreitung bewaffneter Gruppen, der fortschreitende Verfall der Staaten schienen kein Ende zu nehmen. Doch jetzt ist ein Wendepunkt erreicht. Die Großmächte wollen nicht mehr zulassen, dass die Region zum Hinterland für terroristische Gruppen und Schmuggelringe wird, und übernehmen die Stabilisierungsbemühungen selbst. Die UNO engagiert sich in Burundi und in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo, früher Zaire), und die EU finanziert Wahlen und Entwicklungsprogramme. Auch Südafrika, das seine regionale Führungsrolle behaupten und für seine Bergbauindustrie neue Auslandsmärkte erschließen will, hat sich ganz bewusst in die Friedensverhandlungen in Burundi und der DR Kongo eingeschaltet.

Ruanda, das 1994 nach dem Völkermord am Boden lag, hat sich rasch wieder gefangen. Statt auf Hilfsaktionen angewiesen zu sein, setzt man heute auf Entwicklungsprogramme. Das früher zum französischen Einflussgebiet gehörende Land wird neuerdings stark von den Amerikanern und Briten unterstützt. Es hat sich eine neue Verfassung gegeben, in der jeglicher »Divisionismus«, also jeder Bezug auf ethnische Kriterien abgeschafft ist. 2004 wurde Paul Kagame mit 95 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Obwohl es formell ein Mehrparteiensystem gibt, regiert die Ruandische Patriotische Front (FPR) das Land mit eiserner Hand. So konnte Ruanda zwar eine politische Stabilisierung und ein zügiges Wirtschaftswachstum erreichen, aber zugleich mischt sich das Land permanent in die Politik der DR Kongo ein und beteiligt sich am hemmungslosen Raub der im

▶ Migration und Ökologie

Der Faktor Gold ◀

Ostteil des Nachbarlandes lagernden Bodenschätze (Gold, Zinn, Tantal).

Wie die Regierung in Ruanda verweist auch die in Uganda auf Rebellengruppen, die angeblich aus dem Kongo heraus operieren, um für sich ein Recht auf Einmischung in die Politik des Nachbarlandes zu reklamieren. Unter diesem Vorwand setzt Uganda seine Waffenlieferungen an Milizen auf kongolesischem Boden fort, damit es weiter die Bodenschätze, wie etwa das Gold der Provinz Ituri, ausbeuten kann.

Auch in Burundi liegt eine Verflechtung der Konflikte vor, weil die Hutu-Rebellen von der DR Kongo aus das Territorium von Burundi angriffen. Diese Hutu aus Burundi hatten sich den Hutu angeschlossen, die aus Ruanda geflüchtet waren, wo viele von ihnen an dem Genozid mitgewirkt hatten. In Verhandlungen unter der Schirmherrschaft Nelson Mandelas und danach Thabo Mbekis wurde Burundi gezwungen, eine Machtverteilung zwischen Hutu und Tutsi auszuhandeln. Die beinhaltet sogar die Gründung einer gemischten Armee, in der auch Kämpfer der ehemaligen Rebellengruppen dienen. Dank der Anwesenheit einer UN-Friedenstruppe konnten dann im Sommer 2005 die Kommunal- und Parlamentswahlen ungestört über die Bühne gehen. Die meisten Sitze errangen dabei die Forces pour défence de la démocratie (Kräfte für die Verteidigung der Demokratie), also die Bewegung, die 1993 nach der Ermordung von Präsident Melchior Ndadaye, eines Hutu, durch Tutsi-Militärs den bewaffneten Kampf aufgenommen hatte.

In der DR Kongo, wo die 2003 offen gebliebene Machtfrage 2006 durch Wahlen geklärt werden soll, stellen sich schier unlösbare Aufgaben: Die im Lande stationierte 15.500 Mann starke Blauhelmtruppe (Monuc) ist mit einem Budget von über einer Milliarde Dollar die teuerste UN-Mission überhaupt. Die Organisation von Wahlen in einem Land, das so groß wie Westeuropa ist und über kein nennenswertes Verkehrs- und Kommunikationsnetz verfügt, ist ein logistischer Albtraum. Gleichwohl gibt es den konkreten Willen, dem kongolesischen Staat einen Neubeginn zu ermöglichen, der im Übrigen von allen Westmächten mitgetragen wird. Die Schreckensbilanz einer langen Reihe von Krisen und Kriegen hat die internationale Öffentlichkeit aufgerüttelt. Aber die westlichen Regierungen wünschen sich, auch angesichts der absehbaren Konkurrenz Indiens und vor allem Chinas, stabile politische Rahmenbedingungen für eine rationelle Ausbeutung der erheblichen Bodenschätze, bei der sie freilich mit der Konkurrenz Südafrikas rechnen müssen.

Die Stabilisierung des Kongo setzt allerdings die Befriedung der Ostprovinzen voraus. Doch dort stehen weiterhin Rebellengruppen, die von den Nachbarländern Ruanda und Uganda bewaffnet werden. Diese Gruppen können die Wahlen jederzeit behindern.

WWW

Ausführliche Berichte auf deutsch
- www.kongo-kinshasa.de

Ökumenisches Netz Zentralafrika
- oenz.de

International Documentation Network on the Great African Lakes Region
- www.grandslacs.net/home.html

Great Lakes Center for Strategic Studies
- www.glcss.org

Beiträge zum Kongo der AG Friedensforschung der Uni Kassel
- www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo

Observatoire de l'Afrique centrale
- www.obsac.com

Die Bodenschätze des Kongo ◄



Ostafrika – von Darfur bis Somalia

Der grausam eskalierte ethnische Konflikt im Westen des Sudan ist ohne internationale Vermittler nicht einzudämmen. Im Süden des Landes scheint hingegen eine innersudanesische Friedenslösung gefunden worden zu sein. Die Konflikte am Horn von Afrika sind von außen kaum zu beeinflussen.

Der Krieg in Darfur begann mit der Bewaffnung irregulärer »Arabermilizen«, die von der sudanesischen Regierung in Khartoum gegen aufständische schwarzafrikanische Bauernstämme (Fur, Masalit, Zaghawa) im Westen des Landes mobilisiert wurden. Die Milizen betrieben eine regelrechte »ethnische Säuberung«, indem sie Dörfer überfielen und in Brand steckten. Die schreckliche Bilanz sind bisher 200.000 Tote, 200.000 Flüchtlinge, die in den Tschad ausgewichen sind, und mehr als 2 Millionen Vertriebene – ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Provinz – in provisorischen Lagern in Darfur selbst. Seit Sommer 2004 laufen in großem Maßstab internationale Hilfseinsätze, doch der Krieg geht weiter. Die UNO rief zunächst den Internationalen Strafgerichtshof an und delegierte dann das Krisenmanagement an die Afrikanische Union, die 6.000 Soldaten in die Region entsandte, allerdings ohne Kampfmandat. Die Soldaten mussten deshalb dem erneuten Aufflammen der Feindseligkeiten im Herbst 2005 ohnmächtig zusehen. Die Verhandlungen scheitern einerseits an der Unnachgiebigkeit Khartoums, andererseits an der Uneinigkeit der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (Sudan Peoples Liberation Movement, SPLM), der wichtigsten Organisation der Aufständischen.

Bei der Frage der Aufteilung der Macht und der Ressourcen orientieren sich die Verhandlungsführer an dem Schema, das zur Beendigung des Kriegs im Südsudan geführt hat. Dort bemüht sich nach dem Tod von John Garang, dem historischen Chef der SPLM, dessen Nachfolger Salva Kiir, den Friedensvertrag vom Januar 2005 umzusetzen. Der hat dem nunmehr autonomen Südsudan eine anerkannte Regierung beschert, die in Juba sitzt. Aber auch in Khartoum gibt es seitdem eine »Friedensregierung«, in der die SPLM mit der islamistischen Partei von Präsident al-Baschir zusammenarbeitet.

Der Frieden zwischen Nord und Süd bleibt jedoch zerbrechlich, zumal der Krieg in Darfur weitergeht und das Verhältnis zwischen den Regierungspartnern von Misstrauen geprägt ist. Zu Zusammenstößen kommt es häufig selbst noch in Khartoum, wo mehrere Millionen (christliche) Vertriebene aus dem Süden leben, die hier kein Wahlrecht haben und den islamischen Gesetzen unterworfen sind.

Die zweite offene Wunde in der Region ist der Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea. Nach dem von 1988 bis 2000 dauernden Krieg, der 70.000 Tote gefordert hatte, einigten sich beide Länder auf ein Schiedsverfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag. Doch eine Entscheidung vom 13. April 2002 wurde von Äthiopien nicht akzeptiert. Die Garantiemächte des Abkommens (UNO, USA, EU) wollten keine Lösung oktroyieren, und die Spannungen zwischen beiden Ländern verschärften sich immer mehr.

Das hatte vor allem für Eritrea gravierende Folgen. Präsident Isaya Afewerki hielt einen neuen Krieg für unvermeidlich und verwandelte sein autoritäres, gleichwohl populäres Regime 2001 in eine strenge



▶ Die Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea bleibt umstritten

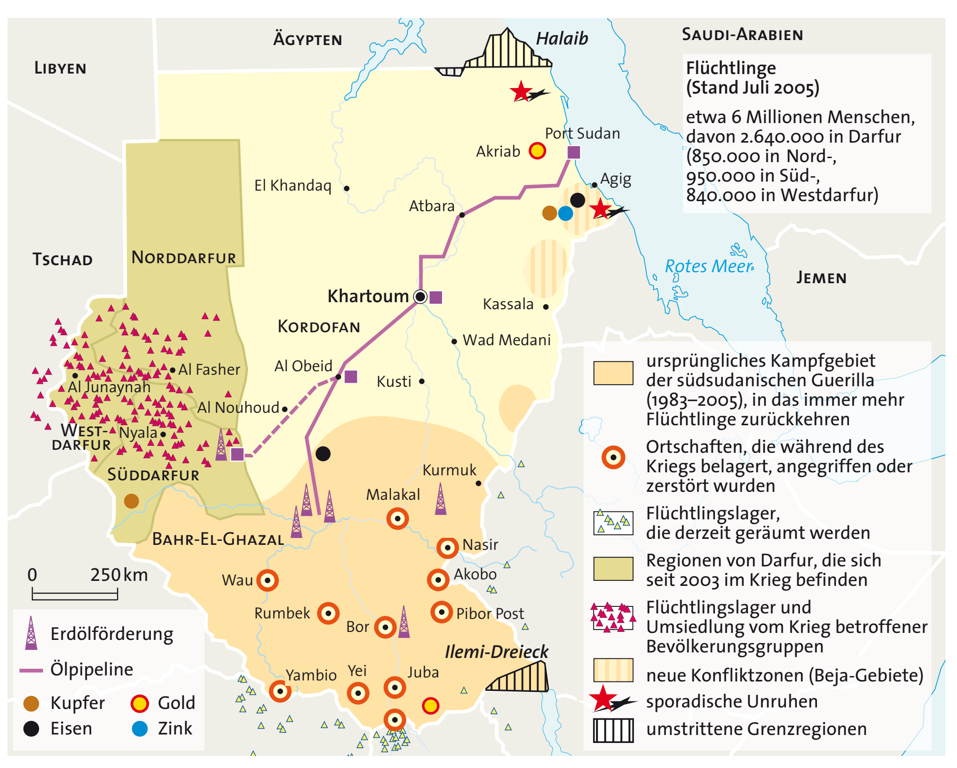


Diktatur. Die Jugendlichen wurden zu permanentem Militärdienst verpflichtet, Oppositionelle ins Gefängnis geworfen, alle unabhängigen Presseorgane und Organisationen verboten. Die militarisierte Wirtschaft hat das Land ausgeblutet und extreme Spannungen produziert. Außenpolitisch wirft die Regierung der internationalen Gemeinschaft und speziell UN-Generalsekretär Kofi Annan eine Komplizenschaft mit dem äthiopischen Regierungschef Meles Zenawi vor.

Äthiopien ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 der wichtigste Partner der USA in der Region. Doch als im Mai 2005 die ersten freien Wahlen abgehalten wurden, musste die aus der Befreiungsbewegung hervorgegangene Regierungspartei EPRDF (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front) schockiert feststellen, dass die Opposition gewonnen hatte. Daraufhin beging das Regime eine skrupellose Wahlfälschung und sprach sich selbst zwei Drittel der Sitze zu. Proteststreiks und friedliche Demonstrationen der Opposition wurden blutig unterdrückt, die Anführer des Oppositionsbündnisses CUD (Coalition for Unity and Democracy) verhaftet.

Somalia ist auch fünfzehn Jahre nach dem Sturz der Regierung von Siad Barre ein zerrissenes Land ohne Zentralstaat. Schon über ein Dutzend Male ist der Versuch gescheitert, eine neue Regierung zustande zu bringen. Der neueste, von der UNO unterstützte Versuch konzentriert sich auf den starken Mann der Region Puntland, den von Äthiopien unterstützten Abdullahi Yussuf. Doch dem ist es nicht gelungen, seine Residenz in die Hauptstadt Mogadischu zu verlegen, denn dort haben inzwischen die Islamisten die Macht übernommen. Innerhalb der Herrschaftsgebiete der jeweiligen Clans scheint das Alltagsleben nicht sonderlich unter dem Fehlen einer Zentralgewalt zu leiden. An der Küste hat allerdings die Piraterie beunruhigende Dimensionen angenommen.

Im Vergleich zu Somalia sind die beiden Ministaaten der Region wahre Inseln des Friedens. Im international nicht anerkannten Somaliland hat die Opposition ihre Niederlage bei den Wahlen von 2005 sportlich genommen, was in Afrika eine seltene Ausnahme ist. Und Dschibuti lebt – inmitten seiner unruhigen Umgebung wie das stille Auge des Zyklons – von seinem Hafen. Der dient nicht nur Äthiopien als einziger Zugang zum Meer, sondern beherbergt auch zwei große Militärstützpunkte, von denen der eine Frankreich und der andere den USA gehört.



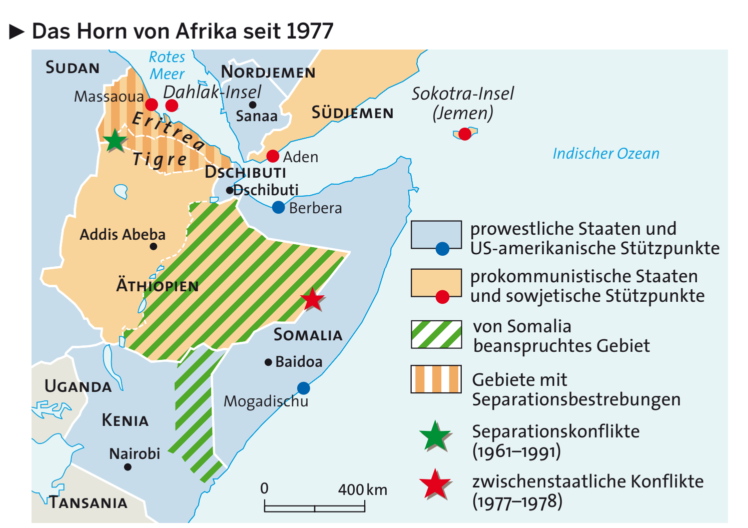
Krieg und Hunger im Sudan ◄

WWW

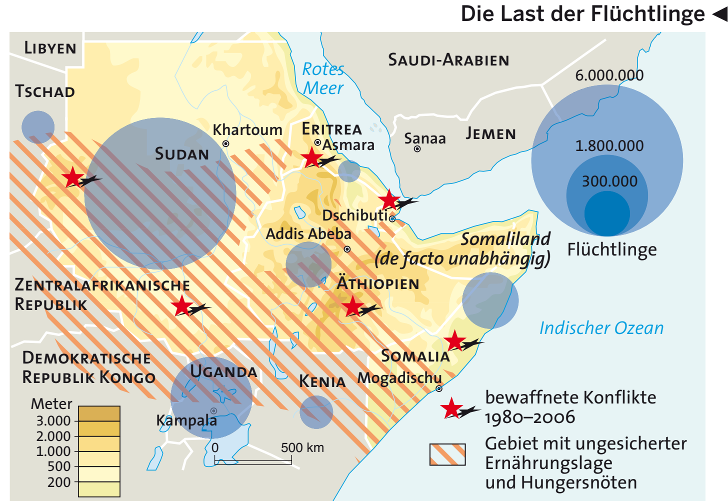
AG Friedensforschung der Uni Kassel
• www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/Welcome.html

ausführliche Dokumentation des Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien
• www.dehai.org/conflict

► Das Horn von Afrika seit 1977



Die Last der Flüchtlinge ◄



Kolumbien: Paramilitärs und Guerilla

Obwohl er mit den rechtsextremen paramilitärischen Terrorgruppen bereits verhandelt hat, weigert sich der kolumbianische Präsident Uribe, einen Dialog auch mit den wichtigsten Organisationen der oppositionellen Guerilla zu beginnen. Die USA unterstützen diese einseitige Politik.

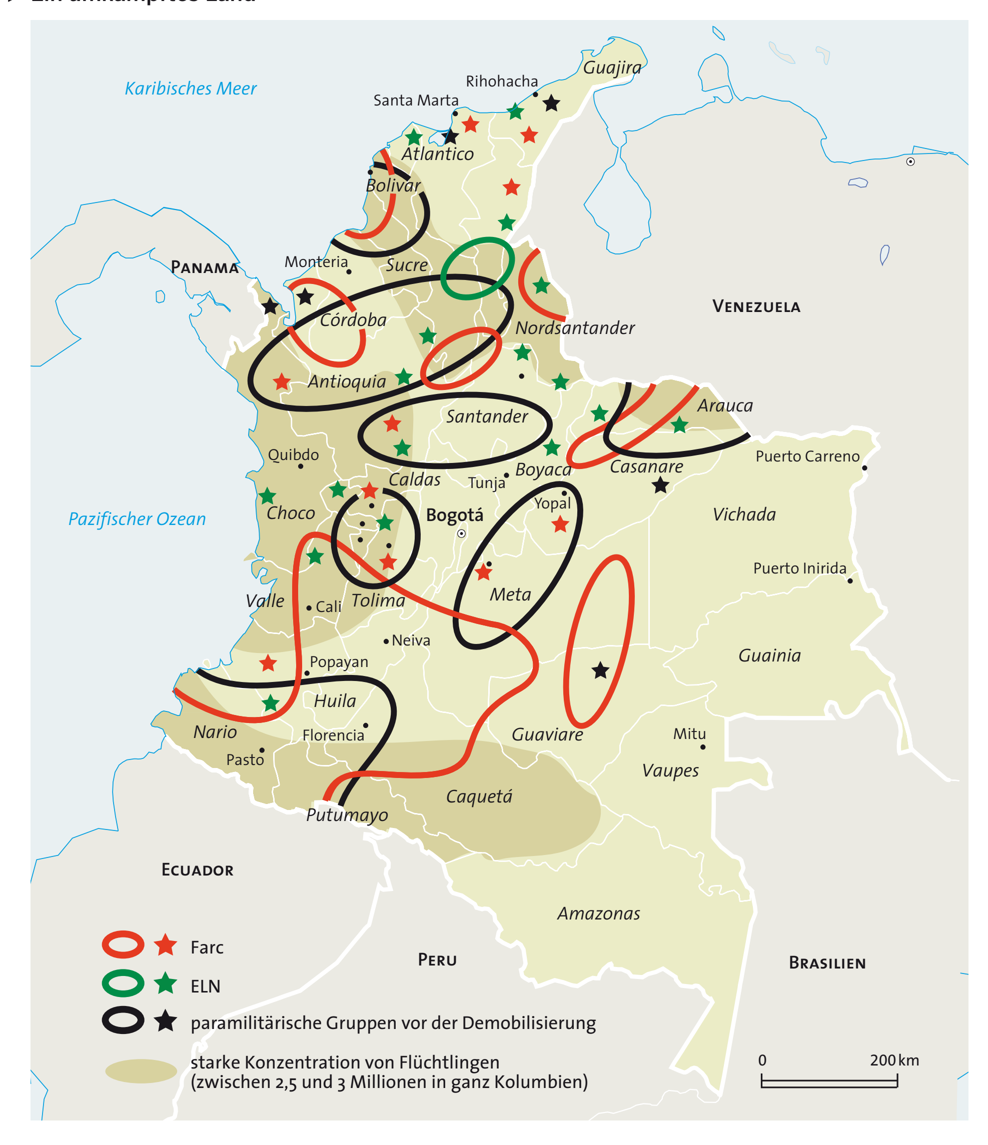
Kolumbien bietet nach einem über Jahrzehnte andauernden inneren Krieg eine trostlose Bilanz: 3,5 Millionen Binnenvertriebene, 8.000 Morde mit politischem oder sozialem Hintergrund, hunderte spurlos Verschwundene. Die Regierung kontrolliert zwar Bogotá und die großen Städte, doch die ländlichen Gebiete sind in eine Vielzahl von Einflusszonen aufgespalten. Hier haben entweder Guerillabewegungen das Sagen, also die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, Farc) und die Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee, ELN), oder die rechtsextremen paramilitärischen Gruppen, die AUC (Autodefensas Unidas de Colombia, also Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens). Gleichwohl spricht Präsident Uribe nicht von einem bewaffneten Konflikt, für ihn gibt es nur den »Terror der Guerilla«, weshalb er sich auch nicht an internationale humanitäre Vereinbarungen gebunden fühlt

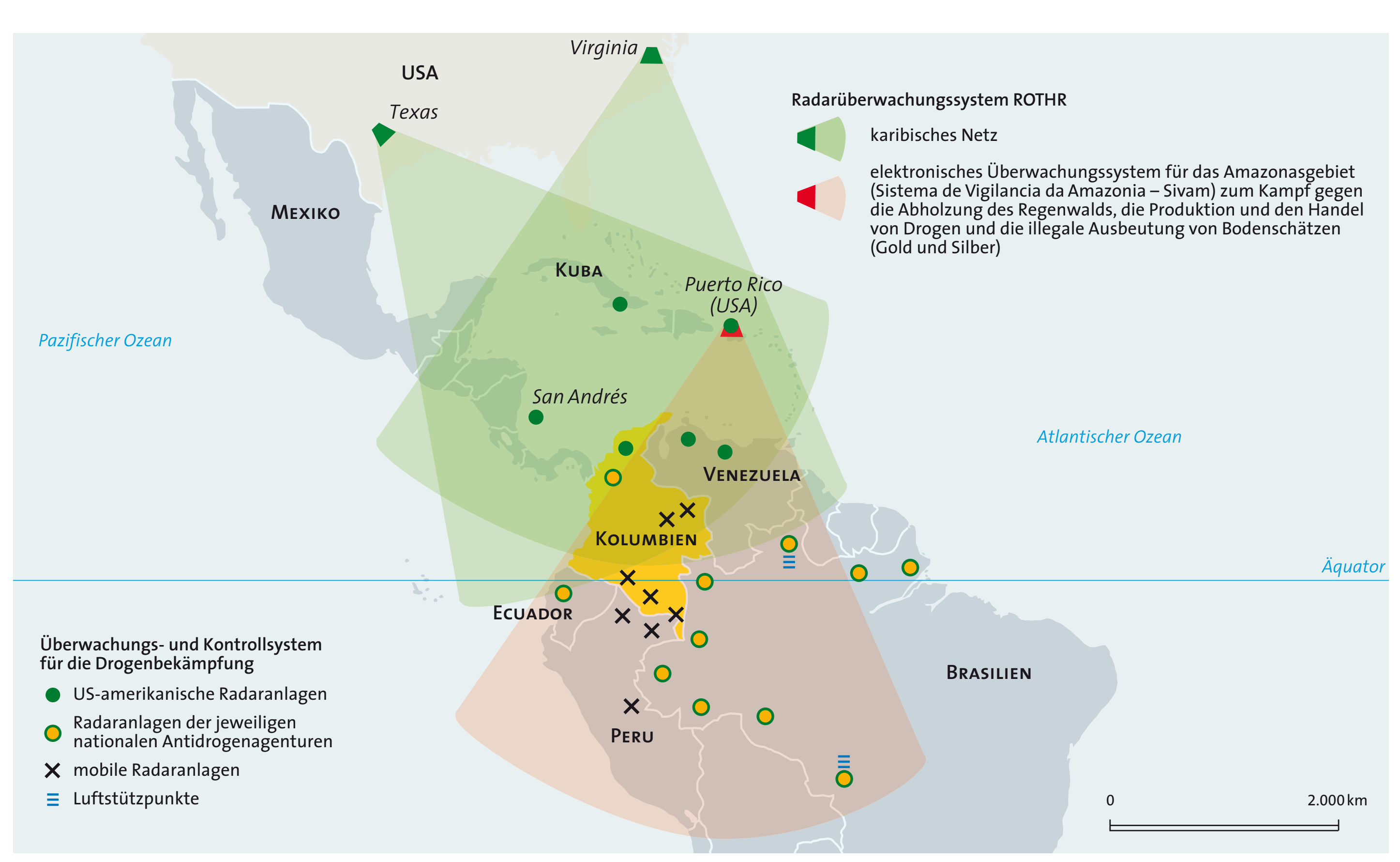
Álvaro Uribe war als Vertreter einer harten Linie an die Macht gelangt und wollte »mit dem Krieg Schluss machen«, ohne mit der bewaffneten Opposition zu reden. Doch er hat sein Ziel trotz massiver Hilfe der USA nicht erreicht. Im Zeitraum von sechs Jahren erhielt Bogotá im Rahmen des Kolumbienplans US-Militärhilfe im Wert von über 3,6 Milliarden Dollar. Dieser Plan war angeblich zur Bekämpfung des Drogenhandels gedacht, in Wirklichkeit war das Ziel, die Guerilla aufzureiben. Dazu lieferten die USA nicht nur Ausrüstung und Waffen, sondern bildeten auch neue Elitebataillone aus. Zusätzlich entsandte das Regionalkommando Süd der US-Streitkräfte 800 Militärberater in das Andenland, zu denen noch einmal 600 Mann von privaten Militärdienstleistern kamen. Seit März 2004 sind 18.000 kolumbianische Soldaten unter der Führung ihrer US-Militärberater im Einsatz.

Diese »Operation Patriot« ist die bislang umfangreichste Offensive gegen die Farc überhaupt. Ihre Hauptstoßrichtung geht gegen die Provinzen im Süden (Caquetá, Meta, Guaviare und Putumayo), wo die südlichen und östlichen Formationen der Farc operieren. Aber auch die Einrichtung imposant ausgestatteter Armeebasen und die Intensivierung der Antiguerillaeinsätze konnten nicht verhindern, dass die Farc nach einem »strategischen Rückzug« seit Februar 2005 wieder eine Reihe mörderischer Offensiven startete.

Ein ähnliches Konzept verfolgte die »Operation Escudo« mit der Entsendung von Truppen in die Provinzen Auraca und Norte de Santander, entlang der Grenze zu Venezuela, die im Übrigen Irritationen in Caracas auslöste. Diese Politik der »demokratischen Sicherheit«, die den Konflikt nicht im mindesten zu lösen vermochte, bedeutet eine schwere Belastung für die Bevölkerung. In ihrem Namen werden zum Beispiel die sozialen Bewe-

▶ Ein umkämpftes Land





Ein überwachtes Land ◀

gungen und die Gewerkschaften unterdrückt, wurde ein Spitzelnetz mit über einer Million Informanten gegründet, werden zehntausende »Bauernsoldaten« rekrutiert und so genannte Umerziehungszonen eingerichtet, die von Militärs verwaltet werden und in denen die Bürgerrechte nur eingeschränkt gelten.

Gespräche mit den Guerillaorganisationen lehnt die Regierung ab. Hingegen verhandelt sie seit Dezember 2002 mit den Paramilitärs, die sich als Hilfskräfte des Staates begreifen und enge Verbindungen zur Armee, zu den Großgrundbesitzern und insbesondere zur Drogenmafia unterhalten. Als das kolumbianische Repräsentantenhaus im Juni 2005 das »Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden« verabschiedete, waren 4.000 Mitglieder der paramilitärischen Gruppen trotz fehlender gesetzlicher Regelung bereits demobilisiert.

Dieses Gesetz wurde sowohl von den Menschenrechtsorganisationen als auch von den Vereinten Nationen kritisiert, da es das Problem des Drogenhandels ausspart, die großen Vermögen der am Drogengeschäft beteiligten Kriegsherren legalisiert und für tausende von Verbrechen des AUC Straflosigkeit bedeutet. Nach Angaben der kolumbianischen Juristenkommission kamen allein in der Zeit zwischen Dezember 2002 und Juni 2005 – als die »Friedensverhandlungen« in vollem Gange waren – etwa 1.900 Tote und Verschwundene auf das Konto der AUC. Im Übrigen behalten die Paramilitärs, und zwar die aktiven wie die »demobilisierten«, in gut jeder dritten Kommune des Landes ihren Einfluss auf das politische, soziale und wirtschaftliche Geschehen – dank vielfältiger Druckmittel, die ihnen mit ihren lokalen Herrschaftsinstrumenten und mafiosen Befehlsstrukturen zur Verfügung stehen. Mit solchen Methoden dürften sie auch maßgeblich zur Wiederwahl von Präsident Uribe im Mai 2006 beigetragen haben, der dank einer Verfassungsänderung ein weiteres Mal kandidieren konnte.

▶ Die Kokaregionen



WWW

Einführend, auf englisch, »Drugs and Conflict in Columbia« beim Transnational Institute
• www.tni.org
Colombia Support Network
• www.colombiasupport.net
Material der AG Friedenspolitik
• www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/Welcome.html
Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien
• www.kolumbien-aktuell.ch
Alternativer Informationsdienst »Rebelión« (spanisch)
• www.rebelion.org/plancolombia.htm

Abhängige Gebiete, letzte Kolonien

Heute existieren nur noch sechzehn Kolonien. Außer diesen Territorien gibt es noch die über die Welt verstreuten »Krümel« der alten Kolonialreiche. Sie dienen entweder als strategisch wichtige Militärbasen oder als diskrete Finanzplätze und Steuerparadiese. Hier leben mehr als 10 Millionen Menschen.

Seit 1945 führen die Vereinten Nationen ein Verzeichnis aller abhängigen Gebiete und Territorien. Darin waren bis Ende der 1950er-Jahre noch bis zu hundert Territorien aufgelistet, nach der Entkolonialisierungswelle zwischen 1960 und 1980 blieben davon nur noch sechzehn übrig.

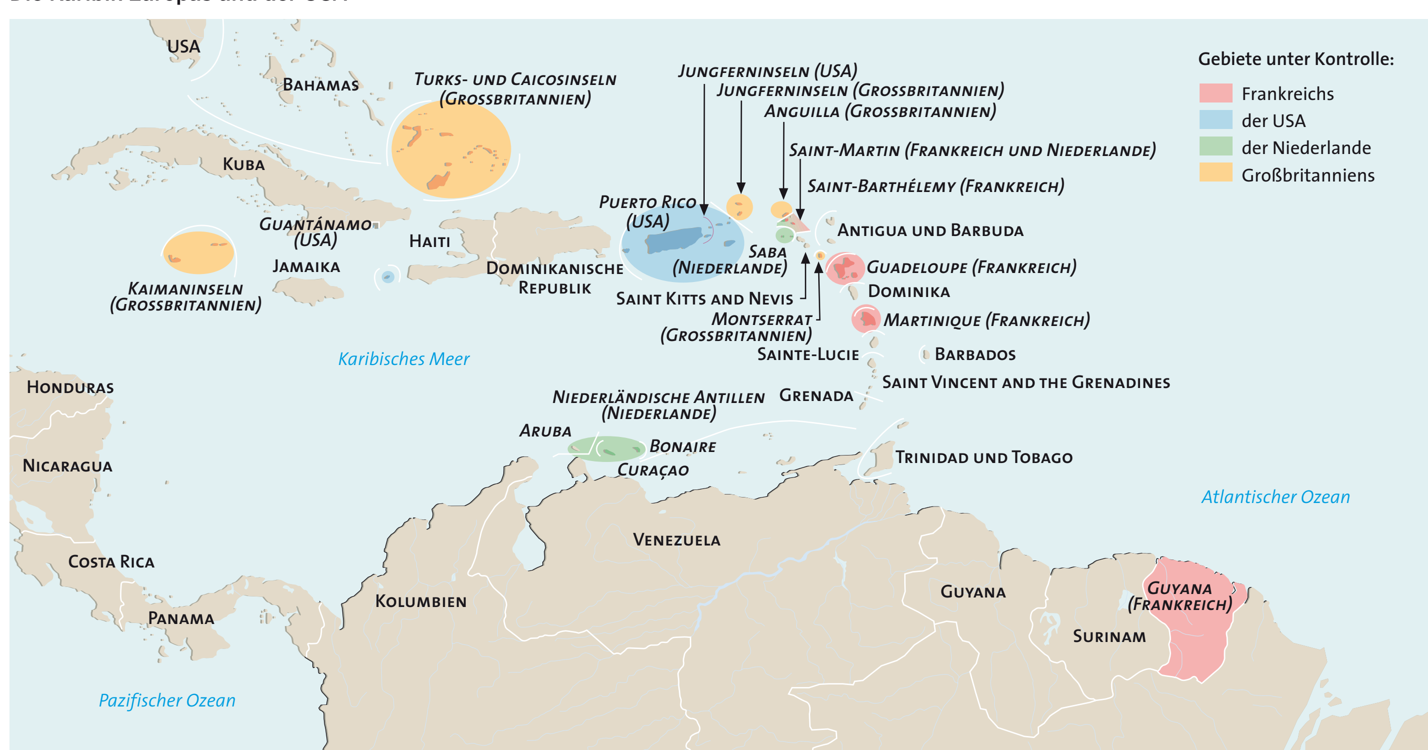
Von der Fläche her ist die von Marokko okkupierte Westsahara das bei weitem größte der verbleibenden Gebiete und das einzige, das in Afrika liegt. Zehn dieser Territorien mit insgesamt 220.000 Einwohnern sind von Großbritannien abhängig: in der Karibik die Inseln Anguilla, Bermuda, Kaiman, Turks und Caicos sowie die Britischen Jungferninseln; im Südatlantik Sankt Helena und die Falklandinseln (von den Argentiniern, die sie beanspruchen, Malvinas genannt).

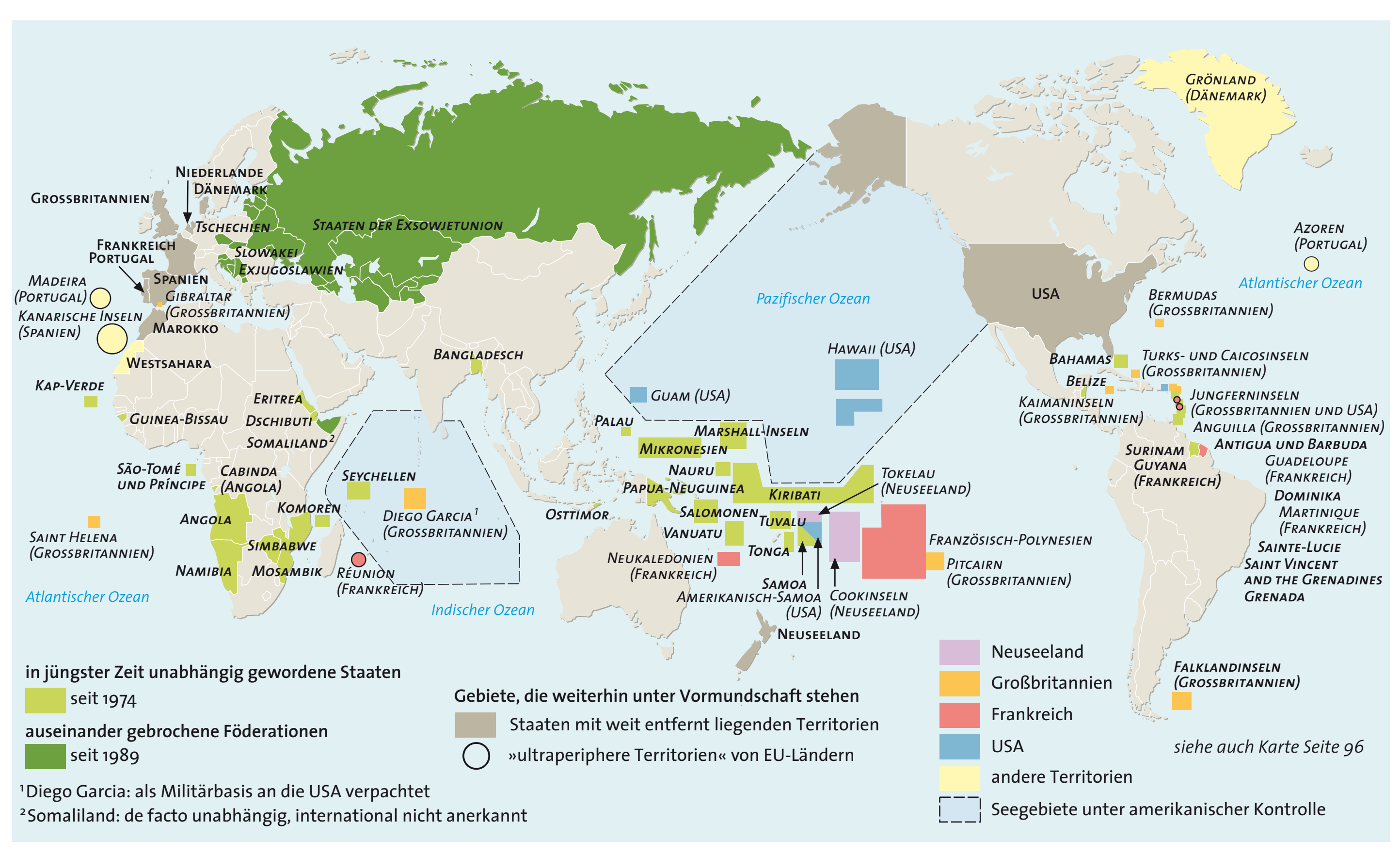
Unter US-amerikanischer Verwaltung leben insgesamt 320.000 Personen, und zwar auf den Jungferninseln in der Karibik (eine wichtige Anlaufstation für Kreuzfahrtschiffe), auf Guam (eine wichtige Militärbasis) und auf Samoa im Pazifik (das von der Thunfischverarbeitung lebt). Frankreich besitzt noch die Verwaltungshoheit über Neukaledonien (mit wichtigen Nickelvorkommen), das sich nach den Verträgen von Nouméa (1998) allerdings in einem Übergangsstatus befindet.

Seit der Unabhängigkeit von Namibia (1990), Eritrea (1993) und Osttimor (2001) ist es um das zuständige Special Committee of 24, das seit Anfang der 1960er-Jahre existiert und den Entkolonialisierungsprozess begleiten sollte, sehr still geworden. Obwohl die Vereinten Nationen zu Beginn des dritten Jahrtausends ein zweites Jahrzehnt der Entkolonisierung ausgerufen haben, beschränkt sich das Komitee im Wesentlichen darauf, sich für die größtmögliche Integration der noch abhängigen Territorien in ihre regionale Umgebung einzusetzen.

Viele Inseln und Territorien – insbesondere französische – wurden dem wachsamen Auge der UN entzogen, indem man einfach ihren Status änderte. Die französischen Kolonien in den Antillen und im Indischen Ozean – Réunion, Martinique, Guadeloupe und Guayana, mit insgesamt 1,7 Millionen Einwohnern – wurden bereits 1946 zu Überseeprovinzen (Départements d'outre mer, DOM). Mayotte im Komorenarchipel strebt denselben Status an. Diese Inseln sind heute als »ultraperiphere Regionen« in die Europäische Union integriert, womit sie denselben Status haben wie die Azoren und Madeira (portugiesisch) und die Kanarischen Inseln (spanisch).

▶ Die Karibik Europas und der USA





Neue Staaten und koloniale Reste ◀

Die französischen Territorien im Pazifik, Neukaledonien und Polynesien, die bis 1996 als Atomtestgelände dienten, haben mittlerweile den Status von »Überseeländern« (Pays d'outre-mer, POM). Im 20.000 Kilometer entfernten Paris hat man eingesehen, dass auch sie auf mittlere Sicht unabhängig werden müssen. Sie teilen ihren Status von »überseeischen Ländern und Territorien der Europäischen Union« mit den Niederländischen Antillen und der (ebenfalls niederländischen) Insel Aruba sowie mit den britischen Besitzungen, die größtenteils direkt von London aus verwaltet werden.

Nicht auf der UN-Liste der abhängigen Gebiete verzeichnet sind auch einige spezifische oder private Territorien. Das gilt etwa für das British Indian Ocean Territory (Biot) mit dem Diego-Garcia-Atoll. Die Bewohner von Diego Garcia wurden in den 1970er-Jahren nach Mauritius deportiert, weil ihre Insel von Großbritannien an die US-Kriegsmarine verpachtet wurde. Ein Sonderfall sind auch die Isle of Man in der Irischen See und die Kanalinseln Jersey und Guernesey, die übrigens nicht zum EU-Territorium gehören. Nicht erfasst sind auch die US-amerikanischen Midwayinseln und das Johnston-Atoll im Pazifik, desgleichen die angolanische Exklave Cabinda, die von Kongo-Brazzaville umschlossen ist.

Seit mehr als 25 Jahren stehen einige dieser exotischen Orte im Verdacht, als Steuerparadiese und Offshore-Bankplätze Geldern aus illegalen Geschäften ein Refugium zu bieten. Auf den Jungferninseln gibt es 200.000 Firmensitze, das sind 10 auf jeden Einwohner. Auf den Kaimaninseln beträgt das Verhältnis zwar nur 2 zu 1, doch über die 40.000 Firmensitze und 900 Offshore-Banken sollen jährlich 800 Millionen Dollar transferiert werden. Die Bewohner der Bermuda-Inseln lehnten 1995 die Unabhängigkeit ab, weil sie den Abzug der in in ihren Banken lagernden Geldsummen befürchteten. Heute belegen die Bewohner der Inseln laut Rangliste der Weltbank bei den Pro-Kopf-Einkommen hinter den US-Amerikanern und den Luxemburgern den dritten Platz.

Die nur 21 Quadratkilometer große Koralleninsel Nauru, zwischen Hawaii und Australien gelegen, die früher von ihren Phosphatvorkommen lebte, ist inzwischen zu einem beliebten Offshore-Finanzplatz geworden, der insbesondere Gelder der russischen Mafia anzieht. Die Insel stand 2005 auf der schwarzen Liste der Aktionsgruppe gegen Geldwäsche, FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering), auf der die mit Neuseeland assoziierten Cookinseln mittlerweile nicht mehr auftauchen.

Ende der 1990er-Jahre verdoppelte der im Pazifik gelegene Mini-Inselstaat Tuvalu seinen Etat, indem er die begehrte Internet-Domain-Kennung ».tv« verpachtete – die moderne Version einer Einnahmequelle, die von den Seychellen wenige Jahre nach der Unabhängigkeit entdeckt und mit dem »Economic Citizenship Programme« institutionalisiert wurde: der Verkauf von Pässen an Ausländer.

WWW

Detaillierte Übersicht der Decolonization Unit der UN
• www.un.org/Depts/dpi/decolonization/index.html

Lelio Basso International Foundation for the Rights and Liberation of Peoples
• www.grisnet.it/filb/filbeng.html

List of Dependent Territories
• www.answers.com/topic/list-of-dependent-territories

Mouvement de décolonisation et d'émancipation sociale
• www.mdes.org/accueil.php3

Metropole Bombay, Zukunft der Welt

von Suketu Mehta

Am 27. Juli 2004 ging in Bombay die größte Regenmenge nieder, die je registriert wurde: 94 Zentimeter an einem Tag. Der Wolkenbruch brachte die besten und die schlimmsten Seiten der Stadt zum Vorschein. Hunderte Menschen ertranken in den Fluten. Aber im Unterschied zu den Zuständen in New Orleans nach dem Hurrikan »Katrina« brach die öffentliche Ordnung nicht zusammen. Und obwohl die Polizei keine Präsenz zeigte, gab es keinen Anstieg der Kriminalitätsrate. Das lag daran, dass die Menschen alles taten, um sich gegenseitig zu helfen. Slumbewohner liefen zur Stadtautobahn, um den dort liegen gebliebenen Autofahrern zu helfen. Vielen von ihnen wurde Zuflucht in Elendsquartieren angeboten, wo bis zu sieben Erwachsene in einem Raum leben. Freiwillige Helfer wateten durch das hüfthoch stehende Wasser, um die 150.000 Menschen, die in den Bahnhöfen eingeschlossen waren, mit Essen zu versorgen. Die Menschen fassten sich an den Händen und bildeten Ketten, um Ertrinkende aus den Fluten zu retten.

Von der Regierung und ihren Organen war kaum etwas zu sehen, doch das hatte auch niemand anders erwartet. Die Einwohner von Bombay halfen sich gegenseitig, weil sie jede Hoffnung auf Hilfe seitens der Regierung verloren haben. Und genau so wird es im 21. Jahrhundert den meisten Menschen auf der Welt ergehen.

Bombay ist mit den 15 Millionen Menschen, die innerhalb seiner Stadtgrenzen leben, die bevölkerungsreichste Metropole einer Erde, deren Bewohner mehrheitlich in Großstädten leben. Es ist die größte, reichste und am schnellsten wachsende Großstadt Indiens. Hier boomt die Wirtschaft, und zugleich herrscht sozialer Notstand. Bombay ist eine Insel der Hoffnung in einem sehr alten Land. Und weil die in Bollywood produzierten Filme so viele Menschen erreichen, ist Bombay zugleich die Stadt, von der die Massen in ganz Indien träumen. Wenn man die Stadt durchwandert, wird man entdecken, dass alles – ob Sex oder Tod, Handel oder Religion – auf offener Straße oder am Straßenrand stattfindet. Dies ist eine Stadt der Superlative: Hier sind Not und Elend am größten – wie auch die Herzen.

Bombay ist der Inbegriff für eine Gruppe von Megastädten in den Entwicklungs- und Schwellenländern, zu der Städte wie São Paolo, Lagos und Jakarta gehören. In all diesen Ballungsräumen gibt es eine unkontrollierte Zuwanderung vom flachen Lande und gewaltige Infrastrukturprobleme, riesige Slumsiedlungen und einen permanenten sozialen Überlebenskampf – und doch bleiben diese Megastädte für die jungen Menschen ein Fanal der Hoffnung.

Dabei entwickeln sie sich in eine ganz andere Richtung als die Metropolen, die das 20. Jahrhundert geprägt haben, also wie New York, London oder Paris, deren Wachstum inzwischen an seine Grenze gestoßen ist. Die Erste und die Dritte Welt sind nicht mehr auf die beiden entgegengesetzten Großregionen, auf »den Norden« und »den Süden« unseres Planeten verteilt, sie liegen dicht beieinander, ja sie prallen innerhalb derselben Stadt aufeinander. In Bombay gibt es Menschen, die so reich sind, dass sie ihre Hemden zum Waschen nach Paris schicken. Und umgekehrt liegt die Lebenserwartung eines Bewohners von Harlem niedriger als die ein Bürgers von Bangladesch.

Indien entzieht sich jeder Beschreibung, denn alles, was man über dieses Land sagen kann, ist wahr und falsch zugleich. Gewiss, Indien dürfte schon bald das Land mit der größten Mittelschicht der Welt sein. Aber heute hat das Land noch die größte Unterschicht der Welt. Und dasselbe gilt für Bombay. In dieser Stadt wächst alles im exponentiellen Maßstab: die Call-Centers, die internationale Verbreitung der hier produzierten Filme, die Bedeutung der Börse als Eingangstor zum indischen Finanzmarkt, aber ebenso die Slums, die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen, der Verfall der städtischen Infrastruktur.

Als Modell für die Entwicklung von Bombay haben die Stadtplaner ganz offensichtlich Shanghai vor Augen. Und die lokale Regierung hat sich einen von McKinsey vorgelegten Report zu Eigen gemacht, der den Titel »Vision Mumbai« trägt und als Ziel formuliert, Bombay »bis 2013 zu einer Stadt von Weltniveau« zu machen. Der indische Architekt und Städtebauer Charles Correa konstatiert, dass der Report »wenig Visionäres enthält. Die Vorschläge haben eher etwas von Halluzinationen.«

Bombay braucht dringend eine drastische Verbesserung der elementaren kommunalen Leistungen, also des Straßen- und Abwassernetzes, des städtischen Transportwesens, der medizinischen Versorgung, der Sicherheit für die Bürger. Doch die Stadt steht vor einem Widerspruch, den einer der Stadtplaner so beschrieben hat: »Je angenehmer wir die Stadt machen, desto mehr Menschen werden herziehen, um hier zu leben.«

Heute stammt die große Mehrheit der Binnenmigranten aus den verarmten nordindischen Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar. Die Probleme von Bombay sind also nicht zu lösen, bevor nicht die Probleme von Bihar gelöst sind. Entscheidend ist, das der Bauer in Bihar auf seinem Acker bleibt. Und das bedeutet: Die kleinen Bauern müssen wieder von der Landwirtschaft leben können. Wenn die Vereinigten Staaten und die Europäische Union ihre verzerrenden Subventionen abschaffen würden, wäre das schon ein großer Schritt, um zum Beispiel die indische Baumwolle gegenüber der US-amerikanischen konkurrenzfähig zu machen. Bombay ist somit auf Gedeih und Verderb von nationalen und internationalen Faktoren abhängig, auf die es keinerlei Einfluss ausüben kann.

Für uns alle, wo immer wir leben, ist es also wichtig, dass den Menschen in Megastädten wie Bombay geholfen

wird. Vor drei Jahren hat die UN anlässlich ihrer Habitat-Konferenz einen Bericht publiziert (»The Challenge of Slums: Global Report on Human Settlements 2003«), der die Prognose enthält, dass bis zum Jahre 2030 60 Prozent der Weltbevölkerung in Großstädten leben und dass 2 Milliarden Menschen in Slums wohnen werden. Der Bericht verweist auf die Gefahr, dass die Unternehmen der Ersten Welt im Zuge eines »Wettlaufs nach unten« ihre Investitionen und Arbeitsplätze ins Ausland, genauer: in die Städte mit den niedrigsten Arbeitskosten verlagern werden. Das bedeutet, dass die Verzweiflung der Slumbewohner in Städten wie Bombay unmittelbare Folgen für das ökonomische Schicksal der Menschen in New York oder Los Angeles oder London oder Berlin haben wird.

Derselbe UN-Bericht enthält auch die Warnung, dass diese Slums zum Nährboden für Extremisten werden können, falls wir keine politischen Rezepte entwickeln, die den kulturellen Unterschieden zwischen älteren und neueren Immigranten gerecht werden. Für London ist es genauso wichtig, Bombay zu verstehen, wie es für Bombay wichtig ist, London zu verstehen. Und sei es nur, weil die nächste Generation der Londoner in Bombay geboren wird. In der Stadt also, die unsere Zukunft ist, ob es uns gefällt oder nicht.

► **Suketu Mehta** ist preisgekrönter indischer Autor. Zuletzt erschien »Maximum City: Bombay Lost and Found«, New York (Knopf) 2004 (dt. »Bombay. Maximum City«, Frankfurt/Main, Suhrkamp, 2006).



Kapitel

Der Aufstieg Asiens

Ostasien meldet sich zurück

Die Länder Ost- und Mittelasiens gewinnen die Bedeutung zurück, die sie vor der Industriellen Revolution in Europa hatten. Der Aufstieg Asiens könnte die internationale geopolitische Balance ins Wanken bringen. Deshalb besteht die wichtigste Zukunftsaufgabe darin, diese Entwicklung in friedliche Bahnen zu lenken.

In den letzten Jahrzehnten haben die meisten Länder Asiens einen großen Entwicklungsschub erfahren, der vor allem auf technologischer Modernisierung beruht. Innerhalb weniger Generationen sind Agrarländer zu Industrienationen geworden und vormals unbedeutende Staaten zu entscheidenden Akteuren auf dem Weltmarkt.

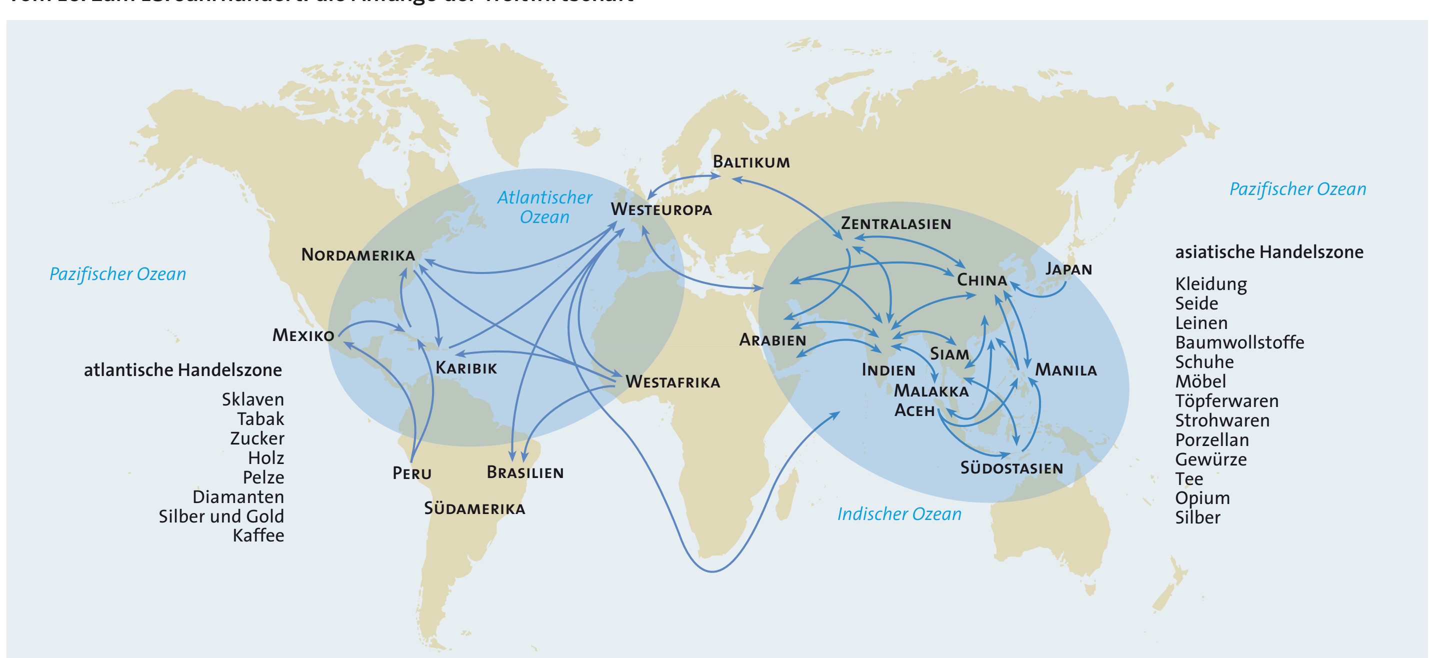
Den Anfang hatte Japan gemacht. Auf dessen Spuren sind in Ostasien in weniger als vierzig Jahren weitere »neue Industrieländer« entstanden, die den Übergang von vorkapitalistischen Produktionsweisen zu einer kapitalistischen Ökonomie mit mittlerem bis hohem Nationaleinkommen geschafft haben. China und Indien vollzogen die wirtschaftliche Neuorientierung in den 1980er- und 1990er-Jahren. Dabei hat China eine durchschnittliche Wachstumsrate von über 8 Prozent erreicht, sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) mehr als versechsfacht und auf der Weltrangliste der Handelsnationen Platz drei erreicht. In die Volksrepublik fließen mehr Ausländische Direktinvestitionen als in jedes andere der so genannten Schwellenländer: 2004 waren es 62 Milliarden Dollar. Im selben Zeitraum verzeichnete Indien eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5 Prozent, die 2005 auf 7 Prozent anstieg.

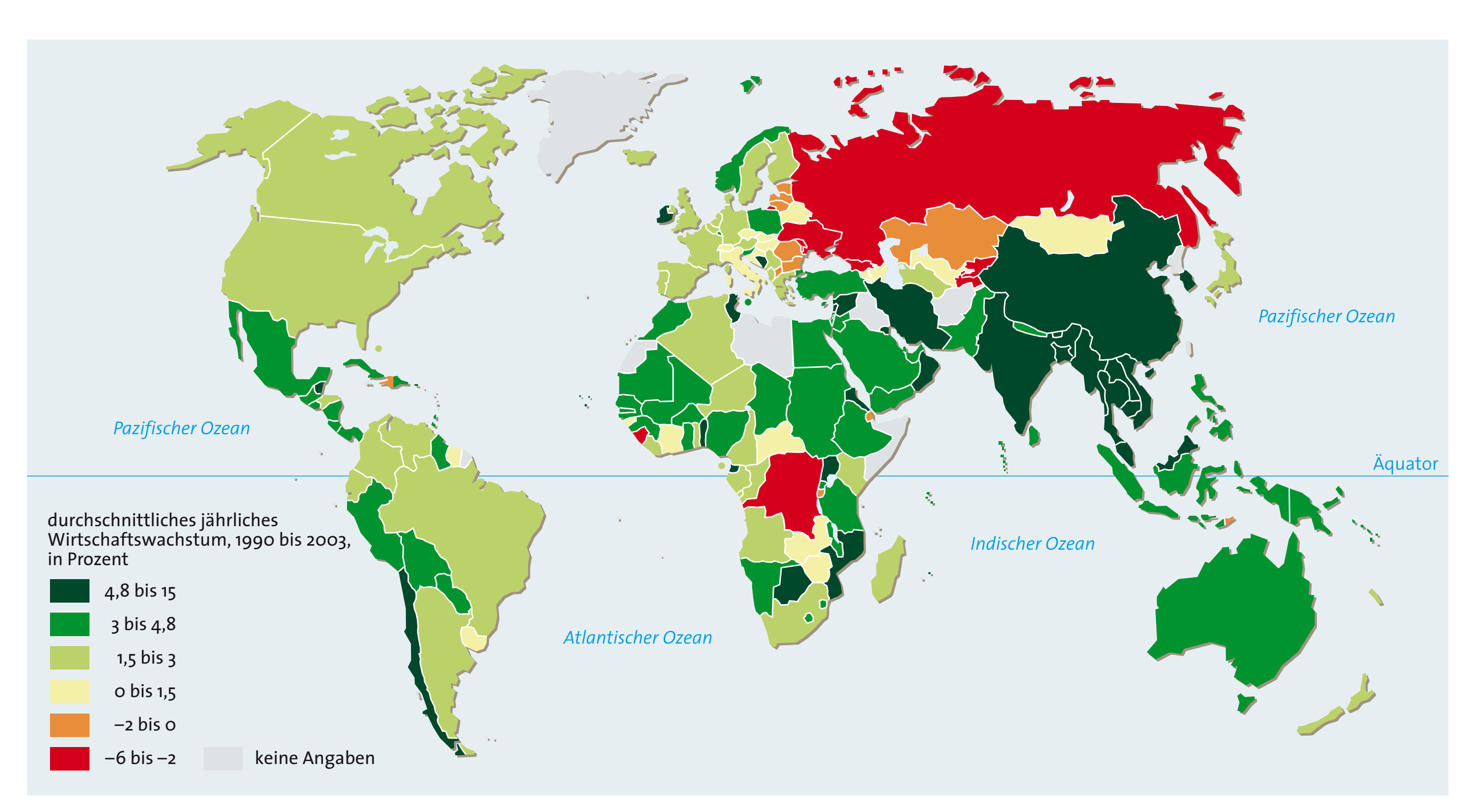
Die dynamische Entwicklung der Region ist nicht einfach die Folge einer Politik der wirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung. Vielmehr haben die einzelnen Staaten jeweils eine spezifische merkantilistische Politik betrieben, die zum Ziel hatte, die Industrialisierung durch Export zu fördern und die allmähliche Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft selbst zu steuern. Dass die meisten Staaten nach der großen Finanzkrise von 1997/1998 weiter auf Wachstum setzten, belegt die strukturelle Qualität ihrer Transformation, wobei allerdings die eingeschlagenen Entwicklungsstrategien von Land zu Land erhebliche Unterschiede aufweisen und in allen Ländern beträchtliche soziale und geografische Disparitäten fortbestehen.

Mit diesem grundlegenden Wandel gewinnt Asien innerhalb des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems die zentrale Stellung zurück, die der Region vor dem Zeitalter der Kolonisierung und der europäischen Industriellen Revolution zukam. Damals stammte ein Großteil der Manufakturprodukte der Welt aus Asien, schreibt der Wirtschaftshistoriker André Gunder Frank: »China und Indien waren die beiden ›zentralen‹ Regionen der Weltwirtschaft.« Dabei sei Indien durch seine »relativ und absolut hohe Produktivität« im Bereich der Textilerzeugung wettbewerbsfähig gewesen, insbesondere dank der Dominanz auf dem Weltmarkt für Baumwollstoffe.

Der Konkurrenzvorteil Chinas lag laut Frank in seiner noch höheren Produktivität im Bereich der Industrie, der Landwirtschaft, der (Binnen-)Schifffahrt und des Handels. Ähnliches galt auch für kleinere, aber wirtschaftlich erfolgreiche Länder, etwa für Siam (das heutige Thai-

► Vom 16. zum 18. Jahrhundert: die Anfänge der Weltwirtschaft





Die 1990er-Jahre: ein Schlüsseljahrzehnt verändert das Gesicht der Welt ◀

land) und die Region Java und Insulinde (Indonesien).

Der Historiker Paul Bairoch hat berechnet, dass um 1750 auf China 32,8 Prozent der weltweiten Güterproduktion entfielen, auf Europa dagegen nur 23,2 Prozent. Damals lebten in China 207 Millionen Menschen gegenüber 130 Millionen in Europa. 57,3 Prozent der Manufakturerzeugnisse der Welt kamen aus Indien oder China. Und wenn man die Länder Südostasiens, Persien und das Osmanische Reich dazunimmt, lieferte Asien im weiteren Sinne (allerdings ohne Japan) nahezu 70 Prozent. Vor allem bei Textilerzeugnissen beherrschte Asien den Weltmarkt – genau in dem Bereich also, der in der Folge eine Schlüsselrolle für die Industrielle Revolution in Europa spielen sollte.

Um das Jahr 1750 betrug das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (ausgedrückt in Dollar von 1960) in China 228 Dollar, in Europa hingegen nur 150 bis 200 Dollar. Damals leben zwei Drittel der Weltbevölkerung in Asien, das auch 80 Prozent des globalen BNE erzeugte. Fünfzig Jahre später lagen das chinesische und das europäische Bruttonationaleinkommen etwa gleichauf, aber Frankreich und England zusammen erzeugten bereits etwas mehr Manufakturgüter pro Kopf als China.

Während seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Zentrum der Weltwirtschaft im Westen liegt, werden im 21. Jahrhundert mehrere Schwerpunkte entstehen. Die Herausbildung einer neuen Balance wird allerdings nicht ohne neue Spannungen abgehen. So heizt zum Beispiel der ständig wachsende Energiebedarf der chinesischen Wirtschaft eine Konkurrenz zwischen China und den USA hinsichtlich der Kontrolle der Rohstoffmärkte an, die potenziell gefährlich ist.

Das gilt vor allem für den Zugang zu fossilen Brennstoffen. Die Internationale Energiebehörde (IEA) schätzt, dass Chinas Erdölimporte bis 2010 auf 8 Millionen Barrel pro Tag steigen werden, bis 2030 sogar auf 10 Millionen. Damit wäre die Importmenge der USA aus dem Jahr 2000 erreicht. Die große globale Zukunftsaufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass die skizzierten Entwicklungen friedlich verlaufen.

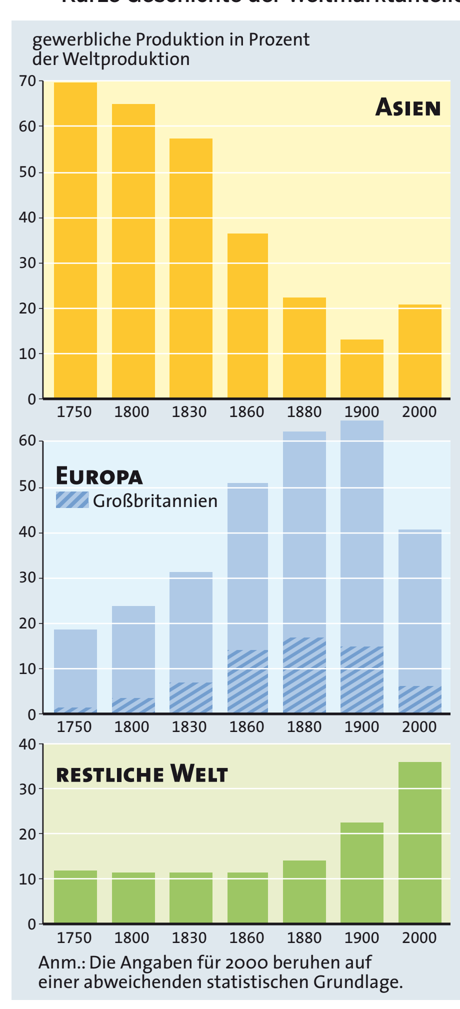
www

Portale
- de.wikipedia.org/wiki/Portal:Asien
- coombs.anu.edu.au/WWWVL-AsianStudies.html

Netzwerke von NGOs
- www.aprnet.org
- billie.lib.duke.edu/pubdocs/ngo/asia.asp

Entwicklungspolitik online
- www.epo.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=28&Itemid=70

Kurze Geschichte der Weltmarktanteile ◀



Vom Maoismus zum Marktsozialismus

Die ersten beiden Zwangsmodernisierungen im Nachkriegschina, der »große Sprung« und die Kulturrevolution, sind gescheitert. Die Reformpoliktik unter Mao Tse-tungs Nachfolger Deng Xiaoping war hingegen so erfolgreich, weil sie behutsam begann und das Land nur langsam öffnete. Heute ist die soziale Ungleichheit die wichtigste Ursache für mögliche innere Konflikte.

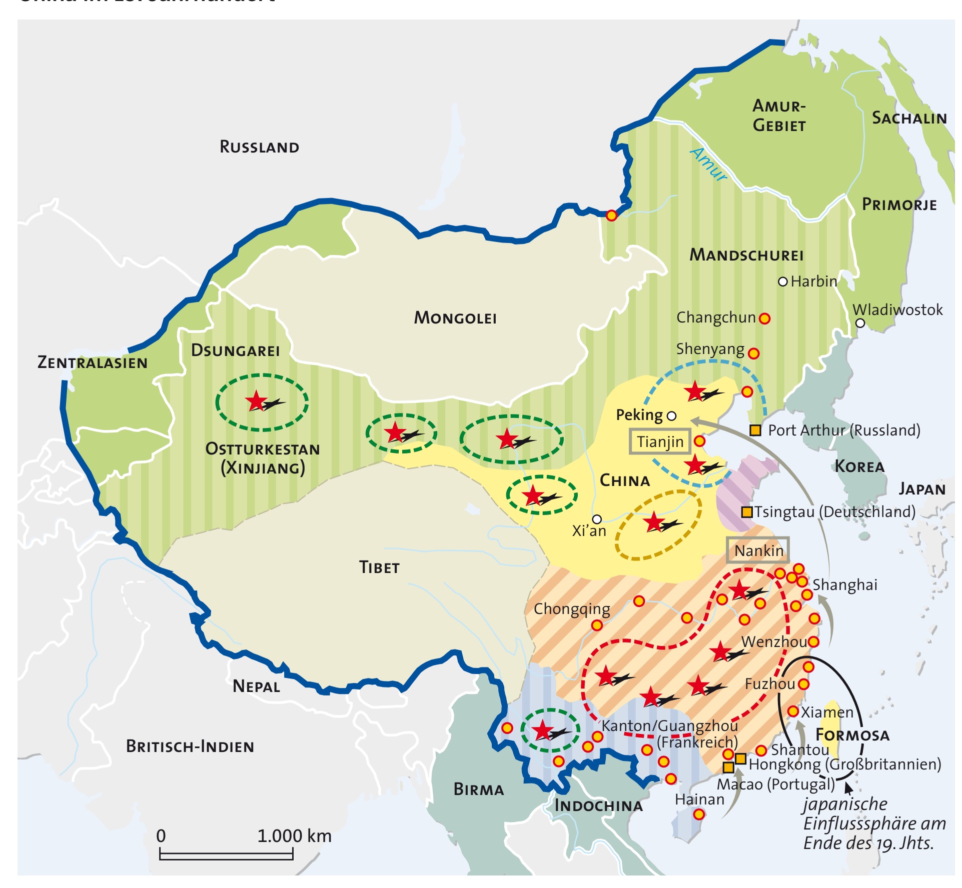
Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ging Mao Tse-tung aus dem Bürgerkrieg in China als Sieger hervor. Gestützt auf die Landbevölkerung baute Mao ein neues China nach dem Vorbild des Sozialismus in der Sowjetunion auf. Das Privateigentum wurde abgeschafft, die Unternehmen wurden verstaatlicht, die Versorgung mit Konsumgütern wurde rationiert. Die Investitionen erreichten Rekordhöhe und flossen vorzugsweise in die Entwicklung der Schwerindustrie.

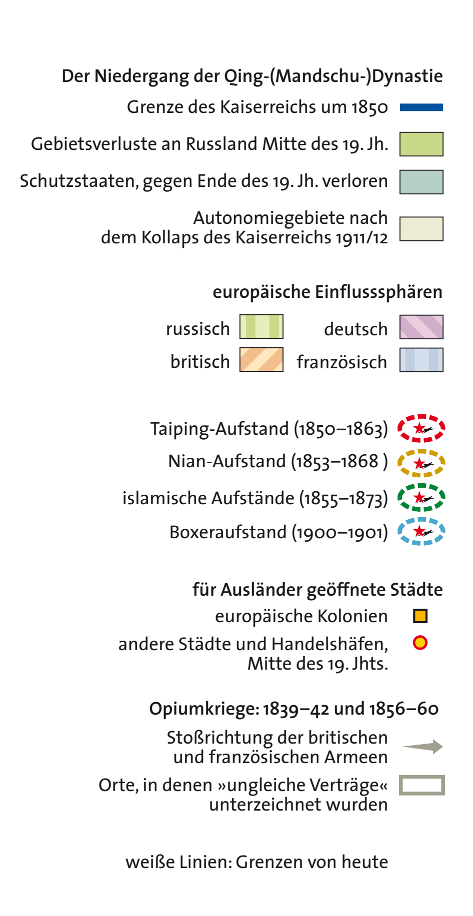
Diese Strategie erwies sich zu Beginn als erfolgreich. Das Land konnte seine Bevölkerung ernähren. Aber die neu gewonnene Stabilität ging mit einem starken demografischen Druck und mit bürokratischer Gängelung einher. Und die Tatsache, dass dieser Typ des »realen Sozialismus« keine Anreize jenseits politischer Parolen kannte, ließ die Produktion stagnieren. China blieb ein armes unterindustrialisiertes Agrarland: Nur 10 Prozent seiner Bewohner lebten in den Städten, und der Anteil des Landes am Welthandel lag unter einem Prozent.

Mao Tse-tung unternahm zwei Versuche, die Entwicklung des Landes durch künstliches Anheizen des »Klassenkampfes« zu beschleunigen. Der erste war die Kampagne »Lasst hundert Blumen blühen« von 1957, die im Jahr darauf zum Konzept des »Großen Sprungs« erweitert wurde. Der zweite war die Kulturrevolution von 1966. Das Scheitern des »Großen Sprungs« bezahlte das Volk mit einer Hungersnot (1959–1962), die fast 30 Millionen Menschenleben kostete. Die Kulturrevolution wiederum brachte China an den Rand eines Bürgerkriegs und mündete in der Diktatur des Militärs. Als Mao 1976 starb, war das Wirtschaftswachstum auf Null zurückgegangen.

Unter Maos Nachfolger Deng Xiaoping begannen vorsichtige Reformen. Sie konzentrierten sich von 1978 bis 1984 auf die Landwirtschaft. Man löste die Volkskommunen auf und ging zum bäuerlichen Fa-

► China im 19. Jahrhundert





milienbetrieb zurück. Finanzielle Anreize führten bei den Staatsbetrieben zu mehr Eigenverantwortlichkeit. Dadurch stiegen das allgemeine Konsumniveau und auch der Lebensstandard der Landbevölkerung.

Von 1984 bis 1989 wurden die autoritären Methoden der Planwirtschaft durch neue Prinzipien abgelöst. Zum einen setzte man auf eine Dezentralisierung der politischen Entscheidungen zugunsten der Regionen, zum anderen auf mehr Marktwirtschaft. Alle diese Maßnahmen führten allerdings zu Inflation, Korruption und Schwarzmarktgeschäften, also zu der Entwicklung, gegen die sich die Demonstrationen auf dem Tienanmen-Platz im Juni 1989 richteten. Nachdem diese niedergeschlagen waren, wurde der Reformprozess bis 1991 auf Eis gelegt.

Die dritte Phase des Strukturwandels vollzog sich in den 1990er-Jahren. Die Staatsbetriebe wurden privatisiert, und der private Sektor wurde ausgeweitet; die Handelsschranken wurden abgebaut und Ausländische Direktinvestitionen ebenso wieder zugelassen wie bestimmte marktwirtschaftliche Mechanismen und Institutionen. Um die Jahrtausendwende lag der Anteil des staatlichen Sektors bei nur noch 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bei nahe 30 Prozent der Beschäftigung. Die »Kollektivbetriebe« in den Dörfern und Kleinstädten erwirtschafteten 12 Prozent des BIP und beschäftigten 6 Prozent der Arbeitskräfte. Für Privatbetriebe und Selbstständige lag der entsprechende Anteil bei 27 Prozent des BIP und 15 Prozent der Beschäftigung, für ausländische Kapitalgesellschaften bei 6 Prozent des BIP und 3 Prozent der Beschäftigung.

Trotz all dieser als »liberal« vorgestellten Reformen sind noch viele Bereiche der Volkswirtschaft staatlich geschützt und reguliert. So ist die chinesische Währung nicht frei konvertibel, was China jedoch in der asiatischen Finanzkrise von 1997/98 vor dem großen Einbruch geschützt hat. Auch gibt es für Staatsunternehmen nach wie vor privilegierte Kreditkonditionen, und die eigene Produktion wird durch Schutzzölle abgeschirmt und durch Exportsubventionen gefördert.

Dass China seit Dezember 2001 der Welthandelsorganisation (WTO) angehört, hat allerdings den Druck verstärkt: Die Führung ist nun gehalten, Einfuhrzölle zu senken und mehr ausländisches Kapital ins Land zu lassen. Zugleich entwickeln sich in der Konkurrenz um die »Billiglöhne« Ansätze eines ungezügelten Kapitalismus. Unter den Bedingungen einer zweigleisigen, staatlichen/privaten Wirtschaft bei gleichzeitigem Abbau der zentralen Finanzaufsicht haben die sozialen Ungleichheiten und die daraus erwachsenden Spannungen zugenommen. Aber andererseits ist der Lebensstandard der Bevölkerung seit 1978 deutlich gestiegen. Von 1950 bis 1980 erhöhte sich auch die durchschnittliche Lebenserwartung von 40 auf 66 Jahre, und die Kindersterblichkeit sank von 175 auf 40 pro tausend Lebendgeburten. Dennoch: Seit den 1990er-Jahren verschärft sich die soziale Ungleichheit, weil das alte System der sozialen Absicherung überfordert ist.

WWW

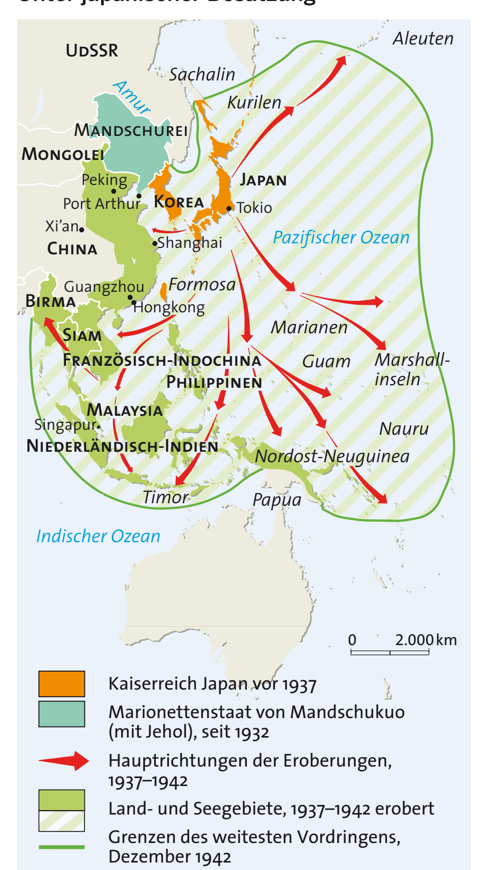
Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China
- de.wikipedia.org/wiki/Maoismus

Portal
- sun.sino.uni-heidelberg.de/igcs

Geschichte
- orpheus.ucsd.edu/chinesehistory

offiziell
- www.china.org.cn/german/index.htm

▶ Unter japanischer Besatzung



Bürgerkrieg und Expansion nach 1945 ◀



China – die Risiken des Booms

China bemüht sich aktiv um ausländisches Kapital, und die internationalen Konzerne lassen sich von der billigen chinesischen Arbeit anlocken. Die Bedeutung des Landes für die Weltwirtschaft steigt ununterbrochen.

Seit Ende der 1980er-Jahre kann China als der beliebteste Produktionsstandort der Welt gelten. Das Land verzeichnet seit 2004 mit jährlich rund 60 Milliarden Dollar den höchsten stetigen Zufluss von Ausländischen Direktinvestitionen (ADI), wenn grenzüberschreitende Fusionen und Unternehmensverlagerungen innerhalb der EU unberücksichtigt bleiben. Die chinesischen ADI-Zahlen gelten zwar wegen der komplizierten Extraabrechnung mit Hongkong als übertrieben, aber dafür werden wiederum nicht alle ausländischen Investitionen erfasst.

Die Wettbewerbsvorteile des alten »Reichs der Mitte« liegen allerdings auf der Hand. Den internationalen Unternehmen bietet China ein gewaltiges Reservoir disziplinierter Arbeitskräfte zu geringen Stundenlöhnen um etwa 0,20 Dollar – und nicht zu vergessen: Es gibt keine unabhängigen Gewerkschaften. In den vergangenen zwanzig Jahren haben zahlreiche westliche Konzerne dieses Angebot genutzt und bedeutende Teile ihrer Produktion nach China verlegt.

Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst seit längerer Zeit stetig um etwa 10 Prozent pro Jahr. Die Regierung kalkuliert allerdings nun einen leichten Rückgang vor allem wegen zunehmender Überkapazitäten ein. Das Wachstum soll 2006 bei immer noch 9,3 und 2007 bei 8,8 Prozent liegen.

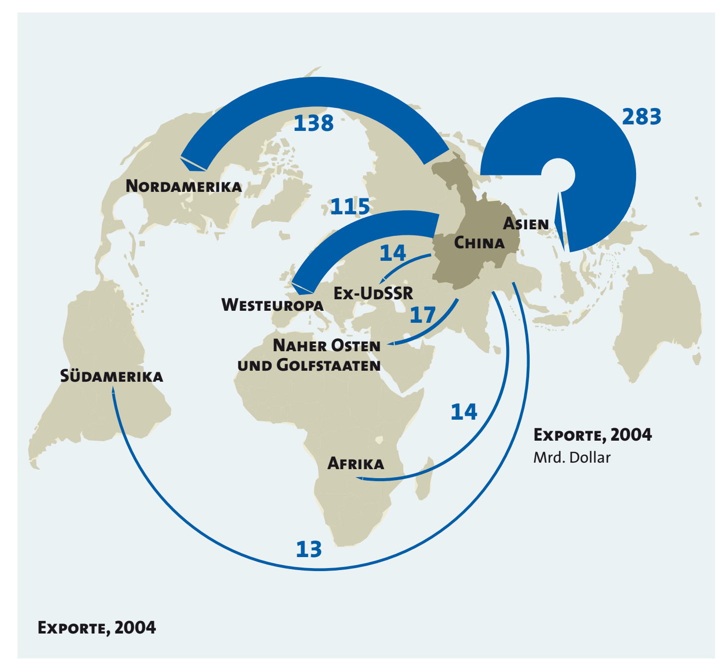
Chinas Bruttoinlandsprodukt liegt inzwischen, gemessen am Gesamtvolumen, weltweit auf dem vierten Rang und wird nur noch von den USA, Japan und Deutschland *(siehe Seite 156)* übertroffen. Wird nicht nach dem Wechselkurs, sondern nach Kaufkraft verglichen, liegt China bereits auf dem zweiten Platz. Außerdem ist China inzwischen die drittgrößte Handelsnation der Welt.

Natürlich sieht die chinesische Führung darin einen Erfolg ihres Wirtschaftsmodells. Dieser hängt allerdings stark vom Außenhandel ab. Ein weiterer Garant des Erfolgs war der starke Zustrom von Anlagekapital: Die Käufe von Aktien und anderen Wertpapieren stiegen im Jahr 2005 auf mehr als 700 Milliarden Dollar. Problematische Folgen der rasanten Wirtschaftsentwicklung sind unter anderem der wachsende Energiebedarf *(siehe Seite 164)*, die zunehmende soziale Ungleichheit *(siehe Seite 162)* und verschärfte internationale Spannungen *(siehe Seite 166)*.

Die chinesische Regierung weiß, wie wichtig das soziale Gleichgewicht zwischen den Städten und den ländlichen Gebieten ist. Dieses Problem stand im Mittelpunkt der Debatten beim Kongress der Kommunistischen Partei, an dem 2005 rund 500 Delegierte und Regierungsmitglieder teilnahmen. Nach offiziellen Angaben belief sich 2004 das durchschnittliche Jahreseinkommen in den Städten auf 9.422 Yuan (1.140 Dollar) und wuchs um 7,7 Prozent, in den ländlichen Gebieten dagegen nur auf 2.936 Yuan (355 Dollar), bei einem Zuwachs von 6,8 Prozent. Noch nicht erfasst sind dabei die Wanderarbeiter, die von einer Provinz zur andern ziehen, um als Tagelöhner ein paar Yuan zu verdienen.

Die zunehmende soziale Ungleichheit führt zu inneren Konflikten – von der »harmonischen Gesellschaft«, die Präsident Hu Jintao immer wieder beschwört, ist man weit entfernt. Nach Ansicht einiger ausländischer Beobachter befindet sich China in einer weit schlimmeren so-

► Ein- und Ausfuhren: Der größte Markt ist Asien





zialen und politischen Krise als 1989. Damals bestand die Antwort des Regimes auf die Demokratieforderungen vieler junger Chinesen in brutalen Unterdrückungsmaßnahmen wie dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Chinas Exportüberschuss hat bereits etliche Konflikte ausgelöst. Peking muss fürchten, dass seine westlichen Partner auf offene und verdeckte protektionistische Maßnahmen zurückgreifen werden. Außerdem fordert der Westen immer dringender die Aufwertung des Yuan. 2005 betrug Chinas Handelsüberschuss 100 Milliarden Dollar gegenüber den unproblematischen 20 bis 30 Milliarden Dollar in den Jahren 1998 bis 2004. Der Grund für den Exportschub: Die Ausfuhren wuchsen um 30 Prozent, die Einfuhren dagegen nur um 18 Prozent.

Gegen Chinas Exportoffensive scheint kein Kraut gewachsen. Weder die Einfuhrbeschränkungen der EU und der USA für chinesische Textilien, noch die geringfügige Abwertung des Yuan im Juli 2005 haben diesen Trend gestoppt. Ohne Auswirkungen blieb auch, dass der Wert des Yuan nicht mehr nur gegen den Dollar errechnet wird, sondern gegen einen Währungskorb, der auch den Euro enthält. Inzwischen fordern EU und USA eine realistische Aufwertung der chinesischen Währung oder sogar die Freigabe des Wechselkurses.

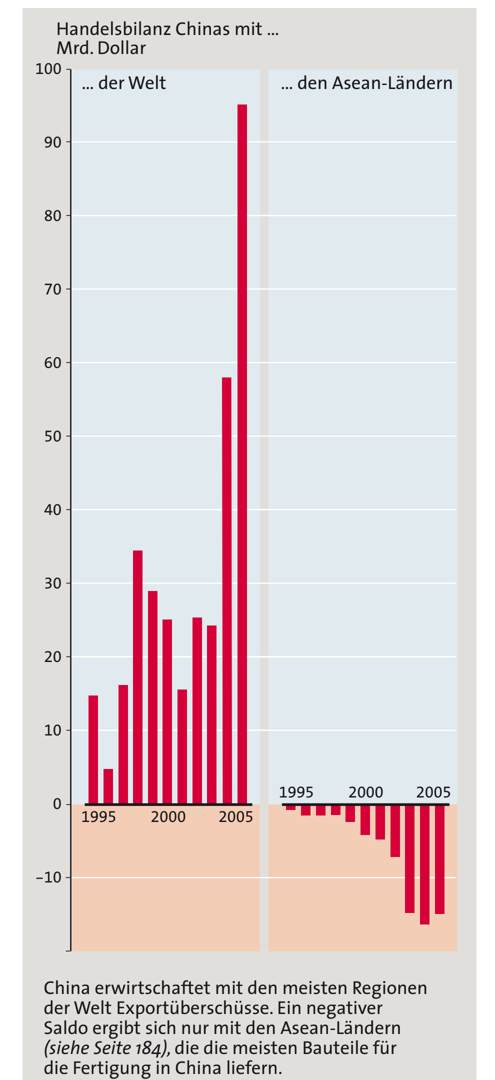
Die internationale Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Rivalität zwischen Peking und Washington im Energiebereich und die Rolle, die Japan dabei spielt. Doch die UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) macht in ihrem World Investment Report 2005 auf eine noch gravierendere Entwicklung aufmerksam: Internationale Unternehmen verlagern nicht nur immer mehr Produktionsbereiche nach China, sondern auch immer mehr Abteilungen für Forschung und Entwicklung (Research and Development, R & D). Innerhalb von zehn Jahren waren es rund 700 R & D-Zentren ausländischer Unternehmen. Aus einer Unctad-Umfrage bei multinationalen Unternehmen geht hervor, dass 69 Prozent dieser Firmen bereit sind, in Zukunft noch mehr Geld in ausgelagerte R & D-Einrichtungen zu investieren. Die EU wie die USA betrachten diese Entwicklung mit Sorge – und bereiten neue Gesetze vor, die ihre »strategisch wichtigen« Wirtschaftsbereiche schützen und den Technologietransfer nach China eindämmen sollen.

www

offiziell
- de.ce.cn/home
- www.stats.gov.cn/english/index.htm
- www.drcnet.com.cn/Drcnet.channel.web/english/index.aspx

für Unternehmer
- www.chinaeconomicreview.com

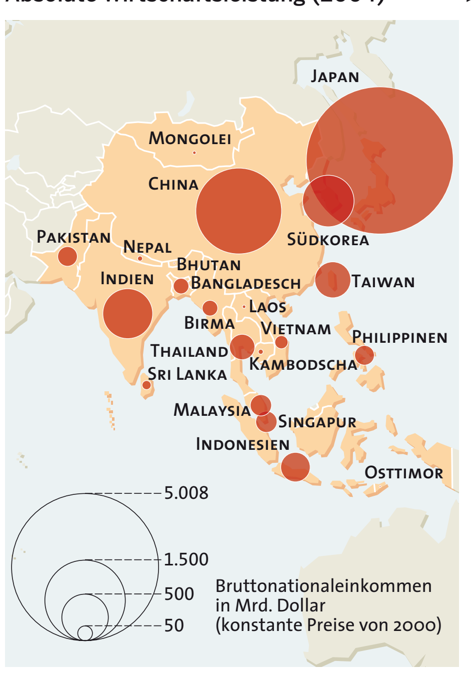
über die Bevölkerung
- hdr.undp.org/reports/detail_reports.cfm?view=902



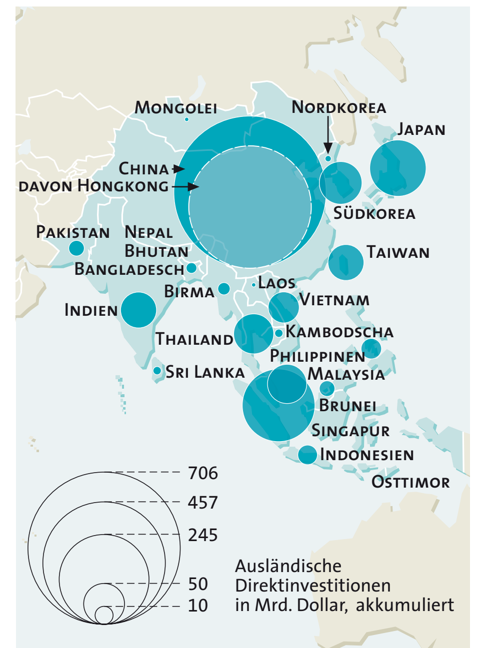
China erwirtschaftet mit den meisten Regionen der Welt Exportüberschüsse. Ein negativer Saldo ergibt sich nur mit den Asean-Ländern *(siehe Seite 184)*, die die meisten Bauteile für die Fertigung in China liefern.

Außenhandel mit regionalem Defizit ◄

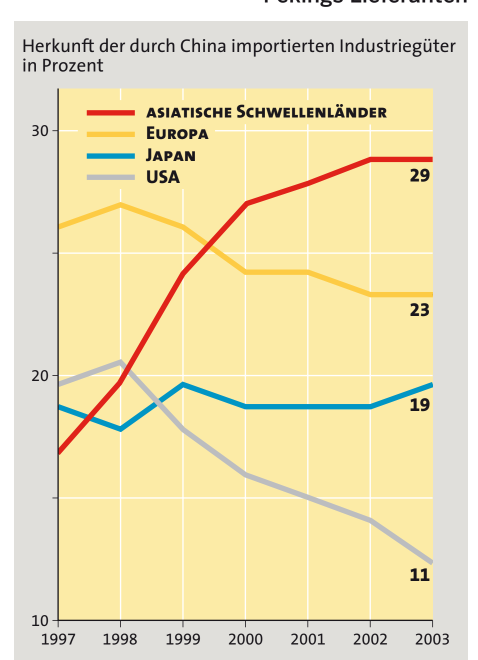
► Absolute Wirtschaftsleistung (2004)



► Absolute Investorenliebe (2004)



Pekings Lieferanten ◄



Rebellion in Stadt und Land

China wird von heftigen sozialen Protesten erschüttert, doch über die häufigen und nicht immer friedlichen Demonstrationen wird im Ausland nur selten berichtet. Die tiefen Umbrüche bringen zahlreiche Gruppen dazu, sich für ihre Interessen stark zu machen und für neue soziale Rechte zu streiten. Das Regime hat es bislang geschafft, diese Bewegungen zu kanalisieren.

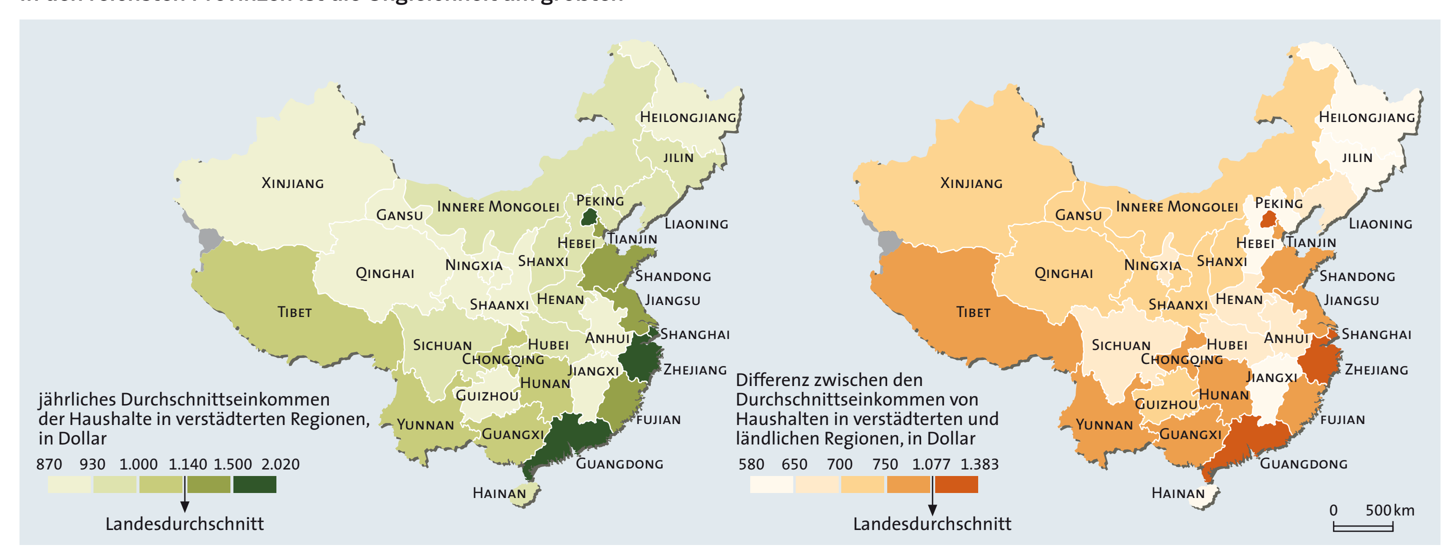


Ausländer bevorzugen die Ostküste ◀

Gut ein Drittel der chinesischen Bevölkerung lebt heute in den großen Städten, wo die rasante Urbanisierung zu sozialen Konflikten vielfacher Art geführt hat. Die Proteste gehen vor allem von den Bauern, den Arbeitslosen und den Rentnern aus, die nicht genug zum Leben haben, aber auch von anderen verarmten Bevölkerungsgruppen. Sie alle sind vom Zusammenbruch eines Systems betroffen, das früher nicht nur einen lebenslangen Arbeitsplatz, sondern auch eine umfassende soziale Absicherung garantierte. Sie fordern die Erfüllung ausstehender Sozialleistungen und protestieren gegen die schwindenden Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess. Ihre Kundgebungen veranstalten sie vor den städtischen Gebäuden, um die verantwortlichen Beamten zu zwingen, sie zu empfangen, wobei sie häufig auch die Straßen im Stadtzentrum blockieren. Doch gewaltsame Übergriffe auf Amtspersonen oder Unternehmensleiter sind die Ausnahme, weshalb sich die Repression der Staatsgewalt auch in Grenzen hält. Im schlimmsten Fall werden die Anführer verhaftet und vor Gericht gestellt. Die entscheidende Frage bleibt allerdings, ob der Staat die Mittel bereitstellt, um eine neue Form »sozialer Sicherung« zu finanzieren und den Deklassierten das Überleben zu sichern.

Konfliktträchtig ist auch die Urbanisierungspolitik als solche. In den engen Gassen Pekings kommt es immer wieder zu Demonstrationen von »Ausquartierten«, die sich nicht so sehr gegen den Abriss ihrer Behausung empören als vielmehr gegen die geringe Entschädigung, die man ihnen anbietet, gegen die Methoden der lokalen Baulöwen und gegen die Missachtung geltender Vorschriften durch die Verwaltung. Auch die Wanderarbeiter haben begonnen, gegen ihre Lebensbedingungen zu protestieren. Mit Eingaben an die Behörden und gerichtlichen Klagen versuchen sie, etwas gegen ihren rechtlosen Status zu unternehmen. Bislang arbeiten sie zumeist ohne Vertrag und Sozialversicherung, weshalb ihnen die Unternehmer nach Belieben ihre Löhne vorenthalten können. Außerdem protestieren sie dagegen, dass es kaum Schulen für ihre Kinder und keinen angemessenen Wohnraum gibt.

► In den reichsten Provinzen ist die Ungleichheit am größten



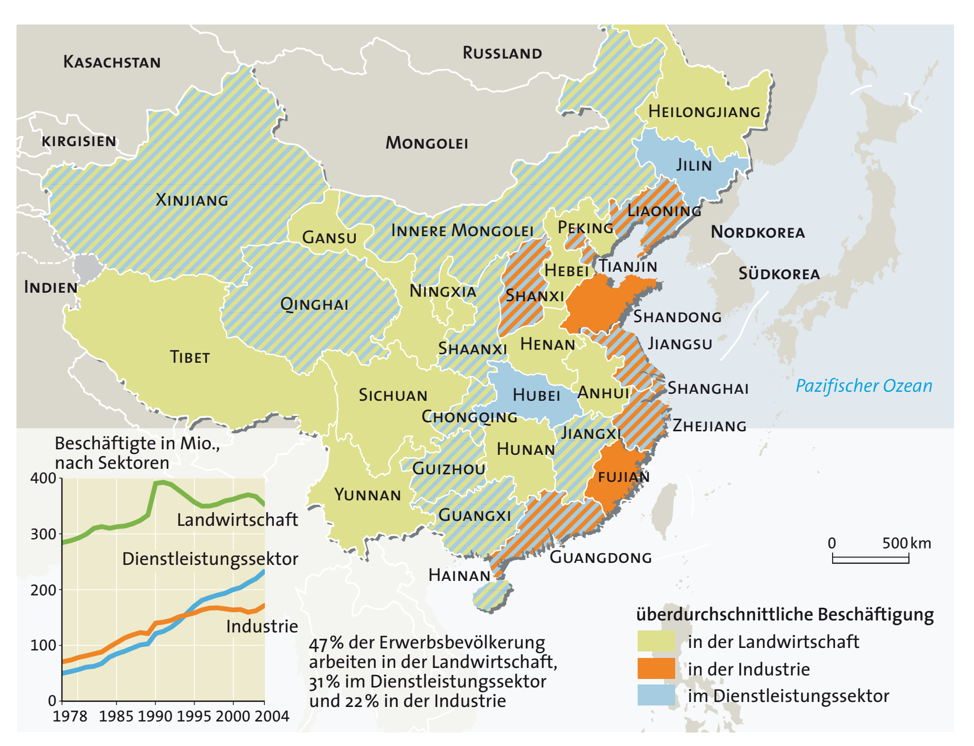
Doch auch dabei handelt es sich weniger um eine Konfrontation zwischen »Herrschenden« und »Beherrschten« als vielmehr um das Problem, wie sich solche sozialen Ansprüche und die Bemühungen der Führungsschicht um soziale Stabilität auf einen Nenner bringen lassen. So werden etwa die Klagen gegen rücksichtslose Unternehmer von der Regierung in Peking durchaus ermutigt, und einige Leute in der Regierung unterstützen auch öffentlich den Kampf der Wanderarbeiter.

Die Protestbewegungen der Bauern richten sich vor allem gegen die überhöhte Besteuerung durch örtliche Behörden und die Enteignung von Grund und Boden ohne angemessene Entschädigung. Auf dem Land sind die lokalen Machthaber bei der Unterdrückung von Protesten weniger zimperlich als die städtischen Autoritäten. Und in Peking gibt es Leute, die mit diesen unzufriedenen Bauern durchaus sympathisieren. Sie kritisieren die örtlichen Kader als ungebildet und übermäßig korrupt und sehen es ohnehin nicht gern, wenn diese sich der Aufsicht Pekings entziehen wollen. Auch geraten die Behörden durch die vielfältigen Formen des Protests oft in eine schwierige Situation: Es gibt nicht nur Demonstrationen, Petitionen und Zusammenstöße, zuweilen wählen die Bauern auch Regimegegner in die Gemeinderäte, oder sie wenden sich an die Presse bzw. an ihre Fürsprecher innerhalb des Staatsapparats.

Paradoxerweise könnten gerade diese kritischen Verhältnisse auf dem flachen Lande einen »politischen Wandel« am ehesten begünstigen, denn Peking fordert offiziell eine bessere »Regierungsausübung«. Die oppositionelle Bewegung und die mehr oder weniger freien Wahlen haben inzwischen eine neue lokale Elite hervorgebracht, zu der »aufgeklärte« Parteikader, neue Unternehmer, Mitglieder der einflussreichen Familien und örtliche Würdenträger gehören. Sie könnten sich als Katalysator einer Art konservativer Demokratisierung erweisen.

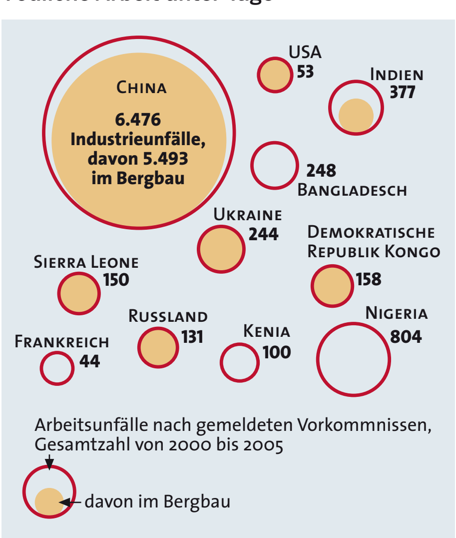
Alles in allem sorgen die vielfältigen Protestformen dafür, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung Ausdruck finden kann, zugleich aber auf Fragen begrenzt bleibt, die gesellschaftlich zu bewältigen sind. Genaue Angaben über die sozialen Konflikte sind schwer zu ermitteln, denn von Transparenz kann nur begrenzt die Rede sein. Überraschend ist jedoch, dass sich allmählich ein Raum für ziviles Aufbegehren herausbildet, der vom Staat legitimiert wird.

Die Führung testet neue Formen der Konfliktregelung, ohne dass diese die alte Politik der gnadenlosen Unterdrückung vollständig ersetzen würden. Es bleibt die Frage, welche institutionelle Form dieser Wandel am Ende findet. So lange das Recht auf Gründung von Berufsverbänden und freien Gewerkschaften nicht existiert, verfügen die Arbeiter über keine eigenen »Vertretungen« und müssen sich zwangsläufig auf eine Fraktion des politischen Apparats stützen.

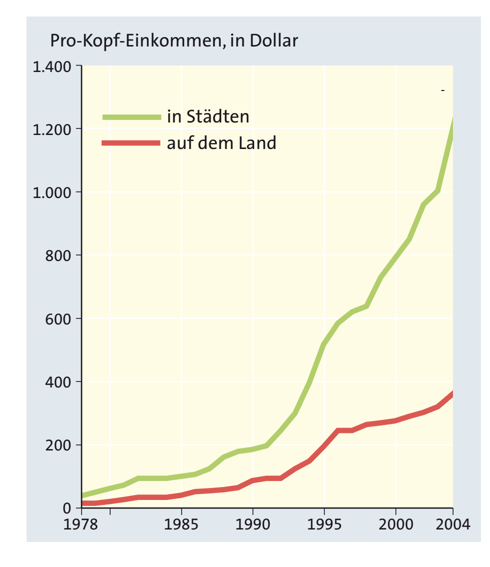


Arbeit nach Sektoren, 2004 ◀

▶ Tödliche Arbeit unter Tage



▶ Die Armut bleibt auf dem Land



WWW

Menschenrechte
- web.amnesty.org/report2005/chn-summary-eng
- hrw.org/doc/?t=asia&c=china

Arbeit und Soziales
- www.chinalaborwatch.org/
- www.labournet.de/internationales/cn/arbeit.html
- www.clb.org.hk/public/main

Radio Free Asia
- www.rfa.org/english/china/

Blog und Portal
- www.chinesische-welt.de/

Umweltzerstörung auf Chinesisch

Chinas rasantes Wirtschaftswachstum führt zu gewaltigen Umweltschäden, die die Lebensqualität der Chinesen in den Städten wie auf dem Lande stark beeinträchtigen. Inzwischen hat auch auf Regierungsebene die Diskussion über die ökologischen Probleme begonnen.

In China lebt fast ein Viertel der Weltbevölkerung. Entsprechend kolossal ist die Ausbeutung und Belastung seiner natürlichen Ressourcen. Das gilt vor allem für den Osten des Landes, wo zwei Drittel seiner Einwohner leben. Hier hat sich die ganze Geografie in nur wenigen Jahrzehnten drastisch verändert.

Die tief greifenden ökologischen Veränderungen sind inzwischen nicht mehr zu übersehen. Der Gelbe Fluss (Huang Ho), einer der größten Ströme der Welt, an dessen Ufern die Kultur Nordchinas ihren Ursprung hat, war zum Beispiel im Jahr 1997 an seiner Mündung ausgetrocknet, weil schon an seinem Oberlauf zu viel Wasser für landwirtschaftliche Zwecke abgezapft worden war. Und 2003 sank sein Pegel auf den niedrigsten Stand seit einem halben Jahrhundert. 60 der 560 großen und kleineren Flüsse Chinas drohen zu versiegen oder sind bereits ausgetrocknet. Um den Wassermangel in den Nordprovinzen und in Peking (Beijing) zu beheben, wurde ein pharaonisches Projekt in Angriff genommen. Ein mehr als 1.600 Kilometer langer Süd-Nord-Kanal wird einmal Wasser aus dem Jangtse in den Gelben Fluss einspeisen.

Im Norden Chinas fällt die Wüste aus dem Himmel: Die Trockenheit führt immer häufiger zu Sandstürmen, die immer schwerere Schäden verursachen. Fast die Hälfte des Territoriums leidet bereits unter der Bodenerosion. Damit rückt auch die Wüste immer weiter nach Osten vor und frisst jedes Jahr 2.500 Quadratkilometer Nutzfläche auf. Heute sind die ersten Sanddünen schon 70 Kilometer vor Peking angelangt.

Der Temperaturanstieg – um 1,5 Grad seit 1950 – lässt die Himalajagletscher abschmelzen, die den Gelben Fluss speisen. So hat der Halonggletscher innerhalb von dreißig Jahren 17 Prozent seiner Masse verloren. Am Unterlauf des Gelben Flusses beeinträchtigt die Bodenerosion die landwirtschaftlichen Erträge, und überall in China sind die Bauern vom Absinken des Grundwasserspiegels betroffen.

Dem Norden droht also die Dürre, dem Süden dagegen die Sintflut. Die Überschwemmungen von 1998, die entlang dem Jangtse 4.000 Menschenleben forderten und 18 Millionen Menschen obdachlos machten, hatten ihre Ursache darin, dass an den Flussufern 85 Prozent des Baumbestands abgeholzt wurden. Die Regierung verbot nach dieser Katastrophe jeden weiteren Holzeinschlag. Seitdem geht die Entwaldung der Bergregionen langsamer voran, aber die chinesische Industrie musste Holz importieren, um ihren wachsenden Bedarf zu decken. Die Überschwemmungen in China heizten also den Raubbau an den Wäldern in Russland und Südostasien an, aus denen ein Großteil der illegalen Holzimporte stammt.

China ist nicht nur der größte Kunstdüngerkonsument der Welt, es ist auch der weltweit fünftgrößte Erzeuger von genmanipulierten Agrarprodukten. Auf 3,7 Millionen Hektar werden transgenes Soja und Baumwolle angebaut. Trotz der Industrialisierung seiner Landwirtschaft kann China die steigende Nachfrage nicht decken. Und wenn die wohlhabenden Schichten in China die heutigen US-amerikanische Konsumgewohnheiten übernommen hätten, würde das Land bereits 67 Prozent der weltweiten Getreide- und 76 Prozent der Fleischproduktion beanspruchen.

Auch der Energiebedarf Chinas wächst ins Gigantische. Das Land hat heute bereits die zweitgrößte Wasserkraftwerkskapazität der Welt. Am Jangtse ist mit dem Bau des »Drei-Schluchten-Staudamms« der größte Stausee der Welt entstanden, der mit seiner Wasserfläche von 58.000 Quadratkilometer größer ist als die Schweiz. Dieses Projekt hat nicht nur die Umsiedlung von 1,2 Millionen Menschen erzwungen, es gefährdet auch die einmalige ökologische Vielfalt dieser Region und bedroht Tierarten wie zum Beispiel den Jangtse-Delfin, der nur in diesem Fluss vorkommt.

In China wurden 2004 2,5 Millionen private Kraftfahrzeuge produziert. Wenn dieser Trend weitergeht, wird das Land rasch zum weltweit größten Erzeuger von Treibhausgasen aufsteigen und die Preise für Erdöl und natürliche Rohstoffe weiter in die Höhe treiben. Bereits heute verbraucht China mehr als 40 Prozent der Weltkohleproduktion, bei Stahl und Nickel sind es 25 Prozent und bei Aluminium 19 Prozent. Auf der Weltrangliste der Erdölkonsumenten hat China bereits Platz zwei (hinter den USA) erreicht und Japan hinter sich gelassen. Kein Land der Welt baut mehr Autobahnen. Derzeit kommen jährlich 5.000 Kilometer hinzu, womit das Schnellstraßennetz bis 2010 auf 70.000 Kilometer ausgebaut sein wird.

Ein Bericht der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften von 2004 kam zu dem Ergebnis, dass bei einer ungebremsten Fortsetzung dieser Entwicklung die sozialen Folgen und Umweltbelastungen so gravierend ausfallen würden, dass die Wachstumsrate um 2 Prozent reduziert würde. Für 2005 kalkulierten Beamte der Zentralregierung, dass die Umweltkosten bei 10 Prozent des Bruttonationaleinkommens liegen – ebenso hoch wie das Wirtschaftswachstum. Aber in Peking scheint die Beschäftigung mit den ökologischen Problemen zuzunehmen. Premierminister Wen Jiabao hat sich sogar zur »ressourcenfreundlichen Gesellschaft« bekannt. Greenpeace sieht China in zehn Jahren als größten Wind- und Solarenergieproduzenten der Welt. Und selbst Ökosteuern auf Benzin, Abwasser und Emissionen scheinen nicht mehr undenkbar.

WWW

Worldwatch/China Watch
- www.worldwatch.org/taxonomy/term/53

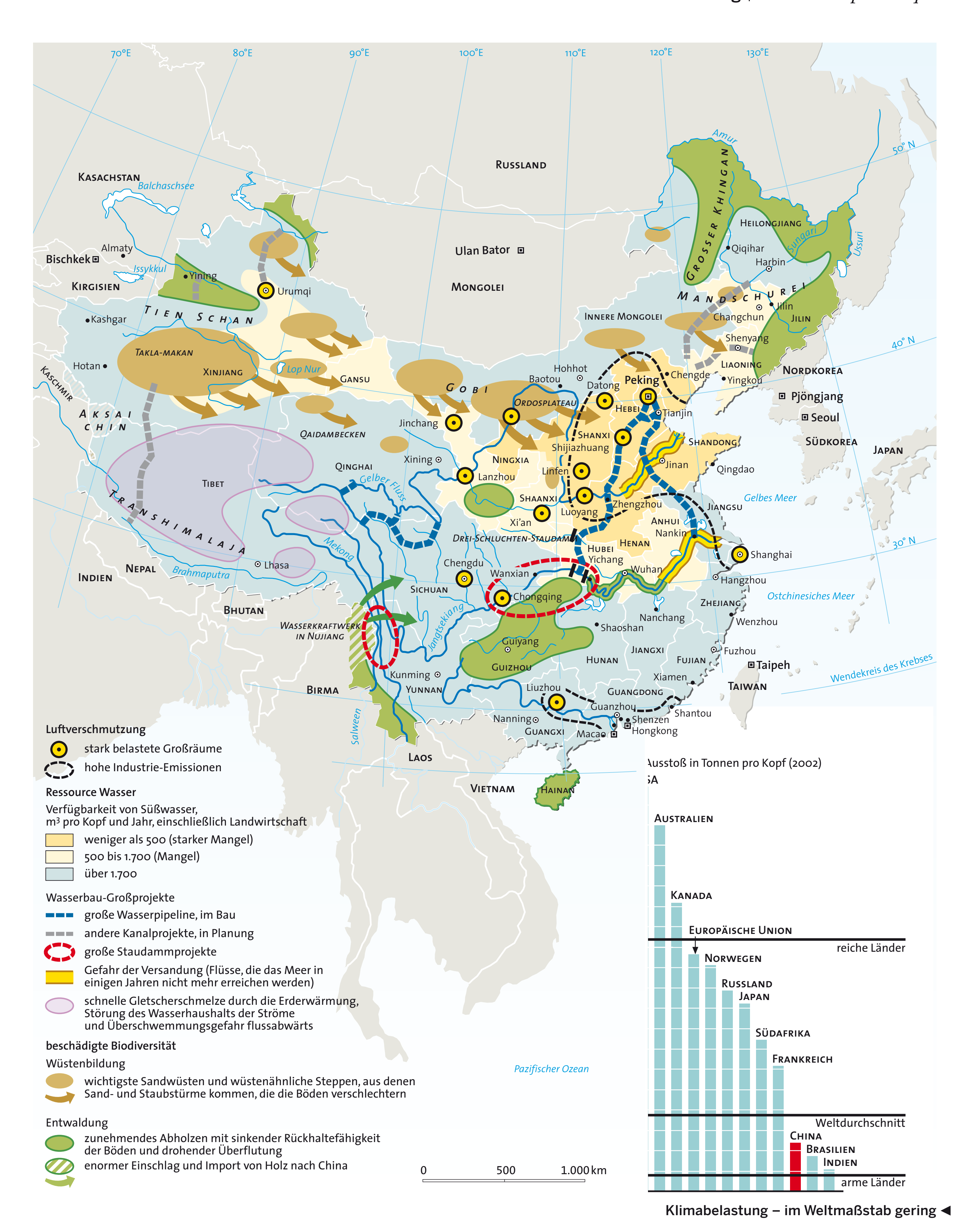
Greenpeace
- www.yellowriversource.org

Drei-Schluchten-Staudamm
- de.wikipedia.org/wiki/Drei_Schluchten_Staudamm

Desertifikation
- de.wikipedia.org/wiki/Chinas_Gr%C3%BCne_Mauer

offiziell
- www.cenews.com.cn
- www.zhb.gov.cn/english

Geografie und Umwelt
- www.hphein.de/index.htm



Klimabelastung – im Weltmaßstab gering ◄

Die Welt aus der Sicht Pekings

In seinem Bestreben, als Großmacht anerkannt zu werden, setzt China auf seine wachsende Bedeutung für die Weltwirtschaft. Zugleich sucht die chinesische Diplomatie neue Bündnisse auch in der Region – vor allem um für eine künftige Konfrontation mit den Vereinigten Staaten gewappnet zu sein.

China möchte wieder eine starke Rolle auf der internationalen Bühne spielen. Dank seinem Wirtschaftswachstum und seiner aktiven multilateralen Diplomatie stehen die Chancen gut, doch die Führung in Peking muss darauf achten, den sozialen Frieden im Inneren nicht zu gefährden. National wie international setzt sie auf pragmatische Lösungen. Ein starker Staat soll allerdings Garant der Entwicklung bleiben, denn die Erniedrigung durch die Invasionen westlicher Mächte im 19. und die japanische Besetzung im 20. Jahrhundert bleibt unvergessen. Aber auch der Zusammenbruch der Sowjetunion ist der chinesischen Führung eine Lehre.

Um alle Befürchtungen bezüglich des jüngsten Machtzuwachses zu zerstreuen, hat Peking die Losung vom »friedlichen Aufstieg« ausgegeben. Der erste Beleg für diese chinesische Variante der Versöhnung mit der bestehenden Ordnung war 2001 der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). China sucht keine grundsätzlichen Konflikte, sondern hofft auf eine multipolare Weltordnung, die neue Allianzen und Formen des Ausgleichs ermöglicht. Es geht darum, die eigenen Interessen in der internationalen Politik zu wahren und vor allem eine Konfrontation mit den USA zu vermeiden – die allerdings manche Beobachter als unvermeidlich ansehen. In Peking gilt die führende Weltmacht USA als wichtigster Partner. Andererseits ist die Regierung überzeugt, dass Washington finstere Pläne zur Eindämmung und Einkreisung, also zur Isolierung Chinas verfolgt.

Frieden und Unabhängigkeit gelten daher als die wichtigsten Ziele der chinesischen Außenpolitik , die auf den »Prinzipien der friedlichen Koexistenz« beruht. Zu diesen gehören die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und die Pflege freundschaftlicher Beziehungen, aber auch die Opposition gegen jedes Hegemonialstreben. Die Atommacht China hat nicht nur 1996 ihre Atomversuche ausgesetzt und den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert, sondern auch zahlreiche Abkommen zur Rüstungskontrolle unterzeichnet. Außerdem ist China in verschiedenen regionalen Organisationen vertreten, etwa der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (Apec, 1991) oder dem Asean+3-Forum (2000), einem Verbund der Asean mit China, Japan und Südkorea.

2004 schloss Peking mit den Asean-Ländern ein diplomatisch wichtiges Abkommen, das die Einrichtung einer Freihandelszone bis 2010 vorsieht. Seit 2000 besteht das Asien-Forum von Boao, benannt nach seinem Tagungsort, einer Stadt in der südchinesischen Provinz Hainan. Zu dieser Konferenz, konzipiert wie das Weltwirtschaftsforum in Davos, entsenden 26 Staaten ihre Vertreter.

Die Taiwanfrage bleibt ein Unsicherheitsfaktor in der Region und belastet die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Peking fordert die Wiedereingliederung der Insel ins Staatsgebiet Festlandchinas – nach der Formel »Ein China, zwei Systeme« – und hat dieses Ziel im März 2005 durch ein Antisezessionsgesetz bekräftigt. Zugleich verstärkten die USA und Japan ihre militärische Zusammenarbeit. In einer Neufassung ihres bilateralen Sicherheitsabkommens vom Februar 2005 steht nun auch Taiwan auf der Liste »gemeinsamer strategischer Interessen«. Diese Entscheidung hat angesichts der Rivalität Chinas und Japans um die Vorherrschaft in der Region unvermeidlich zu neuen Spannungen geführt.

Nach dem militärischen Eingreifen der USA in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) verstärkte die chinesische Diplomatie ihre Bemühungen um neue politische Bündnisse und um die multilaterale Absicherung der Energieversorgung. Bei der Ausrichtung der Sechsergespräche über Nordkoreas Atomprogramm (China, Russland, Japan, USA, Nord- und Südkorea) hat sich China positiv profiliert. Auch zur Europäischen Union pflegt Peking gute Beziehungen.

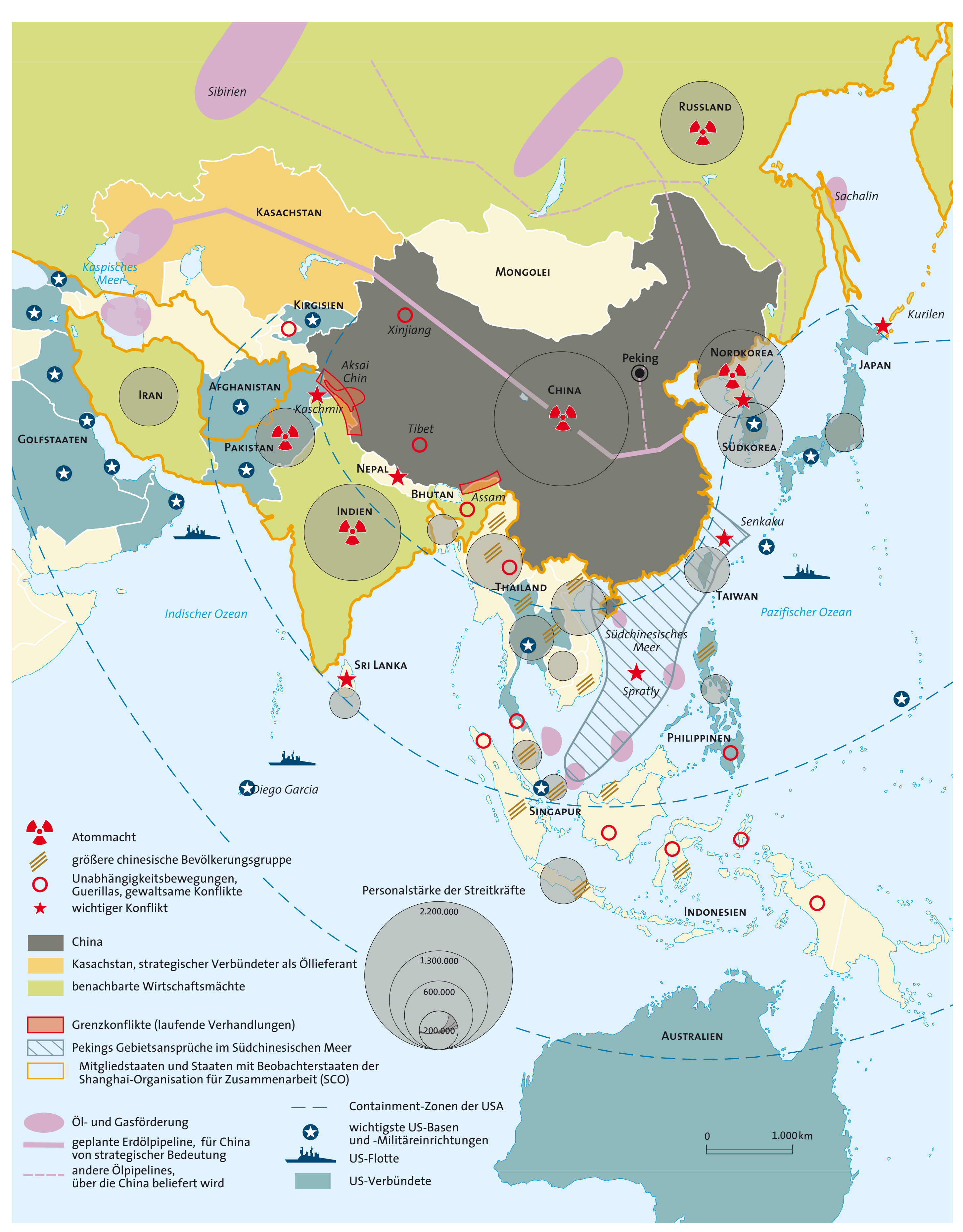
Das chinesische Vertrauen in Europa als verlässlichen Partner und Gegengewicht zur US-amerikanischen Hegemonie wurde allerdings erschüttert, als die EU dem Druck Washingtons nachgab und den Beschluss der Aufhebung ihres (nach der Repressionswelle von 1989 verhängten) Waffenembargos gegen China vertagte.

China hat neue Kontakte zu Brasilien und Indien geknüpft und plant, seinen Handelsaustausch mit der arabischen Welt bis 2010 zu verdreifachen. Sehr aktiv ist die chinesische Diplomatie in ganz Afrika und Lateinamerika: Von dort bezieht man Rohstoffe, dort findet man einen Absatzmarkt für die eigenen Industrieprodukte. Darüber hinaus hat sich die Shanghai Cooperation Association (SCO), ein Forum, in dem neben China und Russland auch Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan vertreten sind, zu einer »strategischen Partnerschaft« mit Russland entwickelt. Dass Washington sich in der öl- und gasreichen zentralasiatischen Region wieder stärker engagiert, bedeutet eine Herausforderung für Peking. Erste Erfolge der chinesischen Außenpolitik sind hier bereits zu verzeichnen. Im Juli 2005 forderte die SCO die Auflösung der US-Militärstützpunkte in der Region. Im Juli 2006 wurde ein erstes Manöver aller sechs Staaten angekündigt, nachdem bereits gemeinsame Übungen einzelner SCO-Mitgliedstaaten stattfanden. Eine »ostasiatische Nato« sei allerdings nicht geplant, und die militärische Kooperation sei »nicht gegen dritte Parteien gerichtet«. Diese Erklärung sollte die USA beruhigen, denen allerdings eine andere Entscheidung noch wichtiger sein dürfte: Irans Bestrebungen scheiterten, vom Beobachter zum Vollmitglied der SCO aufzurücken.

WWW

offiziell
- www.fmprc.gov.cn/eng/default.htm
- www.bjrundschau.com
- english.peopledaily.com.cn
- www.chinaview.cn

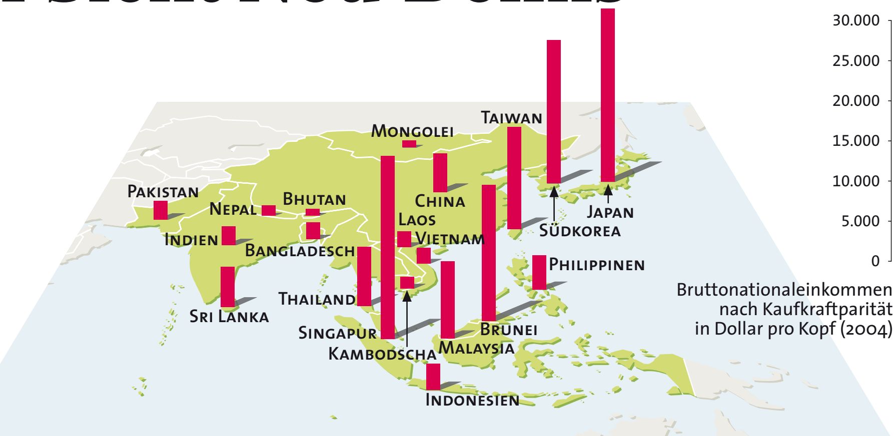
Konflikte
- de.wikipedia.org/wiki/Taiwan-Konflikt
- de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China#Territoriale_Ansprüche



▶ **Einflusssphären in der Region**

Die Welt aus der Sicht Neu-Delhis

Die indische Regierung sucht bessere Beziehungen zu China und Südostasien. Auch der Kontakt zu Russland wird intensiver. Doch der wichtigste Partner Neu-Delhis sind die USA – sie sollen Indien den Weg zur Großmacht ebnen.



Wie arm Indien und China tatsächlich noch sind ◀

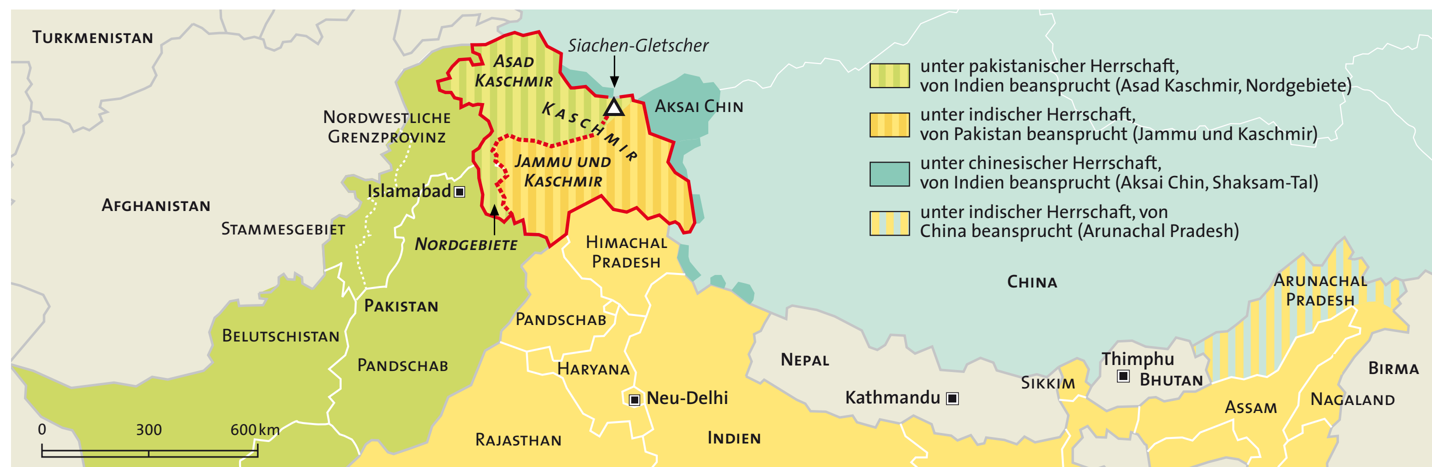
Die indische Außenpolitik bemüht sich sowohl um ein Gleichgewicht der Beziehungen zu den wichtigsten Machtzentren der Welt als auch um einen Ausgleich mit seinen unmittelbaren Nachbarn. Angesichts dessen ist die Annäherung an Washington geradezu spektakulär. Nach den Atomtests von 1998 hatte es noch eine kurze Spannungsphase gegeben, weil die USA Sanktionen verhängt hatten. Doch schon 2001 haben Indien und die USA eine strategische Partnerschaft geschlossen. Die verbleibenden Unstimmigkeiten, besonders in Hinblick auf das indische Nuklear- und Weltraumprogramm, wurden Anfang 2006 durch die Vereinbarung überwunden, die seit 1974 bestehenden Lieferbeschränkungen für zivile Atomtechnologie zu beenden. Und dies, obwohl Indien den Atomwaffensperrvertrag immer noch nicht unterschrieben hat. Im Gegenzug verpflichtete sich Neu-Delhi, seine zivilen Anlagen den Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu unterstellen, nachem es diese aus dem militärischen Nuklearkomplex herausgelöst hatte.

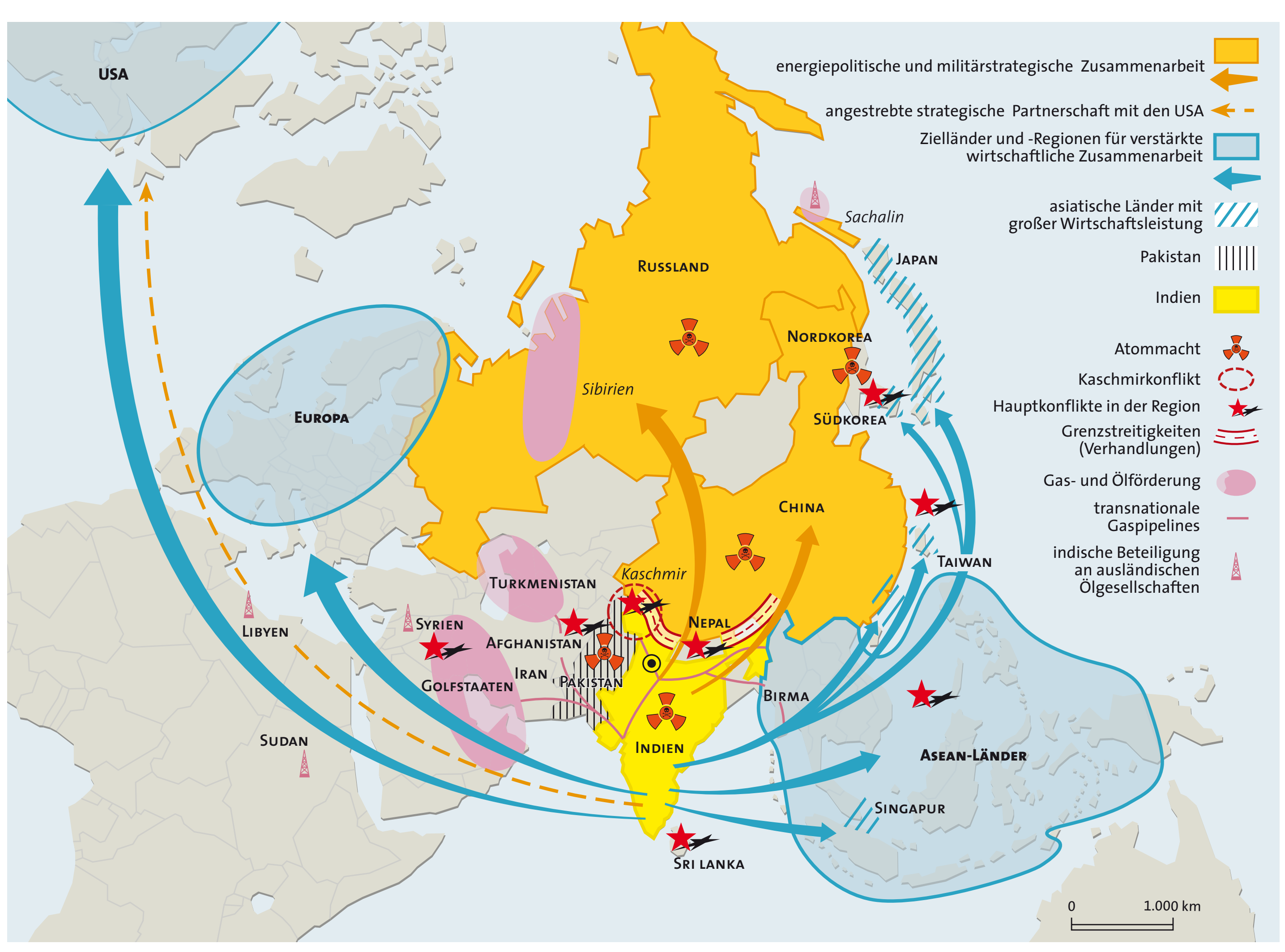
Dieser Kurswechsel sorgt für Unruhe im Land. So wird es als Verlust einer unabhängigen Außenpolitik moniert, dass Indien im Rahmen der IAEA auf Druck der USA gegen den Iran und sein Atomprogramm stimmte, obwohl Neu-Delhi mit Teheran über ein Gasleitungsprojekt verhandelt, das für Indien von vitalem Interesse ist.

Die Europäische Union ist zwar zum ersten Handelspartner Indiens aufgestiegen und zeichnet auch für die meisten neuen Direktinvestitionen verantwortlich, aber für die Inder tritt die EU politisch zu wenig in Erscheinung, trotz der indisch-europäischen Gipfel, die seit 2000 einmal im Jahr stattfinden und den Dialog so weit vorangebracht haben, dass 2004 eine strategische Partnerschaft beschlossen wurde.

Die Beziehungen zu Russland haben sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelockert, genießen aber auch dreieinhalb Jahrzehnte nach dem indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1971 weiterhin große Bedeutung. Außer einer engen militärischen, nuklearen und raumfahrttechnologischen Zusammenarbeit wollen beide Länder ihre Handelsbeziehungen verstärken und Projekte für die gemeinsame Nutzung von Öl- und Gasquellen vorantreiben. Der Besuch Wladimir Putins im Dezember 2004, schon der dritte seit 2000, und weitere hochrangige Treffen lassen gleichartige Interessen erkennen, aber auch dieselbe Einschätzung separatistischer Bestrebungen in multikonfessionellen Vielvölkerstaaten, des radikalen Islamismus und der Veränderungen in den zentralasiatischen Diktaturen. Indien will insbesondere eine islamische Zone unter Einschluss Pakistans verhindern und zugleich von den reichen Energiequellen der Region profitieren.

▶ Grenzkonflikte und umstrittene Gebiete





Auf der Suche nach neuen Partnern ◀

Im Rahmen einer Politik, die vor allem »nach Osten« blickt, durchbricht Neu-Delhi auch seine traditionelle Isolierung gegenüber Ostasien, das ein rasantes Wirtschaftswachstum erlebt und wegen des chinesischen Einflusses eine latente Gefahr für die Sicherheit Indiens darstellt. Als Dialogpartner der Association of South-East Asian Nations (Asean) und deren regionalem Sicherheitsforum hat Indien 2003 ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Aufbau einer Freihandelszone mit den Asean-Staaten geschlossen, die freilich eher von politischer als von wirtschaftlicher Bedeutung ist. Zugleich hat Neu-Delhi die Handelsbeziehungen zu Japan, Singapur und Südkorea verstärkt, wie auch die militärische Zusammenarbeit mit Vietnam, Malaysia, Indonesien und Thailand.

Obwohl die Stärke Chinas ein beunruhigender Faktor bleibt, schlagen die indischen Machthaber auch gegenüber Peking eine neue Linie ein. Seit dem Chinabesuch das damaligen Premierministers Vajpayee im Jahr 2003 besteht der wechselseitige Wille, die alten territorialen Streitigkeiten in einer »politischen Perspektive« zu regeln. Vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich und die erhebliche Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation können das eingefleischte Misstrauen zwischen den beiden Ländern abbauen.

Selbst die Idee einer multilateralen Zusammenarbeit zwischen Russland, China und Indien dürfte schon bald auf der Tagesordnung stehen. Aber Neu-Delhi sieht hier keinen Gegensatz zu den indisch-amerikanischen Beziehungen, die angesichts des indischen Strebens nach einer Großmachtrolle absoluten Vorrang haben. Diese Sichtweise macht den Weg für substanzielle Kompromisse gegenüber Washington frei. Davon zeugt die Gesetzesänderung bezüglich der Herstellung von Nachahmer-Medikamenten (Generika), die im Dezember 2004 von der indischen Regierung beschlossen wurde und weit über die Forderungen der Welthandelsorganisation (WTO) hinausging. Auf Druck der Linksparteien und der Bürgerbewegungen hat das indische Parlament allerdings im März 2005 wesentliche Veränderungen an der Novelle vorgenommen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass Neu-Delhi in der letzten Verhandlungsphase bei der Doha-Runde der WTO die verheerenden Folgen für das eigene Land und die armen Bevölkerungen der Dritten Welt akzeptiert – nur um den USA entgegenzukommen.

WWW

Einleitend
- de.wikipedia.org/wiki/Indien

offiziell
- www.goidirectory.nic.in
- www.meaindia.nic.in

Medien
- www.hinduonnet.com
- www.tehelka.com
- www.outlookindia.com
- www.world-newspapers.com/india.html

Indiens später Aufschwung

Indien ist es nicht gelungen, sich der Weltwirtschaft zu entziehen. Die ursprüngliche Strategie der Importsubstitution hat aber die Voraussetzungen für schnelles Wachstum geschaffen. Trotz der Erfolge bei High-Tech-Dienstleistungen: Der Agrarsektor bleibt für Indien die Schlüsselgröße.

Jawaharlal Nehru, Indiens erster Premierminister, von 1947 bis 1964 im Amt, und die regierende Kongresspartei orientierten sich am Entwicklungsmodell der Importsubstitution, das den Ersatz von teuren Einfuhren durch preiswertere einheimische Produkte vorsah. Das Modell beruhte auf einer zentralisierten Planwirtschaft, mit Hauptaugenmerk auf der Industrie, der Herausbildung eines großen öffentlichen Sektors und der Einrichtung eines Systems staatlicher Genehmigungen zur Kontrolle des privaten Sektors. Hohe Zollmauern schützten die Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz.

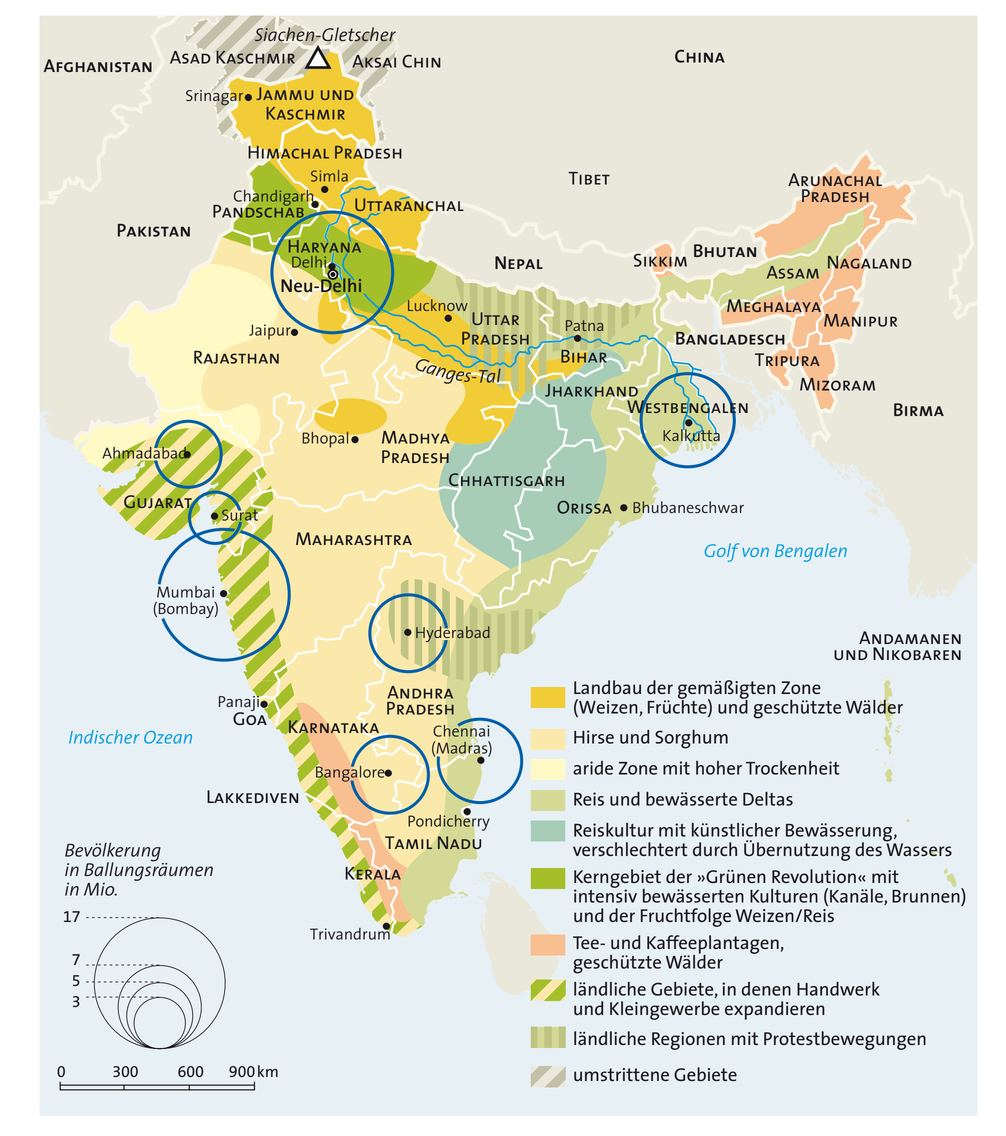
Durch ausgleichende Subventionen blieb das soziale Gefälle begrenzt. Zugleich entstand eine breite Mittelschicht sowie eine solide, von internationalen Einflüssen abgeschirmte ökonomische Basis. An seine Grenzen stieß das System vor allem wegen seiner schwachen Produktivität und der für Indien immer dringlicher werdenden Notwendigkeit, sich in den Welthandel einzugliedern.

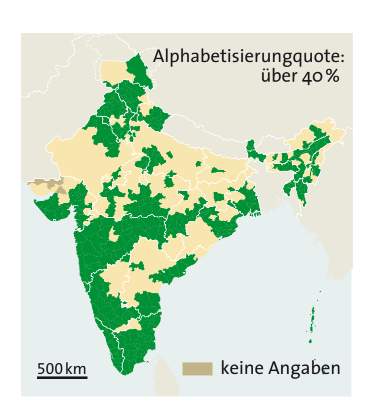
Der Staat förderte den äußerst bürokratischen öffentlichen Sektor, um die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, während die vor ausländischer Konkurrenz geschützten und staatlich kontrollierten Privatunternehmen weder nennenswerte Gewinne machen noch expandieren konnten. Schwach war auch die Exportfähigkeit, obwohl die Importe, vor allem Energieträger, zunehmend teurer wurden. Der Anteil der indischen Exporte am Welthandel sank von 1950 bis 1973 von 1,9 auf 0,6 Prozent. Im Zuge der Ölkrisen der 1970er-Jahre musste das Land immer mehr auf Kredit importieren; 1991 belief sich die Auslandsverschuldung auf 72 Milliarden Dollar. Die Devisenvorräte reichten nur noch für den Importbedarf von vier Wochen.

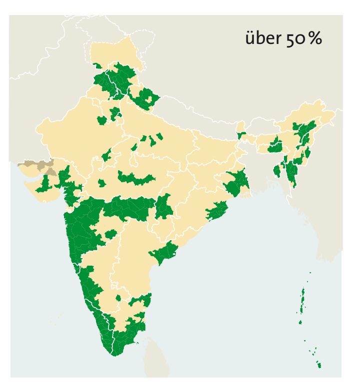
Angesichts dieser Schwierigkeiten, des Aufschwungs in China und der Unzufriedenheit im Lande akzeptierte die indische Regierung einen Strukturanpassungsplan des Internationalen Währungsfonds (IWF). Seither wird die Wirtschaft dereguliert, ausländische Investoren dürfen Filialen gründen und Mehrheitsanteile an indischen Unternehmen erwerben. Im gleichen Zuge werden die Importquoten abgeschafft und die Zölle, die 1991 noch 38 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen ausmachten, abgebaut. Zwischen 1991 und 2000 sind die durchschnittlichen Zolltarife von 79 auf 30,2 Prozent gesunken, im extremsten Fall von 400 Prozent 1991 auf 35 Prozent im Jahr 2000.

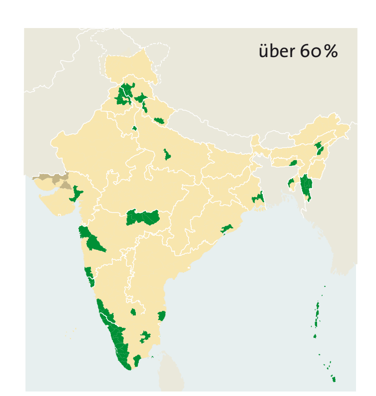
Heute hat die wirtschaftliche Öffnung Indiens einen Stand erreicht, der mit dem Argentiniens und Brasiliens vergleichbar ist, aber hinter dem anderer asiatischer Länder wie China oder Thailand liegt. Auch die Ausländischen Direktinvestitionen bleiben hinter denen in anderen Ländern Asiens zurück. Während ausländische Gesellschaften in zahlreichen Sektoren, vom Hotelgewerbe bis hin zum Verkehrswesen und der Energieversorgung, bis zu 100 Prozent und in der Automobilbranche immerhin 51 Prozent eines indi-

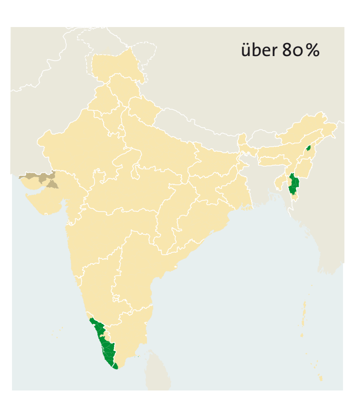
▶ Landwirtschaft auf dem Subkontinent











Alphabetisierungsquote bei den Frauen: mehr als die Hälfte der Inderinnen können nicht lesen und schreiben ◀

schen Unternehmens besitzen dürfen, müssen sie sich etwa im Versicherungsbereich mit einem Kapitalanteil von 27 Prozent begnügen.

Obwohl Indien zwischen 1991 und 2002 Direktinvestitionen in Höhe von 24 Milliarden Dollar sowie 23 Milliarden Anlagegelder angezogen hat, liegt die Gesamtsumme zehnmal niedriger als in China. Doch seit einigen Jahren steigen die Zuwachsraten, nicht nur wegen des Ansturms der multinationalen Softwarekonzerne, sondern auch wegen der Verlagerung industrieller Produktionsstätten, nicht zuletzt in der Automobilbranche.

Das Wachstum der indischen Exporte, hauptsächlich Textilien und Pharmaprodukte, lag zwischen 1990 und 2000 durchschnittlich bei 9 Prozent und damit über dem Anstieg der Importe um 7 Prozent. Generika, also nachgeahmte Arzneimittel, spielen dabei eine wesentliche Rolle, ebenso die Softwareproduktion. Den für diese Bereiche geltenden Regeln und Patentvorschriften der Welthandelsorganisation hat sich Indien 2005 unterworfen. Weltweit hat Indien es mittlerweile auf ein Fünftel aller Softwareexporte gebracht. Dabei liegt der Anteil der Dienstleistungen am Exportgeschäft Indiens mit 3,9 Prozent höher als der Chinas mit 2,9 Prozent. Das ist volkswirtschaftlich von erheblicher Bedeutung, weil die Wertschöpfung bei Dienstleistungen oft größer ist als bei agrarischen oder gewerblichen Gütern.

Die spektakulärste Entwicklung der letzten Jahre ist jedoch die Offensive multinationaler indischer Konzerne, die sich neuerdings im Ausland – auch im Westen – sehen lassen. Im Jahr 2005 haben diese Firmen 12 Milliarden Dollar ausgegeben, um überall auf der Welt Unternehmen zu kaufen.

Zur Abwahl der nationalistischen indischen Regierung im Jahr 2004 trug wesentlich bei, dass sie die noch immer zentrale Bedeutung der Landbevölkerung und des Agrarsektors ignoriert hatte. Die neue Regierung unter der Leitung der Kongresspartei räumt ein, dass das hohe Wachstum (allein 8 Prozent von 2004 bis 2005) nicht zwangsläufig Entwicklung bedeutet. Mit anderen Worten: Der blühende Baum der Dienstleistungen darf nicht den Blick auf den noch sehr verkümmerten Wald der Landwirtschaft verstellen.

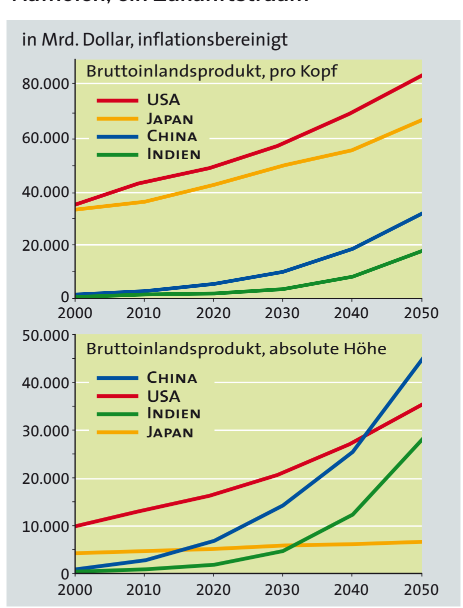
www

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Indiens
- hdr.undp.org/statistics/data/country_fact_sheets/cty_fs_IND.html

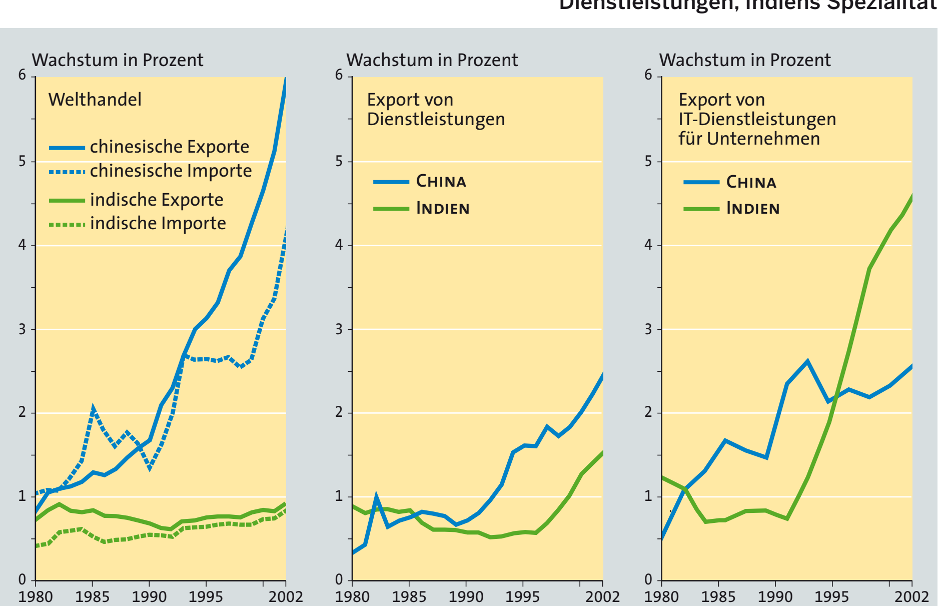
Links
- www.digaachen.de/links.htm#Wirtschaft

Forschungsinstitute und -gruppen
- www.cess.ac.in
- www.observerindia.com
- www.weforum.org/india
- www.economywatch.com

▶ Aufholen, ein Zukunftstraum



Dienstleistungen, Indiens Spezialität ◀



Kaschmir: Entspannung, aber keine Lösung

Im ehemaligen Himalaja-Fürstentum stehen sich Indien und Pakistan hochgerüstet gegenüber. Nach mehreren Kriegen gibt es erste Entspannungszeichen, und die Grenze wird allmählich durchlässiger – aber das Misstrauen bleibt.

Das Fürstentum Kaschmir hat sich 1947 dem unabhängigen Indien durch einen Beitrittspakt angeschlossen, der juristisch unanfechtbar ist. Die Modalitäten des Anschlusses führten aber zu Konflikten und Kriegen mit den beiden Nachbarn Pakistan und China. Und auch im Verhältnis der Regionalhauptstadt Srinagar zur Zentrale in Neu-Delhi sorgte die Integration von Anfang an für böses Blut.

Denn Neu-Delhi hat die in diesem Pakt vorgesehene größtmögliche Autonomie des neuen Unionsstaates Jammu und Kaschmir, die 1951 im Artikel 370 der indischen Verfassung garantiert und 1952 durch das mit Premierminister Sheikh Abdullah unterzeichnete »Delhi Agreement« bestätigt wurde, systematisch unterwandert. 1953 ließ die indische Zentralregierung Sheikh Abdullah verhaften. Man verdächtigte ihn erneuter Unabhängigkeitsbestrebungen, nachdem seine Partei, die National Conference, bei den Wahlen von 1951 alle 75 Sitze der verfassunggebenden Versammlung von Jammu und Kaschmir gewonnen hatte. Diese stimmte dennoch 1957 der endgültigen Integration in die Indische Union zu. Ihre Beschlüsse liefen auf einen neuen, weniger autonomen Sonderstatus hinaus, der 1975 von Sheikh Abdullah selbst verbürgt wurde. Neu-Delhi hatte ihn nach fast zwanzigjähriger Freiheitsberaubung wieder an die Macht gebracht.

Zugleich entwickelte sich unter den Kaschmiris eine tiefe Unzufriedenheit mit der eigenen Führung. Autoritarismus, Vetternwirtschaft und Korruption machten zunichte, was die Bevölkerung sich von den Investitionen der indischen Zentralregierung erhoffen konnte. Die Wohltaten kamen nur einer Elite zugute. Auch die Rückkehr Sheikh Abdullahs an die Macht änderte nichts daran. Nach seinem Tod im Jahr 1982 verschlimmerte sich die Situation. Neu-Delhi spielte offen den »Königsmacher« in Srinagar. Vor allem der gebildeten Jugend blieb damit jeder politische Einfluss verwehrt.

Der Diskreditierung der National Conference und der Wahlbetrug von 1987 gaben das Signal zum bewaffneten Kampf. An diesem beteiligten sich zunächst verschiedene Gruppen, von denen sich als wichtigste die unabhängige laizistische Jammu and Kaschmir Liberation Front (JKLF) hervortat. Doch im Lauf der Kämpfe übernahmen die von Pakistan unterstützten islamistischen Dschihadisten eine immer größere Rolle.

Nach mehr als zehn Jahren grausamer Repression und eskalierendem Terror sind heute die ersten Anzeichen von Entspannung zu bemerken. Seit 1996 knüpft Neu-Delhi wieder an den 1990 ausgesetzten Demokratisierungsprozess an. Zwar boykottierte die All Party Hurriyat Conference, einer Gruppierung separatistischer Parteien mit unterschiedlichen Zielen, die Wahl von 2002. Aber trotz der Versuche, die Wähler einzuschüchtern, brachten diese als relativ frei eingestuften Wahlen die Autonomisten der demokratischen Volkspartei Peoples Democratic Party (PDP) an die Macht.

Von Neu-Delhi unterstützt, verfolgt die PDP gegenüber den separatistischen Gruppierungen eine Politik der Normalisierung. Es ist ihr gelungen, die gemäßigten Elemente der Hurriyat in den Dialog einzubinden, die mittlerweile überzeugt sind, dass die Dschihadisten-Gruppen der Sache Kaschmirs schaden, und die den bewaffneten Kampf für aussichtslos hal-

▶ Von drei Nachbarmächten zerteilt



Das britische Empire und sein Ende ◀

ten. Vor allem aber lassen Indien und Pakistan heute den gemeinsamen Willen erkennen, aus der Sackgasse herauszukommen. Bisher hatte die pakistanische Seite eine Volksabstimmung über die Zukunft ganz Kaschmirs verlangt, die nach Ansicht Indiens durch den Beitrittsbeschluss von 1957 gegenstandslos ist. Doch jetzt hat der pakistanische Präsident Pervez Musharraf seine Bereitschaft angedeutet, auf ein Referendum in Kaschmir zu verzichten. Wünschenswert sei, beiden Teilen Kaschmirs weitestgehende Autonomie zu gewähren. Zudem schlug Musharraf vor, die Grenzlinie zwischen dem indischen Kaschmir (Jammu und Kaschmir) und dem pakistanischen Kaschmir (Asad Kaschmir) mit der Zeit »irrelevant« zu machen.

▶ Eine Region, drei Religionen



Indien scheint indes bereit, die Kaschmiris in die Friedensgespräche mit Pakistan einzubeziehen. Konkrete Zeichen dieses Tauwetters sind Lockerungen an der Grenze. So wurde etwa eine tägliche Busverbindung zwischen Srinagar und Muzaffarabad, der Hauptstadt von Asad Kaschmir, eingerichtet. Ihr soll möglicherweise eine zweite, zwischen Kargil und Skardu in den Nordgebieten, folgen. Auch erlaubte Neu-Delhi der Führungsspitze der Hurriyat, in die pakistanische Hauptstadt Islamabad zu reisen.

Doch eine endgültige Lösung liegt noch in weiter Ferne. Außer dem eingefleischten Misstrauen zwischen Indien und Pakistan und den unberechenbaren Manövern von Präsident Musharraf bereitet eine andere Frage der Regierung in Neu-Delhi Kopfzerbrechen: wie sie den Forderungen der hinduistischen Bevölkerung von Jammu und Kaschmir gerecht werden soll, insbesondere denen der durch den Terror seit 1990 aus dem Kaschmirtal vertriebenen 350.000 Pandits. Aber auch die hinduistische Bevölkerungsmehrheit in der Region Jammu und die Buddhisten der Region Ladakh wollen nicht dem Einfluss einer anderen Religion unterworfen sein. Dabei stellen die Muslime nicht nur im pakistanischen, sondern auch im indischen Teil Kaschmirs die Mehrheit der Bevölkerung.

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Kaschmir
- www.suedasien.net/laender/indien/unionstates/jammukashmir.htm

Portal
- www.southasianist.info/kashmir

offiziell
- jammukashmir.nic.in
- www.klc.org.pk

Sri Lanka fehlt der Wille zur Föderation

Eine Zeit lang gab es Fortschritte in den Verhandlungen zwischen den separatistischen »Befreiungstigern« und der Regierung in Colombo. Doch die Falken haben sich wieder durchgesetzt. Auch die furchtbaren Folgen des Tsunami brachten die verfeindeten Parteien nicht zur Besinnung.

Nördlich von Vavuniya endet die Autorität des Staates Sri Lanka. Hier beginnt das Verwaltungsgebiet der Liberation Tigers, der Befreiungstiger, die mit unverhohlener Genugtuung von sich behaupten: »Wir sind ein expandierender Staat.« Ein gnadenloser »Staat«, der Kindersoldaten rekrutiert, seine inneren Gegner eliminiert und seinen Chef und Gründer Vellupillai Prabhakaran zur öffentlich angebeteten Kultfigur erhoben hat.

Von der britischen Kolonialmacht gefördert, befanden sich die hinduistischen Tamilen – 18 Prozent der Bevölkerung gemäß der Volkszählung von 1981 – nach der Unabhängigkeit 1948 in einer heiklen Lage: Sie waren eine Minderheit, die von der Kolonialherrschaft profitiert hatte. Der neue Staat wurde nun von der buddhistischen singhalesischen Mehrheit beherrscht, die den Tamilen keine Chance gab. Diese versuchten vergebens, sich gegen ihre Diskriminierung mit parlamentarischen Mitteln zu wehren. Unter dem Eindruck von Pogromen griff die nach der Unabhängigkeit geborene Generation zu den Waffen und schuf eine gefürchtete Guerilla – die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) .

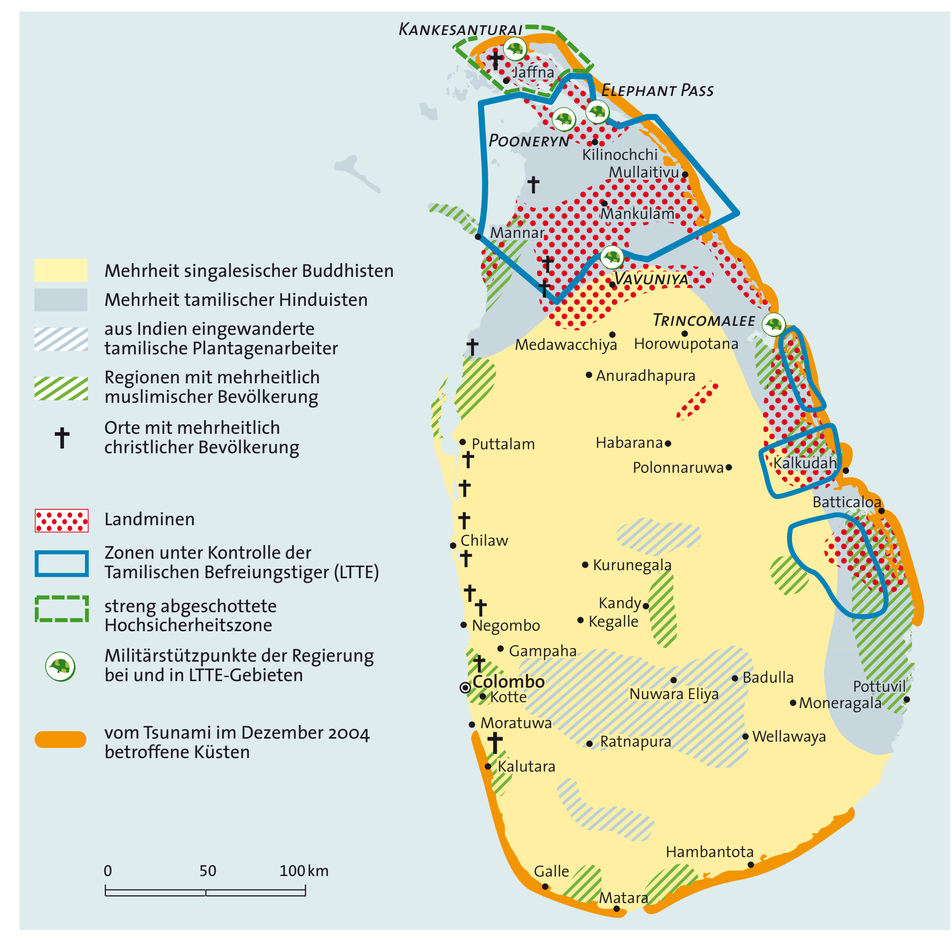
Für die große Masse der Tamilen sind die Tiger eine diktatorische Gewalt geworden, der sie ihre Sicherheit und ihre Emanzipation als Volk anvertraut haben. Dafür haben sie alte individuelle Freiheiten wie auch Rechtssicherheit und politischen Pluralismus aufgegeben. Im Jahr 2003 haben die meisten tamilischen Parteien die Befreiungstiger als ihre einzigen Repräsentanten anerkannt. Wer die Unterwerfungsgeste verweigerte, wurde von der Guerilla bedroht.

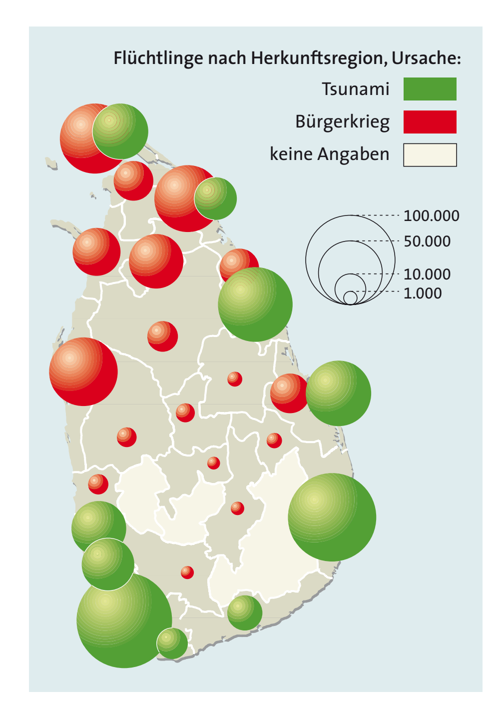
Die breite Masse der Singhalesen ist überzeugt, das kulturelle Erbe des Theravada-Buddhismus zu hüten und gegen eine indische Welt, der sie die Tamilen zurechnen, verteidigen zu müssen. Aber Neu-Delhi lehnt die Idee eines separaten Tamilenstaats in Sri Lanka entschieden ab. Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo die LTTE ihre Nachhut-Basis hatten, leben 50 Millionen Tamilen.

In Sri Lanka gibt es zwar auch Christen, aber sie spielen in dem Konflikt keine besondere Rolle. Die Muslime, auch Moors genannt, stellen 7 Prozent der Inselbevölkerung und sind die großen Verlierer. Sie sprechen Tamil, fühlen sich aber als Sri-Lanker. Sie leben vor allem in der Umgebung von Batticaloa und Trincomalee, einem der besten Naturhäfen Asiens. Sie werden wegen ihrer gesellschaftlichen Stellung beneidet und von den Tigern der Kollaboration mit der Regierung in Colombo bezichtigt. Um nicht unter deren Fuchtel zu leben, fordert die muslimische Minderheit ein eigenes föderales Gebiet nach dem Muster des indischen Unionsterritoriums Pondicherry, das als ehemalige französische Kolonie über ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung verfügt.

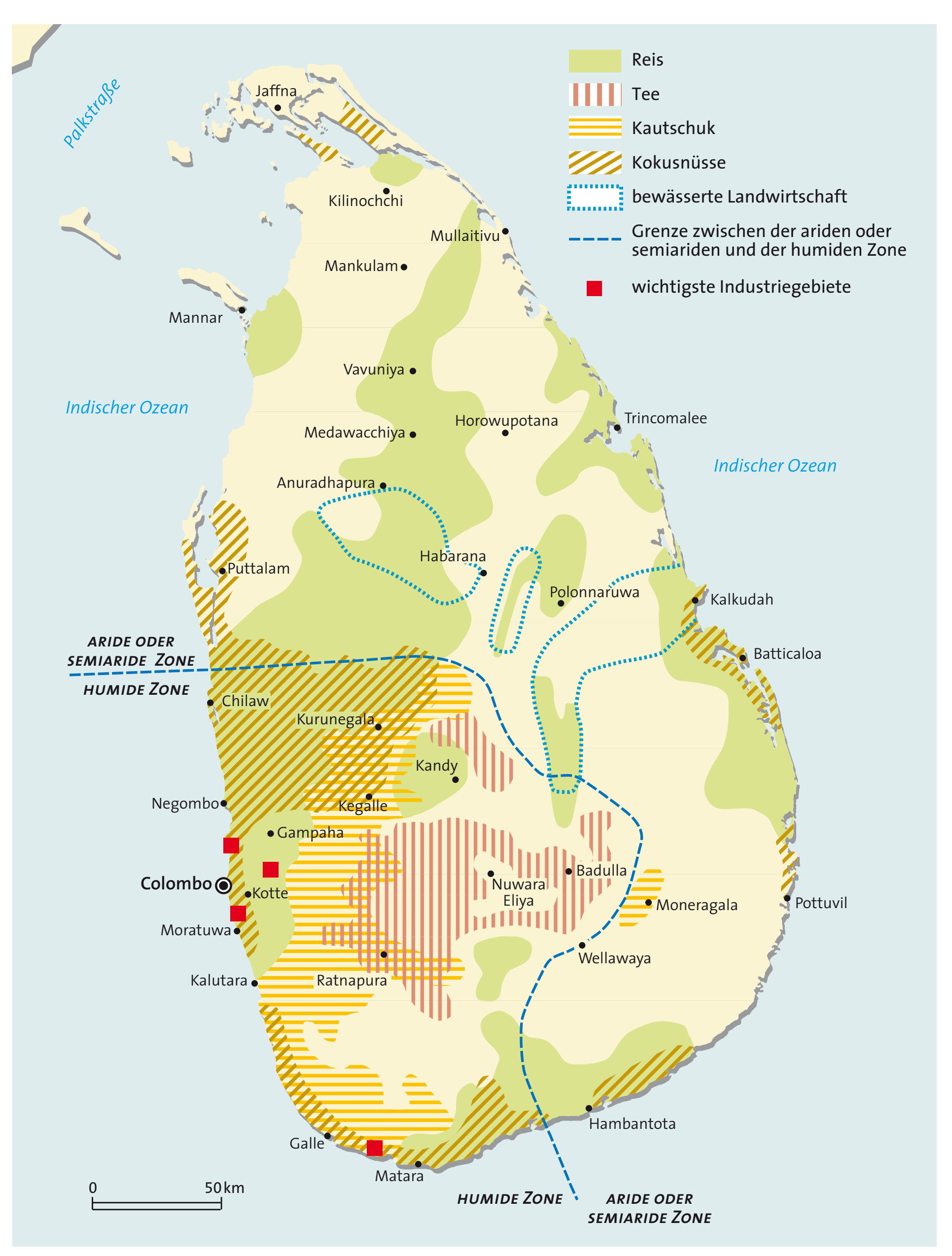
Bei den Friedensverhandlungen haben die LTTE zwar auf die Forderung nach einem separaten Staat verzichtet und einer föderativen Lösung zugestimmt. Aber ihr Vorschlag einer Interimsverwaltung, bei der Colombo nicht mitzureden hätte, ging weit über den Rahmen eines autono-

▶ Völker und Religionen





▶ Auf der Flucht vor Tsunami und Bürgerkrieg



Die Wirtschaft der Insel ◀

men Status hinaus. Damit kam der Friedensprozess ins Stocken.

Aus Angst vor einer Teilung der Insel hat sich auch die singhalesische Mehrheit zunehmend radikalisiert. Bei den Parlamentswahlen von 2004 verlor der neoliberale Premierminister Ranil Wickremasinghe, der als zu nachgiebig gegenüber den Tigern galt, gegen ein nationalistisches Bündnis unter Führung von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga, dem sich die Kommunisten der JVP und eine Fraktion buddhistischer Mönche anschlossen. Am 17. November 2005 wurde der »Falke« Mahinda Rajapakse, bis dahin Premierminister, in aufgeheizter Atmosphäre mit der knappen Mehrheit von 50,3 Prozent gegen die »Taube« Wickremasinghe zum neuen Staatspräsidenten gewählt.

Geschwächt sind die LTTE inzwischen durch die Abspaltung des für den Osten zuständigen Tiger-Kommandanten Karuna, durch den wahrscheinlich von den LTTE verübten Mord an dem sri-lankischen Außenminister und Hardliner Kadirgamar im August 2005 und durch die sukzessive Ausschaltung der norwegischen Regierung, dem langjährigen Vermittler zwischen den Kriegsparteien. Die singhalesische Seite hatte Oslo aber für zu guerillafreundlich gehalten. Von seinen Bündnispartnern, den Kommunisten und den Mönchen an die Kandare genommen, ignorierte der neue Präsident das föderale Modell und steuerte damit auf die Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzung zu.

Auch die schlimmste Katastrophe in der Geschichte der Insel, der Tsunami vom 26. Dezember 2004 mit über 38.000 Toten, ließ die Volksgruppen nicht zusammenrücken, sondern hat den Konflikt im Gegenteil noch weiter verschärft. Jede Seite warf der anderen vor, die internationale Hilfe zu monopolisieren. Als endlich als Ergebnis zäher Verhandlungen zwischen Colombo und den LTTE eine Vereinbarung zur Aufschlüsselung der Hilfsgelder erzielt war, wurde es vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt.

Sri Lanka verfügt mit seiner hohen Alphabetisierungsrate von über 92 Prozent der Erwachsenen (Indien: 61,3 Prozent) über ein starkes Entwicklungspotenzial. Doch nach zwanzig Jahren Krieg und 60.000 Toten hängt die Zukunft der Insel allein von der Fähigkeit der Kriegsparteien ab, einen föderalen Kompromiss zu finden.

WWW

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Sri_Lanka
- www.suedasien.net/laender/sri_lanka/sri_lanka.htm
- www.lankalibrary.com

Konfliktparteien
- www.priu.gov.lk
- www.eelam.com

NGO
- www.cpalanka.org

Japan: Lernen aus der Wirtschaftskrise

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die japanische Gesellschaft damit beschäftigt, ihre Wirtschafts-, Vertrauens- und Identitätskrise zu überwinden. Erst in jüngster Zeit gibt es Anzeichen der Besserung.

Als die japanische Wirtschaft gegen Ende der 1980er-Jahre »die Welt einkaufte«, brach in zahlreichen Ländern eine regelrechte Nippophobie aus. Die Presse fragte sich nach den nächsten Zielen dieser alles verschlingenden Japaner, die Unternehmen, Schlösser, Weinberge oder auch Kultursymbole an sich rissen – etwa die Columbia-Studios, die 1989 von Sony aufgekauft wurden.

Zugleich führte diese unglaubliche Erfolgsgeschichte zum Nachdenken über die Bedingungen, die Japan diese dominierende weltwirtschaftliche Rolle ermöglicht hatten. Das angebliche Modell wurde unter die Lupe genommen, und manche kamen sogar auf die Idee, es zu kopieren. Japanische Begriffe wie »keiretsu« (verflochtene Unternehmensgruppen), »kaizen« (ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess) oder »kanban« (eine flexible Produktionssteuerung) bereicherten das Vokabular der europäischen und amerikanischen Manager. Sie hofften, damit die Zauberformeln entdeckt zu haben, um die westlichen Wirtschaftssysteme aus ihrer chronischen Krise zu führen.

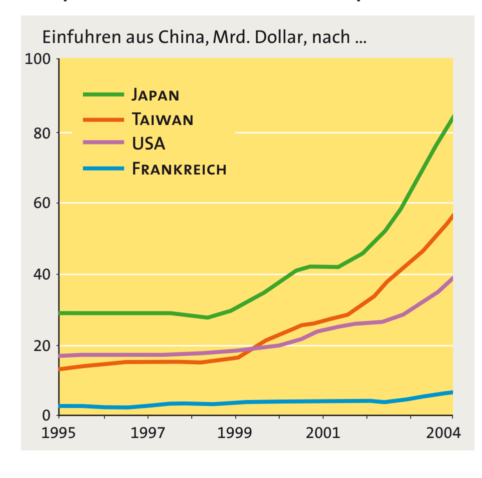
Doch die Schwärmerei für das japanische Modell war nur von kurzer Dauer. Japan stürzte in eine tiefe Wirtschaftskrise, von der es sich bis heute kaum erholt hat. Eine Spekulationsblase, die sich seit Mitte der 1980er-Jahre aufgebaut hatte und die Aktienkurse und Immobilienpreise in die Höhe trieb, platzte Anfang der 1990er-Jahre. Die »Bubble Economy« ging zu Ende, der Börsenindex Nikkei fiel von 40.000 auf 10.000 Punkte, und der gesamte Finanzsektor war auf einmal horrend überschuldet, da die Banken die überteuerten Immobilien als Sicherheiten akzeptiert hatten. Technisch gesehen war das Land bankrott.

Japan fand sich damit in einer seit 1945 nie da gewesenen Problemsituation wieder. Grundlegende wirtschaftliche Reformen unterblieben, die Folge war eine zehnjährige Wachstumskrise. Eine korrupte Führungsriege zeigte sich unfähig, anders als mit einem unwirksamen keynesianischen Auffangverhalten zu reagieren; immer neue Konjunkturprogramme trieben nun auch noch die Staatsverschuldung in ungekannte Höhen. Aber auch die globale Situation änderte sich. Bis dahin hatte sich Japan mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigen können, ohne nennenswerte Rüstungsausgaben finanzieren zu müssen oder eine regionalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Jetzt aber drängte Washington, die militärische Zurückhaltung aufzugeben.

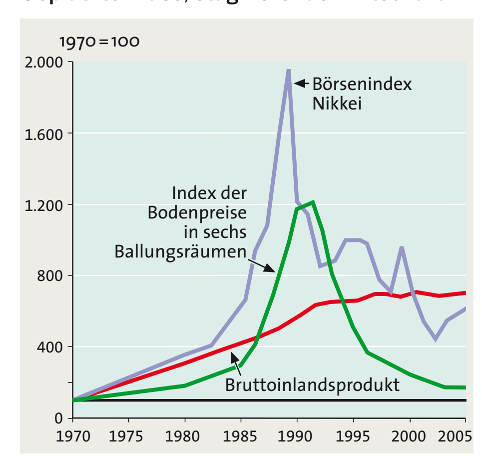
Damit nicht genug: 1995 geschah der Giftgasanschlag auf die U-Bahn von Tokio und wenige Monate später das Erdbeben von Kobe, bei dem der Katastrophenschutz vollkommen versagte. Das war für einen großen Teil der Bevölkerung ein ähnlicher psychologischer Schock wie 1945 die Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Die Krise des Selbstbewusstseins verlangte einen Aufbruch auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Dieser Prozess war und ist insofern nicht einfach, als viele Japaner die Bezugspunkte, an denen sie sich ihr Leben lang orientiert hatten, verloren haben.

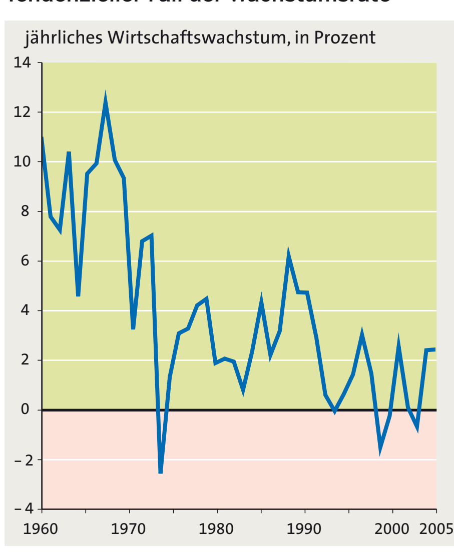
▶ **Hauptabnehmer chinesischer Exporte**



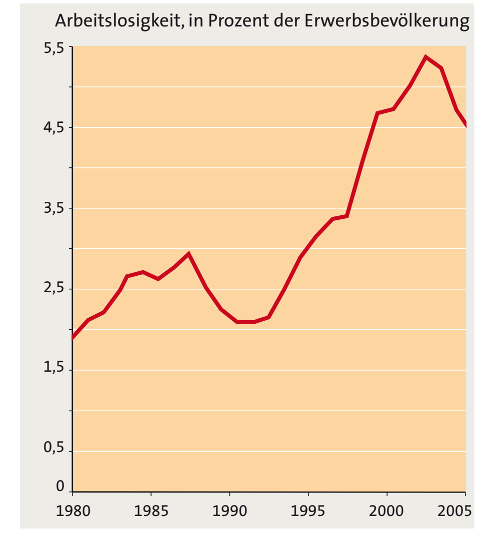
▶ **Geplatzte Blase, stagnierende Wirtschaft**

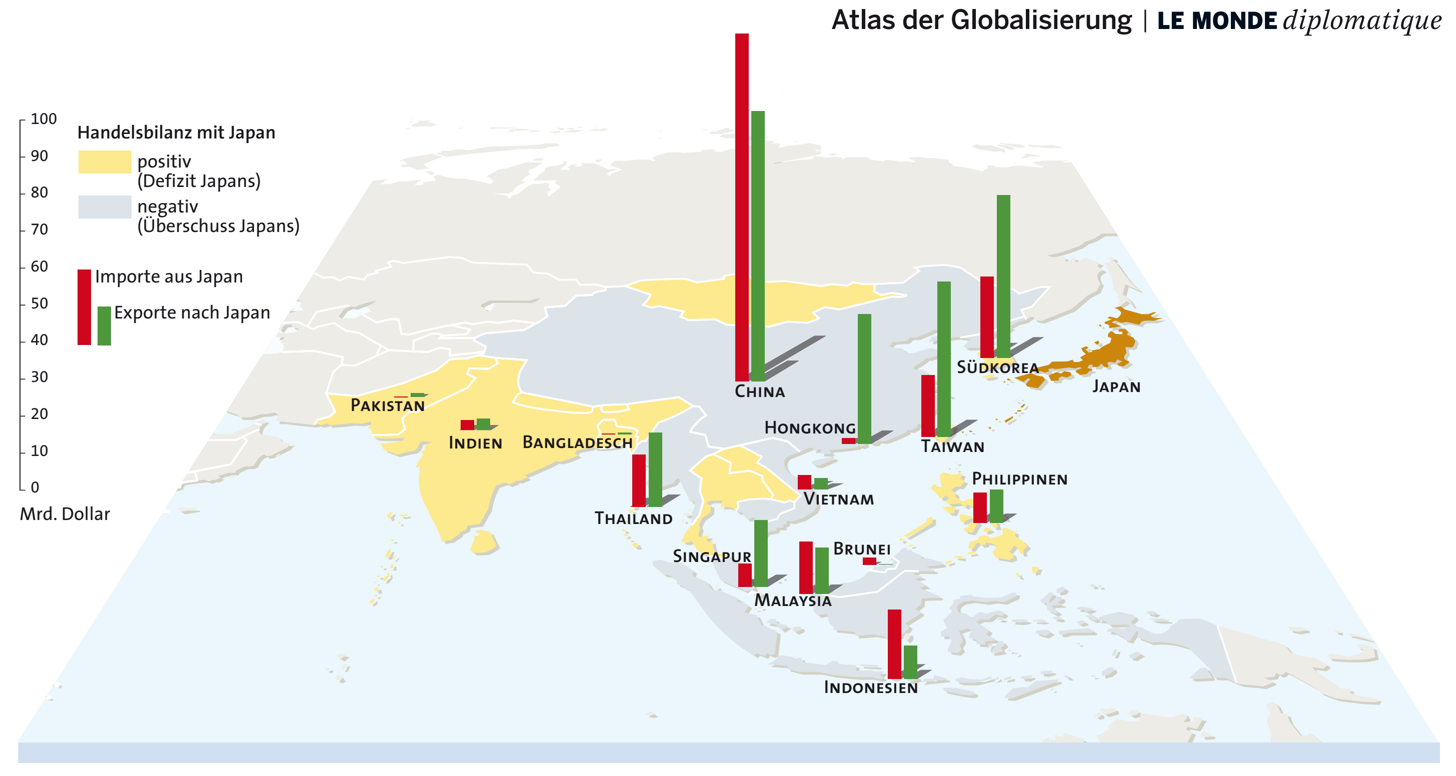


▶ **Tendenzieller Fall der Wachstumsrate**



▶ **Angst vor Kündigung, eine neue Erfahrung**





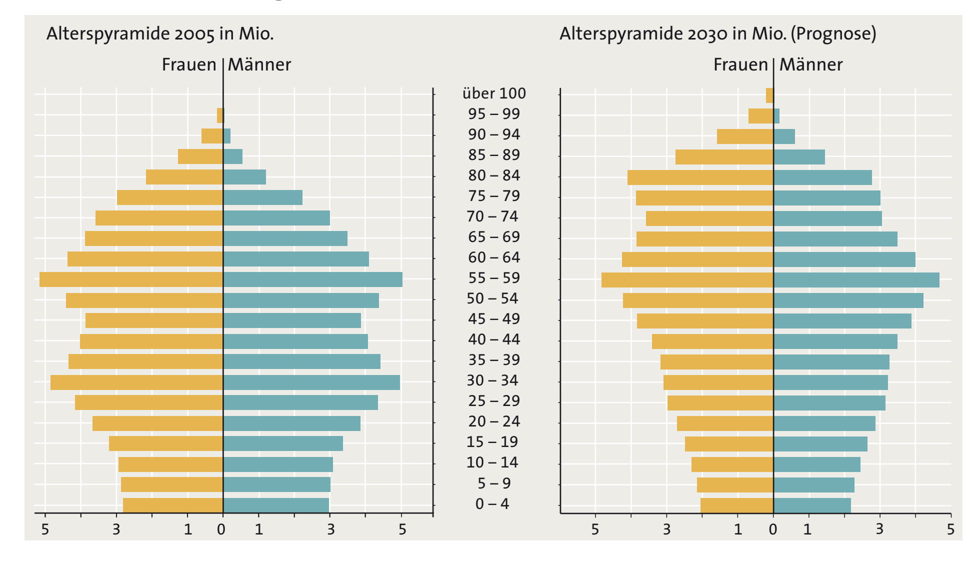
Der Handel mit den asiatischen Nachbarn ◀

Zunächst mussten sich die meisten großen Unternehmen vom Konzept der Anstellung auf Lebenszeit und eines mit den Dienstjahren steigenden Gehalts verabschieden, um die Lohnkosten zu senken und auf internationalem Niveau wieder eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Der Staat, dem es seit dem Krieg gelungen war, die nationale Wirtschaft zu lenken, erwies sich als unfähig, dem Druck der neoliberalen Anforderungen zu widerstehen. Arbeitslosigkeit, Deflation und eine schrumpfende ökonomische Basis beendeten den Traum von der Wohlstandsgesellschaft. Und schließlich verbreitete sich in der Gesellschaft die Einsicht, dass ein Schulsystem überholt war, dessen Auftrag darin bestand, den japanischen Unternehmen gehorsame Untertanen zu liefern.

Der Verlust dieser Bezugspunkte führte in eine Zeit sozialer Instabilität, in der wachsende Kriminalität, politischer Populismus oder auch eine steigende Selbstmordrate Schlagzeilen machten. Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Angesichts der zögernden Reaktionen des Staates auf das Erdbeben von Kobe – Fehler, die sich seither wiederholt haben – entstanden Netzwerke gegenseitiger Hilfeleistung, die 1998 zu einem Gesetz führten, das die Bildung gemeinnütziger Vereine zuließ. Diese Initiativen, die für japanische Verhältnisse etwas Neues sind, kümmern sich besonders um die Versorgung der alternden Bevölkerung.

Neu ist das Auftauchen von Online-Diensten, die am Fundament der bislang vorherrschenden großen Gesellschaften rütteln. Bei den neuen Technologien, vom Handy über Computer bis zu Videospielen und Zeichentrickfilmen, konnte Japan allerdings eher an seine alten Stärken in der Kommunikations- und Unterhaltungsindustrie anknüpfen. Seit 2004 hat die Exportbranche wieder Anschluss an die weltwirtschaftlichen Entwicklungen gefunden. Deshalb ist nicht ausgeschlossen, dass Japan uns in weiteren zehn Jahren ein zweites Mal mit einer globalen Einkaufstour überrascht.

▶ Die alternde Bevölkerung



www

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Japans
- www.britannica.com/wdpdf/Japan.pdf
- www.weltpolitik.net/Regionen/AsienPazifik/Japan/

offiziell
- www.boj.or.jp/en
- www.jetro.go.jp
- www.stat.go.jp

nichtkommerziell
- japanfocus.org/

Jugendliche
- www.taz.de/pt/2006/05/12.1/mondeText.artikel,a0050.idx,15
- www.atimes.com/atimes/Japan/FG28Dh01.html
- en.wikipedia.org/wiki/Livedoor

Die Welt aus der Sicht Tokios

Außenpolitisch hat Japan hauptsächlich den asiatischen Kontinent im Blick. Aber auch andere Regionen werden interessant. Vor allem als Geldgeber in der Entwicklungshilfe und durch mehr Präsenz in den internationalen Organisationen verstärkt Japan sein Gewicht.

Es gab eine Zeit, da präsentierte der japanische Premierminister Nakasone sein Land als den »unsinkbaren Flugzeugträger« der USA. Anfang der 1980er-Jahre, mitten im Kalten Krieg, schockierte eine solche Äußerung kaum – außer vielleicht die Sowjets, die befürchteten, das Land der aufgehenden Sonne könnte ihnen die Durchfahrt zwischen dem Ochotskischen Meer und dem Pazifik versperren.

Die Japaner waren von den sowjetischen Expansionsbestrebungen beunruhigt, vom Einmarsch in Afghanistan ebenso wie von der Stationierung von SS-20-Raketen in Sibirien. Zugleich wollten sie ihre wirtschaftliche Entwicklung ohne die Last von Militärausgaben fortsetzen. So sahen sie keinen Grund, das seit 1952 bestehende Militärbündnis mit den USA infrage zu stellen, und glaubten sogar, es noch ausbauen zu können. Und als Nakasone von einer »Schicksalsgemeinschaft« zwischen Tokio und Washington sprach, wusste jeder, dass er eine unverbrüchliche Bindung an die USA meinte, in deren Windschatten es international häufiger aufzutreten gedachte.

Die Handelsstreitigkeiten mit dem Partner, der Druck aus den USA, für die eigene Sicherheit tiefer in die Tasche zu greifen, aber auch der Zusammenbruch der Sowjetunion setzten Nakasones Ambitionen ein Ende. Hinzu kam, dass 1990 die Spekulationsblase im japanischen Immobiliengeschäft platzte und die Volkswirtschaft in die tiefste Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stürzte. Japan musste seine Außenpolitik überdenken und seinen Platz im internationalen Geschehen neu definieren – eine schwierige Aufgabe angesichts der engen Bindungen an Washington und einer Friedensverfassung, die dem Land verbietet, eine eigene Armee zur Kriegsführung zu unterhalten.

In Zukunft möchte Tokio seine Stimme in den internationalen Organisationen stärken, um seine Interessen durchzusetzen. Dabei setzt es vor allem auf seine Finanzmacht und wählt dazu den Umweg der öffentlichen Entwicklungshilfe. Seit Premierminister Takeshita 1988 erklärt hat, er wolle Japan zum weltweit größten Geberland für die Entwicklungshilfe machen, hat es große Anstrengungen in diese Richtung unternommen.

Die marode Verfassung der öffentlichen Finanzen hat Japan zwar gezwungen, die zur Verfügung gestellte Summe zurückzufahren – sie lag 2004 mit 8,9 Milliarden Dollar bei nur 0,19 Prozent der Wirtschaftsleistung. Dennoch ist sich die amtierende Regierung der Nützlichkeit dieser Politik bewusst. Sie hat die Zielgebiete nach und nach auf afrikanische und lateinamerikanische Länder ausgedehnt, die lange zugunsten Asiens vernachlässigt worden waren. Die von Japan initiierten Internationalen Konferenzen für die Entwicklung Afrikas (Ticad I 1993, Ticad II 1998, Ticad III 2003) in Tokio bestätigen den Willen zu einer ausgeglicheneren Außenpolitik. Premierminister Koizumi hat im Übrigen erklärt, sein Land wolle die Afrikahilfe, die derzeit mit 530 Millionen Dollar 8,8 Prozent der Entwicklungshilfe ausmacht, bis 2008 verdoppeln.

Parallel zu diesen Bemühungen räumt die japanische Politik den asiatischen Ländern weiterhin Priorität ein. Sowohl strategisch als auch ökonomisch ist der Ferne Osten für das Land die entscheidende Region. Die Verbrechen der kaiserlichen Armee im Zweiten Weltkrieg haben in Korea und China schmerzliche Erinnerungen hinterlassen. Beide Länder sparen übrigens nicht mit Hinweisen auf diese belastende Vergangenheit, um vor einem möglichen Wiederaufleben von Nationalismus und Militarismus in Japan zu warnen – und sie können dabei auf das Verhalten zahlreicher politischer Führungskräfte verweisen, die sich bis heute weigern, die japanischen Kriegsverbrechen anzuerkennen.

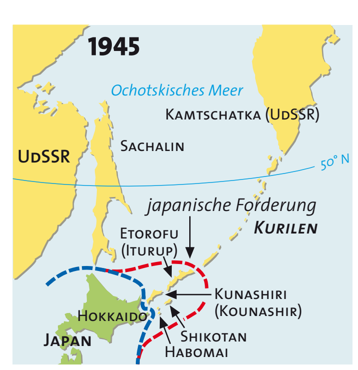
Der kräftige Aufschwung der chinesischen Wirtschaft und Pekings Streben nach einer Vormachtstellung in Asien nähren neue Spannungen zwischen den beiden Staaten. Chinas Widerstand gegen eine Beförderung Japans zum Ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist den Beziehungen nicht gerade förderlich und trägt dazu bei, Japan in der Rolle des »kleinen Vollzugsgehilfen« der USA zu halten. Dabei möchte es mit gleichem Recht wie die wichtigsten Staaten der Europäischen Union als Mittelmacht anerkannt werden.

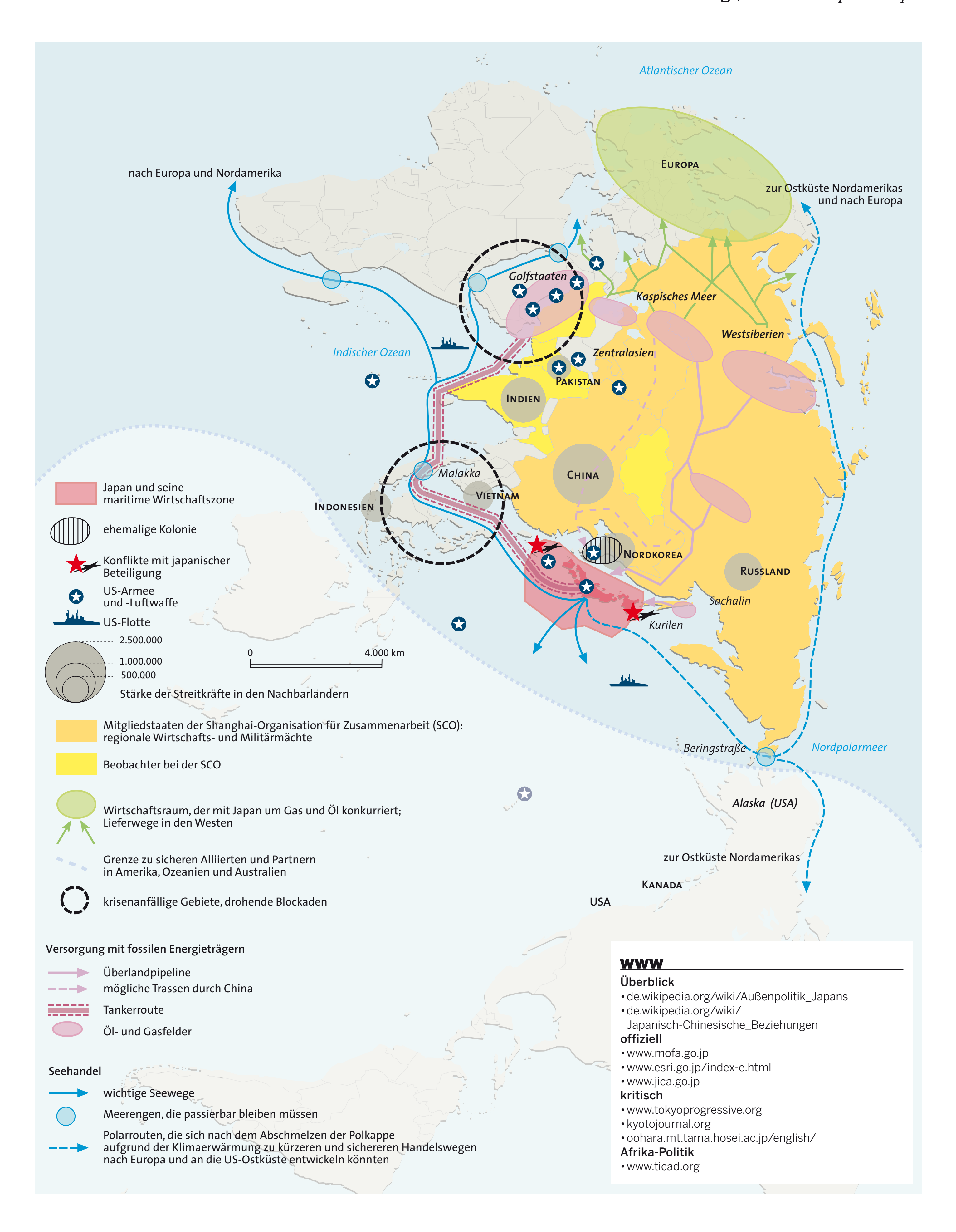
▶ Umstrittene Kurilen











www

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Außenpolitik_Japans
- de.wikipedia.org/wiki/Japanisch-Chinesische_Beziehungen

offiziell
- www.mofa.go.jp
- www.esri.go.jp/index-e.html
- www.jica.go.jp

kritisch
- www.tokyoprogressive.org
- kyotojournal.org
- oohara.mt.tama.hosei.ac.jp/english/

Afrika-Politik
- www.ticad.org

Japan: kalte Freundschaft zu den USA

Die beiden pazifischen Mächte haben sowohl wirtschaftlich als auch vor allem militärpolitisch viele gemeinsame Interessen. Doch inzwischen werden die Rufe nach einem »Bündnis ohne Militärbasen« lauter.

Nachdem sich Japan 1868 der Welt wieder geöffnet hatte, orientierte es sich an europäischen Staats- und Entwicklungsmodellen. Die Niederlage von 1945 führte dann aber zu einer immer stärkeren Orientierung an den USA, die das Land bis 1952 besetzt hielten. Die daraus entstandenen bilateralen Beziehungen waren entscheidend für das ökonomische und geostrategische Gleichgewicht des Kalten Kriegs in Ostasien und im westlichen Pazifik. Seit 1989 versucht Tokio, sie zu vertiefen. Zugleich will es sich von dem Partner emanzipieren, dessen neue Rolle als globale Hegemonialmacht ihn noch unersetzlicher, zugleich aber auch weniger berechenbar macht.

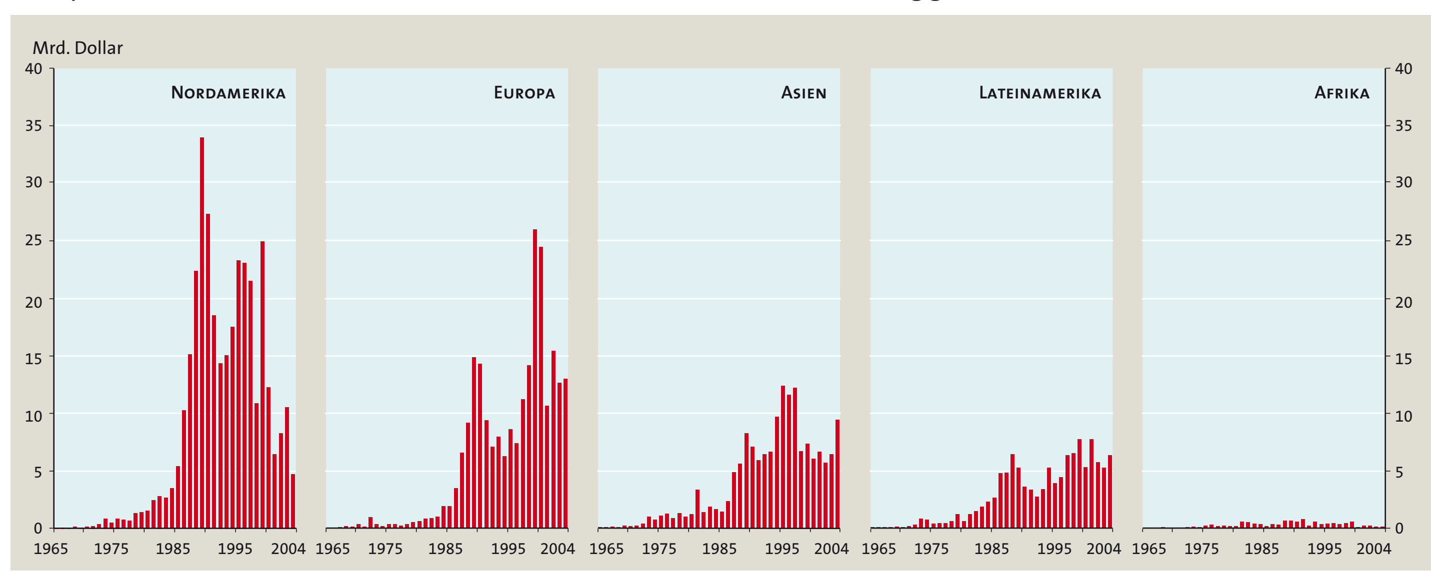
Auch wirtschaftlich waren die USA ein halbes Jahrhundert lang der wichtigste Partner Japans. Mit den Dollarerlösen seiner enormen Exportüberschüsse kaufte Japan US-Staatsanleihen und finanzierte damit zum Teil die Handels- und Haushaltsdefizite Washingtons. Die ausgewogene wechselseitige Abhängigkeit, die sich trotz vieler Reibungen daraus ergab, wird heute durch den rasanten Aufstieg Chinas unterlaufen: Seit einigen Jahren hat Peking als Großkäufer von US-Schatzanweisungen Tokio abgelöst und ist zugleich der wichtigste Handelspartner Japans geworden, was dessen schwierige wirtschaftliche Erholung unterstützt. Die antiamerikanischen Nationalisten Japans sehen in dieser Entwicklung eine Schwächung des Verhältnisses zu den USA. Für die proamerikanischen Nationalisten dagegen ist eine Vertiefung der Beziehungen mit Washington unerlässlich, damit das Land seine Position behaupten kann.

Auf der strategischen Ebene bleibt der 1952 geschlossene Vertrag mit den USA für die Sicherheit Japans lebenswichtig. Obwohl Tokio heute eine mächtige Armee besitzt und mit fast 50 Milliarden Dollar das – nach Angaben des Friedensforschungsinstituts Sipri für das Jahr 2005 – vierthöchste Militärbudget der Welt aufzuweisen hat, wird sein Handlungsspielraum durch die Verfassung stark eingeschränkt. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf ballistische Waffen, über die nicht nur Nordkorea verfügt, sondern vor allem China, das seine regionale Vormacht wiederherstellen möchte. Die Eindämmung der »chinesischen Bedrohung« – dieser Ausdruck wurde 2004 erstmals gebraucht – ist die größte strategisch-diplomatische Sorge Tokios. Weitere Prioritäten sind die Stabilisierung der koreanischen Halbinsel, der Einfluss im Mittleren Osten, auf dessen Öl Japan angewiesen ist, und das Streben nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Keines dieser Ziele kann ohne Unterstützung Washingtons erreicht werden. Diese Abhängigkeit äußert sich seit gut zehn Jahren in der Teilnahme an bilateralen Raketenabwehrplänen und der wachsenden militärischen Zusammenarbeit, neuerdings auch in den Diensten der japanischen Marine beim Transport von US-Truppen nach Afghanistan (2001) und in der Entsendung von 600 Soldaten in »humanitärer Mission« in den Irak (2004). Mit neuen Richtlinien für die Anwendung des Sicherheitsvertrags (1996) verpflichtete sich Tokio gegenüber den US-Streitkräften zu logistischer Hilfe, sollte es im asiatischen Raum – entsprechend der Erklärung vom Februar 2005 einschließlich Taiwans – zu einer Krise kommen. So hat Japan seinen Status als Protegé überwunden und ist zum aktiven Partner der Supermacht USA geworden.

Diese Partnerschaft bleibt jedoch begrenzt. Die japanischen Streitkräfte dürfen sich nicht an Kampfhandlungen be-

► Wo Japan investiert: Industrieländer verlieren an Attraktivität, und Asien bleibt nachrangig



Finanzkonzerne · Agro, Chemie, Nahrung · Elektro, Information, Telekom · andere

CityBank 1902 · 1. Weltkrieg · General Motors 1926 · IBM 1937 · 2. Weltkrieg · AIG 1946 · Dow Chemical 1952 · Cargill, 1956 · Coca-Cola, Monsanto 1957 · General Electric, 1960 · McDonald's, 1971 · Aflac 1974 · Oracle 1985 · AT&T 1999 · Wal-Mart 2005

1900 · 1910 · 1920 · 1930 · 1940 · 1950 · 1960 · 1970 · 1980 · 1990 · 2000 · 2005

Der mühsame Vormarsch der US-Multis ◀

Washington · Oregon · Montana · Minnesota · Wisconsin · Michigan · New York · Maine · New Hampshire · Vermont · Massachusetts · Rhode Island · Connecticut · New Jersey · Delaware · Maryland · Pennsylvania · Ohio · Indiana · Illinois · Kentucky · West Virginia · Virginia · North Carolina · South Carolina · Tennessee · Georgia · Alabama · Mississippi · Louisiana · Florida · Arkansas · Missouri · Iowa · South Dakota · Nebraska · Kansas · Oklahoma · Texas · Wyoming · Colorado · Nevada · Utah · Arizona · New Mexico · Hawaii · Alaska

330 Niederlassungen in Kalifornien

500 km

Zahl japanischer Industriebetriebe zu Anfang des 21. Jahrhunderts, nach US-Bundesstaaten: 170 · 90 · 45 · 20 · 9

Nippons Investoren in den USA ◀

teiligen, und ihre Missionen außerhalb Asiens werden nur durch befristete Übergangsgesetze gebilligt. Zum großen Ärger der Falken im Pentagon bekräftigt Tokio bei jeder Gelegenheit den Vorrang der UNO vor einseitigen Aktionen und die Verweise auf Friedensprinzipien der japanischen Verfassung, die auf einem breiten nationalen Konsens beruhen.

Mehrfach hat Japan sich zum Schutz seiner nationalen Interessen entschieden, anderweitige Partnerschaften zu verstärken, insbesondere in Korea und im Mittleren Osten, wo es mit dem Iran, von dem es 16 Prozent seines Rohöls bezieht, und den diversen arabischen Regimen kooperiert. Damit geht man auf Distanz zu den Neokonservativen in den USA, die ihre »demokratische Mission« notfalls auch militärisch durchsetzen wollen. Von Washington abgesetzt hat sich Tokio auch durch die Ratifizierung des Kiotoabkommens, die Unterzeichnung der Ottawa-Konvention zur Ächtung von Antipersonenminen und sein Engagement bei der Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH).

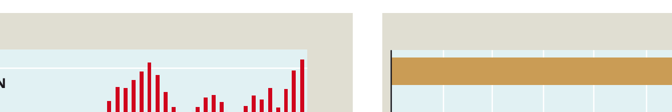
Unklar ist, ob die Doppelstrategie gegenüber Washington auf Dauer trägt. Der Ruf nach einem »Bündnis ohne US-Militärbasen« ist in der Öffentlichkeit neuerdings lauter zu hören. Eine Rolle spielen dabei auch die von US-Soldaten insbesondere auf Okinawa begangenen Verbrechen – und der neonationale Wind, der im ganzen japanischen Archipel zu spüren ist.

WWW

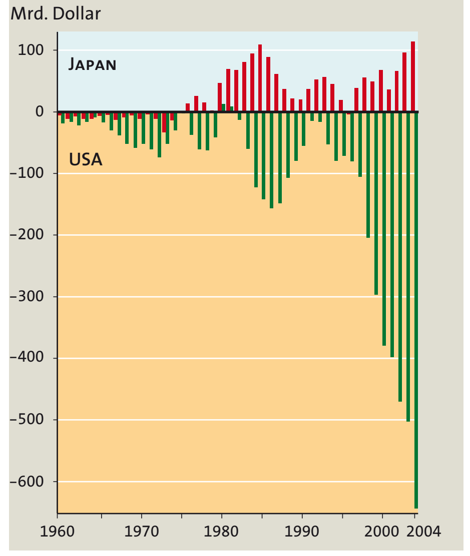
Militärisches
- www.jda.go.jp/e/index_.htm
- www.apcss.org

Institute und Agenturen
- www.jpri.org
- www.jusfc.gov

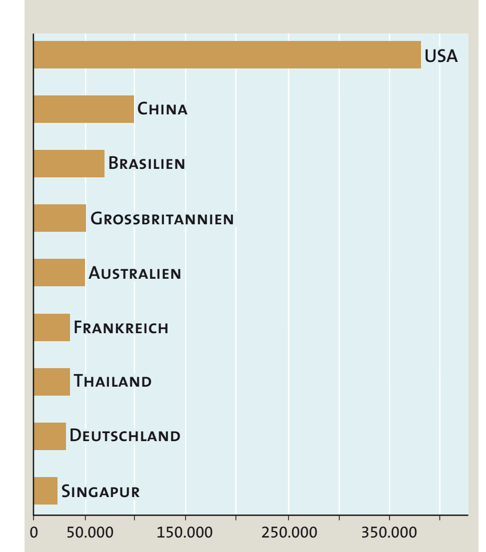
Dokumente
- www.ioc.u-tokyo.ac.jp/~worldjpn/documents/indices/docs/index-ENG.html



Unausgeglichene Handelsbilanzen ◀



Japaner im Ausland ◀



Atomwaffen und Hungersnot in Nordkorea

▶ **Die geteilte Halbinsel**

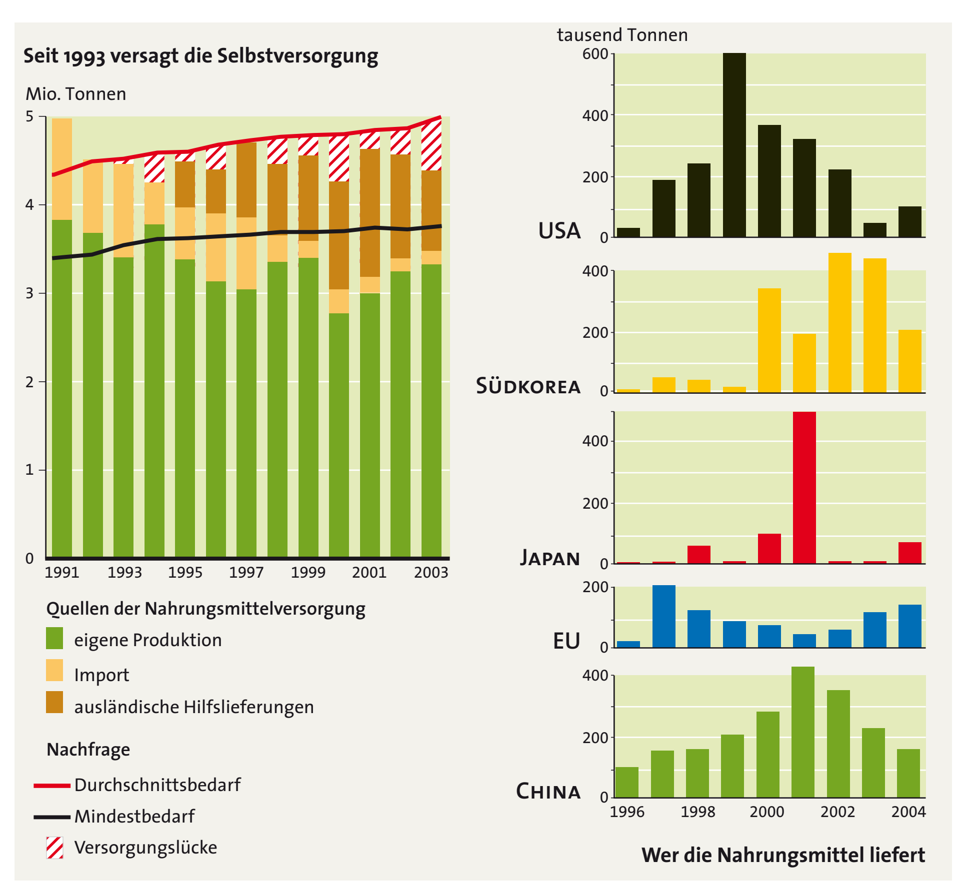


Das Regime in Pjöngjang fühlt sich von den USA bedroht und sieht die eigene Bombe als einziges Mittel, sich vor einem Angriff zu schützen. Die Krise wäre leichter zu lösen, wenn Washington auf seine »Schurken«-Rhetorik verzichtete.

Der erste Schritt zu Nordkoreas Atomwaffenprogramm war eine Antwort auf die Stationierung von US-amerikanische Raketen in Südkorea während des Kalten Krieges. In dieser Zeit sah die strategische Doktrin Washingtons für den Ernstfall den Einsatz von Atomwaffen vor. Dies galt für Korea ebenso wie für Europa. Doch in Europa waren Atomwaffen nur als letztes Mittel vorgesehen, falls eine Invasion mit konventionellen Waffen absolut nicht zu verhindern war. Da außerdem auch die Sowjetunion über die Atombombe verfügte, hätten die USA beim Einsatz ihrer auf dem Kontinent stationierten taktischen Atomwaffen einen totalen Krieg riskiert.

Washington glaubte jedoch, in Korea taktische Atomwaffen »unmittelbar nach Ausbruch eines Krieges« ungestraft einsetzen zu können. Derartige Absichten wurden durch Militärübungen verdeutlicht, denen Szenarien eines Atomkriegs zugrunde lagen. Sicher war es das Ziel dieser Manöver, Pjöngjang abzuschrecken und vor einem konventionellen Angriff zu warnen. Doch wie Peter Hayes vom Nautilus-Institut gezeigt hat, wurde Nordkorea durch all die Drohungen so »überabgeschreckt«, dass es die Gefahr eines tatsächlichen Atomangriffs »für vorstellbar, ja sogar für wahrscheinlich hielt«.

1999, dreiunddreißig Jahre nach der Stationierung von 1958, kündigte Präsident Clinton den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Südkorea an. So machte er den Weg für das Abkommen von Pjöngjang frei, in dem 1994 das Einfrieren der nordkoreanischen Bemühungen um eine Atomwaffenproduktion auf



Ein Regime, alimentiert von der Welt ◄

acht Jahre verabredet wurde. Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Il unterzeichnete den Vertrag gegen den Willen seiner Hardliner-Generäle, in der Hoffnung, von den USA diplomatische Anerkennung und wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten.

Aber nichts davon ging in Erfüllung. Der Clinton-Administration waren die Hände gebunden, weil die republikanische Mehrheit im Kongress das Abkommen ablehnte. Diese argumentierte, einem totalitären Staat wie Nordkorea könne man nicht vertrauen und wenn die USA die Pjöngjang zugesagten Öllieferungen einstellten, würde Nordkorea von selbst zusammenbrechen. Es sei wünschenswert, das Ende des Nordens und seine Einverleibung in den Süden oder zumindest einen Regimewechsel herbeizuführen.

Die Befürworter des Abkommens hielten dem entgegen, es seien schon wesentliche Reformen eingeleitet worden und eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen würde die politische Liberalisierung Nordkoreas vorantreiben. Nachdem im Januar 2001 George W. Bush ins Weiße Haus eingezogen war, erklärte Außenminister Colin Powell, er wolle den Rahmenvertrag bewahren, um die Dinge »dort wieder aufzugreifen, wo die Clinton-Administration sie gelassen« habe. Aber auch er scheiterte am Widerstand der Kräfte, die einen »Regimewechsel« wollten.

Am 20. September 2002 präsentierte die Bush-Administration eine neue nationale Sicherheitsdoktrin, die Washington das Recht zusprach, einen Präventivkrieg gegen Nordkorea und andere »Schurkenstaaten« oder potenzielle Feinde zu führen. Nur drei Monate später wurde der Rahmenvertrag von den USA aufgekündigt. Daraufhin wies Nordkorea die internationalen Inspekteure, die sein Atomprogramm seit 1994 überwacht hatten, aus dem Land. Die Vertreter einer harten Linie fühlten sich durch die so genannte Bush-Doktrin in ihrem Misstrauen gegen das Abkommen bestätigt, und Pjöngjang nahm sein Atomprogramm wieder auf.

Die Bush-Administration rechtfertigte sich mit dem Vorwurf, Nordkorea habe die Urananreicherung zur Waffenproduktion weiter verfolgt und gegen das Abkommen von 1994 verstoßen. Ein Beweis dafür wurde jedoch niemals vorgelegt. Und Ko Young Koo, der Leiter des südkoreanischen Geheimdienstes, erklärte Anfang 2005, nach seinen Erkenntnissen sei »Nordkorea nicht in der Lage gewesen, die Ausrüstungen zu importieren«, deren es bedurft hätte, um eine Atomwaffenfabrik zu errichten. Wie im Fall des Irak hat das Weiße Haus die Geheimdienstinformationen zu politischen Zwecken manipuliert.

Wie auch immer die realen Voraussetzungen sein mögen, seit 2005 strebt Nordkorea seine Anerkennung als Atommacht an, um die USA von der Herbeiführung eines »Regimewechsels« abzuhalten. Zugleich haben Nordkorea, Südkorea, China, Japan, die USA und Russland am 19. September 2005 in einer von allen unterzeichneten Erklärung gemeinsame Ziele festgelegt. Nordkorea kündigt darin die baldige »Aufgabe« seiner Nuklearwaffenproduktion an, während die USA im gleichen Zuge eine stufenweise Normalisierung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen in Aussicht stellen.

Seither haben die Spannungen wieder zugenommen. Eine Raketentestreihe vom 5. Juli, die vor allem Japan beunruhigte, führte zu einer Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der er die Einstellung des nordkoreanischen Raketenprogramms fordert. Ob Nordkorea tatsächlich in der Lage ist, einsatzfähige Atomwaffen zu produzieren, bleibt ungewiss.

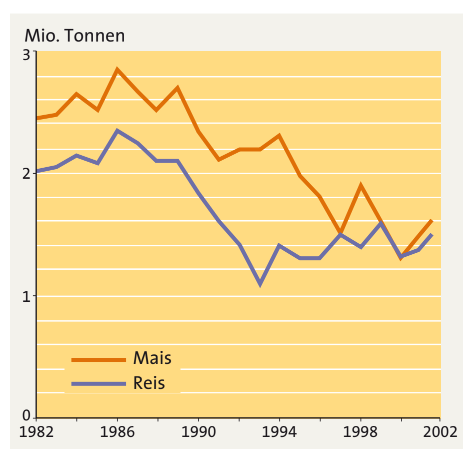
WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Portal:Korea

Institute und Verbände
- www.ciponline.org/asia
- www.nautilus.org/fora/security/0660Hayes.html
- www.armscontrol.org/country/northkorea
- www.cap-lmu.de/transatlantic/topics/korea_ngo.php

Kritisches Netzwerk / Links
- english.jinbo.net

► Schlechte Ernten für Pjöngjang

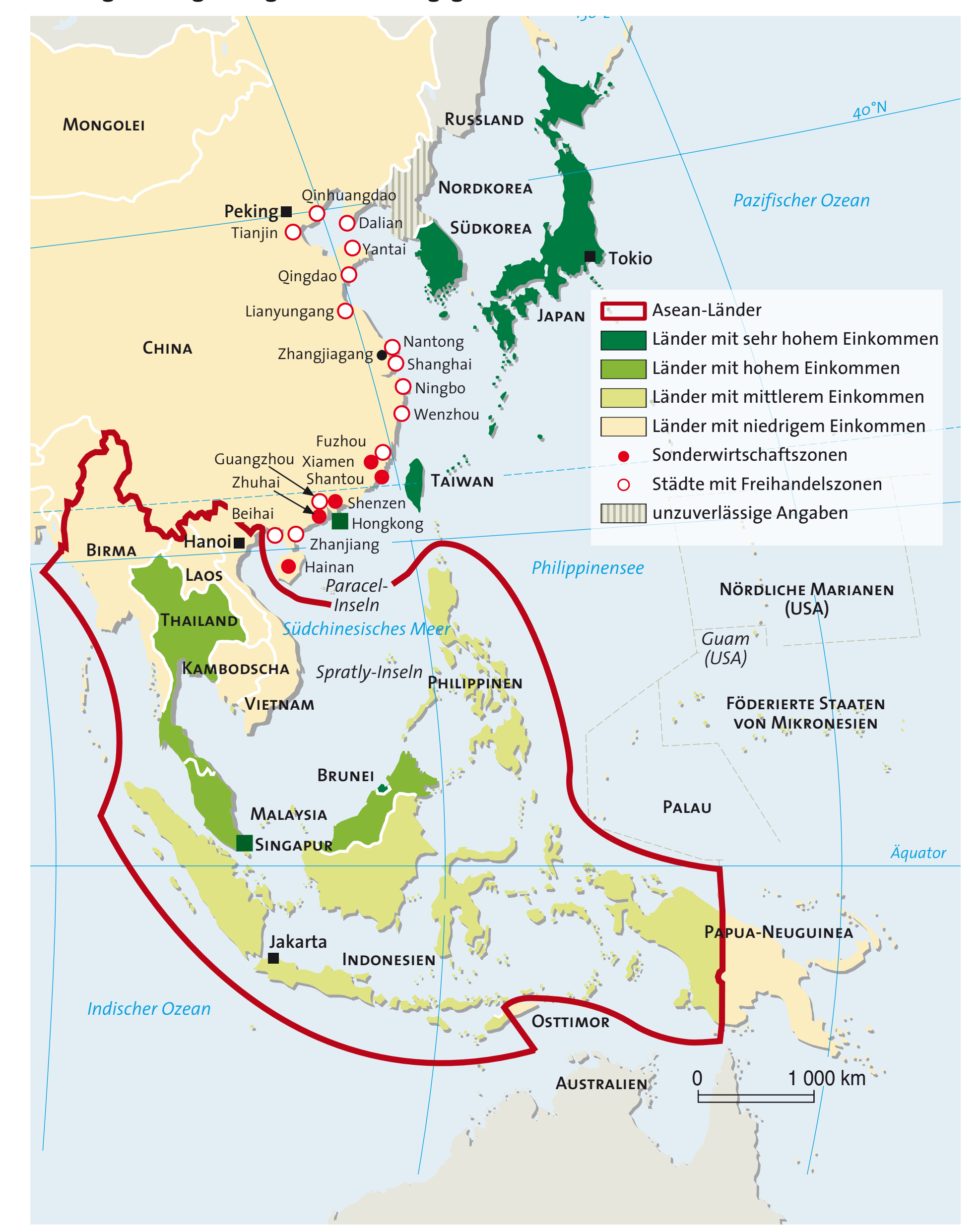


Südostasien lebt vom Export

Die Volkswirtschaften der »Tiger-« und »Panterstaaten« haben sich in der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (Asean) zusammengeschlossen. Die Finanzkrise von 1997/98 ist überwunden, und die Region wächst mit den wirtschaftlich mächtigen Nachbarn im Norden zusammen.

Vor einem Jahrzehnt war noch vom »asiatischen Wunder« und den »asiatischen Werten« die Rede. Die japanische Wirtschaft gab das Tempo vor. Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, die »Tiger-« oder »Drachenstaaten«, zogen mit – erfolgreiche Varianten des Staatskapitalismus. Die »Panterstaaten« Malaysia, Thailand, Indonesien und die Philippinen folgten dicht auf, und selbst in den Ländern Indochinas nahm das Wachstum zu.

▶ **Großregion mit gewaltigem Entwicklungsgefälle**

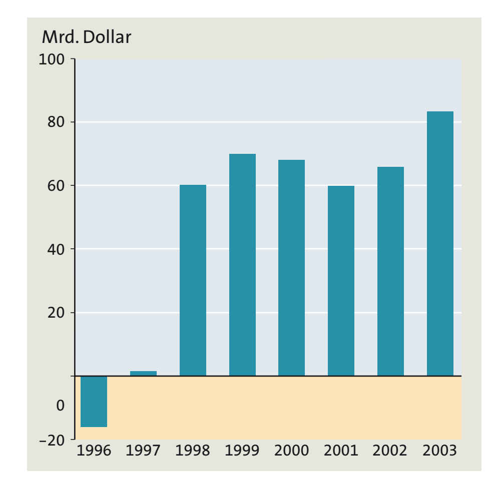


Vor allem in Südostasien zerstörte die regionale Finanzkrise von 1997/98 manche Illusion. Während sich Südkorea bald wieder kräftig erholte, brauchten Thailand und Indonesien lange, um wieder hoch zu kommen. Auch die »asiatischen Werte« wurden nüchterner betrachtet, denn Leistung, Disziplin und Meritokratie – eine Art Herrschaft der Verdienten – sind schlicht ein Teil der neokonfuzianischen Sozialethik. Der wichtigste neue Faktor für die Region ist aber die ökonomische Dynamik Chinas. Auch nach Jahren zeigen sich noch keine Anzeichen für ein Abflauen der chinesischen Konjunktur.

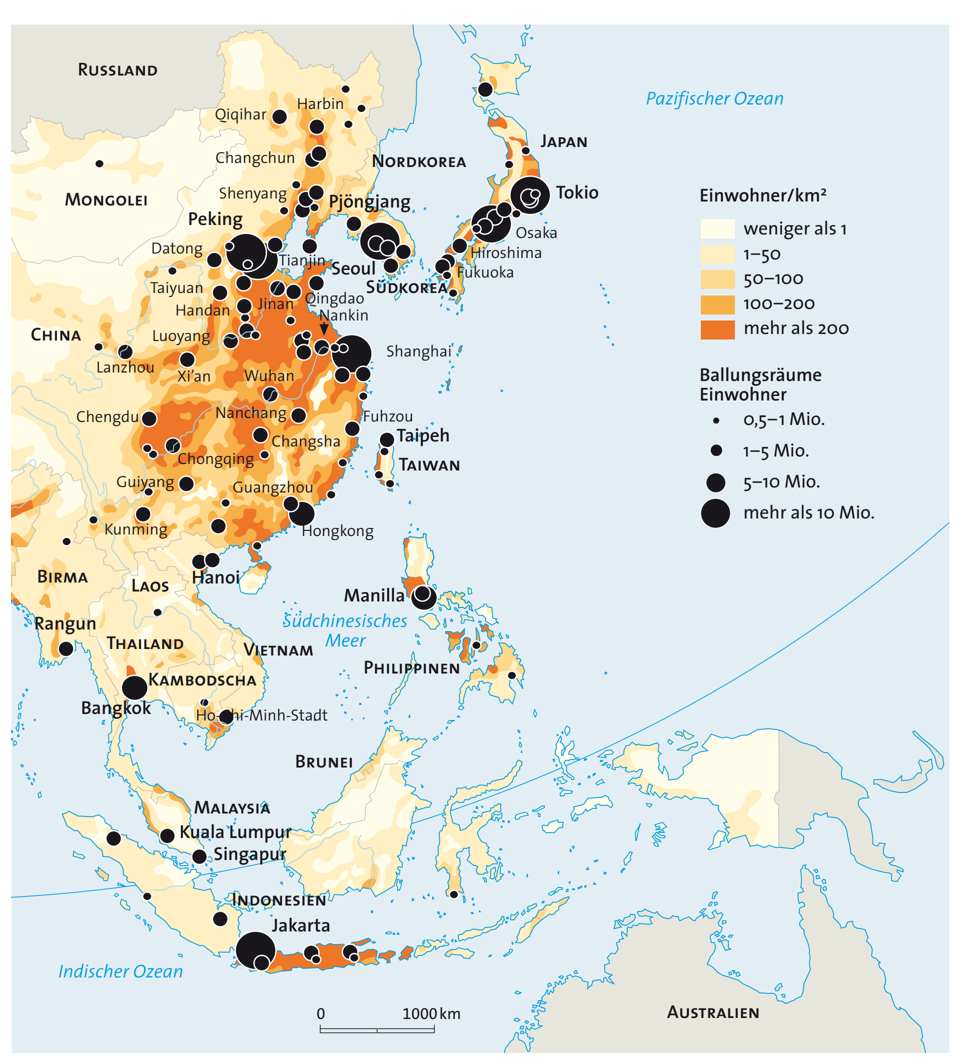
Demgegenüber erscheint der Wohlstand der Asean-Staaten *(siehe nebenstehende Karte)* eher bescheiden: Aktuell summiert sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aller zehn Mitgliedsländer auf 600 Milliarden Euro. Das ist ebenso viel wie das BIP Südkoreas, aber nur ein Drittel des chinesischen und ein Siebtel des japanischen BIP. Südkorea hat nur 48 Millionen Einwohner, in den Asean-Staaten leben dagegen mehr mehr als eine halbe Milliarde Menschen. Allein Japans wirtschaftliche Erholung mit einer Wachstumsrate von 2 Prozent bedeutet, dass 83 Milliarden Euro zusätzlich erwirtschaftet werden – das ist fast so viel wie das BIP von Singapur mit seinen 4,2 Millionen Einwohnern und das Doppelte des BIP von Vietnam mit 82 Millionen Einwohnern.

Solche Vergleichszahlen ergeben jedoch kein vollständiges Bild der Entwicklung. So ist in Thailand und Indonesien in den vergangenen vierzig Jahren die Säuglingssterblichkeit um 75 Prozent zurückgegangen. Mitte des 20. Jahrhundert lag in Malaysia, auf den Philippinen und in Vietnam die Lebenserwartung unter fünfzig Jahre – heute erreicht sie fast siebzig Jahre. Abgesehen von wenigen Armutsregionen – in Birma (Myanmar), Kambodscha und Laos – wurde überall die Einschulungsquote erhöht, die Stromversorgung wurde verbessert, und die Telekommunikationsnetze wurden ausgebaut.

Die wirtschaftlichen Zuwachsraten in diesen Ländern liegen zwischen 4 und 8 Prozent im Jahr und damit deutlich über dem Bevölkerungswachstum. Vietnam



▶ Exportüberschüsse der Asean-Staaten



Ost- und Südostasien verstädtern ◀

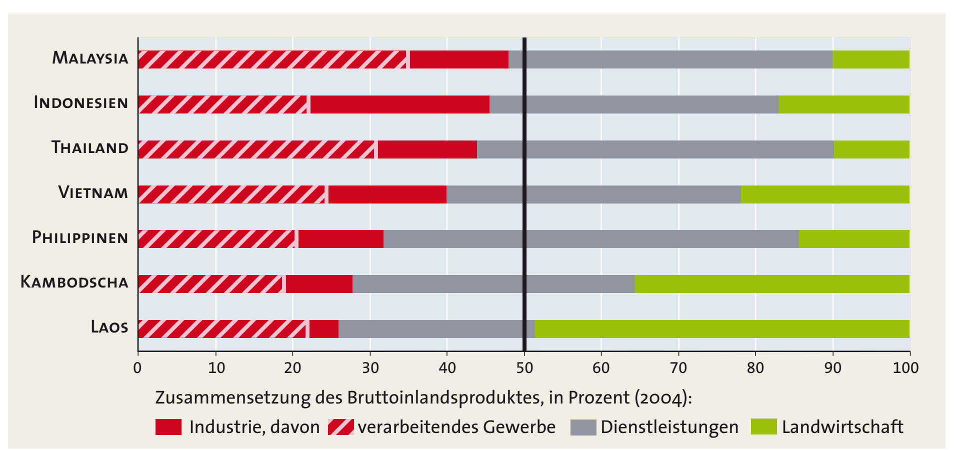
führt diese Statistik an, hatte allerdings auch besonders viel nachzuholen. Doch der wachsende Wohlstand hat seinen Preis: Zu Umweltzerstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen kommen häufig Einkommensunterschiede. Es bildet sich also eine Gesellschaft zweier Geschwindigkeiten heraus. Vorerst scheint diese Region Asiens aber in der Lage, ihre Krisen und selbst Katastrophen zu bewältigen (Sarsvirus, Vogelgrippe, Ölkrise, Tsunami).

Wachstumsmotor bleibt dabei der Export. Für die Asean-Staaten sind nach wie vor die USA und Japan die wichtigsten Handelspartner. Südostasien bekommt jedoch gerade auf diesen beiden großen Märkten zunehmend Konkurrenz aus China. Der mächtige Rivale zieht aber nicht nur deutlich mehr Auslandsinvestitionen an als jedes andere asiatische Land, sondern bietet auch durch die Öffnung seiner eigenen Märkte Anreize für Handel und Investitionen.

Langsam, aber stetig nimmt somit auch der Handelsaustausch zwischen China und den Asean-Ländern zu. Japans Wirtschaft könnte weitere Wachstumsimpulse für die Region geben, wenn sich, nach fünfzehn Jahren der Stagnation, der Aufwärtstrend stabilisiert. Obwohl Ostasien insgesamt noch auf die US-Verbraucher als Kunden angewiesen ist, integrieren sich die Asean-Staaten immer stärker in diesen größeren Wirtschaftsraum, der zunehmend preisgünstige Güter für die entwickelten Märkte produzieren wird.

Auch als Finanzzentrum gewinnt der Raum zwischen China und Indonesien eine immer größere eigenständige Bedeutung. Hier lagern bereits mehr als die Hälfte der Devisenreserven der Welt, das meiste davon in der Volksrepublik China, Japan und Taiwan. Südostasien bleibt allerdings der Schwachpunkt dieser Großregion. Und die Asean wird daran nicht so schnell etwas ändern können.

Wirtschaftssektoren im Vergleich ◀



www

Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Asean

offiziell
- www.aseansec.org
- www.adb.org

Critical Asian Studies
- www.bcasnet.org

Indonesien – langsam voran in die Demokratie

In kleinen Schritten verwandelt sich das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt in einen Rechtsstaat. Doch Wirtschaftskrise, islamistischer Terror und Naturkatastrophen halten den Fortschritt auf. Und das letzte Wort behalten immer noch die Militärs.

Das von der Weltbank gepriesene »Wirtschaftswunder« Indonesiens beruht auf dem Export von Industriegütern und dem geringen Preis der Arbeitskraft. Die asiatische Finanzkrise von 1997/98 hat dem Land dauerhaften Schaden zugefügt, der noch verstärkt wurde durch die Wirkungen der rigiden Anpassungsmaßnahmen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) diktiert hat.

In der Folge dieser Krise wurde General Suharto, der 1965 nach dem Massaker an einer halben Million Kommunisten an die Macht gekommen war, zum Rücktritt gezwungen. Suharto hatte die politische Stabilität mit repressiven Mitteln durchgesetzt. Doch in den 1990er-Jahren begehrte die Öffentlichkeit gegen »die Familie« auf, die sich der Reichtümer des Landes bemächtigt hatte.

Nachfolger Suhartos wurde sein vormaliger Vizepräsident Habibie, der die Demokratisierung einleitete. Ihm ist auch das Referendum zu verdanken, das Osttimor trotz des rachsüchtigen Zorns der indonesischen Militärs die Unabhängigkeit verschaffte. Die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor war 1976 annektiert worden, wobei die indonesische Armee etwa ein Viertel der Bevölkerung umgebracht hatte.

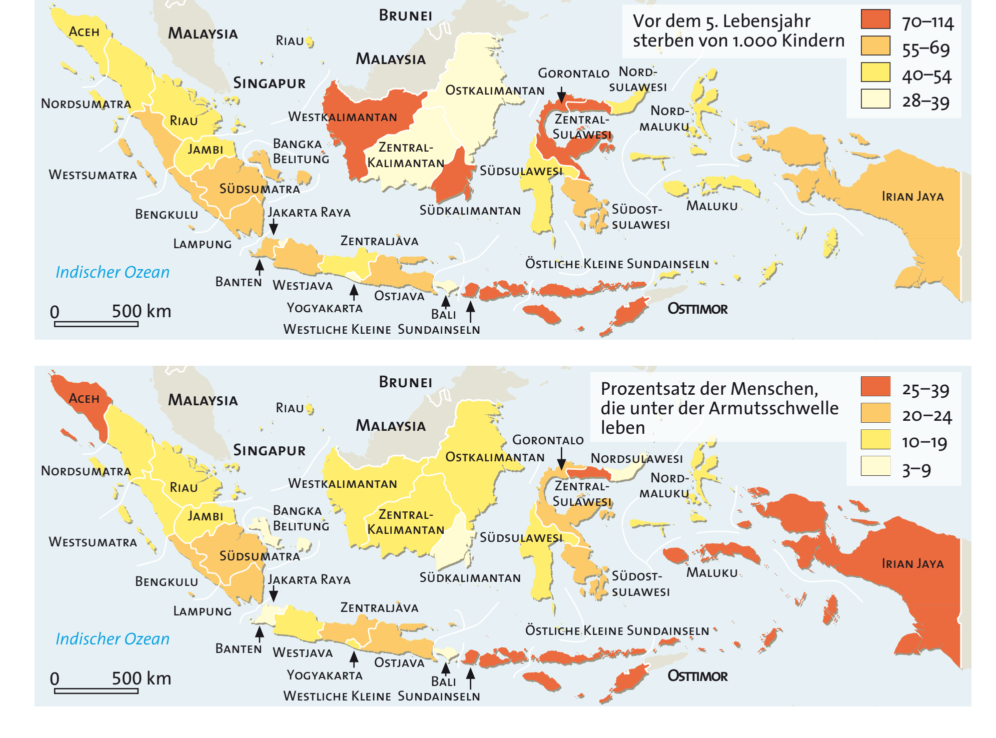
Im Oktober 1999 brachten die ersten freien Wahlen seit 1955 Abdurrahman Wahid an die Macht. Der charismatische Führer der Nahdlatul Ulama (NU), einer großen muslimischen Organisation, die den auf Java vorherrschenden traditionellen Islam repräsentiert, engagierte sich seit langem für die Demokratie. Es gelang ihm zwar, die Macht der Armee einzuschränken, aber die juristische Verfolgung des Suharto-Clans wurde bald eingestellt. An den zunehmenden Gewalttätigkeiten ließ sich ablesen, wie viel Einfluss die Kräfte des alten Regimes bewahrt hatten. Von Skandalen geschwächt, konnte Wahid weder die erwarteten Reformen durchsetzen noch die schweren religiösen und separatistischen Konflikte auf den Molukken und in Aceh und Westpapua beenden.

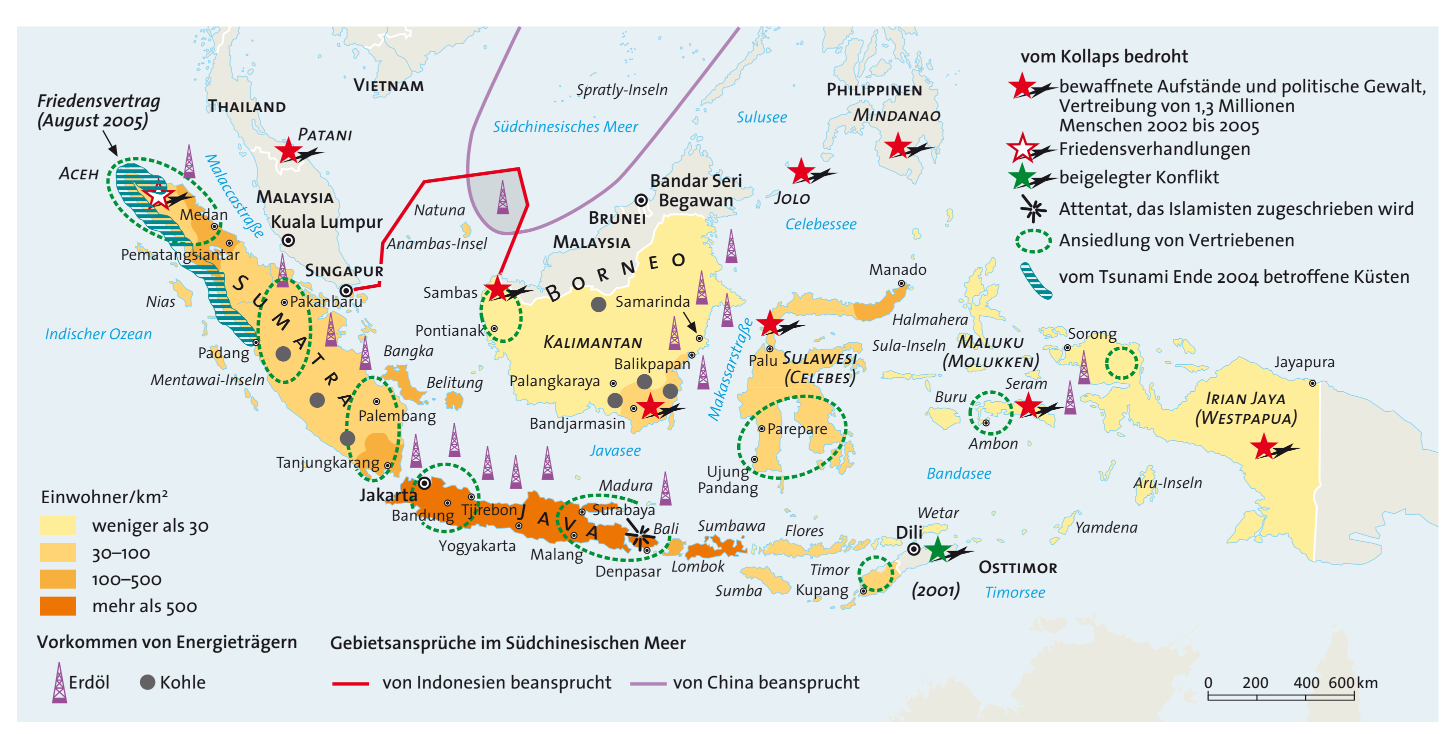
Im Juli 2001 wurde Wahid von seiner Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri abgelöst, die als Gründerin und Vorsitzende der »Kämpferischen Demokratischen Partei Indonesiens« (PDI-P) schon 1999 ein Drittel der Stimmen geholt hatte, deren Präsidentschaft aber an der Opposition der islamischen Parteien scheiterte. Die Tochter des ehemaligen Präsidenten Sukarno hat die großen Hoffnungen, die in sie gesetzt worden waren, bald enttäuscht. Sie musste Kompromisse mit den Muslimen und mit der Armee eingehen und war damit politisch gelähmt. Die wirtschaftlichen Probleme, die von der Krise von 1998 herrührten, dauerten ebenso an wie die regionalen Konflikte. Die Korruption blühte, mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung war arbeitslos, und die Hälfte der Gesamtbevölkerung lebte von weniger als zwei Dollar am Tag.

Nach dem 11. September 2001 hatte Megawati Sukarnoputri versprochen, sich am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen. Aber das zu 87 Prozent muslimische Indonesien, wo ein gemäßigter Islam vorherrscht und religiöse Toleranz zu den Grundlagen des Gesellschaft gehört, wurde plötzlich selbst vom islamistischen Terror getroffen. Das Attentat auf Bali vom 12. Oktober 2002, dem 202 Menschen, vor allem westliche Touristen, zum Opfer fielen, galt als Werk einer Untergrundorganisation, der von Afghanistan-Veteranen inspirierten Jemaah Islamiyah. Weitere Anschläge machten deutlich, dass der islamistische Terrorismus Anhänger in Indonesien gefunden hatte.

Trotz Festnahmen und Verurteilungen steht die indonesische Regierung vor einem Dilemma, da sie weder als islam-

▶ **Sterblichkeit und Armut**





Konflikte und Spannungen ◄

feindlich noch als Büttel der USA erscheinen möchte. So vermied sie, dem Druck aus Washington und Canberra nachzugeben und die Jemaah Islamiyah zu verbieten oder deren mutmaßlichen Führer, den alten Abu Bakar Baschir, als Verantwortlichen zu verurteilen. Zugleich weigerten sich die USA, dem indonesischen Gericht Beweise für ihre Behauptungen zu übermitteln. Am Ende protestierten die USA auch noch, als der Prediger im Juni 2006 nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen minderer Delikte in einem korrekten Verfahren vorzeitig freigelassen wurde.

Der neue Staatschef Susilo Bambang Yudhoyono, genannt »SBY«, wurde 2004 zum ersten direkt gewählten indonesischen Präsidenten. Der 57-jährige pensionierte General aus Java gilt als Hoffnungsträger, obwohl er unter Suharto Karriere gemacht und mit der Tochter des Kommandanten Sarwo Edhie, der 1965 viele Massaker unter den Kommunisten befohlen hatte, verheiratet ist. Bezeichnenderweise haben die Indonesier keinen der Kandidaten gewählt, die sich auf den Islam berufen, sondern denjenigen, der den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Korruption, ein neues Wirtschaftswachstum, Ordnung und nationale Einheit verspricht.

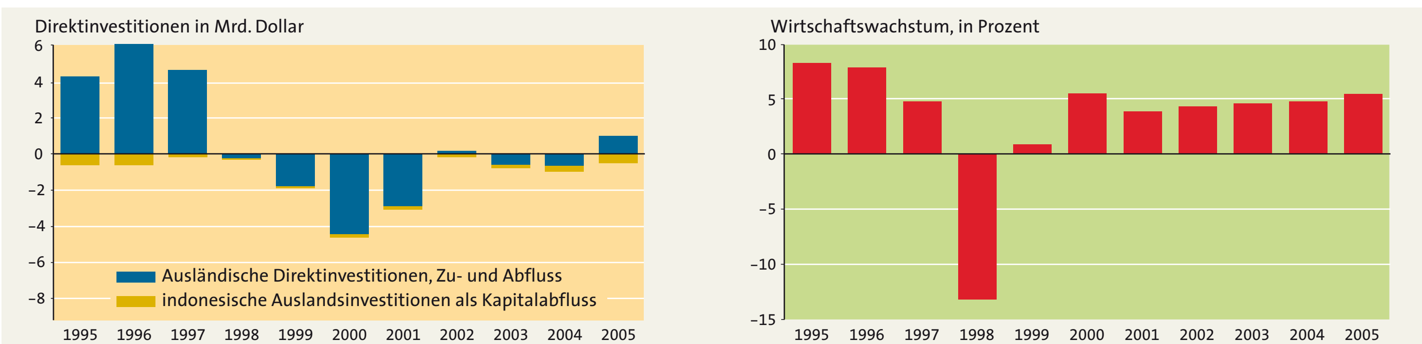
Angesichts dieser fast unlösbaren Aufgaben war der Tsunami vom Dezember 2004 mit mindestens 131.000 Toten und 500.000 Obdachlosen trotz internationaler Hilfe ein besonders harter Schlag. Seitdem hat SBY ein Friedensabkommen mit den Separatisten der Provinz Aceh geschlossen, indem er die Armee abzog. Aber das Vertrauen der Investoren ist noch nicht wiederhergestellt. Die Wachstumsrate von 5,6 Prozent im Jahr 2005 sieht nicht schlecht aus, ist aber unzulänglich. Und der indonesische Ölreichtum ist nahezu versiegt. Das Opec-Mitglied Indonesien ist Netto-Ölimporteur geworden. Zugleich wird das Mineralöl weiter subventioniert, was bis zu einem Viertel des Staatshaushalts verschlingt Jede weitere Preiserhöhung führt dennoch zu Massenprotesten. Nun soll auf der dicht bevölkerten Insel Java ein erstes Atomkraftwerk entstehen.

WWW

Einführend
- de.wikipedia.org/wiki/Indonesien

Medien
- www.tempointeractive.com
- www.thejakartapost.com

Die Wirtschaftskrise von 1997 und ihre Folgen ◄



Muslime, Christen und Buddhisten – das Südostasien der Religionen

Es gibt kaum einen Konflikt in der Region zwischen Burma, Bali und den Philippinen, der nicht unter religiösen Gesichtspunkten analysiert wird. Aber nur selten spielt der Islamismus hinein – in Wirklichkeit gehen die Gewalttätigkeiten meist auf soziale und politische Konflikte zurück.

Das Interesse an den Muslimen Südostasiens resultiert häufig aus ihrer angeblichen Feindseligkeit gegen Angehörige anderer Konfessionen, und zwar nicht nur im religiösen und kulturellen, sondern auch im sozialen und politischen Bereich. Ein reines Vorurteil? Wer sich genauer damit befasst, wie der Islam vor fast tausend Jahren über den friedlichen Weg des Fernhandels seinen Einzug in Südostasien gehalten hat, wird allerdings kaum daran zweifeln, dass die dort lebenden Muslime zu einem nachbarschaftlichen Miteinander in der Lage sind. Der Islam hat in der soziokulturellen Landschaft dieser Region seinen Platz unter den anderen Religionen gefunden, häufig sogar in enger Symbiose.

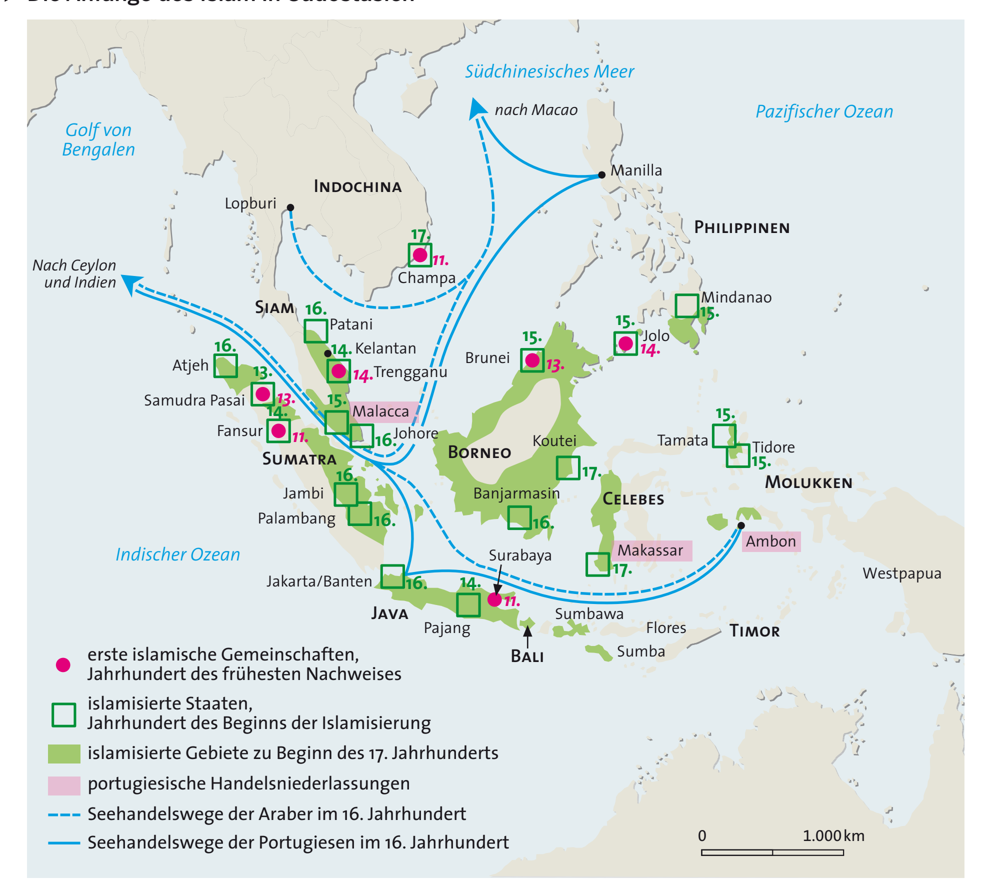
In Indonesien sind von den 220 Millionen Einwohnern 87 Prozent Muslime. Auch die malaiische Bevölkerung Malaysias beruft sich auf den Islam, genau wie die Bewohner einiger Randgebiete Thailands oder der Philippinen. Der früh nach Südostasien importierte Hinduismus lebt bis heute in Glaubensgemeinschaften auf der Insel Bali weiter, wie auch in den indischen Vierteln von Großstädten wie Bangkok in Thailand oder Kuala Lumpur in Malaysia. Die christlichen Religionen sind auch jenseits ihrer philippinische Hochburg fast überall vertreten. Ein Teil der chinesischen Diaspora ist unter europäischem Einfluss zum Christentum konvertiert, und in jüngster Zeit haben die Baptisten eifrig Missionsarbeit bei den Minderheiten der Hochländer geleistet, von Birma über Zentralvietnam bis hin nach Neuguinea. Der Buddhismus schließlich kann in Birma, Kambodscha und Thailand als Staatsreligion betrachtet werden.

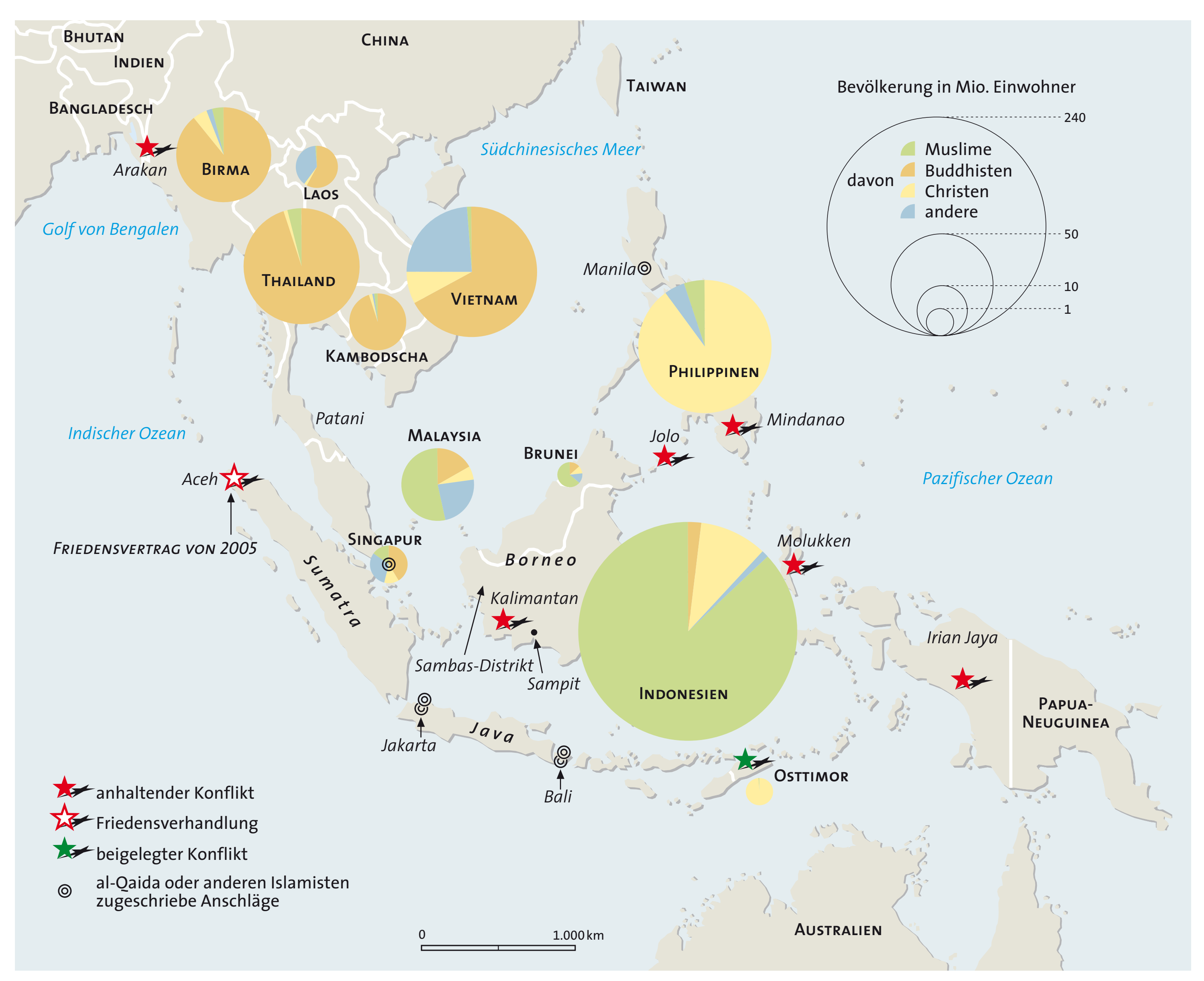
Die Unterwerfung des muslimischen Königreichs Patani durch das Thai-Königreich Siam gegen Ende des 18. Jahrhunderts war der Auslöser für lange andauernde Konflikte, die religiös eingefärbt waren. Ähnliche Wirkung hatte auch der von den Kolonialmächten erzwungene Zusammenschluss christlicher und muslimischer Glaubensgemeinschaften auf den spanischen Philippinen und in Niederländisch-Indien, dem späteren Indonesien. Aber auch in jüngster Zeit waren es eher lokale Interessen als die Religionszugehörigkeit, die solche Konflikte auf die Spitze getrieben haben.

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 beginnt sich eine neue Lesart der Konflikte in Südostasien durchzusetzen. Ohne Rücksicht auf lokale Eigentümlichkeiten wird seitdem die Religion zum ausschließlichen Kriterium des Unterschieds, ja zum notwendigen und ausreichenden Grund für die Konfrontation erklärt. Verstärkt wurde diese von den Theoretikern des »clash of civilizations« beförderte Sichtweise durch das Auftreten der islamischen Organisation Jemaah Islamiyah, einer regionalen extremistischen Bewegung in Indonesien, die mit dem weltweiten Al-Qaida-Netzwerk in Verbindung gebracht wird.

Was lässt sich im Jahr 2006 über diese Organisation sagen – vier Jahre nach dem mörderischen Anschlag auf eine Diskothek auf Bali, der Jemaah Islamiyah bekannt gemacht hat? Es handelt sich um eine Hand voll Leute, die seit langem von sich reden machten. Die ältesten waren

► Die Anfänge des Islam in Südostasien





Viele Gläubige, viele Konflikte – aber nur wenige Glaubenskonflikte ◀

sich in den 1970er-Jahren bei islamisch-extremistischen Abenteuern irgendwo zwischen Zentraljava, Malaysia und Afghanistan begegnet und wurden weitgehend außer Gefecht gesetzt. Für diese Weltuntergangspropheten war es die größte Überraschung, dass die Jemaah Islamiyah trotz der oft ungeschickten westlichen Reaktionen auf ihre Attentate bei der allergrößten Mehrheit der Muslime in der Region keine Sympathie gefunden hat.

Zwar gewinnt der Islam aus regionalen und globalen Gründen seine Identität stiftende Kraft zurück, doch blinde Gewalt stand nie auf dem Programm der politischen Bewegungen, die sich im Süden Thailands oder auf den südlichen Philippinen im Krieg mit der Zentralregierung befinden. Ihre Kampfhandlungen sind heute wie gestern auf Ziele gerichtet, die durch ihre Aktionen nicht unglaubwürdig werden sollen. Zwar werden Fanatiker immer die Möglichkeit zu spektakulären Aktionen haben. Aber die Attentate waren für die allermeisten Muslime Südostasiens ein derartiger Schock, dass die meisten, manchmal sogar die radikalsten sie gegen jede Vernunft den »Feinden des Islam« zur Last legen, allen voran Israel und den USA.

Dabei ist es durchaus gerechtfertigt, über das Aufleben eines islamischen Neofundamentalismus beunruhigt zu sein, der in Südostasien wie anderswo nur Intoleranz und systematische Verdummung fördert. Doch die Spannungen und die Gewalt, die diesen Teil Asiens erschüttern, sind ohne Zweifel anderen Gründen zuzuschreiben. Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Ungleichheit wecken manchmal den verzweifelten Wunsch, die eigene Identität in Opposition zu einer als feindlich empfundenen herrschenden Ordnung auf spektakuläre Weise zur Geltung zu bringen.

www

Statistik
- de.wikipedia.org/wiki/Bild:Weltreligionen.png

Institute
- www.irasec.com/en
- www.isim.nl
- www.zmo.de

Religionen und Gruppen
- www.sistersinislam.org.my
- www.hfph.mwn.de/igp/res/Religionsfreiheit-StdZ.pdf
- en.wikipedia.org/wiki/2002_Bali_bombing

Robot
- www.einnews.com/south-east-asia/newsfeed-south-east-asia-religion

Aus der Werkstatt des Kartografen

von Philippe Rekacewicz

Mittels einer Karte kann man die Welt aus der Luft betrachten, ganze Länder oder Kontinente mit einem Blick erfassen. Eine Karte vermittelt ein Gefühl der Macht, erzeugt die Illusion, das abgebildete Gebiet zu beherrschen. Kein Wunder, dass bei der Entstehung von Karten höchste Sorgfalt gepflegt wird und dass von der konzeptionellen Idee über die Wahl des Ausschnitts bis zur grafischen Umsetzung nichts dem Zufall überlassen bleibt.

Karten dienen unter anderem auch der »Unterwerfung« von anderen Völkern, können also einen absoluten Machtanspruch ausdrücken. Das wird höchst evident, wenn man in Rom die Via dei Fori Imperiali von der Piazza Venezia zum Kolosseum entlangwandert und nahe dem Eingang zum Forum Romanum die grotesk dimensionierten Karten betrachtet, die Mussolini in den 1930er-Jahren zum Ruhme des Römischen Reiches aufstellen ließ. Oder wenn man die Gallerie delle Carte Geografiche des Vatikanischen Museums besucht, wo die Wände vom Fußboden bis zur Decke mit topografischen Karten Italiens vollgehängt sind.

Karten sind Herrschaftsinstrumente. Mit ihrer Hilfe kann man unter anderem ethnische oder nationale Ansprüche formell untermauern, zum Beispiel durch die Fixierung der aktuellen Grenzverläufe, wenn andere Staaten mit irrationalen Argumenten einen Teil des eigenen Staatsgebiets beanspruchen. Auch kann man mittels einer Karte einem Volk das Existenzrecht bestreiten. Die Vorstellung, es könnte eine »offizielle«, das heißt allseits akzeptierte Aufteilung der Welt geben, ist eine Illusion, die zu zerstören die Aufgabe der Kartografen ist.

Wie sollte eine solche »gute Karte« beschaffen sein? Alle Betroffenen haben »ihre« Wahrheit, berufen sich auf ihre eigenen Identität stiftenden historischen und geografischen Argumente. Eine »Autorität«, die gültige Regeln aufstellt und einfache Lösungen bietet, gibt es nicht. Es gibt nur mehr oder weniger überzeugende intellektuelle Konstrukte, die sich auf die Kultur, die Geschichte oder die Geografie berufen und die sich die Kartenhersteller aneignen, und das heißt vor allem die Staaten. Im besten Fall könnte eine vermittelnde Institution wie die UNO die Legitimität beanspruchen, in strittigen Fällen eine faire Lösung vorzuschlagen.

Bei der Umweltministerkonferenz der Vereinten Nationen im Februar 2001 unterbrachen die Vertreter der Volksrepublik China eine Plenarsitzung und verließen vor den ungläubig staunenden Delegierten den Saal. Sie boykottierten die weiteren Verhandlungen, weil Taiwan auf einer Karte und in einem Arbeitspapier als unabhängiger Staat auftauchte. Sie kehrten erst wieder an den Verhandlungstisch zurück, nachdem die beanstandeten Dokumente aus dem Verkehr gezogen waren.

In ähnlicher Weise zensiert die Regierung von Marokko sämtliche Publikationen mit Karten, in die eine Grenzlinie (und sei es nur eine gestrichelte) zwischen der »exspanischen« Westsahara (die Marokko seit 1976 besetzt hält) und dem Rest des Landes eingezeichnet ist. Einige andere Staaten – wie etwa Südkorea und Japan, der Iran, Indien, Griechenland und Israel – unterstützen ganz offen spezielle Lobbygruppen, die mit ziemlich brachialen Methoden der »internationalen Gemeinschaft« diktieren wollen, wie sie ihr nationales Territorium zu benennen und darzustellen habe.

Die Karte ist außerdem und vor allem ein Bild, das mit künstlerischen Mitteln hergestellt wird. Eine Karte, könnte man mit Jean-Claude Groshens sagen, entsteht am »Zusammenfluss von exakter Wissenschaft und Kunst«[1]. Sie ist nicht ganz exakte Wissenschaft und auch nicht ganz Kunst, und doch ist sie insofern Kunst, als sie sich durch Farben und Formen artikuliert, und insofern Wissenschaft, als sie auf wissenschaftlich erhobenen Daten basiert.

Für die Kartografen früherer Jahrhunderte war die Karte fraglos ein Kunstwerk, ja manchmal fast ein Lebenswerk. Stundenlang kann man diese Meisterwerke an Präzision und Eleganz bestaunen und darüber fast ihre politische Funktion vergessen: dem Monarchen eine Darstellung seines Reiches zu bieten, die Zwecken der Verwaltung und Verteidigung dient. Es bedurfte jahrelanger Arbeit, um diese Karten anzufertigen, auf denen kleine Engel trompeten, pausbäckige Windgötter den Galeonen und Karavellen die Segel blähen, Neptune und Sirenen aus den Wogen emportauchen. Heute schaut man gerührt auf die ungeschlachten und falsch proportionierten Umrisse der Kontinente, aber dafür, dass es damals keine Satellitenaufnahmen gab, waren die Darstellungen bei aller Ungenauigkeit doch verblüffend realitätsgetreu.

Heute stehen dem Kartenmacher weit mehr Elemente zur Verfügung, um sein jeweils eigenes Darstellungssystem zu entwickeln. Dabei kann er frei auf den grafischen Zeichenkodex zurückgreifen und seine Objekte nach den drei grundlegenden Kategorien – Linie, Punkt und Fläche – organisieren. Dabei vollendet sich sein Bild von der Welt in der Suche nach einem harmonischen Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Grundelementen. Mit seinem künstlerischen Ausdruckswillen kann er jedem seiner kartografischen Werke ein eigenes Gesicht verleihen, zugleich aber auch die Interpretation des Karteninhalts beeinflussen.

Jeder Leser ist vorgeprägt. Sein Verständnis der Farbe ist von seiner kulturellen Umgebung abhängig und somit relativ. Er erwartet zum Beispiel, dass ein bedrohliches Phänomen auch in einer bedrohlichen Farbe dargestellt wird. Mindestens zwei Generationen von Schülern haben noch die Karten des Kalten Krieges mit ihren typischen Farben im Kopf gespeichert: Rot für die Bösen, und Blau für die Guten. Ein bedrohliches, brutales Blutrot für die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten und ein sanftes Aquamarin für die USA und ihre Verbündeten. Nach Michel Pastoureau war »Blau (…) die

1 000 km

MINERAIS DE FER

Extraction

Consommation

Flux

50/75 M tonnes

25/50 M tonnes

10/25 M tonnes

Production Acier

+ de 200 M tonnes

90–110 M tonnes

Moins de 60 M tonnes

Million tonnes

220

110

55

projection Gall-Bertin

Source : CNUCED, 2005

matières premières

esquisse 1 - planche 09. oct 2005

1 000 km

Amérique du Nord

466

Europe de l'Ouest

220

34

56

Proche-Orient

12

Afrique

GLOBAL

Transferts int 34,8 M

Dép. militaires 1075

Chiffre d'affaires des 10 premiers fabricant d'armes 178

Asie

164

11

Océanie

Amérique latine et Caraïbes

22

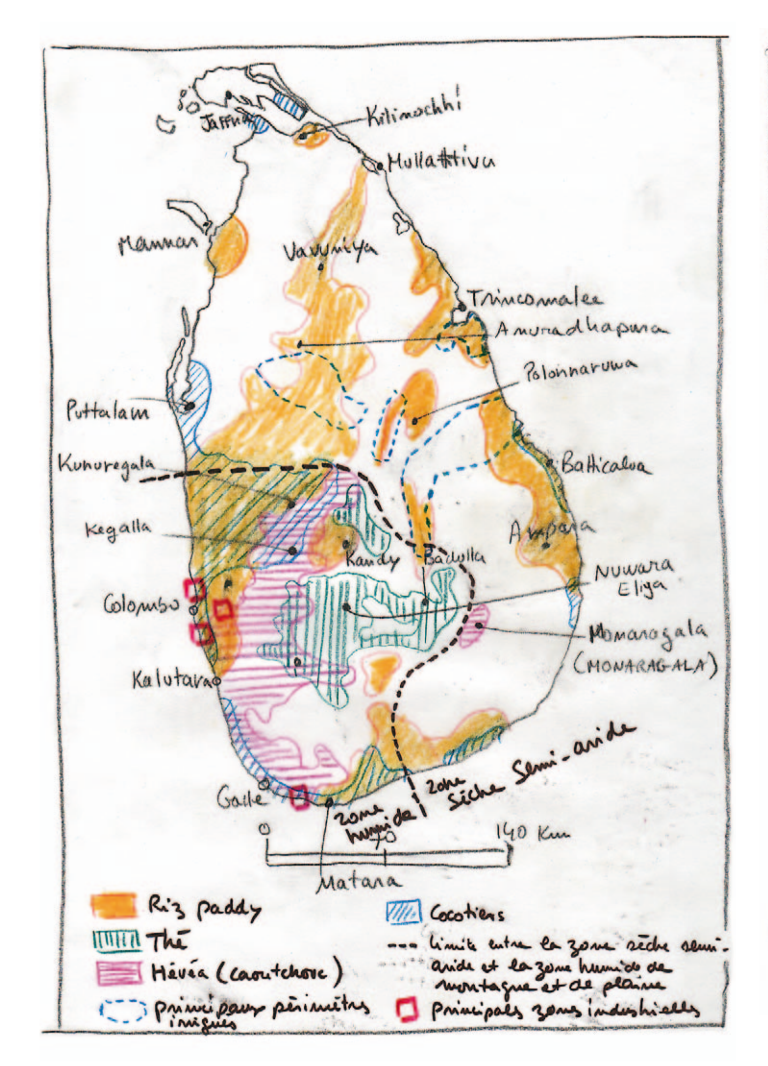
Les cercles sont proportionnels au volume des dépenses en milliards de dollars

Source : SIPRI, 2005

projection Gall-Bertin

Dépenses militaires en 2004

2005 Defense Top News : The military balance : GRIP, Bruxelles





Lieblingsfarbe aller westlichen Staaten, weil es nicht angreift, keine Grenzen verletzt«[2]. Grün dagegen kann sehr verschiedene Bedeutungen haben: In Norwegen symbolisiert es Naturschutz, in Saudi-Arabien den Islam, und in Irland verbindet Grün als Nationalfarbe sogar die verschiedenen Gruppen über die innerirische Grenze hinweg.

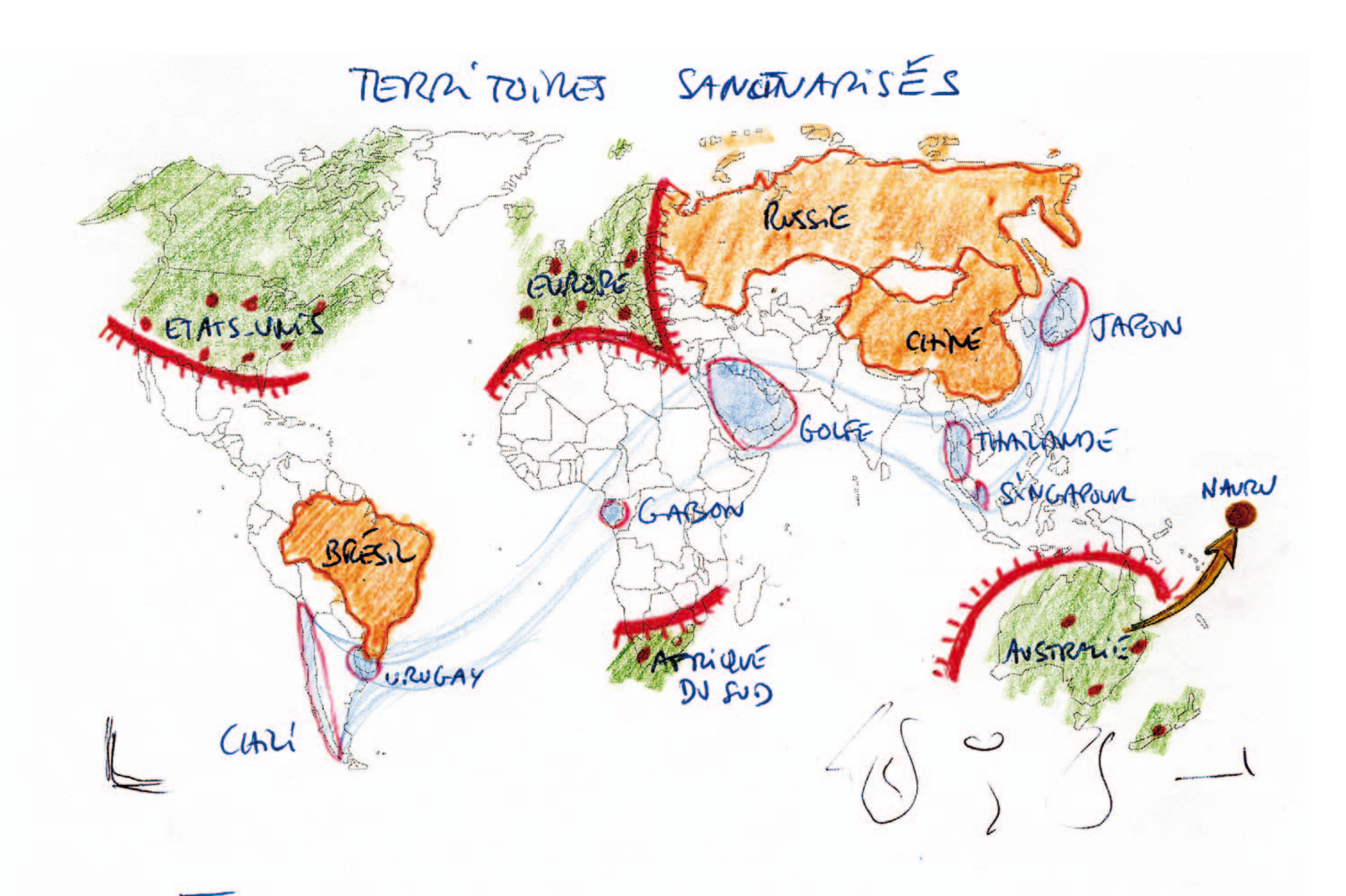
Betrachtet man die Afrikakarten, insbesondere die in Europa produzierten, fallen als dominierende Farbeindrücke ein sanftes Ockergelb und ein Dunkelgrün auf: die trockene staubige Savanne und der dichte Äquatorurwald. Dabei genügt ein Gang über den Markt von Ouagadougou oder Bamako, um den tatsächlichen Farbenreichtum Afrikas zu erfassen. Ein Lehrer im Tschad hat es einmal, als noch alle Schulbücher im Lande aus Frankreich kamen, auf den Punkt gebracht: »Irgendwas stimmt nicht mit den Karten. Sie sind so bleich, so fahl. Man könnte meinen, sie seien krank.«

Die Kartografie bedient sich also der Kunst, um die Welt geschönt darzustellen – oder auch hässlicher, als sie ist. Dann verstärkt der Kartenmacher womöglich einen Strich wie Paul Klee oder Joan Miró, legt Linien oder Flächen übereinander wie Jasper Johns oder Wassily Kandinsky, übertreibt Bewegungen oder Formen wie Lyonel Feininger oder Pablo Picasso, manipuliert die Farben wie Josef Albers, Johannes Itten oder Liubov Popova, dramatisiert sein Thema durch Licht und Schatten, wie Edward Hopper und Kasimir Malewitsch es so wunderbar konnten. Und all dies, um Gutes oder Schlechtes deutlicher hervortreten zu lassen.

Ist jede Karte also ein individuelles Werk? In dem Maße jedenfalls, in dem sie nicht nur eine miniaturisierte Darstellung eines Territoriums bleibt, sondern auch die Eigenheiten der Bewohner zum Ausdruck bringt, oder die Wahrnehmungen, die sie von ihrer Gesellschaft und deren räumlicher Organisation haben. In diesem Wechselspiel zwischen Fakten und Wahrnehmungen ist der Kartograf Zeitzeuge und Akteur zugleich. Er wird also nacheinander zum Beobachter, zum Ökonomen, zum Demografen, zum Geomorphologen usw. und schließlich zum Geografen und zum Künstler. Um »seine Welten« zu erschaffen oder richtiger: zu erfinden, kommt er am Ende zu einem subtilen Gemisch aus der Welt, wie sie ist, und der Welt, wie er sie sich wünscht.

► **Philippe Rekacewicz,** Geograf und Kartograf, ist Autor von »L'Atlas mondial de l'eau«, Paris (Autrement) 2003.

1 Vorwort zum Katalog der Ausstellung »Cartes et figures de la Terre«, Paris (Centre Georges Pompidou) 1980.
2 Michel Pastoureau, »Dictionnaire des Couleurs de notre temps«, Paris (Bonneton) 1999, zitiert nach: Jean-Paul Bord, »Cartographie, géographie et propagande«, in: Vingtième Siècle (Paris) Oktober–Dezember 2003.



MIGRINTER ELABORE LE CONCEPT DE NASSE

- Territoires "sanctuarisés"
- Barrières de "défenses" des territoires sanctuarisés : Mur, grillages, surveillance maritime, electronique. De nombreux morts
- Île achetée par l'Australie à un Etat indépendant (Nauru) pour y déporter toutes personnes entrées clandestinement ~~[illegible]~~ dans le pays.
- Centres d'internement dans les sanctuaires
- "Fronts secondaires" ou autres pays/régions ayant mis en place des politiques d'immigration Protectionnistes

---

- "Sanctuarisation" intérieure. Pas de liberté de circulation des personnes pour raisons économiques - Déplacement vers les zones d'activités économiques reglementée (Seul le

Sachregister

Die Zahlen geben jeweils die erste der beiden Seiten eines Themas an.

Autorenverzeichnis

• **Gilbert Achcar** *(S. 48, 60, 62),* lehrt Politikwissenschaft an der Universität Paris-VIII und am Centre Marc Bloch in Berlin; Autor von »Le Choc des barbaries. Terrorismes et désordre mondial«, Paris (10/18) 2004 (Neuausgabe, dt. »Der Schock der Barbarei«, Köln, Neuer ISP Verlag, 2002).
• **Dominique Bari** *(S. 202),* Journalist bei »L'Humanité«; Autor von »Chine: la grande mutation«, Paris (Editions sociales) 1997.
• **Akram Belkaïd** *(S. 196),* Journalist bei »La Tribune«; Autor von »Un regard calme sur l'Algérie«, Paris (Seuil) 2005.
• **Jacques Berthelot** *(S. 120, 122),* Wirtschaftswissenschaftler; Autor von »L'Agriculture, talon d'Achille de la mondialisation«, Paris (L'Harmattan) 2001.
• **Sophie Bessis** *(S. 108),* Wissenschaftlerin; Autorin von »L'Occident et les autres«, Paris (La Découverte) 2003.
• **Jean-Marie Bouissou** *(S. 216),* Historiker am Centre d'études et de recherches internationales; Autor von »Quand les sumos apprennent à danser. La fin du modèle japonais«, Paris (Fayard) 2003.
• **Emmanuelle Bournay** *(S. 30),* Kartografin; Koautorin von »Vital Waste Graphics, Unep-Basel Convention«, 2004.
• **Any Bourrier** *(S. 26),* Journalistin bei Radio France internationale.
• **Philippe Bovet** *(S. 28),* Journalist.
• **Colette Braeckman** *(S. 182),* Journalistin beim »Soir« in Brüssel; Autorin von »Les Nouveaux Prédateurs. Politiques des puissances en Afrique centrale«, Paris (Fayard) 2003.
• **Martine Bulard** *(S. 138, 140),* stellvertretende Chefredakteurin von »Le Monde diplomatique«, Paris.
• **Erlends Calabuig** *(S. 74),* Sendechef bei Radio France Internationale
• **François Carré** *(S. 20),* lehrt Ozeanografie an der Pariser Sorbonne; Koautor von »Milieux littoraux. Nouvelles perspectives de l'étude«, Paris (L'Harmattan) 2005.
• **Laurent Carroué** *(S. 130, 144),* Geograph, Professor an der Universität Paris-VIII, Autor von »Géographie de la mondialisation«, Paris (Armand Colin) 2002
• **Françoise Cayrac-Blanchard** *(S. 222),* Wissenschaftlerin am Institut für Internationale Beziehungen (Ceri); Koautorin von »Indonésie, un demi-siècle de construction nationale«, Paris (L'Harmattan) 2000.
• **Christian Chesnot** *(S. 150, 156),* Journalist bei France-Inter; Koautor (zs. mit Georges Malbrunot) von »Mémoires dotages. Notre contre-enquête«, Paris (Calmann-Lévy) 2005.
• **Vicken Cheterian** *(S. 168),* freier Journalist in Genf, spezialisiert auf den Kaukasus.
• **Olivier Clochard** *(S. 58),* Geograph an der Universität von Poitiers
• **Béatrice Collignon** *(S. 84),* Dozentin an der Universität Paris-I, Ko-Autorin von »Le Monde polaire. Mutations et transitions«, Paris (Ellipses) 2005
• **Pierre Conesa** *(S. 56),* Hrsg. des Frühjahrshefts 2005 von »La Revue internationale et stratégique« zum Thema »La violence au nom de Dieu« (Nr. 57).
• **Michel Cool** *(S. 68),* Journalist, Produzent bei France Culture, Autor von »Les Nouveaux Penseurs du christianisme«, Paris (Desclée de Brouwer) 2006
• **Laurent Davezies** *(S. 72),* Professor am Institut d'urbanisme de Paris an der Universität Paris-XII
• **Gabriel Defert** *(S. 224),* Journalist.
• **Jean-Arnault Dérens** *(S. 174),* Journalist, Chefredakteur von »Courrier des Balkans« (Belgrad); Autor von »Kosovo année zéro«, Paris (Paris-Méditerranée) 2006.
• **Benjamin Dessus** *(S. 24),* Präsident von Global Chance; Autor (zs. mit Hélène Gassin) von »So Watt? L'énergie, une affaire de citoyens«, Paris (L'Aube) 2004.
• **Gilles Dorronsoro** *(S. 162),* Autor von »Afghans: peuple déchiré. 1992–2002« (zs. mit dem Fotografen Stephan Gladieu), Paris (Autrement) 2002.
• **Bernard Dréano** *(S. 96),* Autor von »Dépression dans le Sud-Caucase. Voyage entre guerre et paix«, Paris (Paris-Méditerranée) 2003.
• **Frédéric Durand** *(S. 14, 16),* lehrt Geografie an der Universität Toulouse-II-Le Mirail; Autor von »La Jungle, la Nation et le Marché. Chronique indonésienne«, Paris (L'Atalante) 2001.
• **Régis Genté** *(S. 66),* freier Journalist; Autor (zs. mit Nicolas Jallot) von »Chevardnadze, le Renard blanc du Caucase«, Paris (Belfond) 2005.
• **Philip S. Golub** *(S. 192),* Journalist und Dozent für das Fach Internationale Beziehungen an der Universität Paris-VIII; Koautor von »Global Regulation. Managing Crises After the Imperial Turn«, New York (Palgrave Macmillan) 2004.
• **Cédric Gouverneur** *(S. 210),* Journalist.
• **Alain Gresh** *(S. 54),* Redakteur bei »Le Monde diplomatique«; Autor (zs. mit Dominique Vidal) von »Les Cent Clés du Proche-Orient«, Paris (Hachette) 2006.
• **Serge Halimi** *(S. 64, 98),* stellvertretender Chefredakteur von »Le Monde diplomatique«; Autor von »Les Nouveaux Chiens de garde«, Paris (Raisons dagir) 2005.
• **Jean-Marie Harribey** *(S. 104),* Dozent an der Universität Bordeaux IV; Koordinator des von Attac herausgegebenen Buchs »Le développement a-t-il un avenir? Pour une société solidaire et économe«, Paris (Mille et une nuits) 2004.
• **Selig Harrison** *(S. 218),* Leiter der Asienabteilung des US-amerikanischen Center for International Policy; Autor von »Korean Endgame: A Strategy for Reunification and US Disengagement«, Princeton (Princeton UP) 2002.
• **François Houtart** *(S. 52),* Philosoph und Theologe, Direktor des Centre tricontinental an der Katholischen Universität Louvain-la-Neuve; Autor von »Délégitimer le capitalisme Reconstruire l'espérance«, Brüssel (Colophon) 2005.
• **Christophe Jaffrelot** *(S. 206),* Leiter des Instituts für Internationale Beziehungen (Ceri) in Paris und Mitarbeiter des französischen Forschungszentrums CNRS; Autor u. a. von »Inde, la démocratie par la caste. Histoire d'une mutation sociopolitique, 1885–2005«, Paris (Fayard) 2005.
• **Esther Jeffers** *(S. 110),* Autorin von (zs. mit Olivier Pastré) »La très grande bagarre bancaire européenne«, Paris (Economica) 2005.
• **Raoul Marc Jennar** *(S. 114),* wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der belgischen NGO Unité de recherche, de formation et d'information sur la globalisation (Urfig); Autor von »Europe, la trahison des élites«, Paris (Fayard) 2004.

• **Niels Kadritzke** *(S. 176),* freier Journalist in Berlin; Redakteur der deutschen Ausgabe von »Le Monde diplomatique«.
• **Marc Laimé** *(S. 18),* Journalist; Autor von »Dossier de l'eau. Pénurie, pollution, corruption«, Paris (Seuil) 2003.
• **Anne Le Huérou** *(S. 164),* Soziologin; Koautorin von »Tchétchénie, une affaire intérieure? Russes et Tchétchènes dans l'étau de la guerre«, Paris (CERI/Autrement) 2005.
• **Maurice Lemoine** *(S. 88, 186),* Chefredakteur von »Le Monde diplomatique«; Autor u. a. von »Chávez presidente!« Paris (Flammarion) 2005.
• **Philippe Leymarie** *(S. 92, 180, 188),* Journalist bei Radio France internationale.
• **Jean de Maillard** *(S. 118),* Richter, spezialisiert auf Finanzkriminalität und internationale Geldwäsche; Autor u. a. von »Le Rapport censuré, critique non autorisée d'un monde déréglé«, Paris (Flammarion) 2004.
• **Nasser Mansouri-Guilani** *(S. 116),* Autor von »La Mondialisation à l'usage des citoyens«, Paris (L'Atelier) 2004.
• **Damien Millet** *(S. 32, 34, 126),* Vorsitzender von CADTM France (Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt) und Autor von »L'Afrique sans dette«, Paris (CADTM-Syllepse) 2005.
• **Khadija Mohsen-Finan** *(S. 178),* Nah-Ost-Expertin am Institut Francais des relations internationales (IFRI)
• **Alain Morice** *(S. 58),* Anthropologe am französischen Forschungszentrum CNRS, Schwerpunkt »Migration und Gesellschaft«; Koautor von »Les Lois de l'inhospitalité«, Paris (La Découverte) 1997.
• **Braulio Alfonso Moro** *(S. 86),* Journalist
• **Odaira Namihei** *(S. 212, 214),* Journalist.
• **Thierry Paquot** *(S. 40),* Professor für Philosophie an der Universität Paris-XII; Autor von »Demeure terrestre. Enquête vagabonde sur l'habiter«, Paris (Les Éditions de l'Imprimeur) 2005.
• **Roland-Pierre Paringaux** *(S. 160),* Journalist.
• **Jean-Louis Péninou** *(S. 184),* Journalist.
• **Sophie Pommier** *(S. 154),* Politologin und Nahostexpertin; Autorin von »Jérusalem: de la division au partage?« (zs. mit Agnès Levallos), Paris (Michalon) 1995.
• **Jean-Claude Pomonti** *(S. 220),* Journalist.
• **Jean Radvanyi** *(S. 76, 78, 170),* Geografieprofessor, lehrt am Zentrum für Russlandstudien des Inalco/CNRS (Paris); Autor u. a. von »La Nouvelle Russie«, Paris (Armand Colin) 2004.
• **Philippe Rivière** *(S. 44, 128),* Journalist bei »Le Monde diplomatique«.
• **Anne-Cécile Robert** *(S. 80),* Journalistin bei »Le Monde diplomatique«, Autorin von »L'Afrique au secours de l'Occident«, Paris (L'Atelier) 2004.
• **Jean-Louis Rocca** *(S. 198),* Wissenschaftler am Institut für Internationale Beziehungen (Ceri) in Paris; Herausgeber (zs. mit Francoise Mengin) von »Politics in China: Moving Frontiers«, New York, (Palgrave MacMillan) 2002.
• **Alain Roux** *(S. 194),* Autor von »La Chine au XXe siècle«, Paris (Armand Colin) 2003.
• **Jyotsna Saksena** *(S. 204, 208),* Dozentin am Institut National des Langues et Civilisations Orientales (Inalco), Paris.
• **Pierre Salama** *(S. 106, 132),* Professor an der Universität Paris XIII, Herausgeber der Zeitschrift Tiers monde; Autor (zs. mit Blandine Destremau) von »Mesures et démesure de la pauvreté«, Paris (PUF) 2001.
• **Catherine Samary** *(S. 70, 112, 172),* Professorin für Wirtschaft an der Universität Paris-Dauphine, Autorin u. a. von »Die Zerstörung Jugoslawiens. Ein europäischer Krieg«, Köln 1995, sowie (zs. mit Jean-Arnault Dérens) »Les Conflits yougoslaves de A à Z«, Paris (L'Atelier) 2000 (deutsch »Jugoslawien von A bis Z. Geschichte, Staaten, Wirtschaft, Ethnien, Organisationen und Personen«, Köln, Neuer ISP Verlag, erscheint in Kürze).
• **Saskia Sassen** *(S. 100),* Professorin für Soziologie an der Universität Chicago; Autorin u. a. von »Terriroty, Authority and Rights: From Medieval to Global Assemblages«, Princeton (Princeton University Press) 2006.
• **Mycle Schneider** *(S. 22),* internationaler Berater für Energie und Atompolitik, erhielt 1997 den Alternativen Nobelpreis; Mitherausgeber von »Energy Policy and Nuclear Power – 20 Years after the Chernobyl Disaster«, Energy & Environment, Special Issue, Volume 17, 2006.
• **Claude Serfati** *(S. 90, 124),* Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Saint-Quentin-en-Yvelines; Autor u. a. von »Impérialisme et militarisme, actualité du XXIe siècle«, Lausanne (Page deux) 2004.
• **Agnès Sinaï** *(S. 200),* Mitglied der Französischen Kommission für nachhaltige Entwicklung (CFDD); Koautorin von »Sauver la Terre«, Paris (Fayard) 2003, sowie der Dokumentarfilmreihe »Terriens amers, paradis perdus«, (Arte, 2006).
• **Pierre Tartakowsky** *(S. 146),* Journalist, Autor von »Mise en pièce«, Paris (Folies d'encre) 2005
• **Pierre Thorez** *(S. 42),* Professor für Geographie an der Universität Le Havre
• **Eric Toussaint** *(S. 126),* Präsident des Komitees für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt; Autor u. a. von »La Finance contre les peuples«, Paris (CADTM-Syllepse) 2004; auf deutsch erschien: »Profit oder Leben. Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise«, Köln (Neuer ISP Verlag) 2000.
• **Stephanie Treillet** *(S. 142),* Autorin von »L'Economie du développement«, Paris (Nathan) 2006.
• **Michel Urvoy** *(S. 36),* Journalist bei der regional erscheinenden französischen Tageszeitung »Ouest-France«.
• **Michel Verrier** *(S. 158),* Journalist.
• **Dominique Vidal** *(S. 50, 152),* Redakteur bei »Le Monde diplomatique«, Autor u. a. von »Les Banlieues, le Proche-Orient et nous« (zs. mit Leila Shahid und Michel Warschawski), Paris (L'Atelier) 2006, sowie (zs. mit Alain Gresh) »Les 100 portes du proche orient«, Paris (L'Atelier) 1996.

Quellen der Karten

Die Quellenangaben wurden so gestaltet, dass Internet-Recherchen möglichst einfach sind

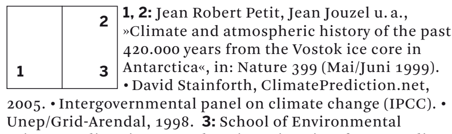
Mehrfach verwendete Abkürzungen:

AFP	Agence France-Presse
AMAP	Arctic Monitoring and Assessment Programme
ADB	Asian Development Bank
BAN	Basel Action Network
CEIP	Carnegie Endowment for International Peace
CEPII	Centre d'études prospectives et d'informations internationales
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
DoD	U.S. Department of Defense
EEA	European Environment Agency
EIA	U.S. Energy Information Administration
FAO	Food and Agricultural Organization
FAS	Federation of American Scientists
HDR	Human Development Report (UNDP)
HRW	Human Rights Watch
IEA	International Energy Agency
Ifremer	Institut français de recherche pour l'exploitation de la mer
IISS	International Institute for Strategic Studies
ILO	International Labour Organisation
IMF	International Monetary Fund
Inalco	Institut national des langues et civilisations orientales
Isemar	Institut supérieur d'économie maritime
ISAAA	International Service for the Acquisition of Agri-Biotech Applications
Jetro	Japan External Trade Organization
Migrinter	Migrations Internationales
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NTI	Nuclear Threat Initiative
OCHA	UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UN	United Nations
Unctad	UN Conference on Trade and Development
UNDCP	UN International Drug Control Programme
UNDESA	UN Department of Economic and Social Affairs
UNDP	UN Development Programme
Unep	UN Environment Programme
UNHCR	UN High Commissioner for Refugees
Unicef	UN Children's Fund
U.S.	United States of America
USDA	U.S. Department of Agriculture
USGS	U.S. Geological Survey
WFP	UN World Food Programme
WMO	World Meteorological Organization
WTO	World Trade Organisation

Seite 14/15

1: AMAP, 1998, 2002, 2004. • World Conservation Monitoring Centre (WCMC). • EIA. • National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA). • International Permafrost Association (IPA). • »Impacts of a warming Arctic: Arctic Climate Impact Assessment (ACIA) overview report«, Cambridge University Press, 2004. • Vital Arctic Graphics, People and Global Heritage on Our Last Wild Shores, Unep/Grid-Arendal, 2005. **2:** National Aeronautics and Space Administration (Nasa), 2004; nach einer Karte von Frédéric Durand. **3:** »Impacts of a warming Arctic« (s. o. »ACIA«). Hadley Centre, 2005. WMO, 2005. Met Office, 2005.

Seite 16/17



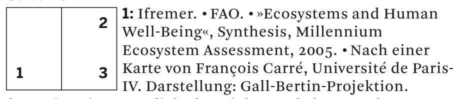
1, 2: Jean Robert Petit, Jean Jouzel u. a., »Climate and atmospheric history of the past 420.000 years from the Vostok ice core in Antarctica«, in: Nature 399 (Mai/Juni 1999). • David Stainforth, ClimatePrediction.net, 2005. • Intergovernmental panel on climate change (IPCC). • Unep/Grid-Arendal, 1998. **3:** School of Environmental Sciences, Climatic Research Unit, University of East Anglia, 1999. • Hadley Centre, 2005. • WMO, 2005. • Met Office, 2005.

Seite 18/19



1: Le Monde diplomatique.
2: World Resources Institute (WRI).

Seite 20/21

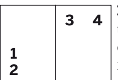


1: Ifremer. • FAO. • »Ecosystems and Human Well-Being«, Synthesis, Millennium Ecosystem Assessment, 2005. • Nach einer Karte von François Carré, Université de Paris-IV. Darstellung: Gall-Bertin-Projektion. **2:** La Situation mondiale des pêches et de l'aquaculture 2004 und Annuaire statistique des pêches 2002, FAO • Global Database on Marine Fisheries and Ecosystems, Sea Around US Project, Fisheries Centre, University of British Columbia (www.seaaroundus.org). • UNEP/GRID-Europe. **3:** Ecosystems and Human Well-Being, Synthesis, Millennium Ecosystem Assessment, 2005 • Global Database on Marine Fisheries and Ecosystems, Sea Around US Project, Fisheries Centre, University British Columbia (www.seaaroundus.org).

Seite 22/23

1: Worldwatch, 2005. **2:** IEA, World Energy Statistics, 2004. • BP, Statistical Review of World Energy, 2004. • Französisches Industrieministerium. • AG Energiebilanzen, 2003. **3:** AMAP, 1998 **4:** International Atomic Energy Agency (IAEA). • CEIP, 2005. • International Nuclear Safety Center (INSC), 2002. Christian Bataille, Henri Revol, »Rapport sur les incidences environnementales et sanitaires des essais nucléaires effectués par la France entre 1960 et 1996 et éléments de comparaison avec les essais des autres puissances nucléaires«, Französische Nationalversammlung (Bericht 3571) und Senat (Bericht 207), 2002.

Seite 24/25



1: Internationales Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA), 2005. **2,3:** »La Production d'électricité d'origine renouvelable dans le monde, sixième inventaire«, Observatoire des énergies renouvelables (Observ'ER). • Electricité de France (EdF), 2004. **4:** Global Chance, 2005

Seite 26/27

2: »Elecnuc. Les centrales nucléaires dans le monde«, Commissariat à l'énergie atomique (CEA), 2004. • Bruno Barillot, »Le complexe nucléaire, des liens entre l'atome civil et l'atome militaire«, Editions CDRPC, Lyon, 2005. **3:** NTI. • »Bulletin of the Atomic Scientists«, FAS • Natural Resources Defense Council (NRDC). • Educational Foundation for Nuclear Science (EFNS). • CEIP. **4:** »Bulletin of the Atomic Scientists«, FAS.

Seite 28/29

1: Environment and Security Initiative, »Central Asia-Ferghana« (2005), »The case of Central Asia and South Eastern Europe« (2003). • UNDP. • OSZE. • Nato. • Unep-Europe, Unep/Grid-Arendal. **2:** Daniel C. Esty, Marc Levy u.a., »Environmental Sustainability Index: Benchmarking National Environmental Stewardship«, Yale Center for Environmental Law and Policy, Yale University, 2005. **3:** Unep. • Bellona Foundation. • Ifremer. • La Documentation française. • »Planet Ecology«. • The Corporation.

Seite 30/31

1: BAN. • Silicon Valley Toxics Coalition. • Toxics Link India, Scope (Pakistan). • Greenpeace. • ILO. • International Maritime Organization (IMO). **2:** »Environmental Outlook for the Chemicals Industry«, OECD, 2001. **3:** OECD, 1999. **4:** BAN, Mai 2005. • Sekretariate der einzelnen Konventionen.

Seite 32/33

1: Unctad, Online-Daten. • Images économiques du monde, Sedes, 2006. • International Iron and Steel Institute (IISI). **2, 3, 4, 5:** Unctad, Online-Daten, 2005.

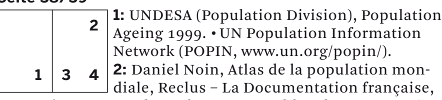
Seite 34/35

1: FAO Yearbook, 2004. **2:** Unicef. • Demographic and Health Surveys (DHS). • UNDP, Länderberichte. • African Nutrition Database Initiative (Andi). **3:** FAO Statistical Database. • »The State of Food Unsecurity in the World«, FAO, 2005. • Millennium Ecosystem Assessment.

Seite 36/37

1: FAO Biotechnologies in Developing Countries Database (FAO-BioDeC), 2005. **2:** ISAAA, 2004. • FAO, 2005. • International Federation of Organic Agriculture Movements (Ifoam), 2005. • Institute for Health and Consumer Protection (IHCP) of the European Commission's Joint Research Centre (JRC). **3:** ISAAA, 2004. • Monsanto, 2005. • Clive James. • USDA.

Seite 38/39



1: UNDESA (Population Division), Population Ageing 1999. • UN Population Information Network (POPIN, www.un.org/popin/). **2:** Daniel Noin, Atlas de la population mondiale, Reclus – La Documentation française, 1991. Die Karte wurde nach neueren Zahlen des UNDESA (Population Division) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Weltbank aktualisiert. **3:** UNDESA, World Population 1998, The World at Six Billion (Oktober 1999) und World Population Prospects: The 2000 Revision (Februar 2001). **4:** UNDESA, The World at Six Billion (Oktober 1999) und World Population Prospects: The 2004 Revision.

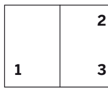
Seite 40/41

1: USGS. • Google Earth 2003. • Rand McNally. **2, 5:** UN Population Division **3, 4:** UN-Habitat, 2003 (Schätzungen für 2001).

Seite 42/43

1: Institut du transport aérien, 2006. • Globalization and World cities (GaWC), 2002. • Magali Amiel, Guy Mélançon, Céline Rozenblat, »Réseaux multi-niveaux: l'exemple des échanges aériens mondiaux de passagers«, Mappemonde Nº 79, März 2005. **3:** Images économiques du monde 2002, éditions Sedes, Paris. • Airline Business, November 2001. **4:** Panorama des ports de commerce mondiaux 2003, ISEMAR, Januar 2005. **5:** Review of maritime transport 2005; Unctad. **6:** Panorama des ports de commerce mondiaux 2003, ISEMAR, Januar 2005. • Images économiques du monde 2002, éditions Sedes, Paris.

Seite 44/45

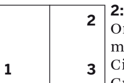


1: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung, 2005. • Daten der WHO und von Unicef für 2003. **2:** David J. Rogers, Sarah E. Randolph, »The global spread of malaria in a future, warmer world«, Science 289, 2005. • Nach einer Karte von Hugo Alhenius, Unep/Grid-Arendal **3:** World Population Prospect, the 2002 Revision (2003). • »Population, Development and HIV/AIDS. With Particular Emphasis on Poverty: The Concise Report«, UN Population Division, 2005. • The Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAids) 2004, Daten von 2003.

Seite 48/49

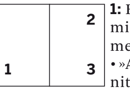
1: The Military Balance 2005–2006, IISS, Oxford University Press. • Centre de documentation et de recherche sur la paix et les conflits, Lyon. • Groupe de recherche et d'information sur la paix et la sécurité, Brüssel (GRIP). • International Peace Research Institute (PRIO). • Sipri Yearbook 2005.

Seite 50/51



2: Weltbank. • IMF. • Internationale Tourismus-Organisation (ITO). • Images économiques du monde 2006, Armand Colin. • International Civil Aviation Organization (ICAO).**3:** Unep/Grid-Arendal. Anamorphose von Vladimir Tikunov, Abteilung für Geografie der Universität Moskau, September 2005 (nach Daten der Weltbank).

Seite 52/53



1: Berichte des Development Assistant Committee (DAC). • OECD Journal on Development, Development Cooperation Report. • »A fair globalization – Creating opportunities for all«, ILO, 2004. • Oxfam. • Weltbank. • UNDP. **2:** HDR, 2005. **3:** Development Economics Research Group, Weltbank. • Global Rich List, 2005. • Institut National de la Statistique et des Études, 2005. Grafik mit freundlicher Genehmigung von Nicolas Roope.

Seite 54/55

1, 2: Bericht des Europarates, 24. 1. 2006. • Bericht von amnesty international, 24. 1. 2006. • Asean. • Global Security. • Pew Research Center. • USA Today/CNN/Gallup Poll, 20.–22. 1. 2006 und 2. 10. 2002. • Mercado del Sur (Mercosur). • Unesco. • The Economist. • US-Regierung. • Reuters. • AFP.

Seite 56/57

1: Rebecca Surtees, »Second Annual Report on Victims of Trafficking in South-Eastern Europe«, International Organization for Migration (IOM), 2005. • Jelena Bjelica, »Prostitution: l'esclavage des filles de l'Est«, hg. v. Editions Paris-Méditerranée and Le Courrier des Balkans, 2005. **2:** UN World Drug Report, 2005. **3:** UN World Drug Report, 2005. • Europol, 2003.

Seite 58/59

1: nach Interviews mit Alain Morice, Abteilung »Immigration et société«, CNRS, Paris, sowie mit Olivier Clochard, Migrinter, Poitiers, 2005. **2:** Daten zahlreicher Quellen des Netzwerks Migreurop. • UNHCR, 2005. Karte von Olivier Clochard (Migrinter, Poitiers). • Stefano Liberti, »il manifesto«.

Seite 60/61

1, 2, 3: Le Monde diplomatique

Seite 62/63

1: Sipri-Jahrbuch 2005. **2:** The Military Balance 2005–2006 (IISS). • Military Almanac 2004–2005, Center for Defense Information (CDI), DoD. • FAS.

Seite 64/65

1: Standard & Poor's Compustat, in: BusinessWeek, 26. 12. 2005. Karte in Gall-Bertin-Projektion, FNSP/IEP, Paris, 2001. **2:** Unctad, World Finance Report, 2005. **3:** Compustat (a. a. O.). • Weltbank, 2005.

Seite 66/67

1, 2: Soros Foundation Network Report, 2004.

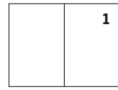
Seite 68/69

1: John Barrett, Vereinte Nationen 1998. **2:** Le Monde diplomatique. **3:** Nach Karten von Brigitte Dumortier und Cécile Marin in: »Atlas des religions: croyances, practiques et territoires«, Paris, 2002.

Seite 70/71

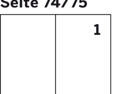
1: United (www.unitedagainstracism.org). • Noborder (www.noborder.org/dead.php). • Migreurop (www.migreurop.org). • Association des familles de victimes de l'immigration clandestine (Afvic). Karte von Olivier Clochard (Migrinter, Poitiers) und Le Monde diplomatique. **2:** EU.

Seite 72/73



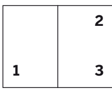
1: Le Monde diplomatique

Seite 74/75



1: Nordischer Rat

Seite 76/77



1: Le Monde diplomatique. **2:** HDR, 2005. **3:** Statistisches Jahrbuch Russlands, 2004. • Jean Radvanyi, Gérard Wild, La Russie entre deux mondes, La Documentation photographique nº 8045, 2005.

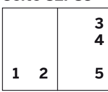
Seite 78/79

1: Le Monde diplomatique. **2:** Statistisches Jahrbuch Russlands, 2004. **3:** CEPII, Datenbank Chelem-Pib, 2005.

Seite 80/81

1, 5: »Our Common Interest«, The Commission for Africa, März 2005. **2:** UNDP, 2005. **3:** UNDP, 2005. • Unesco. **4, 6:** Online-Daten der Unctad, 2005.

Seite 82/83



1: American Community Survey 2004. • US Census Bureau, Census 2000. **2:** US Census Bureau. **3, 4, 5:** US Census Bureau. • United States Department of Commerce.

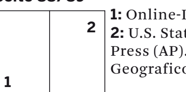
Seite 84/85

1: AMAP Assessment Report: Arctic Pollution Issues, Arctic Monitoring and Assessment Programme (AMAP), Oslo 1998. • UNEP. **2:** Béatrice Collignon, »Les Inuit, ce qu'ils savent du territoire«, Paris (L' Harmattan) 1996. • Renée Dupuis, »La Question Indienne au Canada«, Québec (Boréal) 1991. • Olive Patricia Dickason, »Canada's First Nations«, Toronto (McClelland and Stewart) 1993. • Karte der Indianer und Inuit in Kanada, Ottawa (Ministerium für indianische Angelegenheiten in Nordkanada) 2001. • Karte der wichtigste Bergbauregionen in Kanada, Ottawa (Ministerium für Energie, Bergbau und Bodenschätze) 1993. • Amt für Statistik der kanadischen Bundesregierung.

Seite 86/87

1: United States and Mexico Borderlands, Vorlesung von Ingolf Vogeler, Lehrstuhl für Geografie an der Universität Wisconsin, USA. **2:** Instituto nacional indigenista (INI). • Agenda estadistica 2001, Instituto nacional de estadistica, geografia y informatica (INEGI). • Regina A. Galhardi, »Maquiladoras: Prospects of Regional Integration and Globalization«, Employment and Training Papers 12, ILO. **3, 4:** US Department of Labor Statistics. • Agenda estadistica 2001, Instituto nacional de estadistica, geografia y informatica (INEGI).

Seite 88/89



1: Online-Daten der Weltbank, 2005. **2:** U.S. State Department. • AFP. • Associated Press (AP). • The Economist. • Istituto Geografico De Agostini, Novara.

Seite 90/91

1: OECD. • Sipri-Jahrbuch, 2005. **2:** International Campaign to Ban Landmines (ICBL), www.icbl.org/lm. Landmine Monitor, 2005. • Zusammenstellung der Daten durch Jasmine Desclaux Salachas, Paris.

Seite 92/93

1, 4: UN. • Global Policy Forum. **2:** UN. • Weltbank, 2005. **3:** UN, 2004.

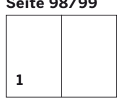
Seite 94/95

1, 2, 3, 4, 5, 6: Le Monde diplomatique.

Seite 96/97

1: www.forumsocialmundial.org. **2:** Jahresberichte 2003–05 der NGOs. **3:** UN. • Conseil économique et social (CES, Paris).

Seite 98/99



1: Ketupa.net Media Profiles. • Les Echos. • Websites der Unternehmen, 2005.

Seite 100/101

1: Gildas Simon, »Géodynamiques des migrations internationales dans le monde«, Presses universitaires de France (PUF), 1995. • Courrier de l'Unesco, November 1998. • Migrinter. • Stand: Dezember 2005. **2:** UNHCR.

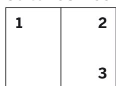
Seite 104/105

1: HDR, 2005. **2:** Online-Daten der Weltbank, 2005. **3:** Angus Maddison, »The World Economy: A Millennial Perspective«, OECD, 2001. **4:** Eurostat. • UNFCCC (GHG data). • IEA

Seite 106/107

1: Unctad, 2005. **2,3:** Weltbank, Global Development Finance Report, 2005. **4:** »World Bank debtor reporting system and staff estimates«, in: Global Development Finance Report, Weltbank, 2005.

Seite 108/109



1: »Paying the Price«, Oxfam, 2005. **2:** World Economic Outlook, IMF, 2005. **3:** Weltbank, 2005, Daten von 2003.

Seite 110/111

1: OECD Statistics on Institutional Investors, 2001. **2:** Investment Company Institute. • Federal Reserve Board. • National Association of Government Defined Contribution Administrators (NAGDCA). • American Council of Life Insurers (ACLI). • Internal Revenue Service (IRS), Statistics of Income Division, 2004. **3:** OECD Statistics on Institutional Investors, 2003. **4:** Calpers, 2005

Seite 112/113

1: International Trade Statistics,WTO, 2005. **2:** ebd. • Unctad, 2005.

Seite 114/115

1, 2, 3: WTO, 2005. **4:** HDR, 2005. •Jahresbericht 2004, Suez. • »Whose development agenda?«, World Development Movement (WDM), 2003 (dt.: »Wessen Entwicklungsagenda?«, Stuttgart/Bonn/Berlin 2003).

Seite 116/117

1: Unctad, World Investment Report, 2005, nach Angaben des Chip-Herstellers PMC-Sierra Inc., 2005. •CIO Magazine, November 2002. • Smart Access Survey, Merrill Lynch. **2:** Doing Business, Weltbank, www.doingbusiness.com, 2005. **3:** Goldman Sachs. • Business Week. • Forrester Research, 2005. **4:** Ixis Capital Investment, The Economist, 1. 10. 2005.

Seite 118/119

1: Jean de Maillard, »Le Rapport censuré, critique non autorisée d'un monde déréglé«, Flammarion, 2004. • International Federation of Stock Exchanges (FIBV).

Seite 120/121

1: WTO, 2005
2,3: FAO, 2005.

Seite 122/123

1: Focus on the Global South, focusweb.org. • Le Monde, 15. 11. 2005.**2:** OECD, 2005. • Time Global Business, 2005. • The State of Agricultural Commodity Markets, FAO, 2004.

Seite 124/125

1: Forbes, 2005.
2: Conjonctures, service des études économiques de BNP Paribas, Januar/Februar 2005.

Seite 126/127

1: UN, September 2005. **2:** Global Water Supply and Sanitation Assessment 2000 Report, WHO. • Unicef, 2000. **3:** IISS. • Oxfam. • amnesty international. • DAC/OECD. • African Development Bank (ADB). • Worldwatch Institute.

Seite 128/129

1, 2: U. S. Patent and Trademark Office, 2004. **3:** Online Computer Library Center (www.oclc.org), 2004. **4, 5:** The Economist, 22. 10. 2005.

Seite 130/131

1: Unesco, Education for All – Global Monitoring Report, 2006. **2:** UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung, 2005. Unesco, Online-Daten, 2006. **3:** Unesco, 2005. **4:** Unesco, 2006.

Seite 132/133

1: Daniel Verger,»Bas revenus, consommation restreinte ou faible bien-être: les approches de la pauvreté à l'épreuve des comparaisons internationales«, in: Economie et Statistique 383-385, Insee, 2005. **2:** U.S. Census Bureau, New York City Department of City Planning, 2000. • US Census Bureau, Population Survey, 2004. **3:** Anne-Catherine Guio, »La Privation matérielle dans l'Union européenne«, Eurostat, Dezember 2005.

Seite 134/135

1,2: Le Monde diplomatique. **3:** Europäische Kommission, Dritter Zwischenbericht über wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Februar 2004. • Eurostat. • Grenzen der Verwaltungseinheiten nach EuroGeographics.

Seite 136/137

1: World SIMA Datenbank. • Unicef, 1999.
2: Unctad, World Investment Report, 2005.
3: UN Population Reference Bureau, Datenblatt über die Weltbevölkerung, 2005.
4: UN Population Reference Bureau, 2005. • WIIW, 2006

Seite 138/139

1: Paivi Haimailainen, Jukka Takala, Kaija Leena Saarela, »Global Estimates of Occupational Accidents,« ILO, März 2005.
2: Eurostat. • The Federation of European Employers (FEE), 2005.**3:** Friedrich Schneider, »Size and Measurement of the Informal Economy in Ten Countries Around the World«, OECD, 2002.

Seite 140/141

1: U. S. Census Bureau, 2005.
2: Pensions at a Glance – Public Policies across OECD Countries, OECD, 2005.

Seite 142/143

1: Barbara Ehrenreich, Arlie Russell Hochschild, »Global Woman. Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy«, Owl Books, 2003. **2:** World's Abortion Laws 2005, Center for Reproductive Rights, www.reproductiverights.org. **3, 4:** HDR, 2005.

Seite 144/145

1, 2: Freedom House, 2006 (www.freedomhouse.org). **3:** Statistisches Bundesamt Deutschland, 2005 und Wissenschaftszentrum, Berlin

Seite 146/147

1: International Center for Trade Union Rights (ICTUR), 2004. **2:** ILO, World Employment Report 1997–98. • Deutscher Gewerkschaftsbund, 2003. **3, 4, 5:** International confederation of Free Trade Unions (ICFTU), Annual Survey of Violation of Trade Union Rights, Brüssel, 2005.

Seite 150/151

1: Oil and Gas Journal, 2005. **2:** Masahiro Murakami, »Managing Water for Peace in the Middle East: Alternative Strategies«, UN University Press, 1995. **3:** »Energy Map of the Middle East and Caspian Sea«, hg. v. Petroleum Economist und Arthur Andersen, 2004. • EIA. • DoD. • Statistical Center of Iran. • UN Satellite Agency (Unosat, www.unosat.web.cern.ch). Atlas des religions, Plon/Mame, 1994. • Mohammad-Ali Amir-Moezzi, Christian Jambet, »Qu'est-ce que le shi'isme?«, Fayard, 2004.

Seite 152/153

1: aus Karten von Mai 2002, August 2004 und September 2005 der Organisation B'Tselem (The Israeli Information Center for Rights in the Occupied Territories).

Seite 154/155

1, 2: G. Blake, J. Dewdney, J. Mitchell, »The Cambridge Atlas of the Middle East and North Africa«, Cambridge University Press, 1987. • Olivier Da Lage, »Géopolitique de l'Arabie saoudite«, Complexe, 1996. • Originalkarten zu den Vertragstexten von Sykes-Picot 1916) und Sèvres (1920) sowie Lausanne (1923).

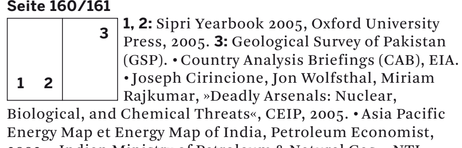
Seite 156/157

1: Alain Gresh und Dominique Vidal, »Les Cent Clés du Proche-Orient«, Paris, 2006. • Ramin Seddiq, »Border Disputes on the Arabian Peninsula«, Policywatch 525, The Washington Institute for Near East Policy, 2001. **2:** CPDP. • EIA. **3:** Hamit Bozarslan, Hosham Dawod, »La Société irakienne: communautés, pouvoirs et violences«, Karthala, 2003. • Hosham Dawod, »Tribus et pouvoirs en terre d'islam«, Paris, 2004.

Seite 158/159

1: Institut kurde de Paris.
2: ebd. • Mehrad R. Izady, Columbia University, New York
3: Jean-François Pérouse, Istanbul, 2000.

Seite 160/161



1, 2: Sipri Yearbook 2005, Oxford University Press, 2005. **3:** Geological Survey of Pakistan (GSP). • Country Analysis Briefings (CAB), EIA. • Joseph Cirincione, Jon Wolfsthal, Miriam Rajkumar, »Deadly Arsenals: Nuclear, Biological, and Chemical Threats«, CEIP, 2005. • Asia Pacific Energy Map and Energy Map of India, Petroleum Economist, 2002. • Indian Ministry of Petroleum & Natural Gas. • NTI, 2006. • FAS. • Center for Non Proliferation Studies, Monterey Institute of International Studies.

Seite 162/163

1: UNDCP. **2:** Olivier Roy, CNRS. • Vartan Gregorian, »The Emergence of Modern Afghanistan«, Stanford University Press, 1969. • Afghanistan Opium Survey, November 2005. • Opium Rapid Assessment Survey Afghanistan, März 2005. • DoD. • Ministry of Counter Narcotics, Afghanistan, 2005.

Seite 164/165

1: nach einer Karte von Cécile Marin, in: Yves Plassereau (Hg.), Atlas des minorités, Autrement, 2005. • Ethnographisches Institut, Moskau, 1995. **2:** OCHA, 2005. • Memorial (Moskau).

Seite 166/167

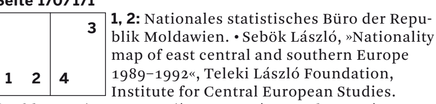


1, 2: Le Monde diplomatique.

Seite 168/169

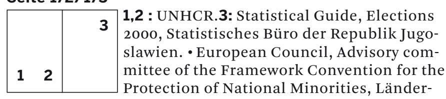
1: Daten und Karte von Jean Radvanyi (Inalco) und Nicolas Beroutchavhvili (Universität Tiflis). • Nationale Volkszählungen.**2:** Stephen Blank, »Central Asia's energy game intensifies«, EurasiaNet, September 2005. EIA. • Sylvaine Pasquier, »Pressions sur l'or noir«, L'Express, 1. 8. 2005. Interstate Oil and Gas Transport to Europe (Inogate). • Energy Map of the Middle East and Caspian Sea Areas, Petroleum Economist, 2003. • IEA. • Jean Radvanyi, Inalco. **3:** Jean Radvanyi (Inalco) und Philippe Rekacewicz (Unep/Grid-Arendal), in: Environment and Security. Transforming Risks Into Cooperation. The Case of the Southern Caucasus, Unep/OSZE/UNDP, 2004

Seite 170/171



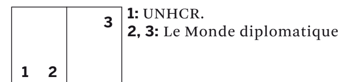
1, 2: Nationales statistisches Büro der Republik Moldawien. • Sebök László, »Nationality map of east central and southern Europe 1989–1992«, Teleki László Foundation, Institute for Central European Studies. **3:** Aldo Dami, »Les Frontières européennes de 1900 à 1975, histoire territoriale de l'Europe«, Georg éditeur, 1976. • Michael L. Haxton, Anne Pitsch, Deepa Khosla, »Gagauz in the Republic of Moldova«, Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland, 1995 und 2000. • Radio Free Europe/Radio Liberty, »Newsline Southeastern Europe«, Prag, August u. Dezember 2001. • Stephen R. Bowers, Marion T. Doss Jr, Valeria Ciobanu, »Gagauzia and Transdniestria: The Moldovan Confederation Conundrum«, William R. Nelson Institute for Public Affairs, 2000. • Virginie Pål Kolstø, »Moldova and the Dniester Republic«, International Peace Research Institute (PRIO), 1997. **4:** Online-Daten der Weltbank, 2005

Seite 172/173



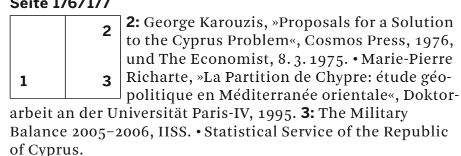
1,2 : UNHCR.**3:** Statistical Guide, Elections 2000, Statistisches Büro der Republik Jugoslawien. • European Council, Advisory committee of the Framework Convention for the Protection of National Minorities, Länderberichte. • Büro des Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina. • Karte der ethnischen Struktur der jugoslawischen Bevölkerung, Geografische Fakultät, Universität Belgrad. • Ninth Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, 2002, OSZE/UNHCR. • Update on the Situation of Roma, Ashkaelia, Egyptian, Bosniak and Gorani in Kosovo, 2003, OSZE/UNHCR.

Seite 174/175



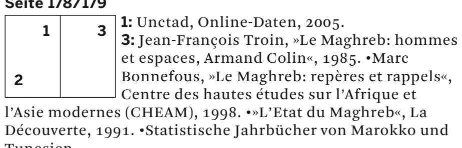
1: UNHCR.
2, 3: Le Monde diplomatique

Seite 176/177



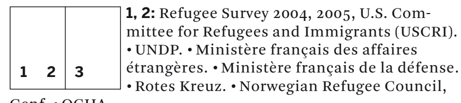
2: George Karouzis, »Proposals for a Solution to the Cyprus Problem«, Cosmos Press, 1976, und The Economist, 8. 3. 1975. • Marie-Pierre Richarte, »La Partition de Chypre: étude géopolitique en Méditerranée orientale«, Doktorarbeit an der Universität Paris-IV, 1995. **3:** The Military Balance 2005–2006, IISS. • Statistical Service of the Republic of Cyprus.

Seite 178/179



1: Unctad, Online-Daten, 2005.
3: Jean-François Troin, »Le Maghreb: hommes et espaces, Armand Colin«, 1985. •Marc Bonnefous, »Le Maghreb: repères et rappels«, Centre des hautes études sur l'Afrique et l'Asie modernes (CHEAM), 1998. •»L'Etat du Maghreb«, La Découverte, 1991. •Statistische Jahrbücher von Marokko und Tunesien

Seite 180/181



1, 2: Refugee Survey 2004, 2005, U.S. Committee for Refugees and Immigrants (USCRI). • UNDP. • Ministère français des affaires étrangères. • Ministère français de la défense. • Rotes Kreuz. • Norwegian Refugee Council, Genf. • OCHA.

Seite 182/183

1: Institute for Environmental Security, Den Haag, 2004. • Karte von Diana Rizzolio(Unep/Grid-Europe) und Philippe Rekacewicz. **2:** HRW, The Curse of Gold, 2005. • UN Mission in the Democratic Republic of Congo (Monuc).**3:** Colette Braeckman, Le Soir. • Atlas du continent africain, groupe Jeune Afrique et éd. du Jaguar, 2000. • UN.

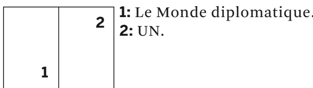
Seite 184/185

1: Eritrea-Ethiopia Boundary Commission, Permanent Court of Arbitration, Den Haag, 2005. • International Boundaries Research Unit (IBRU), University of Durham. • UN. **2:** Energieministerium, Sudan. • WFP. • UNHCR. • Unicef. • U.S. Agency for International Development (USAid). • The Military Balance 2005–2006, IISS. • USGS. **4:** Internal Displacement Monitoring Center (IDMC). • WFP. • Unep.

Seite 186/187

1: UNDCP, 2005. • Médecins sans frontières. **2:** FAS. • Transnational Institute Briefing Series, 2003. **3:** Le Monde diplomatique.

Seite 188/189

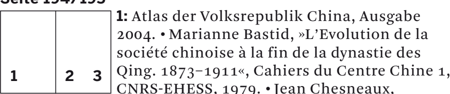


1: Le Monde diplomatique. **2:** UN.

Seite 192/193

1, 3: Paul Bairoch: »Victoires et déboires. Histoire économique et sociale du monde du XVIe siècle à nos jours«, Bd. 2, Gallimard, Paris, 1997. **2:** Online-Daten der Weltbank.

Seite 194/195



1: Atlas der Volksrepublik China, Ausgabe 2004. • Marianne Bastid, »L'Evolution de la société chinoise à la fin de la dynastie des Qing. 1873–1911«, Cahiers du Centre Chine 1, CNRS-EHESS, 1979. • Jean Chesneaux, Marianne Bastid, »La Chine – Des guerres de l'opium à la guerre franco-chinoise (1840–1885)», Hatier, 1974. **2, 3:** Le Monde diplomatique.

Seite 196/197

1: Online-Daten der WTO, Dezember 2005. **2:** The Economist, 19. 11. 2005. • China Statistical Yearbook 2005, China Statistics Press. • Asian Development Bank (ADB). **3:** ADB. • Weltbank. **4:** World Investment Report, Unctad. • Weltbank, 2005. **5:** »Chine. Atelier du monde, marché pour l'Europe«, La Lettre du CEPII 245, Mai 2005.

Seite 198/199

1: Le Monde diplomatique. **2, 3, 5:** China Statistical Yearbook 2005. **4:** International Disaster Database, www.em-dat.net, Université catholique de Louvain, Belgien.

Seite 200/201

1, 2: China Statistical Yearbook 2005. • State Environmental Protection Administration of China (SEPA). • Journal of Arid Environment, 2003, 2004. Frédéric Lasserre, Université de Laval, Québec. • Pierre Haski, Libération, 2004, 2005. • China Daily, 2004, 2005. • Atlas of Remote Sensing Investigation on Eco-Environment in Western China, SEPA, Science Press, 2002. • Andreas Richter u.a., »Increase in tropospheric nitrogen dioxide over China observed from space«, in: Nature 437, 1. 9. 2005. • Online-Daten der Weltbank, 2005. • UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). • IEA. • EEA

Seite 202/203



1: Le Monde diplomatique.

Seite 204/205

1: Online-Daten der Weltbank, 2005. **2, 3:** Le Monde diplomatique

Seite 206/207

1:Frédéric Landy, »L'Union indienne«, Ed. du Temps, 2002. • Volkszählung, 2001, • Unep. **2:** Volkszählung, 2001. **3:** D. Wilson und R. Purushotaman (2003), in: Sophie Chauvin, Françoise Lemoine, »L'Economie indienne: changements structurels et perspectives à long terme,» Arbeitspapier nº 2005-04, April 2005.**4:** CEPII, Daten: Chelem.

Seite 208/209

1: Le Monde diplomatique. **2:** H. V. Hodson, »The Great Divide: Britain-India-Pakistan«, Hutchinson, 1969, Nachdruck Oxford, 2001. • Percival Spear,»A History of India«, Penguin Books, 1970. • Prem Shankar Jha, »Kashmir, 1947: Rival Versions of History«, Oxford, 1996. • R. P. Masani, »Britain in India«, Oxford University Press, 1960. • Nirad C. Chaudhuri, »Thy Hand, Great Anarch! India: 1921–1952«, Chatto and Windus, 1987. **3:** Le Monde diplomatique.

Seite 210/211

1, 2, 3: Eric Meyer, »Sri Lanka, entre particularisme et mondialisation,» Sammlung »Asie plurielle«, La Documentation française, 2001. • »Climate Prediction and Application for Sri Lanka«, International Research Institute for Climate Prediction at the Earth Institute, Columbia University. • Department of Census and Statistics, Sri Lanka. • »Fiche de synthèse Sri Lanka Oktober 2005«, Direction générale du Trésor et de la politique économique (DGTPE) und Direction des relations économiques extérieures (DREE), Französisches Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, Paris. Chris Smith, »In the Shadow of a Cease-Fire: The Impacts of Small Arms Availability and Misuse in Sri Lanka«, Occasional Paper no. 11, Small Arms Survey, Oktober 2003. • MapAction (www.mapaction.org). • UNDP Mine Action (www.undp.org/bcpr/mineaction/index.htm). • UNHCR, März 2005. • IDP Survey 2002, 2004 Puttalam Survey, IDP Return Movements, Ministry of Social Welfare and Government of Sri Lanka.

Seite 212/213

1: Französische Botschaft in Japan. **2:** Bank of Japan. **3:** Weltbank, 2005. **4:** Statistics Bureau, Ministry of Internal Affairs and Communications, Tokio. **5:** »Japanese Trade in 2004«, Economic Research Department, Jetro, 2005. **6:** Population Projection for Japan, National Institute of Population and Social Security Research, März 2002.

Seite 214/215



1, 2: Le Monde diplomatique.

Seite 216/217

1: Jetro. • Monthly Finance Review, Policy Research Institute, Ministry of Finance, Tokio. • Bank of Japan. **2:** Jahresberichte multinationaler Konzerne. **3:** Jetro Annual Report 2002, Ministry of Finance, Februar 2003. **4:** Weltbank. • IWF. • Unctad. • U. S. Department of Commerce. • Ministry of Commerce, Industry and Enterprise, Tokio.**5:** »Statistics on Japan: Nationals Overseas«, Consular and Migration Policy Division, Ministry of Foreign Affairs, Tokio, April 2005

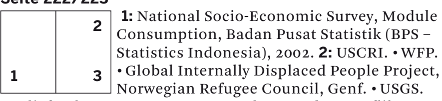
Seite 218/219

1: The Production Estimates and Crop Assessment Division (Pecad) of the Foreign Agricultural Service, USDA. • OCHA. • Reliefweb (www.reliefweb.int/w/rwb.nsf) • WFP, 2002. • The Military Balance 2005–2006, IISS. • Rodney W. Jones, Mark G. McDonough, »Tracking Nuclear Proliferation: A Guide in Maps and Charts«, CEIP, 1998. **2:** Stephan Haggard, Marcus Noland, »Hunger and Rights: The Politics of Famine in North Korea,« U.S. Committee for Rights in North Korea (HRNK). • USDA. • WFP. **3:** USDA.

Seite 220/221

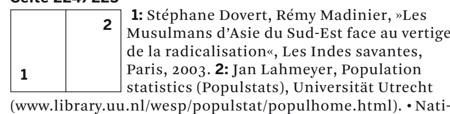
1: Weltbank. • ADB. **2, 4:** Asean, Finance and Macroeconomic Surveillance Unit (FMSU) Database. **3:** Weltbank. • Unep. • Statistische Ämter und Volkszählungsbehörden. • GeoHive Global Statistics (www.geohive.com).

Seite 222/223



1: National Socio-Economic Survey, Module Consumption, Badan Pusat Statistik (BPS – Statistics Indonesia), 2002. **2:** USCRI. • WFP. • Global Internally Displaced People Project, Norwegian Refugee Council, Genf. • USGS. • ReliefWeb. • OCHA. • Datensammlung zu den Konflikten von Philippe Rekacewicz. **3:** Wirtschaftsdaten zu Indonesien, Französisches Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie (Minefi, Paris), Mai 2005

Seite 224/225



1: Stéphane Dovert, Rémy Madinier, »Les Musulmans d'Asie du Sud-Est face au vertige de la radicalisation«, Les Indes savantes, Paris, 2003. **2:** Jan Lahmeyer, Population statistics (Populstats), Universität Utrecht (www.library.uu.nl/wesp/populstat/populhome.html). • Nationale Statistiken. • Geohive. • »East Timor, International Religious Freedom Report 2004«, Bureau of Democracy, Rights and Labor, US Department of State (www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35397.htm)